Correll
Anrufungen zur Mutterschaft

ARBEIT – DEMOKRATIE – GESCHLECHT

herausgegeben von Ingrid Kurz-Scherf

Band 13

Redaktion: Lena Correll, Stefanie Janczyk, Julia Lepperhoff, Anja Lieb, Clarissa Rudolph und Alexandra Scheele

Lena Correll, Dr. phil, studierte Soziologie, Sinologie und Politikwissenschaft in Berlin, New York und Shanghai. 2002-2005 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Projekt 'GendA-Netzwerk feministische Arbeitsforschung' in Marburg. 2005-2009 promovierte sie im Hans-Böckler-Stiftung-Graduiertenkolleg 'Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur' in Marburg. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechterforschung, Qualitative Methoden, Arbeitsforschung, Demographischer Wandel.

Lena Correll

Anrufungen zur Mutterschaft

Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

gedruckt mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

1. Auflage Münster 2010
© 2010 Verlag Westfälisches Dampfboot
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 978-3-89691-787-4

Inhalt

Editorial 13
Vorwort der Reihenredaktion 13
Vorbemerkung 15

Einleitung 17

1. Fragestellung 18
2. Ziel der Arbeit und Forschungsbeitrag 20
3. Aufbau der Arbeit 22

Teil I: Ausgangspunkt 25

1. Verortung von ‘Kinderlosigkeit’ innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses zur demographischen Entwicklung 25
   1.1 Das demographische Krisenszenario 26
   1.2 Bevölkerung als deutsche Bevölkerung 27
   1.3 Probleme mit der Statistik: Langzeitprognosen zur Bevölkerungsentwicklung und die aktuelle statistische Datenlage zu Personen ohne Kinder 28
2. Überblick über die wissenschaftliche Forschung zu Personen ohne Kinder 32
3. ‘Ungewollte’ und ‘gewollte Kinderlosigkeit’ 35
   3.1 ‘Ungewollte Kinderlosigkeit’ 35
   3.2 ‘Gewollte Kinderlosigkeit’ 37
4. Leben ohne Kinder 38
   4.1 Der Lebensentwurf ohne Kinder als Normalität in der Vergangenheit – ein historischer Abriss 39
   4.2 Aktuelle Daten zur Geburtenentwicklung in Deutschland 45
5. Wissenschaftliche Erklärungsansätze für das Phänomen ‘Kinderlosigkeit’ 49
   5.1 Herkunftsfamilie und emotional-affektive Gründe 49

5.2 Partnerschaften und individuelle Entwicklung 51
5.3 Ökonomische Motive 52
5.4 Kultureller Wandel bezüglich Familie und Kindern 53
5.5 Wandel des Geschlechterverhältnisses: Mutterschaftsvorstellungen, weibliche Karriereorientierung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie 54

6. Zusammenfassung und Präzisierung der Fragestellung 56

Teil II: Wissenssoziologischer Zugang und methodisches Vorgehen bei der Rekonstruktion der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte 62

1. Wissenssoziologische Forschungsansätze 63
1.1 Gesellschaftliche Wissensvorräte und deren geschlechtsspezifische Ausprägungen 65
1.1.1 Institutionell verfestigte geschlechtliche Wissensvorräte 67
1.1.2 Mythos der Zweigeschlechtlichkeit und westdeutscher Muttermythos 68
1.1.3 Wissenschaftliches Wissen 71
1.1.4 Interdiskurse mit ihren popularisierten Wissensvorräten 73
1.2 Subjektiver Wissensvorrat 75

2. Anrufung als Erklärungsansatz der sozialen Ableitung von Wissen 80

3. Rekonstruktion der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte 84
3.1 Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte 85
3.1.1 Erhebung und Sample 86
3.1.2 Auswertungsmethode: Rekonstruktives, sequenzanalytisches Verfahren 94
3.1.3 Darstellung der Fallrekonstruktionen 98
3.2 Rekonstruktion der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte 100
3.2.1 Korpus 101
3.2.2 Diskursanalytische Auswertung der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte 105
3.2.3 Darstellung der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte 106
3.3 Methodologische Verschränkung der subjektiven und der gesellschaftlichen Wissensbestände 107

Teil III: Gesellschaftliches Wissen zum Lebensentwurf ohne Kinder: Rekonstruktion der Genese von familienpolitischen und institutionellen Wissensvorräten 109

1. Der familienpolitische Diskurs: Wandel im Kleinen – Stabilität im Großen 109
1.1 Die „behagliche“ Kleinfamilie als Norm – Familienpolitik 1949 bis 1968 111
1.1.1 Die 1950er Jahre: „Kinder kriegen die Leute immer“ 111
1.1.2 Die 1960er Jahre: Demographische Entwicklung als Problem des Arbeitskräftemangels 114
1.1.3 Familienpolitische Maßnahmen: Abweichungen von der ‘Hausfrauenehe’ werden sanktioniert 116
1.1.4 Nationalsozialistische und sozialistische Gegendiskurse und das ‘goldene Zeitalter’ der traditionellen Kleinfamilie 117
1.1.5 Zusammenfassung der Familienpolitik der 1950er/60er Jahre 120
1.2 Widersprüchliche Tendenzen in der Familienpolitik 1969 bis 1982 – „Mitbestimmung“ der Frauen in der Gesellschaft und Verharren in der traditionellen Kleinfamilie 120
1.2.1 Familienpolitische Maßnahmen: Zwischen Wandel und Erstarrung 125
1.2.2 Sozialistische und emanzipatorische Gegendiskurse 126
1.2.3 Zusammenfassung der Familienpolitik der 1970er Jahre 127
1.3 Die Familie als das „menschliche Gesicht“ – Familienpolitik 1982 bis 1998 129
1.3.1 Die 1980er Jahre: Versuch der Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Normen 129
1.3.2 Die 1990er Jahre: Keine Wende in der Familienpolitik durch die deutsche Vereinigung 132
1.3.3 Familienpolitische Maßnahmen vor und nach der Wiedervereinigung 137
1.3.4 Sozialistische und emanzipatorische Gegendiskurse der 1980er und 90er Jahre 138
1.3.5 Zusammenfassung der Familienpolitik in den 1980er und 1990er Jahren 138

1.4 Ökonomisierung der Familie – Familienpolitik 1998 bis 2005 140
1.4.1 Familienpolitische Maßnahmen: Widersprüchliche Tendenzen der De- und Re-Familiarisierung 146
1.4.2 Europäischer Gegendiskurs und historische Verortung 147
1.4.3 Zusammenfassung der Familienpolitik von 1998 bis 2005 148
1.5 Zusammenfassung der familienpolitischen Wissensvorräte von 1949 bis 2004 150

2. Institutionelle Wissensvorräte: Die öffentliche Verwaltung der westdeutschen Großstadt N. und die dort vorherrschende weibliche Normalitätsfolie 160
2.1 Die öffentliche Verwaltung als wichtiger Arbeitgeber in Deutschland 161
2.1.1 Die öffentliche Verwaltung als weibliches Erwerbsfeld 164
2.1.2 Geschlechterstrukturen im öffentlichen Dienst 165
2.1.3 Frauen- und Geschlechterpolitik im öffentlichen Dienst 167
2.2 Die untersuchte Verwaltung der westdeutschen Großstadt N. 168
2.2.1 Geschlechterstrukturen in der kommunalen Verwaltung der Stadt N. 169
2.2.2 Geschlechterpolitik in der kommunalen Verwaltung der Stadt N. 170
2.2.3 Die typisch weibliche Subjektposition in der Verwaltung der Stadt N. 173
2.3 Zusammenfassung: Die öffentliche Verwaltung und ihre geschlechterspezifischen Wissensbestände 175

Teil IV: Biographische Konstruktionen von Frauen ohne Kinder in der öffentlichen Verwaltung 176

1. Falldarstellung I – Frau A.: Gesellschaftliche Sorge als Legitimierung eines enttraditionalisierten weiblichen Lebensentwurfs 178
1.1 Kurzportrait 178
1.2 Lebensentwurf ohne Kinder: „Es ruft nichts nach mir“ 178
1.3 „Zurechtgelegte“ Antworten auf Anrufungen zur Mutterschaft in der Verwaltung der Stadt N. 181
1.4 Ausweichen als Umgang mit den Anrufungen aus dem nahen Umfeld 184
1.4.1 Partnerschaft als ‘Familie in anderem Sinne’ 184
1.4.2 Rufe nach Mutterschaft aus dem Freundeskreis: Nicht-Mutter sein ist „unmoralisch“ 185
1.4.3 Ambivalente Geschlechterkonstruktionen im politischen Ehrenamt: Frauen ohne Kinder und Männer in Versorgerehen 187
1.5 In der Herkunftsfamilie: Alle anderen leben „klassisch“ 188
1.5.1 Anrufungen der Herkunftsfamilie: „Gibt’s nichts Neues?“ 188
1.5.2 Exkurs: Interpretation der Eingangsfrage „Was war oder ist Ihre Mutter für eine Frau?“ 189
1.5.3 Frau A.s Mutter: Ich hätte „schon gerne ganz grundsätzlich ne ganz andere Mutter gehabt“ 190
1.5.4 Geschlechtsspezifische Erziehung: Bildung, um eine gute ‘Partie’ zu machen 191
1.5.5 Der Vater: „wär auch gut ohne Kinder ausgekommen“ 193
1.5.6 Die Geschwister leben „klassisch“ 194
1.6 Reflexion und Umdeutung der gesellschaftspolitischen Anrufungen zur Mutterschaft: Gesellschaftliche Sorge als Konzept der Gleichbehandlung aller Lebensentwürfe 195
1.7 Zusammenfassung Frau A. 197

2. Falldarstellung II – Frau B.: ‘Berufliche Sorge um Kinder’ 199
2.1 Kurzportrait 199
2.2 Lebensentwurf ohne eigene Kinder: „Der Leidensdruck war nie so groß“ 200
2.3 Reaktion auf Anrufungen in der Verwaltung: Keine „typische“ Verwaltungsangestellte 205
2.4 Kaum Anrufungen im nahen Umfeld 210
2.4.1 Partnerschaften 210
2.4.2 Freundeskreis als Familie 210
2.5 Anrufungen gegen Mutterschaft in der Herkunftsfamilie 212
2.5.1 Sozialisatorische Anrufung der Mutter: „wenn’s geht keine Kinder“ 212
2.5.2 Der Freizeitvater 216

2.5.3 Anrufungen der Eltern 217
2.5.4 Geschwister 218
2.6 Gesellschaftspolitische Anrufungen: Reflexion der geschlechtlichen Wissensvorräte 218
2.7 Zusammenfassung Frau B. 219

3. Falldarstellung III – Frau C.: Das Entweder – Oder: Selbstbestimmtes Leben ohne Kinder oder traditionelles Familienarrangement 221
3.1 Kurzportrait 221
3.2 Leben ohne Kinder: „Eventuell Kinder, wenn das passt“ 222
3.3 In der Verwaltung der Stadt N.: Enge Verwobenheit von Arbeit und Privatleben 227
3.4 Temporalisierung der eigenen Lebensform und Aufrechterhaltung der traditionellen Vorstellungen 229
3.4.1 Partnerschaft: „kleines Familienleben“ mit Partner und Tochter des Partners 229
3.4.2 Freundschaften: „ein Familienersatz“ 231
3.5 Geschlechtliche Wissensvorräte und Anrufungen in der Herkunftsfamilie: „geordnete Bahnen“ 233
3.5.1 Mutter: „mit Leib und Seele Ehefrau“ 233
3.5.2 Vater: Bewunderung für den abwesenden Vater 234
3.6 Gesellschaftspolitische Anrufungen: Reflexion von geschlechtlichen Wissensvorräten 235
3.7 Zusammenfassung Frau C. 237

4. Falldarstellung IV – Frau D.: Die Unbestimmbarkeit von sozialer Mutterschaft 239
4.1 Kurzportrait 239
4.2 Leben ohne Kinder: Ohne ‘Kinderwunsch’ zur sozialen Mutterschaft 240
4.3 Anrufungen aus der Verwaltung: Sollerfüllung und Abgrenzung vom ‘Rest des Lebens’ 243
4.4 Im nahen Umfeld: Leerstelle soziale Mutterschaft 245
4.4.1 Partnerschaft: „Vater von ganzem Herzen“ 245
4.4.2 Freundschaften: Familie geht vor Freundschaften 248
4.5 In der Herkunftsfamilie: Akzeptanz von sozialer Mutterschaft 249
4.5.1 Mutter: Aufopfernde, chaotische Mutter 249
4.5.2 Vater: In der Kindheit oft abwesend und kein „guter Vater“ 251
4.6 Auf der Suche nach einer anerkannten, „normalen“ Familienform jenseits der gesellschaftlichen Norm der traditionellen Kleinfamilie 252
4.7 Zusammenfassung Frau D. 253

5. Fazit 255

Teil V: Der Lebensentwurf ohne Kinder – Zusammenhänge biographischer und gesellschaftlicher Wissensvorräte 264

1. Generative Lagerung: Anwesende Mütter – abwesende Väter 266

2. Subjektive Deutungen als Ableitungen des diskursiven Wissen 269
2.1 Reproduktionen und Variationen des Muttermythos 269
2.1.1 Soziale Mutterschaft 271
2.1.2 Berufliche Sorge für Kinder 272
2.1.3 Gesellschaftliche Sorge 273
2.2 Rationalisierung der Lebensführung 274
2.3 Vorstellungen und Ansprüche an Partnerschaft 275
2.4 Tabellarische Zusammenfassung des individuellen Umgangs mit hegemonialem Diskurswissen 277

3. Anerkennung und Sagbarkeit des Lebensentwurfes ohne leibliche Kinder 279

4. Zusammenfassung 281

Teil VI: Schluss 283

1. Zusammenfassung der Ergebnisse 284

2. ‘Frau = Mutter’ 295

Verzeichnis der Tabellen 300

Verzeichnis wichtiger Abkürzungen 300

Literatur 301

Editorial

Vorwort der Reihenredaktion

„Vergreisung", „Schrumpfung der Gesellschaft", „Gebärstreik" – der öffentliche Diskurs über den demografischen Wandel hat meist dramatische Klänge und entwirft die entsprechenden Bilder vom Generationenkonflikt oder vom Aussterben ganzer Regionen. Vielfach wird jedoch von Demographie gesprochen, wenn eigentlich Kinderlosigkeit gemeint ist und wenn von Kinderlosigkeit die Rede ist, dann richtet sich das Augenmerk meist automatisch auf die Frauen, die partout nicht Mütter werden wollen, während die Männer und damit die potenziellen Väter kaum in den Blick geraten. Die fehlende Bereitschaft von Frauen, Kinder zu gebären, wird nicht selten mit ihrer gestiegenen Erwerbs- und Karriereorientierung begründet, weshalb die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Lebensbereichen implizit und explizit dazu beitragen soll, Beruf und Familie als ein sich ergänzendes und miteinander in Einklang zu bringendes Modell für Frauen attraktiv zu gestalten. Im Unterschied zu diesen gesellschaftspolitisch eher progressiven Vorstellungen, evoziert die niedrige Geburtenrate jedoch nicht selten einen antifeministischen und repressiven Diskurs, der die Emanzipation von Frauen, die Pluralisierung von Lebensführungen und die Loslösung von Traditionen für die demografische Krise verantwortlich macht. Gemein ist beiden Diskurssträngen, dass sie erstens Kinderlosigkeit als relativ neues, „modernes" Phänomen präsentieren, das – zweitens – durch politische Maßnahmen oder durch die richtige moralische Anrufung behoben werden könne. Die Möglichkeit, dass sich Frauen bewusst gegen Mutterschaft entscheiden, wird in der öffentlichen Debatte, aber auch in den meisten wissenschaftlichen Abhandlungen mehr oder minder ignoriert.

Während der demografische Wandel insbesondere quantitativ empirisch bereits umfassend wissenschaftlich untersucht wird, und auch in seinen geschlechterpolitischen Auswirkungen partiell analysiert wurde, sind Forschungen zur Kinderlosigkeit von Frauen bislang Mangelware. Dieses Desiderat schließt die vorliegende soziologische Studie von Lena Correll, die der Frage nachgeht, wie sich gesellschaftliche und institutionalisierte Wissensvorräte über Kinderlosigkeit auf der subjektiven Ebene in den Erfahrungen und Selbstdeutungen von Frauen ohne Kinder abbilden. Diese Wissensvorräte sind geschlechtsspezifisch konnotiert und werden institutionell verfestigt. Dabei ist zwischen subjektiven und gesellschaftlichen Wissensvorräten zu

differenzieren, die zudem nicht gleichwertig sind. Ausgehend von der Hypothese, dass Kinderlosigkeit nach wie vor jenseits der gesellschaftlichen Norm liegt, zeigt sie anhand von vier Fallanalysen weibliche Strategien zur Bewältigung und Rechtfertigung eines Lebens ohne Kinder auf. Die Analysen belegen die Wirkmächtigkeit dieser geschlechtszuschreibenden Wissensvorräte und zeigen eindrücklich, unter welch hohem Legitimationsdruck sich Frauen ohne Kinder befinden, nicht zuletzt deshalb, da „Weiblichkeit" gesellschaftlich und individuell in Bezug auf Mutterschaft konstruiert wird, wie Lena Correll resümiert.

Die Studie bereichert die Reihe „Arbeit, Demokratie, Geschlecht" nicht nur um eine inspirierende theoriegeleitete empirische Untersuchung, die auf einer analytischen Verschränkung von Diskursanalyse und Biographieforschung basiert, sondern gibt auch weitergehende Impulse für die Geschlechterforschung. Schließlich wird auch dort Kinderlosigkeit – wenn sie in Reaktion auf demografische Krisenszenarien überhaupt thematisiert wird – entsprechend der politischen und öffentliche Debatte meist nur als Problem fehlender Kinderbetreuungsangebote bzw. als Reaktion auf eine familienfeindliche Politik und Wirtschaft begriffen. Die hier vorliegende Studie wirft hingegen nicht nur die konkrete Frage auf, ob die gewollte Entscheidung von Frauen gegen Kinder nicht auch als Ausdruck selbstbestimmten, widerständigen Handelns gesehen werden kann, sondern problematisiert darüber hinaus die meist implizite Gleichsetzung von Weiblichkeit mit Mutterschaft.

Alexandra Scheele
(für die Redaktion)

Vorbemerkung

Die vorliegende Studie ist eine bearbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Juli 2009 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg angenommen wurde. Die Arbeit an der Dissertation habe ich während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-geförderten und an der Philipps-Universität angesiedelten Forschungsprojektes „GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung" begonnen und im Rahmen meiner Zeit als Stipendiatin in dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Graduiertenkollegs „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur" an der Philipps-Universität Marburg abgeschlossen.

An dieser Stelle möchte ich all denjenigen danken, die mich bei diesem Projekt unterstützt haben. Vor allem danke ich meinen InterviewpartnerInnen, ohne deren Bereitschaft zur Teilnahme die vorliegende Arbeit nicht entstanden wäre. Ich danke ausdrücklich dem Erstbetreuer meiner Untersuchung, Leo Kißler, für seine Unterstützung durch wichtige Ratschläge und Hilfestellungen auch in schwierigeren Phasen der Erstellung der Arbeit. Der Zweitbetreuerin, Hildegard Maria Nickel, danke ich für ihre weitreichende Unterstützung sowohl in Einzelgesprächen als auch in den zahlreichen, instruktiven Kolloquiumssitzungen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch allen TeilnehmerInnen des Doktorandenkolloquiums von Hildegard Maria Nickel danken. Ich danke nachdrücklich meinen KollegInnen und FreundInnen Holger Herma, Lisa Pfahl, Lena Schürmann und Boris Traue aus dem Berliner Arbeitskreis 'Diskurs Medien Biographie', mit denen mich eine inzwischen über ein Jahrzehnt andauernde intensive, konstruktive und herzliche Zusammenarbeit verbindet. Sie interpretierten mit mir zusammen Interview- und Diskursmaterial, unterstützten in vielen Diskussionen neue Erkenntnisse und haben immer wieder Manuskripte durchgesehen und mit großer Sorgfalt korrigiert.

Mein Dank gilt außerdem weiteren Personen, die mich in verschiedenen Phasen der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben: Valentin Coenen, Gabriela Fernandez, Felicitas Hentschke, Jörg Potthast und Jens Weinmann haben Teile der Arbeit gelesen und mir wichtige Hinweise zur Überarbeitung gegeben. In der Mikro-AG 'Diskursanalyse' der Hans-Böckler-Stiftung haben mich neben schon genannten Personen auch Manuela Kaiser-Belz, Tobias Schwarz und Inga Truschkat durch die gemeinsame Interpretation empirischen Materials unterstützt. Danken möchte ich meinen MitstipendiatInnen und den BetreuerInnen aus dem Marburger Graduiertenkolleg 'Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur' für die Denkanstöße in verschiedenen Phasen der Erstellung dieser Dissertation. Mein besonderer Dank gilt Ingrid Kurz-Scherf, der Leiterin des BMBF-Projektes GendA-Netzwerk feministische Arbeitsforschung, die mich während des Projektes, im Übergang zum Graduiertenkolleg und im Graduiertenkolleg selbst auf verschiedenste unschätzbare Art und Weise unterstützt hat.

Mein herzlicher Dank gilt Rivkah Frick für die Manuskriptkorrektur. Danken möchte ich weiterhin Alexandra Scheele, die mir als Redaktionsmitglied der Buchreihe „Arbeit, Demokratie und Geschlecht“ hilfreiche Überarbeitungshinweise für die Buchveröffentlichung gegeben hat.

Die vorliegende Dissertation ist mit der finanziellen Unterstützung für den Druck, insbesondere aber durch ein Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung entstanden. Ich danke der Hans-Böckler-Stiftung nicht nur für ihre monatliche finanzielle Unterstützung, sondern auch für die Förderung meiner Arbeit durch das einzigartige und umfangreiche Unterstützungsprogramm der Stiftung. Ich danke allen FreundInnen, Familienmitgliedern und Bekannten, die auf die eine oder andere Weise dazu beigetragen haben, dass diese Dissertation fertig gestellt wurde, auch wenn sie an dieser Stelle nicht alle namentlich benannt sind.

Einleitung

> „Gegenüber der Regierung ist sich die Bevölkerung bewusst, was sie will, und zugleich weiß sie nichts von dem, was man sie tun lässt.“ *Foucault 2004, 158*

Seit einigen Jahren geht in Deutschland wieder das „Gespenst des Geburtenrückgangs“ (Kautsky 1924, 1)[1] um. Zahlreiche familienpolitische Bemühungen, wie die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes 2007 oder der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zielen in Deutschland aktuell darauf, den statistisch beobachtbaren Geburtenrückgang aufzuhalten, bislang ohne nennenswerte Erfolge. Nach einem geringfügigen Anstieg der Geburtenzahlen im Jahr 2007 meldet das Statistische Bundesamt nun wieder fallende Geburtenraten (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

Die demographische Entwicklung ist zu einem Politikum geworden. Medial wie auch politisch wird an die Bevölkerung appelliert: ‘Deutschland braucht mehr Kinder’. Dabei gerät das Thema ‘Kinderlosigkeit’[2], wie im Rahmen der vorliegenden Studie gezeigt wird, verstärkt in den Blickpunkt der Diskurse, wird zum Gegenstand gesteigerter diskursiver Wissensproduktion und zum Objekt von Regierungshandeln. ‘Kinderlosigkeit’ wird dabei vielfach als ‘Kinderlosigkeit’ von Frauen verstanden. Frauen sind damit nicht nur die Hauptadressatinnen der familienpolitischen Diskurse, sondern auch ihr Gegenstand: Vorstellungen darüber, was ‘Frau Sein’ auszeichnet und wie sich Frauen zu verhalten haben, werden im Diskurs zum Thema ‘Kinderlosigkeit’ mitverhandelt.

Aussagen wie die von Familienministerin von der Leyen, die erklärt, „Kinderlosigkeit ist kein Makel mehr“ (Berliner Zeitung, 11./12. März 2006, 6) weisen darauf hin, dass ein Lebensentwurf ohne Kinder in der Vergangenheit ein „Stigma“

1 Auf die historische Entwicklung der Geburten und der Bevölkerungspolitik wird in Teil I, Kap. 4.1 näher eingegangen.

2 Der Begriff ‘Kinderlosigkeit’ beinhaltet in sich schon eine Defizit-Zuschreibung (-losigkeit). Auch mögliche Ersatzbegriffe, wie Nicht-Mutter sind analytisch und politisch problematisch, da sie die Mutter als Norm bestätigen. Um diese Defizitzuschreibung nicht weiter zu reproduzieren, wird in dieser Studie der Begriff ‘Kinderlosigkeit’ nur in Anführungsstrichen verwendet oder alternativ von Personen ohne Kinder bzw. von Personen mit Lebensentwürfen ohne Kinder gesprochen.

(Goffmann 1975) darstellte und als legitimierungsbedürftige Lebenspraxis galt. Die Aussage verweist außerdem darauf, dass über Elternschaft gesellschaftliche Zugehörigkeit, Anerkennung und soziale Positionierung vermittelt werden und wurden. Die Frage, ob ein Lebensentwurf ohne Kinder heutzutage wirklich in der 'Normalität' angekommen ist, wie die Familienministerin andeutet, oder ob die heterosexuelle Kleinfamilie mit Kindern u.a. auch durch die Familienpolitik weiterhin als Norm gesetzt wird, ist Gegenstand der vorliegenden Studie.[3] Denn bislang ist wenig bekannt über 'Kinderlose'; weder wissen wir genau, wie viele Personen eigentlich in Deutschland 'kinderlos' sind, noch, wie sie ihren Lebensentwurf vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verhältnisse deuten.

1. Fragestellung

Empirischer Gegenstand der vorliegenden Studie ist 'Kinderlosigkeit', genauer gesagt, das Ineinandergreifen der gesellschaftlichen Diskurse über 'Kinderlosigkeit' und der subjektiven Deutungen von Frauen ohne Kinder. Dabei wird die Aufmerksamkeit auf das Spannungsverhältnis gelenkt, das zwischen den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskursen bzw. den gesellschaftlichen (und wohlfahrtsstaatlich institutionalisierten) Handlungserwartungen, die vielfach auf eine Verstärkung der Geburtenrate abzielen, und den gegenläufigen Strategien von Frauen, die zunehmend 'kinderlos' bleiben, besteht. Es wird die Frage gestellt, wie sich die diskursiv entworfenen Wissensbestände über 'Kinderlosigkeit' zu den Erfahrungen und Selbstdeutungen von Frauen ohne Kinder verhalten.

Der empirische Zugang verbindet zu diesem Zweck zwei Forschungsmethoden miteinander: Diskursanalyse und Biographieforschung. Anhand von ausgewählten zeithistorischen familienpolitischen Diskursen zu 'Kinderlosigkeit' sollen die regierungsnahen gesellschaftlichen Wissensvorräte analysiert werden. Es wird gewissermaßen untersucht, wie der „Frauenleib als öffentlicher Ort" (Duden 1991) bzw. noch präziser als „gesellschaftspolitischer Ort" konstruiert wird. Ministeriale und regierungsnahe Archive der Familienpolitik stellen den Fundus für diese Diskursanalyse dar. Sie ermöglichen eine zeithistorische Aufarbeitung vom Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an.[4] Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum: Wie wird 'Kinderlosigkeit' in gesellschaftspolitischen Diskursen repräsentiert? Welche Geschlechterkonstruktionen strukturieren den Gegenstand 'Kinderlosigkeit' und wie haben sich diese Konstruktionen seit der Gründung der BRD verändert? Des Weiteren wird untersucht, wie gesellschaftspolitische Diskurse Eingang in die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen finden. Diese Frage wird zum einen innerhalb der Diskursanalyse aufgegriffen als Frage danach, mit welchen politischen Maßnahmen die Diskurse materialisiert werden. Zum anderen wird untersucht, wie die familienpolitischen Diskurse Eingang in institutionelles Wissen finden. Dies wird beispielhaft anhand einer öffentlichen Verwaltung analysiert, die als wohlfahrtsstaatliche Institution eine große Nähe zur Regierungspolitik aufweist und gleichzeitig Arbeitgeber der befragten Frauen ist.

Die Analyse biographischer Selbstthematisierungen von höher gebildeten Frauen, die aufgrund biographischer Entscheidungen und nicht aufgrund von medizinischer Unfruchtbarkeit 'kinderlos' bleiben, soll Aufschluss darüber geben, wie 'Kinderlosigkeit' biographisch gedeutet wird. Als Untersuchungsgruppe dienen 'kinderlose' Frauen, die in einer öffentlichen Verwaltung tätig sind, nicht nur aufgrund der bereits erwähnten Nähe der Verwaltung zu den Regierungsdiskursen, sondern auch, weil als zentraler Faktor für 'Kinderlosigkeit', beziehungsweise für ein Aufschieben der Kinderphase, wie noch gezeigt wird, die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie benannt wird. Die ausgewählte Verwaltung kann hingegen als Vorzeigebetrieb in Bezug auf Vereinbarkeit bezeichnet werden (gesicherte Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten, insbesondere die Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung/-verlängerung, Gleichstellungsrichtlinie, Elternzeit, etc.).[5] Anhand biographischer Fallanalysen wird untersucht, wie der Lebensentwurf ohne Kinder von den Frauen in der Verwaltung biographisch gedeutet wird und ob die Frauen Strategien entwickeln, um ihren Lebensentwurf zu normalisieren oder aufzuwerten. Des weiteren wird betrachtet, in welchen Handlungs- bzw. Deutungskontexten, insbesondere auch auf betrieblicher Ebene, von den Befragten vorherrschende Geschlechterkonstruktionen reproduziert bzw. verändert und variiert werden.

Theoretisch knüpft die vorliegende Studie an die Wissenssoziologie an. Nach Berger und Luckmann wird die Konstruktion von 'Wirklichkeit' als zugleich subjektiv und gesellschaftlich verstanden (Berger/Luckmann 1997). 'Wirklichkeit' wird damit

3 So haben sich in den USA beispielsweise Menschen ohne Kinder in einer Interessensorganisation zusammengeschlossen, die sich 'childfree' und nicht 'childless' nennt, also 'kinderfrei' und nicht 'kinderlos', um zu verdeutlichen, dass sie sich von dem gängigen Begriff distanzieren, der ihnen qua Begriff schon einen Mangel zuschreibt (www.childfree.net). Der Begriff 'childfree' – bzw. auf Deutsch 'kinderfrei' – löst die dargestellten Probleme nicht, weil er in Analogie zu Rauch-frei implizit unterstellt, dass 'kinderlose' Personen Kinder nicht mögen bzw. sich von ihnen und ihrer Gegenwart befreien wollen (vgl. Morell 1994, 21). Gängige gesellschaftliche Zuschreibungen lassen sich am Beispiel der Synonyme für 'kinderlos' verdeutlichen, beispielsweise bietet das Schreibprogramm Word (Word 2000) für 'kinderlos' als Synonyme 'unfruchtbar' und 'einsam' an.

4 Dabei erfolgt eine Fokussierung auf die alten Bundesländer. Die gesellschaftspolitischen Diskurse in der DDR sollen nicht detailliert aufgearbeitet werden, sondern nur in ihrem Einfluss auf die Diskurse in den alten Bundesländern berücksichtigt.

5 Trotzdem ist auch in der untersuchten Verwaltung die anvisierte Chancengleichheit für Männer und Frauen noch lange nicht erreicht (vgl. Kißler u.a. 2000).

nicht als gegeben angenommen, sondern muss immer wieder erschaffen werden. Dies gilt auch für die Konstruktion von 'Geschlecht', das subjektiv und gesellschaftlich hergestellt wird (vgl. West/Zimmermann 1987; Wetterer 1995). Das wissenssoziologische Theoriekonzept bietet zudem ausformulierte und erprobte Methoden: Einerseits eine wissenssoziologische Diskursanalyse (vgl. Keller 2004, 2005) und anderseits eine wissenssoziologisch erweiterte hermeneutische Sequenzanalyse zur Interpretation der Interviews (vgl. Reichertz/Schröer 1994). Der Umstand, dass beide Methoden auf demselben theoretischen Hintergrund aufbauen, erleichtert die komplexe Analyse des Zusammenhangs zwischen subjektivem und diskursivem Wissen. Mit Hilfe dieser Analyse sollen folgende Fragen beantwortet werden: Wie werden die gesellschaftspolitischen Diskurse in die Lebens- und Arbeitspraxis hinein vermittelt, welche Diskurse sind biographisch relevant und wie werden diese aufgegriffen und im individuellen Lebensarrangement biographisch und handlungspraktisch gelöst?

2. Ziel der Arbeit und Forschungsbeitrag

Ziel dieser Dissertation ist es herauszuarbeiten, in welchen Handlungs- bzw. Deutungskontexten etablierte Geschlechterkonstruktionen reproduziert und unter welchen Umständen sie verändert und variiert werden. Die vorliegende Studie versteht sich damit als Beitrag zur *Frauen- und Geschlechterforschung*. Denn es mangelt nach wie vor nicht nur allgemein an qualitativen Studien zum weiblichen Lebensentwurf ohne Kinder in Deutschland, sondern insbesondere auch an Studien, die sich mit dem Zusammenwirken von subjektiver und gesellschaftlicher Geschlechterkonstruktion beschäftigen. Mit der Erforschung dieses Zusammenwirkens am Beispiel von Lebensentwürfen jenseits der Norm werden Ambivalenzen im Modernisierungsprozess der Geschlechterverhältnisse sichtbar, die sich gegen ein eng geführtes Verständnis von gesellschaftlicher Individualisierung als linear fortschreibendem Prozess der Öffnung von Optionen und der Pluralisierung von Lebensformen sperren.

Die Auseinandersetzung mit der Frage der Pluralisierung der Familien- und Lebensformen bietet Anknüpfungspunkte an die *Familiensoziologie*. Ziel dieser Studie ist dabei zu untersuchen, ob es zu einer Pluralisierung gesellschaftlicher Normen zu Familie und Lebensformen gekommen ist und wie einzelne Personen ihre „pluralisierten Lebensrealitäten" deuten. Hier leistet die Studie einen doppelten empirischen Beitrag, indem sie zum einen den Wandel der bundesdeutschen Familiennormen aufarbeitet und sich zum anderen mit der Erforschung des Lebensrealitäten von Personen ohne Kinder beschäftigt, die bisher in der Familienforschung kaum beforscht wurden.

Die Fokussierung auf Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung ermöglicht erstens einen empirischen Forschungsbeitrag zur *Arbeitssoziologie/Verwaltungsforschung*,

indem dieses konkrete Arbeitsfeld näher in den Blick genommen und sein Verhältnis zur Lebenswelt untersucht wird. Insbesondere werden dabei Erkenntnisse zu den Geschlechterstrukturen dieses Arbeitsfeldes und zur Wirkmächtigkeit der institutionellen Strukturen für die Individuen gewonnen. Zweitens zeichnet sich die öffentliche Verwaltung durch gesicherte Arbeitsplätze und vergleichsweise gute Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus. Damit werden in dieser Studie Personen ins Blickfeld genommen, die von den aktuellen politischen Diskursen, die 'Kinderlosigkeit' vor allem auf mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückführen, nicht als 'Problemgruppe' wahrgenommen werden. Durch diese Fokussierung kann untersucht werden, welche weiteren Erklärungsansätze neben der 'Vereinbarkeitsfrage' Relevanz entfalten.

Die Studie ist im Bereich einer empirisch angelegten Wissenssoziologie verankert, um die 'Seinsgebundenheit' (Mannheim 1931) von Denkformen und Lebensweisen auch in Bezug auf das Thema 'Kinderlosigkeit' zu erforschen. Sie fragt einerseits nach den gesellschaftlichen Mustern und den Strukturen des gesellschaftlichen Wissensvorrats und der diskursiven Wissensproduktion und anderseits nach der Sinnproduktion gesellschaftlichen Wissens durch die Akteure selbst. Damit stellt sie zum einen die Frage, ob und wie Individuen gesellschaftliches Wissen in ihren Selbstthematisierungen reproduzieren und modifizieren und zum anderen, inwieweit der Lebensentwurf ohne Kinder als kollektiver Ausdruck, als Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden kann.

Es wird anknüpfend an die Wissenssoziologie eine Verschränkung von Biographieforschung und Diskursforschung vorgenommen, die in der Bundesrepublik bislang wenig erprobt ist. Hier zeigen sich Ähnlichkeiten zur Gouvernementalitätsforschung, die sich gleichermaßen mit dem Ineinandergreifen von Regierungs- und Selbstpraktiken auseinandersetzt. Aber anders als in der Gouvernementalitätsforschung werden die Selbstpraktiken nicht diskursanalytisch, sondern anhand von Interviews als Selbstpraktiken und -deutungen in der jeweiligen Lebenswelt interpretativ, sinnrekonstruierend erforscht.[6] Diese Studie teilt mit der *politischen Soziologie* das Interesse an der Frage nach den Auswirkungen gesellschaftlicher Machtverhältnisse auf Individuen und nach den Bedingungen von gesellschaftlichem Wandel. Dabei erforscht sie, welche Lebensentwürfe in einer Gesellschaft 'lebbar' und 'sagbar' sind und von welchen Faktoren dies abhängt.

6 In der Gouvernmentalitätsforschung wird genau diese Vorgehensweise vermehrt gefordert: Es gelte „die konkrete lokale Praxis von Regierungstechniken zu erkunden und dabei auch die ganz realen Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen spezifische Subjektivierungsweisen sich historisch konkret formieren und/oder transformieren" (Bührmann 2005, Abs. 11). Diese werden im Rahmen dieser Studie anhand von biographischen Interviews untersucht.

3. Aufbau der Arbeit

In den einzelnen Teilen der Arbeit werden folgende Schritte verfolgt:

Teil I stellt den Ausgangspunkt der Studie dar: 'Kinderlosigkeit' wird nicht nur in den politisch-medialen, sondern auch in den wissenschaftlichen Diskursen vielfach im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel thematisiert. Diese inhaltliche Einbettung mit ihren Grundlagen bzw. Grundannahmen soll in Teil I zunächst näher untersucht werden. Dazu wird analysiert, welcher gesellschaftliche Stellenwert dem demographischen Wandel beigemessen wird, wie Bevölkerung definiert wird und welche Besonderheiten die Datenlage zu 'Kinderlosigkeit' in Deutschland sowohl in Bezug auf die aktuellen Daten als auch in Bezug auf langfristige Bevölkerungsprognosen auszeichnen. Anschließend wird der bestehende deutsche und englischsprachige Forschungsstand zu 'Kinderlosigkeit' aufgearbeitet. Hier wird zunächst ein Überblick über die psychologische, bevölkerungs- und sozialwissenschaftliche Sekundärliteratur zu Personen ohne Kinder gegeben, insbesondere über die existierenden qualitativen Studien. Dann wird die Unterteilung in 'ungewollte' und 'gewollte Kinderlosigkeit' genauer in den Blick genommen. Bevor anschließend untersucht wird, wer in Deutschland 'kinderlos' lebt und welche wissenschaftlichen Erklärungsansätze dafür diskutiert werden, wird in einem historischen Abriss der Frage nachgegangen, inwiefern 'Kinderlosigkeit' ein neues Phänomen darstellt. Teil I der Studie schließt ab mit einer Zusammenfassung und Präzisierung der Fragestellung.

In Teil II nimmt eine theoretische Verortung der Studie in der Wissenssoziologie vor und stellt die konkrete methodische Umsetzung der Analyse der Diskurse und der Biographien dar. In einem ersten Schritt wird der wissenssoziologische Zugang erläutert, der Begriff 'Wissen' vor allem im Unterschied zum 'Handeln' dargestellt sowie auf den Zusammenhang von 'Wissen' und 'Macht' eingegangen. Ausgehend von der forschungspraktischen Unterteilung in 'gesellschaftliches' und 'subjektives Wissen' werden zunächst die verschiedenen Formen 'gesellschaftlichen Wissens' vor allem in ihrer geschlechtsspezifischen Form erläutert. Dazu werden neben wissenssoziologischer Literatur auch die Theorieansätze der Frauen- und Geschlechterforschung einbezogen. Nachfolgend wird das 'subjektive Wissen' näher beleuchtet, wobei wiederum das besondere Augenmerk auf der Frage der Bedeutung des Wissens für die Geschlechterkonstruktion liegt. In einem zweiten Schritt wird der wissenssoziologische Ansatz durch das Anrufungskonzept von Althusser (1977) ergänzt, welches eine Erweiterung der Erklärung für die soziale Ableitung gesellschaftlichen Wissens ermöglicht. Anschließend wird in einem dritten Schritt die methodologische und methodische Umsetzung der Rekonstruktion der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte erläutert. Hierzu wird zunächst dargestellt, wie die subjektiven Wissensbestände untersucht werden. Die Vorgehensweise bei der Erhebung, beim Sampling und bei der Auswahl der Fälle für die biographischen

Fallanalysen werden beschrieben, ebenso das Verfahren der Auswertung, mit dem die Struktur des subjektiven Wissens der Frauen über ihr Leben ohne (eigene) Kinder rekonstruiert wird. Daran schließt sich eine Erläuterung an, wie das gesellschaftliche Wissen über 'Kinderlosigkeit' untersucht wird. Nach einer kurzen allgemeinen Einführung in die Zielsetzung der wissenssoziologischen Diskursanalyse wird der ausgewählte Text-Korpus, der sich aus Regierungserklärungen und Familienberichten zusammensetzt, vorgestellt und anschließend werden das diskursanalytische Auswertungsverfahren sowie die gewählte Darstellungsform der Ergebnisse der Rekonstruktion des gesellschaftspolitischen Wissens erläutert. Den Abschluss von Teil II stellt die Beschreibung der methodologischen Verschränkung von subjektivem und gesellschaftlichem Wissen dar.

In Teil III werden familienpolitische Interdiskurse und verwaltungsspezifische, institutionelle Diskurse auf gesellschaftliche Konstruktionen von 'Kinderlosigkeit' und 'Geschlecht' hin empirisch untersucht. Zunächst wird rekonstruiert, wie in regierungsnahen familienpolitischen Diskursen seit Ende des Zweiten Weltkrieges die Gegenstände 'Familie' und 'Bevölkerung' – auch in ihrer Verschränkung – gefasst werden. Dafür werden insbesondere die dort hergestellten Familien- und Geschlechternormen in ihrer historischen Genese analysiert. Dabei wird jeweils neben den Diskursen explizit auch das wohlfahrtsstaatliche bzw. institutionelle Anreiz- und Anrechtssystem berücksichtigt, das die jeweilige Wissensordnung stützt. In einer Zwischenzusammenfassung werden in Form von Tabellen die zentralen Veränderungs- und Beharrungslinien des gesellschaftspolitischen Wissens zu 'Kinderlosigkeit' erläutert. In einem zweiten Schritt werden für die Befragten zentrale institutionelle Wissensbestände analysiert – die Wissensbestände in der öffentlichen Verwaltung, dem Arbeitsplatz der Befragten. Zentral sind hierbei die geschlechtsspezifischen Wissensbestände in der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen und in der untersuchten Verwaltung der Stadt N. im Besonderen. Den Übergang zum vierten Teil der Studie bildet die Darstellung der in der untersuchten Verwaltung vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie anhand des Kurzportraits einer Beschäftigten, Frau P.

Teil IV widmet sich den subjektiven Wissensbeständen von vier ausgewählten weiblichen Beschäftigten ohne Kinder. In den ausführlichen Falldarstellungen wird eine interpretative, sinnrekonstruktive Analyse des Datenmaterials vorgenommen und rekonstruiert, inwiefern die Befragten von Anrufungen zur Mutterschaft berichten und wie sie damit umgehen. Dafür werden in den einzelnen Falldarstellungen jeweils nach einem Kurzportrait, zentrale Aussagen der Befragten zu 'Kinder' und 'Kinderwunsch' rekonstruiert und verschiedene Lebensbereiche der Befragten konkret ins Blickfeld genommen. Zunächst werden jeweils die Erfahrungen im beruflichen Kontext untersucht und vor allem analysiert. Es folgt eine Analyse geschlechtlicher Wissensvorräte und von Anrufungen zur Mutterschaft im nahen

Umfeld (PartnerIn, Freundes- und Bekanntenkreis, Herkunftsfamilie). Danach wird die subjektive Wahrnehmung der gesellschaftspolitischen Geschlechterdiskurse und Leitbilder untersucht. Abschließend erfolgt bei jeder Falldarstellung eine Zusammenfassung der zentralen Fallstrukturen. Teil IV schließt mit einem Fazit, in dem fallvergleichend zum einen eine Typenbildung von Lebensformen ohne Kinder vorgenommen wird und zum anderen in Tabellenform die thematisierten Anrufungsinstanzen und Umgangsweisen zusammengefasst werden.

Teil V beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräten. Es wird fallvergleichend untersucht, inwiefern sich subjektive Deutungen als Ableitungen des diskursiven Wissens verstehen lassen. Dafür wird untersucht, ob die Befragten zentrale familienpolitische Wissensvorräte reproduzieren und modifizieren. Im ersten Schritt wird beleuchtet, wie die historischen Wissensbestände über die Herkunftsfamilie an die Befragten vermittelt werden. Anschließend werden im zweiten Schritt die individuellen Deutungen der gesellschaftlichen Geschlechter- und Familiennormen untersucht. Berücksichtigt werden dabei auch die handlungspraktischen Umdeutungen, die die Befragten entwickeln, wie soziale Mutterschaft, berufliche Sorge für Kinder und gesellschaftliche Sorge. In einem dritten Schritt wird der Frage nachgegangen, was die einzelnen Subjekte dazu befähigt, 'eigensinnige' Praktiken zu entwickeln und ihren Lebensentwurf jenseits der Norm zu vertreten.

Im Schlusskapitel der Arbeit wird die Fragestellung der Studie rekapituliert und die zentralen Ergebnisse der einzelnen Teile der Arbeit werden zusammenfassend dargestellt. Schlussfolgerungen aus diesen Ergebnissen werden anhand von drei Thesen aufgezeigt. Diese Thesen verdeutlichen die Wirksamkeit der Subjektkonstruktion 'Frau = Mutter'.

Teil I: Ausgangspunkt

Von der Forschungshypothese ausgehend, dass der weibliche Lebensentwurf ohne Kinder jenseits der Norm angesiedelt ist, beschäftigt sich die vorliegende Studie mit 'Kinderlosigkeit' und Geschlecht. Bevor in den folgenden Teilen der Studie näher untersucht wird, inwiefern diese Hypothese zutrifft, ob und in welcher Weise Frauen ohne Kinder mit ihrer Abweichung von der Norm konfrontiert werden und wie sie damit umgehen, soll zunächst eine Einbettung in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit 'Kinderlosigkeit' vorgenommen werden. 'Kinderlosigkeit' wird vielfach im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel diskutiert, deshalb soll zunächst näher auf die wissenschaftlichen Diskurse zu Demographie eingegangen werden. Nach dieser Verortung der wissenschaftlichen, insbesondere der bevölkerungswissenschaftlichen Diskurse, wird näher auf den konkreten Forschungsstand zu 'Kinderlosigkeit' eingegangen. Einem Überblick über die wissenschaftliche Forschung zu Personen ohne Kinder folgt dabei einer genauerer Blick auf die Unterteilung in 'ungewollte' und 'gewollte Kinderlosigkeit'. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern es sich bei 'Kinderlosigkeit' um ein historisch neues Phänomen handelt. Der historische Abriss zeigt, dass 'Kinderlosigkeit' historisch keine Neuheit darstellt; neu sind jedoch die Fortpflanzungsforderung an alle und die Ausbreitung von so genannter 'gewollter Kinderlosigkeit'. Nach diesem Rückblick wird näher eingegangen auf die aktuelle Datenlage zur Geburtenentwicklung und auf die Frage, wer in Deutschland eigentlich keine Kinder bekommt. 'Kinderlosigkeit' ist – so wird deutlich – vor allem ein westdeutsches Phänomen. Im Folgenden wird dann näher auf wissenschaftliche Erklärungsansätze für 'Kinderlosigkeit' in Deutschland eingegangen. Dieser Teil der Studie schließt ab mit einer Zusammenfassung und Präzisierung der Fragestellung.

1. Verortung von 'Kinderlosigkeit' innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses zur demographischen Entwicklung

Lebensentwürfe ohne Kinder werden vielfach im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel thematisiert. Bevor konkret auf den Forschungsstand zu Personen ohne Kinder eingegangen wird, sollen zuerst die Rahmung und die Datenbasis

des wissenschaftlichen Diskurses zu Demographie beleuchtet werden. Dabei wird zunächst auf das demographische Krisenszenario, dann auf die nationalstaatliche Verortung und abschließend auf die statistischen Grundlagen der wissenschaftlichen Diskurse eingegangen.

1.1 Das demographische Krisenszenario

In den sozial- und bevölkerungswissenschaftlichen Publikationen herrscht überwiegend Einigkeit darüber, dass es sich beim demographischen Wandel in Deutschland um ein zentrales Problem der Gegenwart handelt (vgl. z.B.: Birg 2003; Höhn u.a. 2006; Kattinger 2007; Kaufmann 2005; Kröhnert u. a 2006; Mersch 2006; Schlenska 2006; Wingen 2004 und 2007; Ausnahmen sind z.B. Bosbach 2006; Butterwegge 2006; Holland-Cunz 2007; Hondrich 2007; Sammelbände herausgegeben von Berger/Kahlert 2006a und Kreyenfeld/Konietzka 2007).[1] Auffällig ist, dass unterschiedliche Probleme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sei es im Gesundheitssektor, in der Altersversorgung, bezüglich des Arbeitsmarktes etc., auf die als negativ prognostizierte demographische Entwicklung zurückgeführt werden. Der Bevölkerungswissenschaftler Birg spricht von einem „demographisch bedingten Desaster" (Birg 1997, 70; vgl. auch Schmid 2001). Der Bevölkerungswissenschaftler Höhn erklärt, es bedarf einer steigenden Geburtenziffer, „um die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften unserer Gesellschaft an die nächste Generation weitergeben zu können" (Höhn u.a. 2006, 15). Der Familienforscher Wingen spricht von einer „desaströsen Geburtensituation" (Wingen 2004, 121) und erklärt, dass „bei einem Rückgang der Bevölkerung der Humankapitalbestand ebenfalls absinkt und Wirtschaftseinbußen" hervorruft (Wingen 2007, 305). Er spricht sogar davon, dass die demographische Entwicklung viele „gemeinwohlschädigende Verwerfungen" (Wingen 2004, 11) mit sich bringe. Auch Franz-Xaver Kaufmann sieht die Ursache sozialpolitischer Probleme, wie Verteilungskonflikten, in der Nachwuchsschwäche der deutschen Gesellschaft (vgl. Kaufmann 2007, 107; siehe auch Kröhnert u.a. 2006, 4; Kattinger 2007, 1). Vereinzelt, beispielsweise bei Mersch 2006, nehmen die angeführten Folgen der demographischen Entwicklung auch apologetische Züge an, wenn er neben den im wissenschaftlichen Diskurs verbreiteten Folgen, wie Überalterung und Zusammenbruch der Rentenversicherung, auch noch depressive Stimmung, Vereinzelung und sogar Fremdenfeindlichkeit anführt (vgl. Mersch 2006). Der Soziologe Burkart bezeichnet die steigende 'Kinderlosigkeit' als ein ernsthaftes

1 Zuletzt wurde über den demographischen Wandel in Deutschland Mitte/Ende der 1970er Jahre diskutiert. Sozialwissenschaftler beschäftigten sich mit diesem Phänomen und boten in zahlreichen wissenschaftlichen Studien Erklärungen dafür an (vgl. z.B. Dessai 1979; Sammelband herausgegeben von Franke/Jürgens 1978 und von Münz 1985).

Problem, da sie eine neue Spaltung der Gesellschaft erzeugt, „in der es bisher zur Normalbiographie gehörte, Kinder zu bekommen" (Burkart 2007, 418; vgl. auch Lampert 2002, 21). Niedrige Geburtenraten werden vielfach, wie diese Beispiele zeigen, nicht nur mit dem Niedergang der Familie gleichgesetzt, sondern auch als Begründung für einen Zusammenbruch der sozialen Sicherung herangezogen (vgl. kritisch dazu: z.B. Dorbritz/Ruckdeschel 2007, 45; Kreyenfeld/Konietzka 2007, 11f.; Wimbauer 2006, 139). Diese Tendenz, die nicht nur in wissenschaftlichen Publikationen, sondern auch in medialen und – wie später noch gezeigt wird (vgl. Teil III) – in familienpolitischen Diskursen existiert, soll mit Hummel (2006, 27) als „Demographisierung gesellschaftlicher Probleme" bezeichnet werden.[2] Diese Demographisierung basiert auf Grundlagen bzw. Grundannahmen, die im Folgenden hinterfragt werden sollen.

1.2 Bevölkerung als deutsche Bevölkerung

'Bevölkerung' ist ein politischer Begriff, der unterschiedlich definiert werden kann. Die wissenschaftlichen Publikationen weisen dabei vielfach eine starke nationalstaatliche Verfasstheit auf. Erstens konzentriert sich die Forschung auf die demographische Entwicklung in Deutschland bzw. in den Industrieländern, während das globale demographische Wachstum[3] nicht thematisiert wird.[4] Zweitens wird oftmals nicht oder kaum berücksichtigt, dass die Bevölkerungsentwicklung nicht nur von der Fertilität und der Mortalität, sondern auch von der Migration abhängt.[5] Dies wird damit begründet, dass die Möglichkeiten der Lösung des 'Bevölkerungsproblems' durch Zuwanderung als ambivalent einschätzt werden (vgl. z.B. Kaufmann 2005, 83; Kattinger 2007, 6).[6] Integrationsprobleme durch Zuwanderung werden dabei häufig

2 Dieses Muster findet sich auch schon in der Forschung zum demographischen Wandel in den 1970er Jahren: So wird der Rückgang der Geburtenzahlen als alarmierend bezeichnet und es wird damals vor allem ein Unterangebot an Arbeitskräften, die Gefährdung der Rentenzahlungen und eine starke Gefährdung durch Überfremdung befürchtet (vgl. Heinrichs 1978, 85).

3 Die Weltbevölkerung liegt derzeit bei rund 6,5 Milliarden Menschen (vgl. Hummel 2006, 29) und wächst jedes Jahr um mehr als 77 Millionen (vgl. Wagner 2004, 26). Für einen Überblick zur internationalen Bevölkerungspolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges vgl. Többe 2000, Franke 1978 oder Rainer 2007. Zur feministischen Kritik an der internationalen Bevölkerungspolitik vgl. Hummel 2006 und 2007.

4 Ausnahmen sind z.B. Hummel 2006; Schmid 2002.

5 Ausnahmen sind z.B. Bomsdorf/Babel 2005, Schmid 2001 und Steinman 2007.

6 Die WissenschaftlerInnen verweisen dabei auch darauf, dass nach den Ergebnissen der Einstellungsforschung die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich eine Festlegung von Höchstgrenzen für die Zuwanderung von MigrantInnen wünscht und sich für die

als unveränderlich gesetzt (vgl. auch bei Borchard/Stöbel-Richter 2004, 9).[7] Wenn Migration berücksichtigt wird, dann wird vielfach aufbauend auf dem Humankapitalansatz[8], wie z.B. bei Kaufmann (2005) nur der 'lohnende' – gemeint ist der hoch qualifizierte – Zuwanderer für wünschenswert erklärt (vgl. auch Schmid 2001, 6; Wingen 2007, 305, kritisch dazu: Dackweiler 2006, 87).[9] Es gibt noch einen dritten Aspekt, der zu einer nationalistischen Engführung der Bevölkerungsdiskussionen führt: Die deutsche Bevölkerung ohne deutschen Pass wird vielfach selbstverständlich ausgeklammert (vgl. kritisch dazu Butterwegge 2006, 55).[10] Festgehalten werden kann, dass insbesondere in der Bevölkerungswissenschaft vielfach eine starke nationale Fokussierung vorherrscht, in deren Folge es vor allem um die Frage geht, warum die 'Deutschen' oder – wie später noch deutlich wird – eigentlich die „deutschen Frauen" so wenige Kinder bekommen (vgl. Dackweiler 2006, 82).[11]

1.3 Probleme mit der Statistik: Langzeitprognosen zur Bevölkerungsentwicklung und die aktuelle statistische Datenlage zu Personen ohne Kinder

Gerade Langzeitprognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zeichnen ein dramatisches Bild.[12] Die erwartete Bevölkerungsabnahme bis 2050 variiert zwischen 60 und 70 Millionen (vgl. BMFSFJ 2003b, 95). In den meisten wissenschaftlichen Publikationen werden solche Daten zur Bevölkerungsentwicklung oft unhinterfragt übernommen und nicht als Wahrscheinlichkeiten behandelt, sondern als kommende Wirklichkeit (z.B. bei Kattinger 2007; Wingen 2004, 42ff.). Nur wenige ForscherInnen fordern, solche Daten nicht unkritisch zu übernehmen (vgl. z.B. Bosbach 2004, 2006; Butterwege 2006; Frevel 2004).[13] Denn solche Langzeitprognosen gehen „von einer Fortschreibung aktueller Bedingungen aus, zu denen vor allem die Geburtenquote, die Netto-Zuwanderung, sowie die Fortsetzung des Anstiegs der Lebenserwartung gehören" (Frevel 2004, 8). Insbesondere bei Prognosen, die dreißig oder gar fünfzig Jahre in die Zukunft deuten, bleiben „Veränderungen der gesellschaftlichen Werte und Normen, medizinischer Fortschritt, etwaige Seuchen und Epidemien, Kriege oder Umweltkatastrophen, technische Entwicklungen" (Frevel 2004, 8), aber auch Veränderungen im Bereich der Geschlechter- und Familienverhältnisse unberücksichtigt. Einer der schärfsten Kritiker dieser Praxis ist der Statistikprofessor Bosbach, der solche Langzeitprognosen als „moderne Kaffeesatzleserei" bezeichnet (Bosbach 2004, 98). Er illustriert das an Beispielen aus den 1950er Jahren. So konnten in damaligen Prognosen für das Jahr 2000 maßgebliche Einflussfaktoren nicht berücksichtigt werden, beispielsweise die Antibabypille, die Anwerbung und der Zuzug von Millionen ausländischer Arbeiter und ihrer Familien oder auch die Wiedervereinigung.

Problematisch sind auch die Faktoren, die bei der Berechnung der Prognosen einbezogen werden. So zeigt sich die Zukunftssituation als weit weniger dramatisch, wenn man einige 'vergessene Faktoren' bei der Zukunftsberechnung berücksichtigt (vgl. Bosbach 2006, 61ff.). Dafür hier ein Beispiel: Übersehen wird zumeist, dass nicht nur eine Versorgung der Älteren durch die Erwerbsfähigen zu berücksichtigen ist, sondern dass auch Kinder und Jugendliche versorgt werden müssen (vgl. Bosbach 2006, 61). Deshalb spiegelt „erst ein Gesamtquotient, sprich das Verhältnis der Jungen und Alten zu den Erwerbsfähigen, die finanzielle Belastung richtig" wider (Bosbach 2006, 63). Allein diese Einbeziehung des Jugendquotienten relativiert das angeblich so dramatische Zahlenverhältnis, da der Altersquotient laut Prognosen bis 2050 um 77 % ansteigt, der Gesamtquotient aber nur um 37 % (Bosbach 2006, 61).[14]

Aber wie sieht es mit der aktuellen Datenlage aus? In der Fachliteratur wird häufig von einem 'dramatischen Geburtenrückgang' in Deutschland gesprochen. Doch wer sich mit der Grundlage dieser Argumentation, der Zahlenbasis über das

Förderung von Integration, aber auch für die Ausweisung von Integrationsunwilligen ausspricht (vgl. Dobritz u.a. 2005, 11).

7 So erklärt z.B. Schmid, es bräuchte „zur Stützung deutscher demographischer Defizite ein derartiges Quantum an Zuwanderung, dass soziale und kulturelle Verwerfungen unweigerlich ins Haus stehen" (Schmid 2002, 3, ähnliche Positionen vertreten auch Birg 2003, 2 und Wingen 2004, 13). Denn bis 2050 wären dann laut Schmid (2002) 25 Millionen Ausländer zu integrieren (vgl. Kattinger 2007, 6).

8 Das Humankapital bezeichnet in der Betriebswirtschaft die menschliche Bildung und Ausbildung hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit im Produktionsprozess (vgl. Kattinger 2007, 11). Mehr zur Humankapitaltheorie siehe Kattinger 2007, 11ff.

9 So erklärt Schmid: „Zuwanderer können nur integrierbare und qualifizierte junge Menschen sein" (Schmid 2001, 6).

10 Die ausländische Bevölkerung in Deutschland beträgt im Jahr 2004 7,3 Millionen Menschen, 8,9 % der Gesamtbevölkerung (vgl. Hullen 2004, 18).

11 So wirft Butterwegge z.B. dem prominenten Vertreter Herwig Birg vor, es gehe ihm nicht um die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft der heutigen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, sondern um die Bewahrung der Geschichte und Kultur der Deutschen (vgl. Butterwegge 2006, 55). Dackweiler kritisiert Kaufmann für sein „Arsenal völkisch-nationaler Topoi" (Dackweiler 2006, 87).

12 In der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden Prognosen bis 2050 erstellt.

13 Vereinzelt wird auf die Unzuverlässigkeit von Prognosen schon in früherer Forschung hingewiesen (vgl. Heinrichs 1978, 85).

14 Stiegler erklärt, dass in der Vergangenheit der Lebensstandard gesteigert und der Sozialstaat ausgebaut werden konnte, obwohl die Anzahl der Personen, die auf eine Person über 65 Jahren kamen, dramatisch gesunken ist, z.B. von 12,4 1900 auf 6,9 1950 und auf 4,1 2000 (Stiegler 2006, 5). Für den Zeitraum von 2000 bis 2050 wird ein Sinken von 4,1 auf 2 prognostiziert (vgl. Stiegler 2006, 5).

Geburtenniveau beschäftigt, erstaunt feststellt, dass keine exakten Daten zur 'Kinderlosigkeit' in Deutschland existieren. Die öffentlich diskutierten Zahlen stellen alle Näherungen/Schätzungen dar (vgl. Carl 2002, 11; Kreyenfeld/Konietzka 2007), ohne dass dies jedoch kenntlich gemacht wird.[15] Selbst das Statistische Bundesamt hat 2006 eingeräumt, dass derzeit die verfügbaren Daten der amtlichen Statistik keine Möglichkeiten bieten, für Deutschland präzise Aussagen zum Ausmaß der 'Kinderlosigkeit' zu machen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006, 1, zitiert nach Kreyenfeld/Konietzka 2007, 18). In der amtlichen Statistik wird die Fertilitätsrate von Frauen erfasst. Dabei werden jeweils nur die in der bestehenden Ehe geborenen Kinder nach Geburtenreihenfolge erhoben, während bei außerhalb der Ehe geborenen die Geburtenreihenfolge gar nicht erfasst wird. Diese Information über die biologische Rangfolge der Geburten im Leben einer Frau wäre aber notwendig, um das Ausmaß der 'Kinderlosigkeit' von Frauen berechnen zu können (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 20). So ist nicht ersichtlich, wie viele nicht oder nicht mehr verheiratete Frauen erstmals Mutter werden (vgl. Duschek/Wirth 2005, 801; Stiegler 2006, 11).[16] Weitere größere nichtamtliche, sozialwissenschaftliche Befragungen (SOEP, ALLBUS, Family and Fertility Survey etc.), die jedoch nicht repräsentativ sind, bieten zwar umfangreiche Informationen zur Soziodemographie, aber keine zuverlässigen Schätzungen der Anteile von Frauen ohne Kinder (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 29).[17]

15 Die Unzuverlässigkeit der Datenlage wird vielfach nicht thematisiert, sondern die Schätzungen werden als zuverlässige Daten dargestellt, z.B. von Klein 2006, 8.

16 Zudem enthält die amtliche Geburtenstatistik z.B. keine Informationen zum Bildungsniveau der Mütter. Auch die Daten aus dem Mikrozensus lösen diese Probleme nicht, da dort jeweils nur die aktuelle Haushaltskomposition erhoben wird. Konkret bedeutet dies, dass nur gefragt wird, ob Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben oder nicht. Damit können keine Angaben zu der Anzahl der insgesamt von einer Frau geborenen Kinder gemacht werden (vgl. Duschek/Wirth 2005, 801). Dies kann zur „Überschätzung der Kinderlosigkeit führen, da Frauen, deren Kinder nicht mehr im Haushalt leben, als kinderlos gezählt werden" (Duschek/Wirth 2005, 801; vgl. auch Stiegler 2006, 11). Im Herbst 2006 hat die amtliche Statistik eine zusätzliche Erhebung durchgeführt, in der Grunddaten zur Geburtenentwicklung in Deutschland erhoben wurden. Zur Zeit der Veröffentlichung dieser Studie waren noch keine Ergebnisse öffentlich zugänglich. In der DDR wurden diese Daten erhoben (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 20).

17 Mit dem SOEP (Abkürzung für Sozio-ökonomisches Panel) lassen sich, anders als mit dem Mikrozensus, alle Geburten einer Person berücksichtigen (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 17). Aber im SOEP ist die Teilnahme freiwillig, und damit besteht die Gefahr, dass bestimmte Gruppen unter- und andere überrepräsentiert sind. Außerdem gibt es nur geringe Fallzahlen bei Subgruppen (vgl. Duschek/Wirth 2005, 802). Auch mit dem deutschen Family and Fertility Survey „können nur bedingt Aussagen über endgültige Kinderlosigkeit gemacht werden, da die Stichproben nur Frauen bis zum Alter von 39 Jahren und nicht die ausländische Population umfassen" (Kreyenfeld/Konietzka 2007, 18).

Die Statistik offenbart außerdem noch die Schwierigkeit, dass Väter eine Leerstelle darstellen, da in der amtlichen Statistik die Fertilitätsrate von Frauen erfasst wird, aber keine vergleichbare Ziffer für Männer (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 10). Im Mikrozensus zeigt sich dasselbe Problem, weil bei der Erfassung außerehelicher Geburten nur der Familienstand der Mutter erhoben wird, während der Familienstand des Vaters unberücksichtigt bleibt (vgl. Stiegler 2006, 11).[18] Gerechtfertigt wird dies damit, dass „Männer keine verlässliche Auskunft über die von ihnen gezeugten Kinder geben könnten" (Knijin u.a. 2007, 194).[19] Damit verbunden wird eine weitere Begründung, nämlich die Annahme einer zeitlich unbeschränkten Zeugungsfähigkeit von Männern. Es scheint sich hier aber vor allem um einen 'Zeugungsmythos' und nicht um 'Zeugungsrealitäten' zu handeln, da der Übergang zur Vaterschaft jenseits des 45. Lebensjahres auch für Männer eine Ausnahme darstellt (vgl. Schmitt 2005, 19).[20] Auch für Frauen scheint angesichts der Fortschritte in der Reproduktionsmedizin (vgl. Abschnitt 3.1) das angenommene Ende der reproduktiven Phase mit 45 Jahren immer mehr zu einem Richtwert zu werden.

Auf eine weitere Engführung der Statistik soll hier kurz hinwiesen werden: Neben der Vaterschaft wird auch die soziale Elternschaft in der Statistik ausgeblendet (vgl. Stiegler 2006, 11). Dies erscheint in Anbetracht der steigenden Anzahl an Patchwork-Familien unverständlich (vgl. Knijin u.a. 2007, 190). Auch Adoptiv- oder Pflegekinder werden in der Statistik nicht systematisch berücksichtigt.

Es lässt sich festhalten, dass die amtliche statistische Erhebung aufgrund ihrer (fast) ausschließlichen Orientierung an Frauen als biologischen Müttern (und selbst das nur unvollständig) und nicht Männern als Vätern, geschlechterspezifische Gesellschaftsvorstellungen mitprägt. Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass 'Kinderlosigkeit' im medial vermittelten Diskurs als ein Phänomen erscheint, das sich auf Frauen beschränkt (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 10).

18 Teilweise wurde darauf reagiert und inzwischen bereits eine Verbesserung der Datensätze erreicht. So berücksichtigen der Family and Fertility Survey, der Familiensurvey und das SOEP (Sozio-Ökonomisches Panel) mittlerweile vermehrt männliche Elternschaft (vgl. Schmitt 2004, 4; Schmitt/Winkelmann 2005a, 12).

19 Daran wird sich in näherer Zukunft auch nichts ändern, da nach wie vor eine direkte Frage nach allen leiblichen Kindern der Männer als nicht zulässig gilt (vgl. Stiegler 2006, 11).

20 Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Erstens nimmt die Fruchtbarkeit auch bei den Männern mit zunehmendem Alter ab, wenn auch weniger abrupt als bei den Frauen. Zweitens sind die Männer aufgrund des nur leicht asymmetrischen Partnerwahlverhaltens in der Regel nur wenige Jahre älter als ihre Partnerinnen. Die Möglichkeiten einer späten Vaterschaft werden damit auch durch die Konzeptionsfähigkeit der Partnerinnen begrenzt (vgl. Schmitt 2004, 3; Schmitt/Winkelmann 2005a, 13).

2. Überblick über die wissenschaftliche Forschung zu Personen ohne Kinder

Personen ohne Kinder werden aus verschiedenen disziplinären Perspektiven erforscht[21]; im Wesentlichen handelt es sich um die Demographieforschung[22] bzw. Bevölkerungswissenschaften[23], Politikwissenschaft, Soziologie sowie Psychologie, die sich alle weitgehend unabhängig voneinander mit generativem Verhalten beschäftigen (für einen Überblick vgl. Klein 2006, 11). Sowohl politikwissenschaftliche als auch bevölkerungswissenschaftliche Untersuchungen fokussieren dabei auf quantitative Analysen der Geburtenraten (wie z.B. Cromm 1988, Dobritz/Otto 1999 und 2002, Gerlach 2000 und 2004, Herter-Eschweiler 1998, Höhn 2001). Qualitative Daten werden in diesen Arbeiten – wie auch in der bevölkerungswissenschaftlichen Studie 'Biographische Theorie der demographischen Reproduktion' von Herwig Birg u.a. –, die Biographie nur modulhaft konzipieren (Birg u.a. 1991), nur ungenügend berücksichtigt. Auf diese Weise ist keine Rekonstruktion biographischer Entscheidungen möglich. Auch die Geschlechterrollen bleiben zumeist unhinterfragt und werden eher implizit reproduziert.[24] In der psychologischen Forschung zu Personen ohne Kinder beschäftigen sich die meisten Studien mit den Auswirkungen so genannter 'ungewollter Kinderlosigkeit', auch im Kontext der Möglichkeiten durch Reproduktionsmedizin (vgl. Abschnitt 3.1). In psychologischen Studien hingegen, die nicht nur auf 'ungewollte Kinderlosigkeit' fokussieren, werden sozialpsychologische Ansätze gewählt, in denen intra- und interindividuelle Entscheidungsprozesse für oder gegen ein Kind, wie der 'Value of Children-Ansatz'[25] angewendet werden (vgl. z.B. Klein 2006, 13, Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 25-30, zusammenfassend zu psychologischen Studien zu 'Kinderlosigkeit' siehe Carl 2002, 38ff.).

In der bisher dargestellten wissenschaftlichen Forschung, vor allem in den quantitativ angelegten Studien, herrscht die Vorstellung vor, dass die Entscheidung für ein Kind als rationales Handeln, als „Vorgang rationaler Planung" (Mertens 1991, 7; vgl. auch Huinink 2000, 214) konzeptualisiert oder als Kosten-Nutzen-Erwägung gefasst werden kann (vgl. Eckhard/Klein 2007; Klein 2006; Schaeper 2007).[26] Diese Annahme einer rationalen Entscheidung für oder gegen Elternschaft wird vor allem von ForscherInnen, die mit Hilfe von qualitativen Ansätzen die Komplexität und Widersprüchlichkeit biographischer Lebensrealitäten untersuchen, hinterfragt. In diesen Studien wird davon ausgegangen, dass das Ausbleiben der Familiengründung nicht als rationale Entscheidung verstanden werden kann, sondern vor allem als Folge biographischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist (wie z.B. Burkart 1994, 25; Klein 2006, 9; Krones 2005, 32f.; Kreyenfeld/Konietzka 2007, 12).[27]

Noch bis Ende der 1980er Jahre existierten nur sehr vereinzelt soziologische Studien zum Leben ohne Kinder (vgl. als Ausnahmen: Dessai 1979; Sammelband herausgegeben von Franke/Jürgens 1978; Münz 1985a; Nave-Herz 1988).[28] Dies erstaunt, da es seit Mitte der 1960er Jahre einen Geburtenrückgang in Westdeutschland gibt, der auch öffentlich stark diskutiert wurde (vgl. Nave-Herz 1988, 16f.). Das Thema

21 Für einen Überblick siehe Carl 2002.

22 Das Wort Demographie (griechisch: „demos" und „graphein") bedeutet 'Volksbeschreibung'.

23 Für die Geschichte der Bevölkerungswissenschaften siehe Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 11–22; Cromm 1988 und Gutberger 2006. Im Zentrum stehen in den Bevölkerungswissenschaften quantitative Ansätze, insbesondere ökonomische quantitative Ansätze. Wenn qualitative Ansätze verwendet werden, dann vor allem psychologische, wie Einstellungsbefragungen oder psychologische Tests (vgl. Cromm 1988, 214).

24 Auch soziologische Studien fokussieren bei der Untersuchung von generativem Verhalten teilweise auf Frauen (vgl. z.B. Onnen-Isemann 2003). In den letzten Jahren wird vermehrt quantitativ zum Thema 'kinderlose Männer' geforscht (Schmitt 2004; Schmitt/Winkelmann 2005a und b; Eckhard/Klein 2006 und 2007; Tölke/Diewald 2003 zum Zusammenhang von Berufsbiographie und Vaterschaft).

25 Das ist die sozialpsychologische Variante der ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse (vgl. Friedman u.a. 1994; Hoffmann/Hoffmann 1973). Brose 2008 erklärt auf der Basis ihrer Erhebungen, dass der Value-of-Children-Ansatz durch den Wandel der Geschlechterverhältnisse überholt ist (vgl. Brose 2008, 48).

26 Eine Entscheidung im Sinne des Rational-Choice liegt vor, wenn fünf Bedingungen erfüllt sind (vgl. Corsten/Kaupert 2007, 355): wenn 1) Handlungsalternativen gesehen werden, 2) sie als handlungspraktische Möglichkeiten verfügbar sind, 3) sie von Akteuren vergleichend bewertet werden können, 4) diese Bewertung anhand einer Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen wird und 5) ein Entscheidungsdruck existiert. Für Studien zum 'Kinderwunsch' von jungen Menschen (vgl. Cornelißen 2006, 143; Höhn u.a. 2006,15).

27 Auch Schwangerschaften werden trotz mittlerweile relativ sicherer Verhütungsmethoden von Befragten sehr häufig nicht als 'geplante Entscheidung' im Sinne eines rationalen Abwägens wahrgenommen (vgl. Schröder 2007, 368; zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Maher/Dever 2004). Außerdem existiert oftmals eine Differenz zwischen 'Kinderwunsch' und dessen Umsetzung. Damit wird auch die mangelnde Planbarkeit von Elternschaft bestätigt. Dies zeigt eine weitere Studie: Zwei Drittel „der später kinderlosen Ehepaare hatten (...) zu Ehebeginn einen Kinderwunsch geäußert, diesen aber auch nach etwa 14 Ehejahren noch nicht realisiert" (Cornelißen 2006, 154; vgl. Nason/Poloma 1976, 46; Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 101).

28 Schon in den 1970er/80er Jahren wird eine große Bandbreite von Motiven für und gegen Kinder in der Forschung thematisiert. Als Motiv für Kinder werden vor allem emotionale Gründe erwähnt (Gisser u.a. 1985, 35; Jürgens 1978, 45). Des Weiteren erwähnt werden zum Beispiel die hohen Ansprüche an die Erziehung der Kinder (vgl. Münz 1985b, 207), die Partnerschaft (vgl. Dessai 1979, 24; Nason/Poloma 1976, 19), das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. Dessai 1979) und vereinzelt auch die Frage des Zusammenhangs von Bildung und 'Kinderwunsch' (vgl. Gisser 1985, 77).

wurde z.B. in der Familiensoziologie überwiegend als Randthema erforscht. Die Mehrzahl neuerer Studien und Publikationen wählt einen quantitativen Zugang zum Thema (vgl. z.B. Eckhard/Klein 2006; Institut für Demoskopie Allensbach 2005; Marbach/Tölke 2007, Schmitt 2004, Schmitt/Winkelmann 2005a) oder arbeitet mit Sekundärmaterial (vgl. z.B. Beck-Gernsheim 1997; Kahlert 2007; Schlenska 2006). Auch in der deutschen Geschlechterforschung zu Biographien werden Personen ohne Kinder nicht explizit in den Blick genommen (Beispiele dafür sind Born/Krüger 2001 und Dausien 1996).

Es liegt bisher noch keine aktuelle qualitative Studie zu Personen ohne Kinder in Deutschland vor, die wie die vorliegende Studie rekonstruktiv und fallspezifisch auswertet. Die wenigen vorliegenden qualitativen sozialwissenschaftlichen Studien zu 'Kinderlosigkeit' oder zum 'Kinderwunsch' nehmen fast ausnahmslos inhaltsanalytische bzw. themenzentrierte Auswertungen vor (vgl. Beck-Gernsheim 1997; Cannold 2004; Carl 2002; Engel u.a. 1996; Goldberg u.a. 1990; Hager 2006; Kattinger 2007; Morell 1997; Nason/Paloma 1978; Nave-Herz 1988). Außerdem sind sie entweder einige Jahrzehnte alt (vgl. Nason/Paloma 1978; Nave-Herz 1988; Schmitz-Köster 1987)[29] und/oder stammen aus dem anglo-amerikanischen Raum bzw. aus Australien und damit auch aus anderen kulturellen Kontexten (vgl. Cannold 2004; Maher/Dever 2004; Morell 1997; Nason/Paloma 1978)[30].

29 In der amerikanischen qualitativen Studie aus den 1970er Jahren befragen Nason/Poloma (1976) 30 'kinderlose' Paare (mehrheitlich unter 30 Jahre und aus großstädtischen Regionen) und werten die Interviews themenzentriert aus. In der Studie von Nave-Herz (1988) werden 30 'kinderlose' Ehepaare befragt und in der Nachfolgeuntersuchung 164 halbstandardisierte mündliche Interviews (Eheschließungskohorten 1970 und 1980) geführt (vgl. Nave-Herz 1988, 27f.). Die Auswertung erfolgt in der Mehrheit quantifiziert, ergänzt durch themenzentrierte Auswertungen. Schmitz-Köster (1987) führt sechzehn Interviews mit 'kinderlosen' Frauen zwischen 29 und 78 Jahren. Nur drei Frauen davon sind in einem ähnlichen Alter (plus/minus 40) wie die Befragten dieser Studie.

30 Im Rahmen der Studie von Cannold werden insgesamt 35 amerikanische und australische Frauen befragt; auch hier findet eine themenzentrierte Auswertung statt (vgl. Cannold 2004). In der australischen Studie von Maher/Dever besteht das Sample aus 100 Frauen mit und ohne Kinder. Auch hier wird eine themenzentrierte Auswertung vorgenommen (vgl. Maher/Dever 2004). Die amerikanische Studie von Morell ist eine qualitative Studie, in der 34 Interviews mit 'kinderlosen' Frauen von 40 bis 78 Jahre ausgewertet werden. Die meist hoch qualifizierten Frauen sind alle verheiratet oder in festen Partnerschaften. Auch diese Studie wertet die Interviews themenspezifisch und nicht fallspezifisch aus.

3. 'Ungewollte' und 'gewollte Kinderlosigkeit'

'Kinderlosigkeit' wird in der Forschung in so genannte 'ungewollte Kinderlosigkeit' und in 'gewollte Kinderlosigkeit' unterteilt. Unter 'ungewollter Kinderlosigkeit' soll ausschließlich biologisch bedingte Unfruchtbarkeit verstanden werden (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 15). Die Frage, wie viele Personen 'gewollt' und wie viele 'ungewollt' keine Kinder bekommen, ist aus verschiedenen Gründen, auf die noch näher eingegangen wird, schwer zu beantworten. Hier nur so viel: Es wird mehrheitlich angenommen, dass nur eine Minderheit 'gewollt kinderlos' bleibt (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 120).[31] Die vorliegende Studie fokussiert auf Personen ohne Kinder, die nicht wissentlich medizinisch bedingt unfruchtbar sind; trotzdem soll im Folgenden kurz auf biologisch bedingte 'ungewollte Kinderlosigkeit' und neue Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin eingegangen werden. Denn auch, wenn nur relativ wenige Frauen direkt mit Reproduktionsmedizin in Berührung kommen, strahlt diese trotzdem auf viele Frauen aus, indem sie die „Fruchtbarkeitsillusion", nämlich, dass jede Frau jederzeit ein Kind kriegen kann, verstärkt.

3.1 'Ungewollte Kinderlosigkeit'

Die Forschung zu 'ungewollter Kinderlosigkeit'[32] konzentriert sich nach wie vor mehrheitlich auf Frauen und verheiratete heterosexuelle Paare (vgl. z.B. Nave-Herz 1988; Onnen-Isemann 2004).[33] Ungewollte 'Kinderlosigkeit', verstanden als Zeugungs- und Empfängnisunfähigkeit, wurde 1967 von der WHO als Krankheit anerkannt (vgl. Strauß/Beyer 2004, 7). Wie viele Personen ungewollt 'kinderlos' sind, kann nur schwer geschätzt werden, sowohl wegen der bereits dargestellten statistischen Datenlage als auch aufgrund der oftmals herrschenden Unklarheit darüber, ob es sich um eine 'gewollte' oder eine 'ungewollte Kinderlosigkeit' handelt (vgl. Strauß/Beyer 2004, 9). Bei Paaren wird geschätzt, dass der Prozentsatz derer, die 'ungewollt' keine Kinder bekommen, bei deutlich unter 10 % in den alten Bundesländern und

31 Vereinzelt wird die Quote der 'gewollten Kinderlosigkeit' höher eingeschätzt, wie bei Onnen-Isemann, die erklärt, dass Männer und Frauen jeweils zur Hälfte 'ungewollt' und 'gewollt kinderlos' sind (Onnen-Isemann 1995).

32 Es sind vor allem psychologische Studien, die sich mit 'ungewollter Kinderlosigkeit' beschäftigen (vgl. Fränznick/Wieners 1996, Strauß 2000). Außerdem wird das Thema in der Gesundheitsberichterstattung behandelt (vgl. Strauß/Beyer 2004). Es findet auch eine sozial- und kulturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Reproduktionsmedizin statt (vgl. z.B. Duden 1991; Feyerabend 2004; Hoffmann 1999; Onnen-Isemann 2004; Oudshoorn 2004; Scheich 1993; Stanworth 1987; Waldschmidt 2002).

33 Dies hängt auch damit zusammen, dass die gesetzlichen Krankenkassen nur für Ehepaare Teile der Kosten für die Reproduktionsmedizin übernehmen.

unter 5 % in den neuen Bundesländern liegt und dass circa 3 % dauerhaft 'ungewollt' ohne Kinder bleiben (vgl. Strauß/Beyer 2004, 10).[34] Eine doch noch eintretende so genannte „Spontanschwangerschaft", eine Schwangerschaft durch Reproduktionsmedizin oder eine soziale Elternschaft (Pflegschaft, Adoption) sind Möglichkeiten für diese Paare, dennoch mit Kindern zu leben. Hierbei erscheint die Adoption für viele keine Lösungsmöglichkeit zu sein, sowohl weil die Adoptionsmöglichkeiten radikal abgenommen haben (vgl. Onnen-Isemann 2004, 136) als auch weil sich der Wunsch nach einem Kind in der Mehrzahl der Fälle auf ein leibliches Kind bezieht (vgl. Mense 2004, 159).

> „Wie stark bei aller Pluralität von praktizierten Lebensformen in unserer Gesellschaft die 'Kernfamilie' (Eltern mit leiblichen Kindern) als Ideal auch heute noch gelten und die Mutterrolle Priorität besitzen kann, wird also deutlich bei den Patientinnen der Reproduktionsmedizin" (Onnen-Isemann 2004, 130).

Die Wirkmächtigkeit der Norm der heterosexuellen Kernfamilie mit leiblichen Kindern wird auch daran deutlich, dass in Deutschland beispielsweise der Ausschluss von Lesben und alleinstehenden Frauen von reproduktionsmedizinischen Verfahren von der Bundesärztekammer mit Rekurs auf die 'normale Familie' begründet wird (vgl. Mense 2004, 170).[35] Dementsprechend ist die überwiegende Mehrheit der Frauen, die sich reproduktionsmedizinisch behandeln lassen, heterosexuell und verheiratet.

Die Reproduktionsmedizin hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung zugenommen, obwohl die deutsche Gesetzgebung diesbezüglich im Vergleich zu anderen europäischen Nationen eher restriktiv ist (vgl. Strauß/Beyer 2004, 7).[36] Diejenigen, die mit Reproduktionsmedizin ihr Geld verdienen, bedienen sich des Phänomens der 'Fruchtbarkeitsillusion', um für sich zu werben. Sie vermitteln den Eindruck, die Grenzen der Natur überwinden zu können und allen Paaren ihren Wunsch nach einem Kind leicht erfüllen zu können. Dabei liegt die Erfolgschance einer reproduktionsmedizinischen Behandlung, die als „Baby-take-home-Rate" (Strauß/Beyer 2004, 17) bezeichnet wird, je nach Behandlungsmethode nur bei 9 bis 18 % (vgl. Feyerabend 2004, 199). Vor dem Hintergrund solcher narrativer gesellschaftlicher Bilder steigt der gesellschaftliche Druck auf Menschen ohne Kinder, vor allem

34 Die geringere Zahl der 'ungewollt Kinderlosen' in Ostdeutschland lässt sich bis heute darauf zurückführen, dass das durchschnittliche Alter bei Eintritt der Elternschaft dort deutlich niedriger lag und mit steigendem Lebensalter sowohl bei Männern als auch bei Frauen die Fruchtbarkeit abnimmt.

35 In den USA hingegen findet das Phänomen der Mutterschaft alleinstehender Frauen mit Hilfe der Reproduktionsmedizin zunehmend Verbreitung (vgl. Wehrspann/Lüscher 1993, 4).

36 Reproduktionsmedizin ist an circa 1 % der Geburten beteiligt (vgl. Strauß/Beyer 2004, 17).

auf Frauen: Diejenigen, die nicht alles versucht haben, sind nun 'selbst schuld' (vgl. Onnen-Isemann 2004, 136).[37] Damit wird aus „Fortpflanzungstechnologie die Fortpflanzungsideologie" (Beck-Gernsheim 1991, 55).

Durch die Entkoppelung von Zeugung bzw. Empfängnis und Schwangerschaft durch die Reproduktionsmedizin können sich gesellschaftliche Annahmen und Konzepte über die Entstehung von Elternschaft und damit auch von Familie und Verwandtschaft verändern (vgl. Mense 2004, 150). So kann ein durch einen reproduktionstechnologischen Eingriff entstandenes Kind drei verschiedene Mütter haben: eine genetische, von der die Eizelle stammt, eine austragende Mutter und eine soziale Mutter, die die Versorgung des Kindes übernimmt (vgl. Mense 2004, 161). Ob durch Reproduktionsmedizin tatsächlich ein neues Verständnis von Elternschaft entsteht, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Bisher kann lediglich ein Trend ausgemacht werden, nämlich die Stabilisierung des Zusammenhangs von Ehe und Fortpflanzung.[38] Festgehalten werden kann, dass durch die Ausbreitung der Fortpflanzungstechnologie der Druck und der „Anspruch zu einer immer weitergehenden Naturbeherrschung und Naturnutzung" (vgl. Beck-Gernsheim 2001, 21) wachsen.

3.2 'Gewollte Kinderlosigkeit'

In den wenigen existierenden qualitativen Studien zu 'gewollter Kinderlosigkeit' werden verschiedene Typologien gebildet. So unterscheidet Carl 2002 in ihrer Studie drei Gruppen: „Frühentscheiderinnen", die ihre Entscheidung gegen Kinder bis zum 25. Lebensjahr treffen, „Spätentscheiderinnen", die ihre Entscheidung danach treffen und „Verschieberinnen".[39] Letztere zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Elternschaft zwar vorsehen, aber zeitlich nicht fixieren (vgl. auch Rupp 2005, 39).

Cannold nimmt in ihrer qualitativen Studie von 2004, in der sie australische und amerikanische Frauen ohne Kinder befragt, eine andere Unterscheidung vor. Sie teilt die Befragten in die zwei Gruppen „childless by circumstances" und „childless by choice" ein (Cannold 2004, 2). Das Alter stellt für sie dabei kein Unterscheidungskriterium dar. Die „childless by cirumstances" unterteilt sie noch einmal in

37 „Es sind meist die Frauen, die auf die Kinderlosigkeit angesprochen werden (...) Zudem sind es die Frauen, die in aller Regel medizinisch behandelt werden" (Mense 2004, 159; vgl. Fränznick/Wieners 1996, 79).

38 Prominente Feministinnen hoffen schon in den 1970er Jahren, dass es durch die Reproduktionsmedizin zu einer Befreiung vom 'Joch der Mutterschaft' (vgl. Firestone 1975) kommt. Andere betrachten diese Technisierung der Zeugung kritisch (vgl. Feyerabend 2004, 180).

39 Hager (2006) übernimmt die Unterteilung von Carl (2002).

Frauen mit 'Kinderwunsch' und solche mit ambivalentem 'Kinderwunsch'.[40] Diese amerikanische Studie hat den Vorteil, dass sie ohne den Begriff 'Verschieberinnen' auskommt. Er ist insofern problematisch, als hier wieder die Normalitätsfolie 'Mutterschaft' transportiert wird. Zudem beschreiben betroffene Frauen ohne Kinder ihre Lebensentscheidungen selbst zumeist nicht als Verschiebung (vgl. Morell 1994, 55).[41] In der vorliegenden Studie sollen zunächst als Arbeitsdefinition zwei Gruppen unterschieden werden: Die Gruppe der 'Verschieberinnen', die in den meisten Studien die Mehrheit darstellt, soll wertneutral wie bei Nave-Herz als 'temporär Kinderlose' bezeichnet werden (vgl. Nave-Herz 1988). Analog zum Begriff der 'temporären Kinderlosigkeit' wird die zweite Gruppe der 'Entscheiderinnen' in dieser Studie als 'dauerhaft Kinderlose' bezeichnet werden. Im Rahmen der Studie wird überprüft werden, inwiefern diese Unterteilung in zwei Gruppen durch die vorgenommene Forschung bestätigt, ergänzt oder widerlegt werden kann (vgl. Teil IV).

4. Leben ohne Kinder

In neueren wissenschaftlichen Diskursen wird das historisch Neuartige des Phänomens 'Kinderlosigkeit' herausgestellt, z.B. bei Burkart: „Ein Leben ohne Kinder war bisher die Ausnahme" (Burkart 2007, 402). Aber ist der weit verbreitete Lebensentwurf ohne Kinder wirklich neu? Um zu bestimmen, ob etwas neu ist, bedarf es eines Vergleichsmaßstabes. Auffällig ist, dass in der Mehrzahl der Veröffentlichungen implizit oder explizit eine bestimmte historische Zeitspanne als Vergleichsmaßstab gesetzt wird: das so genannte 'golden age of marriage', also die 1960er Jahre in Westdeutschland (vgl. z.B. Meyer 2004). Diese Jahre waren geprägt von einer allgemeinen hohen Wertschätzung der Familie und einer hohen Heiratsrate sowie verbunden mit geringer 'Kinderlosigkeit' (vgl. Teil III). Wie kann das Phänomen 'Kinderlosigkeit' eingeordnet werden, wenn man den Untersuchungszeitraum weiter spannt? Anhand der folgenden kursorischen historischen Darstellung wird deutlich, dass Lebensentwürfe ohne Kinder kein neues Phänomen sind.[42]

40 In einer weiteren Studie werden vier Typen von freiwilliger 'Kinderlosigkeit' gebildet, je nach Grad der Überzeugung, 'kinderlos' bleiben zu wollen (vgl. Nason/Poloma 1976, 22–3).

41 Dies gilt auch für die Studie von Nave-Herz, die diese Gruppen als „temporär Kinderlose" und nicht als „Verschieberinnen" bezeichnet (vgl. Nave-Herz 1988).

42 Bisher existiert keine ausführliche und systematische Studie, die sich mit der Geschichte von Frauen ohne Kinder beschäftigt. Carl 2002 liefert einen kurzen historischen Abriss zur 'Kinderlosigkeit' und Engel u.a. 1996 bieten einen unsystematischen historischen Abriss über ledige Frauen (vgl. außerdem Beck-Gernsheim 1997; Münz 1985; Nave-Herz 1988; Schmitz-Köster 1987).

4.1 Der Lebensentwurf ohne Kinder als Normalität in der Vergangenheit – ein historischer Abriss

Kinder zu bekommen hatte historisch vor allem vier Funktionen: Erstens galten Kinder als Arbeitskräfte, zweitens dienten sie der Alterssicherung der Eltern, drittens wurden sie zur Weiterführung des Hofes (in der Regel durch den Sohn) benötigt und viertens erstreckten sich etwaige Vorteile durch eine Heirat der Kinder auf die ganze Familie (vgl. Cromm 1988, 93). Es gab eine hohe Geburtenhäufigkeit und -sterblichkeit sowie eine geringe Lebenserwartung, letztere lag z.B. im Mittelalter bei dreiunddreißig Jahren (vgl. Schubnell 1978, 10f.).[43]

Elternschaft wird in den vor- und frühindustriellen Gesellschaften West- und Mitteleuropas bis weit in das 19. Jahrhundert hinein durch religiöse Keuschheitsgebote, ökonomisch motivierte Heiratsschranken und die soziale Ächtung unehelicher Geburten reguliert.[44] Diese Regulierungen führen für einen nicht „unbeträchtlichen Teil der erwachsenen Frauen zur freiwilligen oder erzwungenen Kinderlosigkeit" (Münz 1985b, 27).[45] Mit Beginn der Neuzeit verändert sich dies langsam. Verstärkt seit Mitte des 15. Jahrhunderts bemühen sich Klerus und Feudalherren, ihr Arbeitskräftereservoir zu erhöhen, z.B. indem sie gegen die im Volk vorhandenen Praktiken der Empfängnisverhütung vorgehen.[46] Auch im Europa des 14. bis ins 17. Jahrhundert hinein existiert demnach schon Pronatalismus. Insbesondere ab dem 17. Jahrhundert wird dann von Seiten des Staates und der Kirche eine kontinuierliche Förderung des Bevölkerungswachstums und der Ehe betrieben (vgl. Engel u.a. 1996, 42).[47] Die Geburtenförderung besteht vor allem in der „zunehmenden Beseitigung von Heiratsbeschränkungen, wie etwa der Herabsetzung des Heiratsalters oder der

43 Außerdem werden Kinder zu Hunderttausenden ausgesetzt, sterben in Findel- und Arbeitshäusern oder bei Ammen (vgl. Münz 1985, 21).

44 Es existieren insbesondere für die Ärmeren eingeschränkte Heiratsmöglichkeiten durch direkte oder indirekte Regelungen, die von hohen Mitgiftforderungen und Erbfolgebestimmungen bis hin zu gesetzlich verankerten Heiratsverboten für Besitzlose reichen (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 125). So sind z.B. Mägde, Knechte, Studenten, Soldaten, Gesellen und Dienstboten vom Recht, eine Ehe nach eigener Wahl zu schließen, ausgeschlossen (vgl. Möhle 1999, 192; Nave-Herz 1988, 9).

45 Eine besondere und weit verbreitete Form des Lebensentwurfs ohne Kinder sind Frauengemeinschaften im christlichen Mittelalter (vgl. Engel u.a. 1996, 38; Nave-Herz 1988, 9). So leben im 13./14. Jahrhundert beispielsweise in Köln „6 % der erwachsenen Frauen in Klöstern, Stiften oder anderen Gemeinschaften", in Straßburg sogar circa 10 % (Engel u.a. 1996, 39; vgl. Schmitz-Köster 1987, 19f.).

46 Frauen, die Expertinnen für das damalige Sexual- und Verhütungswissen, werden als Hexen gebrandmarkt, verfolgt und ermordet. „In diesem Zeitraum wurden 8 Millionen Frauen ermordet" (Többe 2000, 5).

47 Erst zu dieser Zeit wird das heterosexuelle Paar langsam zur einzig natürlichen Lebensform, zur Norm (gemacht) (vgl. Vinken 2007, 114).

Aufgabe klerikaler Hindernisse durch unterschiedliche Glaubenszugehörigkeit“ (Engel u.a. 1996, 42).[48] Vor allem der Protestantismus ab Mitte des 16. Jahrhunderts ist dabei bedeutsam, da er eine starke Abwertung von ledigen und ‘kinderlosen’ Frauen betreibt. So wird „von Lutheranern ein abfälliges Bild der unfruchtbaren, ‘vertrockneten’ ehe- und kinderlosen Frau gezeichnet“ (Engel u.a. 1996, 49; vgl. de Beauvoir 1968) und Mutterschaft wird aufgewertet. So vertritt Luther die „Auffassung, dass alle Frauen zur Mutter und Hausfrau bestimmt seien“ (Schmitz-Köster 1987, 20). Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts werden die meisten Kinder kaum bewusst erzogen und für die physische Versorgung ist oft nicht die leibliche Mutter zuständig (vgl. Szewczyk 2000, 10).[49] Die deutsche Mutterideologie, auf die noch an verschiedenen Stellen näher eingegangen wird, kann nach Vinken als ein Produkt des Protestantismus’ bezeichnet werden (vgl. Vinken 2007, 28).[50] Frauen wird die

48 Begründet wird der Wandel damit, dass die bürgerliche Gesellschaft für ihre Reproduktion auf nicht marktvermittelte Versorgungsleistungen, wie das Zeugen, Austragen und Gebären von Kindern und die Sicherung ihrer emotionalen und materiellen Versorgung, angewiesen ist (vgl. Ott 1997, 105). So können z.B. ab 1868 „Mägde und Knechte und mittellose Personen (…) ohne gutsherrliche Erlaubnis eine Ehe schließen“ (Krüger 1990, 20). Mehr zu ledigen Frauen und Männern ab dem 19. Jahrhundert siehe Krüger 1990, 20–34. „Die Menschen waren nun frei, Ehen einzugehen und (legitime) Kinder zu bekommen, gleichzeitig entsteht aber ein ‘Vakuum’ in der Sicherstellung der Reproduktion der Bevölkerung“ (Ott 1997, 106). Foucault datiert in diese Zeit die Entstehung von staatlicher Bevölkerungspolitik (vgl. Foucault 2004, 162). Die Geburtenförderung ist erfolgreich, so kommt es in Deutschland von 1800 bis 1900 zu einem Anstieg der Bevölkerung von 24,5 Millionen auf 50,6 Millionen (vgl. Khalatbari 2007, 13).

49 Kinder „galten als nicht vollständige Erwachsene, die kaum eigene Bedürfnisse haben“ (Beck-Gernsheim 1997, 28). Biologische Mutterschaft bedeutet zu dieser Zeit nicht, dass diese Frauen auch die Sorgearbeit für ihre Kinder leisten. Kinder werden durch „Ammen, Gouvernanten, Dienstpersonal und Hauslehrerinnen bei den Reichen oder bei Ärmeren durch Großeltern, Geschwister und andere Verwandte oder Nachbarinnen betreut und erzogen (vgl. Zingler 2005, 122). Erst in der Neuzeit kommt das Leitbild der modernen Kleinfamilie auf, in der die Versorgung und Erziehung der Kinder maßgeblich durch die Eltern bzw. vor allem durch die Mutter übernommen wird (vgl. Zingeler 2005, 135). Außerdem wird die Mutter über die Kinderpflege und das Kinderwohl aufgewertet und es beginnt eine Idealisierung der Mutterschaft (vgl. Schmitz-Köster 1987, 20): „Die ‘natürliche’ Pflicht der Mutter gegenüber dem Kind wurde als etwas beschrieben, was der Freude und den eigenen Bedürfnissen zwar zunächst gegenübersteht, aber durch die Selbstüberwindung dann doch ‘wahres’ Glück verheißt“ (Szewczyk 2000, 10). Mutterschaft wird zur Berufung und „das Kind, vorher Nutzgegenstand, verwandelte sich in ein Gefühlsobjekt“ (Szewczyk 2000, 10).

50 Die Familie und nicht mehr die Kirche und das Kloster werden zum ‘Heiligtum der Welt’ (vgl. Vinken 2007, 111). Zentral dafür ist die Aufwertung physischer Mutterschaft. ‘Zu große’ Frauenfiguren, die im 13. und 14. Jahrhundert andere Lebensentwürfe hatten, verschwinden aus dem gesellschaftlichen Wissensvorrat (vgl. Vinken 2007, 117–21). Die neue Geschlechterordnung wird erst langsam hergestellt. Claudia Honegger macht

„alleinige Verantwortung für die häuslich familiäre, insbesondere aber die generative Reproduktion übertragen“ (Bührmann 2004, 43; vgl. Beck-Gernsheim 1997, 46; Schütze 1986, 7).[51] Diese Zuweisung generativer Aufgaben und Zuständigkeiten an die Ehefrauen zieht deren Ausschluss bzw. höchstens prekären Einschluss in Erwerbsarbeit nach sich. Außerdem werden männliche Vorrechte in nie gekannter Form verallgemeinert. Die Entstehung der Geschlechtercharaktere Ende des 18. Jahrhunderts, in denen geschlechterpolare Charakterdefinitionen an die Stelle von Statusdefinitionen treten (vgl. Hausen 1976), ist zentral für die Entstehung der später in den familienpolitischen Diskursen vorherrschenden Vorstellungen der bürgerlichen Kern- bzw. Kleinfamilie und der Mutterideologie (vgl. Teil III).[52]

Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass der ‘ledige’ Lebensentwurf, der zumeist mit ‘Kinderlosigkeit’ verbunden ist, bis in das 19. Jahrhundert hinein weit verbreitetet ist. Der Anteil der Personen ohne Kinder beginnt erst seit dem späten 19. Jahrhundert zu sinken (vgl. Münz 1985, 27).

> „Ledig waren vermutlich phasenweise mehr als ein Drittel der Frauen einer Generation zumindest im Bürgertum und im Adel (…). Für 1871 gibt der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung (1994, 49) eine Zahl von 26,2 %, für 1899 von 24,7 % als Ledigenquote unter der weiblichen und männlichen Bevölkerung im heiratsfähigen Alter an“ (Engel u.a. 1996, 43).[53]

Die Bevölkerungsentwicklung tritt mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert in einen dynamischen Prozess, vor allem auch durch die erweiterten Möglichkeiten zur Eheschließung und zur Gründung eines eigenen Haushalts (vgl. Gerlach 2004, 48).

> „Folge war ein rasanter Anstieg der Bevölkerung auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches von 23,5 Millionen im Jahr 1816 auf 38 Millionen im Jahr 1865. Erst jetzt wird die kinderreiche Familie, die unser Bild von der vormodernen Familie bestimmt, für kurze Zeit Realität“ (Gerlach 2004, 49).

für das 18. Jahrhundert eine noch im Fluss befindliche kulturelle Debatte über die neue „Ordnung, respektive Unordnung der Geschlechter (Honegger 1991, 7) aus.

51 Mutterliebe ist im 19. Jahrhunderts in erster Linie Pflichterfüllung (vgl. Schütze 1986, 31). „Die Alleinverantwortung der Mutter war nicht in dem Sinne intendiert, dass die Mutter Tag und Nacht dem Kind zur Verfügung stehen sollte, wie dies erst im 20. Jahrhundert gefordert werden wird“ (Schütze 1986, 28).

52 Zur Entstehung der Mutterideologie in Deutschland seit dem späten 18. Jahrhundert (vgl. Schütze 1986).

53 Von den 1901 bis 1905 geborenen Frauen bekommen 26 % keine Kinder (vgl. Lüscher 2001, 15). Nach Kreyenfeld/Konietzka sind es etwas weniger. Sie geben an, von den um 1900 Geborenen blieben circa 20 % ‘kinderlos’ (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 13).

Die in der Familie verbleibende Primärsozialisation wird zunehmend intensiviert (steigende Anforderungen an Kindererziehung), emotionalisiert und stärker an die Frauen- bzw. Mutterrolle gebunden (vgl. Feldmann-Neubert 1991, 22).[54] Schon ab 1875 sinken die Geburtenraten wieder (Onnen-Isemann 2003, 31).[55] Diese erste Phase des Geburtenrückgangs, die etwa bis in die 1930er Jahre andauert (vgl. Lüscher 2001, 9f.) ist neben der starken Verkleinerung der Familiengrößen[56] vor allem auf den historischen Kontext, insbesondere auf den Ersten Weltkrieg, zurückzuführen.

Die letzte Frauengeneration, die ausreichend Kinder geboren hat, um die Elterngeneration zu ersetzen, sind die Frauen der Geburtsjahrgänge 1880/81 vgl. Gerlach 2004, 49). 1916 kommt es zu einem Sinken der deutschen absoluten Bevölkerungszahlen. Zu dieser Zeit wird begonnen, auf „Reichsebene eine pronatalistische Politik zu konzipieren, um die Geburtenraten zu erhöhen und den sich abzeichnenden demographischen Trend umzukehren" (Bührmann 2004, 230).[57] Bevölkerungspolitik wird nicht nur wichtiger, sondern sie fokussiert erstmals nicht mehr nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der Bevölkerung.[58] Der Geburtenrückgang gilt als unsittliche und krankhafte Erscheinung, da Frauen per se als mit Muttertrieb

54 Anfang des 19. Jahrhunderts entsteht auch die Vorstellung des 'Kinderwunsches': „In der Volksseele ist der Wille zur Einschränkung der Kinderzahl eingezogen und zieht jetzt immer weitere Kreise" (Brumm 1917, 13f., zitiert nach Khalatbari 2007, 15). Der Wille zur Einschränkung wird zu dieser Zeit vorrangig auf die „Dekadenz", den „Egoismus" und auf „Individualisierung" zurückgeführt (vgl. Khalatbari 2007, 16). Denn Muttersein gilt als die Bestimmung jeder Frau, Muttersein im Rousseauschen Sinne bedeutet das „Ineinanderfallen von biologischer und sozialer Elternrolle" (Vinken 2007, 137).

55 Im Zeitraum von 1850 bis 1900 sinkt die durchschnittliche Geburtenrate erheblich, die Familiengrößen reduzieren sich wieder. Die sinkenden Geburtenzahlen werden auch im Zusammenhang mit der Einführung kollektiver Sozialversicherungssysteme gesehen (vgl. Borchard/Stöbel-Richter 2004; Gerlach 2004, 49).

56 „In der Zeit vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg verringerte sich die Zahl der durchschnittlichen Geburten pro Frau von knapp fünf auf zwei Kinder" (Meyer 2004, 58).

57 Von „Parteien und Bevölkerungswissenschaftlern [wird, LC] im Geburtenrückgang eine besorgniserregende Tendenz gesehen, (...) das Gebärverhalten von Frauen zum Gegenstand von Diskussionen und staatlicher Gesellschaftspolitik gemacht" (Bergmann 1983, 81). Dabei sorgen sich nicht nur die Konservativen, sondern auch die Linken (vgl. Bergmann 1983; Ott 1997, 120).

58 „Neu ist auch die Fortpflanzungsanforderung an alle, die nicht allein quantitativ betrachtet wird, sondern die Sorge um das Erbgut in sich birgt" (Ott 1997, 113). Darwin ist dabei ein wichtiger Vertreter, dem es bei der Vorstellung von 'Bevölkerung' um konkrete Gruppen von Menschen mit bestimmten Eigenschaften geht (vgl. Többe 2000, 7). Das Konglomerat von sozialdarwinistischen, eugenischen und rassistischen Ideen bildet zu dieser Zeit in der internationalen Forschung keine Randerscheinung (vgl. Többe 2000, 19). So propagiert z.B. auch die 'Weltliga für Sexualreform', die Kinderzahl in den unteren sozialen Schichten zu beschränken (vgl. Többe 2000, 19).

und natürlichem 'Kinderwunsch' behaftet verstanden werden (vgl. Bergmann 1983, 91–2).[59] Machtbeziehungen werden dabei als Erfordernisse der Natur „verkleidet" (Ott 1997, 111) – zum Beispiel, indem Sexualität kontrolliert wird, denn 'falsche' Sexualität gefährdet nicht nur das Wohl des Einzelnen, sondern das Wohl der Bevölkerung insgesamt. Dazu kommt eine Verwissenschaftlichung des Lebens und dabei auch der Mutter-Kind-Beziehung.[60] Jeder und jede ist verpflichtet, ihre und seine Lebensweise, ihre und seine Lust in Bezug auf die Volksgesundheit zu überprüfen.

In den so genannten 'goldenen' 1920er Jahren kommt es zu einem Wandel der öffentlichen Teilhabe von Frauen, z.B. steigt die Zahl der Studentinnen von 1919 bis 1932 von 9,5 % auf 18,8 % an (vgl. Engel u.a. 1996, 48). Trotz aller „Modernität blieb die Ausrichtung auf Ehe und Mutterschaft erhalten und die Unabhängigkeit der Frauen sollte nur für die kurze Übergangsphase zwischen Schule und Heirat gelten" (Engel u.a. 1996, 49).

Der Nationalsozialismus kann demgegenüber als „ideologischer Rückschritt für die gesellschaftliche Stellung und die Rechte der ledigen und kinderlosen Frau" gelten (Engel u.a. 1996, 49). Frauen sind zu dieser Zeit Objekte der Bevölkerungs- und Sexualpolitik. Es werden drei übergeordnete Ziele verfolgt: erstens ein außenpolitisches Ziel – die Eroberung neuen Lebensraums im Osten (Wachstum der Bevölkerung auch zur Besiedlung der zu erobernden Gebiete), zweitens die Wiederherstellung der Familie als Keimzelle des deutschen Volkes (gegen die „Bedrohung der Vergreisung, des Aussterbens und der Überfremdung des deutschen Volkes" soll die Vier-Kind-Familie gesetzt werden)[61] und drittens die „Heranzüchtung" von 'reinrassigem, arischem' Nachwuchs (Bieler 1994, 100). Wichtig ist, dass zur Umsetzung dieser Ziele im Nationalsozialismus sowohl pronatalistische als auch antinatalistische Maßnahmen eingesetzt werden.[62] Der Lebensentwurf ohne Kinder wird abgewertet. Typische

59 WissenschaftlerInnen sprechen damals, Anfang 1900, von der „Gebärunlust" der Frauen (vgl. Bergmann 1983, 9). „Zwischen 1910 und 1914 wurde der Geburtenrückgang in einer Fülle medizinischer Publikationen als ein alarmierendes Zeichen für den Sittenverfall und als eine staats- und volksgefährdende Entwicklung abgehandelt" (Bergmann 1983, 92).

60 „Die Verwissenschaftlichung der Mutter-Kind-Beziehung liegt im späten 18. und 19. Jahrhundert in den Händen der Ärzte und der Pädagogen, denen im 20. Jahrhundert die Psychologen nachfolgen" (Schütze 1986, 11).

61 Als zentrale Gründe für den Geburtenrückgang gelten im Nationalsozialismus die Frauenemanzipation, die Frauenerwerbstätigkeit und Abtreibungen.

62 Mutterschaft ist hier auf die Nation bezogen, auf den Volkskörper (vgl. Vinken 2007, 221). Pronatalistische Maßnahmen sind Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Mutterverdienstkreuz, Mutterschutz, hohe Strafen für Abtreibungen, Schließung der Sexualberatungsstellen (1933) etc. Antinatalistische Maßnahmen sind Ausschluss von Vergünstigungen, Eheverbot, Zwangssterilisation etc. (vgl. Bieler 1994, 101). Hier soll nur ein Beispiel benannt werden, welches die unfassbare Abscheulichkeit dieser Maßnahmen verdeutlicht: Bis 1939 wurden mehr als 300.000 Zwangssterilisationen vorgenommen

Zuschreibungen für Frauen ohne Kinder sind in dieser Zeit: einsam, entsagend, bedrückt, verbittert (vgl. Horan 2003, 234). 'Gewollte Kinderlosigkeit' wird in dieser Zeit zum Scheidungsgrund – und diese Regelung wird erst 1977 wieder außer Kraft gesetzt (Schmitz-Köster 1987, 20).

Die historische Darstellung verdeutlicht die Veränderungen familiärer Strukturen als Konsequenz gesellschaftlicher Veränderungen. Aktuelle Transformationen der Familie können basierend darauf hinterfragt und historisch kontextualisiert werden. So ist etwa die Organisation der Institution 'Familie', z.B. in Form der Kleinfamilie, zeitlich und kulturell variabel (vgl. Gerlach 2004, 80). Wie der Rückblick zeigt, ist 'Kinderlosigkeit' historisch situiert gesehen kein neues Phänomen.[63] Eigene Kinder zu bekommen, stellt bis ins 19. Jahrhundert hinein nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen eine Normalität dar. Andere sind davon gesellschaftlich reguliert explizit ausgeschlossen, so dass angenommen werden kann, dass 'Kinderlosigkeit' früher vielfach unfreiwillig war.

Neu ist die „Fortpflanzungsanforderung an alle" (Ott 1997, 113) und, dass Weiblichkeit weitgehend mit biologischer Mutterschaft gleichgesetzt wird. Zentrales Moment ist die Verlagerung von einer vor allem sozial kontrollierten hin zu einer vor allem individuell kontrollierten Fruchtbarkeit (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 19). Allerdings kommt hier Familien- und Bevölkerungspolitik ins Spiel, denn die Entscheidung zur Elternschaft mag eine Privatangelegenheit sein, aber es ist ein öffentliches Anliegen für ausreichend Nachwuchs zu sorgen (vgl. Schmid 2001, 14). Zudem haben sich auch die Funktionen generativen Handelns verändert.

Es stellen sich also die Fragen, wie weit verbreitet der Lebensentwurf ohne Kinder heute ist, wer Kinder bekommt und wer nicht und welche Gründe für oder gegen eine Familiengründung sprechen. Dies wird im Folgenden dargestellt; dabei sind die dargestellten statistischen Daten zu Personen ohne Kinder auf der Basis der vorher dargestellten Schwierigkeiten der Datenlage (vgl. 1.3) als Schätzungen bzw. Tendenzen zu verstehen.

(vgl. Engel u.a. 1996, 51). Weiterführende Literatur zur Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus siehe Albanese 2006; Bieler 1994; Czarnowski 1989; Engel u.a. 1996; Ferdinand 2007; Grossmann 1994; Horan 2003; Vinken 2007; Willenbacher 2007.

63 Auch, wenn dies in der wissenschaftlichen Literatur mehrheitlich vertreten wird (wie z.B. von Borchard/Stöbel-Richter 2004; Dobritz/Schwarz 1996).

4.2 Aktuelle Daten zur Geburtenentwicklung in Deutschland

Das Geburtenniveau in Deutschland liegt aktuell bei 1,36 Kindern pro Frau (vgl. Statisches Bundesamt 2008, 677).[64] Allerdings stellt dies, anders als es im medial vermittelten Diskurs erscheint, keine Besonderheit dar, da die Geburtenraten in Deutschland bereits seit 1965 sinken und seit den 1970er Jahren bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau liegen (vgl. Jurczyk 2007, 531).[65] Für diese niedrige Zahl, die deutlich unter dem für ein gleich bleibendes Bevölkerungsniveau angenommenen Richtwert von 2,1 liegt,[66] werden mehrheitlich zwei Phänomene verantwortlich gemacht: erstens, und hierauf fokussieren sowohl der mediale und wissenschaftliche als auch – wie später noch deutlich werden wird – der politische Diskurs (vgl. Teil III), die Zunahme der Anzahl von Personen ohne Kinder und zweitens die Abnahme der Anzahl von Mehr-Kinder-Familien (vgl. Bertram im 7. FB 2005).[67] So hat die Kinderzahl z.B. bei den westdeutschen Frauen stark abgenommen: Während noch 41,5 % der Frauen

64 Diese Zahl beschreibt die zusammengefasste Geburtenziffer, also die durchschnittliche Kinderzahl je Frau. Laut Statistischem Bundesamt 2008 liegt die Geburtenziffer für die Jahre 2005–10 in den Ländern Türkei, England, Schweden, Norwegen, Irland, Frankreich, Finnland und Dänemark – und übrigens auch in Kanada und den Vereinigten Staaten – über 1,8 (Statischem Bundesamt 2008, 677). Ähnlich niedrig wie in Deutschland liegt sie in Italien, Malta und der Russischen Föderation, während sie in zahlreichen Ländern sogar noch niedriger als in Deutschland ist, vor allem in ehemaligen Ostblockstaaten wie etwa Bulgarien, Polen und Ungarn, aber auch in Griechenland, Slowenien und Kroatien.

65 Das Sinken der Geburtenraten seit Mitte der 1960er Jahre wird oft mit dem Schlagwort 'Pillenknick' erklärt (wie z.B. bei Wingen 2004, 42). Dies ist irreführend, da die Anti-Babypille erst seit Mitte der 1960er Jahre verfügbar ist und nicht für die stark gesunkenen durchschnittlichen Kinderzahlen der Geburtenkohorten 1865 bis 1929 verantwortlich sein kann (vgl. Steinmann 2007, 15). Schon seit den 1980er Jahren existiert ein Überschuss an Todesfällen gegenüber Geburten in Deutschland (vgl. Statistisches Bundesamt 2008, 49). Auf den plötzlichen Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. Peil 1996, 21f.).

66 Diesen Richtwert hinterfragt Bomsdorf und erklärt, dass bei einem gemäßigten Anstieg der Lebenserwartung und einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Menschen ein Geburtenniveau von 1,7 ausreicht (vgl. Bomsdorf 2005; vgl. auch Hondrich 2007, 16).

67 Als weiterer Faktor zur Begründung der niedrigen deutschen Geburtenrate wird der Anstieg des Alters bei der Geburt herangezogen (vgl. 7. FB 2005, 38). Das Alter bei der ersten Geburt liegt bei westdeutschen Frauen der Jahrgänge 1931 bis 1936 durchschnittlich bei 25 Jahren und steigt bis zu den Jahrgängen 1962 bis 1966 auf 27 Jahre an (vgl. Statistisches Bundesamt 2007b). Mit zunehmendem Alter werden die biologisch-medizinischen Bedingungen für Elternschaft schwieriger (vgl. Huinink 2000, 217). Als Gegenargument lässt sich anführen, dass sich im europäischen Vergleich zeigt, dass das durchschnittliche Alter bei der Geburt im Jahr 2000 in Deutschland nur geringfügig höher lag als z.B. in Frankreich oder Schweden, wo die Geburtenraten deutlich höher sind (vgl. Rüling/Kassner 2007, 31).

des Jahrgangs 1940 drei oder mehr Kinder bekommen haben, werden es im Jahrgang 1965 mit 21,7 % nur noch ein Fünftel sein (vgl. Dobritz u.a. 2005, 35).[68]

Die Anzahl der Personen ohne Kinder unterliegt einem historischen Wandel. Während für die Jahrgänge 1901 bis 1905 für Frauen angenommen wird, dass über ein Viertel keine Kinder haben, sank diese Zahl im Folgenden und erreichte für die Frauen der Jahrgänge 1931 bis 1935 mit einem Zehntel ihren historischen Tiefpunkt (vgl. Carl 2002, 12). Seitdem steigt sie wieder an und liegt für die Jahrgänge 1936 bis 1941 bei circa 17 % und für die Jahrgänge ab 1950 für Westdeutschland bei 20–25 % (vgl. Carl 2002, 12; Statistisches Bundesamt 2007b). Wie viele Frauen der Jahrgänge ab 1960 'kinderlos' bleiben, variiert je nach Quelle von 19 % bis über 30 % (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2000; Carl 2002, 12; Dobritz u.a. 2005, 15; Schmitt/Winkelmann 2005a, 10).

In den wissenschaftlichen Studien wie auch in der Statistik zeigt sich eine Fokussierung auf Frauen, obwohl die Zahl der Männer ohne Kinder generell höher liegt als die der Frauen (vgl. z.B. Klein 2006, 12; Borchard/Stöbel-Richter 2004, 5). Es ist etwas mehr als ein Drittel der über 20-jährigen Männer 'kinderlos' gegenüber etwas mehr als einem Viertel der Frauen (vgl. Schmitt 2004).[69]

Außer den Geschlechterdifferenzen lassen sich auch regionale Differenzen, vor allem zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern, ausmachen. Es zeigt sich, dass 'Kinderlosigkeit' bisher ein westdeutsches Phänomen ist, da die 'Kinderlosigkeit' im Osten letztlich bis zum Geburtsjahrgang 1965 mit einem Zehntel niedrig geblieben ist (vgl. Dorbritz/Ruckdeschel 2007, 50).[70] Neben den Ost-West-Differenzen zeigen sich auch Stadt-Land-Differenzen: Tendenziell gilt, dass der Lebensentwurf ohne Kinder in den Ballungszentren sowohl bei Frauen als auch bei Männern weiter verbreitet ist als in den ländlichen Regionen (vgl. Schmitt 2004, 13; Carl 2002, 60).

Weitere Differenzen zeigen sich in Bezug auf das Bildungsniveau.[71] Dabei wird in den vorrangig quantitativen Studien üblicherweise folgender Zusammenhang hergestellt: Je höher das Bildungsniveau einer Person ist, desto weniger Kinder bekommt sie (vgl. ausführlicher dazu Huinink 2000, 209). Diese Verallgemeinerung ist so nicht zutreffend. So liegt die 'Kinderlosigkeit' bei Frauen mit Hochschulabschluss im Osten nur bei 16 % (vgl. Cornelißen 2006, 139).[72] Auch für Männer trifft diese Annahme nicht zu. Bei Männern ohne Kinder liegt der höchste Anteil in der Gruppe der Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005b; Stiegler 2006).[73] Die einzige Bevölkerungsgruppe, auf die der angenommene Zusammenhang zwischen Bildung und Geburtenhäufigkeit zutrifft, sind westdeutsche Frauen: So leben in den alten Bundesländern zwischen 41 % und 44 % der 35- bis 39-jährigen Akademikerinnen (1974–1970 geboren) ohne Kinder im Haushalt; diese Zahl liegt bei den Frauen mit Hauptschulabschluss bei 23 % (vgl. BMFSFJ 2003, 75; Schmitt/Winkelmann 2005a, 18; Wirth/Dümmler 2004, 1).[74] In der

68 Die Zwei-Kind-Familien haben dabei jedoch kaum abgenommen (vgl. Gerlach 2004; 63; Hondrich 2007, 19; Onnen-Isemann 2003, 34).

69 „In Deutschland findet sich in allen Altersgruppen (mit Ausnahme der Hochaltrigen) unter den Männern ein höherer Anteil an Kinderlosen als bei den Frauen" (Schmitt 2004, 15; vgl. auch Eckhard/Klein 2006, 24). Es kann davon ausgegangen werden, dass die männliche 'Kinderlosigkeit' real niedriger ist, wenn berücksichtigt wird, dass ein Teil der Männer, insbesondere bei nichtehelichen Geburten, sich nicht zur Vaterschaft bekennt oder keine Kenntnis von der Vaterschaft hat (vgl. Schmitt 2004).

70 Frauen in den neuen Bundesländern sind zudem in der Regel jünger, wenn sie ihr erstes Kind bekommen und leben häufiger in nichtehelichen Partnerschaften (vgl. Bernardi/Keim 2007, 318).

71 Während „1970 nur 2 % der Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren einen Hochschulabschluss hatten, hat sich die Zahl mit der Bildungsexpansion bis zum Jahre 2000 fast verfünffacht" (Wirth/Dümmler 2004, 3). Die Bildungsexpansion vor allem von Frauen seit den 1960er Jahren wird als weiterer zentraler Grund für den demographischen Wandel diskutiert (vgl. z.B. Burkart 2007, 409; Duschek/Wirth 2005, 806; Huinink 2000, 210; Kreyenfeld/Konietzka 2007, 31).

72 Boehnke bestätigt diese Differenz und stellt die These auf, dass „die niedrige Kinderlosigkeit bei ostdeutschen Frauen mit Hochschulabschluss auf einen höheren Defamilialismus im Osten (bessere außerfamiliäre Kinderbetreuungsangebote) bei gleichzeitig höherem kulturellen Familialismus (ausgeprägte Familienwerte) (...) zurückzuführen ist" (Boehnke 2007, 312). Auch ein Blick auf andere Industrieländer, wie z.B. Schweden, zeigt, dass sich dort die Fertilitäten je nach Bildungsgrad nicht sehr stark unterscheiden (vgl. Hoem 2005, 564).

73 Auch Eckhard/Klein 2007 belegen, dass höhere Schulabschlüsse nur bei Frauen, nicht aber bei Männern, negativ mit dem 'Kinderwunsch' korrelieren. Für die hohe männliche 'Kinderlosigkeit' bei niedrig qualifizierten Männern wird das nach wie vor verbindliche traditionelle Modell des männlichen Familienernährers verantwortlich gemacht (vgl. auch Wunderlich u.a. 2004). Es wird auch dadurch bestätigt, dass bei Männern gilt: Je niedriger das Netto-Einkommen, desto höher die 'Kinderlosigkeit' (vgl. Stiegler 2006, 14). Als weiterer Grund dafür, dass hoch gebildete Männer mehr Kinder kriegen als hoch gebildete Frauen wird vermutet, dass Männer weniger mit dem Vereinbarkeitsproblem konfrontiert sind.

74 Lange Zeit hieß es, 40 % der Akademikerinnen bleiben 'kinderlos' (vgl. Borchard/Stöbel-Richter 2004, 8). Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich weitgehend die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Zahl der 'kinderlosen' Akademikerinnen deutlich unter 40 % liegt. Dieser Wert ist auf der Grundlage berechnet, dass nur Erstgeburten bis zu einem Alter der Mutter von 39 Jahren berücksichtigt werden. Wie Wirth/Dümmler 2004 für das Jahr 1997 zeigen, sind zwar von den 35- bis 39-Jährigen etwa 43 % 'kinderlos', aber bei den 40- bis 44-Jährigen nur noch 32 % (vgl. Wirth/Dümmler 2004, 2). Schmitt/Winkelmann, die nach Geburtskohorten differenzieren, geben noch für Akademikerinnen (mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss) in der Kohorte der 1950–1960 Geborenen Werte von unter 25 % an (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 17). Siehe auch die Forschung zu 'Kinderlosigkeit' von hoch Qualifizierten im Paarkontext von Wirth 2007.

Kohorte der 1960 bis 1965 Geborenen, also der Kohorte, der die Befragten der hier vorliegenden Studie angehören, liegt der Wert der Akademikerinnen ohne Kinder bei circa einem Viertel (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 17).[75] Als zentrale Gründe für den hohen Anteil der westdeutschen Akademikerinnen ohne Kinder werden Vereinbarkeitsprobleme genannt, auf die später noch näher eingegangen werden wird (vgl. Schmitt 2005, 41).[76]

Diese Studie fokussiert auf die so genannte 'gewollte Kinderlosigkeit', die wie dargestellt als historisch neuartiges Phänomen gelten kann. Wie viele Frauen keine Kinder bekommen möchten, ist, wie schon erwähnt, schwer festzustellen, meist werden Zahlen von weniger als 5 % bis 15 % genannt (vgl. Lampert 2002, 4; Steinmann 2007, 28). Die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl liegt in Deutschland je nach Quelle bei 1,7 bis 1,75 Kindern pro Frau und ist damit im europäischen Vergleich sehr niedrig (vgl. Höhn u.a. 2006, 6; Dobritz u.a. 2005, 10). Dabei bestätigen die Daten zu Kinderwünschen die geschlechtlichen und regionalen Differenzen. Insgesamt will jeder vierte Mann und jede siebte Frau in Deutschland keine Kinder bekommen (vgl. Dobritz u.a. 2005, 10). In den neuen Bundesländern ist der Wunsch nach 'Kinderlosigkeit' sehr viel geringer ausgeprägt als in den alten. Dort wünschen sich nur jeder fünfte Mann und jede siebzehnte Frau keine Kinder (vgl. Höhn u.a. 2006, 21; Eckhard/Klein 2006, 36; Dorbritz/Ruckdeschel 2007, 46).[77]

Während lange Zeit angenommen wurde, dass nur die Kinderzahl, nicht aber der 'Kinderwunsch' in Deutschland rückläufig ist, vertritt nun eine steigende Zahl von ForscherInnen die Ansicht, dass nur wenig mehr Kinder gewünscht als bekommen werden (vgl. Cornelißen 2006, 142; Dobritz u.a. 2005, 8; Höhn u.a. 2006, 15; Rost 2005; Steinmann 2007).[78] Festgehalten werden kann: Die so genannte gewollte

75 Huinink erklärt, dass sich die Kinderzahl von westdeutschen Frauen mit Hochschulabschluss seit den „Kohorten der frühen fünfziger Jahre biomodal verteilt. Ein relativ hoher Anteil bleibt kinderlos oder hat zwei Kinder" (Huinink 2002, 47).

76 Andere Studien benennen als Hauptgrund für Westdeutschland die Verschiebung der Geburt des ersten Kindes, weil gesellschaftlich ein Ausschließlichkeitsverhältnis von Bildungsbeteiligung und Familiengründung konstruiert wird (vgl. Schaeper 2007, 162). Hierauf wird unter dem Stichwort Drei-Phasenmodell verschiedentlich noch näher eingegangen werden (vgl. Teile II, III, IV).

77 In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung erklären insgesamt 23 % der Männer, dass sie sich keine Kinder wünschen, in Westdeutschland sogar 27 % (vgl. Höhn u.a. 2006, 20). Dagegen wünschen sich nur 15 % der Frauen keine Kinder, wobei es sich um 17 % der Frauen aus Westdeutschland und 6 % der Frauen aus Ostdeutschland handelt (vgl. Höhn u.a. 2006, 20).

78 Dobritz u.a. (2005) führen für ihre Studie für das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Rahmen der Population Policy Acceptance Study 2003 eine Befragung von 4.110 Personen durch. Von den „20- bis 39-Jährigen, die noch keine Kinder hatten, wollen immerhin 36 % auch keine Kinder haben" (Dobritz u.a. 2005, 10). Steinmann, der in seiner Studie nur Frauen berücksichtigt, nennt für 1999/2000 für Frauen zwischen 18 und 39 Jahren eine gewünschte Kinderzahl von 1,52 (vgl. Steinmann 2007, 29).

'Kinderlosigkeit' ist zumindest in Westdeutschland zu einem „relativ weit verbreiteten und zunehmend sozial verfestigten Verhaltensmuster geworden" (Duschek/Wirth 2005, 800).

5. Wissenschaftliche Erklärungsansätze für das Phänomen 'Kinderlosigkeit'

Lebensentwürfe ohne Kinder werden in sozialwissenschaftlichen Studien insbesondere im Zusammenhang mit Individualisierung[79] und dem kulturellem Wandel, vor allem veränderten Wertvorstellungen bezüglich Familie und Kindern, aber auch bezüglich der Geschlechterrollen, thematisiert (vgl. Burkart u.a. 1989; Engel u.a. 1996; Limbach/Nave-Herz 2003; Meyer 2002; Nave-Herz 1990; Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg 1995; Schlicht 2003).[80] Zudem werden in psychologisch orientierten Studien die Bedeutung der Herkunftsfamilie und emotional-affektiver Gründe für oder gegen Kinder diskutiert.

5.1 Herkunftsfamilie und emotional-affektive Gründe

Die psychologische Studie von Carl gibt einen Überblick über die bisherige Forschung zu familiären Einflussfaktoren auf 'Kinderlosigkeit' und zeigt auf, dass die wenigen existierenden Studien zu widersprüchlichen und zudem kaum gesicherten Ergebnissen kommen (vgl. Carl 2002, 56ff.).

Herkunftsfamilie

Es ist umstritten, ob Erstgeborene und Einzelkinder öfter 'kinderlos' bleiben oder nicht und wie sich soziale Aufwärtsmobilität auf die Geburtenhäufigkeit auswirkt:

79 Es wird eine zunehmende Individualisierung konstatiert, die auf die Logik reproduktiven Handelns einwirkt (vgl. Kreyenfeld/Konietzka 2007, 14; Burkart 2007, 404). Unter Individualisierung werden dabei verschiedenste Phänomene gefasst vgl. auch Beck-Gernsheim 1994; Burkart 2007; Geissler/Oechse 1994; Onnen-Isemann 2003; Huinink 2000.

80 Dabei wird eine breite Palette von konkreten Gründen für ein Leben ohne Kinder thematisiert. So nennt Kattinger z.B. folgende Einflussfaktoren: Paarbeziehung, glückliches Leben auch ohne Kinder, antizipierte Vereinbarkeitsprobleme von Kind und Beruf, Struktur der Arbeitswelt, negative Auswirkungen von Erwerbsunterbrechungen, Einstellung gegenüber Kinderbetreuung, Mangel an Unterstützungsangeboten, finanzielle Gründe, unsicherer Arbeitsmarkt (vgl. Kattinger 2007, 113).

Auf der einen Seite wird von 'sozialen Aufsteigern' eine große Zahl an Kindern als eine Bedrohung des Statusgewinns betrachtet (vgl. Morell 1994, 19).[81] Auf der anderen Seite wird betont, dass gerade bei 'Aufsteigern' soziale Isolation und biographische Unsicherheit die Gründung einer großen Familie fördern (vgl. Huinink 2000, 220). Auch für die Auswirkungen der Herkunftsfamilie auf den 'Kinderwunsch' werden widersprüchliche Faktoren diskutiert: Einerseits wird der 'Kinderwunsch' auf positiv erlebte familiäre Strukturen der Herkunftsfamilie zurückgeführt, anderseits wird auch die umgekehrte Variante diskutiert, nämlich, dass ein Kind kompensatorisch wirken kann zur eigenen, weniger glücklichen Kindheit (vgl. Borchard/Stöbel-Richter 2004, 101f.; Beck-Gernsheim 1997, 144). Einigkeit herrscht indes darüber, dass die Frage der Identifikation bzw. Ablehnung insbesondere bezüglich der Rolle der Mutter, aber auch bezüglich der des Vaters, eine wichtige Rolle für die 'Kinderfrage' spielt (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 134; Fooken/Lind 1994; 108). Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Mütter für die untersuchten Frauen ohne Kinder keine Vorbildfunktion haben: „Sie haben für ihre Kinder den Beruf und ihre Selbstständigkeit aufgeben, waren emotional und finanziell von ihren Männern abhängig oder völlig überfordert mit der Erziehung und Versorgung der Kinder" (Hager 2006, 75; vgl. auch Carl 2002). Die Väter hingegen haben oft eher eine berufliche Vorbildfunktion (vgl. Hager 2006, 75; Schmitz-Köster 1987, 49). Diese Fragen werden anhand der Empirie in dieser Arbeit aufgegriffen und überprüft werden.

Emotional-affektive Motive

Emotional-affektive Motive können nach wie vor als zentrale Gründe für den so genannten Kinderwunsch gelten. „Kinder sind Quelle von Freude und Glück und verleihen dem Leben einen Sinn" (Borchard/Stöbel-Richter 2004, 111). Dies wird auch durch eine weitere Studie bestätigt, in der von Eltern das Familienleben als Zufriedenheitsfaktor an erster Stelle genannt wird, „noch vor ihrer persönlichen Gesundheit, ihrem Einkommen, ihrer Arbeitsplatzsicherheit, ihrer Freizeit und ihrem beruflichen Erfolg" (Netzler 1996, 6).[82] Außerdem ist die soziale Bedeutung von Kindern nach wie vor groß. Dabei wird Elternschaft einerseits als Hindernis der persönlichen Entwicklung, anderseits aber als Erfahrung im Erwachsenleben,

81 So zum Beispiel in der qualitativen Studie von Morell, in der drei Viertel der Befragten aus Arbeiterfamilien oder armen Familien stammen und viele Personen ihren eigenen Aufstieg direkt mit ihrem Lebensentwurf ohne Kinder in Verbindung bringen (vgl. Morell 1994, 19). Morell stellt dieses Motiv als eines der vier zentralen Motive dar, die für die Frauen gegen eine Mutterschaft sprechen (vgl. Morell 1994, 30f.).

82 Die Studie von Eckhard/Klein 2006 differenziert hier nach Bildung und belegt, dass die Funktion der Sinnstiftung durch Kinder in den oberen Bildungsgruppen weniger wahrgenommen wird (vgl. Eckhard/Klein 2006, 112).

die zentral für die eigene Entwicklung ist, wahrgenommen (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 140). Allerdings wird die im Gegenzug Menschen ohne Kinder teilweise zugeschriebene geringere Lebenszufriedenheit und Einsamkeit[83] von der Forschung nicht bestätigt. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich Personen ohne Kinder und Eltern im späteren Erwachsenalter und im Seniorenalter nicht in ihrer Lebenszufriedenheit unterscheiden (vgl. Carl 2002, 74; Engel u.a. 1996; Krüger 1990, 175).[84]

5.2 Partnerschaften und individuelle Entwicklung

Im Zusammenhang mit Individualisierung werden 'keine Partnerschaft' und 'fehlende Stabilität in der Partnerschaft' in den wissenschaftlichen Publikationen als wichtige Gründe gegen Kinder diskutiert (vgl. z.B. Bertram u.a. 2005; Burkart 2007, 412; Dobritz u.a. 2005, 8).[85] Ein wachsender Teil der Menschen ohne Kinder lebt längerfristig allein oder in kurzfristigen bzw. wechselnden Partnerschaften. So sind zum Beispiel in der Kohorte 1951–1960 36,8 % der Männer und 21,1 % der Frauen dauerhaft alleinlebend (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005a, 20). Nach einer Studie des Allensbacher Instituts für Demoskopie sind eine stabile Beziehung (84 %) und ein 'Kinderwunsch' bei beiden Partnern (92 %) die wichtigsten Voraussetzungen für Elternschaft (Institut für Demoskopie Allensbach 2004, 24). Untersuchungen, die geschlechtsspezifisch differenzieren, zeigen, dass das Motiv der Paarbindungsfunktion für Männer stärker gilt als für Frauen, da Männer oft erst in einer stabilen Partnerschaft einen 'Kinderwunsch' entwickeln (vgl. Eckhard/Klein 2007, 292).[86]

83 Kinder gelten auch heute immer noch vor allem für Frauen als Garant gegen Einsamkeit (vgl. Morell 1994, 103).

84 Als zentraler Grund für diese Befunde wird oftmals eine weitreichende soziale Einbindung der Menschen ohne Kinder genannt. Für die soziale Einbindung sind Freundschaften für Frauen ohne Kinder von großer Bedeutung, wie verschiedene Studien zeigen (vgl. Goldberg u.a. 1990, 222; Krüger 1990, 175; Nave-Herz 1988; Morell 1994, 143; Safer 1998, 185). Außerdem ist die soziale Einbindung über die Mitgliedschaft in formellen Organisationen, z.B. in Kirchen oder Vereinen, für Menschen ohne Kinder zentral (vgl. Goldberg u.a. 1990, 226).

85 In einer qualitativen Studie von Nave-Herz führt ein Viertel der Befragten partnerbezogene Gründe für ihre 'Kinderlosigkeit' an (vgl. Nave-Herz 1988, 43). Deutlich höher liegt die Bedeutung des Faktors 'Partner' in einer Studie von Rupp: Dort geben 44 % der Frauen ohne Kinder als Grund an, dass ihnen der richtige Partner fehlt (vgl. Rupp 2005).

86 Die qualitative Studie von Borchardt/Stöbel-Richter 2004 bestätigt dieses Ergebnis (vgl. Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 101). In der qualitativen australischen Studie von Cannold über 'Kinderlosigkeit' wird herausgefunden, dass Frauen mit weniger deutlichem 'Kinderwunsch' und dem Ideal von gleichberechtigter Elternschaft nur in einer Part-

Qualitative Studien zeigen, dass die individuelle Entwicklung als Grund für die 'Verschiebung' der Familiengründung an Bedeutung gewonnen hat. Dies hängt zusammen mit der gesellschaftlichen Anforderung, dass es gilt, Kinderzeugung rational zu planen und den richtigen Zeitpunkt dafür abzuwarten (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 140). Zukünftige Eltern, vor allem Frauen, fragen sich: Bin ich reif genug für ein Kind, wie geht es mit meiner persönlichen Entwicklung weiter, wenn ich ein Kind habe (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 138)?[87] In einer amerikanischen Studie zu Frauen ohne Kinder wird „desire for independence, adventure, self-defined development" (Morell 1994, 30f.) als eines der zentralen Motive von Frauen, keine Kinder zu bekommen, beschrieben.

5.3 Ökonomische Motive

Während in früheren Zeiten, wie dargestellt ökonomische Gründe, wie die Absicherung im Alter, für Kinder sprachen, wird heute in verschiedenen Studien vom Kind als Kostenfaktor gesprochen (vgl. Alt 2004, 83):[88] Ein weiterer Beweggrund, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden, hängt demnach mit den antizipierten ökonomischen Konsequenzen zusammen. In diesem Zusammenhang wird ein so genannter Gewöhnungseffekt an die materiellen Vorteile eines Lebensstils ohne Kinder thematisiert (vgl. Nave-Herz 1988; Hunink 2000, 217; Borchard/Stöbel-Richter 2004, 9). Welche Bedeutung materielle Motive für bzw. gegen eine Familiengründung haben, ist wissenschaftlich umstritten. Andere Studien geben an, dass die ökonomische Problematik nur für untere Einkommensschichten wichtig ist, wo Kinder den Konsumstandard stark einschränken (vgl. Höhn u.a. 2006, 20; Beck-Gernsheim 1997, 127). Insgesamt, so stellen neuere empirische Untersuchungen übereinstimmend fest, spielen finanzielle Erwägungen keine zentrale Rolle (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 128; Brose 2008, 30; Marbach/Tölke 2007, 258), denn wenn diese benannt werden, dann oft neben anderen Motiven oder diesen nachgeordnet.

5.4 Kultureller Wandel bezüglich Familie und Kindern

Vielfach heißt es in wissenschaftlichen Studien: Das Ansehen der Familie ist gesunken und damit verbunden entstehen viele Kinderwünsche gar nicht bzw. die Gründung von Mehr-Kinder-Familien wird erschwert (vgl. Höhn u.a. 2006, 6). Inwiefern bereits heute eine kinderferne bzw. sogar kinderfeindliche Kultur existiert, ist umstritten. Einige Studien gehen von einer steigenden Kinderfeindlichkeit aus (vgl. Borchard/Stöbel-Richter 2004, 9; Dorbritz/Ruckdeschel 2007; 61) oder erklären sogar, es ist eine „Kultur der Kinderlosigkeit" entstanden (vgl. Burkart 2007).[89] Der Lebensentwurf ohne Kinder wird dabei als ein zunehmend erstrebenswertes, neues Element des individualistischen Wertesystems beschrieben (vgl. Burkart 2007, 402). Diese Einschätzung wird von anderen, vor allem männlichen, Autoren geteilt: „Einen sozialen Druck überhaupt Kinder zu haben gibt es nicht mehr" (Meyer 2004, 61).

Kinderfeindlichkeit wird nicht bestätigt in einer quantitativen Untersuchung zu 'Kinderwunsch' und Familiengründung von Männern und Frauen mit Hochschulabschluss der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) von 2005. Stattdessen zeigen sowohl Eltern als auch Menschen ohne Kinder gleichermaßen eine positive Grundeinstellung gegenüber Kindern (vgl. BzgA 2005)[90] Auch qualitative Studien belegen, dass das Vorurteil, Frauen ohne Kinder würden generell Kinder nicht mögen bzw. keinen Kontakt mit Kindern haben, nicht zutrifft (vgl. Engel u.a. 1996; Morell 1994, 62).

Auch die Annahme, dass Frauen nicht mehr unter dem sozialen Druck stehen, Kinder zu bekommen, wird in verschiedenen qualitativen Studien widerlegt.[91] Sie

---

nerschaft Kinder bekommen, in der sie sich genügend dafür unterstützt sehen (Cannold 2004, 9).

87 Eine qualitative Studie zu später Mutterschaft (Geburt mit 35 oder mehr Jahren) in den USA kommt zu dem Ergebnis, dass späte Mütter in der Mehrheit hoch gebildete Frauen sind. Dabei sehen die befragten Frauen vor allem Vorteile in der späten Mutterschaft, z.B. ihre persönliche Reife, größere Kompetenzen und materielle Ressourcen sowie vielfach auch langjährige, gefestigte Partnerschaften (vgl. Wehrspann/Lüscher 1993). An Nachteilen werden vor allem genannt: erstens die reduzierten Chancen zur (weiteren) Familienerweiterung und zweitens die mögliche Belastung der Beziehung zum Kind in späteren Lebensjahrzehnten (vgl. Wehrspann/Lüscher 1993, 96).

88 Diese Kosten für Kinder wachsen sogar stetig an, da die „Standards der Versorgung, Erziehung, Ausbildung immer weiter steigen" (Beck-Gernsheim 1997, 126). Die quantitative Studie von Brose zum Einfluss von Einkommen und ökonomischer Unsicherheit auf die Entscheidung zur Familiengründung von westdeutschen Frauen zeigt, dass ein hohes Einkommen und die Einkommenssicherheit des Partners sich positiv auf die Familiengründung auswirken (vgl. Brose 2008).

89 Auch in der Ratgeberliteratur stellt eine positive Bezugnahme auf einen Lebensentwurf ohne Kinder eine Ausnahme dar: Die meisten Publikationen möchten tendenziell, mehr oder weniger stark, zur Mutterschaft ermuntern, beschäftigen sich mit den individuellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und plädieren dafür, diese zu verbessern (vgl. Pfundt 2004; Röhrbein 2006). Vereinzelt setzen sich populärwissenschaftliche Veröffentlichungen kritisch mit Elternschaft auseinander oder plädieren gar gegen eine Mutterschaft (vgl. Keil/Bruschek 2008; Lang 1994; Schneider 2003). Im angloamerikanischen Raum gibt es deutlich mehr Veröffentlichungen, die sich positiv auf den Lebensentwurf ohne Kinder beziehen (als Übersetzung liegt z.B. vor: Safer 1998).

90 Sätze wie: „Kinder haben gehört zum Leben einfach dazu" oder „Kinder machen das Leben erfüllter" erfahren insgesamt eine Zustimmung von circa 90 %, auch 'Kinderlose' stimmen diesen mehrheitlich zu (BzgA 2005, 7; vgl. Beck-Gernsheim 1997, 150).

91 Die Ergebnisse der Studie von Hager belegen, dass der soziale Druck zur Mutterschaft enorm ist (vgl. Hager 2006, 183). Druck wird vor allem von Seiten der Eltern und Schwie-

zeigen, dass ein Lebensentwurf ohne Kinder für Frauen immer noch mit einem Stigma behaftet ist (vgl. Safer 1998, 158, 167)[92] und dass diese Frauen mit zahllosen Vorurteilen konfrontiert werden, etwa: Sie seien egoistisch, selbstsüchtig, verantwortungslos, unreif und unmoralisch (vgl. Strauß/Beyer 2004, 7–8; Schmitz-Köster 1987, 23).[93] Die, wie dargestellt, in der Forschung umstrittene Frage, wie der Lebensentwurf ohne Kinder in unserer Kultur bewertet wird und ob Personen ohne Kinder mit Stigmatisierungen konfrontiert sind, wird in der vorliegenden Studie aufgegriffen werden.

5.5 Wandel des Geschlechterverhältnisses: Mutterschaftsvorstellungen, weibliche Karriereorientierung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Konträre Positionen existieren im Hinblick auf den Zusammenhang des demographischen Wandels mit dem Wandel der Geschlechterverhältnisse bzw. -rollen. Während die eine Seite die voranschreitende Frauenemanzipation und insbesondere die Frauenerwerbstätigkeit für den Geburtenrückgang mit verantwortlich macht (vgl. z.B. Bertram 2006; Meyer 2004, Wingen 2004), erklärt die andere Seite, dass nur eine weitere Modernisierung des Geschlechterverhältnisses, wie eine höhere Frauenerwerbsbeteilung, zu steigenden Geburtenraten führt (vgl. z.B. Berger/Kahlert 2006b; Stiegler 2006; Steinmann 2007, 21f.). Insbesondere die deutsche Mütterideologie und deren Ausschließungsverhältnis von 'idealer' Mutterschaft und Erwerbstätigkeit (vgl. Herwartz-Emden 2002, 127; Gerlach 2004, 82)[94] werden in diesem Zusammenhang kritisiert (vgl. Abschnitt 4.1).[95] Die kulturellen Vorstellungen von Mutterschaft mit ihren Zuschreibungen der Sorgearbeit an Frauen haben nach wie vor massive Folgen für die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt, das Einkommen und die soziale Sicherung der Frauen (vgl. Cornelißen 2005, 155).[96] Inwieweit diese Mütterideologie für Personen ohne Kinder heute noch bedeutsam ist, wird in dieser Studie analysiert werden.

In den wissenschaftlichen Publikationen wird vielfach erklärt, die Berufsorientierung von so genannten 'Karrierefrauen' würde dem Bekommen von Kindern entgegenstehen (vgl. z.B. Borchard/Stöbel-Richter 2004, 7; Dobritz/Schwarz 1996; Höhn u.a. 2006, 20; Nave-Herz 1988, 43; vgl. kritisch dazu Dölling 2007; Kahlert 2006).[97] Gleichzeitig widersprechen die Ergebnisse verschiedener qualitativer Studien der weit verbreiteten Annahme, Frauen ohne Kinder wären vor allem karriereorientiert (vgl. Maher/Dever 2004, 12; Morell 1994, 28; Nason/Poloma 1976, 21). Auch in anderen international vergleichenden Studien wurde gezeigt, „dass die starke Berufsorientierung kein hinreichender Erklärungsfaktor für die über die Geburtskohorten zunehmende Kinderlosigkeit hoch qualifizierter Frauen" darstellt

---

geltern ausgeübt (vgl. Nason/Poloma 1976; Schmitz-Köster 1987, 41), vom Arbeitsumfeld (vgl. Carl 2002, 67), aber auch über die vorherrschenden Geschlechterleitbilder (vgl. Schmitz-Köster 1987, 41). Eine qualitative Studie zu ostdeutschen Männern ohne Kinder kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass kein Mann sich unter Druck gesetzt fühlt (vgl. Lippe von der/Fuhrer 2002, 17).

92 Auch in der Studie zu 'kinderlosen' Ehen von Nave-Herz berichtet ein Drittel der Befragten ohne Kinder von Diskriminierungserfahrungen (vgl. Nave-Herz 1988, 83). Das betrifft unfreiwillig 'Kinderlose' gleichermaßen (vgl. Nave-Herz 1988, 83).

93 Auf die zahlreichen populärwissenschaftlichen Publikationen, die solche Vorwürfe formulieren, kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. prominente Vertreter, wie z.B. Schirrmacher 2006; Hermann 2006). Explizite und implizite Negativzuschreibungen treten übrigens teilweise auch in den wissenschaftlichen Studien auf, z.B. erklärt Birg: „Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen sollte man Eltern Kinderlosen bei gleicher Qualifikation vorziehen" (Birg 2005, zitiert nach EMMA 11 und 12/2005; vgl. auch Wingen 2007). Eine abgeschwächte Form ist auch in wissenschaftlichen Studien verbreitet, indem im Zusammenhang mit 'Kinderlosen' von einem „Verzicht auf Kinder" (z.B. Kahlert 2007, 337; Klinger 1990, 383; Krones 2005, 32; Wimbauer 2006) gesprochen wird. Dies impliziert, dass alle 'kinderlosen' Menschen heute nur 'ungewollt' keine Kinder haben und dass 'Kinderlosigkeit' als ein Verzicht erlebt wird.

94 Mutterschaft führt in Westdeutschland bei den meisten Müttern zumindest zu einem zeitweiligen Austritt aus dem Erwerbsleben (vgl. Stegmann/Mika 2007, 236). Vor allem unter den Westdeutschen wird befürwortet, dass die Frauen im Zweifelsfall ihren Beruf der Familie unterordnen sollen, da die Kindererziehung immer noch den Frauen zugewiesen wird (vgl. Dobritz u.a. 2005, 11). Daraus folgt auch die Abwertung einer Mutter, bei der die Mutterrolle nicht eindeutig Priorität vor der Erwerbstätigkeit hat, als „Rabenmutter" (vgl. Vinken 2007, 25).

95 In diesem Zusammenhang werden auch die gestiegenen Ansprüche an die Erziehung der Kinder thematisiert (vgl. Beck-Gernsheim 1997; Borchard/Stöbel-Richter 2004; Burkart 2007; Kahlert 2007; Morell 1994, 47; Nave-Herz 1990). Dies bedeutet, dass diese Aufgabe mit „einem höheren materiellen, zeitlichen und psychischen Aufwand verbunden" ist (Borchard/Stöbel-Richter 2004, 111).

96 Auch eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung belegt, dass diese Einschränkungen nicht nur den persönlichen Freiraum von Frauen betreffen, sondern auch in Hinblick auf ihre finanzielle Unabhängigkeit und ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten gelten (vgl. Höhn u.a. 2006, 6; vgl. auch Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 10).

97 Untersuchungen zeigen, dass die Anzahl der Frauen ohne Kinder je nach Beruf bzw. Berufsposition differiert. So haben z.B. 67,6 % der promovierten Frauen in geisteswissenschaftlichen Berufen und 65,2 % der Frauen in Unternehmensleitungen keine Kinder (Lange 2004, zitiert nach Stiegler 2006, 15). Neben der Höhe der Berufsposition spielen auch die konkreten Arbeitsanforderungen, hier insbesondere Flexibilität, eine große Rolle. So zeigen z.B. Nickel u.a. 2002 in ihrer Untersuchung zu weiblichen Führungskräften in der Bank, dass von diesen ein „flexibles Arbeiten ohne Ende" erwartet wird und ihr hervorstechendes Charakteristikum ist, dass sie jung und 'kinderlos' sind (vgl. Nickel u.a. 2002, 33).

(Duschek/Wirth 2005, 815). Die Frage nach dem Einfluss der Erwerbstätigkeit auf die Geburtenentwicklung ist für Deutschland eindeutig zu beantworten: Unter den gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen führt weibliche Vollerwerbstätigkeit in der Regel zu der Geburt von weniger Kindern (vgl. Bertram u.a. 2005). Als zentraler Lösungsansatz gilt in den wissenschaftlichen Publikationen vielfach eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. Huinink 2000 und 2002; Limbach/Nave-Herz 2003; Wimbauer 2006).[98] Laut der BZgA-Studie, in der nur Frauen und Männer mit Hochschulabschluss befragt wurden, ist die „Kollision mit beruflichen Interessen" (27 %) als ein wichtiger Grund gegen die Umsetzung des 'Kinderwunsches' benannt worden (BZgA 2005, 26). Bei hoch Qualifizierten sehen Frauen häufiger als Männer Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (BzgA 2005, 18). KritikerInnen merken an, dass eine Fokussierung auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht ausreicht und es vor allem einer Analyse kultureller Faktoren, wie des Familienleitbildes, bedarf (vgl. Hummel 2006,46).

6. Zusammenfassung und Präzisierung der Fragestellung

Die Kontextualisierung des wissenschaftlichen Diskurses hat gezeigt, dass der Lebensentwurf ohne Kinder vielfach im Rahmen der Debatte um den demographischen Wandel thematisiert wird. Die konkrete Verortung des Diskurses bedarf der kritischen Hinterfragung. Insbesondere weil die demographische Entwicklung vielfach als Krisenszenario dargestellt wird und eine Tendenz zur 'Demographisierung gesellschaftlicher Probleme' vorherrscht, indem unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme auf die demographische Entwicklung – genauer: auf den Geburtenrückgang – zurückgeführt werden. Inwiefern dadurch Menschen ohne Kinder verstärkt ins Blickfeld geraten und mit welchen Zuschreibungen sie konkret konfrontiert sind, soll im Rahmen dieser Studie untersucht werden.

Wie gezeigt wurde, basieren diese demographischen Analysen vielfach auf Grundlagen und Grundannahmen, die nicht offengelegt werden. Erstens ist eine weit verbreitete Nationalisierung des demographischen Diskurses zu vermerken, die sich darin äußert, dass meist unausgesprochen nur die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland berücksichtigt wird, während das globale Bevölkerungswachstum ausgeblendet wird. Zweitens fokussiert der demographische Diskurs auf den Faktor 'Geburtenentwicklung', während der Faktor 'Zuwanderung' zumeist nur punktuell

98 Dabei wird die Vereinbarkeitsfrage oftmals als Frauenfrage aufgefasst und es wird dementsprechend die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf thematisiert (z.B. bei Wingen 2004, 47; vgl. für eine ausführliche Kritik Correll/Janczyk 2005, Janczyk 2007 und 2009).

thematisiert und dann vielfach pauschal abgewertet wird. Drittens konzentriert sich die Debatte vielfach auf die 'deutsche' Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft, wohingegen die deutsche Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht einbezogen wird. Zusammengefasst führen diese drei Tendenzen zu einer Fokussierung auf die Geburtenentwicklung der 'deutschen' Bevölkerung.

Eine weitere Schwierigkeit stellt die Datenlage dar: erstens in Bezug auf Langzeitprognosen für die Bevölkerungsentwicklung, die vielfach als Belege für das demographische Katastrophenszenario herangezogen werden und dabei nicht als nur bedingt zuverlässige Schätzungen behandelt werden, sondern als zukünftige Realität. Zweitens erlaubt die statistische Datenlage in Deutschland derzeit nur Schätzungen der Anzahl von 'kinderlosen' Personen. Weitere Leerstellen in der Statistik sind Vaterschaft, die nach wie vor in der amtlichen Statistik nicht systematisch erhoben wird, und soziale Elternschaft. Für die amtliche Statistik lässt sich festhalten: Die 'Kinderfrage' ist hier immer noch eine Frage der biologischen Mutterschaft und damit eine Frauenfrage. Da statistische Daten nicht nur in wissenschaftlichen, sondern auch in medialen und politischen Diskursen Verwendung finden, stellt sich die Frage, ob diese verengte Sicht von Elternschaft in der Statistik reproduziert wird.

Eine weitere zu hinterfragende Grundnahme stellt die These dar, das Phänomen 'Kinderlosigkeit' stelle eine historische Neuheit dar. Dabei werden mehrheitlich unausgesprochen als Referenzrahmen die 1950/60er Jahre – das 'goldene Zeitalter' der Kleinfamilie und der hohen Geburtenraten – gesetzt. Der historische Abriss verdeutlicht hingegen, dass 'Kinderlosigkeit' kein neues Phänomen ist, da bis Ende des 19. Jahrhunderts circa ein Drittel der Bevölkerung aufgrund von ökonomisch motivierten Heiratsschranken und der sozialen Ächtung unehelicher Geburten zumeist 'ungewollt kinderlos' bleibt. Familiengründung gilt als der eigentliche Zweck der Ehe und erfüllt vor allem ökonomische Funktionen, vor allem, indem Kinder als Arbeitskräfte fungieren und die Absicherung im Alter gewährleisten. Erst ab Mitte des 16. Jahrhunderts erfuhren ledige und 'kinderlose' Frauen eine starke Abwertung, vor allem auch durch den Protestantismus, und es kam zur Entstehung der Mutterideologie: Mutterschaft gilt zunehmend als natürliche Berufung aller Frauen, und Frauen wird die alleinige Verantwortung für Haus- und Familienarbeit zugeschrieben. Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts treten damit geschlechterpolare Charakterdefinitionen an die Stelle von Statusdefinitionen und männliche Vorrechte werden in nie gekannter Art und Weise verallgemeinert.

Festgehalten werden kann, dass die Fortpflanzungsanforderung an alle und die Ausweitung so genannter 'gewollter Kinderlosigkeit' historische Neuheiten darstellen. Verändert haben sich außerdem die Gründe für oder gegen Familiengründung und deren gesellschaftliche Regulierung, die im Rahmen dieser Studie näher beleuchtet werden sollen.

Ergänzungen zur Begriffsdefinition

'Kinderlosigkeit' kann verstanden werden als „Produkt einer Abfolge von biographischen Entscheidungen, welche von den gegebenen äußeren Rahmenbedingungen sowie den individuellen Ressourcen und subjektiven Lebenszielen beeinflusst werden" (Kreyenfeld/Konietzka 2007, 15). Ein Geflecht aus Faktoren beeinflusst diese biographischen Entscheidungen, so dass 'Kinderlosigkeit' „nicht unbedingt das Resultat einer bewussten Entscheidung gegen Kinder und Familie sein muss, sie vielmehr die Folge von aufgeschobenen oder zurückgestellten Fertilitätsentscheidungen oder auch die Nebenfolge von Entscheidungen in anderen Lebensbereichen sein kann" (Kreyenfeld/Konietzka 2007, 15f.).

Diese Definition umgesetzt in ein Forschungsdesign bedeutet: Um Lebensentwürfe ohne Kinder zu untersuchen, muss auf der biographischen Ebene angesetzt werden; aber gleichzeitig ist es notwendig, die äußeren Rahmenbedingungen einzubeziehen. Es gilt, das reproduktive Handeln von Frauen und Männern aus dem gegenwärtigen Verständnis von Fertilität in der Bevölkerungsforschung herauszulösen (vgl. Dackweiler 2006, 90). Der Blick muss gerichtet werden auf die „soziale Praxis von Frauen und Männern (...), auf die Frage nach Absichten und Motiven, Lebensorientierungen und -zielen sowie auf Ressourcen und Strategien, die ihnen zur Verfügung stehen oder auch vorenthalten werden, um ihr Leben zu gestalten" (Dackweiler 2006, 90). Dieses reproduktive Handeln findet jedoch nicht in einem 'leeren Raum' statt, sondern in institutionalisierten Verhältnissen. Daher muss gefragt werden, wie sich das Handeln der Individuen in Strukturen vollzieht und wie es diese reproduziert (vgl. Dackweiler 2006, 90–1).

Diese Studie fokussiert auf Menschen ohne Kinder, die nicht wissentlich medizinisch unfruchtbar sind. Es wird geschätzt, dass circa 5 bis 10 % der 'Kinderlosen' 'ungewollt' keine Kinder haben. Trotz einer Ausweitung von reproduktionsmedizinischen Verfahren in den letzten Jahren kommen nach wie vor nur relativ wenige Frauen direkt mit Reproduktionsmedizin in Berührung. Dennoch strahlt diese auf viele Frauen aus, indem sie die „Fruchtbarkeitsillusion", nämlich dass jede Frau jederzeit ein Kind kriegen kann, verstärkt.

So genannte 'gewollt Kinderlose' werden in dieser Studie in zwei Gruppen unterteilt, in so genannte 'temporär Kinderlose' (meist als 'Verschieberinnen' bezeichnet) und dauerhaft 'Kinderlose' (meist als 'gewollt Kinderlose' bezeichnet). Es wird davon ausgegangen, dass die erste Gruppe die Mehrheit der gewollt 'Kinderlosen' stellt: 'Kinderlosigkeit' ist häufig eine Folge des Aufschubs der Familiengründung und seltener das Ergebnis einer endgültigen Entscheidung gegen Kinder. Im Rahmen dieser Studie wird überprüft, inwiefern die Unterteilung der gewollt 'Kinderlosen' in zwei Gruppen durch die vorgenommene Forschung bestätigt, ergänzt oder widerlegt werden kann (vgl. Teil V).

Die dargestellten Defizite bisheriger Ansätze und Studien zu Personen ohne Kinder verdeutlichen Folgendes: Die biographische Perspektive auf Lebensentwürfe ohne Kinder wurde insbesondere im deutschen Kontext bisher ungenügend beforscht. Wie auch Dobritz/Ruckschedel in ihrem Sammelband zu 'Kinderlosigkeit' feststellen, wissen wir nach wie vor „nur sehr wenig über die Wege in die Kinderlosigkeit und die Ursachen der Kinderlosigkeit" (Dorbritz/Ruckdeschel 2007, 45). Hier ist also eine Forschungsleerstelle zu konstatieren, woran auch der neuerliche Forschungsboom zu 'Kinderlosigkeit' nur wenig geändert hat. Es existieren nach wie vor nur wenige qualitative Studien zum Lebensentwurf ohne Kinder, von denen sich die meisten dadurch auszeichnen, dass sie entweder einige Jahrzehnte alt sind und/oder auf andere kulturelle Kontexte, vor allem auf den anglo-amerikanischen Raum, fokussieren. Die Aktualität und Übertragbarkeit dieser Forschungsergebnisse gilt es im Rahmen dieser Studie zu überprüfen.

Die Darstellung der Erklärungsansätze des Phänomens 'Kinderlosigkeit' macht deutlich, dass es einer Untersuchung bedarf, die 'Kinderlosigkeit' als individuelles und zugleich gesellschaftliches Phänomen betrachtet. Denn reproduktives Handeln kann als Handeln von Individuen verstanden werden, das sich im Kontext ökonomischer, sozialer, politischer und historisch-kultureller Bedingungen vollzieht (vgl. Dackweiler 2006, 83). Es gibt insbesondere nach wie vor eklatante Forschungs- und Wissenslücken in Bezug auf Forschung, die den Zusammenhang zwischen demographischem Wandel und Wandel der Geschlechterverhältnisse thematisiert (vgl. Kahlert 2006, 299).

Aufgrund der immer noch ausgeprägten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf Personen ohne Kinder ist es sinnvoll, sich im Rahmen einer empirischen Studie nur auf eine der beiden Regionen zu konzentrieren. Die Wahl fiel auf Westdeutschland, da 'Kinderlosigkeit' noch immer vor allem als westdeutsches Phänomen gelten kann. Zudem zeigen sich zwischen Männern ohne Kinder und Frauen ohne Kinder große Differenzen. In dieser Studie wird eine Fokussierung auf Frauen vorgenommen. Dahinter steht die Hypothese, dass Frauen immer noch die Verantwortung für die generative Frage übertragen wird und sie gesellschaftlich dementsprechend noch immer stark über Mutterschaft bzw. Nicht-Mutterschaft definiert werden. Erste Hinweise dafür liefert z.B. die erwähnte Konzentration der deutschen Statistik auf biologische Mutterschaft. Des Weiteren wird die Hypothese im Rahmen der Studie anhand der Analyse der gesellschaftspolitischen Zuschreibungen geprüft werden (vgl. Teil III).

Angesichts der Frauen zugeschriebenen Schlüsselrolle für die demographische Entwicklung gilt es, ihre Körper, ihre Wünsche, ihre Entscheidungen etc. zu regulieren. Wie diese Regulierungsversuche konkret aussehen, soll im Folgenden anhand der Rekonstruktion der familienpolitischen Wissensbestände analysiert werden.

Zudem wird auf hoch qualifizierte Frauen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss fokussiert, die in der Untersuchungsgruppe 'westdeutsche Frauen' die Mehrheit der 'Kinderlosen' stellen. Auch diese Untersuchungsgruppe wurde bisher nur vereinzelt qualitativ beforscht. Die vorliegenden Studien zeigen, dass sich große Differenzen zwischen verschiedenen Berufsfeldern ergeben. Dementsprechend werden im Rahmen der vorliegenden Studie jeweils sowohl die Besonderheiten des Arbeitsfeldes im Unterschied zu anderen Arbeitsfeldern analysiert (vgl. Teil III) als auch die konkrete jeweils individuelle Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses der Befragten mit einbezogen (vgl. Teil IV). Außerdem wird untersucht, inwiefern die Erwerbs- bzw. Karriereorientierung der hoch Qualifizierten als ein zentraler Grund für ihren Lebensentwurf ohne Kinder gelten kann, wie es vielfach angenommen wird.

In der Forschung werden unterschiedlichste Einflussfaktoren in Bezug auf die Entscheidung für oder gegen Kinder diskutiert. Die Frage der Partnerschaft gilt, wie gezeigt wurde, nach wie vor als zentral. Um den Zusammenhang von Partnerschaft und Familiengründung näher zu untersuchen, werden in dieser Studie sowohl Personen ohne Kinder in festen Partnerschaften als auch in wechselnden bzw. ohne Partnerschaften befragt. Umstritten ist nach wie vor die Rolle, die die Herkunftsfamilie bei der Entscheidung für oder gegen Kinder spielt. Sowohl die sozialstrukturellen Fragen als auch die Frage nach der Rolle der Herkunftsfamilie werden im qualitativen Teil dieser Studie wieder aufgegriffen.

Als Untersuchungsgruppe wurden Frauen ausgewählt, die in einer öffentlichen Verwaltung tätig sind, weil so neben dem sonst oft zentrierten Faktor der mangelnden Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitere Faktoren in den Blick genommen werden können. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass diese Frauen aufgrund der engen Verschränkung von öffentlichem Dienst und Politik, auf die noch näher eingegangen wird (vgl. Teil III), über ihr Arbeitsumfeld vermittelt mit familienpolitischen Regierungsdiskursen konfrontiert werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Im Zentrum der vorliegenden Studie steht das Subjekt ohne Kinder in seinem produktiven Prozess der Selbstthematisierung. Aber dieser Prozess ist immer auch soziokulturell situiert. Die Untersuchungsfrage dieser Studie erfordert demnach eine methodische Anlage, die einen Zugang zum Zusammenhang von individueller Erfahrung und gesellschaftlichen Bedingungen ermöglicht. Die Verschränkung von individuellem Lebensentwurf ohne Kinder und gesellschaftlichen Verhältnissen stellt weitgehend eine Leerstelle dar. Mit Hilfe eines wissenssoziologischen Ansatzes, der im Folgenden erläutert werden wird (vgl. Teil II), soll dieser Zusammenhang analysiert werden. Untersucht wird, in welchem Zusammenhang die jeweilige biographische Erfahrungsaufschichtung mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Wissensordnungen steht. Das führt zu folgenden Fragestellungen:

1. Biographische Ebene
Welche biographischen Konstruktionen liegen bei den Frauen ohne Kinder in der Verwaltung vor? Wie wird der Lebensentwurf ohne Kinder biographisch gedeutet? Müssen die Frauen Strategien entwickeln, um ihren Lebensentwurf zu normalisieren oder aufzuwerten? Wie gehen die Befragten in der alltäglichen Lebensführung mit der Deutungsressource 'Geschlecht' um? In welchen Handlungs- bzw. Deutungskontexten, insbesondere auch auf betrieblicher Ebene, werden Geschlechterkonstruktionen produziert bzw. wann werden sie verändert und variiert?

2. Gesellschaftliche Ebene
Wie wird 'Kinderlosigkeit' in gesellschaftspolitischen Diskursen repräsentiert und welche Geschlechterkonstruktionen werden erzeugt? Wie werden darin Subjekte angesprochen? Inwiefern lassen sich strategische Diskurse ausmachen und welche gesellschaftspolitischen Ziele werden damit jeweils verfolgt? Gibt es Spezialdiskurse für gebildete, erwerbstätige Frauen etc.? Inwiefern haben sich die Geschlechterkonstruktionen und die Strategien seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verändert? Welche Diskurse werden in der untersuchten Verwaltung aufgegriffen? Und wie werden diese in die Verwaltung eingeschrieben?

3. Verschränkung der beiden Ebenen
Inwiefern sind die Befragten in ihren biographischen Selbstthematisierungen mit den gesellschaftspolitischen Diskursen über 'Kinderlosigkeit' konfrontiert? Welche Diskurse über 'Kinderlosigkeit' spielen für welche Frauen eine Rolle? Wie gehen sie damit um, d.h. zeigen sich biographische Bewältigungsmuster und, wenn ja, welche? Wie wird Geschlechtlichkeit in der Verschränkung der biographischen und der diskursiven Ebene konstruiert und inwieweit ist diese Konstruktion von Weiblichkeit insbesondere auch am Arbeitsplatz 'Verwaltung' noch immer mit Reproduktion verbunden?

Der zweite Teil dieser Studie befasst sich eingehend mit der wissenssoziologischen Rahmung und der methodologischen bzw. methodischen Herangehensweise. Dabei wird auch erläutert, wie die genannten zentralen Forschungsfragen theoretisch und methodisch konkret bearbeitet werden.

Teil II: Wissenssoziologischer Zugang und methodisches Vorgehen bei der Rekonstruktion der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte

Die Untersuchung des gesellschaftlichen Phänomens 'Kinderlosigkeit' bedarf, wie deutlich geworden ist, eines mehrdimensionalen Zugangs. Um die Situation von tendenziell Ausgeschlossenen, die sich mit den Normalitätsfiktionen der so genannten ‚Gesamtgesellschaft' auseinandersetzen müssen, zu untersuchen „kann weder mit einer rein sozialstrukturellen noch mit einer subjektorientierten Forschung, die sich auf Konstruktionsleistungen des Subjekts beschränkt, geforscht werden" (Traue 2005, 63). Diese Studie wählt dafür einen wissenssoziologischen Zugang. Wissenssoziologische Ansätze erscheinen aus verschiedenen Gründen fruchtbar. Erstens bieten sie ein Theoriekonzept, das Ansatzpunkte dafür liefert, wie sich der Zusammenhang von subjektiver und gesellschaftlicher Geschlechterkonstruktion fassen lässt. Zweitens bieten sie aufbauend auf dem Theoriekonzept ausformulierte und erprobte Methoden: einerseits eine wissenssoziologische Diskursanalyse (vgl. Keller 2004, 2005)[1] und anderseits eine wissenssoziologisch erweiterte hermeneutische Sequenzanalyse zur Interpretation der Interviews (vgl. Reichertz/Schröer 1994). Der Umstand, dass beide Methoden auf demselben Theoriehintergrund aufbauen, erleichtert die sehr anspruchsvolle Verknüpfung der subjektiven mit den diskursiven Rekonstruktionen (z.B. ähnliches Theorieverständnis und Vokabular etc.).

Für die Erläuterungen von theoretischem Zugang und methodischer Vorgehensweise dieser Studie werden zunächst der wissenssoziologische Zugang und zentrale Begriffe dargelegt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage der Bedeutung subjektiver und gesellschaftlicher Wissensvorräte für die Geschlechterkonstruktion. Anschließend werden die Methodologie und die konkrete methodische Vorgehensweise verdeutlicht.

1 Diskurse werden verstanden als institutionalisierte und geregelte Redeweisen, die Prozesse kollektiver, aber auch subjektiver Wirklichkeitsdeutung und -interpretation prägen (vgl. Dackweiler 2003, 31).

1. Wissenssoziologische Forschungsansätze

Der gewählte wissenssoziologische Forschungsansatz steht in der Tradition der phänomenologisch orientierten Wissenssoziologie (Berger/Luckmann 1997, Srubar 1988; Schütz/Luckmann 1984).[2] 'Gesellschaft' lässt sich als doppelbödige Wirklichkeit beschreiben: Denn „Gesellschaft ist auch eine subjektive Wirklichkeit; sie wird vom Einzelnen in Besitz genommen, wie sie von ihm Besitz ergreift" (Berger/Luckmann 1997, VI). Subjekte konstruieren sich „nach Maßgabe ihres artspezifischen und individuellen Vermögens 'ihre Wirklichkeit' und auch bei dem, was kollektiv für 'wirklich' erachtet wird, handelt es sich um soziale Konstrukte" (Soeffner 1999b, 40). Dem 'Wissen' kommt im Rahmen dieser Konstruktion der Wirklichkeit eine zentrale Rolle zu. 'Wissen' wird dabei als Grundlage der Wirklichkeit verstanden, die von Menschen durch „Zeichen objektiviert wird und deren Ordnung eine zeichenhafte Wissensordnung ist" (Zifonun 2004, 259). Berger/Luckmann definieren 'Wissen' als „die Gewissheit, dass Phänomene wirklich sind und bestimmbare Eigenschaften haben" (Berger/Luckmann 1997, 1). Wissen umfasst dabei nicht allein Faktenwissen, sondern auch das Wissen um Normen, Werte und Gefühle (vgl. Berger/Luckmann 1997, 81).[3] In dieser Studie soll der Begriff 'Wissen' zugleich als Grundlage und als Produkt des Handelns verstanden werden (vgl. Hitzler 1999, 291). Wissen ist also nichts der Handlung „Äußerliches, sondern konstitutiv für Handeln" (Knoblauch 2005, 142). Wissen und Handeln (und auch Sinn, worauf gleich noch näher eingegangen wird) stehen damit in einem „Verweisungszusammenhang" (Soeffner 1999a, 32). Wie hängen Wissen, Sinn und Handeln zusammen? Wissen bezeichnet in einer Gesellschaft die „sozial objektivierten und deshalb legitimierten Sinndeutungen" (Schnettler 2007, 167).[4] Wissen unterscheidet sich, wie daran deutlich wird, von 'Glauben' oder 'Meinen' nicht substanziell, sondern nur durch die 'soziale Billigung' (vgl. Knoblauch 2005, 156). Sinn und Handeln bilden eine Einheit, insofern Sinn Handeln leitet und ein Handeln erst als Handeln auszeichnet (vgl. Knoblauch 2005, 142). Handeln ist damit normativ konstituiert und sinnkonstituiert, denn sonst wäre es Verhalten (vgl. Oevermann 2003, 186). In der wissenssoziologischen Forschung geht es also auch darum zu ergründen, wie das gesellschaftlich entwickelte, vermittelte und bewahrte Wissen für jede/n Einzelne/n „auf der Straße zur außer Frage stehenden 'Wirklichkeit' gerinnt" (Berger/Luckmann 1997, 3). Untersucht werden damit Plausibilitätsstrukturen, an die die subjektive Wirklichkeit immer gebunden ist (vgl. Berger/Luckmann 1997, 165). Die Wissensvermittlung bedient

2 Vgl. auch Mannheim 1964.

3 Zur philosophischen Tradition des Wissensbegriffs vgl. Anacker 2007.

4 Anders ausgedrückt: „Wissen transformiert subjektiven Sinn in soziale Tatsachen, und Wissen transformiert soziale Tatsachen in subjektiven Sinn" (Hitzler 1988, 65).

sich dabei der Sprache, die nach Berger/Luckmann das Hauptinstrument jeder Art von Legitimation bildet (vgl. Berger/Luckmann 1997, 24f.). Zur Kommunikation dienen neben der Sprache „auch Ausdrucks- und Nachahmungsbewegungen, Begrüßungsgesten, Gesten der Ehrerbietung, des Respekts usw., also die verschiedenen Formen des leiblichen Ausdrucksverhaltens“ (Knoblauch 2005, 151).

Wissen ist, wie schon erläutert, zugleich Grundlage und Produkt des Handelns. Handeln und Wissen sind immer sozial determiniert und bleiben gleichzeitig rückgebunden an Subjektivität (vgl. Schnettler 2007, 168). Um dieser komplexen Vorstellung gerecht zu werden, wird in dieser Studie zwischen subjektiven und gesellschaftlichen Wissensvorräten unterschieden. Die Trennung von subjektiven und gesellschaftlichen Wissensvorräten wird aus forschungspraktischen Gründen vorgenommen; in der Realität lassen sich beide nicht eindeutig voneinander trennen: Denn in die biographischen Erzählungen, aus denen im Rahmen dieser Studie die subjektiven Wissensvorräte rekonstruiert werden, „sind immer schon gesellschaftliche, historisch-kulturelle Wissensbestände und Erzählmuster eingewoben“ (Karl 2007, 20). Umgekehrt besteht der gesellschaftliche Wissensvorrat auch aus subjektiven Wissensvorräten, insofern gesellschaftliches Wissen in Subjekten gespeichert ist und von ihnen reproduziert, interpretiert und modifiziert wird.

Bevor näher auf die gesellschaftlichen und nachfolgend auf die subjektiven Wissensvorräte eingegangen wird, noch eine kurze Bemerkung zum Zusammenhang zwischen Wissen und Macht. Eine zentrale Kritik an Berger/Luckmann ist, dass sie die Frage der Macht eher ausblenden bzw. nur implizit fassen und nicht nach potentiellen Widerständigkeiten suchen (vgl. Dackweiler 2003, 33; Bröckling 2007).[5] Um eine stärkere Berücksichtigung des Machtaspekts zu gewährleisten, kann an Foucault angeknüpft werden, der gezeigt hat, dass Wissen auf vielfältige Weise mit Macht verknüpft ist (vgl. Hark 2005, 58f.): „Wissen wird reguliert durch Prozeduren, die als Klassifikations-, Anordnungs-, Verteilungsprinzipien wirken“ (Foucault 1997, 17; vgl. auch Foucault 1988). Diese Prozeduren sorgen dafür, dass Wissensformen unterschiedliche Wertigkeiten zugeschrieben werden – Märchen gelten als weniger wert als Statistiken – oder dafür, dass Menschen auf unterschiedliche Weise an den gesellschaftlichen Wissensvorräten partizipieren bzw. partizipieren können. Es gilt zudem zu berücksichtigen, dass Wissen von Gemeinschaften in „sozialen, beständig anfechtbaren und angefochtenen Praktiken hervorgebracht“ wird (Hark 2005, 76). Foucault spricht dementsprechend von einem Macht-Wissen-Komplex (vgl. Bublitz 1999; Schneider/Hirseland 2005). Für Foucault gestaltet sich die Verflechtung von Macht und Wissen folgendermaßen: „Ebenso wie Machtbeziehungen

5 So zum Beispiel in folgendem Zitat, in dem implizit auch über Macht gesprochen wird: „Was in der Gesellschaft für Wissen gehalten wird, wird gleichbedeutend mit dem Wißbaren“ (Berger/Luckmann 1997, 70).

ein entsprechendes Wissensfeld entstehen lassen, legt auch ein bestimmtes Wissen Machtverhältnisse fest“ (Kohl-van Melis 2003, 123). Der Machtaspekt soll im Rahmen dieser Studie berücksichtigt werden, indem auf der Ebene der gesellschaftlichen Wissensvorräte die Wertigkeit des jeweiligen Wissens explizit mit einbezogen wird, z.B. ob es sich um marginalisiertes Wissen handelt.

Wichtig ist zudem zu beachten, dass wissenschaftliche Praxis auch Teil des Macht-Wissens-Komplexes ist. Eine naturalistische Wirklichkeit als solche existiert nicht; vielmehr wird sie durch WissenschaftlerInnen und ihre Diskurse mit hervorgebracht (vgl. Duden 1987; Knoblauch 2005, 252; Oudshoorn 2004). Wissenschaftliche Praxis kann demnach als Konstruktionsarbeit verstanden werden. Auch die Wissenschaft und die Beobachtungen der WissenschaftlerInnen bleiben „immer an die Körperlichkeit der Beobachtenden gebunden, deren Unterschiede auch zu perspektivischen Unterschieden des Erkennens führten“ (Knoblauch 2005, 252). Haraway bezeichnet diese Gebundenheit des Wissens an den Körper und an die Situation des Wahrnehmenden als ‘situiertes Wissen’ (vgl. Haraway 1989, 589). Mit diesem Begriff ist die Intention verbunden, den sozialen Entstehungskontext von wissenschaftlichem Wissen offenzulegen und Wissenschaft als Prozess der Macht- und Herrschaftsausübung zu analysieren (vgl. Bräuninger u.a. 1996, 8). Auch das wissenschaftliche Wissen zu Lebensentwürfen ohne Kinder, natürlich ebenfalls das Wissen, welches in dieser Studie produziert wird, kann und muss dementsprechend als situiert verstanden werden.

1.1 Gesellschaftliche Wissensvorräte und deren geschlechtsspezifische Ausprägungen

Die zentrale Frage der Wissenssoziologie ist die Frage nach der Verteilung des Wissens. Der gesellschaftliche Wissensvorrat teilt sich auf in einen Bereich des Allgemeinwissens – Wissen, das von allen Mitgliedern der Gesellschaft geteilt wird, wie z.B. selbst ‘einfache’ körperliche Fertigkeiten, wie etwa die Art zu essen oder zu gehen (vgl. Schnettler 2007, 167) – und einen Bereich des Sonderwissens (vgl. Berger/Luckmann 1997, Honer 1999, 54). Der gesellschaftliche Wissensvorrat ist dabei mehr als die Summe aller subjektiven Wissensvorräte, weil Wissen auch durch gesellschaftliche Institutionen vermittelt wird bzw. in diese eingelagert ist. Institutionalisiertes Wissen ist eng mit den konkreten sozio-historischen Bedingungen verflochten und damit wandelbar.

Zentral sind im Rahmen dieser Studie die geschlechtlichen gesellschaftlichen Wissensvorräte. Anknüpfend an die Tradition des wissenssoziologischen Sozialkonstruktivismus lässt sich ‘Geschlecht’ als Konstruktion verstehen. Es gilt demnach, die geschlechtlichen Wissensvorräte zu untersuchen, die die Geschlechterklassifikation als ‘natürlich’, ‘objektiv gegeben’ und legitimiert erscheinen lassen. Dafür kann im

Einzelnen jedoch nur bedingt an traditionelle wissenssoziologische Ansätze, wie den von Berger/Luckmann, angeschlossen werden, da sich diese bis auf einige Ausnahmen nicht näher mit Geschlecht beschäftigen, sondern diese Kategorie unhinterfragt lassen (Ausnahmen sind hier Garfinkel 1967; Goffmann 1994). Es wird hier an die Frauen- und Geschlechterforschung angeknüpft, insbesondere an konstruktivistische Ansätze (z.B. Gildemeister 2001; Gildemeister/Wetterer 1992; Maihofer 2004; Wetterer 1995). „Konstruktivistisch vorzugehen heißt (...) zu fragen, wie Geschlecht zur Realität werden und als – in hohem Maße naturalisierte – Realität funktionieren kann" (Sgier 1994, 21). Damit Geschlecht als Unterscheidungs- und Bewertungskategorie wirkmächtig werden kann, ist ein sozial geteilter Wissensvorrat notwendig (vgl. Schnabel 2007, 521). Auch der geschlechtliche Wissensvorrat[6] besteht aus Allgemein- und Sonderwissen. Dabei soll im Rahmen dieser Erläuterung des theoretischen Zugangs nur auf ausgewählte Aspekte näher eingegangen werden (für Überblickswerke zur Geschlechterforschung vgl. Becker/Kortendiek 2004; Becker-Schmidt/Knapp 1995; Braun von/Stephan 2005 und 2006; Vogel 2007). Auf das alltägliche geschlechtliche Wissen und dessen Reproduktion, z.B. durch das so genannte doing gender, soll hier nicht näher eingegangen werden (vgl. Garfinkel 1976; West/Zimmermann 1987).[7] Die geschlechtlichen Wissensvorräte haben sich, wie andere Wissensbestände auch, in den letzten Jahrzehnten stark ausdifferenziert. Dies ist vor allem das Ergebnis einer vermehrten Auseinandersetzung mit der Frauen- und Geschlechterfrage sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft, die durch die Massenmedien in Form von Interdiskursen popularisiert wurde (vgl. Dölling 2003a, 117). Wichtig ist festzuhalten, dass auch dieses gesellschaftliche geschlechtliche Wissen nicht nur veränderlich, sondern ebenso umstritten ist (vgl. Morell 1994, 16).

6 Hier soll darauf verwiesen werden, dass Dölling ein Konzept von Geschlechter-Wissen entwickelt hat. Geschlechter-Wissen umfasst laut Dölling „die verschiedenen Arten kollektiven Wissens, die (...) jeweils über den Geschlechterunterschied, die Begründungen seiner 'Selbstverständlichkeit' und 'Evidenz', die (vor-)herrschenden normativen Vorstellungen über die 'richtigen' Beziehungen und Arbeitsteilungen zwischen Männern und Frauen kursieren" (Dölling 2003a, 114f.). Dölling erklärt im Anschluss an Arbeiten von Bourdieu zwar ebenfalls die Verschränkung der subjektiven mit den gesellschaftlichen Wissensvorräten als wünschenswert. Was darunter aber genauer zu verstehen ist bzw. wie dies geschehen kann, bleibt sowohl theoretisch als auch methodisch unklar.

7 „Mit doing gender ist das individuelle Machen, Herstellen von Geschlecht gemeint. Dieser Forschungszugang ist wichtig, weil damit gezeigt werden kann, dass es keine vollständige, deterministische Zuschreibung von Geschlechtsidentitäten durch gesellschaftliche Rollen und Normen gibt" (Nickel 2006a, 128). Es ist handlungspraktisch unmöglich, dem 'doing gender' zu entkommen (vgl. Wetterer 1993). Die Zweigeschlechtlichkeit ist damit eine unhintergehbare Tatsache.

Im Folgenden wird auf verschiedene Formen des gesellschaftlichen Wissensvorrats näher eingegangen, wie das in Institutionen eingeschriebene Wissen, Mythen, als älteste Wissensform, sowie auf wissenschaftliches Wissen und zuletzt auf Interdiskurse als Form popularisierten gesellschaftlichen Wissens (vgl. Teil III). Die geschlechtliche Ausprägung findet dabei jeweils besondere Berücksichtigung.[8]

1.1.1 Institutionell verfestigte geschlechtliche Wissensvorräte

Institutionen strukturieren das Geschlechterverhältnis und sind ihrerseits durch das Geschlechterverhältnis strukturiert. Einerseits produzieren Institutionen geschlechtliche Wissensvorräte, die den Individuen als Sinnbezüge für ihr Handeln dienen, und die Handlungen „werden von den jeweiligen gesellschaftlichen Institutionen sowohl inspiriert wie begrenzt" (Luckmann 1999, 28). Anderseits reproduzieren Institutionen die Sozialstruktur und damit auch die Geschlechterstrukturen einer Gesellschaft (vgl. Kahlert 2007, 344; Krüger 1995, 197). Auch in der Lebenslaufforschung wird die Bedeutung von gesellschaftlichen Wissensbeständen betont, „innerhalb derer die Individuen sich orientieren und ihre Handlungen planen" (Kohli 1985, 3). Die Bedeutung von Institutionen wird in der Geschlechterforschung insbesondere auch unter dem Stichwort der Institutionalisierung des Lebenslaufes diskutiert.[9] „Die Institutionen Herkunftsfamilie, Bildung, Arbeitsmarkt und Verrentung reihen sich in ihrem biographischen Nacheinander wie Perlen auf der Schnur der Altersachse auf" (Krüger 2001, 277). In all diesen Institutionen wird Geschlechterdifferenz konstruiert, vor allem auch, indem geschlechtliche Normalitätsfolien erzeugt werden. Es kann nach Krüger von einem 'Regime der Geschlechterdifferenz' gesprochen werden (Krüger 2001, 268). Dieser etwas schematischen Vorstellung der 'Perlen auf einer Schnur' folgend, lässt sich für die von mir Befragten festhalten, dass in ihrer derzeitigen Lebensphase die zentrale Institution der Arbeitsmarkt ist. Dementsprechend werden im Rahmen dieser Studie die institutionell verfestigten geschlechtlichen Wissensvorräte anhand des Arbeitgebers der Befragten, der öffentlichen Verwaltung, exemplarisch nachgezeichnet.[10] Dafür werden in Teil III die geschlechtsspezifischen

8 Dies entspricht im Wesentlichen der oftmals vorgenommenen Unterteilung in drei Ebenen – Gesellschaft, Institution, Subjekt (vgl. Nickel u.a. 2002, 8).

9 Das Verhältnis von Lebenslauf und Institution wird ansonsten vor allem in der Biographieforschung, aber auch in der Organisationssoziologie und in der Sozialstrukturanalyse beforscht (vgl. Krüger 2001, 268). Zur Institutionalisierung des Lebenslaufes und zur Normalbiographie vgl. Kohli 1985 und 1988. Zur feministischen Kritik an diesem Ansatz vgl. Born 2001; Born/Krüger 2001.

10 KritikerInnen erklären, es käme zunehmend zu einer De-Institutionalisierung des Lebenslaufes: „Es scheint, dass diese die Sicherheit der Lebensführung garantierenden Institutionen (...) für einen wachsenden Teil der Bevölkerung ihren selbstverständlichen Orientierungswert verlieren" (Brose u.a. 1993, 13; vgl. auch Behringer 1998, 30f.). Für die

Strukturen und Wissensvorräte von öffentlichen Verwaltungen im Allgemeinen und der untersuchten Verwaltung im Besonderen analysiert. Anhand der Selbstthematisierungen der Befragten wird anschließend untersucht, inwiefern die Befragten auf diese Wissensvorräte Bezug nehmen. Auch die Institutionen 'Herkunftsfamilie' und 'Bildung' werden über die subjektiven Wissensvorräte erfasst.

Mit der Institutionalisierung des Lebenslaufes war in der Bundesrepublik Deutschland, wie in Teil III erläutert werden wird, für Frauen als Normalbiographie ein Drei-Phasenmodell verbunden (vgl. Myrdal/Klein 1971): „Berufsausbildung und Erwerbsarbeit bis zur Geburt des Kindes – erwerbsfreie Familienphase mit der zentralen Aufgabe der Betreuung und Versorgung des Kindes – Wiedereinstieg ins Berufsleben nach Abschluss der Kindererziehungs- und Versorgungsphase" (Myrdal/Klein 1971; vgl. kritisch dazu Krüger 1995; Pinl 2003, 6). Das Drei-Phasenmodell ist für Frauen in der Regel mit einem beruflichen Abstieg verbunden, sowohl bezogen auf ihre berufliche Position als auch finanziell (vgl. Peil 1996, 17). Welche geschlechtlichen Wissensvorräte im Einzelnen mit diesem Modell verbunden sind und inwiefern das Drei-Phasenmodell sich gewandelt hat bzw. als Leitbild noch vorherrschend ist, wird im Rahmen der Analyse der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte (Teil III) sowie der Analyse der subjektiven Wissensvorräte (Teil IV) verdeutlicht werden.

1.1.2 Mythos der Zweigeschlechtlichkeit und westdeutscher Muttermythos

Mythen sind eine der ältesten, vielleicht die älteste Form des gesellschaftlichen Wissensvorrates (vgl. Levi-Strauss 1993).[11] Mythen kommt für die Geschlechterkonstruktion immer noch eine große Bedeutung zu. Darauf hat auch Beauvoir schon 1949 in ihrem Werk 'Das andere Geschlecht' hingewiesen (Beauvoir 1968; vgl. Levi-Strauss 1988). Auf zwei zentrale Geschlechtermythen, den Mythos der Zweigeschlechtlichkeit und den (west-)deutschen Muttermythos, wird unten noch näher eingegangen. Wie schon erwähnt, unterscheidet sich Wissen von 'Glauben' und 'Meinen' nur dadurch, dass es sozial anerkannt ist (vgl. Knoblauch 2005, 156). Mythen stellen einen Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensvorrates dar, der zwischen subjektivem Alltagswissen und Spezialwissen liegt. Sie zeichnen sich wie auch das Alltagswissen durch stabile Wissensbestände aus und sind den meisten Menschen (mindestens implizit) bekannt. „Bestehende Mythen werden von Menschen internalisiert und als Deutungsschema verwendet" (Pfahl 1998, 20). Oder anders ausgedrückt: Wissen wirkt auch regulierend, indem es Alltagsmythen bereitstellt, die

in dieser Studie befragten unbefristet Vollzeitbeschäftigten einer öffentlichen Verwaltung lässt sich vermuten, dass ihre Lebensläufe vergleichsweise wenig von den Tendenzen der De-Institutionalisierung betroffen sind.

11 In seinem Buch über Levi-Strauss erklärt Fischer: „Der Mythos ist älter als die Literatur und wird mündlich durch einen Narrator vermittelt" (Fischer 2004, 17).

als Normalität in unser Handeln eingehen (vgl. Foucault 1988). Auch Levi-Strauss macht darauf aufmerksam, dass den Mythen eine besondere Bedeutung als volkserzieherisches Moment zukommt, indem sie Bräuche wie etwa die jeweilige kulturelle Form des Inzesttabus rechtfertigen (vgl. Levi-Strauss 1993, 353). Das Besondere an einem Mythos ist, dass er sich schwer beschreiben lässt, „er lässt sich nicht fassen, nicht begrenzen, er geistert im Bewusstsein herum, ohne jemals als fixiertes Objekt gegenüberzustehen" (Beauvoir 1968, 155). Ein Mythos lässt sich vielleicht am besten als eine transzendente, schwer veränderbare Idee verstehen. Diese Idee hat eine Verbindung zur sozialen Wirklichkeit und insofern ist ein Mythos eine transzendente Projektion des Wahrgenommenen (vgl. Pfahl 1998, 20). Ein Mythos hat gleichzeitig etwas Statisches, „weil er die vielfältige soziale Wirklichkeit feststellt, und sich nur schwer an der Realität widerlegen lässt" (Pfahl 1998, 20). Dies lässt sich mit Beauvoir an einem Beispiel erläutern:

> „Das mythische Denken stellt der zerstreuten, zufälligen und vielfältigen Existenz der Frauen das einmalige, erstarrte Ewigweibliche entgegen; wenn die Definition, die man von diesem Begriff gibt, durch das Verhalten der Frauen aus Fleisch und Blut widerlegt wird, so sind sie es, die unrecht haben: man erklärt nicht, dass das Weibliche eine bloße Abstraktion ist, sondern dass die Frauen nicht weiblich seien" (Beauvoir 1968, 253).

Was dem Mythos widerspricht, wird zunächst ignoriert eben gegen die Person, die dem Mythos widerspricht, gewendet.[12] Dass ein Mythos so schwer verändert werden kann, hängt vor allem auch damit zusammen, dass Mythen ihr 'Geworden-sein' unterschlagen (vgl. Pfahl 1998, 30). Ihr Ursprung, ihre Urerzählung ist nicht bekannt, deshalb sind sie in ihrem Kern schwer veränderbar. Mythen können zeithistorische Anpassungen erfahren, z.B. indem neue (Parallel-)Mythen geschaffen werden, wie etwa neben dem Muttermythos der Mythos der 'Karrierefrau'.[13] Geschlechter-Mythen fungieren als unhinterfragte bzw. unhinterfragbare geschlechtliche Wissensvorräte, deren „Entstehungszusammenhänge kollektiv und individuell in Vergessenheit geraten" sind (Dölling 2003a, 115).

Der Mythos der Zweigeschlechtlichkeit[14] ist, wie schon Beauvoir feststellte, ein statischer Mythos, „eine transzendente, zeitlose, unbewegliche" Idee (Beauvoir 1968, 253). Die Klassifikation in 'männlich' und 'weiblich' kann als Basis der Geschlechterkonstruktion in unserer Gesellschaft gelten. Damit ist gemeint, dass in modernen

12 Mit dem Begriff 'widerspricht' ist ein zentraler Aspekt des Mythos angesprochen: Er wird durch das Medium der Sprache vermittelt (vgl. Levi-Strauss 1993, 229).

13 Gerade dieses historische 'Gewordensein' zentraler Weiblichkeitsmythen wie des deutschen Muttermythos wird deshalb im Rahmen dieser Studie im kurzen historischen Exkurs (vgl. Teil I) und für die Zeit seit Ende des zweiten Weltkrieges in den gesellschaftspolitischen Diskursen (vgl. Teil III) analysiert.

14 Zur Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit vgl. Hark 2001, 354ff.

Gesellschaften der Modus des zweigeschlechtlichen Klassifizierens gilt, d.h. „es gibt zwei und nur zwei Geschlechter, diese sind durch eine unterhintergehbare biologische Differenz voneinander unterschieden und zugleich relational und hierarchisch aufeinander verwiesen“ (Dölling 2003a, 114; vgl. Krüger 2001, 262; Hagemann-White 1984, 81; Kessler/McKenna 1978). Der Mythos der Zweigeschlechtlichkeit wird in den gesellschaftlichen Wissensvorräten beständig aufrechterhalten, sowohl in bildlichen als auch in sprachlichen Ausformungen (vgl. Dölling 2003a, 114). Dabei bleibt es, wie in der Erläuterung von Dölling schon angedeutet, nicht nur bei einer quasi wertfreien Unterscheidung in männlich und weiblich, sondern mit diesen Begriffen sind weitere Zuschreibungen verbunden. So wird Heterosexualität als ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip konstruiert, das die Vorstellung einer quasi naturhaft gegebenen komplementären Ergänzung der beiden Geschlechter beinhaltet (vgl. Hark 2001, 357).

Der Mythos der Zweigeschlechtlichkeit kann als Grundlage des asymmetrischen, bürgerlichen Geschlechterverhältnisses gelten. Dazu gehört auch die Trennung der Gesellschaft in eine öffentliche Sphäre (Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft) und eine private Sphäre (Familie und Haus), die jeweils bipolar konstruiert sind. Die männlich codierte öffentliche Sphäre erfährt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und die weiblich codierte private Sphäre eine niedrige Anerkennung (vgl. Hausen 1976; Kahlert 2007; Pateman 1988). Damit verbunden sind auch die geschlechtliche Arbeitsteilung und das Modell des männlichen Familienernährers, das, wie anhand der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte gezeigt werden wird (vgl. Teil III), nach 1945 in der Bundesrepublik als zentraler Bestandteil des deutschen Modells des konservativen Wohlfahrtsstaates gebildet wird (vgl. Gerhard 2003, 268; Pinl 2003, 6). Auch der Wandel dieses Familienernährermodells hin zu einem Zuverdienerinmodell wird durch die Analyse der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte verdeutlicht (vgl. Teil III).

In (West-)Deutschland existiert ein Muttermythos. Dieser Muttermythos baut auf dem Mythos der Zweigeschlechtlichkeit auf. Aber warum ist der Muttermythos in einer Studie über Personen ohne Kinder von Bedeutung? Wie anhand der wissenschaftlichen und der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte belegt werden wird, stellt die Mutter für Frauen immer noch die zentrale Subjektposition dar (vgl. Teil III).[15] Mutterschaft ist ein „konstitutives Element der Geschlechterzuschreibungen“ (Herwartz-Emden 2002, 121f.). Die zweite, hiervon abweichende Subjektposition, die Nicht-Mutter, wird, wie noch gezeigt werden wird, immer in Relation zur vorherrschenden Subjektkonstruktion definiert: „Motherhood, as a

15 Unter Subjektpositionen werden nach Keller „im Diskurs konstruierte, mehr oder weniger stark auch institutionelle stabilisierte ‘Orte’ für bzw. Erwartungen und Angebote an mögliche Sprecher (...) oder Adressaten“ verstanden (Keller 2004, 65).

symbol of women's full self-realization, derives its power in relation to a negative counterpoint – childlessness“ (Morell 1994, 16). Dies bedeutet, dass die Normalisierung von Mutterschaft durch die Abwertung von Nicht-Mutterschaft funktioniert und dass, wie anhand der Analyse der subjektiven Wissensvorräte (vgl. Teil IV) gezeigt werden kann, alle Frauen von der Normalitätsfolie ‚Frau = Mutter’ beeinflusst werden. Wie der (west-)deutsche Muttermythos konkret hergestellt wird, wird anhand des gesellschaftspolitischen Wissens rekonstruiert werden (vgl. Teil III). Wichtig ist hier in diesem Zusammenhang nur, dass Reproduktion in allen Gesellschaften reguliert wird und zwar durch Gesetze, Normen, Werte und kulturelle Vorstellungen, „die definieren, wo, wann, wie und in welchen Kontexten Reproduktion stattfinden soll“ (Mense 2004, 153; vgl. Lorber 1999, 200).[16] Darüber werden auch jeweils historisch und kulturell verschiedene Vorstellungen von Mutterschaft geprägt und davon abgeleitet auch Vorstellungen über Nicht-Mütter. Kinder kriegen und Mutterschaft soll dabei nicht nur als ein historisches und kulturelles, sondern auch als ein soziales, biographisches und körperliches Ereignis verstanden werden (vgl. Rose 1997, 136). Was den Muttermythos ebenso wie andere Mythen auszeichnet, ist, dass er seine faktische Macht trotz des gesellschaftlichen Wandels behält. Dabei bleibt als zentrales Element des Muttermythos die Unterstellung erhalten, „dass der Körper der Mutter immer verfügbar ist und dass es letztlich von ihr abhängt, ob die Individuation des Kindes gelingt“ (Herwartz-Emden 2002, 123).

Mythen wie der Mythos der Zweigeschlechtlichkeit und der westdeutsche Muttermythos – so lässt sich zusammenfassend sagen – zeichnen sich als besondere Form gesellschaftlichen Wissens dadurch aus, dass sie als Selbstverständlichkeit und allgemein geteilter Wert unsichtbar werden und in der Lage sind, „das alltägliche Handeln der Menschen zu beeinflussen und bestimmte Selbstverhältnisse herzustellen“ (Weber 2006, 139). KritikerInnen merken an, dass „kollektiv verbürgte Mythen für die Beantwortung einer Sinnfrage kaum noch zur Verfügung stehen“ und der Einzelne deshalb zunehmend auf seine eigene Biographie zurückverwiesen“ wird (Wohlrab-Sahr 2006, 85). Inwiefern diese Kritik zutrifft, wird anhand der für diese Studie zentralen Mythen zum Begriff ‘Geschlecht’ wieder aufgegriffen werden.

1.1.3 Wissenschaftliches Wissen

Eine besondere Form des gesellschaftlichen Wissensvorrats ist das wissenschaftliche Wissen, auch Spezialwissen oder Sonderwissen (Berger-Luckmann 1997) genannt. Es unterscheidet sich vom Alltagswissen dadurch, dass es relativ systematisiert ist und einen „Sonderstatus als methodisch gesichertes Wissen“ beansprucht (Hark

16 So etwa die Vorstellung, dass auf Blut gegründete Verwandtschaft bedeutsam und unauflösbar ist.

2005, 58).[17] Wissenschaftliches Wissen hat als besondere Wissensform seit dem 17. Jahrhundert verstärkt Bedeutung erlangt (vgl. Foucault 1990; Weingart 2003, 127). Ein zentrales Element des Modernisierungsprozesses, das auch schon von Weber in seinem Werk 'Wirtschaft und Gesellschaft' beschrieben wurde, ist die zunehmende Verwissenschaftlichung des Lebens (vgl. Schütze 1986, 8; Weber 1964). Dieses Phänomen wird auch unter dem Begriff 'Wissensgesellschaft' diskutiert.[18] Zentral ist dafür, dass Wissen zur Ware wird und sich dadurch die Produktions- und Kommunikationsformen von Wissen verändern (vgl. Böschen 2007, 758). Damit einhergehend gewinnt durch die zunehmende Nutzung von Medien nicht-lokales Wissen an Bedeutung.

> „With the development of the media, however, individuals were able to experience events, observe others and, in general, they learn about the worlds – both real and imaginary – that extended well beyond the sphere of their day-to-day-encounters. They were increasingly drawn into networks of communication and forms of interaction that were not face-to-face in character" (Thompson 1996, 96).

Neben der Ausweitung der individuellen Lebenswelt z.B. durch Medien sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei weitere Aspekte von Bedeutung: Einerseits nehmen wissenschaftliche Wissensbestände zu, „werden immer stärker spezialisiert, müssen oft in langwierigen 'sekundären' Sozialisationsprozessen erworben werden und entfernen sich zunehmend vom Allgemeinwissen" (Honer 1999, 59).[19] Anderseits, und dies erscheint zunächst als Widerspruch, wird wissenschaftliches Wissen leichter zugänglich und es findet eine verstärkte Diffundierung von wissenschaftlichem Wissen in den Alltag statt. Vor allem über die Medien gelangen wissenschaftliche Veröffentlichungen in die Öffentlichkeit, werden zitiert, so genannte Experten interviewt usw.[20] Wissenschaftliches Wissen erfährt damit zunehmende Verbreitung und tritt in Konkurrenz zu anderen Wissensformen, wie dem Alltagswissen. In Bezug auf das Thema 'generative Reproduktion' bedeutet diese Verwissenschaftlichung z.B., dass jeder und jede sich immer mehr verpflichtet sieht, seine und ihre Lebensweise in Bezug auf die wissenschaftlichen Vorstellungen von Volksgesundheit zu überprüfen.

17 Ausführlicher zur Beziehung von wissenschaftlichem Wissen und anderem Wissen vgl. Ziman 2000.

18 Weiterführende Literatur vgl. Correll 2008a; Keller 2005; Stehr 2003.

19 Sonderwissen ist nicht für alle Menschen in allen Kontexten relevant (vgl. Honer 1999, 54).

20 Mit wachsendem Einfluss der Medien verändert sich auch die Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Medien. Einerseits greifen Medien strategisch auf wissenschaftliches Wissen zurück, anderseits scheint als Folge der massenmedialen Beobachtung von Wissenschaft das Aufmerksamkeitsmonopol das Wahrheitsmonopol der Wissenschaft zu verdrängen (vgl. Böschen 2007, 758).

Hier soll nicht auf die konkreten wissenschaftlichen Wissensbestände zum Leben ohne Kinder und zum Geschlecht eingegangen werden – da diese im Überblick (Teil I) dargestellt wurden – sondern auf ein Problem, das die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Geschlechterkonstruktionen mit sich bringt: Geschlecht, Geschlechterverhältnis und Geschlechterdifferenz werden als Erkenntnisgegenstand vorausgesetzt, müssen aber „zugleich als etwas kontinuierlich Hergestelltes, in sozialen und kulturellen Praxen Gemachtes und nicht per se Gegebenes begriffen werden" (Hark 2001, 353). Dies führt zu dem politisch bedeutsamen Paradox, „ein weibliches Subjekt vorauszusetzen und zugleich zu dekonstruieren, die Kategorie Frau also schon im Moment der theoretischen Anrufung auch in Frage zu stellen und zu destabilisieren" (Hark 2001, 363; vgl. Bachmann 2008; Morell 1994, 16). Dieses Paradox lässt sich nicht komplett auflösen. Darauf, dass das in dieser Studie hergestellte Wissen als situiert zu verstehen ist, wurde schon hingewiesen. Ziel dieser Studie ist es damit sowohl zu rekonstruieren, wie Geschlechterkonstruktion funktioniert, als auch dominante Geschlechterkonstruktionen zu rekonzeptualisieren. Denn die Untersuchung von Frauen ohne Kinder bietet die Möglichkeit, die vorherrschende Universalisierung von Mutterschaft im gesellschaftlichen Wissensvorrat und auch in Teilen feministischer Wissensvorräte zu hinterfragen. Geschlecht und auch Mutterschaft werden dabei als soziale Konstruktionen und nicht als biologische oder psychologische Fakten verstanden.

Durch die verstärkte Verbreitung von wissenschaftlichem Wissen rekurrieren Subjekte im lebensweltlichen Handeln zunehmend „auf Wissensbestände, deren Quellen sich zwar meist auf Spezialdiskurse zurückführen lassen, die sich jedoch mit verschiedenen populären Wissensformen und -elementen verbinden" (Waldschmidt u.a. 2007, 15). Diese Wissensbestände, die eine Popularisierung von Elementen der Spezialdiskurse vornehmen, sollen nach Link Interdiskurse genannt werden (vgl. Link 1982; Link/Link-Heer 2002). Die im Rahmen dieser Studie analysierten gesellschaftspolitischen Diskurse (vgl. Teil III) können als Interdiskurse bezeichnet werden, da durch sie eine Übertragung von wissenschaftlichem Wissen in die Öffentlichkeit vorgenommen wird. So richten sich die in dieser Studie untersuchten Regierungsdiskurse und Familienberichte explizit auch an die Öffentlichkeit (vgl. Abschnitt 3.2.1). Es stellt sich die Frage, wie sich wissenschaftliches Wissen durch Popularisierung und Rezeption verändert.

1.1.4 Interdiskurse mit ihren popularisierten Wissensvorräten

Was zunächst als Widerspruch erscheint – dass wissenschaftliches Wissen zugleich schwerer und leichter zugänglich geworden ist –, klärt sich auf, wenn genauer betrachtet wird, dass es vor allem popularisiertes wissenschaftliches Wissen ist, welches leichter zugänglich ist. Was aber passiert bei der Übertragung von wissenschaftlichem Wissen in die Öffentlichkeit durch Interdiskurse? Wissenschaftsintern entwickelte

Argumente und Argumentationsketten werden bei der Übertragung „in unterschiedliche Arenen der Auseinandersetzung transportiert" (Bräuninger u.a. 1996, 9), wie zum Beispiel in die Arena der öffentlichen Medien. Damit ist eine Umschreibung des wissenschaftlichen Wissens verbunden, da in jeder Arena eine eigene Sprache und eigene Regeln oder, anders gesagt, Darstellungslogiken vorherrschen.[21] Als typisch für die Darstellungslogik der Medien können zudem Personalisierung, Aktualisisierungsdruck, mediendramatische Inszenierung und eine Aufwertung des Symbolischen gelten (vgl. Kißler 2007, 255). Problematisch daran ist, dass damit vielfach eine Vereinfachung, eine Vermeidung von Widersprüchlichkeiten und eine Umsetzung in ein bestimmtes narratives Muster der Personalisierung verbunden sind (vgl. Bräuninger u.a. 1996, 24). Die Nachvollziehbarkeit komplexer Problemzusammenhänge bleibt dabei oft auf der Strecke, und die Emotionalisierung kann für ein systematisch verzerrtes Bild sorgen (vgl. Kißler 2007, 209f.).[22]

Gleichzeitig wird das Wissen durch diese Umschreibung leichter rezipierbar und erscheint durch die Personalisierung individuell relevant (vgl. Waldschmidt u.a. 2007, 25). Anders gesagt, diese popularisierte Wissensform stellt Deutungsangebote für Individuen bereit. Während wissenschaftliche Wissensvorräte zumeist „Ent-Subjektivierung" anstreben und so vermeintlich objektives Wissen produzieren, geht es im Interdiskurs vor allem um die „Subjekt-Applikation" (Link/Link-Heer 2002, 11), also darum, Subjektpositionen[23], Verhaltensempfehlungen und Deutungsmuster zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören auch Elemente wie Metaphern und Kollektivsymbole, denen eine „normbildende und normalisierende Funktion" zukommt (Link 1982, 66). Damit ist eine wichtige Funktion des Interdiskurses, also der von mir untersuchten gesellschaftspolitischen Wissensvorräte, benannt: Sie dienen „der kulturellen Integration der Subjekte" (Waldschmidt u.a. 2007, 20). Wie dies konkret funktioniert, wird anhand der Analyse der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte verdeutlicht werden (vgl. Teil III).

21 So zeichnet sich z.B. für JournalistInnen ein hohe Textqualität oftmals dadurch aus, „dass die Ergebnisse quantifizierbar sind, dass Einzelergebnisse in einen Zusammenhang eingeordnet werden und dass ein umfassender Überblick gegeben wird über ein Thema oder eine Bevölkerungsgruppe" (Bräuninger u.a. 1996, 24).

22 Diese Probleme verschärfen sich tendenziell durch den zunehmenden Wettbewerbsdrucks und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien von Werbeeinnahmen (vgl. Kißler 2007, 207).

23 Für die Begriffserläuterung siehe Abschnitt zu Anrufungen (Abschnitt 2.). Vgl. auch Althusser 1977; Foucault 1988, 78ff.

1.2 Subjektiver Wissensvorrat

Um zu definieren, wie die Vermittlung von subjektivem und gesellschaftlichem Wissen funktioniert, soll zunächst der Begriff 'Subjekt' genauer bestimmt werden, da er oftmals selbst in der wissenschaftlichen Verwendung Unschärfen gegenüber den Begriffen 'Identität' oder 'Individuum' aufweist. „Das Subjekt ist einerseits Produkt seiner Umwelt, andererseits kann es sie gestalten" (Traue 2005, 13). Es ist also formend und wird geformt. Ein zweites wesentliches Merkmal ist die historische und kulturelle Bedingtheit der Subjekte (vgl. Traue 2005, 13; Kohl-van Melis 2003, 110). Foucault betont, „dass es kein souveränes und konstitutives Subjekt gibt, keine universelle Form des Subjekts, die man überall wieder finden könnte. (...) [D]ass das Subjekt sich in Praktiken der Unterwerfung konstituiert bzw. auf autonomere Art und Weise – über Praktiken der Befreiung und der Freiheit" (Foucault 1985, 137ff.; vgl. Kohl-van Melis 2003, 110).[24] 'Identität' wird hingegen verstanden als eine „Art Kernstruktur des Subjekts, die im Lauf der Sozialisation schrittweise aufgebaut wird und sich im Fall einer 'gelungenen' Identität stabilisiert und verfestigt" (Keupp/Hohl 2006, 10).[25] Biographische Identität kann auch zusammenbrechen oder beschädigt werden (vgl. Goffmann 1975).[26] Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu betonen, dass die Befunde soziologischer Identitätsforschung nach wie vor relevant sind, weil sie „nachdrücklich auf die Beharrlichkeit einmal aufgebauter Strukturen und personaler Identitäten verweisen" (Wohlrab-Sahr 2006, 80).[27] Denn gesellschaftliche Wissensvorräte sind nur dann relevant, wenn sie auf eine interne Motivationslage treffen, nur dann können sie zu Handlungsantrieben werden (vgl. Wohlrab-Sahr 2006, 80) oder anders formuliert: den Relevanzstrukturen der Subjekte entsprechen (vgl. Schütz 2004; Wohlrab-Sahr 2006, 89).[28]

24 „Foucault stellt (...) vor allem einen bestimmten Subjekttyp in Frage: Die Darstellung des Menschen als souveränes, autonomes und mächtiges Subjekt" (Kohl-van Melis 2003, 112). In späteren Werken beschäftigt sich Foucault stärker mit den Möglichkeiten der Selbstgestaltung des Subjekts (vgl. Kohl-van Melis 2003, 154).

25 Für eine umfangreiche Darstellung zu sozialwissenschaftlichen Identitätskonzepten vgl. Keupp 1998.

26 „Die Meßlatten des Scheiterns oder der Beschädigung von Identität sind sozial und historisch variabel" (Wohlrab-Sahr 2006, 92). Eine beschädigte Identität entsteht, wenn ständig die Notwendigkeit zur Täuschung besteht, also ein dauerhafter Widerspruch gegen Normen entsteht und dieser von der Person selbst nicht von einer höheren Warte aus entproblematisiert werden kann (vgl. Wohlrab-Sahr 2006, 92).

27 Für Kritik am Identitätskonzept vgl. Traue 2005.

28 „Gerade die Biographieforschung kann zeigen, in welch hohem Maße einmal ausgeprägte biographische Handlungsmuster reproduziert werden, und wie stabil Habitusformen auch unter wechselnden äußeren Umständen bisweilen über mehrere Familiengenerationen hinweg sozial 'vererbt' werden" (Wohlrab-Sahr 2006, 82).

Wie entsteht nun aber der subjektive Wissensvorrat im Einzelnen? Die als objektiv gegeben erscheinende Wirklichkeit wird für Subjekte im Austausch mit anderen Subjekten zur subjektiven Wirklichkeit (vgl. Berger/Luckmann 1997). Der größte Teil des Wissensvorrats eines Subjekts ist damit kein selbst erworbenes Erfahrungswissen, sondern wurde von anderen vermittelt (vgl. Knoblauch 2005, 148). Um es mit Schütz zu sagen: „Der Großteil seines Wissens ist sozial abgeleitet, (...) von Eltern und Lehrern als Erbe übertragen" (Schütz 2003, 188). Die Zugänge zum gesellschaftlichen Wissensvorrat sind sozial ungleich verteilt: Zugangschancen sind damit „strukturell vorbedingt" (Luckmann 1988, 83). Alle Prozesse des subjektiven Wissenserwerbs haben eine biographische Dimension (vgl. Schütz 2004; Schütz/Luckmann 1984; Wohlrab-Sahr 2006). Diese Dimension wird auch daran deutlich, dass selbst gleich aufgezogene eineiige Zwillinge über keinen identischen subjektiven Wissensvorrat verfügen (vgl. Berger/Luckmann 1997). Der Wissenserwerb erfolgt dabei über Internalisierung, die in der primären und sekundären Sozialisation stattfindet. Die Internalisierung in der primären Sozialisation gilt als 'tiefer gehend': Zum einen, weil die Relevanzstrukturen des Subjektes, die Identität in jüngeren Jahren noch nicht so stark ausgebildet sind, und zum anderen aufgrund der emotionalen Aufladung des vermittelten Wissens. Das in der sekundären Sozialisation erworbene Wissen ist hingegen 'künstlicher' und erscheint leichter zerstörbar (vgl. Berger/Luckmann 1997, 158). Die subjektive Wirklichkeit und das subjektive Wissen sind immer wieder durch Grenzsituationen bedroht (vgl. Knoblauch 2005, 163). Zur Sicherung der subjektiven Wirklichkeit „dient das Routinehandeln und die Bestätigung durch den 'Chor der anderen Menschen'" (Berger/Luckmann 1997, 159).

Subjektive geschlechtliche Wissensvorräte

Neben der Dimension des geschlechtlichen gesellschaftlichen Wissens soll in dieser Studie auch die subjektive Dimension der Herstellung von Geschlecht anhand der Selbstthematisierungen der Befragten analysiert werden. Nach Klinger bleibt der Subjektstatus der Frau generell prekär (vgl. Klinger 2006, 101). Denn der Mann wird immer noch als zentrale Subjektposition gesetzt: „Die bestechend einfache Rechnung lautet: Jede Subjektposition, jede Selbstsetzung und Selbstbehauptung grenzt sich von einem Anderen ab, grenzt ein Anderes aus, produziert Ausschlüsse, selbst Über-/Unterordnungsverhältnisse" (Klinger 2006, 103). Wichtig ist dabei, dass auch in modernen Gesellschaften, trotz des gegenwärtigen Wandels von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen, männliche Herrschaft nur sehr begrenzt thematisiert wird, da diese in die Körper eingeschrieben und über sozialisatorische Prozesse verinnerlicht ist und damit dem Bewusstsein und der rationalen Aufklärung weitgehend entzogen bleibt.[29]

29 Das Individuum ist oft im Wesentlichen Objekt des Sozialisationsprozesses (vgl. Dausien 1999, 229).

Schon Beauvoir hat es mit ihrem Satz „man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es" (Beauvoir 1968, 265) darauf aufmerksam gemacht, dass auch subjektive geschlechtliche Wissensvorräte als soziale Konstruktionen gelten können. Die Frauen- und Geschlechterforschung hat, wie auch die Wissenssoziologie, die Bedeutung der primären Sozialisation betont.[30] Denn Generationenbeziehungen können als Orte der Tradierung und Veränderung von Weiblichkeitskonstruktionen verstanden werden (vgl. Bührmann/Micus-Loos 2002). So werden in der Herkunftsfamilie „Werte, Einstellungen und Denkweisen vermittelt und durch das Verhalten der Eltern Rollenmuster erlebt sowie Lösungsstrategien für Alltags- und Lebensaufgaben erfahren" (Marbach/Tölke 2007, 265). Dabei lassen sich zwei Ebenen unterscheiden: Erstens die genealogische Ebene, die „die Herstellung von geschlechtstypischen Mustern des Selbst- und Weltverhältnisses im Prozess konkreter familiarer Interaktion" beschreibt (Bührmann/Micus-Loos 2002, 101). Wertehaltungen und Erfahrungen vorangehender Generationen werden nicht „einfach übernommen, sondern wechselseitig ausagiert und damit selbst interaktiv erlebt" (Rosenthal 1997, 59). Diese Ebene wird, soweit dies möglich ist, über die Selbstthematisierung der Befragten ihrer geschlechtlichen Wissensvorräte aus der Herkunftsfamilie analysiert. Wichtig sind neben Botschaften und erzieherischen Maßnahmen (vgl. Bührmann/Micus-Loos 2002) auch Vorbilder.[31] Denn gerade „auch für nicht-traditionelle Selbstentwürfe bedürfen weibliche Jugendliche der intergenerationalen Ermutigung und Identifikationsmöglichkeit" (Bührmann/Micus-Loos 2002, 105). Kinder halten sich an „Vor-Bilder, an denen sie sich in ihrer Ich-Bildung ausrichten können. Sie assimilieren Aspekte oder Attribute von Menschen, die ihnen nahe kommen. (...) In einem unbewussten Aneignungsprozess werden Anteile von anderen verinnerlicht" (Becker-Schmidt 1995, 226). Nach Becker-Schmidt ist der Mechanismus der Identifizierung ein zentraler Mechanismus für die Subjektbildung (vgl. Becker-Schmidt 1995, 226). Diese Ebene von Generationsbeziehungen wird im Rahmen dieser Studie untersucht, indem die geschlechtlichen Wissensvorräte der Herkunftsfamilien der Befragten analysiert werden (vgl. Teil IV).

30 Insbesondere in den 1970er/1980er Jahren beschäftigen sich die GeschlechterforscherInnen intensiv mit der primären Sozialisation (vgl. Bührmann/Micus-Loos 2002). Dabei liegt der Schwerpunkt lange Zeit, insbesondere in der psychologisch orientierten Forschung, auf der primären Sozialisation, vor allem der durch die Herkunftsfamilie. Die umfangreichen Forschungsergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden (vgl. Becker-Schmidt 1995; Bilden 1991; Bührmann/Micus-Loos 2002; Hagemann-White 1984; Krüger 1995).

31 „Väter und Mütter, die einer großen Kinderzahl hohen Wert beimessen, werden diese Einstellung oft auf ihre Kinder übertragen. Auch wenn diese sich später vielleicht davon abwenden und neue Wertesysteme entwickeln, bleibt die Sozialisation im Elternhaus doch der Ausgangspunkt der Entwicklung" (Gisser u.a. 1985, 75).

Die zweite Ebene ist die Verortung einer Generation und ihrer Erfahrungen im historisch-gesellschaftlichen Prozess. Diese Ebene betont das Zusammenwirken von Geschlecht als einer sozialen Strukturkategorie mit anderen Strukturkategorien wie Schichtzugehörigkeit, Generation, kulturellem Kontext etc. (vgl. Dausien 1993, 131). Dies wird in der Geschlechterforschung unter dem Begriff 'Intersektionalität' diskutiert (vgl. Knapp 2005; Klinger 2003; Klinger/Knapp 2005). Die Strukturkategorie 'Generation' soll im Rahmen dieser Studie auch berücksichtigt werden, indem die jeweilige generationsspezifische Einbettung der Befragten explizit einbezogen wird. (vgl. Teil III). Über eine Generation findet „in erster Linie eine gewisse Vermittlung von Zeitlichkeit" statt (Corsten 2003, 2).[32] Denn jede Generation ist in einen spezifischen historisch-gesellschaftlichen Kontext eingebunden und wird dadurch geprägt (vgl. Bührmann/Micus-Loos 2002; Zander 2004, 104f.). Man „geht davon aus, dass Personen, die in den gleichen Jahren geboren sind, auch wiederum bestimmte Lebensereignisse (insbesondere wichtige Übergangsereignisse wie Einschulung, Schulabschluss, Berufsausbildung, erste Erwerbstätigkeit, Auszug aus dem Elternhaus, erste Heirat, Geburt des ersten Kindes) im gleichen historischen Zeitraum erfahren haben und dabei auf (...) kohortenspezifische Bedingungen treffen (Schulsysteme, Arbeitsmarkt-, Wohnungsmarkt-, Heiratslagen)" (Corsten 2003, 3).[33] Neben der generationsspezifischen Erfahrungsaufschichtung ist ein weiterer Aspekt von Generation hier von Bedeutung und zwar der der Abgrenzung, des Konfliktes mit anderen Generationen. So stellt sich die Frage, ob die Befragten auf die generationsspezifischen Wissensvorräte ihrer Eltern reagieren, ob sie sie übernehmen oder sich davon abgrenzen. Dies wird in den Falldarstellungen als ein Thema aufgegriffen werden. Auf die Generationsspezifik der untersuchten Befragten wird im Rahmen des methodischen Zugangs näher eingegangen. Denn für die Rekonstruktion der subjektiven geschlechtlichen Wissensvorräte ist es sinnvoll zu berücksichtigen, dass die individuelle Aneignung und Ausbildung nicht nur geschlechtsgebunden, sondern auch „generationen- bzw. alterskohortenspezifisch erfolgt" (Dölling 2003a, 120).

Zwei Schwächen zeigen sich in den wissenssoziologischen Ansätzen. Dies lässt sich anhand der drei untereinander verbundenen Ebenen, die Klinger bei der Subjektkonstruktion unterscheidet, verdeutlichen. Erstens, auf „der symbolischen und semantischen Ebene, d.h. in den gesellschaftlichen und theoretischen Diskursen, findet eine Konstituierung des Subjekts statt" (Klinger 2006, 106). Diese Ebene

32 „Die Charakterisierung, Kategorisierung und Unterscheidung einzelner Generationen (als Kohorte oder als kollektives Selbstverhältnis)" (Corsten 2003, 2). Zur Bandbreite der Definitionen des Begriffs Generation vgl. Corsten 2003.

33 Dieses Kohortenkonzept ist bei Mannheim bereits angelegt im Begriff „Generationslagerung" (vgl. Mannheim 1964, 509ff.).

umfasst z.B. Geschlechtermythen und geschlechtliche Subjektpositionen und wird in der wissenssoziologischen Forschung vielfach nicht ausreichend beleuchtet. Im Rahmen dieser Studie wird diese Ebene untersucht, indem als Geschlechtermythos der Muttermythos in den Blick genommen wird und in den gesellschaftspolitischen Diskursen die dominanten und die abweichenden weiblichen Subjektpositionen beleuchtet werden. Die zweite Ebene der Subjektkonstruktion erfolgt laut Klinger über die Sozialstruktur, indem in den und über die gesellschaftlichen Institutionen (Arbeit, Familie, Bildung, Staat) die Wissensvorräte realisiert und personalisiert werden.[34] Hier „findet Subjektivierung im engeren Wortsinn statt: Die Individuen werden den Subjektkategorien zu- bzw. untergeordnet" (Klinger 2006, 107). Die vorliegende Studie greift, um die zweite Ebene, die Subjektivierung, besser fassen zu können, auf das Konzept der Anrufung zurück. Die Idee der Erweiterung der wissenssoziologischen Theorie mit dem Konzept der Anrufung ist induktiv aus der qualitativen Vorgehensweise entwickelt worden. Konkret fiel bei der Befragten Frau A. auf, dass sie, nach dem Kinder-Bekommen gefragt, erklärt: „es ruft nichts nach mir" (worauf in Teil IV noch ausführlich eingegangen werden wird). Auf der dritten Ebene geht es darum, wie die Subjektivität im engeren Sinne entsteht, damit gemeint ist „die Sphäre des individuellen Bewusstseins, der je einzelnen Erfahrung, Empfindung und Befindlichkeit" (Klinger 2006, 108). Unter Rückgriff auf Methoden der Biographieforschung (vgl. Abschnitt 3.1) lässt sich untersuchen, wie sich Wissensvorräte in Biographien entfalten, was sich allein durch Internalisierung nicht erklären lässt. Zentral ist dabei der Begriff der 'Erfahrungsaufschichtung' (vgl. Mannheim 1980), der die Bedeutung von Zeitlichkeit aufzeigt. Erst die Berücksichtigung der Zeitlichkeit ermöglicht Handlungsspielräume aufzuzeigen, in denen sich das gesellschaftliche Wissen für die Subjekte bewähren oder auch nicht bewähren kann. So können sie z.B. gesellschaftliche Wissensvorräte als nicht zeitgemäß einschätzen und ablehnen.

34 Berger/Luckmann fokussieren dabei auf Familie und Bildung als relevante Institutionen, während sie den Staat kaum mit einbeziehen.

2. Anrufung als Erklärungsansatz der sozialen Ableitung von Wissen[35]

In den wissenssoziologischen Ansätzen wird die Frage, wie die soziale Ableitung von Wissen im Einzelnen vor sich geht, mit der Internalisierung während der primären und sekundären Sozialisation nur eingeschränkt beantwortet. Mit Althussers Idee der 'Anrufung' lässt sich diese Schwachstelle schließen (Althusser 1977)[36]: Althusser entwickelt im Zusammenhang mit seiner Beschäftigung mit Ideologie ein Konzept, das er 'Anrufung' nennt, um zu erfassen, wie Diskurse an Subjekte gelangen.[37] Althusser zeigt die Funktionsweise von Anrufungen anhand von zwei Beispielen, dem des Polizisten und dem der Religion, auf.[38] Durch Anrufungen werden Subjekte gewissermaßen ins Leben gerufen, geformt, mit einer bestimmten Identität versehen (vgl. Hirseland/Schneider 2001, 383). Althusser benennt hier als Beispiel einen Polizeibeamten, der einem Passanten zuruft: „He, Sie da!". Das Individuum wendet sich um und wird durch die ideologische Anrufung als bestimmtes Subjekt konstruiert, sei es als Staatsbürger oder als Krimineller. Angerufen werden also partikuläre Subjektivitäten. Diese partikulären Subjektivitäten werden in dieser Studie als Subjektpositionen bezeichnet.[39] Sie sind im Diskurs konstruiert und mehr oder weniger stark institutionell gefestigt. Es 'ertönen' gleichzeitig verschiedene Anrufungen; Althusser benutzt hierfür das Bild eines Konzertes von Anrufungen (vgl. Althusser 1977, 158). Die Frage, ob dieses Bild zutrifft oder ob es sich oftmals nicht eher um widersprüchliche Anrufungen und damit statt um ein 'Konzert' um 'Katzenjammer' handelt, wird am Schluss dieser Studie wieder aufgegriffen werden (vgl. Teil VI).

Warum sollte das Individuum auf eine Anrufung antworten? Nach Althusser verheißt die Antwort 'Ja, ich bin es' Anerkennung oder, wie Butler es nennt, Identität (vgl. Butler 2001, 103). Es ist ein Prozess der doppelten Subjektkonstitution: Einerseits zitiert die Anrufung eine Konvention, eine soziale Ordnung, die dem Subjekt vorausgeht (z.B. die binäre Geschlechterordnung), und schreibt sie durch die Anrufung in das Subjekt ein. Anderseits muss diese Anrufung vom Subjekt auch angenommen und angeeignet werden. „Die Anrufung als nicht aufhörende Aufforderung, den vorgeschriebenen Platz einzunehmen, stellt Subjekte unter den Zwang der Identifikation, der Anerkennung und Wiedererkennung" (Allerkamp 2005, 55).[40] Wer sich diesem Zwang nicht stellen will oder kann, dem droht Abwertung oder Sanktionierung. Auf das hier untersuchte Feld bezogen bedeutet das, dass die gesellschaftspolitischen Diskurse den Subjekten Familienleitbilder und Geschlechterzuschreibungen 'zurufen' und damit Frauen und Männer, Mütter, Alleinerziehende und Menschen ohne Kinder konstruieren. Von Butler wird das Anrufungskonzept Althussers erweitert, indem sie Anrufung nicht nur auf das Medium Stimme eingrenzt, sondern Schrift und Bilder mit einbezieht (vgl. Butler 2001).

Die Anrufung lässt sich schematisch in vier Phasen unterteilen: In der ersten Phase werden die Individuen als „Subjekte, d.h. als einheitliche, mit Namen versehene, einen bestimmten Platz innehabende Identitäten" angerufen (Bieler 1994, 49). Die zweite Phase beinhaltet die Antwort, sie beschreibt den Prozess, in dem „das angerufene Subjekt sein eigenes Ich definiert und sich so unterwirft" (Bieler 1994, 49). Die dritte Phase beschreibt den Wieder- bzw. Anerkennungseffekt: „Die Subjekte erleben ihre Ichfindung immer wieder aufs Neue, indem sie sich im Subjekt und in der Interaktion mit anderen Subjekten wiedererkennen" (Bieler 1994, 49). Die letzte, vierte Phase ist die der Vergewisserung. Hier erhalten die Subjekte „die absolute Garantie, dass alles in Ordnung ist und alles gut gehen wird, solange die Subjekte nur wiedererkennen, was sie sind und sich dementsprechend verhalten" (Althusser 1977, 146). Diese Phasen verschränken sich in der Realität ineinander und wiederholen sich. Um dies zu veranschaulichen, sollen die vier Phasen auf die Anrufung zur Mutterschaft bezogen werden: Die Anrufung von Mädchen und Frauen als Mütter bzw. zukünftige Mütter geschieht durch diverse gesellschaftliche Institutionen wie Familie, Schule, Freunde, Ausbildung, Beruf, Medien, Politik etc. Durch diese Institutionen wird ihnen vermittelt, dass entsprechend der Nor-

35 Anders als bei Berger/Luckmann, die die Rollenanalyse als „Brücke zwischen den Makro-Sinnwelten einer Gesellschaft und den Formen, in denen diese Sinnwelten für den Einzelnen Wirklichkeitscharakter erhalten" verwenden (Berger/Luckmann 1997, 83), soll in dieser Arbeit der Anrufungsbegriff verwendet werden. Gegen den Rollenbegriff spricht, dass er das Handeln von Akteuren vor allem unter funktionalistischen Voraussetzungen fasst (vgl. Karrer 1998, 34). Feministische Kritik am Rollenbegriff fokussiert vor allem darauf, dass der Begriff zu einer schematischen und starren Sicht von Geschlecht verleitet, so dass z.B. Unterschiede zwischen einzelnen Frauen oder auch der Wandel der Geschlechterverhältnisse nicht angemessen erfasst werden können. Für Kritik am Rollenbegriff vgl. Pfadenhauer 1999; Wetterer 1993.

36 Althussers Lehre von der Anrufung ist in Debatten um die Subjektbildung zentral, „sie bietet ein Erklärungsmodell für ein Subjekt, das als Konsequenz aus der Sprache entsteht" (Butler 2001, 101).

37 Ideologien können als konkrete Konzepte eines 'Sollzustandes' verstanden werden. „Die Ideologie dient dem Staat, Institutionen oder sozialen Gruppen als rationale oder (pseudo-)wissenschaftliche Legitimation, bestimmte Einstellungen zu 'erzeugen' und bei allen Mitgliedern und Gruppen der Gesellschaft ein Verhalten herbeizuführen" (Cromm 1988, 44).

38 Der Begriff Anrufung lässt zunächst an eine religiöse Anrufung denken, in der nur sehr wenige Auserwählte von Gott angerufen werden, während es bei Althusser darum geht, dass Anrufungen zum gesellschaftlichen Normalfall geworden sind.

39 Zu Subjektpositionen vgl. Althusser 1977; Foucault 1988, 78ff.

40 Anrufungen operieren mittels Identitätskategorien (vgl. Villa 2003, 47). Wichtig ist dabei: „Identitätskategorien haben niemals nur einen deskriptiven, sondern immer auch einen normativen und damit ausschließenden Charakter" (Butler 1993, 49).

malitätsfolie (damit gemeint ist die vorherrschende Subjektposition) Weiblichkeit immer gleichzeitig auch Mutterschaft bedeutet. Die Personen sollen lernen, sich dem weiblichen Geschlecht, das nach wie vor eng mit Mutterschaft verknüpft konstruiert wird, zuzuordnen. Dies ist die erste Phase der Anrufung. Die zweite Phase ist die Ichfindung. Die Antwort als Unterwerfung kann in der Annahme verschiedener Subjektpositionen, die Frauen ihrem Alter entsprechend zugeschrieben werden, vollzogen werden. In der dritten Phase greift der Wieder- bzw. Anerkennungseffekt, indem Frauen sich selbst im Umgang mit anderen immer wieder als Mütter etc. beschreiben, bzw. so beschrieben werden. Die Weiblichkeitsstereotype werden auf vielfältige Weise, z.B. durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, zugeschrieben und erlebt. Abweichungen werden abgewertet und teilweise sanktioniert, z.B. indem berufstätige Mütter als 'Rabenmütter' gelten können. In der letzten Phase erhalten Frauen die Vergewisserung, dass alles in Ordnung ist, solange sie als Frauen anerkennen, dass Weiblichkeit Mutterschaft beinhaltet.

Die zentrale Kritik an Althussers Phasenmodell der Anrufung ist, dass Althusser einen widerspruchsfreien und totalen Unterwerfungsprozess beschreibt.[41] Im Rahmen dieser Studie werden Anrufungen nicht als totalitär verstanden. Das Subjekt hat Handlungsmöglichkeiten: Es kann die Anrufungen annehmen und sie verändern, und es gibt Möglichkeiten der De- und Rekontextualisierung (vgl. Correll 2009; Reh 2003, 53). Diese subjektiven Möglichkeiten der Umdeutung werden anhand der Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte analysiert (vgl. Teil IV).

Gleichzeitig ist es wichtig festzuhalten, dass Normalitätsfolien durch die „Systematisierung und Kollektivierung von Erwartungen und Erwartungsbrüchen" (Link u.a. 2003, 10) eine historisch neue Qualität erhalten haben. Dies lässt sich auf die systematische Verdatung, durch Datenerhebung und -auswertung aller relevanten gesellschaftlichen Ereignisse zurückführen (vgl. Link u.a. 2003, 9), die im Rahmen der Verwissenschaftlichung im 17. und 18. Jahrhundert entstanden ist (vgl. Desrosières 2005; Honegger 1991; Porter 1988 und 1995). Auf der Basis dieser Verdatung, also statistisch aufbereiteten Wissens über Durchschnittswerte, Verteilungen von Ereignissen, Abweichungsmaße und Extremwerte, werden die jeweiligen systemspezifischen Vorstellungen von Normalität gebildet (Link u.a. 2003, 9). Für die Individuen bedeutet dies, dass sie ihren gesellschaftlichen Platz als handlungsfähige Subjekte nur über die Einordnung in die Normalität erhalten und halten können

41 Dies hängt vor allem auch damit zusammen, dass in Althussers Theorie keine systematische Reflexion über das Subjekt existiert (vgl. Hong 2000, 254) und so die Vorstellung, wie die Anrufung an bzw. in die Subjekte gelangt, unkonkret bleibt. Bei Foucault findet in der zweiten Phase, die von Althusser beschrieben wird, eine Spaltung statt: Das Individuum erwidert einerseits den Ruf, aber anderseits 'steigt es aus sich selbst aus', so dass es sich gleichzeitig von außen beobachtet (vgl. Foucault 1986).

(vgl. Hark 1999, 77).[42] Auf Frauen ohne Kinder bezogen bedeutet dies, dass diese Frauen eine vorherrschende Norm verletzen (vgl. Morell 1994, 25). Ein individuelles Abweichen von sozial geteilten und als selbstverständlich angenommenen Überzeugungen ist voraussetzungsvoll. Denn es bedarf der Kenntnis von Wissensbeständen, in denen Gegennormen vertreten werden (vgl. Schnabel 2007, 526f.). Inwiefern auf Gegennormen Bezug genommen wird, hängt außerdem noch von den individuellen Ressourcen ab, wie in Teil IV anhand der Empirie gezeigt wird.[43]

Althusser zeigt die Funktionsweise von Anrufungen, wie schon erwähnt, anhand von zwei Beispielen, dem Polizisten und der Religion, auf. Theoretisch ist sein Konzept jedoch weiter gefasst. Die Ideologie, die die Individuen als Subjekte anruft, wird durch ideologische Staatsapparate vermittelt: Sie reichen vom juristischen, politischen, kulturellen und schulischen über den religiösen und den gewerkschaftlichen bis hin zum familiären ideologischen Staatsapparat und dem der Medien (Althusser 1977, 140ff.).

Im Rahmen dieser Studie können nicht alle möglichen Anrufungsinstanzen untersucht werden. Für die Auswahl der zentralen Instanzen für die hier untersuchte Gruppe kann an Simmels Konzept der 'sozialen Kreise' angeschlossen werden. Nach Simmel war ursprünglich die Familie der zentrale soziale Kreis; nun aber werden Individuen verschiedenen Kreise zugeordnet (vgl. Simmel 1992, 462).[44] Dabei gilt tendenziell: Je mehr Kreise, desto größer die Verschiedenheit der Wissensvorräte, zu denen sich ein Einzelner positionieren kann und muss. Für Simmel bilden die Kreise, zu denen der Einzelne gehört, gleichsam ein Koordinatensystem, und zwar derart, dass jeder neu hinzukommende Kreis den Einzelnen genauer, gleichzeitig unzweideutiger bestimmt (vgl. Simmel 1992, 466). Anknüpfend an Simmels Vorstellung der Kreuzung sozialer Kreise wurden für die Befragten induktiv anhand der Auswertung der Erstinterviews (vgl. Abschnitt 3.1) die zentralen Anrufungsinstanzen bestimmt. Das sind einmal die Herkunftsfamilie, vorherrschend während der primären Sozialisation, und zum Zweiten für die sekundäre Sozialisation die dort zentrale Institution (das berufliche Umfeld, hier die Verwaltung) und das aktuelle soziale Umfeld (PartnerIn, Freundes-/Bekanntenkreis, Ehrenamt). Zusätzlich werden als ein weiterer umfassender Kreis die über Medien vermittelten gesellschaftspo-

42 Die Norm fungiert gewissermaßen als Scharnier zwischen den individualisierenden Techniken der Disziplin und den auf die Bevölkerung zielenden Techniken der Regulierung (vgl. Hark 1999b, 77).

43 Anhand der Analyse der subjektiven Dimension lässt sich nachzeichnen, ob und wie die Einkörperung von Normalitätsfolien funktioniert (vgl. Link u.a. 2003, 16).

44 Simmel nennt hier als Beispiele für diese Kreise die Herkunftsfamilie, den Beruf, die Staatsbürgerschaft und Vereine. Das „Spezifische der Individualität wird durch die Kombination der Kreise gewahrt, die in jedem Fall ein anderer sein kann" (vgl. Simmel 1992, 485).

litischen Wissensvorräte berücksichtigt, sofern diese in den Selbstthematisierungen aufgegriffen wurden.[45] Von allen Kreisen gehen bzw. gingen Anrufungen an die Befragten aus, zu denen diese sich positionieren.

Zur Rekapitulation: Das Konzept der Anrufung wurde eingeführt, um eine begriffliche Lücke zu füllen, die sich in den ausschließlich an wissenssoziologischen Ansätzen orientierten Forschungsdesigns als Schwachstelle erwiesen hat. Wie die einzelnen Wissensformen untersucht werden, wird in der nachfolgenden Darstellung der methodischen Vorgehensweise ausführlich erläutert werden (vgl. 3.).

3. Rekonstruktion der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte

Wie im Rahmen der Darstellung des wissenschaftlichen Wissens in Teil I gezeigt, bedarf die Untersuchung des Lebensentwurfs ohne Kind eines komplexen methodischen Zugangs, der die „Verknüpfung von (subjektivem) Handeln und (objektiver) Struktur" (Kahlert 2007, 338) ermöglicht. Wie dargestellt (vgl. Teil I) bildet die überwiegende Mehrzahl der wissenschaftlichen Betrachtungen die Zusammenhänge nur unvollständig ab, da sie je nur eine der beiden Dimensionen erfassen, „entweder das individuell sich verändernde generative Handeln oder einzelne Aspekte der strukturellen oder institutionellen Bedingungen, unter denen Individuen generativ handeln" (Kahlert 2007, 338). Um beide Dimensionen zu erfassen, wird in dieser Studie eine wissenssoziologisch orientierte Mehrdimensionenanalyse durchgeführt, in der subjektive und gesellschaftliche Wissensvorräte zu Personen ohne Kinder und deren Verschränkungen rekonstruiert werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Betrachtung der subjektiven Wissensvorräte, die die zentrale Forschungslücke darstellen. Demographen – das hat die Darstellung der wissenschaftlichen Wissensvorräte gezeigt, neigen dazu, „die Veränderungen demographischer Größen durch die Untersuchung anderer demographischer Größen 'zu erklären'" (Kaufmann 2007, 330). Dabei fehlt es an qualitativer Forschung, die Erklärungen für die „Verhaltensänderungen an die Veränderung von Einstellungen oder lebensweltlich erfahrbare Umstände und Interessenslagen" zurückbindet (Kaufmann 2007, 330). Wie dargelegt, liegen bisher nur wenige qualitative Studien zu 'Kinderlosigkeit' oder zum 'Kinderwunsch' vor (vgl. Teil I). Die Analyse in dieser Studie ist eine rekonstruktive, subjektorientierte, wohingegen die bisher vorliegenden Studien themenzentriert auswerten. Erst mit einer fallspezifischen Analyse lässt sich jedoch die Frage untersuchen, welche geschlechtlichen Wissensvorräte (in ihren Formen und Widersprüchlichkeiten) als biographisch relevant gelten können und wie die subjektiven Wissensvorräte der biographischen Eigenlogik entsprechend angeeignet bzw. ausgebildet werden (vgl. Dölling 2003a, 119). Die erstellten rekonstruktiven Falldarstellungen ermöglichen Einblicke in die subjektiven Sichtweisen und Relevanzsysteme. Im kontrastierenden Fallvergleich lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der subjektiven Wissensvorräte herausarbeiten.

Im Folgenden soll zunächst der methodologische Zugang für die Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte erläutert werden, da diese im Mittelpunkt der Studie steht. Dazu gehören die Sampleauswahl, die Auswertungsmethode mit ihren Verfahrensschritten und die Darstellungsform. Die anschließende Rekonstruktion der gesellschaftlichen Wissensvorräte wird auf demselben Wege vorgestellt. Dabei wird auch die methodische Vorgehensweise bei der Verschränkung der subjektiven und gesellschaftlichen Wissensvorräte erläutert.

3.1 Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte

Die subjektiven Wissensvorräte werden mit einer qualitativen Herangehensweise untersucht, die einen sinnverstehenden Zugang zum subjektiven Leben anstrebt (vgl. Bude 1984, 13). Dem Ziel der vorliegenden Studie entsprechend, „Subjektivität in ihrer Vermittlung mit objektiven Gegebenheiten zu untersuchen" (Kohli 1978a, 24)., dient die biographische Methode der detaillierten Erfassung der Zusammenhänge zwischen der sozialen Umwelt und der Eigenperspektive handelnder Subjekte (vgl. Lamnek 1993, 352). Es geht um die Frage nach dem 'Gewordensein' individueller und kollektiver Lebenslagen (vgl. Dausien 1994, 132). Biographische Selbstkonstruktionen werden in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Normen und Werten und im Rahmen institutioneller Kontexte erzeugt. Dies wurde in der Biographieforschung unterschiedlich stark berücksichtigt (z.B. unter den Stichworten 'Methodenpluralität' oder 'Methoden-Triangulation', vgl. Bohnsack 1999).[46] Wie Foucault am Beispiel der Geschichte der Sexualität gezeigt hat, beinhaltet die Disziplinierung der Moderne, dass für die Subjekte andere Lebensformen als die durch Wissen und Normen implizit konstruierten undenkbar werden (vgl. Foucault 1986). Eine zentrale Kritik an der Biographieforschung lautet, dass sie das Subjekt ins Zentrum stellt und

45 Als solche übergreifenden Kreise bezeichnet Simmel die Staatsbürgerschaft und die Zugehörigkeit zu einem sozialen Stand (vgl. Simmel 1992, 465).

46 Mehr zur Verwendung von Biographieforschung in der Geschlechterforschung vgl. Dausien 1994. Hier wird keine Methoden-Triangulation durchgeführt, da dies bedeuten würde, dass die verschiedenen Methoden eine gleiche Gewichtung erhalten, während in diesem Rahmen die Subjektebene im Zentrum steht.

damit die Konstitution der Gesellschaft vom Subjekt her denkt.[47] Mit dem Konzept 'Biographie' wird gewissermaßen die Vorstellung von einer kohärenten Identität nur durch ein verzeitlichtes Identitätskonzept ersetzt; statt „Wer bist du?" lautet nun die Frage: „Wie bist du dazu gekommen, das zu tun, was du jetzt tust?" (vgl. Traue 2005, 62; Wohlrab-Sahr 2006, 75). „Die Einheitsvorstellung des Identitätsbegriffs (Einheit der Person, Einheit der Handlung) ist durch die Biographieforschung zugunsten des Konzepts einer narrativen, zeitlich flexiblen, ‚gebastelten' Selbstthematisierung verflüssigt worden, die Handlungsautonomie vor allem in Bezug auf die Gestaltung des eigenen Lebensstils und Lebenslaufs herstellt" (Traue 2005, 62). Dabei wird jedoch vernachlässigt, dass die Fähigkeit zur biographischen Selbstthematisierung von der Verfügbarkeit von Wissen, z.B. auch in Form von (institutionalisierten) Handlungserwartungen abhängt (vgl. Traue 2005, 61). Wohlrab-Sahr spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Bedingungen der Konstitution und Stabilisierung von Subjekten berücksichtigt werden müssen, weil die Entstehung einer biographischen Identität an historische Voraussetzungen gebunden ist (vgl. Wohlrab-Sahr 2006, 76 und 83).

Im Rahmen dieser Studie sollen Biographieforschung mit hermeneutischer Wissenssoziologie verknüpft und gesellschaftliche Wissensvorräte und ihr Verhältnis zu subjektiven Wissensvorräten bzw. Erfahrungen berücksichtigt werden. Denn es „liegen im gesellschaftlichen Wissensvorrat Modelle bereit, mit denen biographische Erfahrungen interpretiert werden können" (Wohlrab-Sahr 2006, 91). Damit wird auch berücksichtigt, dass die Fähigkeit zur biographischen Selbstthematisierung von der Verfügbarkeit von Vokabularen bzw. Subjektpositionen abhängt (vgl. Traue 2005, 62).

3.1.1 Erhebung und Sample

Die Erhebungsphase lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen. Dies stellt eine Besonderheit dieser Studie dar. Denn durch die zwei unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte und -situationen wird die Validität der Erhebung gestärkt, worauf später noch näher eingegangen werden wird. Die erste Phase fand im Rahmen des BMBF-Projektes 'GendA-Netzwerk feministische Arbeitsforschung' (2002-5), in dem die Verfasserin der vorliegenden Studie wissenschaftliche Mitarbeiterin war, statt, und zwar während einer eineinhalbjährigen Forschungs-Praxis-Kooperation mit einer Stadtverwaltung in Westdeutschland.[48] Die zweite Erhebungsphase erfolgte nach

47 Das Subjekt als Ursprung, d.h. als Beginn einer biographischen Konstruktion zu setzen, verdrängt ein Verständnis von historischer Bedingtheit entstandener Subjektivitäten (vgl. Traue 2005).

48 Eine ausführliche Darstellung des Verlaufes der Forschungskooperation lässt sich bei Lepperhoff/Scheele nachlesen (vgl. Lepperhoff/Scheele 2005).

Abschluss dieser Kooperation und wurde als eigenständige Studie durchgeführt. In der ersten Phase wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurde auf der Basis von Gruppengesprächen mit einem für Geschlechterpolitik zuständigen Gremium und von Experteninterviews mit weiteren Führungskräften das Thema für die Forschungs-Praxis-Kooperation festgelegt: 'Berufliche Entwicklung von Frauen und Männern'. Anschließend wurde eine verwaltungsinterne Ausschreibung durchgeführt, die interessierte Beschäftigte zur Mitwirkung an der Forschungskooperation aufforderte. Es gab insgesamt 74 Rückmeldungen von Beschäftigten, wovon zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer waren. Aus diesen 74 wurden 23 Beschäftigte für die Erstinterviews nach folgenden Kriterien ausgewählt: Erstens wurden vor allem Beschäftigte aus dem gehobenen Dienst ausgewählt, weil sich hier das Thema 'Berufliche Entwicklung von Frauen' in besonderer Weise stellt.[49] Diese Gruppe erschien zudem interessant, weil die Forschung zur beruflichen Entwicklung zumeist auf Führungskräfte fokussiert, also auf den höheren Dienst, während der gehobene Dienst seltener in den Blick genommen wird. Zweitens wurden Frauen und Männer im Verhältnis 3 : 1 ausgewählt, also entsprechend dem Geschlechteranteil der Rückmeldungen. Der Interviewleitfaden für die 23 biographischen Interviews mit männlichen und weiblichen Beschäftigten der Stadtverwaltung fokussiert auf die Themen Beruf, Familie, Freizeit und Freundschaft[50] und wurde von mir eigenständig konzipiert; dies gilt auch für die Durchführung der meisten Interviews (17 der 23 Interviews).[51]

Anschließend begann die zweite Phase der Untersuchung. Der inhaltliche Schwerpunkt 'Lebensentwürfe ohne Kinder' wurde von mir während und nach der Erstauswertung der Erstinterviews entwickelt. Es fiel auf, dass das erste Sample,

49 Im gehobenen Dienst ist noch fast die Hälfte der Beschäftigten weiblich, während im höheren Dienst deutlich weniger Frauen als Männer beschäftigt sind (siehe dazu die ausführliche Beschreibung der Geschlechterstrukturen in Teil III).

50 Leitfadengestütztes Interview: 1. Berufsbiographie (Ausbildungsverlauf, beruflicher Werdegang), 2. Aktuelle Berufssituation (konkrete aktuelle Tätigkeit/Arbeitsaufgaben, Arbeitszeit, Arbeitsumfeld: KollegInnen), 3. Berufliche Entwicklung (Einschätzung der aktuellen beruflichen Situation/Zufriedenheit, berufliche Ziele, Teilnahme an betrieblichen Unterstützungsmaßnahmen, betriebliche Unterstützungsbedarfe: Gleichstellungsmaßnahmen, Fortbildung), 4. Vereinbarkeit von Arbeit und Leben (familiäre Situation: PartnerIn/Kinder etc., häusliche Arbeitsteilung, Freizeit, persönliche Netzwerke/Freunde), 5. Ausblick (Erwartungen an nähere Zukunft), 6. Rückfragen der Befragten, Ergänzungen, 7. Soziometrie, 8. Schriftlicher Fragebogen.

51 Die 23 Interviews wurden von mir im Rahmen des Forschungsprojektes im Hinblick auf das Thema 'Vereinbarkeit' ausgewertet (vgl. Correll 2005a; Correll/Janczyk 2005), während Lepperhoff und Scheele die Forschungswerkstätten inhaltlich und den Verlauf der Praxis-Forschungskooperation methodologisch analysierten (vgl. GendaA 2005; Lepperhoff 2005; Lepperhoff/Scheele 2005; Scheele 2008).

ohne dass dieser Faktor bei der Auswahl hätte kontrolliert werden können,[52] zehn Personen ohne Kinder enthielt (sieben Frauen und drei Männer ohne Kinder). Die Hälfte der befragten Frauen hatte also keine Kinder.[53] Diese hohe Anzahl war aus drei Gründen auffällig: Erstens wird als ein zentraler Faktor für 'Kinderlosigkeit' bzw. das Aufschieben der 'Kinderphase' mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie benannt (vgl. auch Teil III). Die ausgewählte Verwaltung, die in Teil III ausführlich beschrieben wird, kann hingegen als Vorzeigebetrieb in Bezug auf Vereinbarkeit bezeichnet werden (gesicherte Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten, insbesondere Möglichkeit zur Arbeitsverkürzung/-verlängerung, Gleichstellungsrichtlinie, Elternzeit, etc.). Zweitens sind fast alle Befragten im gehobenen Dienst und nicht im höheren Dienst tätig. Im öffentlichen wie auch im wissenschaftlichen Diskurs (vgl. Teil I) wird der Lebensentwurf ohne Kinder jedoch vor allem im Zusammenhang mit Führungspositionen thematisiert. Drittens wird 'Kinderlosigkeit' vor allem im Hinblick auf Frauen aus dem Selbstverwirklichungsmilieu bzw. korrespondierenden Arbeitsfeldern, vor allem kreativen Berufen, Medienberufen, Hochschulen oder Politik thematisiert.[54] Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung werden üblicherweise nicht diesem Milieu zugerechnet. Es erschien demnach interessant, mehr über diese Frauen ohne Kinder zu erfahren, die sonst nicht ins Blickfeld geraten.

Auf der Basis der Erstinterviews und der Forschungswerkstätten wurden die Interviewpartnerinnen für die Zweitinterviews ausgewählt. Die Zusammensetzung des Samples für die Zweit- bzw. Re-Interviews erfolgte auf Grundlage der Selektionskriterien Geschlecht, Geburtsjahrgang und Bildungsniveau. Sie war damit kriteriengesteuert. Zunächst wurde entschieden, das Sample für die Re-Interviews auf Frauen ohne Kinder zu fokussieren. Wie schon im Forschungsstand gezeigt, ist Weiblichkeit immer noch sehr eng mit Mutterschaft verschränkt, während dies für Männlichkeit und Vaterschaft nicht gleichermaßen gilt. Immer noch richten sich die Anrufungen zur Elternschaft sowohl des wissenschaftlichen als auch des gesellschaftspolitischen Diskurses, wie in Teil III noch gezeigt werden wird, vorrangig an Frauen.

Das zweite Auswahlkriterium war das Alter. Das Sample beschränkt sich auf Geburtsjahrgänge zwischen 1962 und 1965 und kann damit als Kohortenstudie

52 Es lagen uns bei der Auswahl der Befragten für das erste Sample keine Angaben über ihren Familienstand und über Elternschaft vor, sondern nur das Alter der Befragten, ihre Gehaltsstufe und die Abteilung, in der sie tätig waren.

53 Zur Begründung der Fokussierung auf Frauen vgl. auch Einleitung und wissenschaftliche Wissensbestände in Teil I.

54 Schulze 1992 entwickelt lebensstiltheoretisch hergeleitete Milieutypen, wie etwa für höhere Bildungsniveaus das „Selbstverwirklichungsmilieu" und das „Niveaumilieu". Burkart/Koppetsch 1999 bezeichnen diese Gruppe als „Individualisiertes Milieu".

bezeichnet werden (vgl. Schnell u.a. 2005, 244).[55] Die Befragten waren demnach zum Zeitpunkt des zweiten Interviews 39 bis 43 Jahre alt. Diese Beschränkung beruht auf folgendem konzeptionellen Argument: Die konkrete Altersgruppe wurde ausgewählt, weil eine längere Auseinandersetzung mit der 'Fruchbarkeitserwartung' vorausgesetzt werden kann, die Auseinandersetzung jedoch noch nicht endgültig abgeschlossen ist bzw. sein muss. Denn der Prozess der Auseinandersetzung variiert in seiner Intensität im Laufe des Lebens (vgl. Carl 2002, 42). Es kann angenommen werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema 'Kinder bekommen – ja oder nein?' mit circa Ende dreißig, Anfang vierzig langsam zu Ende geht (vgl. Carl 2002, 30). Geschlechtlichkeit wird somit bei den Befragten, so die Hypothese, noch in Abhängigkeit von Mütterlichkeit konstruiert, auch weil die vorherrschenden geschlechtlichen Wissensvorräte nach wie vor ihre Wirkmächtigkeit entfalten und das soziale Umfeld höchstwahrscheinlich nach wie vor Fruchtbarkeitserwartungen an die Befragten hat bzw. heranträgt (vgl. Carl 2002, 42).[56] Bei älteren Frauen ohne Kinder hingegen, wie sie in der Studie von Engel u.a. 1996 oder von Goldberg u.a. 1990 untersucht werden, bedarf es einer retrospektiven Vergegenwärtigung des Verlaufes der lebensgeschichtlichen Ereignisse in Bezug auf den 'Kinderwunsch'. Wie Herma erklärt, ergeben sich daraus zwei Differenzen: Zum Ersten gibt es bei älteren Menschen „eine andere Erfahrungssedimentierung, denn das Erlebte in der Jugend erfährt hier ein hohes Maß nachträglicher Rationalisierung. Auch die Erinnerungen sind stärker normativ überformt. Zum Zweiten sind bestimmte Erlebnisschichten nicht mehr in gleicher Weise wie bei Jüngeren kognitiv verfügbar oder teilweise subjektiv weniger relevant" (Herma 2007, 93). Bei der ausgewählten Altersgruppe kann davon ausgegangen werden, dass diese Veränderungen der Erlebnisschichtung noch nicht eingesetzt haben.

Die Auswahl einer speziellen Altersgruppe bzw. Generation ermöglicht eine bessere Vergleichbarkeit der subjektiven Wissensvorräte, weil die Befragten mit ähnlichen historisch spezifischen gesellschaftlichen Wissensvorräten konfrontiert sind. Die Biographien der Geburtsjahrgänge der Befragten zeichnen sich dadurch aus, dass sie „ihre Adoleszenzphase von Beginn an und bis zum Ende in der alten Bundesrepublik erlebt" haben (Herma 2007, 85).[57] Die für die primäre und sekundäre Sozialisation der Geburtsjahrgänge der Befragten relevanten gesellschaftlichen Wissensvorräte werden

55 „Kohortenstudien gelten als das typische Design für entwicklungspsychologische und generationssoziologische Fragestellungen" (Schnell u.a. 2005, 245).

56 Zum Problem der Retrospektiven in lebensgeschichtlichen Erzählungen vgl. Fuchs-Heinritz 2005, 162–5.

57 Ihre Jugend fällt damit einerseits in die von der 68er-Generation angestoßene 'reformierte' Bundesrepublik, die auch mit der Erosion traditioneller Geschlechterleitbilder verbunden war, anderseits werden diese Wandlungstendenzen durch die ab 1982 kommende CDU/FDP-Regierung stark abgeschwächt.

im Teil III genauer nachgezeichnet. Auch die für die Elterngeneration der Befragten relevanten gesellschaftspolitischen Vorräte, insbesondere die der 1950er bis 1970er Jahre werden in Teil III aufgearbeitet.[58] Auf das Thema des intergenerationellen Erbes wird in den Falldarstellungen und im Fallvergleich näher eingegangen.

Ausgewählt wurden nur Frauen mit höherem Bildungsabschluss, entweder mit Fachhochschul- oder mit Hochschulabschluss. Da höher qualifizierte Frauen, wie gezeigt wurde (vgl. Teil I), die größte Gruppe unter den Frauen ohne Kinder ausmachen, wurde das Bildungsniveau als drittes Auswahlkriterium für die Sampleauswahl der Re-Interviews herangezogen. Weiterhin wurde versucht, eine möglichst große Varianz von Lebensentwürfen ohne Kinder[59] zu berücksichtigen, z.B. Frauen mit und ohne Partnerschaft, hetero- und homosexuelle Frauen etc. Zudem wurden neben sechs Frauen ohne Kinder zur Kontrastierung zwei Mütter mit stark differierenden Lebensentwürfen ausgewählt, eine mit traditionellerem Familienkonzept ('modernisierter Familienernährer') und eine mit 'alternativem' Familienkonzept (Frau Vollzeit berufstätig/Mann Hausmann).

Die Bereitschaft zur Teilnahme an den Re-Interviews war sehr groß; alle angefragten acht Personen erklärten sich zum Interview bereit. Sie wurden in telefonischen Vorgesprächen zu den Re-Interviews über den formalen Ablauf des Interviews und über das generelle Forschungsinteresse der Studie informiert. Als generelles Forschungsinteresse wurde die Verschiedenheit weiblicher Lebensentwürfe angegeben. Damit wurde 'Kinderlosigkeit' nicht als Referenzbegriff, sondern eher beiläufig erwähnt. Dem lagen zwei Befürchtungen zugrunde. Einmal, dass die Befragten glauben könnten, sie müssten sich an der 'Kinderlosigkeitsrhetorik' der öffentlichen Diskurse und damit auch an dort vorherrschenden Etikettierungen von Menschen ohne Kinder 'abarbeiten'. Zudem handelt es sich nach wie vor um einen stigmatisierten Lebensentwurf, wie ja auch der Begriff 'Kinderlosigkeit' eine Defizitzuschreibung darstellt, so dass sich Befragte eventuell der Subsumption unter den Begriff verweigert hätten. In der telefonischen Anfrage für die Re-Interviews wurde betont, dass diese Re-Interviews und deren Auswertung nicht mehr Teil der Forschungs-Praxis-Kooperation mit der Verwaltung sind. Damit sollten eventuelle Hindernisse,

58 Die Eltern der Befragten, außer denen von Frau A., die älter sind, lassen sich der Generation 1927–42 zuordnen. Diese klassifiziert Corsten als „Kindheit im Dritten Reich" (vgl. Corsten 2003, 8), um darauf aufmerksam zu machen, dass der Nationalsozialismus und der Krieg für sie prägend waren. Die Eltern von Frau A. gehören der Generation 1918–26 an, die Corsten als die „Generation der jungen Soldaten" bezeichnet (vgl. Corsten 2003, 8).

59 Als Frauen ohne Kinder wurden solche verstanden, die keine leiblichen Kinder haben und zum Zeitpunkt des Interviews auch keine erwarteten. Die Schwierigkeit der Begriffsdefinition von freiwilliger/gewollter 'Kinderlosigkeit' spiegelt sich auch in der Heterogenität und Unschärfe der Operationalisierung der vorliegenden Untersuchung wider.

die sich aus der Verschränkung der Forschung mit dem Arbeitgeber ergeben, z.B. Kritik an der Arbeit offen zu äußern, aus dem Weg geräumt werden.

Die mit der zweiten Interviewsituation verbundenen Zwänge sollen nicht verschwiegen werden. Damit ist gemeint, dass die Befragten versuchen könnten, eventuelle Erwartungen der Interviewerin, die sie als feministische Wissenschaftlerin kennen gelernt haben, zu antizipieren. Diese Besonderheit der Gesprächssituation wird im Rahmen der Interpretation der Interviews reflektiert. Konkret werden hierfür nicht nur die Fragen der Interviewerin mitinterpretiert, sondern es wird auch in Frage gestellt, inwieweit bestimmte Interviewpassagen als 'Ausnahmesituationen' (die Befragten sprechen sonst gar nicht oder nur in anderer Form über ein Thema) oder als Alltagssituationen (die Befragten haben über das Thema schon oft in dieser Weise oder sehr ähnlich gesprochen) gelten können. Das Ziel dieser Reflexivität ist, mehr über den Gegenstand zu erfahren und nicht, wie Bourdieu es nennt, eine narzisstische Reflexivität (vgl. Bourdieu 1993). Grundsätzlich gilt für Interviews, dass die Befragten gerade am Anfang versuchen, sich besonders stark auf die Interviewerin einzustellen und dass sich die Situation im Laufe des Interviews 'normalisiert'.

Erhebungsverfahren

Es wurden insgesamt acht Re-Interviews geführt, die auf das Thema Geschlecht bzw. Geschlechterkonstruktion fokussieren.[60] Sowohl das Erstinterview als auch das Re-Interview hatte die Form eines biographischen Leitfaden-Interviews, in dem einzelne Themenkomplexe vorgegeben werden.[61] Diese Interviewform bietet sich an, um verschiedene Felder, wie die Herkunftsfamilie, die Partnerschaft, das subjektive Erleben von Geschlecht etc. zu erforschen. Um die informellen und subjektiven Ebenen des Untersuchungsgegenstandes genügend zu beleuchten und eine 'Leitfadenbürokratie' zu vermeiden, wurde eine offene Form des Leitfaden-Interviews verwendet, die auch erzählgenerierende Elemente beinhaltet.[62] Die Behandlung der

60 Alle 31 Interviews wurden mit der Erlaubnis der Befragten aufgezeichnet und vollständig transkribiert. Es wurde ein Transkriptionssystem mit mittlerem Genauigkeitsgrad verwendet. Die wichtigsten Symbole seien hier kurz aufgezählt: ... = sehr kurze Pause; (4 sec) = längere Pause, jeweils mit Angabe der Länge in Sekunden;/= Abbruch des Satzes; (kicher) = Charakterisierung von nicht sprachlichen Vorgängen, Sprechweise, Tonfall. Die Genauigkeit der Transkription wurde für die Interpretation der Interviews genutzt, ist aber zugunsten einer besseren Lesbarkeit in den Darstellungen der Fälle weggelassen worden (z.B. 'Äh'). Die Namen aller Befragten wurden anonymisiert. Zudem wurden zur weiteren Absicherung der Anonymisierung zentrale Informationen der Lebensdaten wie etwa die Berufe der Eltern oder das Berufsfeld der Befragten verändert.

61 Zu den verschiedenen Interviewtypen vgl. Flick 1995, 152; Friebertshäuser 1997; Lamnek 1993.

62 Zur Leitfadenbürokratie siehe Hopf 1978. Zum narrativen Interview vgl. Schütze 1983. Zu offenen und geschlossenen Interviews vgl. Kohli 1978b.

Themen erfolgt in Form von offenen und narrationsgenerierenden Fragen (vgl. Lamnek 1993, 79).[63] Der thematisch strukturierte Interviewleitfaden für die Re-Interviews war folgendermaßen aufgebaut:

1. Kindheit/Jugend (Geschlechtersozialisation, Rollenverhältnis der Eltern, Verhältnis zu den Eltern damals/heute), 2. Partnerschaft/Familie (Veränderungen seit dem Erst-Interview, Vorstellungen von einer guten Beziehung, Rollenaufteilung), 3. 'Kinderwunsch'? (Wann, wie, unterschiedlich je nach Partnerschaft? Wie reagiert das Umfeld auf den Lebensentwurf? Bei Müttern: Fragen zum Verständnis der eigenen Mutterschaft), 4. Freundschaft (Bedeutung, Freundschaftskonzept: z.B. 'Freunde haben ähnliche Lebensentwürfe'), 5. Bilder von Frauen aus den Printmedien[64] (Reaktion auf gesellschaftliche Geschlechterbilder, Vorbilder, Frau sein = Mutter sein?), 6. Bilder von Familien/Paaren/Gruppen aus den Printmedien (Gesellschaftliche Familienleitbilder, gesellschaftliche Behandlung von Personen ohne Kinder), 7. Beruf und Geschlecht (Veränderungen seit dem letzten Interview, Reaktion auf Erstinterview und Forschungswerkstatt), 8. Zukunftsvorstellungen und -wünsche, 9. Rückfragen und 10. Abfrage demographischer Daten.

Die Eingangsfrage lautete in allen Re-Interviews: Was ist bzw. war Ihre Mutter für eine Frau? Diese Eingangsfrage und Gründe dafür bzw. mögliche Implikationen dieses Einstiegs in das Interview werden im Rahmen der Falldarstellung von Frau A. im Teil III ausführlich analysiert. In der Interviewsituation wird der Leitfaden ansonsten nicht chronologisch abgearbeitet, sondern dient lediglich als Gerüst, wobei die Gesprächsstrukturierung den Befragten überlassen wird. Die Entfaltung der Thematiken richtet sich damit nach den Relevanzgesichtspunkten der Befragten (vgl. Neumann 1984, 121).[65] Erst am Ende des Interviews werden noch nicht angesprochene Themenkomplexe erwähnt. Diese Vorgehensweise während des Interviews wird als Voraussetzung dafür angesehen, dass die Interviews für rekonstruktive Lebensweltanalysen geeignet sind.[66] Die Interviews dauerten jeweils

63 Das bedeutet, dass eine Frage oder ein Redestimulus zu einem Thema so weit offengelassen wird, „dass die interviewte Person selbst eine Strukturierung eines Themas oder einer Erzählung vornehmen muss" (Corsten 2004, 188).

64 Diese Bilder wurden im Interview als zusätzliches Material verwendet, als weiterer Gesprächsanreiz (vgl. Fuchs-Heinritz 2005, 279f.). Vor allem sollte anhand der Bilder über gesellschaftliche Geschlechterbilder und Familienvorstellungen gesprochen werden.

65 Die Eingangsfrage wurde nicht variiert und alle Themen wurden in allen Interviews angesprochen.

66 Dies erläutert z.B. Oevermann: „Erst unter dieser Voraussetzung werden Bereiche, über die man Informationen haben will, in einer unter die Oberfläche dringenden, nicht präjudizierten Weise präsentiert und vor allem die wichtigen Aufschlüsse gegliedert, die darin bestehen, was an welcher Stelle und mit welcher Kontexteinbettung vom Befragten selbst thematisiert wird und was nicht" (Oevermann u.a. 1980, 19).

etwa 1 ½ Stunden[67] und fanden bei zwei Befragten zuhause statt (Frau A., Frau C.), bei zwei Befragten (Frau B., Frau N.) in ihrem Büro am Arbeitsplatz und bei einer Befragten (Frau D.) in einem Café. Die weiteren drei Interviews, die nicht für die Falldarstellungen ausgewählt wurden, fanden alle am Arbeitsplatz der Befragten statt. Im Anschluss an die Interviews wurden jeweils die relevanten äußeren Daten mittels eines kurzen Fragebogens erhoben und ein Eindrucksprotokoll erstellt.

Bevor die Auswahl der Interviews für die Falldarstellungen und die Auswertungsmethode dargestellt wird, soll auf die Besonderheiten der Re-Interviews eingegangen werden. Es sind dies die längere Bekanntschaft der Interviewerin mit den Befragten sowie die Tatsache, dass auf biographische Selbstthematisierungen an zwei Zeitpunkten zurückgegriffen werden kann. Alle in den Re-Interviews Befragten haben nicht nur an den Erstinterviews teilgenommen, sondern auch an den eineinhalbtägigen Forschungswerkstätten, die die Interviewerin mit leitete. Es existierte bei den Re-Interviews also schon eine nähere gegenseitige Bekanntschaft (ein Interview und eineinhalb gemeinsam verbrachte Tage). Dies wirkte sich in den meisten Interviews insofern positiv aus, als ein größeres Vertrauensverhältnis bestand und die Befragten 'persönliche Dinge' erzählten, die sie in den ersten Interviews 'weggelassen' hatten. Zum Beispiel erzählte eine Frau von ihren hohen Schulden.[68] Der Nachteil des Zugangs zu den Befragten über den Arbeitgeber wurde, so kann vermutet werden, durch die längere Bekanntschaft und die daraus folgende Vertrautheit in den meisten Fällen aufgewogen, zumal in den Vorgesprächen zu den Re-Interviews deutlich gemacht wurde, dass diese Studie nicht mehr Teil der Forschungs-Praxis-Kooperation mit der Verwaltung ist. Dies äußerte sich z.B. darin, dass sich die Interviewpartnerinnen den Zeitpunkt und den Ort für die Re-Interviews selbst aussuchen konnten.[69] Außerdem kann durch den Abstand zwischen den beiden Interviews von ein bis eineinhalb Jahren – die Erstinterviews wurden Ende 2003 geführt und die Re-Interviews Ende 2004 bzw. Mitte 2005[70] – anders als bei der Mehrheit von Interviewstudien nicht nur auf eine 'Momentaufnahme' zurückgegriffen werden. Aus den zwei Erhebungswellen ergeben sich gewisse Vorteile, die typisch für Längsschnittstudien sind (vgl. Born 2001, 32; Diekmann 2007, 303ff.; Lamnek 2005; Schnell u.a. 2005, 237). So

67 Nach Bude reicht ein Interview von ein bis zwei Stunden als Datenmaterial zur Fallrekonstruktion aus (vgl. Bude 1987, 3).

68 Dieses Vertrauensverhältnis zeigt sich auch daran, dass einige der Befragten mit der Interviewerin per 'Du' sind. Auch Fuchs-Heinritz 2005 erklärt, dass ein näheres Verhältnis zwischen Interviewerin und Befragten die Chance erhöht, vertrauliche Informationen zu erhalten (vgl. Fuchs-Heinritz 2005, 227f.).

69 Die Erstinterviews fanden hingegen in einem von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Raum im Rathaus zu festgelegten Zeiten statt.

70 Sechs Re-Interviews wurden von Oktober bis Dezember 2004 geführt und zwei Re-Interviews im Mai und im Juli 2005.

ist es möglich, die Beständigkeiten sowie die Veränderungen in den biographischen Selbstthematisierungen nachzuvollziehen. Dies ist insbesondere bei längerfristigen, sich wandelnden Themen wie dem 'Kinderwunsch' von Vorteil, weil dieser als langjähriger Prozess und nicht als einmalige Entscheidung verstanden werden muss (vgl. Teil I). Außerdem konnten Unklarheiten im Zusammenhang mit den Erstinterviews ausgeräumt werden.

Da qualitative rekonstruktive Forschung mit einem erheblichen Erhebungs- und Auswertungsaufwand verbunden ist, schien eine Konzentration auf eine relativ kleine Stichprobe ratsam, zumal außerdem die gesellschaftspolitischen Wissensvorräte untersucht werden sollten. Es wurden vier der acht Interviews für Falldarstellungen ausgewählt. Ein weiteres Interview mit einer Mutter (Codename Frau N.) wird zudem im Rahmen der Darstellung der untersuchten Verwaltung als Beispiel für eine Normalitätsfolie in Form einer stark gekürzten Falldarstellung vorgestellt (vgl. Teil III). Bei den vier ausgewählten Frauen ohne eigene Kinder war es wichtig, mindestens je eine Person aus der Gruppe der so genannten 'Entscheiderinnen' und der Gruppe der 'temporär Kinderlosen' auszuwählen. Von den zwei Entscheiderinnen im Sample wurde diejenige Frau ausgewählt, die ihre Entscheidung nicht auf Defizite/Ängste etc. zurückführt. Von den vier so genannten 'temporär Kinderlosen' wurden drei ausgewählt. Ausgeschlossen wurde eine Frau, deren Lebensentwurf ohne Kinder vor allem darauf zurückzuführen ist, dass ihr Partner bereits aus erster Ehe mehrere Kinder hat und deshalb keine weiteren Kinder haben möchte.

3.1.2 Auswertungsmethode: Rekonstruktives, sequenzanalytisches Verfahren

Die Auswertung des Materials orientiert sich an der hermeneutischen Wissenssoziologie, die „eher eine Art des Denkens und Forschens ist als eine feste Methode" (Reichertz 2007, 178).[71] Die wissenssoziologische Perspektive wurde im Rahmen der Erläuterung des theoretischen Zugangs bereits verdeutlicht. Die konkrete Auswertungsmethode kann als hermeneutisches, sequenzanalytisches Verfahren im interpretativen Paradigma (vgl. Meuser 2003, 92ff.) bezeichnet werden. Grundregel der Sequenzanalyse ist, dass „die Interpretation Schritt für Schritt vorgeht, dass sie nicht die Sequenzialität des Textes überspringen darf, also keine Informationen aus späteren Textstellen zur Aufschlüsselung derjenigen heranziehen darf, die jetzt zur Interpretation ansteht" (Fuchs-Heinritz 2005, 329). Dieses rekonstruktive Verfahren ist angelehnt an andere interpretative Methoden (vgl. Bohnsack 1999; Flick 1995; Hitzler/Honer 1997; Oevermann 1988; Reichertz 1995), wie die objektive Hermeneutik (vgl. Oevermann 1988; Oevermann u.a. 1980; Reichertz 1995) und

71 Ganz allgemein bedeutet Hermeneutik die Theorie, Methodologie und Technik der Interpretation oder des Verstehens der Bedeutung symbolischer menschlicher Äußerungen, vor allem sprachlicher Äußerungen" (Heckmann 1992, 27).

die sozialwissenschaftliche Hermeneutik (vgl. Reichertz 2007; Reichertz/Schröer 1994). Diese interpretativen Verfahren teilen das Interesse, „die im Alltag unentdeckt bleibenden Regeln, Ordnungen und Prozeduren kommunikativer Praxis (...) nachträglich sichtbar zu machen" (Corsten 2004, 179). Wichtig ist, dass solche sozialwissenschaftlichen rekonstruktiven Verfahren, die teilweise auch interpretative Verfahren genannt werden, bei der Auswertung nicht hypothesenprüfend vorgehen (vgl. Corsten 2004; Bohnsack 1999, 13ff.).[72]

Rekonstruiert wird, „wie Handlungssubjekte – hineingestellt und sozialisiert in historische und soziale entwickelte und abgesicherte Routinen und Deutungen des jeweiligen Handlungsfeldes (Muster, Typen, Ordnungen, Strukturen) – diese einerseits vorfinden und sich aneignen (müssen), andererseits diese immer wieder neu ausdeuten und damit auch 'eigen-willig' erfinden (müssen)" (Reichertz 2007, 171). Diese Deutungen und Routinen werden „ihrerseits den Mitgliedern eines Handlungsfeldes als Wissen zur Verfügung gestellt" werden (Reichertz 2007, 173). Das Wissen der Handlungsfelder wird in dieser Studie sowohl anhand des Wissensvorrats in der Verwaltung als auch anhand der Rekonstruktion der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte analysiert.

Hermeneutisch ist die hier gewählte Perspektive, weil sie auf die (Re-)Konstruktion von Sinn zielt (vgl. Reichertz 2007, 173f.; Heckmann 1992, 29). Dem „Sinn wird dabei in ontologischer (seinsartiger) und methodologischer Hinsicht eine Schlüsselstellung zugewiesen" (Corsten 2004, 175). Rekonstruiert wird die besondere Sinn- und Relevanzstruktur, die die Sozialwelt für die in ihr lebende, denkende und handelnde Person hat (vgl. Bohnsack 1999, 24). Anders ausgedrückt: Es wird analysiert, „was eine gemachte Erfahrung für ein Subjekt und sein Handeln bedeutet, das heißt, wie das Subjekt seiner Erfahrung Sinn verleiht (vgl. Reichertz 2007, 173). Es geht bei der Rekonstruktion darum, die Angaben zu „rekonstruieren und gleichzeitig über sie hinauszugehen, indem man sie innerhalb eines Systems sozialer Beziehungen interpretiert, die den einzelnen prägen, ohne dass es ihm bewusst sein muss" (Karrer 1998, 51). Insofern geht es nicht um den „emphatischen Nachvollzug subjektiv gemeinten Sinns, sondern um die (Re-)Konstruktion eines typisierten Sinns" (Reichertz 1999, 333). Sichtbar gemacht werden dabei auch die „(als Wissen abgelagerten) strukturellen, vorgegebenen Handlungsprobleme und -möglichkeiten"

72 Dies bedeutet z.B., dass das Interview nicht beliebig auseinandergenommen und in Kategorien, die von den Forschenden entwickelt wurden, subsumiert werden sollte, da dies einer deduktiven Vorgehensweise entsprechen würde (vgl. Dausien 1994, 147). Es gilt, die „Auswertung der lebensgeschichtlichen Erfahrungen so zu rekonstruieren, dass die Darstellungslogik der Subjekte, ihre Relevanzgesichtspunkte, die Konstruktionsprinzipien der Binnenperspektive erhalten bleiben" (Dausien 1994, 147). Vgl. Reichertz 1995, 389; Lamnek 1993, 218–27. Die Sequenzanalyse ist besonders für das Aufdecken des subjektiven Erlebens der Befragten hilfreich.

(Reichertz 2007, 174). Der besondere Fokus liegt dabei auf vom Subjekt explizit oder implizit beschriebenen geschlechtlichen Wissensvorräten. In den Rekonstruktionen der subjektiven Wissensvorräte werden die Beziehungen der Subjekte selbst zu den „kulturell angebotenen normativen Repertoires von Geschlechterdifferenz und Geschlechterverhältnis" (Knapp 1995, 169) analysiert. Anhand der Frage, welche Möglichkeitsräume sich aus Sicht der Subjekte eröffnen und welche sich verschließen, wird das 'Wie' der Konstruktionsprozesse untersucht.

Eine Frage, die an qualitative Forschung, insbesondere an jene mit kleinen Fallzahlen oft gestellt wird, ist die der Verallgemeinerbarkeit der Auswertungsergebnisse. Das Hauptargument qualitativer Forscher ist, dass sie an der „Herausarbeitung von Varianten eines Grundmusters interessiert sind, nicht in erster Linie an der quantitativen Verteilung solcher Varianten" (Fuchs-Heinritz 2005, 152). Wie auch sonst bei qualitativer Forschung steht in dieser Studie ebenfalls „die innere Allgemeinheit eines je besonderen Lebens im Kontext seiner gesellschaftlichen Lagerung" (Bude 1984, 9) im Vordergrund, und in diesem Rahmen können auch gewisse Generalisierungen vollzogen werden (vgl. Honer 1993; Honer/Hitzler 1998; Oevermann 1988, 280). Einen weiteren Vorwurf, der vor allem an die VertreterInnen der objektiven Hermeneutik gerichtet wird, – den eines zu starken und unbeweglichen Strukturbegriffs[73] – berücksichtigt diese Arbeit durch eine verstärkte Berücksichtigung des Transformationsaspekts, indem sie die erstellten Deutungen nicht als invariant versteht. Dadurch, dass zwei Interviews in zeitlichem Abstand mit den Befragten geführt wurden, können eventuelle Veränderungen nachvollzogen werden. Die im Folgenden erläuterten Verfahrensschritte zeigen, wie dieser Vorteil der Erhebung systematisch zu einem Vorteil bei der Auswertung gemacht wird.

Verfahrensschritte

In der vorliegenden Studie wurde das hermeneutische Interpretationsverfahren der Sequenzanalyse verwandt, bei dem jede einzelne Sequenz Zug um Zug analysiert wird (vgl. Reichertz 1995, 386). Die Auswertung konzentriert sich auf die Transkripte der Interviews, wohingegen „außersprachliche Selbsthabitualisierung", die in Eindrucksprotokollen fixiert wurde, nur als Ergänzung von am Text entwickelten Deutungshypothesen herangezogen wird (vgl. Bude 1984, 14). Dabei werden sowohl die Erst- als auch die Re-Interviews berücksichtigt. Allerdings liegt der Schwerpunkt auf der Auswertung der Re-Interviews, während die Erstinterviews vor allem für die Auswertung des subjektiven Wissens über die Verwaltung als Ergänzung mit herangezogen werden.[74] Die zusätzlich erhobenen Soziometrien[75] und die Diskussion der Werbebilder werden punktuell mit einbezogen (vgl. Renggli 2007). Auch die aufbereiteten objektiven Lebenslaufdaten werden nicht systematisch ausgewertet, sondern nur als Unterstützung hinzugezogen.[76] Es werden bei allen Interviews jeweils die Eingangssequenz[77] und weitere ausgewählte Sequenzen in einer Auswertungsgruppe hermeneutisch interpretiert.[78] Die Rekonstruktion umfasst zwei Arbeitsschritte: Im ersten Schritt werden für eine gegebene Textpassage schrittweise Lesarten formuliert (vgl. Corsten 2004, 182). „Mit Lesarten sind Interpretationsvorschläge gemeint, bei denen zwei Wissensbestände künstlich ausgeblendet werden: Erstens das Wissen um den konkreten Äußerungskontext eines Ausdrucks und zweitens das Wissen um die weiteren Ausdrücke, die in einem Text dokumentiert wurden" (Corsten 2004, 182; vgl. Reichertz 1995, 386). Im zweiten Schritt werden diese Lesarten überprüft, indem das vorher ausgeblendete Wissen einbezogen wird (vgl. Bude 1984, 20; Reichertz/Schröer 1994, 73).

Auf zwei Aspekte, die bei der Rekonstruktion besonders berücksichtigt wurden, soll kurz noch näher eingegangen werden. Zum einen gilt es, die Situiertheit des im Interview produzierten Wissens zu beachten:

73 Vgl. Luckmann 1988; Reichertz 1995; Wohlrab-Sahr 1993.

74 Dabei werden Textpassagen aus den Erstinterviews in den Falldarstellungen jeweils durch das Kürzel 'I1' kenntlich gemacht.

75 Die Befragten wurden bei der Soziometrie gebeten, in eine Grafik, die aus zwei ineinander gezeichneten Kreisen bestand, die wichtigsten Personen aus ihrem sozialen Umfeld einzutragen (wie FreundInnen, Familie, KollegInnen). Sie selbst sollten sich in der Mitte des inneres Kreises sehen und die einzelnen Personen je nach Nähe ihrer Beziehung zu ihnen eintragen, also in den inneren Kreis Personen, die ihnen sehr nahe stehen und in den äußeren Kreis Personen, die ihnen weniger nahe stehen. Die Soziometrie dient der Analyse sozialer Beziehungen bzw. der sozialen Einbettung einer Person (vgl. Diekmann 2007, 495–501). Bei der Auswertung der Interviews wurden die Soziometrien als Zusatzmaterial mit herangezogen.

76 Als Eckdaten wurden beispielsweise auch der Beruf des Partners/der Partnerin und die Geburtsjahre der Eltern erhoben, um das Verständnis der Gesamtlebensperspektive der Befragten zu verbessern.

77 Nach Oevermann ist die Interpretation der Eingangssequenz von besonderer Bedeutung, „weil der Befragte hier im Bemühen der angemessenen Selbstrepräsentation und der angemessenen Situierung seiner weiteren Textproduktion sich besondere Mühe gibt und seine Texte sowohl im Hinblick auf die Struktur des Selbstkonzeptes als auch im Hinblick auf die rationalisierungsbedürftigen Antriebe besonders leicht auszulegen sind" (Oevermann u.a. 1980, 43).

78 Dabei wurden alle Interviews in Interpretationsgruppen, in der Mehrzahl in der Berliner Arbeitsgruppe 'Biographie Diskurs Medien' interpretiert. Die Interpretation eines Textes durch mehrere Interpreten wird empfohlen, da „die Grade ihrer Übereinstimmungen als ein Maß der Reliabilität und Objektivität einer Textinterpretation gewertet werden können" (Heckmann 1992, 40).

> „Selbst bei weitestgehender Zurückhaltung des/der Interviewer/in richten sich die Befragten sowohl im Hinblick darauf, ob sie 'richtig verstanden' werden, als auch in Bezug auf die von ihnen antizipierten Erwartungshaltungen am Gegenüber aus (...). Die Befragungspersonen nehmen somit unweigerlich Einfluss auf die Identitätskonstruktionen der Befragten. Allein darin, wie jede Frage die Selektion der Faktizität von 'Erlebtem' und 'Gehandeltem' mitstrukturiert" (Herma 2007, 106).

Diese Situiertheit des Wissens wird berücksichtigt, indem die Fragen der Interviewerin, wie die Eingangsfrage, mit interpretiert werden. Zudem werden die Besonderheiten der Interviewkonstellation bei den Interpretationen berücksichtigt, z.B. die Tatsache, dass zwei Frauen miteinander sprechen, ob es das erste oder das zweite Interview ist oder um welche Alterskonstellation es sich handelt.

Zum anderen wird ähnlich wie im Rahmen einer Toposanalyse bei der Interpretation besonders auf auffällige Begriffe und Metaphern geachtet. Unter Topoi werden dabei feststehende Redeweisen, konstante Motive, verfügbare und stereotype Denkmodelle sowie Klischees verstanden (vgl. Knoblauch 2000, 565). Solche Begriffe oder Textstellen sind insofern von Belang, als sie für die Subjekte die Funktion einer Orientierungshilfe in der komplexen Welt übernehmen, indem sie als Handlungsorientierung dienen oder ihre Solidarität mit einer Gruppe verdeutlichen (vgl. Knoblauch 2000, 658). Dahinter verbergen sich Sinndimensionen, die den Handelnden oft selbst nicht zugänglich sind.

3.1.3 Darstellung der Fallrekonstruktionen

Das rekonstruktive Interpretationsverfahren zeichnet sich durch hohe Komplexität und großen zeitlichen Aufwand aus. Im Rahmen der Darstellung kann dies nur stark verkürzt beschrieben werden. Gleichzeitig ist es wichtig, eine gewisse Nachvollziehbarkeit der Analyse zu gewährleisten (vgl. Reichertz/Schröer 1994, 78).

> „Der wissenschaftliche Texter wird kürzen, verkürzen müssen, und schon steckt er in einem Dilemma: Verkürzt er, verstößt er gegen ein wesentliches Prinzip der Sequenzanalyse, er ordnet vorschnell unter, subsumiert, dokumentiert er dagegen möglichst genau, legt der Rezipient den Text bald zur Seite" (Reichertz 1995, 404).

Dieses Problem lässt sich lösen, indem bei den Falldarstellungen nicht alle denkbaren Lesarten jeder Sequenz erläutert werden, sondern nur die Lesarten, die auch unter Einbezug des Kontextes plausibel erscheinen.[79] Außerdem werden nur exemplarisch längere Rekonstruktionen zu Interpretationen dargestellt, vor allem im ersten Fall – Frau A.

Die durchgeführten Fallrekonstruktionen sollen die Bandbreite der Selbstpositionen zu den Anrufungen zur Mutterschaft verdeutlichen. Die Darstellung der Interpretationen fokussiert auf Themenschwerpunkte bzw. -felder, in denen die Befragten mit Anrufungen konfrontiert sind bzw. waren. Dies sind erstens das institutionelle Umfeld der Befragten, also ihr Arbeitsplatz, zweitens das nähere private Umfeld, also Partnerschaft, Freundes- und Bekanntenkreis sowie Herkunftsfamilie und drittens das gesellschaftliche Umfeld, also z.B. Leitbilder in Medien und Politik. Diese Themenfelder wurden nicht 'von außen' an den Fall herangetragen, sondern im „Gegenteil, bei der Methode der Fallrekonstruktion geht es (...) darum, durch die Aufschließung und Auslegung des Textmaterials zu Interpretationskategorien zu kommen" (Brose u.a. 1993, 72f.).[80] Bei der Analyse werden einerseits die Wissensvorräte herausgearbeitet, mit denen die Befragten konfrontiert sind bzw. waren, anderseits wird versucht, die Wissensvorräte der primären Sozialisation, deren Bedeutung für den Wissenserwerb bereits erläutert wurde (vgl. Abschnitt 1.2), zu rekonstruieren.[81]

Die exemplarischen Einzelfallrekonstruktionen sind folgendermaßen gegliedert: Zunächst werden jeweils in einer Kurzbiographie die äußeren Daten vorgestellt. Diese Daten wurden jeweils aus dem Fragebogen zu den objektiven Daten und aus den Interviews rekonstruiert. Im nächsten Schritt werden unter der Überschrift 'Lebensentwurf ohne Kinder' die zentralen Selbstthematisierungen zum Thema 'Kinderwunsch oder Nichtwunsch' analysiert. Dies bildet den Schlüssel zum Verständnis der subjektiven Wissensvorräte der Befragten in Bezug auf ihren abweichenden Lebensentwurf. Anschließend werden die Anrufungen in den verschiedenen Lebensbereichen der Befragten dargestellt. Dabei wird zunächst auf das subjektive Erleben des institutionellen Arbeitsumfeldes eingegangen. Anschließend wird analysiert, mit welchen Anrufungen zur Mutterschaft die Befragten in den Bereichen Arbeit, Partnerschaft, Freundes- und Bekanntenkreis konfrontiert sind und wie sie damit umgehen. Auch auf die geschlechtlichen Wissensvorräte in der Herkunftsfamilie wird näher eingegangen, da diese als zentral für die primäre Sozialisation gelten können. In

79 Der erste Schritt der Interpretation, bei dem gedankenexperimentell, und zwar ohne Einbeziehung des Fallwissens, Lesarten entwickelt werden, wird nicht dargestellt (vgl. Oevermann u.a. 1980, 23). Im Unterschied zu den sehr ausführlichen Fallrekonstruktionen wie von Bude 1987 in *Deutsche Karrieren* oder von Wohlrab-Sahr 1993 in *Biographische Unsicherheit*, werden in dieser Studie nur kürzere Falldarstellungen vorgestellt. Für Falldarstellungen siehe auch Brose/Corsten/Wohlrab-Sahr 1993.

80 Zu den Vor- und Nachteilen von Fallrekonstruktionen vgl. Bude 2003. Diese Fokussierung der Auswertung auf eine Forschungsfrage widerspricht nicht der hermeneutischen Vorgehensweise, sondern stellt im Gegenteil eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Interpretation dar: „Gerade die konsequent hermeneutische Behandlung des Textes als primäres Datenmaterial setzt (...) die Explikation einer (...) Forschungsfrage voraus, wenn sie nicht zu einer trivialen, bloß abfotografierenden Paraphrasierung des Datenmaterials verkommen soll" (Oevermann u.a. 1980, 16).

81 Die Schwierigkeiten einer retrospektiven Darstellung wurden bereits im Zusammenhang mit der Sampleauswahl dargestellt.

einem weiteren Schritt wird herausgearbeitet, ob die Befragten gesellschaftspolitische Anrufungen zur Mutterschaft und ihre Reaktionen darauf thematisieren. Auf eine kurze Zusammenfassung mit den Befunden der Fallrekonstruktionen folgt ein Fazit, in dem fallübergreifende Muster dargestellt werden. Zunächst wird auf der Basis der Fallanalysen die bisherige Typenbildung von so genannten 'gewollt Kinderlosen' spezifiziert. Anschließend werden in Tabellenform die von den Befragten thematisierten Vorstellungen zur Mutterschaft der verschiedenen Anrufungsinstanzen im privaten und institutionellen Umfeld und der individuelle Umgang mit diesen Anrufungen beschrieben. Der Fallvergleich wird in Teil V, in dem die Verschränkung des gesellschaftlichen und subjektiven Wissens analysiert wird, weitergeführt.

3.2 Rekonstruktion der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte

Gesellschaftspolitische Interdiskurse wurden ausgewählt, weil ihnen eine besondere Bedeutung im gesellschaftlichen Wissensvorrat zukommt. Das politische System ist zwar nur ein Teilsystem der Gesellschaft, es unterscheidet sich aber von den anderen Teilsystemen insofern, als es absichtsvoll durch den Einsatz von Macht versucht, diese zu beeinflussen (vgl. Hondrich 2007, 230). Anders gesagt: „Im Zentrum des Politischen steht (...) die kollektive Identität, die es im politischen Handeln immer neu zu bestimmen und zu bilden gilt" (Zifonun 2004, 263).[82] Staatliche Politik stellt dabei ein „strategisches Feld der Produktion von Zweigeschlechtlichkeit" dar (Sauer 2000, 41).[83] Im politischen Diskurs werden mögliche Subjektpositionen konstruiert, die durch Anrufungen an die Subjekte gelangen (vgl. Althusser 1977; Brier 2004, 122; Torfing 1999, 89). Die Analyse der ausgewählten gesellschaftspolitischen Diskurse der aktuellen Zeitgeschichte zu Lebensentwürfen ohne Kind, Weiblichkeit und Reproduktion zeigt zudem, welche gesellschaftlichen Wissensvorräte, die zur Verfügung stehen, um subjektive Erfahrung zu deuten und sich anzueignen, rekonstruiert werden.

Um das Spannungsverhältnis von Struktur und Subjekt in Bezug auf 'Kinderlosigkeit' in den Blick zu bekommen, sollen, wie schon erläutert, gesellschaftspolitische Diskurse untersucht werden. Diskurse werden dabei angelehnt an Foucault als „spezifische, gesellschaftlich ausdifferenzierte Formen der Wissensproduktion" verstanden (Keller 1997, 312). Dabei ist es wichtig, nicht nur zu analysieren, welches Wissen überhaupt produziert wird, sondern auch, welches als normal und welches als

82 Der Begriff 'Wissen' wird hier politisch verwendet, d.h. Wissen wird zum „konstitutiven Element und strategischen 'Einsatz' von 'Regierung'" (Lessenich 2003, 15). Mehr zu politischem Wissen vgl. Zifonun 2004.

83 Zu geschlechtsspezifischen Effekten von Sozial- und Familienpolitik vgl. z.B. Gerhard 1992; Pfau-Effinger 1998; Dackweiler 2003.

abweichend produziert wird. Oder wie Keller es ausdrückt: Ein „wesentliches Ziel der Diskursforschung ist (...) die Beantwortung der Frage, welches Wissen, welche Gegenstände, Zusammenhänge, Eigenschaften, Subjektpositionen usw. durch Diskurse als 'wirklich' behauptet werden" (Keller 2004, 68). Diese Diskurse, wie sie in den ministerialen und regierungsnahen Zusammenhängen geführt werden, haben eine direkte Bewandtnis für die Befragten, weil sie beispielsweise Einfluss nehmen auf die geschlechterspezifische Organisationspolitik in der Verwaltung, die im Anschluss an die Aufarbeitung der gesellschaftspolitischen Diskurse dargestellt wird (vgl. Teil III). Außerdem sind die gesellschaftspolitischen Diskurse als Interdiskurse im Unterschied zu Spezialdiskursen leichter zugänglich, weil sie alltagssprachlich verfasst sind und durch die Medien weite Verbreitung finden. Diese Verbreitung politischer Wissensvorräte ist im Interesse der Bundesregierung, die eine Öffentlichkeitsfunktion zu erfüllen hat – anders gesagt: Die politische Sozialisation der Bürgerinnen und Bürger ist eine ihrer zentralen Aufgaben (vgl. Kißler 2007, 107). Auf die Veränderung der Wissensvorräte durch ihre Vermittlung über die Medien, insbesondere Selektierung und Filterung (vgl. Kißler 2007, 148), wurde im Zusammenhang mit den Interdiskursen schon eingegangen (vgl. Abschnitt 1.1.4).

Untersucht werden Regierungsdiskurse, dabei jeweils die Regierungserklärung und dann die konkrete Politik am Beispiel des Familienberichtes. Das Besondere an den untersuchten familienpolitischen Wissensvorräten liegt in ihrer besonders engen Verschränkung mit wissenschaftlichen Wissensbeständen. Denn in der Bevölkerungswissenschaft sowie in der Familienforschung wird viel Auftragsforschung für familienpolitische Akteure durchgeführt. Zum Teil ergeben sich auch direkte personelle Überschneidungen, worauf anhand der Familienberichte noch näher eingegangen werden wird. Wichtig ist festzuhalten, dass wissenschaftlich produzierte Wissensvorräte familienpolitisch genutzt und instrumentalisiert werden können (vgl. Bräuninger u.a. 1996, 2).

3.2.1 Korpus

Das Korpus besteht aus Regierungserklärungen und Familienberichten. In den Regierungserklärungen umreißt der jeweils (neu) gewählte Bundeskanzler die politisch-programmatischen Leitlinien seiner Amtsperiode (vgl. Guggenberger 2003). Darin werden also die allgemeine Richtung der Regierungspolitik und deren Programm beschrieben.[84] „In der Praxis handelt es sich um das zwischen den Koalitionspartnern

84 Vier Adressaten sind zentral: „die Regierung selbst, insbesondere die Mitglieder des Bundeskabinetts, die Koalitionsparteien, die politischen Gegner und die Öffentlichkeit (vgl. Stüwe 2002, 25). Regierungserklärungen müssen auch als symbolische Politik verstanden werden, z.B. wenn sie Umdeutungen von Begriffen vornehmen (etwa 'Ökologische Steu-

und innerhalb des Kabinetts abgestimmte Regierungsprogramm“ (Stüwe 2005, 66).[85] Der Umfang der Reden beträgt jeweils zwischen einer und zweieinhalb Stunden (vgl. Stüwe 2005, 150). Die Regierungserklärungen werden vor dem Deutschen Bundestag gehalten, wortgenau verschriftlicht und als Bundesdrucksache veröffentlicht. Dabei werden z.B. auch Zurufe oder Beifall protokolliert und verschriftlicht. Regierungserklärungen sind ein Medienereignis. „Kaum eine politische Rede (…) erringt mehr Aufmerksamkeit“ (Stüwe 2002, 9). Sie sind als Interdiskurse einer weiten Öffentlichkeit zugänglich, da sie von der Presse aufgegriffen, zitiert und massenmedial vermittelt werden (vgl. Stüwe 2002, 33). Außer über die Medien gelangen sie auch über ein Expertenpublikum, wie beispielsweise über Interessenverbände, an die Bevölkerung (vgl. Kißler 2007, 148). Sie werden somit Teil des öffentlichen Diskurses, was sich u.a. daran zeigt, dass bestimmte Begriffe aus Regierungserklärungen wie Schröders „Neue Mitte“ in den Alltagsdiskurs übergehen (vgl. Stüwe 2002, 40). Aufbau und Rhetorik der Regierungserklärungen orientieren sich weitgehend an einem einheitlichen Schema. Am Anfang erfolgen „Analysen des Wahlergebnisses, werden Aussagen über die Koalitionsbildung und Regierungsbildung gemacht und die ideellen Leitgedanken der Regierung formuliert. An zweiter Stelle folgt meist eine allgemeine Lageanalyse“ der politischen, ökonomischen und sozialen Situation des Landes (Stüwe 2005, 149). Im dritten Teil, dem Hauptteil, wird das Regierungsprogramm vorgestellt und am Schluss wird die Politikkonzeption der Regierung nochmals kurz zusammengefasst (vgl. Stüwe 2005, 149). Sechs Funktionen von Regierungserklärungen können festgehalten werden: Informieren, appellieren, danken, solidarisieren und integrieren, Zuverlässigkeit für das Ausland demonstrieren, Selbstdarstellung und Imagepflege (vgl. Stüwe 2005, 368; vgl. auch Beyme von 1979). Regierungserklärungen zeigen typische Merkmale popularisierten Wissens: „Reduktion komplexer Zusammenhänge, Personalisierung von Sachfragen, Verwendung geläufiger Schlagwörter und Denkschemata“ (Stüwe 2002, 30).

Es wird eine Materialeingrenzung vorgenommen, indem die Regierungserklärungen zum Amtsantritt eines neuen Kanzlers bzw. einer neuen Kanzlerin[86] ins Zentrum gestellt werden, während die Regierungserklärungen bei der Wiederwahl

erreform’ statt ‘Erhöhung der Mineralsteuer’), aber auch, indem sie symbolische Begriffe (Kohls „geistig-moralische Wende“) prägen (vgl. Stüwe 2002, 31).

85 Dies gilt weniger für die frühen Regierungserklärungen unter Adenauer. Sein Stil wurde bekannt als ‘Adenauer-Stil’ und zeichnet sich dadurch aus, dass der Kanzler nicht nur die Grundzüge und die konzeptionelle Gestaltung der Rede, sondern auch maßgeblich die semantische Formulierung des Textes selbst bestimmte (vgl. Stüwe 2005, 149). Bei späteren KanzlerInnen ist der „Kooperationsstil“ ausgeprägter (Stüwe 2005, 241).

86 RG 1949 von Adenauer, RG 1963 von Erhard, RG 1966 von Kiesinger, RG 1969 von Brandt, RG 1974 von Schmidt, RG 1982 von Kohl, RG 1998 von Schröder und RG 2005 von Merkel.

für weitere Legislaturperioden[87] lediglich zusätzlich hinzugezogen werden, wenn sich in Bezug auf die Themen Bevölkerung, Familien- und Geschlechterleitbilder Veränderungen zeigen.

Neben den Regierungserklärungen werden die jeweiligen Konkretisierungen der Konstruktion von Familie und Geschlecht anhand der Familienberichte untersucht. Familienberichte können als eine Form der Sozialberichterstattung über die Familie in Deutschland verstanden werden. Am Beispiel der Familienberichte lässt sich das konkrete Verständnis von Familien- und Frauenpolitik rekonstruieren. So wird in den Berichten jeweils definiert, was unter Familie verstanden wird. Die Familienberichte müssen gemäß einem gesetzlichen Auftrag dem Parlament regelmäßig vorgelegt werden und weisen deshalb einen hohen Grad an Institutionalisierung auf (vgl. Lüscher 1999a, 4).

> „Schon seit 1968 bilden in mehrjährigen Abständen vorgelegte ‘Familienberichte’ – seit dem Zweiten Familienbericht von 1975 von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt und mit einer Stellungnahme der Bundesregierung verbunden – wichtige Orientierungsgrundlagen für den Ausbau einer auf möglichste Rationalität bedachten familienbezogenen Gesellschaftspolitik“ (Wingen 2003, 8).

Familienberichte werden im Auftrag der Bundesregierung von einer bis zu siebenköpfigen Kommission mindestens in jeder zweiten Legislaturperiode erstellt (vgl. Jurczyk 2007, 532). Dem Familienbericht wird noch eine Stellungnahme der Bundesregierung hinzugefügt. Sie dienen nicht nur der Politikberatung, wie ursprünglich intendiert, „sondern strahlen mittlerweile stark auf die öffentliche und fachpolitische Diskussion zu Familien aus“ (Jurczyk 2007, 532). Die Bundesregierung wendet sich explizit nicht nur an den Deutschen Bundestag, sondern auch an die Öffentlichkeit (vgl. 1. FB 1968, 7).

Anhand der Familienberichte zeigt sich die enge Verschränkung von wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wissensvorräten. „Diese zeichnen sich (…) durch eine ‘dialogische’ Struktur aus: Sie bestehen aus der Darstellung eines unabhängigen Sachverständigengremiums und aus einer sich darauf beziehenden Stellungnahme der Bundesregierung“ (Lüscher 1999a, 4). Das Gremium besteht fast ausschließlich aus WissenschaftlerInnen (z.B. die schon in Teil I zitierten Bertram, Kaufmann, Lüscher, Nave-Herz, Wingen). Vom zweiten bis zum fünften Familienbericht haben insgesamt 17 Personen als Sachverständige mitgewirkt. Außerdem gibt es sogar eine gewisse personelle Kontinuität, so haben sechs Personen an zwei oder drei Berichten mitgearbeitet (vgl. Lüscher 1999a, 26). Die Berichte werden nicht nur vorrangig von WissenschaftlerInnen erstellt, sie wirken auch nach ihrer Erstellung wieder in die

87 RG 1953, 1957, 1961 und 1962 von Adenauer, RG 1965 von Erhard, RG 1973 von Brandt, RG 1976 und 1980 von Schmidt, RG 1983, 1987, 1991 und 1994 von Kohl und RG 2002 von Schröder.

Wissenschaft hinein, denn sie werden nicht nur in der Fachpresse rezensiert, sondern auch im universitären Unterricht genutzt. Auf die engen Verschränkungen von wissenschaftlichem und gesellschaftspolitischem Wissensvorrat wird bei der Analyse der Familienberichte anhand konkreter Beispiele eingegangen (vgl. Teil III). Wichtig ist dass diese Berichte bzw. zentrale Aussagen der Berichte nach deren Erscheinen nicht nur im Parlament diskutiert, sondern über die Medien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (vgl. Lüscher 1999a, 4). Für die Zeit vor 1968, dem Jahr des Erscheinens des 1. Familienberichts, wird zur Ergänzung der Analyse auf weitere Veröffentlichungen (z.B. solchen des Familienministers) zurückgegriffen.

Eingrenzung des Materials ausgehend von den subjektiven Wissensvorräten
Die Ausführungen zu den gesellschaftspolitischen Wissensvorräten befassen sich mit der westdeutschen Familienpolitik[88] seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie mit ihren Regulierungsversuchen generativer Reproduktion. Diese genealogische Vorgehensweise ermöglicht ein Verständnis des 'Gewordenseins' der aktuellen familienpolitischen Diskurse. Wie die Analyse zeigt, sind die Leitbilder der Nachkriegsdiskurse prägend für die Gestaltung der Familien- und Geschlechterpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und werden in den Diskursen der 1980er/1990er Jahre explizit als Referenz herangezogen werden. Zudem sind die frühen Diskurse der 1950er bis 1970er Jahre für die Elterngeneration der Befragten besonders relevant. Die Eltern der Befragten befanden sich zu dieser Zeit im Alter der eigenen Familiengründung. Familienvorstellungen und Geschlechterkonstruktionen werden, wie bereits dargestellt, in der primären Sozialisation vor allem auch über die Herkunftsfamilien tradiert.

Für die Befragten entfalten die Diskurse seit 1982 Wirkmächtigkeit. Die zwischen 1962 und 1965 geborenen Befragten waren 1982 zu Beginn der Regierungszeit Kohls 17 bis 20 Jahre und 1998, am Ende seiner Regierungszeit, 33 bis 36 Jahre alt. In dieser Altersspanne, der späten Adoleszenz und Postadoleszenz entfalten die gesellschaftlichen Diskurse über Geschlechterkonstruktionen und Lebensentwürfe eine besonders große Wirkmächtigkeit (vgl. Mannheim 1928; Herma 2007), auch, weil in dieser Lebensphase oftmals wichtige Entscheidungen bezüglich des Lebensentwurfes fallen.[89] Für die 1970er Jahre und für die Zeit von 1998 bis 2005 (dem Jahr der Re-Interviews) werden anhand der Regierungserklärungen und Familienberichte hingegen nur die zentralen Veränderungen dargestellt.

88 Im Zentrum dieses Beitrags stehen die westdeutschen Diskurse, da die von mir Befragten in Westdeutschland aufgewachsen sind und dort leben. Zu familienpolitischen Diskursen in der DDR vgl. Bernadi/Keim 2007; Helwig 1993; Helwig/Nickel 1993; Lamm-Heß/Wehrspaun 1993; Roloff 2007; Schwarz 1978.

89 Die Mehrzahl der Frauen derselben Alterskohorte bekommt in diesem Alter Kinder.

3.2.2 Diskursanalytische Auswertung der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte

Das Material wird in Anlehnung an die wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2007, 2005; Keller 1997; Keller u.a. 2001 und 2003) und an das genealogische, diskursanalytische Vorgehen analysiert (Carabine 2001; Tuider 2007, 44).

> „Die wissenssoziologische Diskursanalyse rekonstruiert Prozesse der sozialen Konstruktion von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen (kollektiven) Akteuren nicht als singuläre (Aussage-)Ereignisse, sondern als strukturierte Zusammenhänge (...). Sie analysiert die gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen dieser Prozesse" (Keller 2005, 228).

Die Auswertungsverfahren für die subjektiven und die gesellschaftlichen Wissensvorräte ähneln sich also insofern, als sie beide Sinnstrukturen rekonstruieren. Im Unterschied zur Auswertung der subjektiven Wissensvorräte, bei der mit der hermeneutischen Interpretation der 'innere' Sinn im Mittelpunkt steht, geht es bei der Analyse der gesellschaftlichen Wissensvorräte in erster Linie um den 'äußeren' Sinn, die Funktion einer Aussage (vgl. Kohl-van Melis 2003, 82).[90]

Bei der Analyse der Diskurse wird die inhaltliche Schwerpunktsetzung vom thematischen Zuschnitt der Studie geleitet. Dementsprechend wird kein Anspruch darauf erhoben, eine 'vollständige' Analyse der Diskurse durchzuführen, sondern es werden nur bestimmte 'Arbeitsschritte' der diskursanalytischen Methoden durchgeführt, während andere, die dem thematischen Zuschnitt nicht entsprechen, weggelassen werden. Zunächst geht es darum, sich mit den regierungsnahen Diskursen vertraut zu machen, die zentralen Themen und Gegenstände des Diskurses zu identifizieren und die zentralen Legitimationen herauszuarbeiten.[91] Dann wird analysiert, wann und wie die Themen 'Familie' und 'Bevölkerung' in den Diskursen auftauchen. Diese beiden wurden ausgewählt, da die untersuchten Lebensentwürfe ohne Kinder im hegemonialen Diskurs zumeist eine Leerstelle darstellen, aber in den Begriffen 'Familie' und 'Bevölkerung' zumeist implizite Aussagen darüber vorgenommen werden.[92] Ein weiterer zentraler Aspekt ist, dass die diskursive Konstruktion der Wirklichkeit „immer in einem konfliktuellen symbolischen Ordnungs- und Wissensgefüge" ope-

90 Für eine ausführliche Diskussion der Unterschiede zwischen den zwei Schwerpunkten in den Analysen vgl. Kohl-van Melis 2003, 82–93.

91 Das entspricht vier der ersten fünf von insgesamt zehn Schritten der genealogischen Diskursanalyse: 1. Auswahl des Forschungsgegenstandes und Erkundung einschlägiger Datenquellen, 2. Sich durch wiederholtes Lesen mit den Quellen vertraut machen, 3. Identifikation von Themen, Kategorien und Gegenständen des Diskurses und 5. Identifikation von diskursiven Strategien und Techniken (vgl. Carabine 2001). Nicht durchgeführt wurde der 4. Schritt: Das Suchen von Belegen für inter-diskursive Beziehungen.

92 Hier wird deshalb auch Schritt 6 der genealogischen Diskursanalyse durchgeführt: die Suche nach Leerstellen und nicht Gesagtem (vgl. Carabine 2001).

riert (Keller 2005, 228). Dem wird mit der gezielten Suche nach Gegendiskursen und Widerständigkeiten Rechnung getragen.[93] Vor allem Gegendiskurse wie Frauen- und Geschlechterpolitik, die geschlechtliche Wissensvorräte produzieren, werden berücksichtigt. Um die Diskurse bzw. Wissensformationen zu kontextualisieren, werden über Sekundärmaterial Kontextinformationen über die jeweilige historische Periode berücksichtigt.[94] Für die bessere Einschätzung der Wirkmächtigkeit der Diskurse wird zudem berücksichtigt, inwieweit die Diskurse jeweils durch familienpolitische Maßnahmen Stützung finden.

Ziel ist die Herausarbeitung der weiblichen Subjektpositionen, und zwar sowohl der vorherrschenden Subjektposition, also der Normalitätsfolie, als auch der abweichenden Positionen. Diese Subjektpositionen werden dabei jeweils in ihren Kontexten, also denen ihrer Geschlechter- und Familienleitbilder analysiert. Daraus ergeben sich folgende zentrale Fragen für die Rekonstruktion der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte: Was ist die vorherrschende weibliche Subjektposition, was sind abweichende weibliche Subjektpositionen? Wer darf 'akzeptiert' keine Kinder bekommen? Welche Geschlechterleitbilder werden darüber und über die Familienvorstellungen formuliert?

3.2.3 Darstellung der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte

Die Darstellung der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte ist zeitlich strukturiert: Zunächst werden die 1950er/1960er Jahre, dann die 1970er, die 1980/1990er und abschließend Ende der 1990er Jahre bis 2005 dargestellt. Für jeden Zeitraum wird herausgearbeitet, inwiefern Aussagen zu Personen ohne Kinder explizit und vor allem auch implizit vorgenommen werden. Dazu wird nach einer kurzen Beschreibung der allgemeinen politischen Stoßrichtung untersucht, wie in den Diskursen die Gegenstände 'Familie' und 'Elternschaft' thematisiert und legitimiert werden. Familie interessiert dabei weniger als eine generationsübergreifende Lebensform, sondern als staatlich gesetzte Institution. Mit dem spezifischen Verständnis von Familie und Elternschaft ist auch die Konstruktion geschlechtlicher Subjektpositionen verbunden. Es wird jeweils dargestellt, welche Familienformen und welche weiblichen Subjektpositionen als hegemonial und welche als abweichend gelten. Weiterhin wird danach gefragt, ob und wie der Gegenstand 'Bevölkerung' thematisiert wird, insbesondere, ob explizite oder implizite Aussagen über Lebensentwürfe ohne Kinder getroffen werden.

93 Der 8. Schritt: Identifikation von Diskurseffekten und der 9. Schritt: Skizzierung des Hintergrunds des Gegenstandes wurden hingegen weggelassen (vgl. Carabine 2001).

94 Dies entspricht dem 10. Schritt: Kontextualisierung des Materials in den Macht-Wissen-Komplexen der jeweiligen historischen Periode (vgl. Carabine 2001).

Anschließend wird jeweils kurz auf die zentralen familienpolitischen Maßnahmen des untersuchten Zeitraums eingegangen. Dadurch lässt sich überprüfen, inwiefern die rekonstruierten Normen in politische Maßnahmen und Instrumente übersetzt bzw. durch diese gestützt werden. Nachfolgend werden die Ergebnisse des jeweiligen Zeitraums kontexualisiert. Zum einen, indem gezielt nach der Existenz und der Rezeption von Gegendiskursen gesucht wird. Zum anderen, indem, wenn es notwendig erscheint, über Sekundärmaterial Kontextinformationen über die jeweilige historische Periode dargestellt werden, die verdeutlichen, inwiefern die dargestellten Diskursnormen den Lebensrealitäten entsprechen bzw. entsprachen. Den Abschluss bildet eine zusammenfassende Diskussion der Familienpolitik von 1949 bis 2005.

3.3 Methodologische Verschränkung der subjektiven und der gesellschaftlichen Wissensbestände

Für die theoretische Verschränkung der subjektiven und gesellschaftlichen Wissensbestände über das Konzept der Anrufungen werden, wie erläutert, mehrere Ebenen unterschieden: Anrufungen, die im Zuge der primären Sozialisation vor allem in der Herkunftsfamilie installiert wurden, und Anrufungen aus der sekundären Sozialisation, die sowohl über den öffentlichen, den beruflichen Kontext als auch über den privaten Lebensraum (Freundeskreis, Partnerschaft, Herkunftsfamilie) vermittelt werden. In den Falldarstellungen in Teil IV wird analysiert und dargestellt werden, inwiefern die Befragten Anrufungen thematisieren und wie sie diese für sich deuten. In Teil V werden im Rahmen der Weiterführung des Fallvergleichs eine Systematisierung der biographisch thematisierten Anrufungen vorgenommen und die Verschränkungen zu den in Teil III herausgearbeiteten gesellschaftlichen Wissensbeständen analysiert. Die Identifizierung mit Subjektpositionen kann sich über Differenzsetzung und Abgrenzung von anderen Subjektpositionen oder Praktiken vollziehen (vgl. Karl 2007, 12). Nicht jeder Diskurs ist für alle Individuen in gleicher Weise relevant. Es geht also in der Verschränkung der subjektiven mit der gesellschaftlichen Dimension darum zu untersuchen, ob und wie sich die gesellschaftspolitischen Wissensvorräte in den biographischen Selbstthematisierungen widerspiegeln bzw. verarbeitet werden. Diese Arbeit möchte damit einen Baustein zur methodischen Fundierung von wissenssoziologisch orientierter Biographieforschung liefern, die gesellschaftliche Wissensvorräte stärker mit einbezieht.[95]

95 Hierfür kann an verschiedene wissenschaftliche Forschungen angeknüpft werden: An biographische Forschungen, die in Bezug auf andere Themenfelder eine explizite Verknüpfung von Biographien mit Diskursen vornehmen (vgl. Freitag 2005; Rodriguez 1999). Rodriguez analysiert Biographien als unabgeschlossene Texte und bezieht sich theoretisch auf die postkoloniale Theorie. Wie sie allerdings ihre Interpretation der einzelnen Interviews konkret durchführt, erläutert sie in ihrer Studie nicht (vgl. kritisch dazu

Zunächst wird untersucht, wie die historischen Wissensbestände über die Herkunftsfamilie an die Befragten vermittelt werden. Dann wird im zweiten Schritt analysiert, inwiefern die Befragten die Deutungen des familienpolitischen Diskurses reproduzieren und modifizieren. In einem dritten Schritt wird der Frage nachgegangen, was die Subjekte dazu befähigt, Diskurse umzudeuten und ihren Lebensentwurf jenseits der Norm zu vertreten.

Reh 2003, 32). Dementsprechend ist es auch nicht möglich, sich im methodologischen Vorgehen an ihr zu orientieren. In Freitags Studie stehen, anders als in der vorliegenden Studie, die Diskurse im Zentrum.

Teil III: Gesellschaftliches Wissen zum Lebensentwurf ohne Kinder: Rekonstruktion der Genese von familienpolitischen und institutionellen Wissensvorräten

Wie im letzten Teil ausführlich darstellt, existieren verschiedene Formen von gesellschaftlichem Wissen (vgl. Teil II, Abschnitt 1.1). Zwei Formen, Interdiskurse und institutionelle Wissensvorräte, werden im Folgenden näher untersucht. Auf die Bedeutung dieser Wissensformen für die subjektiven Wissensvorräte wurde schon ausführlich eingegangen (vgl. Teil II, Abschnitt 1.2) und auch die konkrete Auswahl der für die Fragestellung relevanten Wissensbereiche wurde bereits begründet (vgl. Teil II, Abschnitt 3.). Zunächst werden im ersten Teil dieses Kapitels als Interdiskurse regierungsnahe familienpolitische Wissensbestände und -formen und dabei insbesondere die dort hergestellten Familien- und Geschlechternormen in ihrer historischen Genese analysiert. Im zweiten Teil werden institutionelle Wissensvorräte aus der öffentlichen Verwaltung allgemein und insbesondere auch aus der untersuchten Verwaltung N. rekonstruiert, in der alle Befragten Vollzeitarbeitsplätze besitzen. Dabei wird jeweils neben den Diskursen explizit auch das wohlfahrtsstaatliche bzw. institutionelle Anreiz- und Anrechtssystem berücksichtigt, das die jeweilige Wissensordnung stützt.

1. Der familienpolitische Diskurs: Wandel im Kleinen – Stabilität im Großen

Die gesellschaftlichen Wissensbestände zu den Gegenständen Familie und Demographie hängen eng zusammen. Dies verdeutlicht die Entstehungsgeschichte (vgl. auch den kurzen historischen Exkurs in Teil I, Abschnitt 4.1): In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird die Bevölkerung zum Interventionsfeld und Ziel der Regierungstechniken (vgl. Foucault 2004, 162).[1] Ziel der Regierung ist es nun, die generative Reproduktion sicherzustellen und die Bevölkerung „direkt durch Kampagnen oder indirekt durch Techniken“ zu beeinflussen und so die Geburtenzahlen oder die

1 Foucault blendet Geschlecht als Strukturkategorie aus (ausführliche Kritik siehe z.B. Bührmann 2004; Honegger 1991).

Bevölkerungsströme zu stimulieren (vgl. Foucault 2004, 158). Die Familie wird zum zentralen Adressaten von Bevölkerungspolitik, da man sich an die Familie wenden muss, „sobald man bei der Bevölkerung hinsichtlich des Sexualverhaltens, hinsichtlich der Demographie, der Kinderzahl, hinsichtlich der Konsumtion etwas erreichen will" (Foucault 2004, 157). Diese Veränderung stellt den Anfang von Familienpolitik im heutigen Verständnis dar. Familienpolitik ist dementsprechend vielfach gleichzeitig Bevölkerungspolitik, deren Ziel ein „gewolltes Einwirken auf Größe, Wachstum und Altersaufbau der Bevölkerung sowie ihre Verteilung im Raum" ist (Cromm 1988, 107).[2] Die in der Familienpolitik hergestellten Normen werden durch das jeweilige wohlfahrtsstaatliche System gestützt, z.B. die Rechtsnormen über Volljährigkeit, Heiratsfähigkeit, das Ehe- und Familienrecht und die Scheidungsgesetze. Die jeweilige historische Ausformung der Verschränkung von Bevölkerungspolitik und Familienpolitik wird im Folgenden untersucht, da insbesondere an dieser Schnittstelle Konstruktionen von 'Kinderlosigkeit' produziert werden.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich, wie schon in Teil II dargestellt, mit der westdeutschen Familienpolitik sowie ihrer symbolischen und realen Regulierung generativer Reproduktion.[3] Dargestellt werden die familienpolitischen Diskurse mit ihren Deutungen der Gegenstände Familie und Demographie sowie die politischen Maßnahmen, die diese Deutungen stützen und in institutionelle Arrangements überführen. Das Korpus stellen Regierungserklärungen[4] und Familienberichte[5] dar (vgl. für das konkrete methodische Vorgehen, Teil II, Abschnitt 3.2). Die Analyse beginnt mit den familienpolitischen Diskursen ab Ende des Zweiten Weltkrieges.

2 Allerdings berücksichtigt Familienpolitik, wie die Mehrheit der bevölkerungswissenschaftlichen Diskurse (vgl. Teil I), von den drei Zielgegenständen der Bevölkerungspolitik (Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Wanderung) nicht alle gleichermaßen. Insbesondere Wanderung wird zumeist in anderen Politikbereichen berücksichtigt und beeinflusst.

3 Bernadi/Keim 2007 sprechen von einem anderen demographischen Regime in der DDR als in Westdeutschland (Bernadi/Keim 2007, 318). Nickel unterscheidet sechs Perioden der Familienpolitik in der DDR, in denen unterschiedliche Themenfelder im Zentrum standen: 1) 1945–49 Frauenerwerbsarbeit, 2) 1950–57 Integration von Frauen in den Erwerbsprozess, 3) 1958–64 Verallgemeinerung der Berufstätigkeit für Frauen, 4) 1965–71 neue Familie (erst hier lässt sich wirklich von Familienpolitik sprechen, vorher war es Frauenpolitik), 5) 1972–75 Familien- und Bevölkerungspolitik und 6) 1976–89/90 Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit (vgl. Nickel 2006b). Für weitere Informationen zur Familienpolitik in der ehemaligen DDR vgl. z.B. Helwig 1993; Helwig/Nickel 1993; Lamm-Heß/Wehrspaun 1993; Roloff 2007; Schwarz 1978.

4 Bei den Literaturangaben der Regierungserklärungen wird der Begriff mit RG abgekürzt und zusätzlich jeweils das Jahr der Erklärung angegeben, z.B. RG 1949.

5 Bei den Literaturangaben für die Familienberichte wird der Begriff mit FB abgekürzt. Davor wird jeweils angegeben, um welchen Familienbericht es sich handelt, z.B. 1. FB. Zusätzlich wird jeweils noch das Jahr angegeben, z.B. 1. FB 1968.

Diese frühen familienpolitischen Diskurse sind für die untersuchte Alterskohorte indirekt bedeutsam, da an diese Gruppe Wissensvorräte ihrer Elterngeneration herangetragen werden. Mit den familienpolitischen Diskursen von 1982 bis 2004, dem Interviewzeitpunkt, sind die Befragten direkt konfrontiert.

Es geht darum, für jeden Zeitraum herauszuarbeiten, inwiefern Aussagen zu Personen ohne Kinder vorgenommen werden und wie das Vorhandensein von Kindern in Familien und Paarbeziehungen thematisiert und bewertet wird. Analysiert wird dazu, wie in den Diskursen der Gegenstand 'Familie' und der Gegenstand 'Bevölkerung' thematisiert und mit welchen Argumentationsmustern sie legitimiert werden. Die zentrale Frage ist dabei, welche Familienformen und weiblichen Subjektpositionen jeweils hegemonial und welche als Abweichung markiert werden. Anschließend wird jeweils kurz auf die zentralen familienpolitischen Maßnahmen des untersuchten Zeitraums eingegangen. Dadurch kann überprüft werden, inwiefern die rekonstruierten Normen in politische Maßnahmen und Instrumente übersetzt bzw. durch diese gestützt werden. Nachfolgend werden die Ergebnisse des jeweiligen Zeitraums kontextualisiert: zum einen, indem gezielt nach dem Auftauchen und der Rezeption von Gegendiskursen gesucht wird. Zum anderen, indem, wenn es notwendig erscheint, über Sekundärmaterial Kontextinformationen über die jeweilige historische Periode geliefert werden, die verdeutlichen, inwiefern die dargestellten Diskursnormen den Lebensrealitäten entsprechen bzw. entsprachen.

1.1 Die „behagliche" Kleinfamilie als Norm – Familienpolitik 1949 bis 1968

1.1.1 Die 1950er Jahre: „Kinder kriegen die Leute immer"

Konrad Adenauer erklärt 1949 in seiner ersten Regierungserklärung den als Folge des Krieges eingetretenen Frauenüberschuss zum Problem (vgl. RG 1949, 23):

> „Der als Folge des Krieges und der Verschleppung von Männern eingetretene Frauenüberschuß ist ein Problem, das unsere besondere Beachtung verdient. (Zuruf von der KPD: Gab es denn keinen Krieg?) Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß wir fest und entschieden gegenüber allen entgegengesetzten Tendenzen auf dem Boden des Artikels 6 des Grundgesetzes stehen, in dem es heißt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. (Bravo!) Das Problem des Frauenüberschusses erschöpft sich aber nicht in der Frage der notgedrungenen Ehelosigkeit eines großen Teiles der Frauen; es ist umfassender und weitreichender. Wir müssen den Frauen neue Berufe und Ausbildungsmöglichkeiten zu erschließen versuchen. Es wird – wenn es vielleicht zunächst auch nicht so wichtig aussieht – auch beim Wohnungsbau darauf geachtet werden müssen, daß den unverheiratet gebliebenen Frauen wenigstens in etwa ein Ersatz für die fehlende häusliche Behaglichkeit geboten wird" (RG 1949, 23).

In dem Textausschnitt wird das im Grundgesetz verankerte Leitbild der Ehe und Familie als vom Staat zu schützende Lebensform zitiert. Unter Familie wird da-

bei in den familienpolitischen Diskursen, z.B. von Josef Wuermeling, dem ersten Familienminister von 1953 bis 1962, die eheliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau mit ihren Kindern verstanden (vgl. Joosten 1990, 38). Nach Kaufmann kann dies als familieninstitutionelle Argumentation bezeichnet werden, die die Institution Ehe als Eigenwert entwirft (vgl. Kaufmann 1993, 143). Damit wird Familie als heterosexuelle Kleinfamilie gefasst, in der eine einzige identitäre Subjektposition der Frau als Ehefrau und Mutter konstruiert wird. Für Frauen wird über den Begriff „Frauenüberschuss" außerdem noch eine zweite Subjektposition – die unverheiratete Frau – konstruiert, die jedoch nicht als zweites Leitbild eingeführt, sondern als Problem und nicht wünschenswerte Wahlmöglichkeit („notgedrungene Ehelosigkeit") entworfen wird. Um die unverheirateten Frauen muss sich 'Vater' Staat kümmern und ihnen Ausbildung, Arbeit und eine adäquate Wohnung bereitstellen. Der Lebensentwurf der unverheirateten Frau gilt als Abweichung und wird abgewertet. Dies zeigt sich an der Formulierung, diesen Frauen könne immer nur „in etwa ein Ersatz für die fehlende häusliche Behaglichkeit" geboten werden. Besonders interessant erscheint hierbei die Verknüpfung des Leitbildes Ehe und Familie mit einer bildhaft gemachten Emotion: Behaglichkeit. Behagen bedeutet in seinem Wortursprung einerseits „einrichten, sich wohl fühlen", anderseits aber auch „angemessen sein" (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft 1995, 112). Neben dem Sicherheits- und Schutzraum, der vom Staat für Frauen ohne Familie über Ausbildung und Erwerbsarbeit sowie über staatliche Wohnungsbauprojekte hergestellt werden soll, bringt der Wortursprung noch eine moralische, disziplinierende Dimension ins Spiel. Über den Topos der Behaglichkeit wird eine intertextuelle Referenz[6] an das universelle Wohl geknüpft. Das Gelingen dieser Anknüpfung, so Laclau und Mouffe (2001), ist Voraussetzung für die Etablierung einer hegemonialen Deutung. So werden beispielsweise Diskurse als hegemonial „beschrieben, die dazu tendieren, umfassende Weltbilder zu entwickeln und darin alle sozialen Beziehungen in einer Gesamtstruktur einzuordnen" (Keller 2005, 161).

Die Regierungserklärungen in den 1950er und frühen 1960er Jahren[7] betonen den privaten Charakter der Familie, sicher auch in Reaktion auf die rassistische Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches (vgl. 5. FB 1994, 20). Die Vorstellung von der

6 Intertextualität drückt aus, dass in einem Sachtext z.B. statt Argumenten und Zahlen Wörter aus anderen Textsorten verwendet werden.

7 In den Regierungserklärungen von Adenauer (1949, 1953, 1957, 1961 und 1962) wird Familie bzw. Familienpolitik nur marginal in einigen wenigen Sätzen behandelt. Auch dies ist ein Zeichen für die Betonung des privaten Charakters der Familie, in die der Staat sich möglichst wenig einmischen soll. Gleichzeitig lässt sich diese Marginalität von Familienpolitik auch auf die historische Situation im Nachkriegsdeutschland zurückführen, in dem andere Themen wie beispielsweise der Wiederaufbau im Zentrum standen.

Kleinfamilie als Keimzelle der Gesellschaft beinhaltet auch die Vorstellung von einem behaglichen 'Innen' und einem schädigenden 'Außen', wie anhand eines Auszugs aus der dritten Regierungserklärung von 1957 deutlich wird: „Die Bundesregierung wird alles tun, um die Familie gegen schädigende äußere Einflüsse zu schützen und insbesondere der kinderreichen Familie nach Möglichkeit zu helfen" (RG 1957, 71). Die moralisch aufgeladene Bedeutung der Familie und ihr Privatcharakter werden in allen Regierungserklärungen hervorgehoben, so zum Beispiel auch in der zweiten Regierungserklärung von 1953: „Um ein gesundes Familienleben zu stärken und seine ideellen Werte unserer heranwachsenden Jugend zu geben, wird die Bundesregierung (...) in erster Linie den Bau von Eigenheimen, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen fördern" (RG 1953, 42; vgl. auch RG 1961, 94)[8]. Auch hier soll die Kleinfamilie geschützt und unterstützt werden, indem die Wohnsituation verbessert wird.

Muttermythos – Mutterschaft als natürliche Berufung

Im Zentrum von Regierungserklärungen Adenauers stehen dabei, wie schon anhand der ersten Regierungserklärung deutlich wird, neben familieninstitutionellen auch moralische Argumentationen, welche die „geistige und sittliche Festigung der Familie" zu einem wichtigen Ziel der Familienpolitik erheben (vgl. Wuermeling 1960, 38, zitiert nach Peil 1996, 6). Der Mutter kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Mutterschaft gilt als natürliche Berufung: „Für Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz" (Wuermeling, zitiert nach Helwig 1993, 13).[9] Dabei steht die physische Entwicklung des Kindes im Vordergrund: zweckmäßige Ernährung, Reinlichkeit, pünktliche Regelmäßigkeit (vgl. Schütze 1986, 104). Die „Vollzeitmutter" (Schön 1989, 22) wird als Norm hergestellt und Müttererwerbstätigkeit und außerfamiliale Kinderbetreuung werden abgewertet. So heißt es etwa, Müttererwerbstätigkeit „zerstöre den Lebenskreis der Familie, gefährde die Stabilität einer Ehe und schränke die Kinderzahl ein" (Wuermeling, zitiert nach Joosten 1990, 43). Die Qualität der Mutter wird dabei, so die Sozialwissenschaftlerin Schütze, nicht an „affektiver Zuwendung und kognitiver Stimulierung gemessen, sondern daran, ob die Mutter einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgeht oder nicht" (Schütze 1986, 105). Dies zeigt sich an einer Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie Anfang der 1960er Jahre, in der knapp 60 % der Befragten ein Gesetz

8 Auch in der dritten Regierungserklärung Adenauers im Jahr 1957 wird auf die Bedeutung der Familie hingewiesen: „Der Mensch, seine seelischen Werte, seine Gesundheit und seine Familie müssen in den Mittelpunkt der Betrachtungsweise gestellt werden. (...) Es ist daher erforderlich, dass der Sonntag wieder ein Tag der Besinnung wird, ein Tag (...) an dem die Familie zusammenfindet" (RG 1957, 68; vgl. RG 1957, 71).

9 Diese Idealisierung von Familie und Mutterschaft kommt auch aus der katholischen Soziallehre.

befürworten, das die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 10 Jahren verbieten soll (Schütze 1986, 113). Der Frau werden, abgeleitet von der Theorie der Geschlechtercharaktere des 19. Jahrhunderts, mütterliche, aufopfernde und verständnisvolle Eigenschaften zugeschrieben (vgl. Schütze 1988, 114–23): „Die Gabe der Selbsthingabe und Selbstverleugnung um höherer Ziele willen" (Wuermeling, zitiert nach Joosten 1990, 41). Der Mann hingegen hat die Funktionen zu führen, zu schützen und als Familienernährer die Familie zu versorgen. Dafür werden die Einkommen in der Industrie als Familienlohn hoch angesetzt und erlauben dem Mann die Einnahme der Alleinernährerrolle. Diese Polarisierung der Geschlechtercharaktere ist folgenreich für das Eltern-Kind-Verhältnis und die frühkindliche Sozialisation, weil die Familienarbeit (fast) ausschließlich der Mutter zufällt (vgl. Hausen 1976, 388f.). Die Frau wird nur über die Familie definiert. Ehe wird eng an Elternschaft geknüpft und uneheliche Kinder werden stigmatisiert.[10]

Quantitatives Bevölkerungswachstum erwünscht

Der Gegenstand 'Bevölkerung' wird (wie in der ersten Regierungserklärung, wenn der Begriff „Frauenüberschuss" verwendet wird) aufgegriffen und gleichzeitig naturalisiert, indem er auf die historischen Gegebenheiten zurückgeführt wird. So auch in der Regierungserklärung von 1953, die das 'Bevölkerungsproblem' vor allem im Zusammenhang mit den Bevölkerungsverlusten durch den Krieg einführt, aber auch die Überalterung erwähnt (vgl. RG 1953, 51). Die Bedeutung der Familie für die quantitative Nachwuchssicherung gilt als selbstverständlich, wird aber selten in konkreten bevölkerungspolitischen Argumentationen hervorgehoben (vgl. Kaufmann 1993, 143). Stattdessen dominieren sozialpolitische Argumentationen, die die ökonomischen Nachteile von Familien betonen (vgl. RG 1953, 51). Weibliche Lebensentwürfe ohne Kinder werden auf „notgedrungene Ehelosigkeit" zurückgeführt und gelten demnach als ungewollt. Elternschaft wird dabei naturalisiert. Dies wird auch an Adenauers viel zitiertem Ausspruch „Kinder kriegen die Leute immer" deutlich.

1.1.2 Die 1960er Jahre: Demographische Entwicklung als Problem des Arbeitskräftemangels

Die Familienpolitik in den 1960er Jahren unter Erhard (1963–66) und Kiesinger (1966–69) ist im Wesentlichen eine Fortführung der Politik der 1950er Jahre.[11]

10 Dies gilt auch für die 1960er Jahre, auch unter Familienminister Heck werden 'uneheliche Kinder' weiter stigmatisiert (vgl. Heck 1968, 5).

11 Auch Wuermelings Nachfolger, Heck (Familienminister von 1962 bis 1968) und Brauksiepe, die nur kurz im Amt ist (1968–69) und dadurch nur beschränkte Einflussmöglichkeiten hat, fühlen sich einem traditionellen, christlichen Ehe- und Familienverständnis verpflichtet. „Wenn die Eltern nicht beten, wo sollen die Kinder dann das Beten lernen" (Heck 1968, 5). Nach wie vor findet, so auch unter Familienminister Heck, eine Stigmatisierung 'unehelicher Kinder' statt (vgl. Heck 1968, 5).

Weiterhin wird das traditionelle Familienernährermodell favorisiert und die Kleinfamilie als Schutzraum konstruiert. In den 1960er Jahren setzt eine Pädagogisierung der familienpolitischen Argumentationsmuster ein. So wird z.B. die erzieherische Funktion der Familie betont (vgl. RG 1963, 136; RG 1965, 163–4, 165). Ab Mitte der 1960er Jahre wird zudem die demographische Entwicklung verstärkt thematisiert – als Problem des Arbeitskräftemangels (vgl. RG 1965, 155[12]). Dieser lässt sich nicht mehr allein durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte lösen[13], sondern macht die Berücksichtigung von weiblichen Arbeitskräften notwendig:

> „Die großen gesellschaftspolitischen Ziele, die diese Regierung sich gestellt hat, können nur erreicht werden, wenn die Frauen nicht nur in der Familie, sondern auch im Beruf und im öffentlichen Leben alle Möglichkeiten haben, voll mitzuarbeiten und echte Mitverantwortung zu übernehmen" (RG 1965, 166).

Damit werden Frauen erstmals nicht mehr nur in der privaten, sondern auch in der öffentlichen Sphäre verortet. Dementsprechend wird in der Familienpolitik zunehmend nicht mehr das 'reine' Hausfrauenmodell, sondern das Drei-Phasenmodell für Frauen vertreten (vgl. Teil II, Abschnitt 1.1.1).[14] Als legitime Frauenerwerbstätigkeit gilt nur die Erwerbsarbeit von unverheirateten Frauen, von Ehefrauen ohne Kinder oder mit erwachsenen Kindern, während erwerbstätige Mütter mit kleineren Kindern eine Ausnahme bleiben. Dementsprechend nehmen in den 1960er Jahren immer mehr Ehefrauen eine Berufstätigkeit auf, aber eben in der Regel nur bis zur Geburt des ersten Kindes (vgl. Rodenstein u.a. 1996, 28). Die vorherrschende weibliche Subjektposition bleibt demnach die nichterwerbstätige Ehefrau und Vollzeitmutter, während andere weibliche Subjektpositionen weiterhin als ungewollt bzw. als Übergangspositionen verstanden werden.

In der Regierungserklärung von 1965 finden sich zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges explizite frauenpolitische Argumentationen. Allerdings kann nicht von einem grundsätzlichen Wandel des Frauen- und Familienleitbildes gespro-

12 Diese demographische Entwicklung wird hier, anders als in den aktuellen Diskursen, als eine natürliche Bevölkerungsentwicklung bezeichnet (vgl. RG 1965, 155). Am Beispiel des 1. Familienberichts wird die Problematik von Langzeitprognosen für die Bevölkerungsentwicklung deutlich (vgl. Teil I, Abschnitt 1.3). Denn der 1. FB liegt mit seiner Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2000 falsch: Es wird mit einer „geringfügig ansteigenden biologischen Wachstumsrate" gerechnet (1. FB 1968, 14).

13 Die erste Regierungsvereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer wird mit Italien schon 1955 geschlossen (vgl. Niehr 1993, 198).

14 Im ersten Frauenbericht 1966, der sich kaum von einem Familienbericht unterscheidet, wird das Drei-Phasenmodell vertreten (vgl. Ostner 2006, 171).

chen werden, denn es zeigen sich widersprüchliche Tendenzen. Einerseits werden die wachsende Bedeutung der „Hausfrauen als Konsumenten und die außerhäusliche Berufstätigkeit von Frauen" thematisiert (Heck 1968, 2).[15] Ähnliches gilt für den 1. Familienbericht, in dem eine Erweiterung des Familienbegriffs vorgeschlagen (vgl. 1. FB 1968, 7)[16] und die Ausbreitung eines partnerschaftlichen Leitbildes konstatiert wird (vgl. 1. FB 1968, 47). Anderseits beklagt Familienminister Heck an anderer Stelle, dass die Emanzipation der Frau zu einem Verfall der patriarchalen Familienstruktur führe und die Autorität der Väter erschüttere (vgl. Helwig 1993, 14). Zudem bleibt auch im 1. Familienbericht die traditionelle Kleinfamilie die Norm, an der alle gemessen werden, denn alle anderen Familien werden als „unvollständige Familie" bezeichnet (1. FB 1968, 96).

1.1.3 Familienpolitische Maßnahmen: Abweichungen von der 'Hausfrauenehe' werden sanktioniert

Die erläuterten Geschlechternormen und Familienvorstellungen der 1950er und 1960er Jahre werden durch ein umfassendes Anreiz- und Anrechtssystem gestützt. Familienpolitik wird in den 1950er Jahren zunehmend institutionalisiert; so wird z.B. 1953 das Familienministerium gegründet.[17] Zwar wird 1949 im Grundgesetz Artikel 3 Absatz 2 festgehalten: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt", tatsächlich existiert die patriarchalische Geschlechterordnung jedoch weiter und wird auch im 1957 verabschiedeten Familiengesetz weiterhin rechtlich festgeschrieben.[18]

15 Ähnliches wird auch im 1. Familienbericht erklärt: „Wesentliche Faktoren dieser Entwicklung sind die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen, die zu Selbständigkeit und Selbstbewusstsein führt, und die Zunahme der Bedeutung der Hausfrauen als Konsumenten (...) [und die, LC] wachsende Selbstständigkeit der Kinder" (1. FB 1968, 47). Dies zeigt sich an einem Wertewandel in der Bevölkerung: Die „Überlegenheit des Mannes in der Ehe" wird von rund 20 % für richtig gehalten (1. FB 1968, 49). Hecks Nachfolgerin, Familienministerin Brauksiepe engagiert sich für Einrichtungen der Kleinkindpädagogik und Ganztagsschulen und propagiert das Recht der Ehefrau auf personale und berufliche Entfaltung (vgl. Helwig 1993, 14). Allerdings ist sie nur kurz im Amt und kann so kaum Veränderungen erreichen.

16 „So sind vor allem die Familien zu berücksichtigen, in denen ein Elternteil fehlt (...), aber auch die jungen oder die zeitlebens kinderlosen Ehepaare sowie Ehepaare, deren Kinder nicht mehr im Haushalt der Eltern leben" (1. FB 1968, 7). Der 1. FB wird „häufig als Beitrag zur Entideologisierung des bislang dominanten Familienverständnisses gesehen" (Lamm-Heß/Wehrspaun 1993, 49).

17 In den Jahren bis 1953 gibt es keine institutionell vertretene Familienpolitik (vgl. Peil 1996, 4).

18 Es gibt darin auch einige Veränderungen hin zu mehr Gleichberechtigung der Ehepartner, so kann z.B. der Ehemann nicht mehr allein den Wohnort und die Wohnung bestimmen (vgl. Schildt 1997, 6).

Damit wird die 'Hausfrauenehe' als juristische Norm verankert und Männern wird die entscheidende Autorität zugewiesen.[19] Ehe und Familie können damit als durch Sanktionen gestützte präskriptive binäre Erfüllungsnorm gelten (vgl. Link u.a. 2003, 7). Neben Sanktionen wurde auch ein materielles Anreizsystem eingeführt: das 1958 eingeführte Ehegattensplitting, welches das Familienernährermodell stützt. Die Familienpolitik der 1950er und 1960er Jahre setzt ansonsten gemäß der sozialpolitischen Argumentationen vor allem auf die monetäre Unterstützung kinderreicher Familien (Kindergeld, Kinderfreibeträge, Familienermäßigungen bei der Bahn u.a., vgl. Wuermeling 1960, 38, zitiert nach Peil 1996, 6; vgl. RG 1963, 136)[20] und den besonderen Schutz von Müttern (Mutterschutzgesetz 1952, Kindergeldgesetz 1955).

1.1.4 Nationalsozialistische und sozialistische Gegendiskurse und das 'goldene Zeitalter' der traditionellen Kleinfamilie

Bei der Beschäftigung mit Leerstellen und Nicht-Gesagtem in diesem Diskursausschnitt fällt auf, dass Kinder noch keine Diskurssubjekte sind und keine Erwähnung finden, wie übrigens auch unverheiratete Männer. Während Ehefrauen als Mütter und Hausfrauen konstruiert werden und über den Ehemann als Familienernährer abgesichert sind, gelten unverheiratete Frauen unausgesprochen per se als 'kinderlos'. Andere Lebensentwürfe, wie z.B. alleinerziehende Mütter, tauchen neben der Norm Ehe und der Abweichung 'unverheiratete Frauen' nicht auf. Behaglichkeit wird einzig in der Kleinfamilie verortet.

In dieser Zeit gibt es zwei zentrale Gegendiskurse[21]: Der erste ist der immer noch wirkmächtige nationalsozialistische Diskurs zu Familie und Bevölkerung. In Re-

19 So gilt beispielsweise für die Ehe im Jahr 1957 laut BGB § 1356 (1): „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist." Außerdem lag im Konfliktfall das Entscheidungsrecht über Angelegenheiten des gemeinsamen Kindes beim Vater (vgl. Schildt 1997, 6). Auf die Zeit zwischen 1945 und 1949, in der es teilweise zu einer 'Unordnung in der Geschlechterordnung' kommt, kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. Haas 1998, 113–5).

20 Außerdem wird die Erstellung familiengerechten Wohnraums gefördert (vgl. RG 1952, 52; RG 1961, 94ff.). Auch in den 1960er Jahren wird gleich bleibend die Bedeutung von „Eigentum für jeden" (RG 1963, 134), insbesondere auch von Wohnungseigentum propagiert (vgl. RG 1965, 167) und die Bedeutung der ökonomischen Unterstützung der Familien wird betont (vgl. RG 1963, 136 und RG 1965, 165). Auch eine Studie im Auftrag der Regierung betont 1961 die Bedeutung des Familienlastenausgleichs (vgl. Bühler 1961, 19).

21 Die Studentenbewegung ab Anfang der 1960er Jahre ist zunächst noch kein zentraler Gegendiskurs in Bezug auf die untersuchten Gegenstände Familie, Geschlechterverhältnis und Demographie, auch weil ihr Fokus zunächst vor allem auf der Reform der Hochschulen und Abrüstung liegt (vgl. Borowsky 1998a, 14).

aktion auf den Nationalsozialismus, der stark in die Familie und Familienplanung interveniert hatte (vgl. historischer Abriss in Teil II), werden in der Bundesrepublik Kinder zur Privatsache (vgl. Vinken 2007, 50).[22] „Die Familie wurde als weitgehend autonomer Privatraum mit weitreichenden Selbstbestimmungs- und Gestaltungsrechten konstruiert, in den der Staat als Akteur nur in Notfällen intervenieren sollte" (Budde 2004, 72). Zum Zweiten stellt der sozialistische Diskurs der Politik in der Ostzone Deutschlands[23], der späteren DDR, einen zentralen Gegendiskurs dar (vgl. RG 1953, 35; RG 1963, 114, 118–22; RG 1965, 150, 173–5)[24] In diesem Gegendiskurs werden teilweise andere geschlechtliche Subjektpositionen hergestellt, insbesondere werden Mutterschaft und Erwerbsarbeit als miteinander vereinbar konstruiert. Sehr deutlich wird dies auch im 1. Familienbericht von 1968, in dem die uneheliche Mutterschaft, die in der DDR weit verbreitet ist, pauschal abgewertet wird[25]: „Die größte Gruppe der unvollständigen Familien bilden die unverheirateten Mütter mit ihren Kindern. (...) Sie gelten als milieugefährdet, weil die Mütter für die Erziehungsaufgaben vielfach zu jung sind" (1. FB 1968, 254). Auch in den bevölkerungspolitischen Argumentationen, die zunächst nicht zentral sind, findet sich ein weiterer Hinweis auf die Bedeutsamkeit der sozialistischen Gegendiskurse.[26] So soll ein quantitatives Bevölkerungswachstum als Schutz gegen den Osten dienen: „Millionen innerlich gesunder Familien mit einer gesunden Schar rechtschaffen erzogener Kinder sind als Sicherung gegen die drohende kommunistische Gefahr der kinderfreudigen Völker des Ostens mindestens so wichtig wie alle militärischen Sicherungen" (Wuermeling,

22 Mutterschaft wurde im Nationalsozialismus als wichtig für die Volksgemeinschaft angesehen und galt auch als zentral für das Wohlbefinden der individuellen Frau. 'Kinderlosigkeit' wurde, was vor diesem Hintergrund nicht weiter verwundert, problematisiert: „An der Kinderlosigkeit gehen Tausende von Frauen buchstäblich seelisch und körperlich zu Grunde" (Infodienst der NS-Frauenschaft, 8. Februar 1933, zitiert nach Horan 2003, 233). Zur Geburtenpolitik im Nationalsozialismus siehe Albanese 2006; Czarnowski 1989; Willenbacher 2007.

23 Zum Aufbau des sozialistischen Staates vgl. Kleßmann 1997.

24 Eine Auseinandersetzung mit diesem Gegendiskurs zeigt sich in den Regierungserklärungen der 1950er/60er Jahre immer wieder, z.B. „Die Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der kommunistischen Wirklichkeit gemacht hat, haben ihre Wirkung getan" (RG 1953, 35). Noch deutlicher ist dies bei Erhard, wo die DDR und der Kalte Krieg zum zentralen Thema werden. Auch bei Kiesinger sind die Ost-West-Beziehungen Thema, allerdings nicht mehr zentral (vgl. RG 1966, 197).

25 Über die Müttererwerbstätigkeit in der DDR heißt es: „Die hohe Fluktuation der Mütter am Arbeitsplatz zeigt, dass die Probleme der erwerbstätigen Mütter keineswegs gelöst sind" (1. FB 1968, 247).

26 Vinken hält den Gegendiskurs in der DDR sogar für zentral für die Entwicklung der bundesdeutschen Familienpolitik, insofern als die Familie in der BRD gegen den Eingriff eines totalitären Staates wie dem nationalsozialistischen, aber eben auch dem sozialistischen, geschützt werden sollte (vgl. Vinken 2007, 51).

zitiert nach Joosten 1990, 39). Ab Mitte der 1960er Jahre nahmen bevölkerungspolitische Argumentationen vor allem aufgrund des Arbeitskräftemangels an Bedeutung zu. Erste frauenpolitische Argumentationen, die Hinweise auf die wachsende Bedeutung der Frauenbewegungsdiskurse geben, finden sich in den familienpolitischen Diskursen erst ab Anfang/Mitte der 1960er Jahre.

Eine historische Kontextualisierung der in den Diskursen entworfenen geschlechtlichen Subjektpositionen verdeutlicht, dass sie durch eine umfangreiche Infrastruktur, bestehend aus wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen, Medien etc. gestützt werden, die Normverhalten belohnt und Abweichungen zum Teil stark sanktioniert. Wie sehr die Norm der heterosexuellen Kleinfamilie nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1960er Jahre zur Lebensrealität (gemacht) wird, zeigen einige Daten: Der Anteil der Verheirateten steigt bis 1966 auf 52,1 % für Männer und 47,1 % für Frauen an (1. FB 1968, 23; 1910 z.B. sind 36,2 % der Männer und 35,3 % der Frauen verheiratet), in der gleichen Zeit ist ein kontinuierlicher Anstieg der Geburtenhäufigkeit bis Mitte der 1960er Jahre zu verzeichnen (vgl. Schmidt 2002, 251).[27] Die gewünschte Kinderzahl steigt von 2,2 (1950) auf 2,6 (1958) an (1. FB 1968, 166). 1950 liegt die Erwerbstätigenquote bei verheirateten Frauen bei 25 %, die allgemeine Erwerbsbeteiligung von Frauen ist von 1950 bis 1970 leicht rückläufig (Schmidt 2002, 172).[28] Diese historische Phase kann demgemäß als 'goldenes Zeitalter' der Ehe und der traditionellen Kleinfamilie gelten. Die zunehmende Bedeutung des Drei-Phasenmodells Mitte der 1960er Jahre zeigt sich am steigenden Anteil der Menschen, die Teilzeit arbeiten: 1960 waren nur 8,6 % aller Arbeitnehmerinnen, 1970 schon 24,4 % und 1985 32 % Teilzeit arbeitend (vgl. Rodenstein u.a. 1996, 29). Ab Mitte der 1960er Jahre setzte der Geburtenrückgang ein (vgl. 5. FB 1994, 35), der aber zunächst durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und die höhere Geburtenquote der ausländischen Bevölkerung zumindest teilweise kompensiert wurde (vgl. 5. FB 1994, 35).

27 Das ist die Zeit der geringsten 'Kinderlosigkeit' in der Bundesrepublik Deutschland: Es bleiben etwa 13 % der 1945 geborenen Frauen und 15 % der 1950 geborenen Frauen ohne Kinder (vgl. Gerlach 2004, 56). Rund 8 % der Ehen bleiben 'kinderlos' (vgl. 1. FB 1968, 39). Dies entspricht auch den Einstellungen in der Bevölkerung damals: So wird die Ehe ohne Kinder in einer Umfrage von 1954 von 69 % der Befragten entschieden abgelehnt, nur 3 % befürworten diesen Lebensentwurf (vgl. 1. FB 1968, 36). Die 'Kinderlosigkeit' ist fast in allen Fällen ungewollt, nur 1 % geben an, dass sie keine Kinder wollen.

28 „Der Anteil der erwerbstätigen Frauen hat sich von 1907 bis 1961 nur ganz geringfügig erhöht" (1. FB 1968, 58). Die Müttererwerbstätigkeit verheirateter Mütter mit Kindern unter 14 Jahren steigt von 1950 bis 1965 um 77 % (vgl. 1. FB 1968, 58).

1.1.5 Zusammenfassung der Familienpolitik der 1950er/60er Jahre

Die Familie wird durch die Politik der 1950er/60er Jahre stark idealisiert und als Ort der Behaglichkeit und Schonraum vor dem Zugriff des Staates konstruiert. Ehe und Familie stehen in einem engen Verweisungszusammenhang. Die weibliche Subjektposition wird durch ihre Stellung zur Ehe/Familie (innerhalb–außerhalb/verheiratet–unverheiratet) definiert. Als Norm für die traditionelle Kleinfamilie gilt die männliche Versorgerehe mit ungleichen Rechten für Ehefrau und -mann. Diese Norm wird als präskriptive Erfüllungsnorm eingerichtet (vgl. Link u.a. 2003, 7) und durch ein umfangreiches Sanktions- und Anreizsystem gestützt. Die vorherrschende Subjektposition ist damit die Frau = Ehefrau = Mutter. Der Muttermythos ist wirksam: Mutterschaft gilt als natürliche Berufung der Ehefrau und die physische Versorgung steht im Vordergrund. Zu dieser Position existiert in dieser Zeit kein nennenswerter Gegendiskurs. Die weiterhin existierende weibliche Subjektposition der unverheirateten berufstätigen Frau wird als unfreiwillig markiert und gilt als Abweichung.

Die familienpolitischen Normen werden vorrangig durch familieninstitutionelle Argumentationen, die den Eigenwert der Familie herausstreichen, verbunden mit moralischen Argumentationen, begründet. Zudem werden die materiellen Unterstützungsleistungen mit sozialpolitischen Argumentationen legitimiert. Der Gegenstand 'Bevölkerung' wird zunächst nur marginal thematisiert und auf die historischen Begebenheiten zurückgeführt. Die quantitative Nachwuchssicherung gilt als natürliche Funktion der Familie. Dabei werden Ehe und Elternschaft eng verbunden, während Elternschaft außerhalb der Ehe als Abweichung gilt. In den 1960er Jahren gerät der Gegenstand 'Bevölkerung' durch den Arbeitskräftemangel verstärkt ins Blickfeld. Dies unterstützt eine leichte Verschiebung der vorherrschenden weiblichen Position, der Frau wird nun nach dem Drei-Phasenmodell temporäre Berufstätigkeit zugestanden.

1.2 Widersprüchliche Tendenzen in der Familienpolitik 1969 bis 1982 – „Mitbestimmung" der Frauen in der Gesellschaft und Verharren in der traditionellen Kleinfamilie

Schon in Brandts erster Regierungserklärung im Jahr 1969 wird die veränderte politische Stoßrichtung deutlich: Mitbestimmung und Mitverantwortung werden zu zentralen Begriffen.[29] In diesem Zusammenhang werden auch der Gegenstand 'Familie' und die Rolle der Frau umdefiniert:

29 „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitbestimmung fordert" (RG 1969, 206; vgl. auch RG 1969, 234; RG 1974, 310, 315). Diese allgemeine Stoßrichtung von Brandt wird von Schmidt fortgesetzt: „Die Pluralität von Weltanschauungen, von Werten, von Leitbildern, von Lebensstilen ist Voraussetzung für individuelle Freiheit" (RG 1976, 378; vgl. auch RG 1980, 25, 31f., 40f.).

> „Für die gesellschaftspolitischen Reformen und die moderne Gestaltung unserer demokratischen Industriestaaten will und braucht jede Bundesregierung eine starke Mitwirkung der Frauen. (...) Die notwendigen Konsequenzen werden gezogen werden, um den Frauen mehr als bisher zu helfen, ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen" (RG 1969, 225).

Auch die Frauen sollen in der Gesellschaft der späten 1960er und 1970er Jahre aktiv mitbestimmen und mitwirken. Frauenpolitische Argumentationen werden hier verstärkt verwendet und die gesellschaftliche Rolle der Frau in der öffentlichen und nicht mehr nur in der häuslichen Sphäre betont. Eine Verringerung der Geschlechterungleichheit wird angestrebt (vgl. RG 1969, 217; RG 1973, 307)[30], und es wird zunehmend auch die benachteiligte Stellung der Frauen in Bildung[31] und Beruf thematisiert und kritisiert (RG 1976, 363; RG 1980, 33, vgl. auch 38).[32]

Als zentrale weitere weibliche Subjektposition wird neben der Hausfrau die Frau mit Doppelorientierung auf Familie und phasenweise bzw. Teilzeit-Berufstätigkeit konstruiert. Hier zeigt sich eine Fortführung und Verstärkung des seit Mitte der 1960er Jahre thematisierten Drei-Phasenmodells für Frauen. Weibliche Berufstätigkeit, auch von Müttern, wird normaler, allerdings weiterhin nur als temporäre Teilzeitbeschäftigung.[33] Denn Müttererwerbstätigkeit wird weiterhin abgewertet, z.B. im 2. Familienbericht von 1974, in dem dargelegt wird, dass Müttererwerbstätigkeit schlecht für Kinder sei. Außerhäusliche Kinderbetreuung gilt nach wie vor als problematisch. So war das Modellprojekt 'Tagesmütter' der sozialliberalen Regierung ab 1974 sogar in den eigenen Reihen stark umstritten (vgl. Krause-Brewer

30 Schon in der RG 1969 wird erklärt, dass es einer Reform des Eherechts bedarf (vgl. RG 1969, 217; siehe auch RG 1973, 307). Außerdem wird ein Bedarf an Reformen, die über juristische Reformen hinausgehen (vgl. RG 1973, 307) konstatiert.

31 Das Thema 'Bildung', das schon unter Erhard und Kiesinger verstärkt aufgegriffen wurde, ist weiterhin zentral (vgl. RG 1968, 219; RG 1974, 316; RG 1976, 300). Auch der 2. Familienbericht widmet sich der Familie im „Erziehungs- und Bildungsprozess der nachwachsenden Generation" (2. FB 1975).

32 „Ein Wort zu den Frauen, die in unserer Gesellschaft noch zahlreichen Benachteiligungen ausgesetzt sind, die wir Schritt für Schritt weiter verringern, abbauen wollen. Im Arbeitsleben ist ein Mangel an Gleichberechtigung für die fast 10 Millionen erwerbstätigen Frauen offensichtlich. Häufig arbeiten sie in krisenanfälligen Berufen. Arbeitslosigkeit trifft sie häufig am ehesten und am längsten" (RG 1976, 363; siehe auch RG 1980, 33 und 38).

33 „Die weithin unzureichenden personalen Hilfen vor allem für berufstätige Mütter sind zu verbessern" (RG 1969, 225).Der Bedarf an Unterstützung von berufstätigen Müttern bei Erkrankung ihrer Kinder wird thematisiert (vgl. RG 1974, 319).

1993, 23; Pinl 2003, 7).[34] Nicht zuletzt der Begriff 'Tagesmütter' verdeutlicht, dass Müttern die alleinige Verantwortung für die Erziehung der Kinder nach wie vor zugeschrieben wird.[35]

Neben der physischen Mutterschaft wird die psychische Mutterschaft immer stärker betont. Die Qualität der Mutter wird zunehmend an der emotionalen Zuwendung und kognitiven Stimulierung gemessen (vgl. Schütze 1986, 105). Müttererwerbstätigkeit wird auf der Basis der Bindungstheorie als Mutterentbehrung verstanden (vgl. Schütze 1988, 124ff.) und gilt weiterhin als schädlich für die Kinder: „Die erwerbstätige Mutter verletzt die biologisch verankerte Bindung an das Kind und damit das Kind selbst" (Schütze 1988, 125). Mit dieser Verwissenschaftlichung kommt es zu ersten Rissen im Muttermythos, da nun die Mutter-Kind-Bindung nicht mehr vorrangig aus der Natur der Frau heraus erklärt wird, sondern aus der Natur des Kindes. Außerdem kommt es in den 1970er Jahren zu einer allmählichen Abkehr von der These einer alles entscheidenden Mutter-Kind-Bindung (vgl. Schütze 1986, 11) und die Bedeutung von Vätern wird vermehrt diskutiert. Leibliche Eltern gelten weiterhin als Hauptverantwortliche und es herrscht weiterhin die Vorstellung vor, dass Kinder in den ersten Kindesjahren eine Vollzeitmutter benötigen. Um Frauen mit älteren Kindern in der Wahrnehmung der Doppelrolle als Mutter und Erwerbstätige zu unterstützen, wird auf gleitende Arbeitszeit und Halbtagsarbeitsplätze gesetzt (vgl. RG 1976, 345). Gleichzeitig wird versucht, Hausarbeit und die Mutterrolle im politischen Diskurs aufzuwerten: „Mit der Kindererziehung, aber auch mit der Betreuung alter oder pflegebedürftiger Verwandter übernehmen viele Frauen Aufgaben, die der beruflichen Tätigkeit gleichwertig sind" (RG 1976, 364)[36]. Die Arbeit im privaten Bereich gilt auch hier als 'Frauenarbeit', deren Wert für die Gesellschaft betont wird.

Der Diskurs der 1970er Jahre zeichnet sich, wie schon deutlich wurde, durch eine stärkere Uneinheitlichkeit und Widersprüchlichkeit in Bezug auf die Wissensvorräte zu Ehe und Familie aus (vgl. RG 1980, 38).[37] So lässt sich einerseits eine Erweiterung

34 Auf die Frage, ob das Tagesmuttermodell nicht letztendlich zur Manifestierung des alten Familienideals diente, kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. Haas 1998, 149).

35 Diese Auffassung wird auch rechtlich gestützt; so erklärt das Bundesverfassungsgericht 1976: Die „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht" (Bundesverfassungsgericht, zitiert nach 5. FB 1994, 19).

36 „Leistungen der Frauen in der Familie müssen ebenso hoch bewertet werden wie Frauenarbeit im Beruf" (RG 1980, 38; vgl. auch 3. FB 1979, 182). 1972 sind von den verheirateten Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nur 37 % erwerbstätig (Schwarz 2007, 36).

37 Auch in der RG 1980 wird diese Widersprüchlichkeit nicht aufgelöst. Es wird weder ein Votum für noch gegen die Ehe vorgenommen. Die Bedeutung der Familie als „sozialer

des Familienbegriffs im Verlauf der 1970er Jahre konstatieren. Während in den ersten zwei Familienberichten noch das Ideal der traditionellen Kleinfamilie vertreten wird, was sich z.B. an der Verwendung des Terminus „unvollständige Familie" für Alleinerziehende zeigt (z.B. 1. FB 1968, 7; 2. FB 1975, 17), wird dieser Begriff im 3. Familienbericht von 1979 nicht mehr verwendet und der Familienbegriff wird erweitert, indem 'Familie' als eine durch Geburt oder Adoption von Kindern bestehende biologische oder soziale Kleingruppe definiert wird (3. FB 1979, 13).[38] Gleichzeitig lässt sich festhalten, dass die familienpolitischen Diskurse vielfach den traditionellen Normen verhaftet bleiben, z.B. indem wie im 2. FB die lebenslange eheliche Gemeinschaft zum Leitbild erklärt wird (vgl. Stellungnahme zum 2. FB 1975, VIII). Andere Lebensentwürfe gelten weiterhin als Abweichung und werden abgewertet. Dies belegt eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie von 1978, in der 35 % der Befragten Menschen ohne Kinder Egoismus vorwarfen und 90 % Ehepaaren ohne Kinder eine soziale Einstellung absprechen (vgl. Nave-Herz 1988, 83).

Eine zentrale Veränderung in der Familienpolitik besteht darin, dass vorher die Familie als Institution gestärkt wurde, während nun zumindest punktuell die Rechte der Einzelnen, vor allem der Frauen und Kinder gestärkt werden (vgl. Peil 1996, 7).[39] Damit ist auch eine gewisse Öffnung der Familie nach außen verbunden, z.B., indem öffentliche Beratungsstellen eingeführt werden, in denen Ehe- und Familienprobleme thematisiert werden können (vgl. Peil 1996, 7). Die Familie wird nicht mehr nur als Schonraum konzipiert[40], auch indem die Bedeutung von Gemeinschaft über Familie hinaus akzentuiert wird.[41]

und kultureller Mittelpunkt des Lebens" wird betont und es wird erklärt: „Der Staat hat die Familie nicht zu bevormunden, aber er hast sie zu schützen" (RG 1980, 38).

38 Auch im 2. Familienbericht wird der Kleinfamilienbegriff der 1950er/60er Jahre etwas erweitert, indem als eigene Kinder nicht nur biologische, sondern auch adoptierte Kinder gelten (vgl. 2. FB 1975, 17).

39 Dementsprechend werden in den RG von 1973 und 1974 auch zum ersten Mal kinderpolitische Argumentationen verwendet: „Recht des Kindes neu und besser zu ordnen" (RG 1973, 307; RG 1974, 318).

40 Auch der neue familienpolitische Schwerpunkt 'Bildungspolitik' in den 1970ern und Anfang der 1980er Jahre verdeutlicht die Abkehr vom Schonraum Familie. Denn es galt, die Sozialisation der Kinder nicht mehr allein den Eltern zu überlassen, um die „Vererbung sozialer Ungleichheiten" (Kaufmann 1978, 6, zitiert nach Peil 1996, 6) zu verhindern. Beim Thema 'Bildung' geht es auch um soziale Ungleichheit, z.B. im Bereich 'Ausbildungsgrad von Arbeiterkindern (RG 1976, 359, vgl. auch 345, 360f.; RG 1980, 38) oder um das Ziel der Abschaffung des Numerus Clausus und die Förderung der Gesamtschule (vgl. RG 1980, 38).

41 So zum Beispiel in der RG 1973 von Schmidt: „Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard. Sie ist Bereicherung über Einkommen und Konsum hinaus. Sie hängt immer mehr

Der Geburtenrückgang als Tatsache, aber nicht als Problem

Die Bevölkerungsentwicklung stellt ein zentrales Thema im 3. Familienbericht dar (vgl. 3. FB 1979, 17, 31), obwohl BevölkerungswissenschaftlerInnen bereits seit Anfang der 1970er Jahre vor einem zu erwartenden niedrigen Geburtenniveau warnen (vgl. Höhn 2007, 73).[42] Für den Geburtenrückgang werden „überzogene materielle Konsumansprüche" (3. FB 1979, 25), aber vor allem explizit Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit verantwortlich gemacht. Diese wird dabei durchgängig abgewertet (3. FB 1979, 31).[43] Zwar wird im 3. Familienbericht die demographische Entwicklung als ein zentrales Thema behandelt, aber in den Regierungserklärungen erhalten bevölkerungspolitische Argumentationen weiterhin keinen zentralen Stellenwert. Der demographische Wandel wird weiterhin einerseits naturalisiert, anderseits als Spätfolge der Weltkriege bezeichnet und damit als Tatsache erwähnt, nicht aber als Problem diskutiert (vgl. RG 1976, 358).[44] So erklärt die Bundesregierung 1977:

> Sie „teile die Auffassung der Opposition nicht, dass die sich abzeichnende Entwicklung der deutschen Bevölkerung Anlass zu größter Besorgnis gäbe. Übereilte Maßnahmen seien nicht angebracht. Die Bundesregierung betont das Menschrecht der freien Entscheidung über die Zahl der Kinder" (Bundesregierung 1977, zitiert nach Schubnell 1978, 16).

Kinder zu bekommen wird hier indirekt naturalisiert, indem nur die Frage nach der Zahl der Kinder gestellt wird, nicht aber, ob jemand überhaupt Kinder bekommen möchte. Bevölkerungssteuerungspolitik wird hier abgelehnt.

---

davon ab, wie viel gute Nachbarschaft es bei uns gibt und was die Gemeinschaftseinrichtungen zu leisten vermögen" (RG 1973, 296).

42 In den späten 1970er Jahren und Anfang der 1980er Jahre gab es einen umfangreichen Mediendiskurs zum so genannten 'Pillenknick' und es wurde damals schon erklärt, die Deutschen würden aussterben. Dieser Diskurs hatte aber laut dem Bevölkerungswissenschaftler Höhn keine politischen Folgen (vgl. Höhn 2007, 79).

43 „Der Staat wäre (...) legitimiert einzugreifen, (...) wenn die Wirkungen der individuellen Entscheidungen mit gesellschaftlichen und/oder gesamtwirtschaftlichen Zielen nicht zu vereinbaren sind. In diesem Zusammenhang wäre in erster Linie die Auswirkung einer verstärkten Erwerbstätigkeit auf das Geburtenverhalten zu untersuchen. Könnte man nachweisen, dass die verstärkte Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen während der Zeit, in der die größte Zahl der Kinder geboren wird, zu einem Geburtenrückgang führt, der die Erhaltung der Bevölkerungszahl in Frage stellt, wäre der Staat legitimiert, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken" (3. FB 1979, 31). Müttererwerbstätigkeit gilt hier als wirtschaftlich begründet: „Sollen wir nicht annehmen, dass eine so wohlhabende Gesellschaft, wie die unsrige es den Müttern ersparen könnte, erwerbstätig zu sein" (3. FB 1979, 57).

44 „Seit mehr als zehn Jahren ist die Zahl der Geburten rückläufig. Zugleich sind einzelne Altersgruppen sehr unterschiedlich besetzt. Zusammen mit den Spätfolgen der beiden Weltkriege verursacht dies erhebliche Schwankungen im Bevölkerungsaufbau" (RG 1976, 358).

1.2.1 Familienpolitische Maßnahmen: Zwischen Wandel und Erstarrung

Einerseits der Wandel, anderseits die Stabilität der Anreiz- und Anrechtsstrukturen in den 1970er Jahren verdeutlichen abermals die Ambivalenzen in Bezug auf eine grundlegende Reform der Familien- und Geschlechterverhältnisse. Einerseits werden mit der Reform des Ehe- und Familienrechts im Jahr 1976 wichtige Schritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit unternommen.[45] Die frauenpolitischen Argumentationen stellen damit nicht nur Rhetorik dar, sondern die rechtliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern wird weitgehend aufgehoben.[46] Insbesondere ist die Erwerbstätigkeit der Ehefrau damit nicht mehr vom Einverständnis ihres Ehemannes abhängig. Insgesamt erhöht sich der Anteil weiblicher Erwerbstätiger an allen Erwerbspersonen von 1950 bis 1983 allerdings lediglich geringfügig von 36,1 % auf 38,9 % (vgl. Bertram/Borrmann-Müller 1988, 252). Außerdem wird eine eigenständige Absicherung von Ehefrauen – nicht jedoch von Frauen allgemein – vorangetrieben, z.B. durch die Öffnung der Rentenversicherung und die Anrechnung der Ausfallzeiten durch Kinderbetreuung (vgl. RG 1974, 318f.; RG 1976, 364). Weitere Beispiele für den Wandel sind die Aufhebung der rechtlichen Ungleichbehandlung unehelicher Kinder im Jahr 1969 wie auch andere Maßnahmen, durch die Alleinerziehende gezielt unterstützt werden sollen, z.B. durch eine Wohngeldanpassung (RG 1976, 363). Damit reagiert die Politik auf die seit Ende der 1960er Jahre wachsende Scheidungsrate und die steigende Zahl 'unehelicher' Kinder.

Anderseits bestätigen verschiedene Maßnahmen, wie zum Beispiel das Erziehungsgeld oder Wiedereingliederungshilfen für 'ältere Familienhausfrauen' (vgl. 3. FB 1979, 62) die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit. Dies zeigt sich zudem am 1979 eingeführten 'Mutterschaftsurlaub', den nur Mütter nehmen können, nicht aber Väter. Auch die außerfamiliäre Kinderbetreuung wird kaum ausgebaut, wie die Zahlen belegen: So sind 1982 in Westdeutschland von den 0–3-Jährigen nur 2 % in Betreuungseinrichtungen untergebracht (vgl. Peil 1996, 7). Der Anteil der verheirateten Frauen, die erwerbstätig sind, steigt deutlich, allerdings sind 1983

---

45 Als zentrale Schritte können dabei die Einführung des Zerrüttungsprinzips und der Versorgungsausgleich gelten; zudem werden die ehelichen Rechte und Pflichten weitgehend geschlechtsneutral formuliert (vgl. Berghahn 1993, 85). Wie umstritten diese Reform damals war, zeigt sich auch daran, dass bereits 1970 Empfehlungen zur Reform des Ehe- und Familienrechts von einer Sachverständigenkommission vorgelegt wurden und die parlamentarischen Beratungen sich über drei Jahre hinzogen (vgl. Borowsky 1998b, 35).

46 Ab 1975 werden außerdem sukzessive weitere rechtliche Reformen verabschiedet, u.a. auch mehrere Richtlinien z.B. zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (vgl. Ostner 2006, 176). Allerdings bleiben im Arbeitsrecht weiterhin tradierte geschlechtsspezifische Normen bestehen, deren Änderung auf Initiative der EG erst Mitte der 1980er Jahre in Angriff genommen wird (vgl. Willensbacher 1988, 141).

rund 60 %, der erwerbstätigen Mütter teilzeitbeschäftigt (vgl. Bertram/Borrmann-Müller 1988, 253).

Die Ambivalenzen der familienpolitischen Diskurse werden auch an der Entwicklung des § 218 deutlich, dessen Reform in den 1970er Jahren stark umstritten ist. 1974 wird mit knapper Mehrheit die so genannte Fristenlösung, die Straffreiheit für eine Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate vorsieht, beschlossen. Bisher galt ein generelles Abtreibungsverbot (außer im Falle einer medizinischen Indikation) (vgl. Niehr 1993, 326–36). 1975 wird das neue Gesetz vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. 1976 wird die so genannte Indikationenlösung eingeführt, in der der Schwangerschaftsabbruch weiterhin unter Strafe gestellt ist, jedoch Abbrüche, wenn sie medizinisch oder sozial indiziert sind, legalisiert werden (vgl. Niehr 1993, 329f.). Die materielle Förderung der Familien bleibt weiterhin wichtig, wie z.B. an der Reform des Kindergeldes 1976 deutlich wird (vgl. RG 1969, 225; RG 1974, 314).[47]

1.2.2 Sozialistische und emanzipatorische Gegendiskurse

Der sozialistische Gegendiskurs bleibt in den 1970er Jahren weiterhin bedeutsam (vgl. z.B. RG 1973, 285, 287–90). Als zentrale Gegendiskurse der 1970er Jahre können außerdem die Diskurse der Studierenden- bzw. vor allem der Frauenbewegung gelten. Ehe und Familie werden in diesen Diskursen als Institutionen der Unterdrückung der Frau markiert (vgl. Höhn 2007, 79).[48] Die Widersprüchlichkeit im familienpolitischen Diskurs bezüglich der Geschlechterleitbilder und -rollenbilder lässt sich auch auf den von der Neuen Frauenbewegung ausgelösten Diskurs über andere Frauenbilder zurückführen (vgl. Nave-Herz 2004, 80; Burkhart 2007, 409).[49] Mit der Betonung der eigenständigen Sicherung von Frauen und der Reform des Ehe- und Familienrechts greifen die familienpolitischen Diskurse zentrale Forderungen der Gegendiskurse nach einem Recht der Frauen auf mehr Selbstbestimmung über

47 Von 1972 bis 1982 ist Huber Familienministerin, allerdings sind in Zeiten des „Spardiktates (…) die Erhöhungen von Kindergeld und Wohngeld nur möglich mit einer fühlbaren und sehr unpopulären Erhöhung der Mehrwertsteuer“ (Krause-Brewer 1993, 25). 1982 tritt Huber aus politischen Gründen zurück und die restliche Zeit war Fuchs Familienministern, sie konnte aufgrund der Finanzsituation und der Kürze ihrer Amtszeit wenig erreichen. Neben dem Kindergeld wird auch abermals die Wohnungsversorgung für kinderreiche Familien angesprochen (vgl. RG 1976, 376; RG 1980, 35).

48 Daraus folgt auch eine semantische Modernisierung, z.B. wird in der Bevölkerungsstatistik der Begriff „unvollständige Familie“ durch Ein-Eltern-Familie ersetzt (vgl. Höhn 2007, 79).

49 Ausführlich zur Entstehung und Entwicklung der Neuen Frauenbewegung vgl. Riedmüller 1988; Nave-Herz 1997, 53–85.

das eigene Leben auf.[50] Die teilweise in den emanzipatorischen Gegendiskursen vertretene Abwertung von Mutterschaft, die als Unterdrückung der Frau über ihren Körper verstanden wird (vgl. Kahlert 2006, 304)[51] und auch die Abwertung der Ehe werden im familienpolitischen Diskurs hingegen nicht aufgegriffen. Das von der Frauenbewegung geforderte Recht auf selbstbestimmte weibliche Sexualität[52], vor allem die geforderte Abschaffung des § 218 wird im familienpolitischen Diskurs thematisiert. Aber die schon dargestellte schwierige Umsetzung der Reform von § 218 verdeutlicht die Ambivalenzen im hegemonialen Diskurs und letztlich wird mit der Indikationslösung keine Legalisierung erreicht.

1.2.3 Zusammenfassung der Familienpolitik der 1970er Jahre

Der Gegenstand ‘Familie’ wird durch die Politik der 1970er Jahre nicht mehr wie in den 1950er/60er Jahren als Schonraum konstruiert, sondern mit dem Begriff der Mitbestimmung wird die gesellschaftliche Rolle des Einzelnen, auch der Frau, betont. Damit werden neben sozialpolitischen auch frauenpolitische Argumentationen bedeutsam.

Das vorherrschende weibliche Leitbild wandelt sich von der reinen Familienorientierung hin zur Doppelorientierung auf Familie und Teilzeit-Beruf.[53] Dies lässt sich auch auf die emanzipatorischen Gegendiskurse zurückführen. Erst in den 1970er Jahren setzt sich die kontinuierliche Erwerbstätigkeit für Frauen mit älteren Kindern allmählich durch (vgl. Rodenstein u.a. 1996, 28). Die Doppelorientierung bedeutet jedoch nicht, dass Frauen im häuslichen Bereich weniger Verantwortung übernehmen sollen. Mutterschaft wird weiterhin, zumindest bei Vorhandensein von

50 Frauen wollten nicht mehr nur für andere da sein. „Der Anspruch, den die Neue Frauenbewegung Mitte der 60er Jahre formuliert, dringt in den 70er und 80er Jahren in breitere gesellschaftliche Bereiche vor“ (Beck-Gernsheim 1997, 86; vgl. 3. FB 1979). Allerdings ergibt sich aus diesem Vordringen und der zunehmend breiten politischen Zustimmung nicht gleichermaßen eine ähnlich weitreichende Veränderung der Praxis. Die soziale Lage der Frauen in der Bundesrepublik verändert sich nur sehr langsam (vgl. Riedmüller 1988).

51 Die Frauenbewegung tritt den Kampf gegen den Weiblichkeitswahn und auch gegen den ‘Muttermythos’ an, also gegen das „Leitbild, das Mutterschaft als Erfüllung und eigentlichen Inhalt eines Frauenlebens ansieht“ (Beck-Gernsheim 1997, 7). Die Freisetzung der Frau aus der Familie und oft auch vom Kind sind Forderungen von Teilen der Frauenbewegung (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 7). In den 1970er Jahren existiert eine kurze Phase in der Frauenbewegung, in der es in einigen Kreisen als Tabu gilt, einen ‘Kinderwunsch’ zu äußern (vgl. Herwartz-Emden 2002, 133), da die Verweigerung als Negation der traditionellen Frauenrolle verstanden wird (vgl. Schmitz-Köster 1987, 37).

52 Berühmt geworden ist die Kampagne „Wir haben abgetrieben“ im Stern im Jahr 1971 (vgl. Haas 1998, 133; Beck-Gernsheim 1997, 7).

53 Ausführlich zur Problematik der Doppelorientierung vgl. Feldmann-Neubert 1991.

kleinen Kindern, als 'Vollzeitmutterschaft' konstruiert, die mit Erwerbstätigkeit unvereinbar ist. Dabei wird zunehmend nicht nur die physische, sondern auch die psychische Versorgung der Kinder betont. Die Selbstaufgabe, der Verzicht der Mutter, wird damit nicht mehr mit der Natur der Mutter begründet, sondern mit der Natur des Kindes, die dies erfordert. Bei dieser Verschiebung handelt es sich um eine tief greifende Transformation der Legitimationsweise der Mutterschaftsnorm. Durch die Verwissenschaftlichung wird der Mythos der Mutterschaft im Kern geschwächt, weil jetzt nicht mehr die Frau, sondern das Kind im Mittelpunkt der Mutter-Kind-Bindung steht. Die Verantwortung der Frau für die Reproduktionsarbeit wird weiterhin als selbstverständlich gesetzt. Für Frauen wird als zweite Subjektposition die unfreiwillig Alleinerziehende konstruiert. Dabei handelt es sich allerdings um eine abgewertete Position.

Das diskursive Wissen um die geschlechtliche Arbeitsteilung und Elternschaft zeichnet sich durch Widersprüchlichkeit aus: Einerseits wird Familie in den Wissensvorräten der 1970er und frühen 1980er Jahre weniger betont als in den Jahrzehnten davor und es kommt zu einer teilweisen Öffnung der privaten Kleinfamilie und einer Erweiterung des Familienbegriffs. Dies zeigt sich auch in den familienpolitischen Maßnahmen wie der Reform des Ehe- und Familienrechts. Damit verändern sich die Normen von präskriptiven zu deskriptiven Normen, denn es bedarf jetzt einer inhaltlichen Erläuterung, weshalb der Familie ein zentraler Stellenwert zukommt (vgl. Link u.a. 2003, 7). Gleichzeitig kann nur von einer teilweisen Neuorientierung in der Familienpolitik gesprochen werden, da die traditionelle Kleinfamilie nach wie vor im Zentrum steht, die Zuständigkeit der Frauen für die Haus- und Familienarbeit erhalten bleibt, Müttererwerbstätigkeit abgewertet wird und die außerhäusliche Kinderbetreuung nur geringfügig ausgebaut wird.

Die Frage der Bevölkerungsentwicklung wird thematisiert, aber nicht problematisiert, im Gegenteil: Es wird deutlich gemacht, dass es keiner Bevölkerungssteuerungspolitik bedürfe. Elternschaft wird weiterhin naturalisiert und eng an die Ehe geknüpft. Menschen ohne Kinder stellen im Diskurs nach wie vor eine Leerstelle dar und werden nur implizit angesprochen und abgewertet, indem ihnen Erwerbs- und Konsumorientierung zugeschrieben wird.

Neben dem sozialistischen Gegendiskurs spielen vor allem emanzipatorische Gegendiskurse eine zentrale Rolle. Einige zentrale Forderungen werden familienpolitisch aufgegriffen und umgesetzt, andere sind stark umstritten und werden nicht oder nur teilweise umgesetzt, wie z.B. die Reform des § 218.

1.3 Die Familie als das „menschliche Gesicht" – Familienpolitik 1982 bis 1998

1.3.1 Die 1980er Jahre: Versuch der Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Normen

In den Regierungserklärungen der 1980er Jahre wird ausdrücklich an die Diskurse der 1950er Jahre angeknüpft, es gilt, die (christlichen) Werte und Tugenden wiederaufleben zu lassen (vgl. RG 1983, 56).[54] Es bedürfe einer geistigen Erneuerung, die in einer Rückbesinnung auf „menschliche Werte, auf Tugenden und Bindungen" (RG 1982, 7225) bestehe, denn „viele Menschen leiden heute weniger an materieller Armut, sie leiden an Einsamkeit, Mangel an Geborgenheit und Mitmenschlichkeit" (RG 1982, 7225). Dabei wird dem Gegenstand 'Familie' abermals eine zentrale Rolle zugeschrieben[55], jedoch werden keine Anforderungen an kollektive Akteure formuliert. Dies ist ein Aspekt der folgenden übergeordneten politischen Stoßrichtung: „Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zu persönlicher Leistung" (RG 1982, 7215). Leistung wird in den 1980er/90er Jahren zu einem Prinzip erhoben, das nicht nur in der Marktsphäre gilt, sondern auch den Wohlfahrtsstaat durchzieht, verbunden mit einer Individualisierung von Verantwortung. Familie wird jenseits dieser Prinzipien konstruiert; dort gelten Werte wie Opferbereitschaft und Toleranz: Hier „lernen die Menschen Tugenden und Verhaltensweisen, die unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht geben" (RG 1982, 7226 bzw. vgl. RG 1983, 62).[56] Die Familie wird dabei stark überhöht: „Gerade im Zusammenstehen der Generationen, im Füreinander in Notsituationen, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit erweist sich die Kraft der Lebensgemeinschaft Familie. Sie kann hier mehr leisten als jede staatliche, öffentliche Hilfe allein vermag" (RG 1982, 7227).[57] Hier wird ein vormodernes Familienmodell aufgerufen, das in Krisenrhetorik („Zusammenstehen") verbunden mit religiös konnotiertem Vokabular („Kraft der Lebensgemeinschaft") angepriesen wird.[58] Die Rolle der Familie

54 Dies wurde unter dem Stichwort 'geistig-moralische Wende' bekannt.

55 Der Gegenstand 'Familie' gewinnt politisch an Bedeutung. Dies zeigt sich auch darin, dass Familienpolitik Anfang der 1980er Jahre als Wahlkampfthema von der CDU und CSU ausgewählt wird (vgl. Höhn 2007, 78).

56 „Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie" (RG 1983, 62; vgl. auch RG 1987, 61).

57 Diese Vorstellungen tauchen im 4. Familienbericht wieder auf. „Das Leistungspotential der Familie" soll gestärkt werden, durch „Förderung der Selbsthilfe (Hilfe zur Selbsthilfe)" (4. FB 1986, 18). Oder an anderer Stelle z.B. werden das 'Bevorzugen der kleinsten Einheit' und der ''kalte' Sozialstaat' erwähnt (vgl. 4. FB 1986). Wohingegen das Thema 'Gerechtigkeit' nicht erwähnt wird, stattdessen werden die „Möglichkeiten zur Unterstützung von Familien" als „weitgehend ausgeschöpft" beschrieben (vgl. 4. FB 1986, 14).

58 Unter 'Familie' wird dabei weiterhin die 'biologische' Familie verstanden. Dies zeigt sich auch im 4. Familienbericht von 1986, in dem zwar der Begriff 'erweiterte Familie'

wird damit anders und letztlich stärker überhöht als in den frühen Diskursen der 1950er Jahre: Während im frühen Diskurs vor allem die familieninstitutionelle Argumentation bemüht wird, in der die Institutionen Ehe und Familie als Eigenwerte (Behaglichkeit) entworfen werden, rückt im Diskurs der 1980/90er Jahre die gesellschaftspolitische Argumentation – Familie als (mit-)menschlicher Ausgleich in der Leistungsgesellschaft – ins Zentrum. Diese Argumentation ist breiter angelegt und betont „den Beitrag familialer Leistungen für alle Gesellschaftsbereiche" (Kaufmann 1993, 143). Anders als im Diskurs der 1950er/60er Jahre, wo Ehe und Familie als durch Sanktionen unterstützte präskriptive Erfüllungsnormen (vgl. Link u.a. 2003, 7) entworfen werden, bedarf es aber vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Lebensformen und Normen einer inhaltlichen Erläuterung, weshalb der Familie ein zentraler Stellenwert zukommt.

Die 'unbestimmte' Frau

Es kommt in den vorherrschenden politischen Wissensvorräten zu einer gewissen Aufweichung des Hausfrauenmodells und damit zu einer Abkehr von der eindeutigen präskriptiven Erfüllungsnorm der 1950er/60er Jahre: „Unsere freiheitliche Gesellschaft (...) kennt kein bestimmtes Leitbild der Frau, weder das der Hausfrau noch das der berufstätigen Frau" (RG 1982, 7226). Das unbestimmte Frauen-Leitbild ist dabei aber kein weder-noch-Leitbild, sondern eher ein sowohl-als-auch-Leitbild, das Frauen erstmalig per se eine Doppelorientierung auf Familie und Beruf zuschreibt. Die Uneindeutigkeit zeigt sich auch darin, dass einerseits versucht wird, den 'Emanzipationswünschen' der Frauen (wieder) eine 'neue' Richtung zu geben. So proklamiert die CDU schon 1981: 'Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit' und 'Mutterarbeit führt zur Selbstverwirklichung der Frau' (vgl. Vinken 2007, 80).[59] Der Familienarbeit von Frauen soll mehr Anerkennung zuteil werden, sie sollen ihre Selbstverwirklichung innerhalb der Familie finden und nicht im Beruf. Anderseits wird ab Mitte der 1980er Jahre wieder, wie schon in den 1970er Jahren, verstärkt auf die Doppelorientierung von Frauen gesetzt, auch insofern, als eine verstärkte Werbung für Teilzeitarbeit für Frauen lanciert wird (vgl. RG 1987, 56). Dazu gehört auch das modifizierte Drei-Phasenmodell für Frauen, das auch Müttern nach einer längeren Kinderphase wieder Erwerbstätigkeit vorrangig in Teilzeit ermöglicht. Um

verwendet wird, mit dem aber nur die gradlinig miteinander verwandten, gegenseitig rechtlich auch zu Unterhalt verpflichteten Personen gemeint sind (vgl. 4. FB 1986, 14f.). Der Familienbegriff wird hier nach wie vor hauptsächlich auf biologische Verbindungen reduziert und z.B. Patchwork-Familien werden nicht mit einbezogen. Zudem kommt es zu einer Abwertung anderer Lebensformen (vgl. 4. FB 1986, 14).

59 Ehe und Familie stehen nach wie vor unter dem Schutz des Gesetzes und werden als „grundlegende Instanzen der Gesellschaft" betrachtet (Bundesministerium des Innern 1993, 10, zitiert nach Peil 1996, 14).

die Doppelorientierung für Frauen zu unterstützen, kommt das Thema 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen' auf die Agenda (vgl. RG 1987, 61).[60] Die gestiegene Bedeutung der Doppelorientierung hat auch mit den ökonomischen Verhältnissen zu tun, da ein einziges Einkommen vielfach nicht mehr ausreicht, um den Familienunterhalt zu sichern. Müttern wird allerdings weiterhin die Verantwortung für die Kindererziehung zugewiesen und sie sollen ihre Interessen denen des Kindes unterordnen. Dies wird jedoch nicht mehr vorrangig mit der Natur der Kinder begründet, die dies erfordert, sondern mit einem rationalen Kalkül der Mütter, die dafür verantwortlich sind, den Kindern die besten 'Startchancen' zu geben.[61] Außerfamiliäre Einrichtungen, wie Schule oder Kindergarten, können und sollen nach Familienministerin Süssmuth die „primäre Bezugsgruppe nicht ersetzen. (...) Eltern wollen den Erziehungs- und Bildungsauftrag an ihren Kindern, soweit er in ihre Zuständigkeit fällt, selbst wahrnehmen" (Süssmuth 1981, 407, zitiert nach Ostner 2006, 181). Konkret forderte sie z.B., die außerhäusliche Betreuung auf maximal sechs bis sieben Stunden pro Tag zu begrenzen (vgl. Ostner 2006, 182), bei gleichzeitiger Kürzung der Erwerbszeiten, damit eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich werde. Es kommt damit zu einer Modifizierung des Familienernährermodells hin zu einem Familienernährer/Zuverdienerinmodell. Die vorherrschende weibliche Subjektposition ist die der Ehefrau und Mutter, die phasenweise in Teilzeit erwerbstätig ist. Eine weitere abweichende weibliche Subjektposition ist die alleinstehende Mutter. Um diese Frauen muss sich der Staat nach wie vor kümmern (vgl. RG 1983, 62).

Der Lebensentwurf ohne Kinder als eine Abweichung und der demographische Wandel als marginales Problem

Lebensentwürfe ohne Kinder werden im familienpolitischen Diskurs der 1980er Jahre meist nur implizit thematisiert. Dies wird z.B. im 4. Familienbericht deutlich (vgl. 4. FB 1986, 15).[62] Hier werden Menschen ohne Kinder angesprochen, sie haben „das Schicksal, das letzte Glied einer Herkunftsfamilie zu sein und möglicherweise eines Tages keine noch lebenden Familienangehörigen mehr zu haben, so dass Hilfe

60 Im Zusammenhang mit Vereinbarkeit ist hier nur von Frauen und von Müttern die Rede (vgl. RG 1987, 61).

61 So werden 1980 in einer Studie über 1000 Mütter befragt und 50 % erklären, sie möchten während der ersten Lebensphase der Kinder nicht berufstätig sein (vgl. Schütze 1988, 133).

62 „Je älter ein Mensch wird, umso vielfältiger können nämlich die familialen Bindungen sein. Aber sie können auch beschränkt bleiben auf die Herkunftsfamilie, und nicht wenige Menschen haben das Schicksal, das letzte Glied einer Herkunftsfamilie zu sein und möglicherweise eines Tages keine noch lebenden Familienangehörigen mehr zu haben, so dass Hilfe und Unterstützung sowie Anteilnahme aus dem erweiterten familialen Netzwerk nicht verfügbar sind" (4. FB 1986, 15).

und Unterstützung sowie Anteilnahme aus dem erweiterten familialen Netzwerk nicht verfügbar sind" (4. FB 1986, 15). Fertilität wird hier als Normalität konstruiert, 'Kinderlosigkeit' als ein wenig erstrebenswertes „Schicksal", eine Abweichung oder sogar ein schweres Unglück. Außerdem klingt an, dass 'Kinderlose', so könnte man zugespitzt sagen, einsam sind, denn Hilfe, Unterstützung und Anteilnahme seien für diese Menschen nicht verfügbar.

Der Gegenstand 'Bevölkerung' wird in den 1980er Jahren, wie z.B. in der RG 1987, nur kurz angesprochen, wenn es heißt, die Folgen der „gewaltigen Umbrüche in der Bevölkerungsentwicklung" müssen bewältigt werden (RG 1987, 52)[63]. Demographie wird vor allem als ökonomisches Problem zu einem Gegenstand des Diskurses, z.B. heißt es, durch eine sinkende Zahl der Kinder werde „die wirtschaftliche Leistungskraft der Familie geschwächt" (RG 1982, 7219; RG 1983, 61). Allerdings wird dies weiterhin als bevölkerungspolitische Argumentation im Sinne einer quantitativen Nachwuchssicherung erwähnt (vgl. Kaufmann 1993) und nicht wie später nach 2000 als Problem der qualitativen Nachwuchssicherung. Außerdem werden keine konkreten bevölkerungspolitischen Maßnahmen entwickelt – auch weil das 'Kinderkriegen' weiterhin naturalisiert wird.

1.3.2 Die 1990er Jahre: Keine Wende in der Familienpolitik durch die deutsche Vereinigung

Mit der deutschen Vereinigung hat sich die diskursive Ordnung geändert. Der westdeutsche Regierungsdiskurs wird zum hegemonialen Diskurs im vereinigten Deutschland. Denn es kommt nicht zu einer 'Vereinigung der Werte', sondern zu einer Übertragung der bundesrepublikanischen Werte auf Gesamtdeutschland, während die DDR-Werte pauschal abgewertet werden. So spricht Kohl von der „Erblast aus 40 Jahren Sozialismus und Kommunismus" (RG 1991,70). An anderer Stelle heißt es: „Die Diktatur der SED hat gerade auch in den Herzen der Menschen Wunden geschlagen. Gezielt versuchten die kommunistischen Machthaber, Menschen gegeneinander auszuspielen, Vertrauen zu zerstören und Hass zu säen" (RG 1991, 79). Das Vokabular erinnert hier an Bibelerzählungen („Wunden schlagen", „Hass säen") und der SED-Staat wird zum Teufel. Hier wird weiterhin die DDR als Gegendiskurs aufrechterhalten.[64] Das Ziel der deutschen Vereinigung ist: „gleiche Lebensverhältnisse für die Menschen in ganz Deutschland herbeizuführen" (RG 1991, 70; vgl. BMJFFG 1991, 5). Weiterhin werden die Bedeutung von Eigenverantwortung, Leistung und des „schlanken Staates" betont (RG 1994, 40).[65]

Die Übertragung der bundesrepublikanischen Werte betrifft auch die Konzeption von Familie und die Position von Frauen. Die Bedeutung der Kleinfamilie wird auch in den 1990er Jahren betont und sie wird als Norm bestätigt (vgl. BMJFFG 1991, 5).[66] Andere Lebensentwürfe werden hingegen teilweise explizit abgewertet (vgl. BMJFFG 1991, 5).[67] Eine Veränderung stellt die leichte Abkehr von der Fokussierung auf die Ehe dar, indem eheähnliche Partnerschaften mit Kindern zunehmend auch als Zielgruppe von Familienpolitik wahrgenommen werden (vgl. BMJFFG 1991, 66). Alleinerziehende werden aufgewertet und es wird betont, dass der Staat zwar besser für sie sorgen muss, aber dabei keinesfalls eheähnliche Lebensgemeinschaften benachteiligen darf (vgl. BMJFFG 1991, 47). In den Regierungserklärungen wird von einer Fortschreibung der westdeutschen Geschlechterordnung ausgegangen – während die Konfrontation zweier unterschiedlicher Geschlechterordnungen, zu

63 „Auf uns kommen schwerwiegende Belastungen zu. Vom Geburtenrückgang sind so unterschiedliche Bereiche wie Alterssicherung und Bildungswesen, wie Wohnungsmarkt und die Personaldecke unserer Bundeswehr betroffen. Auch die Umkehrung der Altspyramide und die bevorstehende Überalterung stellen unsere Gesellschaft vor völlig neue Aufgaben" (RG 1987, 52). Dabei findet sich nur ein einziger Hinweis darauf, wie dieser Entwicklung begegnet werden sollte: Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche soll gesenkt werden (vgl. RG 1987, 53). Familienminister Geißler kritisierte schon früher die Bagatellisierung des Geburtenrückgangs; er interpretierte sie im Kontext von steigender Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. Ostner 2006, 179).

64 Auch im Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen „Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland" von 1991 (BMJFFG 1991), in dem ein Vergleich der Familienpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, ihrer Leitbilder und konkreten Leistungen und Leistungssysteme, allerdings aus westdeutscher wertkonservativer Perspektive vorgenommen wird (BMJFFG 1991, 20–41), wird überdeutlich, wer sich an wen in welchen Punkten angleichen soll: Eine einzige Leistung der DDR-Familienpolitik wird angeraten zu übernehmen, der so genannte Hausarbeitstag für erwerbstätige Mütter und Väter, ansonsten gilt die Familienpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihre praktische Ausgestaltung als Modell (vgl. BMJFFG 1991, 53).

65 Vgl. auch RG 1991, 67, 71–2, 75, 78. Die Regierungserklärung von 1994 unterscheidet sich von den vorhergehenden vor allem durch ihre Kürze und dadurch, dass sie sich vorrangig dem Thema 'Wiedervereinigung', bzw. dem seitdem Erreichten, widmet. Ansonsten wird erneut dieselbe Stoßrichtung vertreten (vgl. RG 1994, 37).

66 Diese Stabilität gilt, auch wenn gleichzeitig immer wieder die Bedeutung der Pluralität der Werte und Normen betont oder der Bedarf der Offenheit der Rollen von Frauen und Männern hervorgehoben wird (vgl. BMJFFG 1991, 12). Auch in Bezug auf Lebensrealitäten in Westdeutschland kann nur bedingt von einer Pluralisierung der Lebensverhältnisse in den 1990er Jahren gesprochen werden: Laut Mikrozensus wachsen Mitte der 1990er Jahre nahezu 90 % der Kinder mit zwei Elternteilen auf, allerdings sind hier die Zahl der „Stiefelternverhältnisse", wie es im 5. FB genannt wird, mit enthalten (vgl. 5. FB 1994, 55). Mit dem Begriff 'Stieffamilien' werden so genannte Patchwork-Familien bezeichnet (vgl. 5. FB 1994, 62).

67 „Es gibt keine andere Form menschlichen Zusammenlebens, die in gleicher Weise den Grundbedürfnissen der Menschen Rechnung trägt und gleichzeitig die Grundlagen für eine humane Gesellschaft und deren Zukunft legt" (BMJFFG 1991, 5; vgl. auch RG 1994, 38, 39).

der es im Zuge der Vereinigung kam, eine Leerstelle im familienpolitischen Diskurs bleibt (vgl. Nickel 1999 und 2001). Auch im Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen von 1991 wird eine Angleichung an das Familienernährer/Zuverdienerinmodell angenommen und gewünscht (vgl. BMJFFG 1991, 34).[68] Das Ziel der Vollzeitelternschaft bzw. -mutterschaft für die ersten drei Lebensjahre der Kinder wird dabei bestätigt (vgl. BMJFFG 1991, 54). Es wird als selbstverständlich angenommen, dass Frauen als Mütter eine Familienphase einlegen. Die emotionale und psychische Förderung von Kindern durch ihre Eltern gilt als zentral, gestärkt durch den aufkommenden Humankapitaldiskurs, auf den nachfolgend noch näher eingegangen wird. Nur vereinzelt wird auch von einer Doppelorientierung von Männern gesprochen (vgl. 5. FB 1994, 18). Um die Doppelorientierung für Frauen zu ermöglichen, wird auf bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vor allem durch Teilzeitarbeit, gesetzt. Zudem wird weiterhin versucht, gesellschaftliche Arbeit, die bisher unentgeltlich im Haushalt und in der Familie verrichtet wurde, aufzuwerten (vgl. 5. FB 1994, IV, 23; RG 1991).[69] Diese Aufwertung hat vor allem symbolischen Charakter; z.B. soll eine Zeitbudgetuntersuchung durchgeführt werden, um die „Leistungen sichtbar" zu machen (5. FB 1994, VI).[70] Die im Diskurs dominante weibliche Subjektposition ist die der phasenweise teilzeitbeschäftigten Ehefrau und Mutter[71], während Alleinerziehende, deren Anzahl sich von Mitte der 1970er Jahre bis Anfang der 1990er Jahre fast verdoppelte, die zweite weiterhin als abweichend markierte weibliche Subjektposition einnehmen (vgl. Meyer/Schulze 1993, 174).[72]

Das Problem der weiblichen 'Kinderlosigkeit'

Der Geburtenrückgang in Deutschland wird in den 1990er Jahren öfter als in den 1980er Jahren thematisiert, aber nicht als grundsätzlich problematisch beurteilt (vgl.

68 „Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen und Zunahme der Bedeutung von familiärer Erziehung" (BMJFFG 1991, 34).

69 „Was Hausfrauen und Mütter Tag für Tag in der Familie leisten, ist für uns alle von unschätzbarem Wert. (...) Wir können gar nicht dankbar genug dafür sein" (RG 1991, 75; vgl. auch Geissler 1993).

70 Leistungen der Familie, wie Elternverantwortung und Pflege von älteren und kranken Verwandten, so heißt es, müssen anerkannt werden. Außerdem werden im 5. Familienbericht die höheren Leistungsanforderungen an Familien durch veränderte Erziehungsziele und -methoden und Rückverlagerung von Funktionen von der Schule in die Familien thematisiert (vgl. 5. FB 1994, 63). Als einzige konkrete Aufwertung wird diskutiert, „Familientätigkeit als Grundlage für Sozialleistungsansprüche" zu werten (5. FB 1994, 28).

71 Mitte der 1990er Jahre sind 75 % der Teilzeit arbeitenden Frauen verheiratete Mütter (vgl. Rodenstein u.a. 1996, 29).

72 Während 1976 noch 8,7 % aller Familien Eineltern-Familien sind, erfolgt bis 1991 ein Anstieg auf 13,7 % (Meyer/Schulze 1993, 174).

5. FB 1994, VI).[73] Für die in der ehemaligen DDR nach der Wende stark gesunkene Geburtenrate wird mit einer Angleichung an die westdeutsche Geburtenrate gerechnet.[74] Die sinkenden Geburtenzahlen werden in den 1990er Jahren auf weibliche 'Kinderlosigkeit' („welcher Anteil der jungen Frauen kinderlos bleiben wird" (5. FB 1994, VII)) zurückgeführt, während die Verringerung der Familiengröße nicht thematisiert wird. Der Lebensentwurf ohne Kinder wird in der Stellungnahme der Bundesregierung zum 5. Familienbericht abgewertet, indem auf Ergebnisse aus dem Familiensurvey verwiesen wird:

> „Wer mit Kindern zusammen lebt, weist in der Regel eine andere Werthaltung auf, als Kinderlose (...). Bei Menschen mit Kindern stehen traditionelle und altruistische Werthaltungen im Vordergrund, während für Kinderlose Mobilität und Karriere von besonderer Bedeutung sind. Für das Zusammenleben der Generationen kann das bedeuten, dass aufgrund der Werthaltungen auch immer weniger Menschen bereit sein werden, Hilfs- und Pflegeleistungen für die ältere Generation zu erbringen" (5. FB 1994, VIII).

'Kinderlose' werden hier unter einen Egoismusverdacht gestellt, und es wird angenommen, sie seien unsozial, während Menschen mit Kindern „traditionelle" Haltungen unterstellt werden. Binäre Oppositionen – Arbeit vs. Erziehung, Immobilität vs. Mobilität – bleiben für den familienpolitischen Diskurs typisch – insbesondere im Modus der holzschnittartigen und stereotypisierenden Zuschreibungen von Haltungen. Die Familienberichte sind von den zunehmend differenzierten Befunden der Familienforschung wenig beeinflusst.

Permanente 'Kinderlosigkeit' ist laut dem 5. Familienbericht „häufig mit Bedauern" verbunden (5. FB 1994, 22, vgl. auch 62). 'Kinderlosigkeit' wird nicht auf Kinderfeindlichkeit zurückgeführt (vgl. 5. FB 1994, 21), sondern auf ungünstige gesellschaftliche Strukturen (vgl. 5. FB 1994, 22). Adenauers Sicht, dass Menschen 'einfach so' Kinder bekommen, wird nicht mehr geteilt, sondern Elternschaft bedarf

73 So werden z.B. in der RG von 1994 vor allem der steigende Altersdurchschnitt und die Pflege älterer Menschen thematisiert (vgl. RG 1994, 39).

74 Nach der Wende, von 1989 bis 1994, kommt es in den neuen Bundesländern zu einem drastischen Einbruch der Geburtenzahlen um über 60 % (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 12). 1990 beträgt die Geburtenrate in der ehemaligen DDR nur noch 1,5 (vgl. Borchard/Stöbel-Richter 2004, 7). Oftmals wird davon ausgegangen, dass sich die Verhaltensweisen in den neuen Ländern an die alten Bundesländer angleichen werden (vgl. z.B. Borchard/Stöbel-Richter 2004). Es ist jedoch nicht nur unklar, „wann und wie es zu dieser Angleichung kommt, sondern auch die Hypothese der Angleichung selbst" ist noch keinesfalls bestätigt, erklären Bernadi und Keim noch im Jahr 2007 (Bernardi/Keim 2007, 319; vgl. auch Dorbritz/Ruckdeschel 2007, 77). Denn selbst heute, im Jahr 2007, existiert zwar ein einheitliches politisch-institutionelles System, aber es gibt noch immer zwei demographische Regime (vgl. Bernardi/Keim 2007, 318). Zur 'Kinderlosigkeit' und zur Familienpolitik in der DDR vgl. z.B. Bernadi/Keim 2007; Dölling 2003a; Borchard/Stöbel-Richter 2004; Nickel/Helwig 1993; Klein 2006; Kopp 2000; Peil 1996.

jetzt einer rationalen Entscheidung. Dementsprechend muss Familienpolitik Anreize schaffen und dafür sorgen, dass „jungen Paaren die Entscheidung für Familie und Kinder leichter gemacht wird" (5. FB 1994, XXXIII). Als konkrete Gründe, die gegen eine Familiengründung sprechen können, werden die hohen „Opportunitätskosten des Kinderhabens" (5. FB 1994, 22) und „die Einseitigkeit der Verteilung dieser Leistungen auf die Frauen" benannt (5. FB 1994, 23). Aus diesem zweiten Punkt folgt zwar die Forderung nach mehr Gleichstellungspolitik, aber wie auch sonst im familienpolitischen Diskurs der 1980er und 1990er Jahre (vgl. RG 1994, 39) werden hier symbolische Maßnahmen gefordert, wie „bewusstseinsbildende Öffentlichkeitsmaßnahmen" (5. FB 1994, IX). Diese Form der pronatalistischen Propaganda kann als eine Form rhetorischer Modernisierung begriffen werden.

Ab Mitte der 1990er Jahre, wie im 5. FB[75] oder auch im RG 1994, rücken wirtschaftspolitische Argumentationen ins Zentrum. Die wirtschaftliche Leistung der Familie wird betont, und zwar „für die Bildung und Regeneration von Humankapital durch die Erziehung von Kindern, Hausarbeit, Pflege von Familienangehörigen usw." (Kaufmann 1993, 143). Hier tritt also erstmals, unter dem Einfluss der neoliberalen Humankapitaltheorie, so genannte 'qualitative Nachwuchssicherung' in den Vordergrund. Dies zeigt sich besonders deutlich im 5. Familienbericht, in dem auf Humanvermögen rekurriert und damit eine neuartige konzeptionelle bzw. theoretische Begründung für Familienpolitik vorgelegt wird.[76] Die Betonung der wirtschaftspolitischen Argumentation stellt eine zunehmende Abkehr von der Vorstellung von der Familie als 'Privatsache' dar. Familie wird zwar nach wie vor als Kernfamilie (Vater, Mutter, Kind/er) definiert, aber neben ihrer Rolle als Institution werden vor allem die gesellschaftspolitischen Leistungen der Familie, die Aufgaben der „gesellschaftlichen Daseinsfürsorge", die sie übernimmt (5. FB 1994, 25), betont.[77]

75 Es zeigt sich eine starke personelle Überschneidung der Mitglieder der interdisziplinären Sachverständigenkommission und der Produzenten der wissenschaftlichen Wissensvorräte: So sind z.B. Kaufmann, Nave-Herz, Lampert und Wingen in der Sachverständigenkommission für den 5. Familienbericht.

76 So heißt es darin, „dass das Humanvermögen einer Gesellschaft durch die Leistungen der Familie begründet wird, und alle Menschen von Lebensbeginn bis zum Lebensende sowie die Gesamtheit der gesellschaftlichen Einrichtungen dieser familialen Leistung bedürfen" (5. FB 1994, 16, vgl. auch 28).

77 Wirtschaftlich ist diese Argumentation auch deshalb, weil Leistungsvorstellungen auf Familie übertragen werden, z.B. sprachlich, wenn erklärt wird: Wer in Familie investiert, wird „im Vergleich zu denjenigen, die darauf verzichten, zunehmend benachteiligt" (5. FB 1994, 21). Auch in der RG von 1994 werden die Aufwertung der Familie und deren Leistungen betont: „Ohne Kinder verarmt eine Gesellschaft. Wer sich für Kinder entscheidet und Kinder erzieht, erbringt zugleich eine unverzichtbare Leistung für das ganze Land" (RG 1994, 44).

1.3.3 Familienpolitische Maßnahmen vor und nach der Wiedervereinigung

Die beschriebenen Familien- und Geschlechtervorstellungen werden in politische Maßnahmen überführt und durch diese gestützt. Die Bedeutungszunahme, die die Familienpolitik seit der Gründung des Familienministeriums in den 1950er Jahren erfahren hat, lässt sich an der Höhe des Etats ablesen: Aus einem Ministerium ohne eigenen Haushalt ist das Ressort mit dem viertgrößten Einzeletat geworden (vgl. Rönsch 1993, 169). In der Familienpolitik der 1980er und 1990er Jahre wird vor allem auf die materielle Stärkung der Kleinfamilie durch den Ausbau des Familienlastenausgleichs gesetzt (z.B. Kindergelderhöhung) und auf die Verbesserung der Wohnsituation von Familien (Eigentum).[78] Außerdem wird die Vorstellung der Vollzeitelternschaft gestärkt, indem 1986 das zweijährige Erziehungsgeld[79], das sich am Drei-Phasenmodell orientiert, eingeführt wird. Die Persistenz der Vorstellung der schutzbedürftigen Mutter zeigt sich in der Persistenz der Mutterschutzgesetze. So werden erst im Jahr 1992 „geschlechtsspezifische Arbeitszeitregelungen, insbesondere das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen" außer Kraft gesetzt (vgl. Gerhard 2003, 274).

Die familienpolitischen Maßnahmen stützen die Doppelorientierung für Frauen auf Beruf und Familie. Die gestiegene Bedeutung von Frauenpolitik offenbart sich 1987 in der Einrichtung eines Frauenministeriums. Die Doppelrolle der Frauen wird z.B. unterstützt, indem Teilzeitarbeit für Frauen gefördert wird (vgl. auch RG 1987, 56; RG 1994, 44); auch durch Förderungsprogramme zum Wiedereinstieg von Müttern in das Erwerbsleben (vgl. RG 1987, 61).[80] Anderseits werden teilweise auch Maßnahmen ergriffen, die eine De-Familiarisierung fördern, wie 1993 das Recht auf den Halbtags-Kindergartenplatz (vgl. Schmidt 2000, 35). Diese Aufwertung außerfamiliärer Kinderbetreuung ermöglicht gleichzeitig einen Schritt in Richtung eigenständiger weiblicher Absicherung durch Erwerbsarbeit.

78 Allerdings ließ die Sparpolitik unter Kohl auch die Familienpolitik nicht unangetastet, so dass es z.B. unter Familienminister Geißler zu Einsparungen beim Kindergeld kam.

79 Das Erziehungszeitgesetz von 1986 umfasste die Einführung des Erziehungsgeldes, des Erziehungsurlaubs und die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung (vgl. Ostner 2006, 183). Dieses Gesetz wird in der Frauen- und Geschlechterforschung sehr unterschiedlich bewertet. Während einige, z.B. Ostner es als einzige „geschlechterpolitisch relevante 'positive' familienpolitische Maßnahme der Kohl-Ära" beschreiben (Ostner 2006, 182), kritisieren es andere, wie Notz, als gezielte Verhinderung von Frauenerwerbstätigkeit (vgl. Notz 1998).

80 Zwar ist die Erwerbsquote von Frauen zwischen 1960 und 1991 um circa 10 % gestiegen, aber die Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Ehefrauen und Müttern geht zum großen Teil auf die Zunahme von Teilzeitarbeit zurück (vgl. Meyer/Schulze 1993, 167). Im Jahr 1993 sind von den verheirateten Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nur 49 % erwerbstätig (Schwarz 2007, 36).

1.3.4 Sozialistische und emanzipatorische Gegendiskurse der 1980er und 90er Jahre

Der realsozialistische Diskurs stellt in den 1980er Jahren und vor allem auch in der Zeit nach der Wiedervereinigung einen zentralen Gegendiskurs dar. So wird nicht nur 1986 im Familienbericht dezidiert das Vereinbarkeitsarrangement in der DDR kritisiert; implizit werden ostdeutsche Frauen als Rabenmütter kritisiert (vgl. Vinken 2007): Im ersten Familienbericht nach der Wende wird die ganztätige Erwerbstätigkeit von Müttern in der DDR als Zwang bezeichnet (vgl. BMJFFG 1991, 40).

Die Frauenbewegungsdiskurse können aufgrund ihrer Verbreitung weiterhin als zentrale Gegendiskurse bezeichnet werden. In den politischen Interventionen der Frauenbewegung wird die Bedeutung der Selbstbestimmung von Frauen über ihr eigenes Leben und ihren Körper betont (vgl. Klein 2006, 8). Allerdings kommt es nach der Ablehnung der Mutterschaft durch Teile der Frauenbewegung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre zu einer Wiederentdeckung der Mutterschaft; so verfassen etwa die GRÜNEN ein Muttermanifest (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 9; Schmitz-Köster 1987, 38).[81] Die neue Freiheit soll nicht mehr die Freiheit von Kindern sein, sondern die Freiheit, Kinder zu wollen. Damit verbunden sind auch Forderungen nach Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, die familienpolitisch aufgegriffen werden. Festzuhalten ist, dass damit der weibliche Lebensentwurf ohne Kinder auch in den Gegendiskursen nur noch marginal als erstrebenswert dargestellt wird.

Die Stabilität des Versorgermodells, vor allem in Westdeutschland, belegen auch die sozial-strukturellen Daten: So sind 1998 von den Ehefrauen mit Kindern unter 18 Jahren in Westdeutschland nur knapp über die Hälfte berufstätig (davon nur knapp ein Fünftel Vollzeit) während bei den Alleinerziehenden zwei Drittel berufstätig sind (davon ein Drittel Vollzeit) (vgl. Bergmann 2000, 17). In Ostdeutschland hingegen sind zwei Drittel der Ehefrauen mit Kindern unter 18 Jahren berufstätig (davon über die Hälfte in Vollzeit) (vgl. Bergmann 2000, 17).

1.3.5 Zusammenfassung der Familienpolitik in den 1980er und 1990er Jahren

Der Gegenstand 'Familie' wird in den 1980er Jahren als das „menschliche Gesicht" in einer ansonsten leistungsorientierten Welt konstruiert. Die Familie wird überhöht, indem sie zwar weniger idealisiert, aber stärker funktionalisiert wird als in den 1950er Jahren. Im veränderten Indienststellungsmodell steht die Familie jetzt für die ganze Gesellschaft ein. Dies wird vor allem mit gesellschaftspolitischen Argumentationen

81 Dieser Kurswechsel in der deutschen Frauenbewegung wird als Tendenz zur 'Neuen Mütterlichkeit' bezeichnet (vgl. Beck-Gernsheim 1997, 141; Nave-Herz 1997, 70–3; Riedmüller 1988).

begründet. Die Familiennorm der früheren Diskurse bleibt, etwas modernisiert, als Zuverdienerehe (Mann Vollzeit, Frau Teilzeit) erhalten. Frauen wird eine Doppelorientierung zugeschrieben. Dementsprechend stellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Teilzeitarbeit wichtige Gegenstände der Diskurse der 1980er/90er Jahre dar. Die hegemoniale Subjektposition ist die der 'Ehefrau = Mutter = zuständig für die Reproduktionsarbeit', während die zentrale abweichende Subjektposition die alleinstehende Mutter ist. Der Staat muss sich abermals um diese alleinstehenden Frauen kümmern; die Ehe dient als Norm, an der die Lebensrealität der Frauen gemessen wird. Ob sie tatsächlich allein leben, zählt vor diesem Hintergrund nicht. Andere Lebensentwürfe werden erstaunlicherweise im strukturkonservativen familienpolitischen Diskurs – trotz einer zunehmenden wissenschaftlichen Thematisierung der Pluralisierung der Familie – kaum erwähnt und vereinzelt explizit abgewertet. Die steigende Vielfalt der Lebensentwürfe wird zwar thematisiert, wozu insbesondere auch feministische Gegendiskurse beigetragen haben. Aber abgesehen von einer teilweise geschlechtsneutralen Rhetorik kommt es in der Familienpolitik lediglich zu einer geringfügigen Modernisierung der Geschlechterkonstruktionen. Alternative Lebensentwürfe stellen nach wie vor eine Leerstelle im Diskurs dar und werden als Abweichung von der Norm 'Kleinfamilie' diskursiv konstruiert. Damit verbunden ist eine institutionelle Stützung, während alternative Lebensentwürfe oftmals gegen institutionelle Widerstände umgesetzt werden müssen. Die deutsche Wiedervereinigung stellt keine Wende in den familienpolitischen Diskursen und den darin hergestellten Normen dar, da es nicht zu einer Aushandlung der Normen kommt, sondern die westdeutschen Normen auf Ostdeutschland übertragen werden.

Der demographische Wandel wird als ökonomisches Problem zu einem Gegenstand des Diskurses. Wie auch im früheren Diskurs wird die bevölkerungspolitische Argumentation im Sinne einer quantitativen Nachwuchssicherung erwähnt, erhält aber keine Schlüsselstellung. Erst in den 1990er Jahren rückt die wirtschaftspolitische Argumentation im Sinne einer qualitativen Nachwuchssicherung mit Betonung auf der wirtschaftlichen Leistung der Familie stärker in den Fokus des familienpolitischen Diskurses. Familiengründung wird zunehmend nicht mehr nur als private, sondern als gesellschaftliche Aufgabe gesehen. Der weibliche Lebensentwurf ohne Kinder wird explizit abgewertet, indem Frauen ohne Kinder unter einen Egoismusverdacht gestellt werden.[82] Dabei richtet sich der Diskurs beim Thema Elternschaft nur an Frauen – nur Frauen werden explizit zur Mutterschaft aufgerufen. Elternschaft wird dabei nicht mehr naturalisiert, sondern es bedarf einer rationalen Entscheidung zur Familiengründung. Gleichzeitig wird allen Frauen weiterhin ein 'Kinderwunsch'

82 In den Medien wird aus dem 5. Familienbericht vor allem auch das Thema der steigenden weiblichen 'Kinderlosigkeit' aufgegriffen sowie die Idee des 'Zukunftsbeitrages der Kinderlosen' (vgl. Lüscher 1999a, 17).

zugeschrieben, den sie aber aus strukturellen Gründen teilweise nicht umsetzen können.

Die sozialistischen Gegendiskurse sind vor allem im Zuge der deutschen Vereinigung zentral. Außerdem sind emanzipatorische Gegendiskurse für die familienpolitischen Diskurse bedeutungsvoll. Die familienpolitischen Normen, wie die traditionelle Kleinfamilie, aber auch die Doppelorientierung der Frauen werden durch ein umfangreiches Anreiz- und Anrechtssystem gestützt. Dabei setzen die familienpolitischen Maßnahmen vor allem auf materielle Maßnahmen.

1.4 Ökonomisierung der Familie – Familienpolitik 1998 bis 2005

In seiner ersten Regierungserklärung von 1998 erklärt Bundeskanzler Schröder, es gelte die soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen (RG 1998, 48). Dabei wird rhetorisch an die politische Linie der 1970er Jahre angeknüpft, indem z.B. am Ende der Regierungserklärung explizit an Brandt und Schmidt erinnert wird (vgl. RG 1998, 67). Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit scheint vor allem vor dem Hintergrund ökonomischer Leistungsfähigkeit wichtig, aber nicht mehr ein vorrangiges, eigenständiges Ziel zu sein (vgl. z.B. RG 1998, 48, 50).[83] Dabei wird an die Rhetorik der Eigenverantwortung, Leistung und des 'schlanken Staates' unter Kohl angeknüpft.[84] Gleichzeitig wird die Arbeit der vorherigen Regierung kritisiert, so z.B. die „finanzielle Erblast" (RG 1998, 49; vgl. RG 2002, 61).[85] Während sonst in der Regierungserklärung 1998 an die Eigenverantwortung appelliert wird, wird diese

83 „Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem. Wir müssen Staat und Wirtschaft modernisieren, soziale Gerechtigkeit wiederherstellen und sichern" (RG 1998, 48; siehe auch 50). Es heißt es im Zusammenhang mit Bildung: „Der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Lebenschancen in unserer Gesellschaft entscheiden" (RG 1998, 55). Dabei geht es nicht um Bildung als 'Selbstzweck', sondern darum in Europa und in der Welt konkurrenzfähig zu bleiben (vgl. RG 1998, 54). Auch der Sozialstaat wird nicht vorrangig unter der Prämisse der Gerechtigkeit betrachtet, sondern unter Leistungs- und Effizienzgesichtspunkten: „Die Stärke des Sozialstaates (...) an der Qualität der Leistungen, die erbracht werden" (RG 1998, 57). Dies zeigt sich auch in der RG 2002, wenn Schröder als Ziel „neue Gerechtigkeit" nennt (RG 2002, 52). An anderer Stelle erklärt er, dass es nicht auf die Verteilung knapper werdender öffentlicher Mittel ankommt, sondern auf die „Verteilung von Chancen" (RG 2002, 54).

84 „Je mehr Menschen sich mit ihrer Initiative und ihrer Leistungsbereitschaft an der Reform unserer Gesellschaft beteiligen, desto größer werden die Erfolge sein" (RG 1998, 49; vgl. RG 2002, 60). Vgl. zu Eigenverantwortung RG 1998, 49 und 53. Vgl. zu Leistung RG 1998, 51 und 55. Vgl. zum 'schlanken Staat RG 1998, 53.

85 Auch die Familienpolitik unter Kohl wird kritisiert. So wird z.B. im 6. Familienbericht in der Stellungnahme der Bundesregierung von einem langen „familienpolitischen Stillstand" gesprochen (6. FB 2000, XII).

Semantik jedoch unterbrochen, wenn es um Frauen geht. Hier heißt es weiterhin, der Staat müsse sie schützen und für ihre Bedürfnisse sorgen.[86]

Alles beim Alten! Die Doppelorientierung für Frauen

Familien- und Geschlechterpolitik stellt in der ersten Legislaturperiode kein zentrales Thema der Regierungserklärung dar. Vorrang vor dem „Gedöns" der Frauenpolitik, wie es Bundeskanzler Schröder bezeichnete, hatte die Arbeitsmarktpolitik (vgl. Ostner 2006, 186). Es wird die Fortführung der Doppelorientierung für Frauen und das Familienernährer/Zuverdienerinmodell propagiert.[87] Das Thema 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie' steht nach wie vor im Zentrum der Familienpolitik und wird weiterhin vorrangig als Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen gedacht.[88] Gleichstellungspolitische Argumentationen werden zumindest programmatisch betont (RG 1998, 57).[89] So wird es z.B. als Problem wahrgenommen, dass Frauen nach wie vor keine gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsarbeit haben (vgl. RG 1998, 59)[90], aber in den familienpolitischen Diskursen wird dies hauptsächlich

86 So heißt es z.B.: „Insbesondere Frauen dürfen eben nicht dafür bestraft werden, dass sie ihr Leben flexibel gestalten, dass Phasen der Kindererziehung, der Erwerbsarbeit und des Lernens einander abwechseln" (RG 1998, 58f.). Kindererziehung wird hier als Erstes benannt, und es wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass Frauen für die Kinderziehung von der Erwerbsarbeit aussetzen. Frauen sind hier passiv, Opfer, um die sich der Staat kümmern muss (vgl. auch RG 1998, 59).

87 Im Zusammenhang mit dem Verständnis von Leistung erklärt Schröder: „Wir verstehen Leistung in erster Linie als Leistung der Krankenschwestern, der Ingenieure, als Leistung der Facharbeiterinnen und Facharbeiter" (RG 1998, 51). Hier werden traditionelle Vorstellungen von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung reproduziert, da Krankenschwestern hier als weiblich und Ingenieure als männlich angenommen werden.

88 Nach wie vor gilt Vereinbarkeit als „neuralgischer Punkt" (Bergmann 2000, 18), der Geschlechtergleichheit verhindert. Vgl. z.B. im Zusammenhang mit einer Rentenreform Anm. 285. „Insbesondere Frauen dürfen eben nicht dafür bestraft werden, dass sie ihr Leben flexibel gestalten, dass Phasen der Kindererziehung, der Erwerbsarbeit und des Lernens einander abwechseln" (RG 1998, 58f.).

89 „Die Gleichstellung und die gleiche Berücksichtigung von Frauen und Männern setzen wir für den Bereich der Bundesregierung als durchgängiges Leitprinzip durch" (RG 2002, 57). Jedoch handelt es sich dabei vor allem um eine rhetorische Modernisierung, weil konkrete Maßnahmen, wie das Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft zwar diskutiert, aber nie umgesetzt werden. Auch kinderpolitische Argumentationen werden in der zweiten Legislaturperiode unter Schröder vertreten, so wird z.B. ein nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–10 entworfen, worauf in diesem Zusammenhang aber nicht näher eingegangen werden soll.

90 „Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass Frauen, die es wollen, am Erwerbsleben teilhaben können" (RG 1998, 59). Dieser Textausschnitt verdeutlicht: Weibliche Erwerbstätigkeit ist, anders als männliche, immer noch nicht selbstverständlich. Diese zugeschriebene Freiwilligkeit von Erwerbsarbeit für Frauen widerspricht dem in den

unter dem neuen Schwerpunkt des familienfreundlichen Unternehmens diskutiert (vgl. BMFSFJ 2001). Auch kinderpolitische Argumentationen werden zunehmend in den Diskurs eingebracht (vgl. RG 2002, 52, 57).

Der Familienbegriff wird deutlich erweitert, indem vor allem Alleinerziehende stärker einbezogen werden (vgl. RG 1998, 59; Bergmann 2000, 13) und erstmals auch homosexuelle Partnerschaften explizit Berücksichtigung finden.[91] Der Familienbegriff wird weiterhin ausdrücklich auf das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern bezogen, wenn auch in verschiedenen Lebensarrangements. Es findet, worauf später noch näher eingegangen wird, eine Indienstnahme dieser nun breiter gefassten 'Familie' in die nationalstaatliche Interessenkonstellation als demographische Ressource statt.

Mit der Bundestagswahl 2002 und der Amtszeit von Familienministerin Schmidt wandelt sich Familienpolitik zu einem zentralen Politikfeld. Um die beiden gegenläufig erscheinenden Zielsetzungen der Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit einerseits und der Steigerung der Geburtenrate anderseits zu verfolgen, wird in der Familienpolitik insbesondere der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Schlüsselstellung zugewiesen (vgl. Schmidt 2000, 40–4 und 2004, 25–8). Dabei wird Familienpolitik erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr vorrangig sozialpolitisch, sondern bevölkerungspolitisch begründet. Zudem wird familienpolitisch zunehmend die Zwei-Verdiener-Familie (vgl. Lewis 2004, 73) in den Blick genommen.

Demographischer Wandel – 'Kinderlosigkeit' als zentrales gesellschaftliches Problem

Die Weise der Thematisierung der demographischen Entwicklung verändert sich in der Regierungszeit unter Schröder. Zunächst ein Randthema (vgl. RG 1998; 6. FB 2000, 27), avanciert das Thema in der zweiten Legislaturperiode zum „Megathema" (BMFSFJ 2005, 4).[92] Dies belegen neben der RG 2002 zahlreiche Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), z.B. 2003 die Publikation „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung" (BMFSFJ 2003a) oder 2004 „Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – als Wachstumsfaktor" (BMFSFJ 2004a) (vgl. BMFSFJ 2004b, 2004c, 2005), aber auch verschiedene Studien, die von diesem Ministerium in

Arbeitsmarktreformen (Stichwort Hartz IV) hergestellten Zwang zur Erwerbsarbeit (vgl. Rudolph/Niekant 2007).

91 „Für uns ist Familie dort, wo Kinder sind, ob ehelich oder nicht ehelich, leiblich oder adoptiert, mit einem oder mehreren Elternteilen, mit Eltern nationaler oder internationaler Herkunft, genauso wie die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit Kindern" (SPD-Bundestagsfraktion 2002, 3 zitiert nach Hengsbach/Zimnik 2004, 5).

92 Dies wird unter den Begriffen 'bevölkerungsorientierte Familienpolitik' oder 'nachhaltige Familienpolitik' diskutiert (vgl. BMFSFJ 2003a und 2004a).

Auftrag gegebenen wurden, z.B. „Das subjektive Zeitfenster für Elternschaft" (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2005).[93] Der demographische Wandel wird als zentrales Problem thematisiert. So heißt es etwa, der Wandel hätte „gravierende Folgen für die Gesellschaft" (BMFSFJ 2004a, 5). Die Bevölkerungsentwicklung wird als zentrale Begründung für verschiedene und disparate gesellschaftliche Problemlagen herangezogen, wie die Probleme der Finanzierung der sozialen Sicherung oder die Staatsverschuldung.[94] So wird propagiert: „Deutschland braucht mehr Kinder" (Schmidt 2004a, 19), denn mehr „Kinder bedeuten mehr Dynamik, mehr Innovation, mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität" (BMFSFJ 2003a, 3).[95] Hier wird wiederum die schon im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen Diskursen erläuterte (vgl. Teil I, Abschnitt 1.) 'Demographisierung der gesellschaftlichen Probleme' (vgl. Hummel 2006, 27) vorgenommen.

Der demographische Wandel wird vor allem als ein „ökonomisches Problem" (BMFSFJ 2004a, 3) thematisiert, denn das einzelne „Individuum ist ökonomisch nicht auf seine Fortpflanzung angewiesen, wohl aber der Staat bzw. die Gesellschaft" (BMFSFJ 2003a, 3).[96] Infolgedessen wird der Familienpolitik eine veränderte Aufgabe zugewiesen: „Bevölkerungsorientierte Familienpolitik wird (...) zu einem entscheidenden Produktions- und Wachstumsfaktor" (BMFSFJ 2004a, 22). Die Begründungen fokussieren auf wirtschaftspolitische Argumentationen.[97] Dabei wird mit „mehr Kinder" zunächst einmal die quantitative Nachwuchssicherung thematisiert, gleichzeitig wird an Diskurse zum Humanvermögen angeschlossen und damit die qualitative Nachwuchssicherung in den Blick genommen.[98] Vor al-

93 Davon zeugen auch verschiedene Bundesinitiativen des BMFSFJ, z.B. „Lokale Bündnisse für Familie" (vgl. BMFSFJ 2005).

94 Die demographische Entwicklung in Deutschland wird als „nachhaltig gestört" bezeichnet (vgl. BMFSFJ/Bertelsmann Stiftung 2004, 8). In der RG 2002 wird gleich zu Beginn erklärt: „Wir wissen, dass der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung und der Wandel im Erwerbsleben zu weit reichenden Veränderungen bei den Systemen der sozialen Sicherung, zu Sparsamkeit, zu höherer Effizienz und zu größerer Gerechtigkeit zwingen" (RG 2002, 51). Oder: Durch den demographischen Wandel nähme die „schon jetzt beunruhigend hohe Staatsverschuldung (...) noch weiter zu" (BMFSFJ 2004a, 8).

95 An anderer Stelle heißt es, der demographische Wandel gefährdet nicht nur die Wirtschaft, sondern die gesamte Gesellschaft (vgl. Schmidt 2004a, 21).

96 Vgl. auch Schmidt 2004b, 3.

97 Familienministerin Schmidt betont die ökonomische Bedeutung von Familien mit ihrem Motto: „Familie bringt Gewinn" (Schmidt 2005, 2).

98 „In quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht führt der Bevölkerungsrückgang auch zu einem Rückgang des insgesamt verfügbaren Potentials an Wissen und Fähigkeiten. Deshalb muss sehr frühzeitig in die Qualifikation des zahlenmäßig knapper werdenden Nachwuchses investiert werden" (BMFSFJ 2004a, 18; vgl. auch 22). Auch schon im

lem qualifizierte Frauen ohne Kinder geraten ins Blickfeld (vgl. BMFSFJ 2003a, 3; BMFSFJ 2005, 5; Schmidt 2004b, 3).[99] Frauen ohne Kinder werden als spezifische Entwicklung des deutschen Wohlfahrtsstaats bezeichnet, indem untergestellt wird, dass sie 'Kinderwünsche' haben[100] und diese nur aufgrund der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht umsetzen (vgl. BMFSFJ 2003a, 62; BMFSFJ 2005, 4; Institut für Demoskopie Allensbach 2005; Schmidt 2004b, 6).[101]

Die Fokussierung auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Lösung der strukturellen Probleme, die einer Familiengründung im Wege stehen, sorgt dafür, dass andere Probleme wenn überhaupt nur marginal thematisiert werden, wie etwa die starke normative Aufladung der Mutterrolle in Deutschland (vgl. BMFSFJ/Bertelmann Stiftung 2004, 15) – über die enormen Erwartungen, die an (potentielle) Mütter gerichtet werden.[102] Die Verantwortung für die Kinder wird nach wie vor den Frauen zugeschrieben (vgl. BMFSFJ/Bertelmann Stiftung 2004, 15). In dieser Logik und Realität ist es nur konsequent, dass 'Kinderlosigkeit' weiterhin vorrangig als 'Frauenproblem' konstruiert wird, obwohl mehr Männer als Frauen keine Kinder bekommen.[103]

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll durch eine „Kombination von unterstützender Infrastruktur, veränderter Elternzeit und familienfreundlicher

6. Familienbericht zu Familien ausländischer Herkunft, deren Leistungen, Belastungen, Herausforderungen, der 1996 noch unter Kohl in Auftrag gegeben wurde, rückt das Thema 'Humanvermögen ausländischer Familien' ins Zentrum (vgl. 6. FB 2000, 5, 215).

99 So heißt es zum Beispiel: „Die besser ausgebildeten Paare mit den bestausgebildeten Frauen haben die wenigsten Kinder. Deshalb sollte 'der Staat' Kinder auch nicht 'bezahlen', da staatliche Transfers vielfache Mitnahmeeffekte produzieren" (BMFSFJ 2004a, 10). Hier wird sehr deutlich, dass es nicht darum geht, die Geburtenrate zu erhöhen, sondern gut ausgebildete Frauen zum 'Kinder kriegen' zu motivieren (vgl. auch BMFSFJ 2004a, 13), während so genannte Mitnahmeeffekte, womit z.B. niedrig qualifizierte Frauen gemeint sein können, die ein Kind kriegen, um staatliche Transfers zu erhalten, abgewertet werden.

100 „Die Kinderwünsche sind vorhanden, auch in der nachwachsenden Generation, und zwar bei beiden Geschlechtern" (BMFSFJ 2003a, 3). Oder: „Es muss darum gehen, dass Kinderwünsche realisiert werden können" (BMFSFJ 2003a, 3).

101 „Es ist nicht der Verfall von Werten, es sind die strukturellen und kulturellen Rahmenbedingungen, die für Familie ein Leben mit Kindern erschweren" (vgl. BMFSFJ/Bertelmann Stiftung 2004, 15).

102 Ausnahmen sind z.B. zwei Expertisen, die im Jahr 2005 im Auftrag des BMFJSF erstellt wurden. Sie richten sich gegen die Engführung der Familienpolitik auf Geburtensteigerung (vgl. Czock/Knittel 2005; Pfeiffer/Braun 2005).

103 Im Family und Fertility Survey des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaften waren bei allen befragten Jahrgängen jeweils mehr Männer als Frauen 'kinderlos' (BMFSFJ 2003a, 74). Nur vereinzelt wird die höhere männliche 'Kinderlosigkeit' erwähnt (vgl. BMFSFJ 2003a, 74; Bauereiss et al. 1997).

Unternehmenskultur" (BMFSFJ 2004a, 7) verbessert werden.[104] Mit diesem neuen einkommensabhängigen Elterngeld, das allerdings erst 2007 eingeführt wird, soll ebenfalls explizit „gut verdienenden Frauen die Entscheidung für ein Baby" erleichtert werden (BMFSFJ 2004a, 16).[105] Die Fokussierung auf Qualität und nicht Quantität der Bevölkerung wird auch an der neuen Schwerpunktsetzung auf familienfreundliche Personalpolitik und Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft deutlich (vgl. BMFSFJ 2004b und 2004c)[106], denn hierdurch soll wegen der absehbaren Knappheit „qualifizierter Kräfte" vor allem hoch qualifizierten Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht werden (vgl. BMFSFJ 2004a, 17; BMFSFJ 2004c). Festzuhalten bleibt, dass die Familienpolitik zwar weiterhin auf Frauen fokussiert (vgl. z.B. BMFSFJ 2003a, 3)[107], aber Männer vor allem seit circa 2005 zumindest punktuell verstärkt angesprochen werden (vgl. Studie zu Vätern im Auftrag des BMFSFJ von Czock/Knittel 2005).

Die Bedeutung der Zuwanderung für die Bevölkerungsentwicklung wird sehr pauschal mit „Zuwanderung alleine hilft nicht" abgehandelt, z.B. indem erklärt wird:

> „Allein um den kommenden Bevölkerungsrückgang auszugleichen müssten jedes Jahr netto rund 350.000 Menschen nach Deutschland einwandern. Soll zusätzlich die Alterung der Gesellschaft kompensiert werden, wären sogar 3,6 Millionen Einwanderer per annum nötig – das klingt recht utopisch" (BMFSFJ 2004a, 6).

104 Ziel ist es, „Familien nicht mehr ausschließlich materiell zu fördern, sondern die Bedingungen für das Kinderkriegen allgemein zu verbessern" (BMFSFJ 2004a, 10). Eine dieser Kooperationen mit Unternehmen stellt die Allianz für Familie dar (vgl. BMFSFJ/Bertelmann Stiftung 2004).

105 Auch die Kürzung des Elterngeldes auf maximal 12 Monate, die den Anreiz erhöhen soll, früher in den Job zurückzukehren, wird mit der Gefahr einer Dequalifikation begründet (vgl. BMFSFJ 2004a, 17). Dies betrifft natürlich vorrangig hoch qualifizierte Frauen.

106 In der Broschüre „Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb" (BMFSFJ 2004b) sind die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben zusammengefasst. Die Broschüre „Führungskräfte und Familie. Wie Unternehmen Work-Life-Balance fördern können" (BMFSFJ 2004c) stellt Ergebnisse des Modellprojektes „Entwicklung und Stärkung von Führungskräften in der Familienphase" dar. Als Kooperationsprojekt ist außerdem die 'Allianz für die Familie' mit ihren 'Lokalen Bündnissen für die Familie' zu nennen. Unter dem Namen 'Allianz für die Familie' sind seit Mitte 2003 Initiativen, Projekte und Kooperationen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gebündelt (vgl. BzgA 2005).

107 Im Zusammenhang der Verbesserung der Balance von Familie und Beruf wird nur von der Erwerbsquote der Mütter gesprochen, nicht von der der Väter (BMFSFJ 2004a, 13, 16). Dies spiegelt sich zum Beispiel auch darin wider, dass die stärkere Beteiligung von Vätern an der Betreuung und Erziehung als „interessanter Nebeneffekt" bezeichnet wird (BMFSFJ 2004a, 16).

Zuwanderung ist nicht nur im familienpolitischen Diskurs ein marginales Thema, sondern wie schon dargestellt wurde, auch in den wissenschaftlichen Diskursen zum Bevölkerungswandel (vgl. Teil I, Abschnitt 1.2). Ähnlichkeiten existieren zudem in Bezug auf die nationalstaatliche Engführung des Diskurses.

1.4.1 Familienpolitische Maßnahmen: Widersprüchliche Tendenzen der De- und Re-Familiarisierung

Finanzielle Leistungen für Familien stehen weiterhin im Zentrum, sie nehmen 62 % der staatlichen Leistungen für Familie ein (vgl. Schmidt 2004b, 4).[108] Außerdem wird verstärkt auf infrastrukturelle Maßnahmen gesetzt. Diese Maßnahmen fördern ausgehend von einem hohen Familialismusgrad vielfach eine De-Familiarisierung. So soll das als zentral angesehene Vereinbarkeitsproblem vor allem auch durch den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung gelöst werden (vgl. RG 1998, 59). Es werden 4 Milliarden € in den Ausbau der Ganztagsschulen investiert (vgl. Schmidt 2004b, 4; RG 2002, 54) und die Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren ausgebaut. Dabei wird als Ziel eine Betreuungsquote von 20 % der Kinder bis 3 Jahre angestrebt (vgl. RG 2002, 54). Wie vorherrschend die Vorstellung der Unersetzbarkeit der Eltern – bzw. der Mutter – für Kinder bis 3 Jahre bleibt, zeigt sich darin, dass erst am 1. Januar 2005 das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren in Kraft tritt (vgl. Schmidt 2004b, 4). Zudem beträgt der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz nur vier Stunden pro Tag. Damit wird weiterhin hauptsächlich das modernisierte Versorgermodell gestützt und nicht das Zwei-Verdienermodell. Ein weiteres Indiz hierfür ist, dass die Abschaffung des Ehegattensplittings zwar lange diskutiert (BMFSFJ 2004a, 15), aber nicht umgesetzt wird.[109] Neben den Verharrungstendenzen zeigen sich auch Tendenzen der Re-Familiarisierung, z.B. durch verbesserte rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten von nicht erwerbstätigen Eltern mit mindestens zwei Kindern im Jahr 2001 oder Rentenkürzungen z.B. in den Jahren 2001 und 2003 (vgl. Leitner u.a. 2004, 18), aber auch durch die Riester-Rente oder die Rückverlagerung der Pflege in die Familie durch Kürzungen der Gesundheitsleistungen (vgl. Ostner 2006, 189f.).

Gleichzeitig belegen andere Maßnahmen die zunehmende Bedeutung der individuellen Ökonomisierung und des Zwei-Verdienermodells. So enthielten z.B. die Harz-Reformen die Aufforderung an Väter und gleichermaßen an Mütter, erwerbstätig zu sein (vgl. Ostner 2006, 192). Auch der Schwerpunkt 'familienfreundliches Unternehmen' in der Familienpolitik belegt die Bedeutung der Inanspruchnahme des elterlichen, vor allem des mütterlichen Erwerbspotentials.[110] So wurde 2003 eine „Allianz für die Familie" gegründet, eine Kooperation von Politik, Wirtschaft und Kultur, die sich für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt einsetzt (vgl. BMFSFJ/Bertelmann Stiftung 2004). Anstelle des angekündigten Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft wird nur eine freiwillige Vereinbarung mit Spitzenverbänden der deutschen Privatwirtschaft umgesetzt.

Die Gleichstellungs- und frauenpolitischen Argumentationen stellen vielfach, aber nicht immer, Absichtsbekundungen dar, z.B. wird erstmals 1997 der Tatbestand 'Vergewaltigung in der Ehe' eingeführt. Außerdem trat 2001 das reformierte Bundeserziehungsgesetz in Kraft, damit es Eltern möglich werden soll, die Elternzeit von insgesamt drei Jahren künftig auch gemeinsam zu nehmen (vgl. 6. FB 2000, XIII).[111] Auch mit anderen Maßnahmen wird versucht, Väter stärker einzubinden, z.B. durch ein Programm 'Mann und Familie' (vgl. Bergmann 2000, 13).

Auch die Aufwertung anderer Lebensentwürfe wird teilweise in familienpolitische Maßnahmen überführt, z.B. in das Lebenspartnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Partnerschaften von 2001 oder die Stiefkindadoption seit 2005. Andere Lebensformen werden so zwar aufgewertet, aber die heterosexuelle Ehe gilt nach wie vor als die Norm, was sich daran zeigt, dass z.B. keine Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Verpartnerung mit der heterosexuellen Ehe stattfindet. Das Anreizsystem für Elternschaft wird erweitert, indem im Jahr 2005 für Personen ohne Kinder höhere Beiträge in die Pflegeversicherung eingeführt werden.

1.4.2 Europäischer Gegendiskurs und historische Verortung

Wie schon erläutert, werden in der familienpolitischen Programmatik unter Schröder zentrale gleichstellungspolitische Forderungen der emanzipatorischen Gegendiskurse aufgegriffen, wie etwa die Forderung nach einer beruflichen Gleichstellung von Frauen oder die stärkere Einbeziehung von Vätern in die Erziehung von Kindern. Diese Modernisierung entpuppt sich jedoch teilweise als rein 'rhetorische Modernisierung', während konkrete Maßnahmen nicht verabschiedet oder in unverbindliche Maßnahmen umgestaltet werden, wie etwa die Vereinbarung mit der Privatwirtschaft anstelle eines angekündigten verbindlichen Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. In einigen Bereichen werden zentrale Forderungen der gleichgeschlechtlichen Gegendiskurse, wenn auch in 'abgespeckter' Form, umgesetzt. Als weitere Gegendiskurse, die sich als bedeutungsvolles Auseinandersetzungsfeld erweisen, können europapo-

108 Vgl. z.B. Kindergelderhöhung 1999 (vgl. Bergmann 2000, 14). Der europäische Vergleich zeigt, dass nur in Luxemburg mehr Kindergeld gezahlt wird als in Deutschland (vgl. Schmidt 2004b, 4).

109 Dies zeigt sich an der Förderung von Teilzeitarbeit; so wird 2001 das Recht auf Teilzeitarbeit eingeführt.

110 Schon der Titel des Aktionsprogramms: „Frau und Beruf" verdeutlicht abermals die Fokussierung auf Frauen (vgl. RG 1998, 59).

111 Außerdem wurden 2001 Steuerfreibeträge für Haushaltshilfen oder Kinderbetreuung eingeführt.

litische Diskurse gelten. So werden in der EU europaweite Zielvorstellungen auch in Bezug auf die Frauenerwerbsquote und das Kinderbetreuungsangebot diskutiert: Bis 2010 soll die Frauenerwerbsquote mindestens 60 % betragen und für mindestens 33 % der Unter-Dreijährigen und 90 % der über Dreijährigen soll ein Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung eingerichtet werden (vgl. European Commission 2002). Wie schon dargestellt, haben beide Ziele Aufnahme in die familienpolitischen Diskurse gefunden. Die Bedeutung der europäischen Familienpolitik zeigt sich zudem darin, dass im 7. FB 2005 erstmals die deutsche Familienpolitik im europäischen Vergleich diskutiert wird. Außerdem erweisen sich konservative Gegendiskurse als bedeutungsvoll, die medial gestützt explizit gegen eine Modernisierung der Familien und der Geschlechterrollen mobilmachen (vgl. z.B. Hermann 2006; Schirrmacher 2006). Die Widersprüchlichkeit der familienpolitischen Leitbilder wird nur vor dem Hintergrund dieser konservativen Gegendiskurse plausibel.

Einige sozialstrukturelle Daten belegen die Stabilität der traditionellen Kleinfamilie in Deutschland: Im Jahr 2004 entsprechen immer noch circa drei Viertel der Familien der Kleinfamilie (Ehepaar mit Kind/ern), während alleinerziehende Mütter oder Väter etwa ein Fünftel der Familien stellen (Statistisches Bundesamt 2006, 9). Die anhaltende Bedeutung von Vollzeitmutterschaft in Westdeutschland zeigt sich daran, dass nur 2,5 % der Ein- bis Zweijährigen in Kinderkrippen betreut werden (vgl. Vinken 2007, 14).

1.4.3 Zusammenfassung der Familienpolitik von 1998 bis 2005

Familien werden durch die Politik von 1998 bis 2005 zunehmend als ökonomische Ressource funktionalisiert. Eigenverantwortung wird betont und Familie wird nicht mehr als Schonraum konstruiert. Der Familienbegriff wird zwar stark erweitert, indem vor allem Alleinerziehende stärker einbezogen werden, diese gelten aber nach wie vor als Abweichung. Denn es bleibt ein Modell hegemonial, in dem 'Familie' als gegengeschlechtliches Paar mit Kindern verstanden wird. Als Norm für die Kleinfamilie gilt weiterhin die Zuverdienerehe mit einem meist männlichen Hauptverdiener und einer weiblichen teilzeitbeschäftigten Zuverdienerin. Als dominante weibliche Subjektposition gilt daher nach wie vor die Frau in fester Partnerschaft und mit Doppelorientierung auf Familie und Beruf. Parallel gewinnt das Zwei-Verdienermodell zunehmend an Bedeutung; damit wird die weibliche Subjektposition der erwerbsorientierten Frau gestärkt. Frauen wird unabhängig von diesem Modell weiterhin die Hauptverantwortung für die Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dabei bleibt auch die Vorstellung der Vollzeitmutter erhalten, die in den ersten ein bis drei Lebensjahren eines Kindes zuhause bleibt und danach möglichst teilzeitbeschäftigt ist. Für Frauen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht werden, während Männer zwar vor allem in den letzten Jahren verstärkt, aber weiterhin nur punktuell angesprochen werden. Die Widersprüche werden auch am wohlfahrtsstaatlichen Anreiz- und Anrechtssystem deutlich, das sich durch ein Nebeneinander von Maßnahmen der Re- und De-Familiarisierung auszeichnet. So wird die Zuverdienerehe weiterhin durch das Ehegattensplitting gestützt, gleichzeitig werden aber auch Reformen zur Aufwertung nicht-ehelicher Lebensformen umgesetzt.

Die familienpolitischen Normen werden vorrangig durch wirtschaftspolitische, frauenpolitische und erstmals auch vermehrt durch gleichstellungspolitische Argumente begründet. In der zweiten Legislaturperiode unter Schröder versteht sich Familienpolitik zunehmend auch als Politik, die sich am „reproduktiven Erfolg" messen lässt (BMFSFJ 2004a, 10). Familienpolitik wird erstmals nicht mehr vorrangig sozialpolitisch, sondern bevölkerungspolitisch begründet. Mit diesem Wandel hin zu einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik wird auch die traditionelle sozialdemokratische Akzentsetzung der Familienpolitik als Frauen- und Gleichstellungspolitik abgeschwächt (vgl. Hengsbach/Zimnik 2004, 8). Denn Geschlechtergerechtigkeit wird dabei zunehmend der Generationengerechtigkeit untergeordnet (vgl. Hengsbach/Zimnik 2004, 18).

Neu ist sowohl, dass der demographische Wandel – und in diesem Zusammenhang auch Lebensentwürfe ohne Kinder – zum Schwerpunktthema wird, als auch die Art und Weise, wie das Thema gefasst und diskutiert wird. Es wird ein Krisenszenario aufgebaut und es findet eine „Demographisierung gesellschaftlicher Probleme" (Hummel 2006, 27) statt, indem verschiedenste gesellschaftliche Probleme vorrangig auf den demographischen Wandel zurückgeführt werden. Weiterhin weist der Diskurs eine nationalstaatliche Engführung auf: Dementsprechend wird Zuwanderung als Lösungsansatz für das 'demographische Problem' marginalisiert und abgewertet. Zudem wird verstärkt auf qualitative und nicht auf quantitative Nachwuchssicherung gesetzt; dabei geraten vor allem gut ausgebildete Frauen ohne Kinder in den Fokus, während Männer nach wie vor kaum zur Elternschaft aufgerufen werden. Mehrheitlich wird ein 'Kinderwunsch' der Frauen angenommen und ein Lebensentwurf ohne Kinder auf strukturelle Probleme, insbesondere auf die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, zurückgeführt. Familiengründung wird nicht mehr naturalisiert, sondern bedarf nun einer rationalen Entscheidung. Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Reproduktionsmedizin wird auch unfreiwillige 'Kinderlosigkeit' zunehmend legitimierungsbedürftig.

Zunehmende Bedeutung haben europapolitische Diskurse, deren Forderungen nach steigender weiblicher Erwerbsquote und Ausbau von Kinderbetreuung aufgegriffen werden. Gegen die Modernisierung des Geschlechterverhältnisses argumentieren vor allem wertkonservative Diskurse, die vor allem medial inszeniert werden und die Familiarisierung stützen. Die Ziele der emanzipatorischen Gegendiskurse werden in der Familienpolitik vielfach aufgegriffen, es bleibt jedoch teilweise bei einer 'rhetorischen Modernisierung'.

1.5 Zusammenfassung der familienpolitischen Wissensvorräte von 1949 bis 2004

Nachfolgend werden die zentralen Ergebnisse der Analyse familienpolitischer Wissensvorräte zu 'Kinderlosigkeit' von 1949 bis 2004 tabellenförmig dargestellt und erläutert. Zunächst wird der Rahmen der regierungsnahen familienpolitischen Diskurse erläutert.

In den 1950er/60er Jahren wird 'Familie' als behagliche Kleinfamilie und Schonraum verstanden. Dies wird vor allem mit familieninstitutionellen und moralischen Argumentationen begründet. In den 1970er Jahren kommt es zu einer ersten Öffnung dieses Schonraums, indem die Rechte von Frauen und Kindern gestärkt und familiale Beziehungen stärker staatlich kontrolliert werden. Im Zuge dessen wird auch auf sozialpolitische und frauenpolitische Argumentationen zurückgegriffen. In den 1980er/90er Jahren wird 'Familie' nicht nur wieder verstärkt als private, intime Institution betrachtet, sondern die gesellschaftliche Rolle der Familie wird betont. Dies zeigt sich u.a. in dem Anspruch, dass die Familie der Gesellschaft „ein menschliches Gesicht" geben soll. Dementsprechend werden im Rahmen dieser Diskurse nicht nur familieninstitutionelle, sondern vor allem auch gesellschaftspolitische Argumentationen angeführt. Ab Ende der 1990er Jahre wird Eigenverantwortung betont und die Familie zunehmend zur ökonomischen Ressource erklärt. Dabei gewinnen wirtschaftspolitische Argumentationen an Bedeutung. Außerdem werden neben frauenpolitischen auch gleichstellungspolitische Argumente hervorgehoben, aber nur bedingt umgesetzt. Eine zentrale Veränderung stellt der Umgang mit der Bevölkerungspolitik dar. Familienpolitik wird seit Gründung der Bundesrepublik über fünf Jahrzehnte hin sozialpolitisch begründet, während bevölkerungspolitische Begründungen von der Regierung mehr oder weniger dezidiert abgelehnt werden. Erst seit 2002 versteht sich die regierungsnahe Familienpolitik (wieder) explizit als Bevölkerungspolitik.

In der Beschreibung sozialer Regeln und gesellschaftlicher Normen zeigt sich Mitte der 1970er Jahre eine Veränderung. Diese lässt sich mit Link u.a. (2003) bezeichnen als Übergang von präskriptiven Normen, durch die jahrzehntelang die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung moralisch und rechtlich festgeschrieben wurde, zu deskriptiven Normen, die beschreiben und festhalten, was sozial als 'normal' betrachtet wird. Diese deskriptiven Normen werden als Orientierungsmarken formuliert, die im Vergleich zu den früheren Diskursen von einem nicht so weitreichenden und weniger rigiden wohlfahrtsstaatlichen Anreiz- und Anrechtssystem gestützt werden. Dieses System zeichnet sich durch einen „Familialismus" aus (Esping-Andersen 1999; vgl. Dackweiler 2003, 71).[112] Dementsprechend wird durchgängig auf die materielle Förderung von

112 In der Wohlfahrtsstaatsforschung wird Deutschland als patriarchaler Wohlfahrtsstaat bezeichnet (vgl. Pateman 1988). Weiteres zur Wohlfahrtsstaatsforschung vgl. z.B. Esping-Anderson 1990; Dackweiler 2003, 45–7.

Tabelle I: Zusammenfassung der Rahmung regierungsnaher familienpolitischer Diskurse

	1950er/60er	*1970er*	*1980er/90er*	*2000er*
Ideologie	• Behaglichkeit – behagliche private Kleinfamilie	• Mitbestimmung – erste Öffnung der privaten Kleinfamilie	• Mitmenschlichkeit – Familie als menschliches Gesicht der Gesellschaft	• Eigenverantwortung – Familie als ökonomische Ressource
Art der Normen	• Präskriptive Erfüllungsnormen	• Übergang von präskriptiven Erfüllungsnormen zu deskriptiven Normen	• Deskriptive Normen	• Deskriptive Normen
Zentrale Legitimation	• Familieninstitutionelle, moralische und sozialpolitische Argumentationen	• Sozialpolitische Argumentationen • Erste frauenpolitische Argumentationen	• Gesellschaftspolitische und familieninstitutionelle Argumentationen • Ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend wirtschaftspolitische Argumentationen	• Wirtschaftspolitische, gesellschaftspolitische, frauenpolititische und erstmals auch vermehrt gleichstellungspolitische Argumentationen
Anreizstruktur	• Re-Familiarisierung insbesondere durch materielle Maßnahmen für kinderreiche Familien und Mutterschutz • Sanktionen bei Abweichung von der Norm der Hausfrauenehe	• Weiterführung der materiellen Maßnahmen • Zentrale rechtliche Reformen zur De-Familiarisierung ab Mitte der 1970er Jahre, z.B. punktuelle Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern	• Weiterführung der materiellen Maßnahmen zur Förderung von Ehe und Familie • Teilweise strukturelle Maßnahmen zur De-Familiarisierung, z.B. zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	• Widersprüchliche Maßnahmen: Einerseits Maßnahmen zur De-Familiarisierung; z.B. Reformen zur Aufwertung nicht-ehelicher Lebensformen • Anderseits weiterhin Maßnahmen zur Re-Familiarisierung
Gegendiskurse	• Faschistische und sozialistische Diskurse	• Sozialistische und emanzipatorische Diskurse	• Sozialistische und emanzipatorische Diskurse	• Europapolitische und wertkonservative Diskurse

Familien bzw. Ehen vor allem durch einen Familienlastenausgleich gesetzt und nicht auf die Förderung von Individuen, z.B. Kindern. Gleichzeitig werden teilweise auch Maßnahmen umgesetzt, die de-familiarisierend wirken (wie z.B. der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung). Die Vorrangstellung, die der Hausfrauen- bzw. später der Zuverdienerehe eingeräumt wird, bleibt dabei aber bis heute stabil, z.B. durch das Steuer- und Sozialversicherungssystem (vor allem das Ehegattensplitting und die soziale Absicherung über den Ehemann) sowie die Unterausstattung der öffentlichen Betreuungseinrichtungen (vgl. Henninger u.a. 2008; Pinl 2003, 6f.)

Die (inhaltliche und rechtliche) Ausrichtung der westdeutschen Familienpolitik der Nachkriegszeit, vor allem die deutliche Ablehnung einer Ausrichtung auf Bevölkerungspolitik bis in die jüngste Vergangenheit, lässt sich nur vor dem Hintergrund der zunächst impliziten und später expliziten Auseinandersetzung mit faschistischer Politik nachvollziehen. Bis Ende der 1970er Jahre werden bevölkerungspolitische Maßnahmen innerhalb der Familienpolitik dezidiert abgelehnt. Familienpolitische Ziele werden nicht demographisch, sondern sozialpolitisch bzw. humanistisch oder christlich begründet. Erst seit Anfang 2000 wird Familienpolitik nicht mehr rein sozial begründet, sondern teilweise sichtbar mit bevölkerungspolitischen oder zumindest demographischen Zielen verknüpft. Auch sozialistische Gegendiskurse stellen bis zur bzw. bis kurz nach der deutschen Wiedervereinigung ein zentrales Auseinandersetzungsfeld regierungsnaher Diskurse dar. Insbesondere differente Normen von weiblicher Erwerbstätigkeit und legitimer unehelicher Partner- oder Mutterschaft ('wilde Ehe', 'Alleinerziehende') werden in diesem Zusammenhang thematisiert. Emanzipatorische Gegendiskurse spielen ab Ende der 1960er Jahre eine große Rolle. So werden auch in den regierungsnahen Diskursen der Familienpolitik immer wieder zentrale Forderungen sozialer Bewegungen und ihrer emanzipatorischen Diskurse aufgegriffen. Dabei handelt es sich jedoch, z.B. in Bezug auf neue Partnerschaftsformen, lange Zeit größtenteils um eine rhetorische Modernisierung, da zwar die Wissensvorräte modernisiert, diese aber nicht in konkrete Maßnahmen überführt werden. Auch in Bezug auf Elternschaft werden erst spät (in den 1990er Jahren) konkrete Maßnahmen etabliert und Gesetze eingeführt, die unverheirateter Eltern aufwerten (z.B. Neuordnung des Sorgerechts 1996). In den letzten Jahren werden zudem vermehrt Diskurse europäischer Familienpolitik aufgegriffen und teilweise umgesetzt (wie z.B. an Erwerbseinkommen orientiert bezahlte Elternzeit). Zugleich zeigen sich in den Medien vereinzelt stark wertkonservative Gegendiskurse, die für Frauen eine familienpolitische Rückkehr in die 1950er Jahre einfordern.

Die Darstellung der Ideologie, der Art der Normen, der zentralen Legitimationen, der Anreizstruktur und der Gegendiskurse verdeutlicht die Komplexität des Wandels bzw. der Stabilität der regierungsnahen familienpolitischen Diskurse von 1949 bis 2005. Sie ermöglicht eine Kontextualisierung der im Folgenden untersuchten Gegenstände in die Macht-Wissen-Komplexe der jeweiligen historischen

Periode. In der nachfolgenden Tabelle werden die zentralen Ergebnisse der Analyse regierungsnaher Diskurse der Familienpolitik zu den Gegenständen 'Familie' und 'Demographie' dargestellt.

Die nachkriegsdeutsche Familiennorm zeichnet sich durch eine Stabilität der Kleinfamilie aus. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kleinfamilie hat sich von der Hausfrauenehe zum Zuverdienerinmodell gewandelt. In den letzten Jahren deutet sich zudem ein langsamer Übergang zu einem Zwei-Verdienermodell an.

Die hegemoniale weibliche Subjektposition hat sich parallel zur vorherrschenden Familiennorm verändert. Bis Mitte der 1960er Jahre gilt die Ehefrau, die zugleich Hausfrau und Vollzeitmutter ist, als normbestimmend. Danach findet, bis Ende der 1970er Jahre, ein Übergang hin zu einer Doppelorientierung der Frauen auf Familie und Beruf statt, wobei die weibliche Berufstätigkeit innerhalb des Drei-Phasenmodells zunächst vor allem vor und nach der 'Kinderphase' stattfinden soll. In den 1980er und 1990er Jahren wandelt sich diese Norm, indem sich die Erwerbsunterbrechung durch die 'Kinderphase' verkürzt und sich langsam ein Zuverdienerinmodell für Frauen in Form von Teilzeitarbeit etabliert. Die Vorstellung, dass Mutterschaft eine 'Vollzeit'-Aufgabe darstellt, bleibt erhalten, aber die Phase, in der die Mutter als unentbehrlich gesehen wird, verkürzt sich im Laufe der Jahrzehnte immer weiter. So wird im neuen Elterngeld, das 2007 eingeführt wird, als Norm ein Jahr Vollzeitelternschaft gesetzt. Durchgängig stabil bleibt die Norm der weiblichen Hauptzuständigkeit für die Haus- und Familienarbeit, auch wenn Männer/Väter vor allem seit Ende der 1990er Jahre in der Familienpolitik zunehmend thematisiert werden.

Als abweichende weibliche Subjektposition gilt zunächst in den 1950er/60er Jahren die unfreiwillig ehelose Frau, die keine Kinder hat und vom Staat unterstützt werden muss. Ab Ende der 1960er Jahre werden die Alleinerziehenden stärker in den Blick genommen. Sie erfahren insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren eine Aufwertung, aber ihre Lebensführung bildet nach wie vor eine Abweichung von der Norm der Ehe bzw. stabilen Partnerschaft, was insbesondere daran zu erkennen ist, dass die Kinder Alleinerziehender finanzrechtlich weniger begünstigt werden als die von verheirateten Frauen. Seit den 1980er Jahren werden als weitere von der Norm abweichende weibliche Subjektpositionen verstärkt so genannte 'Karrierefrauen' oder 'Kinderlose' thematisiert.

Dass Alleinerziehende durchgängig als Abweichung thematisiert werden, hängt mit der Stabilität der engen Verzahnung von Ehe bzw. beständiger gegengeschlechtlicher Partnerschaft und Elternschaft zusammen. Elternschaft wird dabei bis circa Ende der 1980er Jahre naturalisiert, erst dann entsteht die Vorstellung eines 'Kinderwunsches'. Dabei wird der Wunsch nach Kindern weiterhin naturalisiert, aber die Umsetzung dieses Wunsches bedarf der rationalen Planung.

Während Vätern, bis Mitte der 1960er Jahre auch rechtlich gestützt, die Entscheidungsgewalt über Kinder in der Ehe zugeschrieben wird, kommt es in den

Tabelle II: Zusammenfassung zu den Gegenständen 'Familie' und 'Demographie'

	1950er/60er	*1970er*	*1980er/90er*	*2000er*
Familien-norm	• Kleinfamilie als männliche Versorger-/ Hausfrauenehe	• Kleinfamilie im Übergang von männlicher Versorger-/ Hausfrauenehe zum Zuverdienerinmodell	• Kleinfamilie als Zuverdienerinmodell	• Kleinfamilie als Zuverdienerinmodell, Übergang zum Zwei-Verdienermodell
Hegemoniale weibliche Subjekt-position	• Ehefrau = Hausfrau = Vollzeitmutter (für die komplette Kindheit) • Ab Mitte der 1960er Jahre: Übergang zum Drei-Phasenmodell für Frauen	• Einerseits weiterhin Ehefrau = Hausfrau = Vollzeitmutter • Anderseits Doppelorientierung als Ehefrau – Drei-Phasenmodell	• Doppelorientierung als Ehefrau = Vollzeitmutter – Teilzeit erwerbstätig vor und nach der 'Kinderphase'	• Doppelorientierung: Frau in fester Partnerschaft oder Ehe • Vollzeitmutter (1 bis 3 Jahre), dann Teilzeit oder Vollzeit beschäftigt
Abweichende weibliche Subjekt-positionen	• 'Notgedrungen' ehelose Frauen = 'notgedrungen' ohne Kinder, bedürfen des Schutzes des Staates	• Geschiedene, unfreiwillig alleinerziehende Mutter	• Alleinerziehende Mutter bedarf des Schutzes des Staates • Unverheiratet alleinerziehende Mutter, Karrierefrau	• Karrierefrau – zumeist ledig und 'kinderlos' • Alleinerziehende Mutter
Elternschaft	• Enge Bindung Ehe – Elternschaft (Stigmatisierung unehelicher Kinder) • Naturalisierung von Elternschaft (Vorstellung des 'Kinderwunsches' taucht noch nicht auf) • Väterliche Entscheidungsgewalt	• Enge Bindung Ehe – Elternschaft • Naturalisierung von Elternschaft (Vorstellung des 'Kinderwunsches' taucht noch nicht auf) • Übergang von väterlicher Entscheidungsgewalt zu partnerschaftlichem Modell	• Enge Bindung Ehe – Elternschaft • Übergang von der Naturalisierung von Elternschaft zu Elternschaft als rationaler Entscheidung • Naturalisierung des 'Kinderwunsches', aber nicht mehr der Familiengründung	• Enge Bindung heterosexuelle Paarbeziehung und Elternschaft • Elternschaft als rationale Entscheidung • Naturalisierung des 'Kinderwunsches', aber nicht mehr der Familiengründung

	1950er/60er	*1970er*	*1980er/90er*	*2000er*
Muttermythos	• Mutterschaft als natürliche Erfüllung • Zurückstellen der eigenen Bedürfnisse zugunsten der Familie, Zuständigkeit für die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit • Starke moralische Abwertung von Müttererwerbstätigkeit und außerhäuslicher Kinderbetreuung	• Mutterschaft als natürliche Bindung zwischen Mutter und Kind • Zurückstellen der eigenen Bedürfnisse zugunsten der Familie, Zuständigkeit für die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit	• Vollzeitmutterschaft für die ersten drei Jahre, zuständig für die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit • Teilweise Ablehnung außerhäuslicher Kinderbetreuung • Aufwertung der Kindheit	• Vollzeitmutterschaft (vereinzelt Elternschaft) für die ersten 1 bis 3 Jahre, hauptsächlich zuständig für die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit • Stärker auf das Kind bezogen (Kindermythos)
noch Muttermythos	• Vollzeitmutter, bei der die physische Entwicklung des Kindes im Vordergrund steht	• Vollzeitmutter, Teilzeitberufstätigkeit nur vor und nach der Kinderphase, weiterhin vielfach Abwertung von Müttererwerbstätigkeit, äußerhäusliche Kinderbetreuung ist umstritten • Psychische Entwicklung des Kindes wird zunehmend betont	• Mit dem Humankapitelansatz Leistungsorientierung und mütterliche Förderung	• Mit der Ökonomisierung Ausbau der Leistungsorientierung durch elterliche Förderung

	1950er/60er	*1970er*	*1980er/90er*	*2000er*
Menschen ohne Kinder	• Leerstelle im Diskurs, implizite Zuschreibungen als 'unfreiwillig' und 'ehelos'	• Leerstelle im Diskurs, teilweise implizite Zuschreibungen als 'konsum- und erwerbsarbeitsorientiert'	• In den 1980er Jahren Leerstelle im Diskurs • In den 1990er Jahren explizite Abwertungen als 'unsozial' und 'egoistisch'	• Weibliche 'Kinderlosigkeit' aufgrund von strukturellen Problemen, insbesondere Unvereinbarkeit von Beruf und Familie • Implizite Zuschreibungen als 'karriereorientiert' • Unfreiwillige 'Kinderlosigkeit' wird legitimierungsbedürftig
Gegenstand 'Demographie'	• 1950er Jahre: 'Frauen überschuss' als Tatsache, aber nicht als Bevölkerungsproblem. • Ab Mitte der 1960er Jahre Arbeitskräftemangel: Lösung durch Zuwanderung und mehr Frauenerwerbstätigkeit • Quantitative Nachwuchssicherung über materielle Familienförderung	• Bevölkerungsschrumpfung als Tatsache, nicht als Problem • Quantitative Nachwuchssicherung über Familienförderung • Ablehnung von Bevölkerungspolitik	• Zunächst quantitative Nachwuchssicherung • Ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend auch qualitative Nachwuchssicherung • Weibliche 'Kinderlosigkeit' gilt als zentrale Ursache des Bevölkerungswandels	• Demographie wird zentral durch 'Demographisierung gesellschaftlicher Probleme' • Quantitative Nachwuchssicherung, aber Fokus auf qualitativer Nachwuchssicherung, vor allem auf hoch gebildete Frauen ohne Kinder, kaum auf Männer • Thema 'Zuwanderung' wird marginalisiert und abgewertet • Nationalstaatliche Engführung

nachfolgenden Jahrzehnten zur Betonung eines partnerschaftlichen Modells, bei dem beide Ehepartner gleichermaßen für die Erziehung, wenn auch nicht für die Versorgung und Betreuung von Kindern zuständig sind. Dies zeigt sich z.B. daran, dass im Scheidungsfall die gemeinsamen Kinder bis in die 1990er Jahre hinein in der Regel den Frauen zugesprochen werden und diese Praxis auch selten von den Männern kritisiert wird, weil Frauen normativ als Alleinzuständige für die Erziehung und Versorgung insbesondere jüngerer Kinder gelten. Dies deckt sich mit der oben beschriebenen Stabilität der gesellschaftlichen Norm, dass Frauen die Hauptzuständigkeit für Haus- und Familienarbeit besitzen und im Falle einer Mutterschaft diese Vollzeit auszuüben haben – um ihrer natürlichen Erfüllung gerecht zu werden. Dies entspricht der im 19. Jahrhundert etablierten Vorstellung von männlichen und weiblichen 'Geschlechtercharakteren', derzufolge Frauen ihre eigenen Bedürfnisse quasi naturgegeben zugunsten der Familie zurückstellen bzw. erst in der Familie zur vollen Entfaltung ihrer selbst gelangen (vgl. Hausen 1976). Müttererwerbstätigkeit und außerhäusliche Kinderbetreuung werden explizit abgewertet und in der Kindererziehung steht die physische Entwicklung des Kindes (z.B. die Wichtigkeit regelmäßiger Mahlzeiten) im Vordergrund. In den 1970er Jahren ändert sich der Perspektive auf Elternschaft: Neben der physischen gerät mit der Bindungstheorie verstärkt die psychische Entwicklung des Kindes ins Blickfeld. Die Präferenz der Vollzeitmutterschaft und die Ablehnung von Müttererwerbstätigkeit und außerhäuslicher Kinderbetreuung werden jetzt mit der natürlichen Bindung zwischen Mutter und Kind begründet. Erst wenn Kinder ein gewisses Reifealter erreicht haben, ist eine phasenweise und zeitlich begrenzte Erwerbstätigkeit von Müttern möglich. Bis in die 1990er Jahre hinein werden Müttererwerbstätigkeit und außerhäusliche Kinderbetreuung als problematisch thematisiert. Vollzeitmutterschaft in den ersten drei Jahren gilt bis 2005 als Norm. In den 1990er Jahren werden personalpolitische Diskurse in der Familienpolitik aufgegriffen. Mit ihnen findet die Argumentation, dass das Humankapital von Frauen auf dem Arbeitsmarkt Verwertung finden sollte, stärkere Berücksichtigung. Diese 'Ökonomisierung der Familie' wird ab 2002 weiter verstärkt. Die Norm der Vollzeitmutterschaft bleibt dabei aufrechterhalten, wird in den letzten Jahren aber zeitlich verkürzt und umfasst zunehmend nur noch das Säuglingsalter von Kindern, d.h. in der Regel das 1. und 2. Lebensjahr. Festgehalten werden kann, dass der deutsche Muttermythos sich inhaltlich verändert. In seiner Grundkonzeption bleibt der Mythos erhalten, dass die biologische Mutter für die Sorge- und Erziehungspflichten verantwortlich ist und diese besser erfüllen kann als andere Menschen – in historisch jeweils unterschiedlichem Gewand. Die Stabilität in Westdeutschland wird vom Gender-Datenreport des Familienministeriums von 2005 belegt. So stimmen 70 % der westdeutschen Männer und 56 % der westdeutschen Frauen folgender These zu: 'Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist.' Von den ostdeutschen Männern und Frauen sind

es jeweils nur halb so viele. Aus der biologischen Vaterschaft werden hingegen nicht gleichermaßen physische und psychische Sorgepflichten abgeleitet, sondern vor allem die Anforderung der finanziellen Absicherung. Der deutsche Muttermythos kann als „Herzstück deutscher Politik" (vgl. Vinken 2007, 252) bezeichnet werden und erweist sich, wie im nächsten Kapitel gezeigt werden wird, auch für Individuen als bedeutsam.

Personen ohne Kinder stellen in den Diskursen bis Ende der 1980er Jahre eine Leerstelle dar. Sie werden eher implizit thematisiert. Dabei wird ihnen in den frühen Diskursen zugeschrieben, dass sie 'ehelos' sind und dass ihr Lebensentwurf unfreiwillig ist. In den 1970er Jahren erscheinen erste konkrete Negativzuschreibungen, wie beispielsweise eine starke Konsum- und Erwerbsarbeitsorientierung. Diese verstärken sich in den 1990er Jahren und werden dann auch expliziter formuliert. Personen ohne Kinder gelten zu dieser Zeit als unsozial und egoistisch. Seit 2002 wird weibliche 'Kinderlosigkeit' zu einem zentralen Thema; vor allem hoch qualifizierte Frauen geraten ins Blickfeld. Deren Lebensentwurf wird auf strukturelle Probleme, insbesondere auf die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, zurückgeführt. Der Lebensentwurf ohne Kinder gilt als unfreiwillig, da nach wie vor mehrheitlich ein 'Kinderwunsch' unterstellt wird. Mit der Ausweitung der Reproduktionstechnologie wird zunehmend auch unfreiwillige 'Kinderlosigkeit' legitimierungsbedürftig.

Der Gegenstand 'Demographie' wird bis Ende der 1970er Jahre als Tatsache, aber nicht als Problem thematisiert. Daran ändert sich auch durch den Arbeitskräftemangel nichts, der durch Zuwanderung und Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit gelöst wird. Bis Ende der 1980er Jahre liegt der Schwerpunkt auf quantitativer Nachwuchssicherung, die vor allem über die materielle Familienförderung und in den 1970er Jahren auch verstärkt über strukturelle Maßnahmen gesichert werden soll. Familienpolitik versteht sich sinkenden Geburtenraten ab Mitte der 1960er Jahre zum Trotz nicht als Bevölkerungspolitik. Ab Mitte der 1990er Jahre wird die qualitative Nachwuchssicherung vermehrt thematisiert. Den Höhepunkt erreicht diese Thematisierung ab 2002. Die Bevölkerungsentwicklung wird als zentrales gesellschaftliches Problem definiert und unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme, vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, werden damit in Verbindung gebracht. Dieses Muster lässt sich als 'Demographisierung gesellschaftlicher Probleme' bezeichnen (vgl. Hummel 2006). Das Thema wird außerdem nationalstaatlich gefasst und Zuwanderung als Lösungsansatz wird marginalisiert. Dabei werden historisch neuartig bevölkerungspolitische und gleichstellungspolitische Ziele miteinander verschränkt, indem nicht nur die Geburtenrate, sondern gleichzeitig auch die Frauenerwerbsquote erhöht werden soll.

Frauen werden im familienpolitischen Diskurs durchgehend zur biologischen Mutterschaft aufgerufen und die vorherrschende Subjektposition bleibt die Frau = Mutter, während Männer als Väter in den ersten Jahrzehnten kaum thematisiert

und auch in den letzten Jahren nur punktuell durch den regierungsnahen Diskurs angesprochen werden. Der weibliche Lebensentwurf ohne Kinder gilt und galt in den hier untersuchten Wissensvorräten durchgängig als individuell und politisch ungewollt. Durch den bevölkerungspolitischen Fokus der Familienpolitik während der letzten Dekade verschärfen sich die Anrufungen zur Mutterschaft. Mutterschaft stellt nun endgültig nicht mehr, wie noch in den 1950er/60er und auch noch in den 1980er/90er Jahren, eine unhinterfragte biologische Tatsache und Privatsache dar. Stattdessen werden die gesamtgesellschaftliche Geburtenentwicklung und die Geburtenentwicklung bestimmter Bevölkerungsgruppen zum diskursiven Dreh- und Angelpunkt. Dabei fokussiert der Diskurs seit den 1990er Jahren auf Frauen ohne Kinder, während die seit mehr als einem Jahrhundert sinkende Familiengröße erst in den letzten Jahren – mit dem Erscheinen des 7. FB 2005 verstärkt – ins Blickfeld gerät (vgl. BMFSFJ 2005, 4; 7. FB 2005)[113]. Dies wirft die Frage auf, ob es hier nur um die Steigerung des Bevölkerungswachstums geht oder ob „eine Selektion zwischen Bevölkerungsgruppen vorangetrieben werden soll" (Dackweiler 2006, 87).

Die aufgearbeiteten familien- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen die Gestaltung der Lebensläufe von Frauen und Männern: „Wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen entscheiden nicht zuletzt darüber, in welchem Maß die ökonomischen Existenzgrundlagen und die Absicherung sozialer Risiken von der Familienform abhängen" (Konietzka/Kreyenfeld 2005, 36). Sie setzen aber nicht nur ökonomische Anreize zugunsten der Ehe gegenüber anderen Lebens- und Familienformen, sondern werden auch in institutionelle Diskurse übersetzt, wie im Folgenden gezeigt werden wird.

113 Der 7. Familienbericht beschäftigt sich mit dem Thema „Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und sozialer Zusammenhalt" (vgl. 7. FB 2005).

2. Institutionelle Wissensvorräte: Die öffentliche Verwaltung der westdeutschen Großstadt N. und die dort vorherrschende weibliche Normalitätsfolie

Bevor im nächsten Kapitel anhand von vier ausgewählten Fällen die biographischen Selbstthematisierungen hoch qualifizierter Frauen ohne Kinder rekonstruiert werden, soll im Folgenden der institutionelle Kontext der Befragten analysiert werden. Denn der berufliche Kontext der Verwaltung stellt für die vollzeiterwerbstätigen Befragten ein zentrales Auseinandersetzungsfeld mit gesellschaftlichen Wissensvorräten dar: Solche Institutionen „konstituieren Ordnungen und beeinflussen das Handeln und Denken der Akteure und sind sedimentierter Ausdruck von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, von Macht und Herrschaft" (Oppen/Simon 2004, 9). Arbeitsorganisationen können als Sozialisationsagenturen bezeichnet werden (vgl. Kißler 2007, 100). Die verwaltungsspezifischen Wissensvorräte zeichnen sich dabei, wie noch ausführlicher dargelegt werden wird, durch eine enge Verwobenheit mit den im ersten Abschnitt analysierten gesellschaftspolitischen Wissensvorräten aus. Denn ein Wandel in der Politik zeigt sich nicht allein in Veränderungen des normativen Wissens, sondern längerfristig auch im Wandel politischer Institutionen.

Als Voraussetzung zur Beschreibung des Arbeitsumfeldes 'Verwaltung' und der verwaltungsspezifischen Wissensvorräte werden zunächst die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung analysiert. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der öffentlichen Verwaltung als weibliches Erwerbsfeld. Anschließend wird die untersuchte Verwaltung N. genauer analysiert. Dafür wird auf Ergebnisse aus der eineinhalbjährigen Praxis-Forschungskooperation[114] mit der öffentlichen Verwaltung der Stadt N. zurückgegriffen (vgl. Correll 2005a; Correll/Janczyk 2005; GendA 2005; Lepperhoff 2005; Lepperhoff/Scheele 2005; Scheele 2008).[115] Vor allem wird der geschlechtsspezifische Wissensvorrat der untersuchten Verwaltung dargestellt. Dazu werden die Geschlechterstrukturen und die Geschlechterpolitik dieser Verwaltung analysiert und beispielhaft anhand einer verkürzten Falldarstellung einer Befragten die Normalitätsfolie einer typischen weiblichen Beschäftigten (Mutter, Teilzeit arbeitend) nachgezeichnet. Im Rahmen der Falldarstellungen im Teil IV wird dann untersucht werden, ob diese Anrufungen aus dem institutionellen Umfeld aufgegriffen werden und inwieweit diese im jeweiligen Arbeitsumfeld der Befragten Bedeutung entfalten.

114 Eine genaue Beschreibung des Verlaufes der Forschungskooperation findet sich in Lepperhoff/Scheele 2005.

115 In der Forschungskooperation wurden aus einer geschlechtersensiblen Perspektive die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung in einer sich wandelnden Verwaltung untersucht.

2.1 Die öffentliche Verwaltung als wichtiger Arbeitgeber in Deutschland

Der öffentliche Dienst ist mit insgesamt 4,6 Millionen Beschäftigten ein wichtiger Arbeitgeber in Deutschland (Schwahn 2007, 1079, Stand 30. Juni 2006).[116] Öffentliche Verwaltungen unterscheiden sich in verschiedenen Dimensionen von anderen Arbeitgebern. Sie haben ein umfangreiches und vielfältiges Aufgabenspektrum, denn „durch sie wird ein Großteil der staatlichen Dienstleistungen erbracht" (Reinhard 2004, 87). Damit unterscheiden sie sich stark von privaten Firmen, denn öffentliche Güter sollen allen Bürgern zugänglich sein (vgl. Kißler u.a. 1997, 35). „Der öffentliche Sektor gewinnt seine Umrisse an der Schnittstelle öffentlicher und privater Leistungserstellung und auf der Grundlage der Funktionsbestimmungen von öffentlichen Aufgaben" (Kißler 2007, 260). Da es sich um einen staatlichen Apparat handelt, sind die Strukturen und die Arbeitsläufe in der öffentlichen Verwaltung eng mit den politischen Verhältnissen verknüpft (vgl. Keller 2006; Kißler u.a. 2008). Dies betrifft sowohl den Vollzug von Gesetzen und Verordnungen, indem politische Entscheidungen von den öffentlichen Verwaltungen in die Praxis umgesetzt werden, als auch die Wahrnehmung und Bearbeitung politisch relevanter Probleme, indem öffentliche Verwaltungen individuell-gesellschaftliche Probleme bearbeiten, sie als staatlich relevant oder nicht relevant diagnostizieren und Maßnahmen zur Behebung der Probleme entwickeln (vgl. Grimmer 2004, 11). Verwaltungen handeln damit sehr politiknah (vgl. Reinhard 2004, 87) und ihr Entscheidungsspielraum ist „aufgrund von Bundes- und Landesvorschriften insbesondere in den finanzaufwendigen Bereichen wie der Sozialhilfe minimal" (Kißler u.a. 1997, 36).[117] Wegen der Nähe zur Politik ist davon auszugehen, dass hegemoniale politische Diskurse und Praxen in der Institution 'Verwaltung' wirkmächtiger sind als in vielen anderen Erwerbsfeldern. Dies gilt auch für geschlechtsspezifische Wissensvorräte hegemonialer politischer Diskurse. So werden beispielsweise im öffentlichen Dienst als „Resultat politischer Aushandlungen (...) Richtlinien erlassen und Verfahrensweisen eingeführt, die darauf abzielen, Benachteiligungen und Ungleichheiten qua Geschlecht zu beseitigen" (Dölling 2003a, 117), während es bis heute nicht gelungen ist, verpflichtende Gleichstellungsgesetze für die freie Wirtschaft einzuführen. Die geschlechterspezifische Politik in der Verwaltung wird von den analysierten politischen Diskursen (Abschnitt 1.), wie sie in ministerialen und regierungsnahen Zusammenhängen geführt werden, relativ direkt beeinflusst. Damit haben die Diskurse, vermittelt über die institutionelle Politik, so kann angenommen werden, für Beschäftigte in

116 Damit ist der öffentliche Dienst laut Keller 2006 mit ca. 15 % aller Beschäftigten der größte Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Keller 2006, 79), auch wenn die Anzahl der Beschäftigten und der Vollzeitbeschäftigten im Zeitraum von 1996 bis 2007 langsam, aber stetig gesunken ist.

117 Zum Verhältnis von Politik und Verwaltung vgl. Bogumil u.a. 2007.

der Verwaltung eine direkte Bewandtnis. Inwieweit diese Annahme zutrifft, wird im Rahmen der Falldarstellungen untersucht werden. Das heißt nicht, dass öffentliche Verwaltungen nicht auch starkes Beharrungsvermögen haben (vgl. Kißler u.a. 1997, 202) und teilweise politische Diskurse nur als symbolische Politik übernehmen. Die Einflussnahme ist dabei nicht einseitig: „Öffentliche Verwaltungen als Organisationen und Institutionen nehmen gesellschaftliche Strukturen auf und haben eine strukturierende Wirkung in der Gesellschaft" (Grimmer 2004, 46). Als Besonderheit des Arbeitsumfeldes 'Öffentliche Verwaltung' kann eine engere Verknüpfung von Politik und Organisation als bei anderen Arbeitsorganisationen festgehalten werden. Oder um es mit Althussers Vokabular zu sagen: Verwaltungen sind „staatliche Ideologieapparate" (vgl. Althusser 1977). Als ein Teil dieser Ideologien kann die Geschlechterideologie gelten. Solche Institutionen „können somit (...) als 'Träger' der Geschlechterverhältnisse gekennzeichnet werden, abzulesen nicht nur an ihrer internen Arbeitsteilung, sondern auch an ihrer Machtstruktur und den auf deren Stabilisierung gerichteten Leitbildern, Praktiken und Prozeduren" (Oppen 2004, 250). Geschlechterverhältnisse werden aber auch von den Einzelnen getragen, bestätigt und reproduziert.

In den öffentlichen Verwaltungen werden seit Anfang der 1990er Jahre umfangreiche Umstrukturierungen durchgeführt (vgl. Bogumil u.a. 2007; Holtkamp u.a. 2006; Kißler u.a. 2008; Kißler u.a. 1997; Kimmerle 2003).[118] Vor allem handelt und handelte es sich dabei um den Versuch, die Finanzkrise der Kommunen in den Griff zu bekommen und „die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren" (Kißler u.a. 2000b, 13; vgl. Kißler u.a. 1997, 142).[119] Die Modernisierungen bestanden dabei aus Makrostruktur-Maßnahmen, wie Strukturreformen, Entbürokratisierung, Privatisierung und Stellenabbau, aber auch aus Maßnahmen im Bereich 'Binnenstruktur', wie Dezentralisierung, Budgetierung, E-Government oder Controlling (vgl. Reinhard 2004, 91; Jann 2006; Jann u.a. 2004).[120] Anhand der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst wird der immense Personalabbau deutlich: Innerhalb von zehn Jahren sank die Beschäftigtenzahl um fast ein Drittel, von 6,7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahr 1991 auf 4,8 Mill. im Jahr 2001 (Kriete-Dodds 2005, 1299). Seit 2001 wurde das Personal weiter reduziert, allerdings nicht mehr so drastisch wie in den 1990er Jahren. Durch die Reformen haben sich oftmals auch die Arbeitsbedingungen verändert, z.B. kommt es teilweise zu Arbeitsverdichtungen (vgl. Correll 2005a; Kißler u.a. 2008).[121] Gleichzeitig fungieren öffentliche Verwaltungen nach wie vor als Vorreiter in der Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen (Schwahn 2007, 1083). Sowohl die Symptombenennungen, wie Ineffizienz und Ineffektivität, als auch die konkreten Reformbemühungen verknüpfen sich dabei vielfach mit „Argumentationen für eine neoliberal ausgerichtete Gesellschaftsmodernisierung, deren Argumentationslogiken sich im hegemonialen Diskurs zur Verwaltungsreform widerspiegeln" (Kimmerle 2003, 16). Die Verwaltungsreformen werden dementsprechend oftmals als Ökonomisierung bezeichnet (vgl. Lucio 2002, 173). Auch aktuell kommt es zu umfangreichen Veränderungen des Anforderungsprofils der kommunalen und regionalen öffentlichen Akteure durch Reformen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann (vgl. Kißler/Zettelmeier 2005; Rudolph/Niekant 2007). Im Zuge der Umstrukturierungen wurde auch das Tarifrecht verändert. Zum 01.10.2005 trat das neue 'Tarifrecht für den öffentlichen Dienst' (TVöD) in Kraft. Damit verbunden waren u.a. die Einführung einer Niedriglohngruppe und einer leistungsorientierten Bezahlung (bis zu 8 % der Gesamtgehaltsumme) sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeiten (vgl. Keller 2006, 97).

Die Umstrukturierungen in den öffentlichen Verwaltungen in den letzen Jahrzehnten werden auch auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin untersucht (vgl. Oppen/Wiechmann 1998; Oppen 2004; Wiechmann 2004 und 2006). Es werden ambivalente Veränderungen im Zuge von Verwaltungsmodernisierungen beschrieben, die nicht geschlechtsneutral sind und „sowohl Chancen als auch Risiken für die Gleichstellungspolitik der Zukunft" bieten (Kißler u.a. 2000a, 25; vgl. Dölling 2003b). Es steht zu befürchten, dass die Veränderungen sich zu Lasten der Frauen auswirken, weil in den meisten Verwaltungen die Veränderungen vorrangig 'top-down' durchgeführt werden (Kißler 1999, 15) und die Führungspositionen ganz überwiegend mit Männern besetzt sind (vgl. Kimmerle 2003, 21). Die „Definitionsmacht zur Gestaltung des neuen Systems" liegt damit weiterhin vorrangig bei den Männern (Kißler u.a. 2000a, 25). „Hierarchieabflachung, Budgetierung und dezentrale Ressourcenverteilung haben dazu geführt, dass es weniger Machtzentren, aber dafür mit jeweils mehr Macht ausgestattet gibt. (...) In dieser Gemengelage werden Frauen (wieder) als Unsicherheitszone (eventuelle Geburt eines Kindes) für Führungspositionen und als Kostenfaktor (Beurlaubung, Teilzeitarbeit) diskutiert" (Wiechmann 2004, 106). Außerdem kommt Frauenförderung in den Modernisierungskonzepten kaum vor (vgl.

118 Das Ziel der Reform ist auch eine stärkere Trennung von Verwaltung und Politik (vgl. Bogumil u.a. 2007, 27f.).

119 Zum Hintergrund, zur Sozialstaatsdiskussion, vgl. Holtkamp u.a. 2006, 83–90.

120 Laut Bogumil u.a. lässt sich ein „umfassender 'Paradigmenwechsel' der deutschen Verwaltung vom weberianischen Bürokratiemodell zum New Public Management" nicht feststellen (Bogumil u.a. 2007, 318) und es existiert teilweise sogar ein rückwärtsgerichteter Trend, also z.B. zur Re-Zentralisierung und Re-Hierarchisierung (vgl. Bogumil u.a. 2007, 318).

121 Kißler u.a. beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) auf die Verwaltungsbeschäftigten (vgl. Kißler u.a. 2008). Als zentrales Problem der Arbeitsbelastungen wird die verstärkte Arbeitsdichte ausgemacht, z.B. hohe Fallzahlen und zu dünne Personaldecke (vgl. Kißler u.a. 2008, 36, 39, 135). Auch Bogumil u.a. 2007 erklären, es komme zu einer sinkenden Mitarbeiterzufriedenheit durch die Reformen (vgl. Bogumil u.a. 2007, 96).

Kißler 1999, 12). Dies liegt auch daran, dass die Reformen sich als inkompatibel mit der Gleichstellungspolitik erweisen. Gleichstellungspolitik ist Machtpolitik, da es um die Umverteilung von Ressourcen geht (vgl. Wiechmann 2004, 9). „Indem die Reformkonzepte eine Leistungsökonomie propagieren, blenden sie soziale Beziehungen aus, die eine unterschiedliche Behandlung sozialer Gruppen zur Folge haben" (Lucio 2002, 253). Dölling kommt wie auch Kißler in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass die Ökonomisierung der von ihr untersuchten kommunalen Verwaltung bisherige „Klassifikationen keineswegs radikal in Frage stellen, sondern diese eher umdeuten" (Dölling 2003b, 203) und dass es vor allem eines differenzierten Blicks für die „Widersprüchlichkeit und die Ungleichzeitigkeit des Umbaus von Organisationen" und den „Abbau von Geschlechterhierarchien" bedarf (Dölling 2003b, 205).

2.1.1 Die öffentliche Verwaltung als weibliches Erwerbsfeld

Der tertiäre Sektor ist das zentrale Erwerbsfeld für Frauen. 82,7 % aller weiblichen Beschäftigten sind hier tätig, von den Männern sind es nur 53,9 % (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a, 8).[122] Im öffentlichen Dienst waren 2006 rund 52 % der Beschäftigen Frauen (vgl. Schwahn 2007, 1084). Damit ist der öffentliche Dienst für Frauen heutzutage ein wichtiges Erwerbsfeld. Doch dies war nicht immer so. Frauen waren vom Beamtentum und öffentlichen Dienst bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhundert fast vollkommen ausgeschlossen (vgl. Lucio 2002, 259). Begründet wurde dies damit, dass Frauen gemäß der im 19. Jahrhundert geltenden Geschlechterideologie die Selbstständigkeit und auch die Fähigkeit zu einer solchen Pflichtbeziehung, wie als Beamter zum Staat, abgesprochen wurde (vgl. Lucio 2002, 259).

Auch Holtgrewe weist in ihrer breiter angelegten Studie zur historischen Entwicklung von Frauenarbeit im Büro auf die Bedeutung der Geschlechterideologien hin (Holtgrewe 1989). Sie zeigt auf, dass Büroarbeit Mitte/Ende des 18. Jahrhunderts auch zur Frauenerwerbsarbeit wird, vor allem, um „neu entstandene Arbeitsmarktprobleme der unverheirateten Bürgerstöchter standesgemäß zu lösen" (Holtgrewe 1989, 19). Der Lehrerinnenberuf – damals noch nicht Teil des öffentlichen Dienstes – war überlaufen und ökonomische Gründe sorgten für die Öffnung des Arbeitsfeldes 'Büroarbeit' für Frauen. Dabei ging es „zumindest offiziell ja für die Frauen nur um den Übergang bis zur Ehe" (Holtgrewe 1989, 20). Dies wurde z.B. im öffentlichen Dienst des Großherzogtums Baden mit Hilfe von Zölibatsklauseln kontrolliert (vgl. Kling 2000).[123] Die in der ersten bürgerlichen Frauenbewegung vertretene Vorstellung

122 Zur Expansion von Dienstleistungsbeschäftigung vgl. Hüning/Nickel 1996. Zum Wandel des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland nach der Wende vgl. Hüning/Nickel 1996.

123 Lehrerinnen waren z.B. noch im Jahr 1905 von Staats wegen zum Zölibat verpflichtet (vgl. Vinken 2007, 182).

von 'geistiger Mütterlichkeit' (vgl. Bieler 1994, 69), deren „zentraler Gedanke war, die natürlich gegebene Mütterlichkeit der Frauen nicht auf die häusliche Sphäre zu beschränken, sondern durch eine vorwiegend soziale Arbeit der Gesellschaft zugute kommen zu lassen" (Szewczyk 2000, 11)[124], kam auch hier zur Geltung: Frauen sollten durch ihre Anwesenheit die Härte und Rationalität im Berufsleben kompensieren (vgl. Holtgrewe 1989, 21). Die neue Berufsgruppe der weiblichen Büroangestellten wuchs damals gewaltig, so verfünffachte sich deren Zahl allein in den Jahren 1895 bis 1907 (vgl. Holtgrewe 1989, 23). Der Beruf der Büroangestellten wurde damit zu einer typischen Frauenerwerbstätigkeit. Die traditionelle geschlechtliche Ideologie wurde dabei nicht aufgegeben, denn Frauen waren in der Regel untergeordnete Büroarbeiterinnen und ihnen wurden Geschlechterstereotype zugeschrieben (z.B. labiler weiblicher Körper, weibliche Unterordnungsfähigkeit, Routineresistenz von Frauen) (vgl. Holtgrewe 1989, 29, 35f.). Trotzdem hatte die Öffnung dieses Berufsfeldes für Frauen auch positive Aspekte, wie etwa die Möglichkeit einer Ausbildung oder eines eigenen (wenn auch geringen) Einkommens. Ähnliches galt auch für die öffentliche Verwaltung, wo Frauen von Führungspositionen ausgeschlossen blieben: „Die männliche Exklusivität des höheren Dienstes blieb bis nach dem Ersten Weltkrieg gewahrt" (Kling 2000, 247). Auch nach dem Ersten Weltkrieg blieb das Zwei-Phasenmodell für Frauen in der öffentlichen Verwaltung erhalten, indem verheiratete Frauen ausgeschlossen wurden. Berufsverbote für verheiratete Frauen, die als Spezifika öffentlicher Verwaltungen in dieser Zeit gelten können, blieben teilweise bis in die 1950er Jahre hinein wirksam (vgl. Kling 2000). Noch 1960 lag der Anteil weiblicher Beschäftigter an der Gesamtzahl der Beschäftigten nur bei 25,9 % (Lucio 2002, 259). Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates führte zu einem erheblichen Anwachsen der Verwaltung (vgl. Oppen/Wegener 1998, 16). Insbesondere von Anfang der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre kam es zu einer Expansion der Angestelltentätigkeiten auch in der öffentlichen Verwaltung (vgl. Rodenstein u.a. 1996, 25).

2.1.2 Geschlechterstrukturen im öffentlichen Dienst

Zwar sind heute über die Hälfte der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung Frauen, aber dies bedeutet noch nicht, dass dort Geschlechtergerechtigkeit erreicht wurde, denn der Bereich ist immer noch horizontal und vertikal geschlechtlich

124 Die Vorstellung von 'geistiger' Mütterlichkeit war der „Versuch von Frauen, gleichberechtigt an der Entwicklung und den Privilegien der männlichen Kultur teilzunehmen, ohne ihre weibliche Identität aufgeben zu müssen" (Stoehr 1983, 222). „Mütterlichkeit 'organisieren' sollte auch heißen, Frauen aus ihren isolierten Beziehungen zu jeweils einem Mann zu befreien" (Stoehr 1983, 223). Eine ähnliche Vorstellung von Mutterschaft, die nicht nur leiblich aufgefasst wird, sondern auch in den Beruf Eingang findet, taucht auch in den subjektiven Wissensvorräten der Befragten auf (vgl. Teil IV, Falldarstellung von Frau B.).

segregiert.125 Das Merkmal 'Geschlecht' hat dementsprechend noch immer eine wichtige „Platzanweiserfunktion" (vgl. Nickel 1995, 29). In traditionell weiblich konnotierten Bereichen des öffentlichen Dienstes ist der weibliche Anteil des Personals besonders groß, z.B. sind im Bereich der sozialen Sicherung 73 %, der Gesundheit 63 % und des Bildungswesen 62 % der Beschäftigten Frauen (Schwahn 2007, 1084, Zahlen von 2006). Die horizontale Segregation zeigt sich darin, dass Frauen in Teilen des öffentlichen Dienstes, insbesondere im höheren Dienst und hier in den Führungspositionen, eindeutig unterrepräsentiert sind (vgl. Graue 2004, 57).126 Auch die Arbeitszeiten sind geschlechtsspezifisch differenziert. 47 % der Frauen sind 2006 teilzeitbeschäftigt, hingegen nur 12 % der Männer, wobei die Mehrheit dieser Männer in Altersteilzeit beschäftigt ist (vgl. Schwahn 2007, 1085). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten steigt seit Jahren kontinuierlich an. 1991 sind erst 16 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt (vgl. Kriete-Dodds 2005, 1301), 1998 sind es 22 % und bis 2006 steigt der Anteil auf 30 % an (vgl. Schwahn 2007, 1083).127 Die Geschlechterungleichheit in öffentlichen Verwaltungen zeigt sich auch im Lohngefälle: Männer verdienen im Durchschnitt 3020 Euro, Frauen nur 2600 Euro (Kriete-Dodds 2005, 1306, Zahlen von 2004). Als Grund dafür kann zum einen die unterschiedliche Laufbahnverteilung von Frauen und Männern genannt werden. „Etwa 50 % der weiblichen Vollzeitbeschäftigen sind im einfachen und mittleren Dienst beschäftigt" (Kriete-Dodds 2005, 1306). Außerdem sind Frauen im öffentlichen Dienst überdurchschnittlich häufig als Angestellte beschäftigt und unterdurchschnittlich oft als Beamte (vgl. Graue 2004, 59). Krell u.a. zeigen, dass sich die Lohnungleichheiten auch auf das Arbeitsbewertungssystem im Bundesangestelltentarif (BAT) zurückführen lassen, in dem beispielsweise an vielen

125 Unter horizontaler Segregation wird die ungleiche Verteilung der Beschäftigtengruppen auf Tätigkeitsfelder und Berufsbereiche verstanden, womit immer auch eine Hierarchisierung verbunden ist. Vertikale Segregation meint die Verteilung in Hierarchien, Statuspositionen und Einkommensgruppen. Beide Aspekte hängen faktisch eng miteinander zusammen (vgl. Lucio 2002, 87).

126 Die vier Laufbahnen im öffentlichen Dienst, der einfache, der mittlere, der gehobene und der höhere Dienst, entsprechen „den verschiedenen Qualifikationsebenen des deutschen Bildungssystems" (Graue 2004, 84). Allerdings können Geschlechterungleichheiten seit der Bildungsexpansion nicht mehr mit dem niedrigeren Bildungsstand der Frauen erklärt werden. Laut einer Pressemitteilung des BMFSFJ vom 07.08.2008 belegte Deutschland im Jahr 2007 bei den Führungspositionen in der obersten Bundesverwaltung im EU-Vergleich den drittletzten Platz und es liegt mit weniger als 15 % Frauen in Abteilungsleitungspositionen und keiner Frau als Staatssekretärin deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 33 %.

127 Der tatsächliche Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist demnach noch größer als die dargestellten Zahlen vermitteln, weil immer häufiger eine Stelle von mehr als einer Person ausgefüllt wird.

Stellen physische, nicht aber psycho-soziale Belastungen berücksichtigt werden (Krell u.a. 2001, 13). Der Bundesangestelltentarif wurde, wie erwähnt, inzwischen durch ein neues Tarifsystem, das TVöD ersetzt. Damit war allerdings keine Reform des Arbeitsbewertungssystems verbunden.[128]

2.1.3 Frauen- und Geschlechterpolitik im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden in den 1980er und in den frühen 1990er Jahren Gleichberechtigungsprogramme als eine neue Form der Frauenförderung im Berufsleben konzipiert (vgl. Lucio 2002, 13).[129] Die institutionelle Verankerung der Gleichstellungspolitik wird als eine der großen Errungenschaften der Frauenbewegung anerkannt. Die Erfolgsbilanz fällt demgegenüber wesentlich schwächer aus: Mehr als eine 'marginale' Integration konnte bislang nicht erreicht werden" (Oppen/Wiechmann 1998, 3). Es ist dennoch wichtig festzuhalten, dass diese Frauenförderung in Teilen der öffentlichen Verwaltung[130] positive Auswirkungen hat, vor allem im Vergleich zur Wissenschaft und zur Wirtschaft, die noch deutlich 'frauenresistenter' sind (vgl. Wimbauer 2006, 144).

In den späten 1990er Jahren bzw. Anfang des neuen Jahrtausends fand das Gender Mainstreaming[131] Einzug in die öffentliche Verwaltung. Durch das Gender Mainstreaming „sollen die Handlungsspielräume der bisherigen Frauenförderung in ihrer Konzentration auf positive Maßnahmen zur Förderung von Frauen als benachteiligte Gruppe um die eine strukturbezogene Komponente erweitert werden, die die für die gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern verantwortlichen Systeme, Voraussetzungen und Bedingungsgefüge analysiert und letztlich auch einer Veränderung zuführt" (Graue 2004, 408). Gender Mainstreaming setzt damit

128 Es kann davon ausgegangen werden, dass das neue Tarifsystem ambivalente geschlechterspezifische Veränderungen mit sich bringt. So ist beispielsweise zu befürchten, dass in dem neu einführten Niedriglohnbereich mehrheitlich Frauen beschäftigt sein werden. Auf der anderen Seite ermöglicht das flexibilisierte Arbeitszeitsystem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie sich die neuen Aufstiegskriterien in Bezug auf die Einstufung in eine höhere Entgeltgruppe (nicht mehr nach Zeitablauf, sondern funktionsabhängig) aus geschlechterspezifischer Perspektive auswirken, bleibt abzuwarten.

129 Zur Entwicklung der Frauenförderung im öffentlichen Dienst und zu den konkreten Erfahrungen und Problemen der Umsetzung vgl. Bednarz-Braun/Bruhns 1997.

130 Anders ausgedrückt: „Die Reichweite der Frauen- und Gleichstellungspolitik erstreckt sich bisher wesentlich auf den öffentlichen Bereich, genauer noch auf den Staat und seine nachgeordneten öffentlichen Institutionen", während der Bereich der privaten Wirtschaft bisher nur unzulänglich erreicht werden konnte (Kahlert 2007, 348).

131 Für einen Überblick zu Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung vgl. Bothfeld u.a. 2002; Frey 2003; Graue 2004, 408–17. Neben Gender Mainstreaming wird in Unternehmen teilweise auch das Konzept der Diversity angewendet (vgl. Lohr/Nickel 2005, 231).

am strukturellen Diskriminierungsgeflecht an. Gender Mainstreaming-Projekte sind in den kommunalen Verwaltungen, das zeigen die Erfahrungen, vor allem dort erfolgreich, wo sie nicht nur als 'top-down', sondern als 'bottom-up'-Projekte durchgeführt werden (vgl. Wiechmann 2004, 108). Heute stehen im öffentlichen Dienst Frauenfördermaßnahmen und Gender Mainstreaming mit ihren unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen oftmals nebeneinander (vgl. Graue 2004, 8).

2.2 Die untersuchte Verwaltung der westdeutschen Großstadt N.

In der westdeutschen Großstadt N. leben über eine halbe Million Einwohner. Die Stadt N. ist wie andere deutsche Städte „nicht nur Lebens- und Arbeitsraum der Menschen, sondern auch Arbeitgeberin" (Kißler 2003, 9). Die untersuchte Verwaltung ist im Interviewzeitraum mit über 9000 Beschäftigten eine der größten Arbeitgeberinnen in der Region (vgl. Verwaltung N. 2003, 8). Als Kommunalverwaltung umfasst sie alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die zur Stadt N. gehören (vgl. Grimmer 2004, 23). Damit ist auch die Sozialstruktur der Stadt für die Verwaltung von Bedeutung. Hier sollen nur einige wenige Punkte herausgegriffen werden, um einen Eindruck davon zu geben.[132] Die Arbeitslosigkeit ist mit 13,9 % vergleichsweise hoch (vgl. Verwaltung N. 2004, 18). Die Stadt N. hat im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größe mit 1,76 Personen/Haushalt eine recht niedrige durchschnittliche Haushaltsgröße, was vor allem auf einen hohen Anteil von Ein-Personen-Haushalten zurückzuführen ist (vgl. Verwaltung N. 2004, 22).[133]

Die allgemeine Beschreibung der Struktur einer Verwaltung von Kißler trifft auch auf die hier untersuchte Verwaltung zu: „Der Verwaltungsakteur ist durch vertikale, hierarchisch differenzierte und horizontale, interessenheterogene Belegschaften gekennzeichnet" (Kißler 2003, 13). Diese Heterogenität gilt auch für die über 9000 Beschäftigten in der untersuchten Verwaltung: unbefristet und befristet Beschäftige, Führungskräfte und 'einfache' Arbeiter, Arbeitsplätze an verschiedenen Orten über die ganze Stadt verteilt, etc. Allerdings ist das Sample dieser Untersuchung homogener, so ist die Mehrheit der Untersuchungsgruppe im gehobenen Dienst tätig, einige Befragte im höheren Dienst. Zudem wurden, wie bereits erwähnt, nur unbefristet Beschäftigte befragt.[134] Trotzdem unterscheiden sich die Arbeitsfelder der Befragten

132 Für weitere Informationen vgl. Großstadtstudie von Prigge/Schwarzer 2006.

133 Hier lässt sich jedoch kein Zusammenhang zum Geburtenrückgang herstellen. Der Rückgang der Geburtenrate ist mit 7 % im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten ähnlicher Größe relativ moderat (vgl. Verwaltung N. 2004, 12).

134 Weitere Informationen zur Auswahl der InterviewpartnerInnen vgl. Teil II, Abschnitt 3.1.1.

stark. Deshalb wird im Rahmen der Falldarstellungen die jeweilige Arbeitssituation der Befragten genauer analysiert.

Auch in der Verwaltung N. werden seit Anfang der 1990er Jahre Umstrukturierungen durchgeführt, die den vorher für die öffentliche Verwaltung im Allgemeinen dargestellten Makro-Maßnahmen entsprechen (wie z.B. Entbürokratisierung, Privatisierung und Stellenabbau) und ebenso den Makro-Maßnahmen im Bereich Binnenstruktur (wie z.B. Dezentralisierung und Controlling) (vgl. Reinhard 2004, 91). Dabei zeigte sich in der Forschungskooperation mit der untersuchten Verwaltung, wie schon in der Studie von Bogumil u.a. 1996 zur Hagener Verwaltung, eine eher aufgezwungene Modernisierungsbereitschaft (vgl. Bogumil u.a. 1996, 47) – vielleicht auch deshalb, weil ein Großteil der befragten Beschäftigten wie im Hagener Beispiel mit ihrer Arbeitssituation zufrieden war und deshalb wenig Anlass hatte, Veränderungen anzustreben. Die Umstrukturierungen sind auch in der Verwaltung N. wegen des Personalabbaus teilweise mit Arbeitsverdichtungen verbunden (vgl. Correll 2005a).

2.2.1 Geschlechterstrukturen in der kommunalen Verwaltung der Stadt N.

Die Geschlechterstrukturen in der untersuchten Kommunalverwaltung entsprechen im Wesentlichen den schon allgemein für den öffentlichen Dienst dargestellten. Wie auch sonst bei der Mehrzahl öffentlicher Verwaltungen ist die knappe Mehrheit der Beschäftigten weiblich (vgl. Kißler u.a. 2000a, 13). 2003 lag der Frauenanteil der Beschäftigten bei 54 % (vgl. Verwaltung N. 2003, 49). „Dessen ungeachtet findet sich auch dort eine starke geschlechtliche Segregation hinsichtlich der Tätigkeiten, Entgeltgruppen und Arbeitszeiten" (Lepperhoff/Scheele 2005, 77). Dabei unterscheiden sich die Anteile je nach Laufbahnstufen des öffentlichen Dienstes: Während der Frauenanteil im mittleren Dienst noch bei 44,9 % liegt, finden sich im gehobenen Dienst nur noch 39,7 % Frauen und im höheren Dienst nur noch 28,2 %.[135] Dies gilt besonders für Führungspositionen, die 2001 nur zu 22 % von Frauen besetzt waren (Verwaltung N. 2002b, 7). Es existiert also auch hier eine vertikale geschlechtsspezifische Segregation. Auch eine horizontale Segregation lässt sich feststellen, denn trotz des fast ausgeglichenen Anteils von weiblichen und männlichen Beschäftigten existieren in der Verwaltung typische Frauen- und Männerarbeitsplätze. So sind Frauen z.B. überproportional in den Bereichen der sozialen Dienstleistungen vertreten, während Männer in den technischen Bereichen dominieren (vgl. GendA 2005, 16). Auch hinsichtlich der Arbeitszeiten existieren starke geschlechtsspezifische Differenzen: 2001 sind insgesamt 27,5 % der Beschäftigten in der Verwaltung N.

135 Die in den Falldarstellungen dargestellten Befragten arbeiten bis auf eine Ausnahme im gehobenen Dienst (A9 bis A 13, BAT Vb bis III).

Teilzeit beschäftigt, davon 92,1 % Frauen und 7,9 % Männer (vgl. Verwaltung N. 2002a, 13). Auf die Gesamtbeschäftigtenzahl bezogen ergibt sich ein Anteil von 1,8 % Teilzeit beschäftigten Männern (vgl. Verwaltung N. 2002a, 13).[136] Gerade kommunale Verwaltungen können nach Wiechmann bezeichnet werden als „lange Zeit unterschätzte Orte für die Produktion und Reproduktion von gesellschaftlichen Regeln und für die Aufrechterhaltung einer Wertehierarchie. Das gilt auch für die bestehende Geschlechterhierarchie" (Wiechmann 2004, 10).

2.2.2 Geschlechterpolitik in der kommunalen Verwaltung der Stadt N.

Seit Mitte der 1980er Jahre existiert in der untersuchten Verwaltung ein Referat für Gleichstellungsfragen; außerdem gibt es Richtlinien zur Gleichstellung von Frauen und Männern und Leitlinien zur Ausgestaltung von flexiblen Arbeitszeiten (vgl. Verwaltung N. 2002a, 28f.). In dem Bundesland, in dem sich die untersuchte Verwaltung befindet, wurde Mitte der 1990er Jahre für den öffentlichen Dienst ein Landesgleichstellungsgesetz erlassen. „Ziel des Gesetzes ist die Erreichung einer gleichberechtigten Stellung der Frau in den öffentlichen Verwaltungen insbesondere durch die Verwirklichung der beruflichen Gleichberechtigung und die Herstellung gleicher Chancen" (Graue 2004, 495). Seit „mehr als sieben Jahren wird (...) jährlich mindestens ein Prozent der Personalkosten für Maßnahmen der Frauenförderung verwandt" (Verwaltung N. 2003, 28). Diese Maßnahmen konzentrieren sich in der untersuchten Verwaltung vor allem darauf, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen (Teilzeitarbeitsplätze[137], individuelle und flexible Arbeitszeiten, Mutterschutz, Weiterqualifikation auch bei Teilzeitarbeit und Beurlaubung, Beschäftigung während der Elternzeit etc.) (vgl. Verwaltung N. 2003, 29; Verwaltung N. 2002b, 10). In der Verwaltung sind flexible Arbeitszeiten (mindestens Gleitzeit) eingeführt worden. Die Verwaltung N. kann als Vorzeigeunternehmen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und anderen Lebensbereichen bezeichnet werden.[138] Jedoch richten sich die Maßnahmen zur Vereinbarkeit immer noch vorrangig an Frauen und werden auch von ihnen in Anspruch genommen, obwohl versucht wird,

136 Dies ist typisch für Verwaltungen, ähnliche Zahlen wurden auch in Hagen ermittelt (vgl. Kißler 1999). Wie bekannt, schafft Teilzeitbeschäftigung zwar einerseits einen größeren zeitlichen Freiraum, ist aber anderseits meist mit schwerwiegenden beruflichen Nachteilen verbunden (niedriges Einkommen, geringe Absicherung im Alter, schlechte Aufstiegschancen).

137 Es ist auch möglich, Teilzeit zu arbeiten, um die Pflege eines Angehörigen zu übernehmen (vgl. Verwaltung N. 2002a, 10).

138 Eine andere Studie bestätigt die vergleichsweise guten Möglichkeiten zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So beurteilen Beamtinnen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit weitaus positiver als andere Berufsgruppen (vgl. BzgA 2005, 18).

Männer einzubinden. Zum Beispiel wurde eine Informationsbroschüre angefertigt, in der die Erfahrungen von Männern beschrieben werden, die Elternzeit in Anspruch genommen bzw. ihre Arbeitszeit verkürzt haben (vgl. Verwaltung N. 2002c). Schon der Titel dieser Broschüre „Wir haben es gewagt. Wir haben es geschafft." macht deutlich, dass aktive Vaterschaft auch in der Verwaltung immer noch ein Wagnis und eine Ausnahme darstellt. Dies belegt auch die Tatsache, dass im Jahr 2003 nur 3,2 % der Elternzeit von Männern in Anspruch genommen wird (vgl. Verwaltung N. 2003, 3).[139] Die Stadt N. verfügt für westdeutsche Verhältnisse über sehr gute Angebote der Kinderbetreuung (vgl. Verwaltung N. 2002b, 10). Das zweite zentrale geschlechterpolitische Einsatzfeld sind individuelle Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Diese Schwerpunktsetzung entspricht den Frauenförderplänen in anderen öffentlichen Verwaltungen (vgl. Kißler u.a. 2000a, 22).

Seit Anfang der 2000er Jahre beschäftigt sich die untersuchte Verwaltung mit Gender Mainstreaming. So wurde 2002 ein externes Gutachten mit dem Titel: „Gender Mainstreaming. Gleichstellung von Frauen und Männern als Gemeinschaftsaufgabe" vorgestellt. Als Vorteil gegenüber der bisherigen Frauenpolitik wird dort vor allem der strukturelle Ansatz erwähnt und dass es eine „Top-Down-Strategie" gibt, die Führungskräfte in besonderer Weise verpflichtet (vgl. Externes Gutachten für die Verwaltung N. 2002). Als Leitfrage des Gender Mainstreaming hat die Verwaltung N. für sich ausgewählt: „Behandele ich alle so, wie ich behandelt werden möchte und entscheide ich so, wie es ihren Bedürfnissen entspricht? (vgl. Internetauftritt der Verwaltung N., Stand 2008). Es wurden verschiedene Pilotprojekte zum Gender Mainstreaming in den Bereichen Gesundheit, Stadtplanung und Familie durchgeführt, mit dem Ziel, Gender Mainstreaming als Gemeinschaftsprojekt aller Arbeitsbereiche zu etablieren. Frauenförderung soll auf diese Weise ergänzt, nicht aber ersetzt werden.

Auf einen weiteren Aspekt soll noch kurz eingegangen werden: Es bestehen selbstverständlich Unterschiede zwischen der in den Informationsbroschüren der Verwaltung N. dargestellten und der dort real umgesetzten Geschlechterpolitik. Im Rahmen der Interviews und der Forschungswerkstätten während der eineinhalbjährigen Praxis-Forschungskooperation wurden verschiedene Probleme der Umsetzung thematisiert. So wurde z.B. deutlich, dass die Möglichkeiten zu flexiblen Arbeitszeiten in den verschiedenen Arbeitsbereichen variierten, sei es aufgrund realer Anforderungen oder in Einzelfällen aufgrund von 'unflexiblen' Vorgesetzen. In den meisten Arbeitsbereichen scheinen flexible Arbeitszeiten aber tatsächlich eingeführt worden zu sein. Anders als z.B. in Wirtschaftsunternehmen (vgl. Ethnis 2007, 2008), wurde uns kein Fall bekannt, wo eine Person große Schwierigkeiten hatte bzw. es sogar

139 Es werden jeweils die Zahlen angeben, die für den Interviewzeitraum 2004–05 zentral sind.

unmöglich war, Elternzeit zu nehmen. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit schien meist unproblematisch zu sein, wohingegen sich die Verlängerung der Arbeitszeit teilweise schwieriger gestaltete.

Es lässt sich festhalten, dass die untersuchte Verwaltung trotz der beschriebenen Umsetzungsschwierigkeiten als 'Vorzeigeinstitution' in Bezug auf ihre Gleichstellungspolitik, insbesondere in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (für Frauen), gelten kann. Trotzdem ist in der Verwaltung N. die anvisierte Chancengleichheit für Männer und Frauen noch lange nicht erreicht. Die beiden Schwerpunkte der Geschlechterpolitik in der Verwaltung weisen dabei Engführungen auf. Erstens richtet sich die Geschlechterpolitik in der Verwaltung immer noch vorrangig an Frauen. Zweitens setzt sie vor allem auf individuelle Förderung statt auf strukturelle Veränderung. So wird z.B. die bisherige Unvereinbarkeit von Teilzeit und Führung nicht in Frage gestellt.[140] Das verwaltungsspezifische Geschlechterwissen zeichnet sich durch zwei Richtungen von Geschlechterpolitik aus, hinter denen zwei Modelle der Integration von Frauen in die Verwaltung stehen: Das vorherrschende Modell konzentriert sich auf die Ermöglichung der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie für Frauen. Angenommen wird hier das Leitbild einer Frau, die zu Beginn ihrer Erwerbstätigkeit zunächst Vollzeit arbeitet, dann heiratet und in einer modernisierten Versorgerehe lebt, in der sie nach der Familiengründung Elternzeit nimmt und anschließend Teilzeit arbeitet. In der untersuchten Verwaltung wird damit die typische weibliche Subjektposition: 'Frau = Mutter = teilzeitbeschäftigt' konstruiert. Dies entspricht der in den familienpolitischen Diskursen herausgearbeiteten vorherrschenden Subjektposition für Frauen.

Neben dem Modell der Vereinbarkeit setzt die Verwaltung N. auch auf die Steigerung der Aufstiegschancen von Frauen durch individuelle Förderung. Hier wird eine zweite weibliche Subjektposition konstruiert, die der 'Karrierefrau'. Diese Frauen arbeiten Vollzeit und ihnen wird dementsprechend zugeschrieben, dass sie entweder keine Kinder haben oder größere Kinder. Diese Subjektposition kann jedoch in der untersuchten Verwaltung, wie auch anhand der nachfolgenden Falldarstellungen gezeigt wird, immer noch als marginal gelten. Die Analogie der beiden in der Familienpolitik und in der Verwaltung konstruierten weiblichen Subjektpositionen belegt die enge Verschränkung hegemonialer politischer Diskurse und Praxen mit denjenigen in der Verwaltung.

140 In der Verwaltung N. schließen sich Teilzeitarbeit und Karriere (fast) immer aus (vgl. Heft der Verwaltung N. 2002a zu Teilzeit). Dies wurde uns auch von einigen Führungskräften in den ExpertInneninterviews bestätigt, die im Rahmen der Forschungskooperation der Verwaltung mit dem BMBF-Projekt GendA-Netzwerk für feministische Arbeitsforschung geführt wurden.

2.2.3 Die typisch weibliche Subjektposition in der Verwaltung der Stadt N.

Wie bereits dargelegt, stellt Teilzeitarbeit in der untersuchten Verwaltung für die dort beschäftigten Mütter ein vorherrschendes Erwerbsmodell dar, auf dessen Ermöglichung auch viele Maßnahmen der Geschlechterpolitik abzielen. Insgesamt arbeiten 2006, wie erwähnt, in der öffentlichen Verwaltung knapp ein Drittel der Frauen Teilzeit. Die Teilzeit arbeitende Mutter kann als typische weibliche Subjektposition gelten. Anhand einer knappen Falldarstellung der ausgewählten Beschäftigen Frau P., deren Lebensmodell für diese Subjektposition steht, soll quasi prototypisch diese Normalitätsfolie einer weiblichen Beschäftigten in der Verwaltung aufgezeigt werden. Frau P. kann als Beispiel einer 'typischen', man könnte auch sagen 'normalen' Kollegin gelten, an der die nachfolgend dargestellten Frauen ohne Kinder sich messen müssen/bzw. gemessen werden.

Frau P. ist zum Zeitpunkt des Zweitinterviews 41 Jahre alt. Sie hat mehrere Geschwister, die alle Kinder haben. In ihrer Herkunftsfamilie herrschen traditionelle Geschlechterrollen vor: „Mann sorgte fürs Geld und die Frau war zuhause bei den Kindern" (P, 34). Frau P. ist verheiratet, ihr Mann, der ein Jahr älter als sie ist und den sie schon seit ihrer Schulzeit kennt, arbeitet als Angestellter in der Privatwirtschaft. Er ist beruflich stark eingebunden, verfügt über keine flexiblen Arbeitszeiten und macht viele Überstunden. Die Ehegemeinschaft P. hat zwei Kinder, einen Sohn und eine zwei Jahre jüngere Tochter. Frau P. hat nach dem Abitur die gehobene Laufbahn in der Verwaltungshochschule durchlaufen und ist anschließend verbeamtet worden. Sie folgt damit dem Vorbild ihres Vaters, der Verwaltungsangestellter war. Frau P. ist im Lauf ihrer Berufstätigkeit in verschiedenen Abteilungen der Verwaltung beschäftigt gewesen. Als ihre Kinder klein waren, hat sie fünf Jahre Elternzeit genommen und arbeitet seitdem Teilzeit. Frau P. beurteilt ihre Arbeit als „ganz interessant" (P I1, 52[141]), aber zentral für sie ist die Flexibilität ihrer Arbeitszeiten: „Also man ist da total flexibel. Und das ist auch wichtig, gerade mit Kindern" (P I1, 139–40). Sie arbeitet täglich von 7 bis 12 Uhr und macht wenige Überstunden, höchstens 10 bis 15 im Monat, die sie 'abbummeln' kann. Frau P. erzählt, dass viele Frauen in der Verwaltung Kinder haben und teilzeitbeschäftigt sind: „Und bei uns ist – in der Stelle ist es auch wirklich so, dass viele teilzeitbeschäftigte Frauen da sind" (P I1, 130–1). Die Verbindung von Mutterschaft mit Teilzeitarbeit ist in der Verwaltung laut Frau P. Normalität. Ihre Arbeit lässt sich gut mit ihrer Mutterschaft vereinbaren: „Das ist echt klasse bei der Stadt. Da hat man's schon ganz gut mit Kindern, muss ich sagen" (P I1, 149–50). Wenn die Kinder größer sein werden, circa zehn Jahre alt, kann sie sich vorstellen, ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden aufzustocken. Die Frage,

141 Wie schon in Teil II erläutert, wurden jeweils zwei Interviews mit den Befragten geführt. Die angefügte Information 'I1' weist darauf hin, dass die entsprechenden Zitate den Erstinterviews entnommen wurden.

ob eine Führungsposition in der Verwaltung sie reizen würde, bejaht Frau P.: „Ja, aber jetzt nicht. Also ist so ne Sache, was man so unter einen Hut kriegen würde. Momentan könnt ich's von der Arbeitszeit ja gar nicht leisten, oder auch mit den Kindern" (P I1, 778–81). Konkrete Karrierepläne hat Frau P. nicht, sie weiß aber, dass die Verwaltung nach wie vor geschlechtlich segregiert ist: „Frauen sind in den oberen Positionen zu gering besetzt" (P I1, 758).

Eigene Kinder zu haben, war für Frau P. und ihren Mann immer selbstverständlich. Sie vertritt das Modell einer modernisierten Versorgerehe[142]. Entsprechend dem traditionellen Mutterideal zu leben und auf Dauer „nur Hausfrau" (P, 10) zu sein, kommt für sie nicht in Frage. Sie betont, dass ihre Mutter, die sieben Kinder hatte, „nebenbei immer ehrenamtliche Jobs übernommen" (P, 12) hat, z.B. in einem Sportverein. Frau P. wollte nach fünf Jahren Elternzeit unbedingt wieder arbeiten gehen: „Doch ich brauchte dann mal wieder 'n bisschen geistige Anregung, muss ich sagen. Also nur zuhause, dann mit andern Müttern nur und so weiter, also man – geistig verödet man doch so'n bisschen, finde ich. Und ich brauchte dann mal wieder Abwechslung" (P I1, 664–7). 'Nur' Arbeit in der häuslichen Sphäre zu leisten und Hausfrau zu sein, ist für Frau P. auf Dauer nicht erfüllend, deshalb geht sie auf eigenen Wunsch nach einigen Jahren Elternzeit wieder einer Erwerbsarbeit nach. Die Aufteilung der Hausarbeit bei den P.s ist relativ klassisch: „Mann macht Garten, Autos, saugt, ich putz Staub, mach die Wäsche, koche (...) Er macht so Getränke, das Schwere" (P I1, 535–6). Ihr Geschlechterarrangement mit ihrem Mann wird von Frau P. als Normalität hingenommen und nicht hinterfragt. Dies gilt nicht nur für ihr privates Arrangement, sondern für gesellschaftliche Geschlechterarrangements gleichermaßen: So stellt sie z.B. die langen Arbeitszeiten von Männern als gesellschaftliche Normalität dar: „In der heutigen Zeit sind die Männer ja noch später bei der Arbeit, oder müssen noch mehr arbeiten, sag ich mal" (P, 36–8).

Frau P.s Vorstellungen von Mutterschaft sind, dass es sich „ausbezahlt" (P, 155), wenn man mehr auf die Kinder eingeht und Zeit für sie hat. Auch deshalb arbeitet sie Teilzeit. Eine „gute Mutter" zu sein bedeutet: jedem Kind gerecht zu werden und dass die Kinder „super gelingen" (P, 449). Hier werden die gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen an Erziehung deutlich. Es gilt, jedem individuellen Kind gerecht zu werden. Die Rolle der Mutter für das 'Gelingen' der Kinder wird von Frau P. sehr hoch eingeschätzt, was sich z.B. daran zeigt, dass der gesellschaftliche Einfluss auf die Kinder – etwa durch den Kindergarten – nicht erwähnt wird. Diese individualisierte Perspektive hat Vor- und Nachteile, denn die Mutter kann sich bei 'Gelingen' der Kinderbetreuung das Ergebnis als Leistung anrechnen, bei einem 'Misslingen' hingegen ist sie ebenfalls für das Ergebnis verantwortlich. Mutterschaft bezeichnet

142 Wie anhand der Aufarbeitung der familienpolitischen Diskurse gezeigt wurde, stellt das Modell der modernisierten Versorgerehe nach wie vor die Norm dar (vgl. Teil III).

Frau P. als „ganz tolle Erfüllung" (P, 253), die sie auch allen anderen Menschen anpreist: sollte „jeder im Leben mal gemacht haben" (P, 255). Mutterschaft ist für Frau P. sinnstiftend und eine positive Erfahrung. Sie geht sogar noch weiter, indem sie diese Erfahrung als Soll im Leben eines Jeden empfiehlt.

Die gestiegenen Anforderungen an Elternschaft zeigen sich auch daran, dass Frau P. erklärt, zwei Kinder sind „optimal" (P, 180), denn zwei Kindern kann sie individuell gerecht werden. Außerdem sind die eigenen Ansprüche anders als beispielsweise die ihrer Eltern, denn Frau P. möchte auch genug Zeit für sich selbst haben. Neben dem Engagement für Familie und Arbeit ist Frau P. sozial sehr aktiv, sie pflegt Kontakte mit ihren Geschwistern, Nachbarn, Schulfreunden und Sportfreunden und ist selbst in einem Sportverein.

Frau P.s Lebensentwurf entspricht damit genau der nach wie vor im politischen Diskurs vorherrschenden Norm der modernisierten Versorgerehe. Auch in der Verwaltung N. verkörpert sie als Teilzeit arbeitende Mutter den Normalfall, insbesondere auf der Hierarchiestufe des gehobenen Dienstes, auf der drei der vier im Folgenden vorgestellten Befragten arbeiten. Inwiefern die untersuchten Befragten sich mit jemandem wie Frau P. messen oder an ihr gemessen werden, soll anhand der Falldarstellungen analysiert werden.

2.3 Zusammenfassung: Die öffentliche Verwaltung und ihre geschlechterspezifischen Wissensbestände

Ein zentrales Merkmal öffentlicher Verwaltungen ist ihre starke Einbettung und Abhängigkeit von den konkreten gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedingungen. Sie handeln politiknah und der Wandel in den öffentlichen Verwaltungen ist eng mit dem politischen Wandel verwoben. Es konnte gezeigt werden, dass eine große Ähnlichkeit der geschlechtsspezifischen Wissensvorräte in der untersuchten Verwaltung mit den Wissensvorräten, die in den familienpolitischen Diskursen konstruiert werden, existiert.

Die untersuchte Verwaltung entspricht im Wesentlichen den Merkmalen der öffentlichen Verwaltung. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten ist weiblich. Das Arbeitsfeld ist nach wie vor geschlechtlich horizontal und vertikal segregiert. Die Geschlechterpolitik der Verwaltung N. fokussiert, wie die familienpolitischen Diskurse seit den 1990er Jahren, vor allem auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf (für Frauen). Männer, die Teilzeit arbeiten oder Elternzeit nehmen, sind nach wie vor die Ausnahme, während die Normalitätsfolie in der Verwaltung die Teilzeit arbeitende Mutter darstellt.

Teil IV: Biographische Konstruktionen von Frauen ohne Kinder in der öffentlichen Verwaltung

In diesem Teil werden Rekonstruktionen der Selbstthematisierungen vier ausgewählter Frauen ohne Kinder vorgestellt. Bevor in den Falldarstellungen jeweils einzeln die biographischen Selbstthematisierungen dargestellt werden, soll mit Hilfe der folgenden Tabelle ein Überblick über die wichtigsten objektiven Daten der vier ausgewählten Fälle ermöglicht werden.

Aufbau der Falldarstellungen

In den Falldarstellungen werden die Selbstthematisierungen der Befragten analysiert. Es werden die subjektiven Wissensvorräte zu den folgenden für die Befragten relevanten Bereiche (zur Herleitung der zentralen Bereiche vgl. Teil II) rekonstruiert: der institutionelle Berufskontext, das aktuelle persönliche Umfeld (Partner/in, Freundeskreis) und die Herkunftsfamilie. Dabei geht es in erster Linie darum herauszuarbeiten, inwiefern die Befragten in diesen drei Kontexten mit Anrufungen zur Mutterschaft konfrontiert sind und wie sie darauf reagieren.

In den Falldarstellungen wird zunächst in einem Kurzportrait die jeweilige Person anhand ihrer äußeren Daten wie Alter, Herkunft und Beruf kurz vorgestellt. Im Mittelpunkt der Auswertung stehen die Aussagen der Befragten zu den Themen 'Kinder' und 'Kinderwunsch', die deshalb den Einstieg in die Fallrekonstruktion bilden. Anschließend werden jeweils die Erfahrungen im beruflichen Kontext untersucht. Dabei soll vor allem analysiert werden, welche Wirkungsweise die institutionellen Wissensvorräte, insbesondere die vorherrschenden Normalitätsfolien (vgl. Teil III, Abschnitt 2.) für die Befragten haben. Dies hängt z.B. davon ab, welche Bedeutung die Erwerbstätigkeit bzw. der Beruf für die Befragte hat. Hierfür wird auch auf die Erstinterviews zurückgegriffen, in denen die berufliche Situation in der Verwaltung N. aus geschlechtssensibler Perspektive im Zentrum stand.[1] Anschließend werden Anrufungen zur Mutterschaft im nahen Umfeld analysiert (PartnerIn, Freundeskreis). Es folgt eine Analyse der im Rahmen der ersten Sozialisation erworbenen Wissensvorräte, die aus den Erzählungen der Befragten über ihre Herkunftsfamilie rekonstruiert wird. Im Zentrum stehen dabei die geschlechtlichen Wissensvorräte

1 Wenn Zitate aus den Erstinterviews verwendet sind, werden diese jeweils mit einer zusätzlich eingefügten 1 kenntlich gemacht (z.B. A I1).

Tabelle III: Überblick über die vier Fälle

	Falldarstellung I Frau A	*Falldarstellung II Frau B*	*Falldarstellung III Frau C*	*Falldarstellung IV Frau D*
Alter	39 Jahre	43 Jahre	40 Jahre	41 Jahre
Schulbildung	Abitur	Abitur	Realschul-abschluss	Realschul-abschluss, später Fachabitur
Ausbildung / Studium	Hochschul-studium	Hochschul-studium	Mittlere Laufbahn Verwaltung, später Verwaltungs-hochschule gehobene Laufbahn	Mittlere Laufbahn Verwaltung, nebenberuflich einige Semester Studium, später Verwaltungshoch-schule gehobene Laufbahn
Art der Arbeitsstelle	Unbefristete Vollzeitstelle als Angestellte im höheren Dienst (BAT II)	Unbefristete Vollzeitstelle als Angestellte im gehobenen Dienst (BAT IV)	Unbefristete Vollzeitstelle als Beamte im gehobenen Dienst (BAT IV)	Unbefristete Vollzeitstelle als Beamte im gehobenen Dienst (BAT IV)
Berufs-biographie und aktuelle Arbeitsstelle	Nach dem Studium insgesamt sieben Jahre in der freien Wirtschaft und im politischen Bereich tätig, seit vier Jahren in der Verwaltung, derzeit im Bereich Umwelt tätig	Seit Ende des Studiums insgesamt seit zehn Jahren in der Verwaltung tätig, derzeit im Bereich Jugend	In der Verwaltung seit Ende der Schulzeit in verschiedenen Bereichen tätig, derzeit im sozialen Bereich	In der Verwaltung seit Ende der Schulzeit in verschiedenen Bereichen tätig, derzeit im Bereich Finanzen
Partnerschaft	Lebt mit Partner (seit 15 Jahren zusammen)	Derzeit keine Partner/in, zuletzt kurze Partnerschaft mit einem Mann, vorher langjährige Partnerschaft mit einer Frau	Derzeitiger Partner seit drei Monaten, davor kurze Partner-schaften	Lebt mit Ehemann (seit zehn Jahren verheiratet) und Stieftochter (20 Jahre alt)

und Anrufungen der Herkunftsfamilie. Dafür werden vor allem vorgelebte Lebens- und Rollenmodelle und die geschlechtsspezifische Erziehung herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch die Eingangsfrage des Zweitinterviews zur Herkunftsfamilie thematisiert. Danach wird die subjektive Wahrnehmung der gesellschaftspolitischen Geschlechterdiskurse und Leitbilder analysiert. Abschließend erfolgt bei jeder Falldarstellung eine Zusammenfassung der zentralen Fallstrukturen, die darauf abzielt, folgende Fragen zu beantworten: 1. Welche gesellschaftlichen Wissensbestände und sozialen Bedingungen werden an die jeweilige Befragte herangetragen? 2. Wie werden diese Anrufungen wahrgenommen? 3. Wie werden sie von der Befragten verarbeitet?

Das Kapitel schließt mit einem kurzen Fazit, in dem zunächst verschiedene Typen von Leben ohne Kinder gebildet werden und dann die konkreten Anrufungen zu Mutterschaft und der Umgang mit diesen Anrufungen vergleichend, vor allem in Tabellenform zusammenfassend, dargestellt werden. Der Fallvergleich wird im nachfolgenden Kapitel fortgesetzt (vgl. Teil V), in dem vor allem die Verschränkungslinien des subjektiven Wissens mit dem dargestellten gesellschaftspolitischen Wissen herausgearbeitet werden.

1. Falldarstellung I – Frau A.: Gesellschaftliche Sorge als Legitimierung eines enttraditionalisierten weiblichen Lebensentwurfs

1.1 Kurzportrait

Frau A. ist zum Zeitpunkt des Re-Interviews 39 Jahre alt. Sie hat drei deutlich ältere Geschwister (mindestens 15 Jahre älter), die alle im kaufmännischen Bereich tätig sind. Ihre Mutter war Hausfrau und ihr Vater selbstständig tätig. Sie wohnt mit ihrem Freund, einem Ingenieur, der seit 15 Jahren ihr Lebenspartner ist, in einer gemeinsamen Eigentumswohnung. Frau A. hat ein Fach im Umweltbereich studiert. Nach dem Studienabschluss hat sie fünf Jahre lang in der privaten Wirtschaft gearbeitet, dann zwei Jahre in einer politischen Organisation, bevor sie ihre berufliche Karriere vor vier Jahren zur Verwaltung führte. Neben ihrem Beruf ist Frau A. ehrenamtlich in einer politischen Partei sehr aktiv. Frau A. pflegt wenige enge Freundschaften. Das Interview findet in der Wohnung von Frau A. statt.

1.2 Lebensentwurf ohne Kinder: „Es ruft nichts nach mir"

Auf die Frage, ob sie und ihr Partner sich mit dem Thema 'Kinder' beschäftigt haben, erklärt Frau A:

> „Also als wir uns kennen gelernt haben, waren wir beide der Überzeugung: Wir wollen keine Kinder haben. Und von daher haben wir uns eigentlich noch nie einen Kopf gemacht. Wir haben irgendwie jetzt nicht beschlossen, außer mit der Antibabypille natürlich (...). Es war dann eher so, dass wir uns alle paar Jahre mal wieder gefragt haben, wie sieht es denn aus, hat sich was geändert? Und irgendwie hat sich nichts geändert. Ich habe immer noch gedacht, das wird mich dann irgendwann mal ereilen, so mit 30 oder Anfang 30, wenn es alle ereilt, sich jedenfalls wiederholt verschärft zu fragen, ob da nicht gerade die biologische Uhr tickt, aber bei mir kam das irgendwie nie. Also ich habe nie so das Gefühl gehabt, ich würde gerne Kinder haben oder so. Es war eher so ein bisschen unangenehm, dass ich dachte, (...) ich könnt's ja jetzt noch nicht mal begründen, so ethisch, moralisch oder sonst wie, weshalb ich das nicht will. Sondern es war einfach nie das Bedürfnis dazu da" (A, 460–73).

Zu Beginn ihrer Partnerschaft, Frau A. war damals Mitte 20, waren ihr Partner und sie beide sicher, dass sie kein Kind bekommen möchten. Sie benennt hierfür keine Gründe. Die Festigkeit ihrer Entscheidung gegen Kinder zeigt sich sowohl im starken Verb „überzeugt", als auch darin, dass sie sich „eigentlich nie" darüber Gedanken gemacht haben. Für Frau A. bedarf es keines Beschlusses, dessen es bei ambivalenten oder unklaren Themen bedürfte. Die Entscheidung für die sichere Verhütungsmethode wird hier zur Nebensächlichkeit erklärt. Im Abstand von mehreren Jahren haben sie sich gefragt, ob sich ihre Überzeugung oder die des Partners verändert hat, dabei jedoch nie eine Veränderung festgestellt. Das Thema wird als so wichtig eingeschätzt, dass es nicht ausreicht, sich einmal im Leben dagegen zu entscheiden. Warum dies so ist, erläutert Frau A. in den folgenden Sätzen, wobei sie hier nicht mehr für ihren Partner mitspricht, sondern nur über sich selbst. Frau A. erklärt, sie sei sich nicht sicher gewesen, ob sie nicht mit 30 oder Mitte 30 doch noch ein Bedürfnis nach eigenen Kindern entwickeln würde. Die gesellschaftliche Zuschreibung, dass alle Frauen einen 'Kinderwunsch' haben oder mindestens irgendwann entwickeln, taucht hier gleich in zwei Formulierungen auf: So dachte sie „immer", dass es sie ereilen würde, so wie es „alle" anderen ereilt. Der 'Kinderwunsch' wird hier als etwas beschrieben, das einen als biologisch-körperlicher Prozess ereilt, gegen den man sich dann nicht wehren kann. Indem sie das weit verbreitete Bild der „biologischen Uhr" verwendet, zeigt sie die zeitliche Begrenztheit dieses Prozesses.

Der körperliche Prozess schreckt Frau A. ab, wie sie an einer anderer Stelle im Interview erklärt: „Das geht ja mit der Geburt schon los (lacht) das ist ja die erste Horrorvision" (A, 969–70). Geburt wird hier als etwas sehr Negatives und Beängstigendes dargestellt. Auch nach der Geburt folgen für Frau A. weitere negative Ereignisse. Diese werden von ihr aber nicht benannt. Mit der Geburt wird der weibliche Körper unkontrollierbar, und das in einer Gesellschaft, die, wie am Beispiel der Fortpflanzungsmedizin in Teil I erläutert, zunehmend die Illusion einer vollkommenen Kontrollierbarkeit des Körpers konstruiert. Männer sind davon nicht betroffen; für sie existiert die gesellschaftliche Zuschreibung des 'Kinderwunsches'

nicht gleichermaßen. Insofern überrascht es nicht, dass Frau A. in der ersten zitierten Interviewpassage an dieser Stelle nur noch über sich und nicht mehr über ihren Partner spricht. Das 'Ticken der biologischen Uhr' hören nur Frauen. Selbst wenn eine Frau wie Frau A. kein 'Ticken hört', gilt es in einer bestimmten Altersspanne tief in sich hineinzuhören, ob da nicht doch irgendetwas 'tickt', so die von Frau A. vertretene Vorstellung. Sie zeigt mit ihren Überlegungen, dass die gesellschaftliche 'Kinderwunsch'-Erwartung so beherrschend ist, dass selbst Frau A, für die dies nie ein Thema war, sich damit in einem bestimmten Alter meint, auseinandersetzen zu müssen.

Frau A. führt, nachdem sie auf den biologischen Wunsch eingegangen ist, an, dass es für sie auch nie emotionale Gründe für ein Kind gab („Also nie so das Gefühl gehabt, ich würde gerne Kinder haben oder so"). Das Thema 'Kinder' war eher „ein bisschen unangenehm" für sie, weil sie das Gefühl hat, sie muss ihren nicht vorhandenen, aber erwarteten 'Kinderwunsch' begründen. Kinder zu kriegen ist demnach nicht nur eine individuelle, private Entscheidung, sondern es gilt an gesellschaftlich anerkannte Begründungen anzuschließen. Legitime Begründungen wären nach Frau A. ethische bzw. moralische oder andere von ihr nicht näher definierte Begründungen.

Doch nicht nur die biologischen Prozesse, die Frau A. mit der 'biologischen Uhr' anspricht, sondern auch das persönliche Umfeld sind für die Auseinandersetzung mit dem Thema 'Kinder' wichtig. So fährt Frau A. nach der bereits zitierten längeren Passage folgendermaßen fort: „Und so eine Zeit lang war das dann ja doch großes Thema auch im Freundes-/Freundinnenkreis. Und ich konnt nur sagen, es ruft nichts nach mir" (A, 472–3). Als mit Anfang/Mitte 30 viele aus ihrem sozialen Umfeld Kinder bekommen, wächst der äußere Druck, sich intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen und den eigenen, abweichenden Lebensentwurf zu begründen. Die Vorstellungen des sozialen Umfeldes entsprechen gesellschaftspolitischen Diskursen, in denen ein Drei-Lebensphasenmodell (zuerst Ausbildung oder Studium, dann Familiengründung, schließlich Rente) konstruiert wird (vgl. Teil II). Die Formulierung „es ruft nichts nach mir" ist ungewöhnlich und es stellt sich die Frage, was das „es" sein könnte, was nicht nach ihr ruft, aber nach ihr rufen könnte. In dieser Studie wird, wie im Theorieteil dargestellt (vgl. Teil II), auf das Anrufungskonzept von Althusser zurückgegriffen und es stellt sich die Frage, ob Frau A. von Anrufungen aus dem beruflichen Umfeld oder dem aktuellen persönliche Umfeld (Partner/in, Freundeskreis) und ihrer Herkunftsfamilie berichtet.

1.3 „Zurechtgelegte" Antworten auf Anrufungen zur Mutterschaft in der Verwaltung der Stadt N.[2]

Frau A. kommt über persönliche Kontakte in die Verwaltung, wo sie zum Zeitpunkt des zweiten Interviews seit vier Jahren als unbefristet beschäftigte Angestellte tätig ist. Sie ist mit ihrer Tätigkeit in der Verwaltung zufrieden, weil die Arbeitsinhalte ihren Interessen entsprechen.[3] Ihre Arbeit ist abwechslungsreich und macht ihr Spaß. Außerdem erhält sie Anerkennung[4] und das Betriebsklima ist sehr gut. Erwerbsarbeit ist für Frau A. sehr wichtig und erfüllt neben der finanziellen Absicherung eine sinngebende Funktion, weil sie sich stark mit ihren Arbeitsinhalten identifiziert.[5] Frau A.s Fokussierung auf Erwerbsarbeit entspricht der männlichen Normalitätsfolie. Sie arbeitet durchgängig ohne Unterbrechungen in Vollzeit. Im Interview erwähnt sie mehrmals, dass ihr Vater in Bezug auf seine Vorstellungen von Erwerbsarbeit für sie ein Vorbild darstellt (vgl. Abschnitt 5 dieser Falldarstellung).

Die starke Identifikation mit der Erwerbsarbeit deutet darauf hin, dass die institutionellen Wissensvorräte für Frau A. bedeutungsvoll sind. Allerdings ist Frau A. erst vergleichsweise kurz in der Verwaltung tätig und deshalb, anders als andere Befragte, die schon seit Jahrzehnten dort arbeiten, erst seit kurzem mit den verwaltungsspezifischen Wissensbeständen konfrontiert. Weiter abgemildert wird die Bedeutung des institutionellen Wissens für Frau A. dadurch, dass sie sich, anders als andere Beschäftigte dort und anders auch als die meisten anderen Befragten, vorstellen kann, wieder außerhalb der Verwaltung zu arbeiten: „Die meisten haben ja dann die Vorstellung, wenn man erst mal in den – im Schoß der Verwaltung sitzt [lacht] und alles ist so gut sortiert [lacht] und sicher. Also das ist ja nicht – auch nicht zu unterschätzen, muss man ja sagen. Aber, also ich könnt mir auch vorstellen, dass sich mal was anderes ergibt (A I1, 485–90). Die Verwaltung wird hier als eine Art geschützter Raum beschrieben, das Bild „Schoß der Verwaltung" lässt an „Schoß der Familie" denken. Dort wird für jede Person, die dazu gehört, gesorgt. Diese Sicherheit weiß Frau A, die einige Jahre in der privaten Wirtschaft gearbeitet hat, zu schätzen, aber sie distanziert sich gleichzeitig davon und damit auch von den institutionellen Wissensvorräten und Normalitätsfolien. Die Formulierung „mal was anderes ergibt" deutet darauf hin, dass sie eher abwarten und sich nicht aktiv

2 Hierfür greife ich vor allem auf das erste Interview mit Frau A. zurück, in dem das Thema 'Beruf' im Zentrum stand.

3 Vgl. A I1, 37–8.

4 Vgl. A I1, 476.

5 Dementsprechend ist es ihr sehr wichtig, ihrer Qualifikation entsprechend zu arbeiten (vgl. A I1, 576). Und sogar auf die Frage, ob sie irgendetwas komplett anders machen würde, wenn sie z.B. im Lotto gewinnen würde, sagt sie: „Würd ich wahrscheinlich trotzdem weiter arbeiten. [lacht]" (A I1, 967).

um eine Veränderung bemühen wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sowohl ihre Erfahrungen in anderen Bildungs- und Berufskontexten als auch die Offenheit gegenüber einem beruflichen Wechsel die Wirkungsweise der institutionellen Wissensvorräte in der Verwaltung für Frau A. abschwächen. Frau A. ist, anders als die übrigen drei im Folgenden vorgestellten Befragten, nicht im gehobenen Dienst, sondern im höheren Dienst tätig. Es ist davon auszugehen, dass die zweite abweichende Subjektposition der weiblichen Karrierefrau dort eine größere Wirkmächtigkeit ausübt und die vorherrschende Normalitätsfolie der teilzeitbeschäftigten Mutter abschwächt.

Wie schon erwähnt, ist auch die Verwaltung sowohl horizontal als auch vertikal geschlechtlich hierarisch segregiert: Je höher in der Hierarchie, desto weniger Frauen sind in der Verwaltung tätig. Dabei ist die Geschlechterungleichheit in Bezug auf Frauen in der mittleren Führungsebene nicht in allen Bereichen der untersuchten Verwaltung gleich, z.B. wird Frau A. eventuell in einen Bereich der Verwaltung wechseln, indem relativ viele Frauen in der mittleren Führungsebene tätig sind. „Nee, aber die sind relativ fortschrittlich, muss man so sagen, also von der Leitung her und es fällt eher positiv aus dem Rahmen, was jetzt Verwaltung anbelangt" (A, 1083–4). Frau A. vertritt hier ein politisches Konzept, in dem mehr Geschlechtergleichheit als Fortschritt deklariert wird. Indem sie den Bereich, in den sie eventuell wechselt, als Ausnahme beschreibt, macht sie indirekt auf die Normalität in der Verwaltung aufmerksam – nämlich nicht nur, dass normalerweise wenige Frauen in Führungspositionen tätig sind, sondern auch, dass die Leitungen oftmals nicht als 'fortschrittlich = frauenfördernd' beschrieben werden können. Dies bestätigt die im vorherigen Abschnitt dargestellte Lesart, dass die weibliche Subjektposition 'karriereorientierte Frau' (ohne Kinder oder mit größeren Kindern) nach wie vor auch in der Verwaltung N. eher eine Ausnahme darstellt.

Frau A. teilt die in Teil II dargestellte allgemeine Einschätzung, dass in der Verwaltung die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie relativ gut sind: „Also man hat im öffentlichen Dienst einfach wesentlich mehr Chancen, das überhaupt unter einen Hut zu bringen. Ob das dann karriereförderlich ist, mal dahingestellt. Aber grundsätzlich die Anspruchsmöglichkeiten sind ja wesentlich bessere" (A, 612–5). Die wichtigste Variante der Vereinbarkeit ist, wie dargestellt, auch in der Verwaltung die der Teilzeitarbeit für Frauen. Mit der Bemerkung: „ob das so karriereförderlich ist" äußert Frau A. Zweifel daran, dass nicht nur Elternschaft und Arbeit, sondern auch Elternschaft und Karriere vereinbar sind. Ihr selbst, erklärt sie, hat sich die Frage „Kinder und/oder Karriere?" so nie gestellt: „Aber also es war wirklich jetzt nicht unter so einem Kalkül, oder dass ich gesagt hab, ich hab das gegeneinander abgewogen und dann die Karriere für wichtiger befunden. Sondern das Eine war mir irgendwie nie wichtig. Und von daher stellte sich die Frage so nicht" (A, 573–5). Für Frau A. gab es nie ein rationales Abwägen zwischen Kind und Karriere, sondern das

„Eine" = Kinder war ihr „irgendwie nie wichtig". Als Frau zu sagen, dass es einem nie wichtig war, Kinder zu bekommen, widerspricht den gesellschaftlichen weiblichen Rollenerwartungen. Durch das „irgendwie" schwächt Frau A. ihre Aussage ab und dies deutet darauf hin, dass sie weiß, dass es als Frau schwer sagbar ist, dass es ihr nie wichtig war, Kinder zu kriegen.

Wie Frau A. mit den geschlechtsspezifischen Anrufungen in der Verwaltung umgeht, lässt sich anhand ihrer Antwort auf die Frage, was sie bei einem bevorstehenden internen Bewerbungsgespräch in der Verwaltung zum Thema 'Lebensplanung' sagen wird, rekonstruieren: „Ja, habe ich mir auch noch nicht so richtig was zurechtgelegt, muss ich mich morgen noch mal hinsetzen. Nee, ich meine, was die Leute dann daraus machen, kann ich ihnen ja nicht verwehren, also ich kann nur sagen, ich bin ziemlich überzeugt, dass ich mit dem Thema durch bin. (...) Und das würde ich auch so jederzeit sagen, vertreten" (A, 520–4). Frau A. hat im Zusammenhang mit ihrem Bewerbungsgespräch noch gar nicht daran gedacht, dass sie gefragt werden könnte, wie ihre Haltung zum Thema 'Kinder' ist. Deutlich wird: Sie kann oder möchte nicht einfach offen und ehrlich sagen, dass sie nie Kinder haben wollte, sondern es gilt, strategisch zu überlegen und zu handeln. Mit dem Hinweis auf ihr Alter (39 Jahre) möchte sie plausibel machen, dass es nun zu spät sei, um noch ein Kind zu bekommen. Frau A. geht dabei davon aus, dass die anderen Beschäftigten in der Verwaltung die Hintergrundüberzeugung– 'alle Frauen wollen irgendwann Kinder' vertreten. Darauf deutet auch hin, dass sie betont, sie würde ihre Entscheidung im Arbeitsumfeld „jederzeit vertreten". Eine vorherrschende Position muss nicht vertreten werden, eine umstrittene oder marginalisierte umso mehr. Sie möchte im Arbeitsumfeld keine tabuisierte, abweichende und damit vielleicht als konfrontativ wahrgenommene Haltung vertreten. Sie relativiert ihre Überzeugung, keine Kinder bekommen zu wollen, deshalb in zweifacher Hinsicht. Einerseits wird ihre persönliche Überzeugung mit „ziemlich sicher" eingeschränkt. Anderseits stellt sie ihre Entscheidung gegen Kinder als eine mit der Zeit gereifte Entscheidung dar, nicht als etwas, das für sie nie zur Disposition stand.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Erwerbsarbeit für Frau A. von großer Bedeutung ist und sowohl eine existenzsichernde als auch eine sinngebende Funktion hat. Die Rekonstruktion der Darstellung ihres Arbeitsbereiches bestätigt die in Teil II dargestellten Merkmale der untersuchten Verwaltung sowohl in Bezug auf die guten Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie als auch in Bezug auf die vorherrschende weibliche Normalitätsfolie. Gleichzeitig gelingt es Frau A. durch ihre kurze Verweildauer in der Verwaltung, ihre Erfahrung in anderen beruflichen Umfeldern und ihre Bereitschaft, den Verwaltungskontext wieder zu verlassen, eine größere Distanz zu den Wissensvorräten in der Verwaltung aufzubauen. Trotzdem gibt Frau A. im Arbeitsumfeld strategische Antworten auf Fragen zu ihrer Lebensplanung und vertritt nicht offen, dass sie sich nie Kinder gewünscht

hat. Dies veranschaulicht die Wirkmächtigkeit der Anrufungen zur Mutterschaft im institutionellen Kontext.

1.4 Ausweichen als Umgang mit den Anrufungen aus dem nahen Umfeld

1.4.1 Partnerschaft als 'Familie in anderem Sinne'

Frau A. ist mit ihrem Partner seit 15 Jahren zusammen. Partnerschaft hat für sie eine große Bedeutung: „Ich lebe eben mit meinem Freund zusammen da. Das hat für mich ne hohe Priorität (...). Und gut, Familie hab ich in dem Sinne nicht. Ich hab – also wir haben selbst keine Kinder. Und ich hab auch zwar Geschwister, und so im Sinne weitere Familie, aber die ist sehr verstreut und die Bande sind nicht sehr eng" (A I1, 556–60). Indem Frau A. sagt „Familie hab ich in dem Sinne nicht", macht sie deutlich, dass es schwierig ist, sich als Paar ohne Kinder gegen die in der familienpolitischen Diskussion vertretenen Vorstellungen (Familie = Ehepaar mit Kindern) als Familie zu definieren. Familie im weiteren Sinn ist für sie die Herkunftsfamilie, zu der sie aber keinen engen Kontakt hat. Ihre Partnerschaft ist für sie zentral und soll hier als 'Familie in anderem Sinne' bezeichnet werden.

Frau A. betont, dass ihr Partner und sie in Bezug auf die Hobbys, das Ehrenamt und auch im beruflichen Leben getrennte Wege gehen. Auch die Freundeskreise sind eher getrennt (vgl. A I1, 886–7). Sie behauptet ihren eigenen Anspruch auf Handlungsspielräume innerhalb der Partnerschaft. Frau A.s Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit, die schon in Bezug auf die Erwerbsarbeit erwähnt wurden, gelten auch für ihre Partnerschaft, z.B. in Bezug auf die Hausarbeit (vgl. A I1, 633–49). Frau A. formuliert hier das Ziel einer geschlechtergerechten Aufteilung der Hausarbeit und macht dies an der Quantität der von beiden erbrachten Arbeit fest. Sie verringert nach Möglichkeit die Reproduktionsarbeit durch Auslagerung (vgl. A I1, 626–8).

Eine Gemeinsamkeit zwischen beiden ist die Bedeutung, die beide ihrer Erwerbsarbeit beimessen. Auch für den Partner ist die Arbeit sehr wichtig.[6] Er arbeitet weniger gesichert als sie, „ohne Festanstellung" (vgl. A I1, 589). Deshalb kann es passieren, dass er irgendwann beruflich in eine andere Stadt gehen muss/möchte. Dies wäre für Frau A. problematisch, da Partnerschaft und Beruf vereinbar sein müssen: „Also wo ich sagen würde, mir ist Partnerschaft sehr wichtig und mir ist Beruf sehr wichtig. Und ich könnte es gar nicht untereinander so richtig gewichten, weil ich glaube, es ist beides immer 'n Abschneiden, wenn – wenn es nicht zusammenpasst (A I1, 592–5). Frau A. deutet den Vereinbarkeitsdiskurs um (vgl. Correll/Janczyk 2005): Nicht Beruf und Familie, sondern Beruf und Partnerschaft, eben ihre Familie, müssen für sie „zusammenpassen". Das „zusammenpassen" macht, anders als das sonst verwendete „vereinbaren", deutlich, dass es zu Unpassungen kommen kann. Wenn beide Lebensbereiche zusammenpassen, dann muss laut Frau A. nichts „abgeschnitten" werden. Wohingegen Teilzeitarbeit unter den derzeit herrschenden Bedingungen zwar mit Familie vereinbar ist, aber ein Abschneiden bedeutet, da Teilzeitarbeit und Karriere sich auch in der Verwaltung noch immer ausschließen.

Frau A. führt eine feste langjährige Partnerschaft, der sie große Bedeutung beimisst. Sie reflektiert ihre Autonomiebestrebungen in der Partnerschaft. Eine geschlechtergerechte Aufteilung der Reproduktionsarbeit ist ihr wichtig. Da ihr Partner, wie bereits erwähnt, selbst keine Kinder bekommen möchte, „ruft" er auch nicht nach ihr als Mutter seiner Kinder. Allerdings ist es angesichts ihrer Formulierung „es ruft nichts nach mir" unwahrscheinlich, dass sie mit „es" von bzw. *nur* von ihrem Partner spricht. Wie sieht es nun aber ansonsten im persönlichen Umfeld mit Anrufungen zur Mutterschaft aus?

1.4.2 Rufe nach Mutterschaft aus dem Freundeskreis: Nicht-Mutter sein ist „unmoralisch"

Frau A. berichtet von einer Auseinandersetzung über ihren Lebensentwurf mit einem Freund, mit dem sie früher in einer Wohngemeinschaft gelebt hat und der inzwischen mehrere Kinder hat. „Denn das war das einzige Mal, wo es so richtig zur Sache ging. Also der fand das mindestens unmoralisch, keine Kinder haben zu wollen, also das war richtig heftig und ich konnt mich auch überhaupt nicht mehr erwehren" (A, 502–5). Es kommt hier zu einem starken Konflikt über die unterschiedlichen Lebensentwürfe, der die Freundschaft beendet. Der Freund scheint sich allein durch ihre Wahl eines anderen Lebensentwurfes angegriffen bzw. mit seinem Lebensentwurf nicht anerkannt gefühlt zu haben. Der Lebensentwurf von Frau A. wird durch die Bezeichnung: „unmoralisch" abgewertet. Ob jemand Kinder haben möchte oder nicht, ist für den Freund keine individuelle Entscheidung, sondern eine Frage der Moral. Frau A. handelt laut diesen Zuschreibungen nicht im Sinne der gesellschaftlich gültigen Moral 'Frau = Mutter'. In den familienpolitischen Diskursen existieren, wie vorher gezeigt (vgl. Teil II), Vorwürfe wie Egoismus oder Selbstsucht gegenüber Personen ohne Kinder. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass Frau A. in der ersten für diese Falldarstellung zitierten Textstelle erklärt, es wäre ihr manchmal unangenehm gewesen und sie hätte gerne eine moralische Begründung für die Wahl ihres Lebensentwurfes gehabt. Bei diesem Konflikt mit dem Freund kann sie sich „überhaupt nicht erwehren", dies zeigt, dass die Vorwürfe sie hier auf einer ganz anderen Ebene treffen, als es Nachfragen im beruflichen Kontext tun. Ihre Betroffenheit zeigt sich auch darin, dass sie auf den Konflikt im Verlauf des Interviews wieder zurückkommt. Im selbst gewählten persönlichen Umfeld kann sie sich schwerer von traditionellen Rollenerwartungen abgrenzen, die mit einer

6 Er arbeitet, wie Frau A. berichtet, „in der Regel auch relativ lange" (A I1, 352).

solchen Massivität an sie herangetragen werden. Im Freundeskreis kann und will sie sich nicht einfach strategisch entziehen.

Vom benannten Freund werden in dem Konflikt weitere Gründe dafür, Kinder zu bekommen, an sie herangetragen: „Ach das war, ja genau, das war der Lebenssinn, den mein (…) besagter Freund anführte und dass ja dann im Alter niemand da ist. Wo ich dann aber auch nur herzhaft lachen konnte“ (A, 551–3). Hier greift der Freund auf zwei typische Argumente zurück, die auch schon in Teil I erläutert wurden: Lebenssinn und Einsamkeit im Alter. Diese zwei Gründe haben für Frau A. keine Zugkraft: Sie kann darüber nur „herzhaft lachen“. Das Lachen scheint ihr jedoch vergangen zu sein, denn nach der Erfahrung mit einem Freund, mit dem sie sich zerstritten hat, vertritt sie ihren Lebensentwurf ohne Kinder im persönlichen Umfeld nicht mehr so offen. Sie wirkt in diesem Teil des Gespräches seltsam unsicher, und diese Unsicherheit wird von ihr selbst thematisiert. Sie fragt sich, ob es an ihr und ihrer Art liegt, dass Menschen, mit denen sie sich z.B. auf einer Party unterhält, negativ auf den von ihr gewählten Lebensentwurf reagieren: „Wo ich schon das, also das Gefühl hatte, weiß ich nicht, vielleicht liegt es ja doch an meiner Art, dass es immer nen bisschen rüberkam wie: na wie kann man denn Kinder in die Welt setzen. Was aber wirklich überhaupt nicht meine Intention war. Und dass ich dann auch eher mich so zurückgenommen habe“ (A, 531–4). Es kommt zu Missverständnissen, weil andere Menschen bei Gesprächen zu ihrem Lebensentwurf ohne Kinder aus ihren Äußerungen eine Abwertung des eigenen Lebensentwurfes mit Kindern herauslesen. Frau A. gibt sich selbst dafür die Verantwortung und reagiert, indem sie sich zurückzieht. Dieser Rückzug hat auch mit den Reaktionen der Umwelt auf ihren von der Norm abweichenden Lebensentwurf zu tun: „Und da habe ich dann schon in Gesprächen auch von Dritten oft mitgekriegt, also im Sinne von: ist da ein bisschen komisch. Wie kann man sich als Frau keine Kinder wünschen. Also das ist so ein bisschen so ein Muster, was erst mal unterstellt wird, und wo jeder schief angeguckt wird, wenn es denn nicht so ist“ (A, 534–8). Frau A. hat indirekt erfahren, dass es als Abweichung angesehen wird, sich als Frau keine Kinder zu wünschen. Dabei wurden diese Aussagen nicht direkt an sie adressiert, was die Vermutung unterstützt, dass dies ein sensibles, tabuisiertes Thema ist. Dass Frauen Kinder haben wollen, ist laut Frau A. ein „Muster“, eine gesellschaftliche Norm, die unterstellt wird – eine gesellschaftliche Norm, deren Abweichung mit Stigmatisierung („schief angucken“) geahndet wird. Auf die Frage, ob sie weiß, ob ihr Freund auf seinen Lebensentwurf ohne Kinder genauso angesprochen wird wie sie, sagt sie nach einer kurzen Pause: „Musst du ihn mal fragen. Weiß ich gar nicht“ (A, 689). Ihr Partner hat ihr nicht von Nachfragen berichtet. Dies scheint angesichts der nach wie vor fast ungebrochen angenommenen Zuständigkeit von Frauen für die Reproduktionsarbeit, z.B. in den gesellschaftlichen Wissensvorräten, nicht verwunderlich.

Dass ihr Lebensentwurf eine Abweichung von der Norm darstellt, erlebt Frau A. auch, als im Freundeskreis alle anderen Personen Kinder bekommen:

> „Und zu der Zeit fand ich das dann auch eher so ein bisschen schade, dass dann irgendwie die Freundinnen nacheinander alle Kinder kriegten, weil so war man immer noch mit irgendwem, der auch keine Kinder hatte, und das bröckelte natürlich mit der Zeit. Also nicht, dass es mich bei denen gestört hätte, aber das macht einen immer irgendwie einsamer (lacht)“ (A, 539–43).

Frau A. schildert, dass der soziale Raum, in dem sie von Gleichgesinnten umgeben ist, kleiner und kleiner wird („das bröckelte mit der Zeit“), weil immer mehr Freunde und Bekannte Eltern wurden. Die emotionale Auswirkung beschreibt sie offen und deutlich mit Einsamkeit. Gleichzeitig lacht sie, als wollte sie durch das Lachen ihre eben geäußerte Emotion relativieren. Auch, indem sie sagt, dass es sie „nicht stört bei denen“, betont sie ihre eigene Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen. Eine Toleranz, die ihr häufig nicht entgegengebracht wird. Hier stellt sich die Frage, ob es nicht einen zu großen Tabubruch bedeuten würde, den vorherrschenden weiblichen Lebensentwurf abzuwerten, indem sie ausspräche, dass es sie stört. Diese Frage wird im Schlusskapitel wieder aufgegriffen.

Wie sich diese Differenzen zwischen ihrem Lebensentwurf und dem einer Freundin mit Kindern, die sie nur noch selten trifft, auswirken, beschreibt Frau A. an einem Beispiel: „Eine gute Freundin hat eben selbst Familie, auch mit zwei Kindern ist sie teilberufstätig und ist von daher auch sehr stark eingebunden. Und das ist dann eher so das Gefühl, dass – ich weiß nicht, ich kann mir das nicht merken, wann Kinder ins Bett gehen. Ich ruf immer am falschen Zeitpunkt an. Dann passt es irgendwie nicht“ (A I1, 791–6). Frau A. beschreibt ein Gefühl der Unpassung der verschiedenen Lebensentwürfe. Das von ihr benannte Beispiel klingt zunächst banal. Wenn sie anruft, erwartet sie die Verfügbarkeit der Freundin. Gleichzeitig hat sie die Initiative ergriffen und erfährt, wenn die Freundin dann keine Zeit für sie hat, Ablehnung. Ihre Unkenntnis der Bettzeiten der Kinder entspringt möglicherweise einer Verweigerungshaltung: Frau A. möchte sich nicht einseitig auf die zeitlichen Vorgaben des anderen, vorherrschenden Lebensentwurfes einstellen.

1.4.3 Ambivalente Geschlechterkonstruktionen im politischen Ehrenamt: Frauen ohne Kinder und Männer in Versorgerehen

Frau A. ist neben ihrer Erwerbsarbeit im politischen Bereich ehrenamtlich tätig. Bevor sie ihre Arbeitsstelle in der Verwaltung N. antrat, hat sie sogar zwei Jahre hauptberuflich in diesem Bereich gearbeitet. Auch jetzt ist sie noch sehr aktiv und hat, wie sie im ersten Interview erzählt, gerade ein verantwortungsvolles Amt in ihrer politischen Organisation übernommen (vgl. A I1, 728–31). Dementsprechend bildet das Milieu des politischen Ehrenamtes ein wichtiges soziales Umfeld für Frau A: „Ich habe viel mit natürlich dann politisch motivierten Menschen zu tun“ (A I1, 765–6). Dieses Umfeld zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass Frau A. hier Menschen trifft, die anderen Weiblichkeitsvorstellungen folgen. So hat sie eine ‘kinderlose’ Politikerin

persönlich kennen gelernt, die für sie eine Art Vorbild ist. Diese Frau beschreibt sie als Gegenbild zu einem „platten Politikmenschen“ (A, 793–801), insofern als sie bescheiden auftritt, intellektuell ist, differenziert an die Dinge herangeht und sich auf Machtspiele nicht einlässt. Außerdem sei sie einfühlsam und sensibel. Diese Politikerin beschreibt Frau A. als eine Art Mentorin, die sie insbesondere beim Einstieg in das politische Ehrenamt unterstützt hat (vgl. A, 802–5). Auch hier, wie im beruflichen Umfeld, sind persönliche Kontakte und Unterstützung für Frau A. wichtige Voraussetzungen, um sich aktiv einzubringen.

Anderseits beschreibt Frau A, dass auch über dieses politische Umfeld teilweise gesellschaftlich vorherrschende Geschlechtervorstellungen bestätigt werden. Insbesondere in den höheren Ämtern macht sich das stark bemerkbar:

> „Also da haben die Männer Kinder und machen sozusagen das trotzdem, sich ehrenamtlich engagieren, und die Frauen haben eigentlich alle keine Kinder und engagieren sich ehrenamtlich. Also wo man/wo ich schon denke, es kann auch nicht nur Zufall sein, dass das Muster so da ist, dass die einen dafür die Zeit haben und die Frauen, die (...) Kinder haben, aber sagen: okay ich bin damit ausgelastet, ich brauch nicht noch ein Ehrenamt. Und andere können sich das mit zwei oder drei Kindern trotzdem irgendwie leisten in Anführungsstrichen“ (A, 675–83).

Die Verhältnisse in diesem alternativen politischen Umfeld unterscheiden sich diesbezüglich nicht von vorherrschenden Gesellschaftsmustern. Wie in Führungspositionen in anderen Bereichen, z.B. in der Hochschule oder in Unternehmen, können die Männer in ihren traditionellen bzw. teilmodernisierten Lebensarrangements davon ausgehen, dass die Ehefrau/Partnerin die Mehrheit der Reproduktionsarbeit übernimmt und sie selbst es sich dadurch eher „leisten“ können, ehrenamtlich zu arbeiten. In umgekehrter Hinsicht ist selbst in diesem Umfeld die Unterstützung nach wie vor nicht gegeben. Anders als im beruflichen oder privaten Umfeld, stellt Frau A. mit ihrem Lebensentwurf ohne Kinder im Umfeld ihres politischen Ehrenamtes keine Abweichung dar. Zudem kann sie dort auf politische Wissensbestände zugreifen, die traditionelle Arrangements kritisieren und ihre Abweichung davon rechtfertigen. Dieses Wissen und auch das Vorbild, das Frau A. dort gefunden hat, können als positive Anrufungen für ihre Nicht-Mutterschaft verstanden werden.

1.5 In der Herkunftsfamilie: Alle anderen leben „klassisch“

1.5.1 Anrufungen der Herkunftsfamilie: „Gibt’s nichts Neues?“

Auf die Frage, wie ihre Herkunftsfamilie auf ihren Lebensentwurf ohne Kinder reagiert habe, sagt Frau A: „Die waren irgendwann auch durch mit dem Thema (lacht)“ (A, 485–8). Diese sehr kurze Antwort, die die Geschichte der Auseinandersetzung über ihren Lebensentwurf auf deren Ende reduziert, ist auffällig. Eventuell ist dies eine Vermeidungsstrategie: Frau A. möchte nicht ausführlicher

über das Thema sprechen. Sie würde sich dann, ähnlich wie im beruflichen Kontext, entziehen. Auf eine Nachfrage, wie die Familie reagiert hat, also sie „noch nicht durch“ waren, erzählt sie, „da wurde schon immer nachgefragt. Wie mit dem Heiraten regelmäßig nachgefragt wurde“ (A, 487–8). Kinder zu bekommen und zu heiraten sind in ihrem familiären Umfeld normative Erwartungen, die thematisiert und nachgefragt werden können. Diese Aussage verweist auf die Legitimität des Nachfragens, dass „schon immer“ – quasi erwartungsgemäß – nachgefragt wurde. Ihre Familie, so stellt Frau A. im Gespräch an verschiedenen Stellen klar, lebt „klassisch“ (A, 489) und vertritt gewissermaßen gängige Normen, das Normale. Sie selbst grenzt sich davon jedoch ab, da sie schon immer anders gewesen sei, z.B. in Wohngemeinschaften gelebt habe. Dass die Familie nachfragt, ist für Frau A. grundsätzlich legitim. Es wird jedoch nicht direkt nachgefragt (Wann heiratet ihr? Willst du Kinder?), sondern indirekt („Gibt’s nichts Neues?“ (A, 496)). Das „Neue“ könnte auf etwas deuten, was zwar neu ist, aber dennoch im Lebensverlauf eine Normalität darstellt. Entweder muss es nicht benannt werden, weil es sich um einen Sprachcode handelt, der in der familiären Kommunikation allen verständlich ist, oder es wird nicht direkt angesprochen, weil es als nicht sagbar gilt, z.B. weil die Fragen in einen privaten, intimen Bereich hineinreichen. Das indirekte Nachfragen, wie es im familiären Kreis von Frau A. praktiziert wird, erlaubt ein Ausweichen, welches Frau A. als Lösung wählt. „Aber irgendwie ist es dann einfach im Sande verlaufen. Nachdem ich mich da so hartnäckig dem entzogen habe, war es dann auch irgendwann durch“ (A, 497–9). Weder kritisiert sie die Praxis des Nachfragens noch vertritt sie offen, dass sie keine Kinder haben möchte, sondern sie entzieht sich. Eine Angleichung des Lebensentwurfes wird in den regelmäßigen Nachfragen immer wieder verbal vorausgesetzt oder sogar eingefordert. Die Nachfragen können in diesem Zusammenhang als eine Disziplinierungsform verstanden werden. Sich zu entziehen bedarf, wie Frau A. schildert, großer Beharrlichkeit. In der Art, wie Frau A. das formuliert („die waren irgendwann durch mit dem Thema“), vertritt sie wie auch im beruflichen Umfeld ein Phasenmodell, wonach Anrufungen zur Mutterschaft ab dem Erreichen eines bestimmten Alters der Frau abebben. Dieses Alter hat Frau A. jetzt mit 39 Jahren erreicht.

1.5.2 Exkurs: Interpretation der Eingangsfrage „Was war oder ist Ihre Mutter für eine Frau?“

In allen Zweitinterviews wurde als Einstieg eine identische Frage zur Herkunftsfamilie gestellt. Sie lautete: „Was war oder ist Ihre Mutter für eine Frau?“ Für die Wahl des Einstiegs über die Mutter und nicht z.B. über den Vater oder über eine allgemeine Frage zur Kindheit sprach, dass Mütter zumeist noch die zentrale Rolle in der Erziehung und Versorgung der Kinder spielen, während die Väter als Familienernährer weniger direkten Einfluss auf die Kinder nehmen. Wie noch gezeigt wird,

traf dies in allen vier ausgewählten Fällen zu. In der Art der Fragestellung wird eine Vergesellschaftung der Mutter als Frau schon angenommen.[7]

Bei der Beantwortung der Eingangsfrage sind verschiedene Antwortperspektiven vorstellbar: a) eine Antwort aus der Kindersicht (wie war deine Mutter damals?), b) aus der Erwachsenensicht (wie siehst du deine Mutter heute?) oder auch c) eine Antwort, die versucht, eine objektive Sicht einzunehmen (wie würden andere deine Mutter beschreiben?). Diese Auswahlmöglichkeiten haben den Vorteil, dass die Befragten, anders als bei einer auf der persönlichen Ebene ansetzenden Frage (wie war denn deine Mutter?), entscheiden können, wie viel Persönliches sie preisgeben möchten. Bei der gewählten Fragestellung geben die Befragten implizit auch eine Antwort auf die Frage, was für eine Frau in einem Spektrum verschiedener Frauentypen eine Mutter sein kann. Sie ordnen die eigene Mutter damit in typische Muster von Weiblichkeit ein. Diese Eingangsfrage ist damit anspruchsvoll, da die Befragten zunächst verschiedene Fragemotive abwägen müssen. Gleichzeitig sollen sie angeregt werden zu resümieren oder eine Bilanz zu präsentieren. Allerdings besteht zwischen der Interviewerin und den Befragten ein (gewisses) Vertrauensverhältnis (vgl. Teil II, Abschnitt 3.1.1), so dass anders als bei einem Erstinterview eine anspruchsvolle erste Frage nicht problematisch erscheint.

1.5.3 Frau A.s Mutter: Ich hätte „schon gerne ganz grundsätzlich ne ganz andere Mutter gehabt“

Die Wissensvorräte der primären Sozialisation werden aus den Erzählungen der Befragten über ihre Herkunftsfamilie rekonstruiert. Der Mutter kommt auch bei Frau A. eine besondere Bedeutung zu, weil sie als Vollzeitmutter die Hauptverantwortung für die Kinder übernimmt. Auf die zuvor analysierte Eingangsfrage antwortet Frau A. Folgendes:

> „Meine Mutter, also war, ist gestorben schon, mhm [tiefes Durchatmen]. Vielleicht von den harten Fakten erst mal. Also sie war 43, als ich zur Welt kam. Meine Geschwister sind alle wesentlich älter als ich. Danach kam 15 Jahre nichts und ich glaube es war auch nicht so vorgesehen, dass da noch was kommt, aber es passierte eben. Ist ausgebildete Kindergärtnerin gewesen, hat aber eben wirklich nur in der Anfangszeit gearbeitet. Also das war noch während des Krieges und dann 45, als das erste Kind kam, hat sie dann auch aufgehört zu arbeiten“ (A, 9–16).

7 Eine allgemeiner formulierte Eingangsfrage wie „Was war deine Mutter für ein Mensch?“ brächte zudem andere Schwierigkeiten mit sich. Zwar erscheint sie zunächst offener, denn es wird nicht vorausgesetzt, dass „Frau sein“ für die Mutter eine Bedeutung hat/gehabt hat. Gleichzeitig schwingt in dieser Frage jedoch etwas Moralisches mit (war sie ein guter/schlechter Mensch?) und es wird damit implizit auf christliche bzw. humanistische Werte Bezug genommen.

Frau A. beantwortet die Frage aus der Perspektive der erwachsenen Tochter und berichtet, ihre Mutter sei schon gestorben. Das Durchatmen deutet an, was sich später im Verlauf des Interviews immer wieder bestätigt, nämlich, dass das Thema ‘Mutter’ für sie problembesetzt ist. Und zwar nicht, wie es auch vorstellbar wäre, weil sie um ihre Mutter trauert, sondern – wie sich später zeigt – weil die Beziehung zu ihrer Mutter konfliktreich war. Frau A. stellt unter dem Stichwort „harte Fakten“, einem eher technischen, ökonomischen und distanzierenden Begriff, eine Art ‘Gebärbiographie’ ihrer Mutter aus ihrer Perspektive dar. Frau A. beginnt mit dem Alter der Mutter bei ihrer Geburt und erzählt, dass die anderen Geschwister beinahe eine ganze Generation älter sind. Frau A wächst damit bei relativ alten Eltern auf. Sie war ein ‘Unfall’, etwas das „passiert“ ist, nicht so „vorgesehen“ war, also nicht geplant war. Die von ihr dargelegten „harten Fakten“ der Gebärbiographie ihrer Mutter sind für Frau A. von großer Bedeutung: erstens das Alter der Mutter, zweitens, dass sie ein ‘Unfall’, vielleicht sogar ein ‘ungewolltes’ Kind war. Nachdem Frau A. die Gebärbiographie beschrieben hat, erzählt sie, dass ihre Mutter zwar einen Beruf erlernt hat, aber vom 23. Lebensjahr an, nach der Geburt des ersten Kindes, Hausfrau war. In der Antwort auf die Einstiegsfrage, die nach der Mutter als Frau, also auch nach ihrer Geschlechtlichkeit fragt, beschreibt sie ihre Mutter erstens als biologische Mutter und zweitens als Hausfrau. Dann führt Frau A. aus, was ihre Mutter für ein Mensch gewesen sei: „Und vom Typ her ein sehr schwieriger Mensch“ (A, 21–2). Frau A. führt im Interview verschiedenste Beispiele an, in denen ihre Mutter sowohl in Alltagsdingen als auch in den großen Lebensentscheidungen sich selbst und ihre Überzeugungen über die von anderen stellte. Schon anhand der Eingangspassage wird deutlich, dass die Mutter für Frau A. kein Vorbild darstellt.

1.5.4 Geschlechtsspezifische Erziehung: Bildung, um eine gute ‘Partie’ zu machen

In Bezug auf ihre Erziehung beschreibt Frau A. ihre Mutter als eine fortschrittliche Frau, die wollte, dass ihre Töchter durch eine Ausbildung die Möglichkeit der ökonomischen Unabhängigkeit erlangen: „War aber auf jeden Fall auch eine Frau, die sehr viel Wert auf Unabhängigkeit von ihren Töchtern gelegt hat. Also es war Voraussetzung, dass man eine Ausbildung machte“ (A, 28–9). Das war etwas, das „auf jeden Fall passieren muss“, denn man durfte laut der Mutter „nicht nur darauf vertrauen, dass irgendwann einer kommt und einen heiratet. (...) Also in gewisser Weise hat sie da schon, also denke ne Menge auch modernes Gedankengut so gehabt“ (A 33–7). Die fortschrittlichen Botschaften ihrer Mutter, die Frau A. in den Anfangspassagen herausstreicht (Mache eine Ausbildung, um unabhängig zu werden!), werden im Laufe des Interviews stark eingeschränkt. So äußert sich die Mutter gegen einen früheren Partner von Frau A, der Handwerker ist, weil „so was“ laut der Mutter „schon aus Prinzip nicht zusammenpasst“ (vgl. A, 102). Es reicht

also nicht aus, dass die Tochter eine Ausbildung oder, wie im Fall von Frau A., ein Studium absolviert hat, sondern es gilt, einen Partner mit angemessenem Status zu finden. Es geht, so könnte man überspitzt formulieren, darum, eine Ausbildung zu absolvieren, nicht um Unabhängigkeit zu erlangen, sondern um eine gute 'Partie' zu machen. Das 'moderne' am Gedankengut der Mutter von Frau A. ist, dass eine Frau eine Ausbildung machen sollte, wobei als Motive dafür weder individuelle Unabhängigkeit noch persönliches Glück gelten.

Frau A. erklärt zunächst, dass es keinen Unterschied machte, als Junge oder als Mädchen in ihrer Familie aufzuwachsen.[8] Ihre Mutter vertritt moderne Erziehungsvorstellungen der Gleichbehandlung von Söhnen und Töchtern in Bezug auf Verbote und Einschränkungen. Allerdings wächst Frau A. aufgrund des großen Altersunterschieds zu den Geschwistern eher wie ein Einzelkind auf. In einem anderen Zusammenhang taucht jedoch das Thema der geschlechtlichen Ungleichbehandlung auf. Das Einzige, was sie „typisch Weibliches erfahren" hat, erzählt Frau A., ist der Zwang, als Mädchen/Frau gut auszusehen (vgl. A, 185 und 189). Ihre Mutter „fand das ganz schrecklich", dass sie pummelig war. „Also damit kriegst du keinen Freund" (A, 184), sagte sie zu ihr. Als Deutungsfolien lassen sich hier rekonstruieren: Erstens muss der Körper eines Mädchens/einer Frau schlank sein. Es geht dabei zweitens nicht um Selbstsorge, also darum, dass es vielleicht ungesund ist, zu pummelig zu sein, sondern um einen schlanken Körper als Mittel zur Eroberung eines Mannes. Der Körper wird hier nicht als Ausdruck des eigenen Selbst, sondern als Objekt der Begierde anderer konstruiert. Diese Normen betreffen Frauen nach wie vor stärker als Männer, die nicht so stark über ihr Aussehen definiert werden. Drittens wird „einen Freund zu kriegen" hier als ein zentrales Ziel im Leben eines Mädchens dargestellt. Auch hier geht es nicht um individuelles Glück oder um Unabhängigkeit, sondern um traditionelle Rollenerwartungen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte Frau A. sich „endlich mal Mühe geben" (A, 187) schlank zu werden. Es geht darum, sich zu disziplinieren. Schlanksein ist dann eine Leistung, und mit dem „endlich mal" wird unterstellt, Frau A. verweigere diese Anstrengung.

Danach gefragt, ob sie mit ihren Eltern im Rückblick zufrieden war, sagt Frau A.: „Im Nachhinein hätte ich schon gerne ganz grundsätzlich ne ganz andere Mutter gehabt. Also das hat mir schon hart zugesetzt, so diese ganzen Auseinandersetzungen" (A, 295–7). Festgehalten werden kann, dass ihre Mutter für Frau A. kein Vorbild war.

8 Auch die Frage, ob ihr Leben als Mädchen eins der Einschränkungen und Verbote war, verneint sie (vgl. A, 284–5).

1.5.5 Der Vater: „wär auch gut ohne Kinder ausgekommen"

Auf die Frage „Was war dein Vater für einer?" (A, 39), benennt sie wieder erst einmal die „harten Fakten" (A, 40), in diesem Fall erzählt sie von seinem beruflichen Werdegang. Den Vater definiert sie, anders als die Mutter, also zunächst über seine gesellschaftliche Teilhabe durch seinen Beruf, seine Rolle als Familienernährer. Dann erst spricht sie über die Persönlichkeit ihres Vaters: Er „ist ein sehr ruhiger Mensch gewesen, glaub ich, der eher so, ja, vielleicht auch unterm Pantoffel stand, weiß ich nicht" (A, 43–4). Anders als bei der Mutter ist sie bezüglich des Vaters unsicherer („glaub ich" und das „weiß ich nicht"), was für ein Mensch er gewesen ist. Einen positiven Bezug zu ihm stellt sie zu seiner Rolle in der äußeren Sphäre her: „Aber beruflich war er auf jeden Fall sehr erfolgreich, was mich, glaube ich, schon sehr geprägt hat, weil er eben wirklich gesagt hat, ich mach das, was mir Spaß macht und wenn es keinen Spaß mehr macht, dann mach ich das nicht mehr" (A, 45–7). Der Vater ist für Frau A. in Bezug auf die Erwerbstätigkeit ein Rollenvorbild, nicht nur, weil er beruflich erfolgreich war, sondern auch, weil er die Berufstätigkeit nicht als Pflichterfüllung definierte. „Spaß" wird von ihm als zentrales Motiv gesetzt.[9]

Die vorher nur implizit herauszulesende Distanz zu ihrem Vater wird von ihr noch expliziert, indem sie sagt, dass sie kein „besonders intensives Verhältnis" (A, 82) zueinander hatten. Sie fügt jedoch direkt etwas Positives an: „Es war jedenfalls jemand, der voll und ganz darauf vertraut hat, dass ich wohl schon irgendwie meinen Weg mache, und gut mache" (A, 83-4). Diese Distanz ändert jedoch nichts an ihrer Einschätzung, dass ihr Vater ein Grundvertrauen in sie als seine Tochter hatte, dass sie 'ihren Weg schon machen' wird. Die Bemerkung „wohl schon irgendwie" zeigt, dass er aber seine Tochter auf diesem Weg nicht unterstützte oder begleitete. Diese „du schaffst das schon"-Haltung kann einerseits als Vertrauen und symbolische Unterstützung gelesen, aber anderseits auch als Strategie gedeutet werden, die Übernahme von Verantwortung zu vermeiden. Vom Vater wird erst gar nicht erwartet, dass er zuhause präsent ist, sich kümmert, für sie da ist. Die traditionelle Geschlechterrollenverteilung ihrer Eltern wird von Frau A. bestätigt: Die Mutter hat „zuhause den Laden geschmissen" (A, 71) und war für „Soziales" (A, 73) zuständig, während der Vater sich um die Finanzen kümmerte. „Also mein Vater hätte locker damit verbringen können, irgendwie wenn er zuhause ist, nur auf dem Sofa zu sitzen und der Rest der Welt interessiert ihn nicht mehr. Um das ist, das war dann schon eher krass, dass meine Mutter sich gekümmert hat (...) um Familie und so nen Kram" (A, 74–7). Frau A. zeigt, dass sie die traditionellen Geschlechterzuschreibungen, die in ihrer Familie herrschen – Vater = öffentlich, Mutter = privat – reflektiert und ablehnt („schon eher krass").

9 Dies hat der Vater auch gelebt, indem er oft seinen Job wechselte und sich mit Mitte 50 selbstständig machte.

Frau A. erzählt von ihrer Sonderstellung beim Vater als Nachzüglerin: „es soll so sein (...), dass er bei mir sozusagen schon die große Ausnahme gemacht hat. (...) Die anderen Kinder, die waren halt, man hat halt Kinder gehabt, aber sie waren ihm nicht wirklich wichtig und er hat sich auch nicht mit denen groß beschäftigt“ (A, 235–7). Sie erzählt hier, als ob sie davon nur vom Hörensagen weiß, dies aber nie selbst erlebt bzw. gefühlt hat. Frau A. war dem Vater ein bisschen wichtiger als ihre Geschwister. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass sie auf die Frage, ob sich ihre Eltern Kinder gewünscht haben, antwortet, ihr Mutter wäre froh über ihre Kinder gewesen, über ihren Vater aber sagt: „es war jetzt auch nicht schrecklich, aber er wäre auch gut ohne ausgekommen“ (A, 253–4). Sie erwähnt im gesamten Interview kein Erlebnis mit ihrem Vater, keine reale Erfahrung, sondern berichtet über ihn sehr distanziert. Aber anders als in Bezug auf die Mutter, wo sie sehr deutlich wird und angibt, sich eine andere Mutter gewünscht zu haben, wünscht sie sich keinen ganz anderen Vater. Hier formuliert sie nur schwache Kritik. Ihr Widerstand geht, so wird deutlich, immer nur in Richtung der Mutter, wohingegen der Vater zumindest in Bezug auf die Erwerbsarbeit ein Vorbild für sie darstellt.

1.5.6 Die Geschwister leben „klassisch“

Frau A. ist aufgrund des großen Altersunterschiedes zu ihren Geschwistern eher als Einzelkind aufgewachsen. Sie hat kein enges Verhältnis zu ihren Geschwistern (vgl. A, 255), schon während der Kindheit nicht. Die Kindheit ihrer Geschwister kennt sie nur aus den Erzählungen ihrer Schwestern. Ihre Geschwister waren für sie auch in ihrer eigenen Kindheit und Jugend keine Vorbilder. Frau A. distanziert sich von den traditionellen Lebensentwürfen ihrer Geschwister („Also meine Geschwister leben eben ja auch alle in Anführungsstrichen klassisch, haben Familie“ (A, 488–9). Die Distanz besteht von beiden Seiten her, denn ihre Geschwister konnten auch nicht sehr viel damit anfangen, wie sie selbst lebt. „Man hat’s halt hingenommen, weil ich eben immer schon ein bisschen anders war“ (A, 493–4). Sie hat z.B. in einer Wohngemeinschaft gelebt. Mit dem Tod des Vaters und vor allem mit dem Tod der Mutter ist über eine Erbsache der Kontakt zwischen ihrem Bruder und ihr komplett abgebrochen. Ihre Schwestern sieht sie circa einmal im Jahr. Ihrer Herkunftsfamilie gegenüber empfindet sie sich als abweichend. Dort wird Ehe und Elternschaft als Normalität gesetzt, die auch immer wieder verbal, allerdings indirekt, eingefordert wird. Frau A. entzieht sich diesen Anrufungen.

1.6 Reflexion und Umdeutung der gesellschaftspolitischen Anrufungen zur Mutterschaft: Gesellschaftliche Sorge als Konzept der Gleichbehandlung aller Lebensentwürfe

Frau A.s Wahrnehmung bzw. Interpretation gesellschaftspolitischer Anrufungen lassen sich anhand ihrer Einstellung zu den aus ihrer Sicht „grundfalschen“ (A, 864) (bevölkerungs-)politischen Interventionen – wie z.B. den höheren Beiträgen für Personen ohne Kinder in der Pflegeversicherung – zeigen: „Also es ist erstmal so das ganz Grundsätzliche, dass ich schon finde, dass für alle Lebensentwürfe irgendwie gleich viel Raum sein sollte. Der Umkehrschluss ist ja doch so ein bisschen, wir werden jetzt zwangsbeglückt mit Kindern, dann sind wir wieder fein raus“ (A, 866–9). Frau A. nimmt diese gesellschaftspolitischen Anrufungen wahr und spricht sich deutlich gegen pronatalistische politische Anreizsysteme aus. Sie führt Gerechtigkeitsvorstellungen an, um diese Maßnahmen zu kritisieren. Diese Deutlichkeit verwundert vor dem Hintergrund ihres zurückhaltenden Umgangs mit ihrem Lebensentwurf ohne Kinder im sozialen Umfeld und in der Herkunftsfamilie. Dies könnte damit zusammenhängen, dass diese Positionen im Umfeld ihres politischen Ehrenamtes nicht sanktioniert werden. Möglicherweise rechnet sie die Interviewerin, die sie zu sich nach Hause eingeladen hat, politisch einem ähnlichen Spektrum zu. Für alle Lebensentwürfe sollte „gleich viel Raum“ sein. Die Raum-Metapher, die sie schon vorher anspricht, wird hier wieder aufgegriffen; gemeint ist damit, dass alle gleichermaßen akzeptiert werden sollten, dass niemand nur aufgrund seines Lebensentwurfes belohnt oder bestraft werden sollte. Die Politik der Ungleichbehandlung von Personen ohne Kind empfindet sie als Einmischung, als eine Politik, die sie zwingen will, Kinder zu kriegen, („zwangsbeglückt mit Kindern“), denn die zusätzliche finanzielle Belastung bedeutet nicht nur eine finanzielle Einschränkung, sondern gleichzeitig eine Normsetzung. Sie erkennt die Konstruktion Kind = Glück und dekonstruiert diese als normativen Zwang:

> „Und das andere ist, dass für mich schon letztendlich, wenn ich es jetzt dann gesellschaftspolitisch sehe und ‘was bringt man ein’, also das Argument, wenn ich Kinder in die Welt setze, gibt’s wenigstens noch irgendwen, der für unsere Renten sorgt. Dann glaube ich, ist das irgendwie nur so ein vordergründiges Rechenexempel. Sondern, dass es letztendlich darauf ankommt, ob die Leute überhaupt bereit sind, sich für Gesellschaft zu engagieren. Und ich würde sehr wohl für mich in Anspruch nehmen, dass ich ziemlich viel gesellschaftliches Engagement, auch durchaus auch ehrenamtlich und kostenlos dieser Gesellschaft darbiete. Und gut, dafür habe ich mich jetzt entschieden, also ich möchte, mein Lebensmodell ist so, dass ich lieber so was mache, als dass ich jetzt eben die Kinder großziehe, die dann der Gesellschaft wieder dienen, wenn man das schon unter dem Aspekt sieht. Aber also das finde ich eben so ein bisschen die Schieflage dabei. Das eine wird gewertet und das andere nicht. (...) Und die Gesellschaft lebt auch ein bisschen davon, dass sich alle engagieren, also dass man nicht nur auf den Staat setzt, der das alles irgendwie regelt und macht und tut“ (A, 869–86).

Frau A. spricht sich explizit gegen die in den gesellschaftspolitischen Diskursen formulierte Position: 'Kinder kriegen, damit die Renten gesichert sind' aus. Eine Gesellschaft funktioniert laut Frau A. nur, wenn ihre Mitglieder sich alle dafür engagieren. Frau A. akzeptiert die moralische Anrufung, dass jeder Mensch zur Gesellschaft beitragen soll. Kinder zu bekommen wird von ihr als eine Möglichkeit des gesellschaftlichen Beitrags eingeordnet. Frau A. akzeptiert die moralische Anrufung, dass jeder Mensch zur Gesellschaft beitragen soll, wendet sie aber neu. Andere Dienste an die Gesellschaft, die kostenlos und freiwillig erbracht werden, wie das ehrenamtliche Engagement von Frau A., sollten ebenfalls mit „einberechnet" werden. Auch hier verweist sie wieder auf das Thema 'Gerechtigkeit' und spricht von einer Schieflage. Jeder soll seinen eigenen Wünschen entsprechend etwas beitragen können und die unterschiedlichen Beiträge sollten gleichermaßen wahrgenommen und anerkannt werden. Diese Ungleichbehandlung zeigt sich Frau A. zufolge auch anhand der Krankenversicherung:

> „Gut und ich meine, dann kommen sozusagen noch die Kleinigkeiten dazu, dass es bei der Krankenversicherung ja auch wiederum einen Kinderbonus gibt, der überhaupt eigentlich nicht zu rechtfertigen ist, also wenn man dann schon sagt, man will das alles gerecht machen. Im Notfall kostet so eine Krankenversicherung für eine Familie genauso viel wie für mich alleine, aber das sind dann vielleicht vier Leute, die krank werden können, und die Leistungen in Anspruch nehmen können. Also wenn man schon anfängt aufzurechnen. Dann finde ich, dann müsste man es auch konsequent machen. Aber ich hab eh das Gefühl, dass da wird irgendwie versucht mit solchen Instrumenten, irgendwie wieder ein Gesellschaftsbild auch hinzurücken, was so ein bisschen vermeintlich aus den Fugen geraten ist" (A 886–96).

Einerseits lehnt Frau A. eine Aufrechnung ab und plädiert für eine erweiterte Perspektive, anderseits folgt sie dieser Logik, indem sie das Beispiel Krankenversicherung benennt und eine konsequente Gleichbehandlung fordert. Doch als Motiv für solche gesellschaftspolitischen Maßnahmen vermutet sie nicht die Gleichstellung aller Lebensentwürfe, sondern, ganz im Gegenteil, eine (Wieder-)Aufwertung der Kleinfamilie. Diese Diskurse argumentieren weniger mit eindeutigen präskriptiven Erfüllungsnormen, wie noch in der Elterngeneration von Frau A., sondern mit weniger greifbaren deskriptiven Normen (Link u.a. 2003, 7, vgl. Teil III, Abschnitt 1.). Frau A. gelingt es, diese Normen zu benennen, auch weil sie gesellschaftspolitisch aktiv ist. Sie attributiert ein angeblich aus den Fugen geratenes Gesellschaftsbild, arbeitet aber an diesem mit, anstatt einfach zu sagen: Ich höre durchaus diesen Ruf, aber für mich gilt er nicht. Stattdessen, und dies zeigt die Wirkmächtigkeit der Diskurse, repariert sie beständig an der Legitimität ihres eigenen abweichenden Lebensentwurfs. Damit ist sie noch in ihren Rechtfertigungen den Diskursen unterworfen.

Frau A. zufolge wird gesellschaftlich vorausgesetzt, dass Frauen Kinder bekommen (vgl. A, 835–40). Doch dann macht sie eine ungewöhnliche Differenz auf: Die Erfüllung der gesellschaftlichen Erwartung, als Frau Mutter zu werden und ein Kind

zu bekommen, gilt nur als Erfüllung eines selbstverständlichen Solls. Erst wenn sie über dieses Soll hinausgeht, wenn nicht mehr ein Kind 'nebenbei läuft', sondern zwei oder mehr Kinder zum Lebensinhalt werden, erhält eine Frau Anerkennung dafür, dass sie die Familie organisiert. Es ist möglich, als Frau mit einem anderen Lebensentwurf gesellschaftlich anerkannt zu werden: „Ich glaube schon, dass das bei Frauen dann immer noch so gewichtet ist, dass du die Anerkennung dann über was anderes kriegen kannst, also meinetwegen über die Karriere oder über irgendwie was weiß ich für ein Engagement. Aber dass es trotzdem unterschiedlich gewichtet wird. Also das nicht vergleichbar ist" (A, 843–7). Die vorherrschende weibliche Subjektposition ist nach wie vor die der Mutter, andere Subjektpositionen existieren, sind aber laut Frau A. nicht gleichermaßen anerkannt. Der Unterschied besteht darin, so erklärt sie später, dass auch alle Lebensentwürfe ohne Kinder an dem der Mutter gemessen werden, während dies umgekehrt nicht gilt. Ihre Wahrnehmung und (Um-)Deutung der diskursiv vorherrschenden geschlechtlichen Wissensvorräte und ihr Modell einer gerechten Gesellschaft, in der alle auf ihre Weise Sorge für die Gesellschaft übernehmen, bringt Frau A. selbst in den politischen Diskurs ein, indem sie sich ehrenamtlich in einer politischen Partei engagiert und dort ein höheres Amt übernimmt, was ihr eine mächtigere Sprecherposition verschafft. Bisher im politischen Diskurs eher marginale Positionen versucht Frau A. so zu stärken und aufzuwerten.

Jenseits der vorherrschenden weiblichen Subjektposition mangelt es nach wie vor an gesellschaftlichen Vorbildern. Es ist auffällig, dass es allen Befragten schwer fällt, solche denkbaren Vorbilder zu benennen (vgl. dazu auch Teil IV). Auch Frau A. kann auf Nachfrage zunächst kein konkretes Vorbild benennen. Sie entwickelt nur schwache Gegenbilder von positiver Weiblichkeit und weiblichen Lebensentwürfen jenseits gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen. Die Zuschreibung 'Frau = Mutter' im gesellschaftlichen Wissensvorrat wird damit nicht außer Kraft gesetzt, aber ihr werden andere, immer noch weit weniger starke, weibliche Subjektpositionen zur Seite gestellt. Dies ist selbst im alternativen politischen Submilieu der Fall, wo traditionelle Familienmodelle zumindest bei Männern vorherrschen. Diese 'neuen' weiblichen Subjektpositionen bleiben damit marginal. Sie formuliert keine konkreten Gegenwelten, in denen die Vorherrschaft von traditionellen Kleinfamilien aufgebrochen wird.

1.7 Zusammenfassung Frau A.

Frau A. lebt in einer stabilen Partnerschaft ohne Kinder. Ihr Lebensentwurf zeichnet sich durch Stabilität und Eindeutigkeit aus, insofern für sie sowohl biologische als auch soziale Mutterschaft nie eine Option dargestellt hat. Frau A. ist in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis wiederholt nicht nur indirekt, d.h. dadurch, dass

ihr Lebensentwurf ohne Kinder dort eine Ausnahme darstellt, sondern auch durch direkte Nachfragen mit Anrufungen zur Mutterschaft konfrontiert. Nach einem Konflikt mit einem Freund vertritt sie ihren Lebensentwurf in diesem Kontext nicht mehr offen, sondern reagiert ausweichend. Auch durch ihre Eltern und Geschwister wird ihr Lebensentwurf ohne Kinder regelmäßig in Frage gestellt und eine Angleichung an die im familiären Kontext dominante „klassische" Lebensform eingefordert. Hier reagiert Frau A., indem sie ausweicht und Distanz zur Familie wahrt. Anders sieht es in ihrer Partnerschaft aus, da ihr Partner wie sie selbst keine Kinder bekommen möchte. Diese Übereinstimmung wird in regelmäßigen Gesprächen über das Kinderthema immer wieder bestätigt. Ihre primäre Sozialisation in der Herkunftsfamilie betreffend, thematisiert Frau A. widersprüchliche Anforderungen durch ihre Erziehung: Einerseits handelt es sich um eine 'moderne' Erziehung, die Bildung und Ausbildung auch für Mädchen als notwendig erachtet, anderseits werden traditionelle Erziehungsbotschaften, wie die Zentralität von Ehe und gutem Aussehen für Mädchen, transportiert. Ihre Eltern haben für sie keine Vorbildfunktion. Sie hätte sich im Nachhinein eine „ganz andere Mutter" (A, 295) gewünscht. Auch der Vater besitzt höchstens in Bezug auf seine Berufsvorstellungen Vorbildcharakter, während er sich, wie für Männer dieser Generation typisch, aus der Kindererziehung vollständig zurückzieht und kein enges emotionales Verhältnis zu seinen Kindern hat.

Auch im beruflichen Umfeld thematisiert Frau A. 'Rufe' nach Mutterschaft, z.B. in Form von Nachfragen in internen Bewerbungsgesprächen oder auch indirekt dadurch, dass die Mehrheit in der Verwaltung der vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie entspricht. Diese Anrufungen werden tendenziell verstärkt durch die Tatsache, dass sich Frau A. stark mit ihrem Beruf identifiziert. Abgeschwächt werden sie dadurch, dass Frau A. erst seit einigen Jahren in der Verwaltung tätig ist und auf Erfahrungen sowohl in anderen Bildungs-, als auch in anderen Berufskontexten zurückgreifen kann. Zudem ist sie offen für einen beruflichen Wechsel und in einer höheren Position tätig als die anderen Befragten und damit vermehrt auch mit der zweiten weiblichen Subjektposition der „Karrierefrau" konfrontiert. Trotz dieser Abschwächung wird die Wirkmächtigkeit der weiblichen Normalitätsfolie im beruflichen Kontext nicht zuletzt an Frau A.s Umgang mit den institutionellen Anrufungen deutlich: Sie weicht aus und vertritt nicht offen, dass sie nie Kinder bekommen wollte, sondern passt sich vordergründig an, indem sie eine retrospektive Umdeutung vornimmt, die ihre Entscheidung gegen Kinder als weniger eindeutig darstellt und als eine Folge ihres Lebensalters ausweist.

Im selbst gewählten politischen Ehrenamt von Frau A. lebt die Mehrheit der 'aktiven' Frauen ohne Kinder und auch ihre Mentorin hat keine Kinder, während der traditionelle Lebensentwurf unter den 'aktiven' Männern nach wie vor vorherrscht, so dass davon indirekte Erwartungen ausgehen können. Im diesem Umfeld setzt sich

Frau A. intensiv mit Gegenwissen auseinander. Sie macht deutlich, dass sie um die gesellschaftspolitischen Anrufungen zur Mutterschaft weiß und deutet die vorherrschenden Zuschreibungen um. Sie entwickelt ihr eigenes Bild einer gerechten Gesellschaft, welches als gesellschaftliche Sorge bezeichnet werden kann. Alle Mitglieder einer Gesellschaft sollen sich danach aktiv am Erhalt bzw. der Reproduktion der Gesellschaft beteiligen. Eigene Kinder zu bekommen und zu erziehen ist dabei eine Möglichkeit unter vielen. Andere Optionen sind zum Beispiel aktives ehrenamtliches Engagement, wie das von Frau A., oder die Pflege von Angehörigen. Festgehalten werden kann, dass sich Frau A. in diesem Feld nicht wie in den anderen Feldern entzieht, sondern ihren Lebensentwurf ohne Kinder politisiert und ihre Position gemeinsam mit Anderen aktiv in den gesellschaftspolitischen Diskurs einbringt, indem sie eine ehrenamtliche Position in einer politischen Partei bekleidet.

Die Thematisierungsweise, aber vor allem der zumeist ausweichende Umgang von Frau A. mit den Anrufungen zur Mutterschaft verdeutlicht ihre Sorge um die Legitimität ihres ent-traditionalisierten weiblichen Lebensentwurfs. Ihre Aussage: „Es ruft nichts nach mir" verwundert insofern, als sie sowohl im persönlichen, institutionellen Umfeld als auch im gesellschaftlichen Diskurs Anrufungen zur Mutterschaft beschreibt. Frau A. hört also sehr wohl Rufe nach Mutterschaft, aber es gelingt ihr, sich von den Anrufungen zu distanzieren und diese nicht zu verinnerlichen, so dass sie in ihr nicht widerhallen. Mit der Ergänzung: *in mir* ruft nichts nach mir, wird der Satz von Frau A. verständlich. Trotzdem wird deutlich, dass sie sich den Anrufungen zur Mutterschaft nicht komplett entziehen kann, sondern sich regelmäßig in verschiedenen Lebenskontexten damit auseinandersetzen muss. Diese Auseinandersetzung gestaltet sich teilweise als schwierig für Frau A., wie z.B. anhand des geschilderten Konflikts mit einem Freund deutlich wird. Nur in ihrer Partnerschaft und in ihrer ehrenamtlichen Arbeit vertritt sie ihren Lebensentwurf offen. Hier entwirft sie ein alternatives Anerkennungskonzept der gesellschaftlichen Sorge und bringt dieses selbst in den politischen Diskurs ein.

2. Falldarstellung II – Frau B.: 'Berufliche Sorge um Kinder'

2.1 Kurzportrait

Frau B. ist zum Zeitpunkt des Zweitinterviews 43 Jahre alt. Ihr Vater ist Ingenieur und ihre Mutter ist mehrheitlich nicht erwerbstätig. Sie hat einen älteren Bruder, der zwei Kinder hat, die bei ihren jeweiligen Müttern leben, von denen er getrennt ist. Ihre jüngere Schwester hat keine Kinder. Frau B. hat nach dem Abitur Pädagogik und Kunst studiert. Anschließend gelangte sie über eine Maßnahme des Arbeitsamtes in den Kulturbereich der Verwaltung. Seitdem ist sie durchgängig bei der Verwaltung

tätig, derzeit im Kinder- und Jugendarbeit. Frau B. wohnt alleine und lebt sowohl zum Zeitpunkt des Erst- als auch des Zweitinterviews in keiner Partnerschaft. Ihre längste Partnerschaft mit einer Frau dauerte circa zehn Jahre. Zwischen den beiden Interviews hatte sie eine kurze Beziehung mit einem Mann. Frau B. ist in ihrer Freizeit sehr aktiv. Sie hat einen großen Freundes- und Bekanntenkreis. Außerdem betreibt sie mehrmals pro Woche Sport in zwei Sportvereinen und ist zudem ehrenamtlich für einen der Sportvereine und für eine Kultureinrichtung tätig. Das Interview findet an ihrem Arbeitsplatz statt.

2.2 Lebensentwurf ohne eigene Kinder: „Der Leidensdruck war nie so groß"

Im ersten Interview mit Frau B. taucht das Thema 'Lebensentwurf ohne eigene Kinder' nur ein einziges Mal auf und zwar im Zusammenhang mit der Frage: Welche Bedeutung hat denn Familie und Partnerschaft in Ihrem Leben?: „Also ich bin kein Workaholic und für mich bedeutet das Privatleben sehr viel. Ich hab aber keine Kinder. Und habe derzeit auch keinen festen Partner. Also aber das ist für mich auf jeden Fall viel wichtiger als die Arbeit, also das Privatleben. Das – die Arbeit kommt immer erst an zweiter Stelle" (B I1, 500–6). Frau B. wehrt sich mit der Hervorhebung der Bedeutung ihres Privatlebens und mit ihrer Abgrenzung von einer ausschließlichen Karriereorientierung gegen die Zuschreibung, nur Menschen mit Kindern sei Privatleben wichtig. Diese Lesart wird durch das „aber" im Zusammenhang mit ihrem Lebensentwurf ohne Kinder gestärkt. Sie scheint sich erklären zu wollen, weil sie der weiblichen Normalitätsfolie nicht entspricht. Keinesfalls möchte sie allein über ihre Arbeit definiert werden und benennt später konkret die starke Bedeutung ihrer Hobbys und Freundschaften, auf die später noch näher eingegangen wird.

Erst im zweiten Interview wird die 'Kinderfrage' konkret angesprochen, dort im Zusammenhang mit einer langjährigen Beziehung, die Frau B. in der Vergangenheit mit einer Frau führte. Im ersten Interview, das im Zuge einer Forschungskooperation mit der Verwaltung geführt wird und in einem Raum im Rathaus stattfindet, 'outet' sie sich nicht, sondern spricht geschlechtsneutral von ihrer langjährigen Partnerschaft. Im zweiten Interview, das an ihrem Arbeitsplatz stattfindet, sagt sie über sich selbst, sie sei bisexuell. Frau B. lebt zu beiden Interviewzeitpunkten (im Abstand von circa 1,5 Jahren) in keiner Partnerschaft. In der Dazwischen war sie einige Monate mit einem Mann zusammen; in dieser Beziehung wurde über potentielle eigene Kinder gesprochen, worauf im Folgenden noch eingegangen wird. Auch in der fast zehnjährigen Beziehung mit der benannten Frau wurden eigene Kinder thematisiert.

> „So mit 33 (...) mit S. [Freundin von Frau B.] war das schon nen Thema. Auf jeden Fall, wenn man so lange zusammen ist. Als wir so vier, fünf Jahre zusammen waren, haben wir schon darüber geredet: Wollen wir Kinder haben? Wir konnten uns aber nicht entscheiden, wer die Kinder haben soll (lacht), kriegen soll. Weil das ja auch Schwangerschaft bedeutet, länger aus dem Beruf zu sein, oder aus dem Studium, S. hat damals noch studiert. Und irgendwann war dann der Zug abgefahren. Das wir dann das zu lange hinausgezögert haben mit der Entscheidung (lacht)" (B, 583–90).

Das Thema 'eigene Kinder' wird hier in Partnerschaft zum Alter von Frau B. und zur Länge der Beziehung gesetzt. Das Zeitfenster 'mit über 30 Jahren' entspricht dem, was von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung als passend für Elternschaft empfunden wird (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2004, 14). Nach einigen Jahren ist es auch in einer Beziehung mit einer Frau für Frau B. selbstverständlich, über Kinderwünsche zu sprechen. Dabei scheint es so, als ginge es weniger darum, ob sie beide überhaupt Kinder haben wollen, sondern darum, welche der beiden Frauen das Kind bekommen soll. Wie stark der Wunsch nach einem Kind bei beiden Frauen tatsächlich war, bleibt hier zunächst undeutlich. Ob eine Elternschaft in Frage kommt, wird vor dem Hintergrund des gesellschaftlich dominanten Drei-Phasenmodells diskutiert (vgl. Teil II und Teil III). Eine Schwangerschaft während der Ausbildung/des Studiums kommt dementsprechend nicht in Frage. Auch eine berufliche Auszeit wird von Frau B. nicht in Erwägung gezogen. Frau B. erläutert an späterer Stelle, dass ihre Freundin vor einer möglichen Schwangerschaft erst das Studium beenden und anschließend ihr Referendariat absolvieren will. Doch die beiden trennen sich, bevor die Freundin ihre Ausbildung abschließt. Frau B. plädiert hier entsprechend der gesellschaftlich konstruierten Anforderung für eine rational geplante Elternschaft. Eine Entscheidung für Kinder wird verschoben, da die Bedingungen noch nicht ideal erscheinen. Dies deutet auf einen nicht sehr stark ausgeprägten 'Kinderwunsch' hin.[10] Dies bestätigt sich an einer anderen Passage des Interviews, in der deutlich wird, dass keine der beiden Frauen schwanger werden wollte.

> „Wir wollten beide nicht, ich fand das immer ganz unheimlich. Ich meine, wenn, wenn man ne Heterobeziehung hat, ist das ja nicht die Frage. Da ist man dann halt, gibt's ja nur (lacht) eine. Aber wenn man dann entscheiden darf, dann ist es echt blöd. Dann kann man sich wirklich/dann hat man das Problem, wer macht das, nimmt das auf sich. Ich mein so ne Schwangerschaft ist ja auch nicht ohne. Ich mein, okay, wenn man den großen Wunsch hat (B, 807–15).

Eine Schwangerschaft ist für Frau B. deutlich negativ belegt. Der Ausdruck „unheimlich" spielt auf das Unkontrollierbare des Körpers an, weist aber möglicherweise auch aus der realen Alltagswelt hinaus. „Unheimlich" sind im Alltagsdenken z.B. Geister, da diese unberechenbar erscheinen. Eine weitere Lesart wäre, dass eine

10 „Je schwächer der Kinderwunsch ausgeprägt ist, desto ausgeprägter ist die Neigung, Kinderwünsche unter dem Aspekt zu durchdenken, wieweit sie mit den übrigen Lebenszielen und der ganzen Lebenssituation kompatibel sind" (Institut für Demoskopie Allensbach 2004, 20). Gleichzeitig wird gesellschaftlich natürlich sehr wohl die Anforderung an eine rationale Familienplanung konstruiert.

Schwangerschaft in einer homosexuellen Beziehung „unheimlich" ist, weil sie in den gesellschaftlichen Wissensbeständen eine Leerstelle darstellt. Eine Schwangerschaft bedeutet für Frau B., ein Opfer zu bringen, die eigenen Bedürfnisse zurückzustellen etc. Um eine Schwangerschaft 'auf sich zu nehmen' bedarf es nicht nur eines latenten, sondern eines großen 'Kinderwunsches', und den haben beide Partnerinnen zu dieser Zeit nicht.

Dass ihr Bedürfnis, Kinder zu bekommen, nicht so groß ist, bestätigt sich an anderer Stelle: „Wahrscheinlich wars bei mir auch, der Leidensdruck nie so groß, und bei denen, die ich kenne, auch nicht. Also dass man unbedingt Familie haben will mit Kindern" (B, 854–6). Ihre Formulierung deutet darauf hin, dass Frau B. sehr wohl darunter gelitten hat, keine eigenen Kinder zu haben, aber, so die Logik hier, der Druck des Leidens nicht so stark war, dass sie unbedingt etwas an ihrem Zustand ändern wollte. Auch hier werden Schwangerschaft und Kinder kriegen als negativ dargestellt, als etwas, das man erst, wenn man sehr unter der 'Kinderlosigkeit' leidet, auf sich nimmt. Frau B. verdeutlicht, dass es anderen in ihrem Umfeld ähnlich erging. Anders als Frau A., die als einzige keine 'Rufe' zu vernehmen scheint, kollektiviert Frau B. ihre Situation und ihre Gefühle zur Situation.

Inwiefern der Leidensdruck auch damit in Verbindung gebracht werden kann, dass Kinder in der homosexuellen Paarkonstellation eine Seltenheit darstellen[11], kann an dem folgenden Interviewausschnitt zum Unterschied zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren analysiert werden:

> „Es passiert ja in ner homosexuellen [Beziehung, LC] (...) auch nicht einfach nur so mal durch Zufall, sondern es ist ja so ne Scheiß-Planung. Das ist ja schon alleine furchtbar. Aber, wenn man dann zusammenlebt und dann sagt, okay, jetzt verwenden wir keine Kondome mehr, verzichten auf alles und wenns kommt, dann kommts, ist das irgendwie anders. So nen bisschen, ja das ist so ein schleichender Prozess und dann setzt man sich dem aus und irgendwann steht man vor vollendeten Tatsachen. Und dann nimmt man das auch so hin und dann wächst man da auch so rein in diese Aufgaben. Aber es ist eben anders, wenn man alles so im Kopf entscheidet. Also das ist, finde ich auch schwieriger, als homosexuelles Paar, dass man dann eben solche Sachen im Kopf entscheiden muss" (B, 815–26).

Bei gleichgeschlechtlichen Paaren ist der Zufall/'Unfall' ausgeschlossen, der ja trotz der Existenz sicherer Verhütungsmittel bei gegengeschlechtlichen Paaren immer noch eine zentrale Bedeutung hat. Es bedarf hier der Planung, die Frau B. als belastend empfindet, denn es stellen sich viele Fragen: Wer soll der Vater sein, sollte er offiziell die Vaterschaft übernehmen, welche der Frauen soll schwanger werden, mit welcher Methode soll es passieren? So waren auch Frau B. und ihre Freundin damals „am hin

11 In Deutschland existieren laut Mikrozensus rund 56 bis 160 Tausend gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Im März 2004 wuchsen bei jedem achten gleichgeschlechtlichen Paar Kinder auf (Statistisches Bundesamt 2006, 23–4).

und herüberlegen. Dann ham wir nen schwules Pärchen kennen gelernt und dann ham wir uns auch überlegt, ob wir's mit dem schwulen Pärchen zusammen machen (lacht)" (B, 622–4). Bei heterosexuellen Paaren spricht sie von einem „schleichenden Prozess". Es scheint weniger um den langsamen Prozess zu gehen, als darum, dass es möglich ist, durch kleine Veränderungen im Handeln (wie 'einfach mal nicht verhüten') den Prozess in Gang zu setzen. Kinder zu kriegen in heterosexuellen Beziehungen wird von ihr naturalisiert, als würde es einfach passieren. Als sie selbst mit einem Mann zusammen ist, stellt sich die Situation für sie jedoch anders dar.

Erst in der Zeit zwischen beiden Interviews, in ihrer letzten Beziehung mit einem Mann, die einige Monate andauert, entscheidet sie sich mit Anfang 40 endgültig, kein leibliches Kind zu bekommen. „Mit (...) meinem Ex-Mann war es wieder nen Thema. Weil er gesagt hat, er wünscht sich Kinder, da hab ich gesagt, na ich bin 40 ne, oder 41 war ich, wie stellst du dir das vor? Und ja, das war schon für mich nen Problem zu merken, dass ich eigentlich ihm diesen Wunsch nicht erfüllen kann" (B, 593–6). Dass sie ihrem Partner seinen Wunsch nach einem gemeinsamen Kind nicht erfüllen kann, klingt zunächst so, als ob es medizinisch nicht mehr möglich ist. Dies trifft, wie sich an anderer Stelle zeigt, nicht zu: „Ich (...) war noch mal beim Arzt und so, wir haben da so drüber gesprochen und der meinte: Ja, das geht schon, kann man schon machen, wenn man das wirklich will. Und da hab ich dann für mich das auch abgeschlossen, hab gedacht: Nee das will ich nicht" (B, 647–51). Sie kann ihrem Partner den Wunsch nicht erfüllen, weil sie in der Auseinandersetzung mit dem Thema feststellt, dass sie keine eigenen Kinder haben möchte. Das „wenn man das wirklich will" bestätigt erneut die Lesart, dass Frau B. der Meinung ist, der 'Kinderwunsch' dürfte nicht einfach nur latent da sein, sondern es bedürfe eines starken 'Kinderwunsches'. Auch über die Motive des 'Kinderwunsches' ihres Partners macht sie sich Gedanken:

> „Er hatte halt auch nen größeres Problem mit seinen Eltern, dass die eigentlich von ihm erwarten, dass da jetzt was passiert, Karriere oder sonst was. Also das war immer noch nicht abzusehen, dass er irgendwann mal nen wirklich guten Job hat. Also und dann vielleicht eher hoffte über ne Familie, ihnen zu zeigen, dass er eben doch zu was fähig ist, ne Familie begründen, Kinder zu haben" (B, 604–9).

Dem früheren Freund wird zugeschrieben, eigene Kinder nur deshalb zu wünschen, weil er selbst beruflich nicht erfolgreich ist, damit seine Eltern dennoch stolz auf ihn sind. 'Kinder kriegen' wird hier als prestigeträchtige Leistung definiert, als Beweis dafür, dass man einen konventionellen Lebensentwurf erfüllt hat. Das Kinder kriegen bedarf für Frau B. einer Begründung.

Auf die Frage: Und bist du denn traurig darüber, dass du keine eigenen Kinder haben wirst?, antwortet Frau B:

> „Ja, manchmal schon. Also das Thema ist jetzt einfach durch, das weiß ich jetzt und manchmal denke ich schon, es ist schade, dass da nichts ist. Also so. Aber ist jetzt nicht

so, dass mich das wirklich belastet. Das ist eher so, okay, es ist sone Sache, da habe ich irgendwann ne Entscheidung getroffen und (...) das ist ne ganz schön wichtige Entscheidung auch gewesen, dass ich da eben keine Kinder haben werde. Aber ich erleb ja auch Heteropärchen, die sich auch dagegen entschieden haben und auch ganz bewusst. Und es ist dann einfach so, dass man andere Schwerpunkte hat. Ich mach halt ganz viel andere Sachen, die wichtig sind, finde ich und wo Heterofamilien dann nicht so die Zeit für haben" (B, 633–42).

Mit ihrer Frage reproduziert die Interviewerin gesellschaftliche Wissensbestände, denen entsprechend Frauen, die keine eigenen Kinder bekommen, darüber traurig sind bzw. sein sollten (vgl. Teil III). Frau B. wehrt zunächst diese Vorstellung nicht komplett ab, sondern relativiert sie, indem sie zwei Mal „manchmal" einfügt. Sie wird nachfolgend noch konkreter, indem sie äußert, dass es für sie nicht belastend ist, keine eigenen Kinder zu haben. Auch hier wendet sie sich gegen ein gesellschaftliches Vorurteil, das Frauen ohne Kinder nicht nur Trauer, sondern Leiden unterstellt. Kinder zu bekommen bzw. nicht zu bekommen ist für Frau B., anders als für ihre Mutter, worauf ich später noch eingehen werde, nichts Schicksalhaftes, sondern eine rationale Entscheidung. Eine Entscheidung, mit der sie nicht alleine ist und die sich nicht allein auf ihre sexuelle Orientierung zurückführen lässt, da sich auch heterosexuelle Paare gegen Kinder entscheiden. Kinder zu haben ist ein möglicher Schwerpunkt im Leben, sie selbst hat einen anderen gewählt und macht deutlich, dass auch sie „wichtige" Sachen macht, und ihrem Leben damit gleichermaßen einen Sinn gibt, und dass auch Eltern verzichten müssen, da sie für andere Dinge keine Zeit haben.

Familienvorstellungen: Erweiterung der traditionellen Kleinfamilie, aber auf keinen Fall alleinerziehend

Kinder zu bekommen ist für Frau B. eng mit einer Partnerschaft verbunden, sie hat sich nie vorgestellt, alleinerziehend zu sein.[12] Damit reicht es für sie als Motivation nicht aus, sich selbst Kinder zu wünschen, sondern es bedarf dazu einer stabilen Partnerschaft:

„Wenn dann möchte ich es mit nem Partner teilen, so ne Familie. Und wenn das nicht ist, und später kommt noch mal was, dann kann ich immer noch, kann man dann Kinder dazuholen, die Hilfe brauchen, die ne Familie brauchen. Es gibt genügend Kinder, die sich das wünschen, ne Familie. Da muss man nicht unbedingt eigene Kinder haben. Also das war dann für mich echt durch" (B, 653–69).

Hier fällt auf, dass Frau B. nicht zwischen biologischer Mutterschaft und sozialer Mutterschaft differenziert. Eine Fixierung auf eigene leibliche Kinder lehnt sie ab. Dies kann unterschiedlich gedeutet werden, zum einen in dem Sinne: 'Ich bin nicht so egoistisch, ich muss keine eigenen Kinder haben'. Dies ist dann eine Umkehrung der gesellschaftlichen Konstruktion: statt Personen ohne Kinder[13] erscheinen hier die Eltern egoistisch. Eine alternative Lesart wäre: 'Mein Leidensdruck ist nicht so groß, deshalb muss ich keine eigenen Kinder haben'. Für Frau B. sind verschiedene Formen sozialer Mutterschaft vorstellbar, beispielsweise, andere Kinder 'dazuzuholen', die eine Familie brauchen. Ob sie hier an Pflegekinder oder an Adoptivkinder denkt, führt sie nicht aus. Außerdem kann sie sich auch vorstellen, mit den Kindern eines/einer zukünftigen Partners/Partnerin zu leben (vgl. B, 590–2). Sie zeigt hier, dass sie alternative Lebensentwürfe wie z.B. 'Patchwork-Familien' für sich nicht ausschließt. Allerdings ist das Zusammenleben mit Kindern für sie immer an eine feste Paarkonstellation gebunden, ob in einer gleich- oder gegengeschlechtlichen Beziehung, spielt dabei für sie keine Rolle. Wichtig ist, dass ein Kind zwei feste Bezugspersonen hat.

2.3 Reaktion auf Anrufungen in der Verwaltung: Keine „typische" Verwaltungsangestellte

Frau B. studiert nach dem Abitur Pädagogik und Kunst und sammelt dementsprechend Erfahrungen in einem anderen Bildungskontext als der Verwaltung bzw. Verwaltungshochschule. Nach dem Studienabschluss kommt sie über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in die Verwaltung und ist dort seitdem ohne Unterbrechungen tätig. Dadurch ist sie seit fast zwei Jahrzehnten mit den verwaltungsspezifischen Wissensvorräten konfrontiert. Inhaltlich ist sie in der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Obwohl sie ihre gesamte Berufstätigkeit in der Verwaltung beschäftigt ist, grenzt sich Frau B. im ersten Interview immer wieder von der 'typischen Verwaltungsangestellten' ab, sowohl in Bezug auf die Arbeitsbedingungen als auch auf die Arbeitsinhalte. Erstens erklärt sie, ihre Arbeitszeiten unterschieden sich stark von denen typischer Verwaltungsbeschäftigter. Denn Frau B. ist an keine geregelten Arbeitszeiten gebunden, sondern sie arbeitet regelmäßig am Wochenende und abends (B I1, 177–9). Zudem macht Frau B. sehr viele Überstunden, die sie 'abbummeln' kann, manchmal, indem sie längere Urlaube nimmt (B I1, 183–91). Zweitens betont

12 Damit entspricht ihre Vorstellung der großen Mehrheit, die eine stabile Beziehung als Voraussetzung benennen, die erfüllt sein sollte, bevor man Kinder bekommt (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2004, 23–4). Nachfolgend noch zwei Belegstellen aus dem Interview: „Die alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, die Mama beschützend für sie da, das ist halt auch nicht mein Lebensbild" (B, 979–80). Frau B. grenzt sich durch ihre ironische Darstellung der beschützenden alleinerziehenden Mutter von diesem Lebensentwurf ab. An einer anderen Stelle des Interviews sagt sie: „Ich hab dann einfach so für mich gedacht, wenn ich es wirklich will und ich hab nen Partner, ich will jetzt auf keinen Fall alleinerziehend, das ist überhaupt kein Thema für mich" (B, 653–5).

13 Dieser Egoismusvorwurf an Menschen ohne Kinder wird zum Beispiel auch in der Allensbach-Studie benannt (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2004, 32).

Frau B. nicht nur in Bezug auf ihren Umgang mit Überstunden, sondern auch in anderen Bereichen ihren großen Gestaltungsspielraum.[14] Drittens grenzt sie sich inhaltlich vom Tätigkeitsbereich vieler Verwaltungsbeschäftigter ab.[15] Frau B. konstruiert ihre Berufstätigkeit nicht als typische Verwaltungsangestellte, sondern als eine Art „Arbeitskraftunternehmer" (Pongratz/Voß 1998).[16]

Frau B. identifiziert sich stark mit ihren Arbeitsinhalten und deshalb empfindet sie, wie sie erklärt, einen fließenden Übergang von Hobby und Arbeit: „Aber es ist halt auch so, dadurch, dass meine Hobbys auch viel äh mit dem – mit meiner Arbeit zu tun haben, weil ich das gerne mache, versetzt sich das oder be- verschränkt sich das so ineinander" (B I1, 506–10). Frau B. pflegt auch verschiedene Freundschaften mit KollegInnen, die sie allerdings gleichermaßen als 'nicht-typische' Verwaltungsangestellte beschreibt. Denn auch in Bezug auf Wertvorstellungen und Lebensumstände macht sie deutlich, dass die 'typische Verwaltungsangestellte' (sie nennt hier das Stereotyp einer netten, biederen Frau mit drei Kindern) wenig mit ihr zu tun habe.[17] Die 'typischen Verwaltungsangestellten' sind für sie, wie für Bürger außerhalb des Verwaltungs-Kontextes, nur ein Gegenüber, keine KollegInnen. Sie grenzt sich hier deutlich von der weiblichen Normalitätsfolie in der Verwaltung ab. Ihr Bedürfnis nach starker Abgrenzung belegt die Wirkmächtigkeit der institutionellen Wissensvorräte.

Arbeit mit Kindern

Frau B. arbeitet beruflich mit Kindern, mit denen sie vor allem künstlerische Projekte durchführt. Sie erzählt, dass ihr Lebensentwurf ohne Kinder teilweise im beruflichen Kontext zum Thema wird: „Doch natürlich ist das schon auch mal nen Thema, weil, vor allen Dingen weil man, weil viele ja auch glauben, man kann nur Pädagogik machen, wenn man eigene Kinder hat" (B, 676–8). Die eigene Erfahrung der biologischen Mutterschaft, so glauben immer noch viele, erzählt Frau B., ist eine notwendige Voraussetzung dafür, beruflich mit Kindern zu arbeiten. Frau B. wird

14 „Es ist schon so, dass ich sehr viele Freiheiten habe. Viel Verantwortung selbst trage" (B I1, 211–2).

15 „Ich machs halt, weil mir der Job Spaß macht. (...)Man kann halt eigentlich nur mehr verdienen, wenn man mehr Führungsaufgaben übernimmt, also wenn man – wenn ich immer weniger inhaltlich arbeiten würde. Oder Verwaltungstätigkeiten ausüben würde. Und das ist aber nicht (...) das, was ich gerne mache" (B I1, 312–26).

16 Arbeitskraftunternehmer zeichnen sich nach Voß und Pongratz vor allem durch verstärkte Selbstkontrolle über die Arbeit, z.B. über die Arbeitszeit, den Arbeitsraum und die Arbeitsinhalte aus (vgl. Voß/Pongratz 1998, 140f.).

17 „Also es ist halt häufig nen Gegenüber in der Verwaltung. Aber es ist überhaupt nicht mein/entspricht überhaupt nicht meinem Lebensumfeld, mit denen ich befreundet bin, wo ich so mich so aufhalte" (B, 868–73).

hier mit traditionellen Anrufungen konfrontiert, die sich allerdings verändern, wenn ihr Umfeld von ihrer Homosexualität Kenntnis erhält: „Aber ich mein natürlich aus dem engeren, die wissen auch, dass ich auch homosexuelle Beziehungen habe und die fragen dann gar nicht. Das ist so, da wird auch eigentlich gar nicht drüber geredet, also höflich drüber weggeguckt (lacht)" (B, 727–31). Anders als Frau B., für die Kinder in homosexuellen Partnerschaften grundsätzlich genauso vorstellbar sind wie in heterosexuellen Partnerschaften, unterstellt das Umfeld, dass lesbische Frauen keinen so genannten 'Kinderwunsch' haben bzw. diesen nicht umsetzen werden. Ihre sexuelle Orientierung wird am Arbeitsplatz nicht nur nicht thematisiert, sondern sogar bewusst übersehen. Ihr Lachen weist darauf hin, dass sie diese – sicherlich auch schmerzvolle – Erfahrung nicht zu ernst nehmen möchte. Das gesellschaftlich Tabuisierte zeigt sich auch darin, dass nur ihr engeres Umfeld Bescheid weiß. Als lesbische Frau erhält sie keine Aufforderung zur Mutterschaft. Auf die Anrufungen, die aus dem entfernteren Umfeld erfolgen, reagiert Frau B., indem sie ihr Verhältnis zu Kindern deutlich von dem biologischer Mütter abgrenzt. Sie findet es sehr gut, dass sie „nicht das klassische Mutter-Kind-Verhältnis" (B, 686) zu Kindern hat. Wie ihr Verhältnis zu Kindern stattdessen konturiert ist, beschreibt sie ausführlich:

> „Also ich geh mit Kindern ganz anders um als Frauen, die Kinder haben, eigene, weil die ham immer gleich auch diese Fürsorgegeschichte im Kopf und ich muss für die Kinder da sein und [die, LC] sehen eher die Erziehung als erstes. Und ich (...) sprech auch ja eher nen bisschen erwachsener mit den Kindern, ich nehm die anders ernst. Und eben nicht so dieses Mutter-Kind-Verhältnis, so von oben runter. Dies ist so nen bisschen gleichberechtigter dadurch und das ist für die anderen, meine Kollegen häufig erst mal ganz verwirrend, wie ich, dass ich auch anders mit Kindern umgehe. Und dass ich überhaupt mit Kindern arbeite, dass mir das Spaß macht" (B, 681–9).

Ihre Deutung dieses Verhältnisses zeichnet sich dadurch aus, dass sie Kinder als eigene Wesen, in ihrem 'So-Sein' ansprechen möchte. Während eine Frau mit eigenen Kindern zu jedem Kind scheinbar ein Mutter-Kind-Verhältnis hat, das sich dadurch auszeichnet, dass die Mutter als Erwachsene für das Kind sorgt, für es da ist und es erzieht. Es gibt in diesem Verhältnis eine klare Hierarchie: Die Mutter weiß, was gut für das Kind ist. Interessant ist, dass in Frau B.s Konstruktion nicht alle Frauen von Natur aus Kinder mögen, sie beschützen und versorgen wollen, wie dies im herrschenden gesellschaftspolitischen Diskurs unterstellt wird, sondern dieses Verlangen erst durch die Erfahrung der biologischen Mutterschaft entsteht. Sie bindet Elternschaft nicht an die Rolle einer Person bzw. an die Frage, wie viel Verantwortung sie für ein Kind übernimmt. Frau B. hat diese Veränderung nicht durchlaufen und schließt daraus, dass sie deshalb freier ist und mit Kindern anders umgehen kann. Sie behandelt Kinder eher wie Erwachsene, ihr Verhältnis zu ihnen ist weniger hierarchisch. Ihre Kollegen reagieren auf ihre Umgangsweise mit den Kindern teilweise „verwirrt". Auch hier besondert sich Frau B., in diesem Fall in

Bezug auf ihre Arbeitsweise. Die 'Verwirrung' weist darauf hin, dass Frau B. sich Kindern gegenüber anders verhält als es üblich ist.

Warum sie gerne mit Kindern arbeitet, erklärt Frau B. so: „Ich hab eigentlich noch nen Draht zu meinem eigenen Kind, sozusagen. Meinem Kind in mir. Und mir machen auch noch viele Dinge Spaß, die Kindern Spaß machen" (B, 767–70). Sie scheint hier an psychologische Vorstellungen vom 'inneren Kind' anzuknüpfen. Unter dem 'inneren Kind' wird in diesem Zusammenhang der Zugang zu Gefühlen, Erinnerungen und Erfahrungen aus der Kindheit verstanden (Chopich/Paul 2001, 20f.). Aufgrund des guten Zugangs zu ihrem 'inneren Kind' kann sie sich in die Kinder „noch hineinversetzen" (B, 804). Andere Erwachsene haben laut Frau B. diesen Zugang verloren und können Kinder nicht mehr wirklich verstehen. Außerdem betont sie noch ein hedonistisches Element: Sie kann bei der Arbeit mit Kindern ihren eigenen Interessen nachgehen. Frau B. definiert die Rolle, die sie innehat, wenn sie mit Kindern spielt, anders als die Rolle einer biologischen Mutter (vgl. B, 777–84).

Frau B. geht sogar noch weiter in ihrer Einschätzung, es sei nicht nur anders, wenn sie als nicht biologische Mutter mit Kindern arbeitet, sondern teilweise sogar besser: „Und so weil ich da/einfach auch durch die Arbeit, die ich mache, man sieht das, das mach ich sichtbar, dass das funktioniert, und dass das äh sogar manchmal besser ist, wenn man keine Kinder hat. Also das beweisen halt die Ergebnisse hier im Haus" (B, 735–8). Sie dreht hier die an sie herangetragenen Zuschreibungen, dass Menschen ohne Kinder schlechter mit Kindern arbeiten können als Eltern, um. Dies ist nicht nur ihre 'private' Einschätzung, sondern als Beleg dafür führt sie die Leistungen der Einrichtung, in der sie arbeitet, an. Dies erscheint ungewöhnlich, da zum einen nicht davon auszugehen ist, dass alle Beschäftigten in ihrer Einrichtung keine eigenen Kinder haben und zum anderen, weil sie hier nicht zwischen der Rolle einer pädagogischen Einrichtung und der des Elternhauses differenziert. Sie macht sich damit zu einer Art 'beruflicher Mutter'. Für die Defizitzuschreibung der biologischen Mutterschaft knüpft sie implizit an historische Diskurse[18] an:

> „Ich bin nicht so überängstlich. Vielleicht sind die Mütter auch gar nicht überängstlich, aber es ist halt so, da gehen halt bestimmte Sachen im Kopf bei denen wahrscheinlich durch oder rum und dann ham sie Angst, dass da was passieren könnte. Und bei mir sind die Grenzen andere" (B, 771–5).

Biologische Mutterschaft verändert laut Frau B. etwas im Kopf der Mütter. Es entsteht eine besondere Form der Angst um bzw. Verantwortung für Kinder. Allerdings entsteht diese Angst für Frau B. erst durch die biologische Mutterschaft und ist

18 Schütze hat diese historischen Diskurse in ihrer Studie *Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe"* aufgearbeitet (vgl. Schütze 1986).

nicht wie in den Diskursen des späten 18. und 19. Jahrhunderts an die weiblichen Fortpflanzungsorgane geknüpft, wie z.B. bei Darwin oder Pestalozzi (vgl. Szewczyk 2000, 11; Schütze 1986, 30). Die Angst der Mutter um das Kind engt ihr Blickfeld ein, bzw. die Grenzen verschieben sich. Frau B. hingegen kann den Umgang mit Kindern als Abenteuer erleben (Risiken eingehen, mutig sein). Auch hier differenziert sie nicht zwischen ihrer Rolle als Pädagogin und der einer Mutter.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Frau B. in ihrer Schilderung ihres Umgangs mit Kindern nicht zwischen den unterschiedlichen Rollen und Aufträgen, die Beschäftigte mit pädagogischem Bildungsauftrag haben und der Rolle der Familie, die vor allem einen Versorgungs- und Erziehungsauftrag ausfüllt, differenziert. Das Konzept der beruflichen Sorge um Kinder von Frau B. ist auch für den Verlauf der Diskursgeschichte um Mutterschaft interessant, da es an die erste deutsche Frauenbewegung anknüpft. Mütterlichkeit wurde dort nicht nur als leibliche Mütterlichkeit verstanden, sondern Frauen ohne eigene Kinder konnten und sollten über ihre Erwerbsarbeit durch ihre geistige Mütterlichkeit, durch die „Verbindung von Kraft und Liebe, die das Wesen der Mütterlichkeit ausmachen" (Stoehr 1983, 227) zur „Vermenschlichung" (Bieler 1994, 61) der Gesellschaft beitragen. Der zentrale Gedanke damals war, die als natürlich gegeben verstandene „Mütterlichkeit der Frauen nicht auf die häusliche Sphäre zu beschränken, sondern durch eine vorwiegend soziale Arbeit der Gesellschaft zugute kommen zu lassen" (Szewczyk 2000, 11). Diese Konstruktion galt damals nur für ehelose Frauen, denen keine eigenen Kinder zugeschrieben wurden. Frau B. spricht im Zusammenhang mit ihrer Beruflichkeit nicht konkret von Mutterschaft, aber sie unterscheidet in ihrer Rollendefinition nicht zwischen ihrer Tätigkeit als Pädagogin und einer Elternschaft.

Die Arbeit von Frau B. mit Kindern kann auch im Zusammenhang mit ihren Überlegungen, ein eigenes Kind zu bekommen analysiert werden. Viele positive Seiten des Umgangs mit Kindern, die Eltern beschreiben, kann Frau B. über den alltäglichen beruflichen Umgang mit Kindern in ihrer Berufstätigkeit 'abdecken'.[19] In gewisser Hinsicht könnte man sagen, sorgt ihre 'berufliche' Sorge für Kinder dafür, dass sich Frau B. nicht als 'kinder-los' wahrnimmt. Vielleicht ist auch deshalb der von ihr beschriebene Leidensdruck nicht groß genug, um eigene Kinder zu bekommen.

19 So beschreiben Eltern in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie als positive Seiten der Elternschaft zum Beispiel „viel Freude", „viel lachen", „ein Leben voller Überraschungen" oder „die Welt mit neuen Augen sehen" (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, 86).

2.4 Kaum Anrufungen im nahen Umfeld

2.4.1 Partnerschaften

Auf Frau B.s Auseinandersetzung mit Elternschaft in ihren Partnerschaften wurde weiter oben schon ausführlich eingegangen. Frau B. erwähnt im Interview, dass sie gerne eine partnerschaftliche Beziehung hätte. Sie zeichnet als Ideal das Bild einer egalitären Paarbeziehung, in der beide Partner eigenständig und unabhängig bleiben (vgl. B, 552–70). Wichtig ist für sie insbesondere auch ein offener Umgang mit Sexualität. Sich über ihr Begehren und ihre Lebensvorstellungen klar zu werden, hat, wie Frau B. erläutert, lange gedauert (vgl. B, 508–14). Dies hat sicher auch damit zu tun, dass Homo- und Bisexualität nach wie vor jenseits der gesellschaftlichen Norm zu verorten sind. Frau B. hatte als lange Erwachsene lange Zeit keine Partnerschaften: „Und meine Mutter hat mir eigentlich eher die Schuld dafür gegeben, dass ich keine Beziehung leben kann. Weil ich zu eigenbrötlerisch bin, zu ehrgeizig, zu egoistisch. Also genau das, was sie eben eigentlich sich ja von sich selbst gewünscht hat" (B, 455–8). Die Anrufung ihrer Mutter, unabhängig zu sein (wie im noch folgenden Abschnitt zur Herkunftsfamilie herausgearbeitet werden wird), die Frau B. für sich angenommen und umgesetzt hat, wird ihr als Erwachsene von der Mutter zum Vorwurf gemacht. Sie selbst thematisiert hier die widersprüchlichen geschlechtsspezifischen Erwartungen ihrer Mutter, die einerseits möchte, dass sie ihr Leben an der männlichen Normalitätsfolie orientiert. Anderseits soll sie traditionellen weiblichen Geschlechternormen entsprechen, indem sie etwa ihre beruflichen Wünsche für eine Partnerschaft zurücksteckt.

2.4.2 Freundeskreis als Familie

Frau B. investiert in die Pflege von Freundschaften viel Zeit. Sie pflegt sowohl Einzelfreundschaften als auch Freundschaften über ihre Hobbys: Sport und Ehrenamt. Frau B. engagiert sich ehrenamtlich in einem gleichgeschlechtlichen Sportverein und in einem Kulturverein. Auch in diesen selbst gewählten Kontexten berichtet sie nicht von Anrufungen. Frau B. ist mit vielen Kolleginnen und Kollegen befreundet, so dass sich Arbeit und Freundschaften für sie stark vermischen.[20] Enge Freundschaften stellen für Frau B. die Alternative zu einer Familie dar. „Also ich hab äh keine Familie oder wenig Familie noch. Und von daher sind für mich Freunde eigentlich ja, Hauptbestandteil meines Lebens" (B, I1, 527–9). Freundschaften pflegt sie vor allem mit Menschen, die selbst auch keine Kinder haben. Dies begründet sie folgendermaßen:

20 Dabei sind, wie sich in der Soziometrie am Ende des ersten Interviews zeigt, Arbeit und Freundschaften eng miteinander verschränkt. Die Hälfte der zehn Freunde und Freundinnen, die sie im Soziogramm in den inneren und äußeren Kreis einträgt, sind gleichzeitig auch KollegInnen von ihr.

> „Und dann natürlich hat sich das, wirkt sich das auf meinen Freundeskreis ganz extrem aus, dass ich eigentlich wenig Beziehungen hab zu Familien. Weil die sich echt sehr, finde ich, immer wenn Freunde von mir, dann irgendwann Kinder kriegen, dann gehen die Beziehungen eigentlich mehr oder weniger werden immer distanzierter. Weil die einfach keine Zeit mehr haben. Das ist schon, dies verändert sich, die werden anders, auch die Eltern werden anders" (B, 690–6).

Freundschaften basieren für sie stark auf Ähnlichkeiten: ähnliche Lebensumstände, ähnliche Interessen, oder, wie gezeigt, ein ähnlicher Beruf. Dementsprechend verwundert es auch nicht, dass sie bezogen auf ihr enges Umfeld nicht von Anrufungen, Kinder zu kriegen, berichtet. Dies hängt sicher auch damit zusammen, dass der Freundeskreis ein stark „homosexueller Lebenskreis" ist (vgl. B, 516). Nach wie vor sind eigene Kinder in homosexuellen Partnerschaften eher die Ausnahme als die Regel, insbesondere bei Männern.

Auch in Bezug auf ihre Zukunftsvorstellungen wird die große Bedeutung, die Frau B. Freundschaften zuschreibt, deutlich (vgl. B, 1144–51[21]). Frau B. wünscht sich eine Paarbeziehung, die räumlich eingebunden ist in eine Hausgemeinschaft mit engen Freundschaften, so dass alle auch die im Alter sonst familiär organisierten Aufgaben und Funktionen des füreinander Sorgens übernehmen. Frau B. möchte sich so ihr eigenes 'Familiengefüge' jenseits von gesellschaftlichen Verwandtschafts- und Familienvorstellungen konstruieren. Dieser Wunsch ähnelt Forschungsergebnissen der Studie von Weston '*Families we choose. Lesbians, Gays, Kinship*', die zeigt, dass Schwule und Lesben sich ihre eigenen Familien kreieren, in denen Freundschaften oftmals eine große Rolle spielen (vgl. Weston 1991).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Freundschaften für Frau B. von großer Bedeutung sind und für sie eine Familie „ersetzen". Freundschaften pflegt sie mit Menschen, die einen ähnlichen Lebensentwurf haben. Dementsprechend verwundert es nicht, dass sie, anders als Frau A., kaum von Anrufungen aus dem persönlichen Umfeld berichtet. Dies hängt sicher auch damit zusammen, dass in ihrem homosexuellen Umfeld die Normalitätsfolie 'Frau = Mutter', zumindest für ihre und ältere Alterskohorten, teilweise außer Kraft gesetzt ist. Nur in der letzten Partnerschaft mit einem Mann war Frau B. mit seinem expliziten 'Kinderwunsch' konfrontiert und entschied sich dann aber gegen leibliche Kinder. In einer frühen längeren Partnerschaft war das Thema 'Kinder bekommen' von Bedeutung. Aber dafür müssen laut Frau B. verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein; so müssen die

21 „Also am schönsten wärs, ich hätte dann ne Zweierbeziehung in einem Haus mit mehreren Freunden zusammen, wo man/also das wünsch ich mir eigentlich fürs Alter, das man mit Freunden dichter zusammen lebt und dann so ne Art Familiengefüge hat. Sozusagen die alten Familien übernimmt und man sich gegenseitig unterstützt im Alter. Dass man füreinander da ist, zwar seinen separaten Bereich hat, aber trotzdem halt Freunde um sich rum hat" (B, 1144–51).

Kinder in die Lebensphase passen. Hier knüpft Frau B. an Vorstellungen des Drei-Phasenmodells des Lebensverlaufs an, in denen Bildung und Familiengründung als unvereinbar verstanden werden. Auch die körperlichen Veränderungen sprechen für sie gegen eine Schwangerschaft. Außerdem ist eine Elternschaft in einer homosexuellen Partnerschaft schwieriger, nicht, weil sie nach wie vor eine Abweichung darstellt, sondern, weil sie mehr rationale Planung erfordert.

2.5 Anrufungen gegen Mutterschaft in der Herkunftsfamilie

2.5.1 Sozialisatorische Anrufung der Mutter: „wenn's geht keine Kinder"

Auf die Eingangsfrage: Was war deine Mutter für eine Frau?, antwortet Frau B.:

> „Sehr dominant, würde ich mal so sagen. Ja, ne sehr dominante Frau, und viel stärker als mein Vater. Und hat mich sicherlich auch sehr stark beeinflusst, was den Ehrgeiz angeht. Ja, weil sie selbst, viele Dinge nicht machen konnte, und das sozusagen auf mich projiziert hatte. So diesen Wunsch aus dem Leben was Ordentliches zu machen. Also nicht eben keine Ausbildung zu haben und sie hat immer, das war schon, hat mich ziemlich früh schon verfolgt, dass sie mir immer eingebläut hat: Mach was aus deinem Leben, heirate bloß nicht (lacht dabei), wenn's geht keine Kinder, pass bloß auf (lacht dabei). Das war so, die Sachen die ich mitbekommen habe, erst mal an sich selbst zu denken und darauf zu gucken, dass man ne ordentliche Ausbildung hat, am besten Studium, wenn's geht und hinterher nen ordentlichen Job zu haben, der einem auch Spaß macht" (B, 23–38).

Frau B. beantwortet wie Frau A. die Eingangsfrage aus der Perspektive einer erwachsenen Tochter und beginnt, indem sie Dominanz als zentrale Charaktereigenschaft ihrer Mutter benennt. Dann vergleicht sie ihre Eltern und schreibt ihrer Mutter mehr Dominanz und damit im Folgenden auch mehr Einfluss auf sich selbst zu. Dieses Muster des besonderen familiären Machtgefüges, das Frau B. hier gleich im zweiten Satz entwickelt, zieht sich als ein zentrales Muster durch das ganze Interview. So schreibt Frau B. ihren Ehrgeiz ihrer Mutter zu (vgl. B, 139–41). Während die Mutter ihren Ehrgeiz nur im häuslichen Bereich ausleben konnte, fordert sie von ihrer Tochter, auch im öffentlichen Bereich zu bestehen. Die Mutter formuliert starke Botschaften an ihre Tochter, z.B. bezüglich der Berufswahl. Bestimmte Dinge, so deutet es Frau B., die ihre Mutter in ihrem Leben nicht tun konnte, werden auf sie, die älteste Tochter „projiziert". Dabei fällt auf, dass Frau B. über ihre Erziehung psychologisch reflektiert erzählt, was sicher im Zusammenhang ihres pädagogischen Studiums bzw. ihrer pädagogischen Tätigkeit zu sehen ist. Frau B. soll „was Ordentliches" (B, 31) tun. Etwas „Ordentliches" gehört zur Mittelstandsrhetorik und bedeutet so viel wie: nicht aus der Norm fallen, nichts Unkontrollierbares machen, sondern Leistung zeigen, um einen sozialen Aufstieg zu bewältigen. Diese Sätze ihrer Mutter haben sie von klein auf „verfolgt" und sie wurden ihr „eingebläut" (vgl. B, 33). Dies war kein einmaliger freundlicher Ratschlag, sondern die Vorstellungen von einem 'guten Leben' wurden über lange Zeit immer wiederholt. Die Imperativformen, in denen Frau B. die Aufforderungen ihrer Mutter darstellt, verstärken dieses Bild.

Als Negativfolie wird von Frau B.s Mutter die traditionelle Frauenrolle und damit auch ihr eigener Lebensverlauf dargestellt: keine Ausbildung haben und heiraten und damit materiell von einem Mann abhängig sein. Ein zentraler Satz ist im Zusammenhang mit Frau B.s Lebensentwurf ohne Kinder: „wenn's geht keine Kinder". Und das „pass bloß auf", also die eigene Sexualität kontrollieren und sich nicht 'schwängern lassen'. Das „wenn's geht" zeigt, dass die Entscheidung, Kinder zu kriegen oder keine Kinder zu kriegen, nicht nur von ihr abhängt: Entweder weil andere, z.B. ein Ehemann, vielleicht fordern könnten, dass sie Kinder kriegt, oder vielleicht, weil sie selbst sich Kinder wünscht. Auf Kinder zu verzichten wird hier als Leistung, als Zielstrebigkeit konstruiert. Kinder zu kriegen und zu erziehen werden hier abgewertet. Wohingegen eine eher traditionelle männliche Rolle als Positivfolie dargestellt wird: neben emotionaler Unabhängigkeit (keine Heirat, keine Kinder) wird materielle Unabhängigkeit (Ausbildung, Studium, ordentlicher Job) als Wert dargestellt. Einzig in der Äußerung „was auch Spaß macht" taucht noch ein hedonistisches Moment auf. Die Mutter fordert Frau B. explizit auf, nicht ihrem eigenen 'weiblichen Schicksal' zu folgen, sondern einem traditionell männlichen Rollenvorbild. Die Floskel: „erst mal an dich selbst zu denken" kann als Orientierung an der männliche Rolle verstanden werden oder auch als ein alternativer Weiblichkeitsentwurf, in dem, anders als in der traditionellen weiblichen Rolle, Selbstaufgabe nicht mehr als Vorbild präsentiert wird. Doch die traditionelle Semantik der 'Frauenpflichten' scheint hier, außer in dem kurzen Einschub, es sei ein wünschenswertes Ziel, 'Spaß an der Arbeit zu haben', durch 'Männerpflichten' (Arbeit, Ehrgeiz, Leistung rücken ins Zentrum des Lebens), ersetzt zu werden und nicht z.B. durch das Ideal einer gleichberechtigten Partnerschaft. In dieser neuen Pflichtsemantik scheint für die Mutter von Frau B. kein Bild von Mutterschaft zu existieren, das nicht mit einer Aufgabe von Autonomie und eigenen Wünschen verbunden wäre. Indem Frau B. die Wünsche ihrer Mutter ausführt (an sich selbst denkt, einen ordentlichen Beruf hat, keine Kinder bekommt), vollzieht sie eine Art intergenerationelle Reparatur, auf die auch im Fallvergleich (Teil V) noch näher eingegangen werden wird.

Die Mutter entstammt einem sehr armen Elternhaus und hat viele Geschwister. Sie darf keine Berufsausbildung absolvieren, sondern muss von ihrem 14. Lebensjahr an als Kindermädchen in reichen Familien arbeiten. Nachdem ihr ohne Ausbildung eine gewisse Unabhängigkeit verwehrt ist, bleibt ihr nur der Weg über eine Heirat. Ihre Partnerwahl ist keine reine Liebeswahl, sondern erfolgt, um darüber den sozialen Aufstieg zu schaffen.[22] Dieser Hintergrund plausibilisiert die Vorstellungen von

22 „Und das war der einzige Weg, um da rauszukommen, war halt eben dann mit 23 nen Ingenieur zu heiraten (lacht laut). Da hat sie sich halt, sie hat auch zu mir gesagt, sie hat schon geguckt nach jemandem, der auch ne gute Ausbildung hat" (B, 66–9).

einem ‘guten Leben’, die sie ihrer Tochter ‘einbläut’. Frau B.s Mutter ist nach der Geburt des ersten Kindes zunächst Hausfrau und arbeitet dann, als Frau B. schon das Gymnasium besucht, als Tagesmutter. Die berufliche Tätigkeit der Mutter findet im reproduktiven Bereich statt. Sie hat laut Frau B. nicht das Selbstbewusstsein (B, 84–5), als Erwachsene später noch eine andere Ausbildung im öffentlichen Sektor nachzuholen, sondern bleibt in dem Bereich, in dem sie bereits weitreichende Expertise erworben hat. Sie professionalisiert in ihrer Tätigkeit ihre Erfahrungen mit ihren eigenen Kindern.

‘Kinderwunsch’ der Mutter

Auf die Frage, ob ihre Mutter immer drei Kinder haben wollte, erzählt Frau B.:

> „Das erste Kind war wohl, mein Bruder, das war eher so ein Überraschungskind. Und dann hat sie gesagt, okay, dann noch ein zweites. Aber meine Schwester war eigentlich auch eher wieder das Überraschungskind. Das sollte eigentlich nicht mehr kommen. Und später hat sie es auch oft bereut. Sie meinte so: Ja, wenn ich keine Kinder gehabt hätte, hätte ich ja noch was aus meinem Leben machen können (lacht laut). Aber ich meine das sagt ja jede Mutter, glaube ich, auch mal, zu bestimmten Zeitpunkten“ (B, 374–80).

Geburten werden hier als etwas Unkontrollierbares und Schicksalhaftes dargestellt (vgl. auch „wenn’s geht keine Kinder“). Nur Frau B. selbst erscheint in dieser Erzählung als gewolltes Kind, denn bei ihr hat die Mutter gesagt, „okay, dann noch ein zweites“. Nur ein geplantes Kind ist hier ein gewolltes Kind. Das „bereuen“ scheint sich zunächst nur auf das dritte Kind zu beziehen, dann jedoch, wenn man den nachfolgenden Satz mit einbezieht, vielleicht auf das: überhaupt Kinder zu haben. Nur ohne Kinder hätte die Mutter, so lautet scheinbar die Wahrnehmung, die sie ihrer Tochter mitteilt, „was aus ihrem Leben machen können“. Frau B. entschärft das potentiell Schmerzhafte dieser Aussage für sich, indem sie einerseits lacht und anderseits die Normalität dieser Aussage herausstellt. Für die Mutter war damals im Rahmen des privaten wie auch des gesellschaftlichen Geschlechterarrangements klar, dass Kinder zu haben und ‘etwas aus sich zu machen’ sich für sie als Frau gegenseitig ausschließen. Auf die Nachfrage, ob sie die Reue der Mutter persönlich genommen hat, sagt sie: „Nee, weil ich hab schon auf der anderen Seite gemerkt, dass sie auch sehr viel in uns Kinder investiert hat. Sehr viel Zeit. Und eigentlich war sie auch immer stolz auf uns“ (B, 383–4). Eine ‘gute Mutter’ ist hier eine Mutter, die viel in ihre Kinder investiert, zum Beispiel viel Zeit.

Geschlechterspezifische Sozialisation: Verkehrte Welt

Bezüglich der Erziehungsvorstellungen ihrer Mutter erzählt Frau B.: Meine „Mutter wollte immer (…) ne moderne Erziehung, dass sie da voll dahinter steht und Kinder werden emanzipatorisch erzogen“ (B, 231–4). Anhand der Antwort auf die Frage, ob die von ihr beschriebenen Anforderungen der Mutter (z.B. ehrgeizig zu sein)

für alle Kinder gleichermaßen galten, wird deutlich, dass die Mutter von Frau B. zwischen Sohn und Töchtern stark unterscheidet (vgl. B, 100–6[23]). Dabei kehrt sie die traditionellen Anforderungen quasi um. Für die Mutter ist es akzeptabel, dass der Sohn nur einen Hauptschulabschluss hat, in ihn setzt sie „nicht so den Ehrgeiz“, wohingegen die Töchter unter Druck gesetzt werden. Dies erscheint ungewöhnlich, zumal sie damit auch die Verhältnisse in ihrer Herkunftsfamilie umkehrt, in der ihr Bruder eine Ausbildung machen durfte, sie selbst aber nicht. Dafür lassen sich verschiedene Lesarten entwickeln: Die Mutter identifiziert sich stärker mit den Töchtern und möchte ihnen ihr eigenes Schicksal (keine Ausbildung zu haben und von einem Mann abhängig zu sein) ersparen. Zudem scheint die Mutter der Meinung zu sein, dass ihr Sohn als Mann weniger Begleitung benötigen wird.[24] Mädchen hingegen müssen stärker kontrolliert bzw. gesteuert werden, um ihre Natur, das Gebärende selbst zu steuern. Dies erscheint auch vor dem Hintergrund von zwei Kindern, die zumindest von Frau B. als ‘Unfälle’ dargestellt werden, plausibel. Dem Bruder wird auch nicht vermittelt, dass er besser keine Kinder kriegen soll, und er ist auch der Einzige der drei Geschwister, der Kinder hat.

Frau B. erzählt, sie wäre als Kind selbst gerne ein Junge gewesen:

> „Ich wollte immer nen Junge sein. Das ist echt witzig. Ich hab auch immer Hosen getragen und also es gab mal ne Zeit da hab ich Kleider getragen. (…) wenn ich auch meine Fotos sehe von damals, ich hab immer kurze Haare gehabt. (…) Also, meine Mutter hat das sehr befürwortet, hat mir auch immer Jeans (…) Also meine Mutter hat das auch sehr forciert, dass ich alles machen darf, was Jungs machen. Und ich hab mich auch lieber mit Jungs geprügelt, als mit Mädchen irgendwie Gummitwist spielen“ (B, 312–22).

Die Kinder werden gezielt nicht traditionell geschlechtsspezifisch erzogen (vgl. B, 367–72). Dieses Verhalten der Mutter empfindet Frau B. als passend, sie erzählt, sie „wollte immer nen Junge sein“ (vgl. B, 338–43): Während sie in der Jungenwelt Erfolg hat, sich mit den Jungen prügelt und eine Führungsposition übernimmt, versagt ihr Bruder in dieser Welt: Er ist körperlich schwach, ängstlich, wird verprügelt und kann sich nur dadurch retten, dass er bei einem stärkeren Freund Schutz sucht.

23 „Das galt für meine Schwester, meinem Bruder galt das natürlich nicht. Das Interessante war, mein Bruder hat die schlechteste Ausbildung von uns. Mein Bruder hat nen Hauptschulabschluss nur gemacht und hat da auch immer Probleme mit Bildung, da sich so durchzukämpfen. (…) Also das war auch okay, dass er nur Hauptschule hatte und so (lacht laut)“ (B, 100–6).

24 Interessanterweise ergreift der Bruder den Beruf, den die Mutter immer erlernen wollte und wird Krankenpfleger (vgl. B, 163–4).

2.5.2 Der Freizeitvater

In der Antwort auf die Eingangsfrage tauchte der Vater kurz auf, als erwähnt wird, dass die Mutter dominant und stärker als der Vater war. Ansonsten fällt im kompletten Interview auf, dass der Vater kaum präsent ist. Dies kann zum einen davon mit beeinflusst sein, dass in der Eingangsfrage nach der Mutter gefragt wurde, des weiteren resultiert es sicher aus der traditionellen Rollenaufteilung: Mutter = Hausfrau – Vater = Familienernährer, aufgrund derer der Vater in der Familie allein schon zeitlich wenig anwesend ist. Aber auch auf allgemeine Nachfragen nach beiden Eltern berichtet Frau B. hauptsächlich über die Mutter. Dies scheint neben den genannten Deutungen auch damit zusammenzuhängen, dass der Vater sich im privaten Bereich aus vielem herausgehalten hat, so zum Beispiel auch aus der Erziehung der Kinder:

> „Meinem Vater war das [die Schulleistungen der Kinder, LC] echt piepegal, glaube ich. Also, mein Vater war halt stolz auf uns, aber er hat die komplette Erziehung eigentlich meiner Mutter überlassen. Das muss man schon so sagen. Der ist halt Ingenieur gewesen, jetzt ist er in Rente und hat halt seinen Job gemacht, den hat er auch gerne gemacht und wenn er nach Hause gekommen ist, dann hat er Freizeitgestaltung gemacht. Aber hat sich eigentlich nicht mit Erziehungsfragen beschäftigt. Das hat nur meine Mutter gemacht" (B, 117–21).

Während die Mutter nach Aussagen von Frau B. wie dargestellt zumindest bei den Töchtern sehr viel Wert auf Leistung legt, mischt sich der Vater nicht nur in die Erziehung nicht ein, sondern ihm sind auch die Schulleistungen egal. Die Gründe für diese Haltung kann Frau B. nur vermuten, sie sagt dazu: „Ich glaub, entweder hat er immer hohes Vertrauen gehabt, dass meine Mutter verantwortungsbewusst genug ist, um das selbst entscheiden zu können. Oder es war ihm wirklich wurscht, das kann ich nicht mehr so beurteilen" (B, 278–81). Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung der Eltern entspricht den Leitbildern dieser Zeit: Die Mutter ist für die Kinder und ihre Erziehung zuständig, der Vater hält sich, anders als in der Generation davor, heraus, wird auch zum Bestrafen nicht mehr benötigt. Er wird zu einem Freizeitvater. Im Zentrum des Lebens des Vaters steht seine Erwerbsarbeit, sein öffentliches Leben.

Frau B. sagt auf Nachfrage, ob ihr Vater sich an der Hausarbeit beteiligt hat: „Nee, überhaupt nicht, oh Gott, und der hat auch immer alles falsch gemacht. Ja. Und mein Vater hat sich da voll drin eingefügt, das war kein Problem (lacht dabei). Klar, wenn sie das nicht will (lacht laut). Ja also mein Vater war schon ziemlich faul, das muss man schon sagen" (B, 168–71). Die Rollenaufteilung in der Familie ist unumstritten: Der Vater beteiligt sich nicht an der Reproduktionsarbeit, sowohl die Hausarbeit als auch die Erziehung der Kinder sind Aufgabe der Mutter. Das Territorium der Mutter ist die Küche, die, wie Frau B. berichtet, von den Kindern und dem Ehemann nicht betreten werden darf. Die Eltern scheinen sich insofern zu ergänzen, dass die Mutter sich über ihre Reproduktionsarbeit definiert und dem Vater hierfür die Fähigkeit

abspricht und er sich „voll einfügt", d.h. aus der Reproduktionsarbeit heraushält, und damit zuhause faul sein kann/will, weil er 'sowieso alles falsch macht'. Dieses 'immer alles falsch machen' ist eine interessante Form, die neben dem Versuch der Mutter, die Reproduktionsarbeit aufzuwerten, auch auf eine Verweigerung des Mannes hindeuten könnte, der absichtlich alles falsch macht, damit er von dieser Arbeit unbehelligt bleibt. Gleichzeitig behält er in manchen Dingen sehr wohl auch im privaten Bereich die Kontrolle, so darf die Mutter z.B. mitentscheiden, wohin und wie lange in den Urlaub gefahren wird, aber „Vater hat auch nie so richtig Einsicht geboten, in das, was an Geld da ist" (B, 176–7). Er behält die Kontrolle über die Finanzen und teilt der Mutter Haushaltsgeld und Taschengeld zu. Damit behält er die Macht über das Geld und die Mutter bleibt finanziell abhängig. Erst später, als sie als Tagesmutter arbeitet, verfügt sie auch über eigenes Geld. Trotz dieser emotionalen Distanz und Passivität des Vaters, die von Frau B. nicht als dessen Fehler oder Schuld dargestellt wird, ist dem Vater das Familienleben sehr wichtig (vgl. B, 285–92).

Insgesamt bewertet Frau B. ihr Familienleben in der Herkunftsfamilie, anders als Frau A., als positiv: „Wir wurden eigentlich sehr stark beteiligt am Leben. Das fand ich auch total toll. Also wir waren bei allem dabei, die Urlaube fanden mit uns statt, und das war auch wichtig, mit uns Kindern unterwegs zu sein. Also es war schon sehr starkes Familienleben, nicht so getrennt (B, 250–4). Auch ihr Vater ließ seine Kinder an seinem öffentlichen Leben teilhaben: „Ich hab auch viel von meinem Vater mitbekommen, was der so, was ihm seine Kollegen bedeuten. Ich durfte auch mal mit zu seinem Arbeitsplatz" (B, 254–6). Insgesamt ist Frau B. mit ihrer Erziehung durch ihre Mutter zufrieden. Die Eltern waren stolz auf sie und die Kinder waren ihnen wichtig, was sie zeigten, indem sie viel Zeit mit ihnen verbrachten –insbesondere die Mutter. Trotz der insgesamt positiven Einschätzung ihrer Kindheit macht Frau B. deutlich, dass ihre Mutter für sie kein Vorbild war: Sie war „so pflichtbewusst (...). Sie hat das Leben echt nicht so genossen. Die hat halt immer, ist immer für andere da gewesen" (B, 942–3). Ihre Mutter war den traditionellen Geschlechterkonstruktionen entsprechend nur für andere da. Dies problematisiert Frau B. in Bezug darauf, dass ihre Mutter damit nicht glücklich war. Individuelles Glück wird hier über Pflichterfüllung gestellt. Frau B. sieht sich insgesamt nicht in der Tradition ihrer Mutter und ihre Mutter stellt für sie kein Vorbild dar.

2.5.3 Anrufungen der Eltern

Frau B. thematisiert, dass es keine konkreten Anrufungen ihrer Eltern gegeben hat, Kinder zu bekommen:

> „Ach für meine Mutter war's total egal, es hat der nichts bedeutet, ob ich Kinder hab. Ähm meinem Vater, mein Bruder hat ja zwei Kinder und, da das war ihr Superstolz, Enkelkinder zu haben, das hat man schon gemerkt. Aber das hat ihr gereicht. Also sie hat eigentlich sich darüber gefreut, dass ich diesen Weg gegangen bin, den ich gegangen

bin. Ich hatte ja, bin die Einzige von der Familie, die dann halt auch gut verdient und das erfüllt hat, was sie nicht hatte“ (B, 663–8).

Ihre Mutter scheint, passend zu ihrem Ratschlag: „wenn’s geht keine Kinder“, keine Enkelkinder von ihrer Tochter zu erwarten. Zu ihrem Vater macht Frau B. keine so eindeutige Aussage wie zur Mutter. Wenn er sich gewünscht hat, dass sie Kinder kriegt, so hat er es zumindest ihr gegenüber nicht direkt formuliert. Frau B. hat erfüllt, was ihre Mutter sich wünschte, aber selbst nicht erfüllen konnte. Beruflicher Erfolg wird hier als gleichwertige Alternative zu Enkelkindern gesetzt, auf die Eltern gleichermaßen stolz sein können, über die sie sich freuen können.

2.5.4 Geschwister

Beide Geschwister leben nicht entsprechend vorherrschender gesellschaftlicher Normen. Die Schwester lebt in einer Wohngemeinschaft, ist Single und hat keine Kinder. Ihr Bruder hat mit zwei verschiedenen Frauen je ein Kind, ist aber inzwischen mit keiner der beiden Frauen mehr zusammen und die Kinder leben bei ihren Müttern. Von den Geschwistern gehen, anders als bei Frau A., keinerlei Anrufungen aus, Mutter zu werden.

Bezogen auf die Kindheit fällt auf, dass Frau B. in ihren Erzählungen fast nur Bezug auf ihren Bruder nimmt, während die Schwester kaum vorkommt, was vermutlich damit zusammenhängt, dass sie sich eher an dem Älteren orientiert. Die Rollen von ihrem Bruder und ihr selbst beschreibt sie als verdreht: Er ist der Schwache und sie die Starke. In Bezug auf das Erwachsenenleben lässt sich zusammenfassend festhalten, dass Frau B. wenig Kontakt zu ihren Geschwistern hat, vor allem seit dem Tod der Mutter, da die Mutter die Familie zusammengehalten hat. Das Verhältnis hat sich in den letzten Jahren, zwischen dem ersten und dem zweiten Interview, verschlechtert, weil Frau B. sich bei der Pflege ihres Vaters von den Geschwistern nicht ausreichend unterstützt fühlt (vgl. B, 1212–5).

2.6 Gesellschaftspolitische Anrufungen: Reflexion der geschlechtlichen Wissensvorräte

Teilweise wurde auf Frau B.s Reflexion gesellschaftspolitischer Anrufungen schon eingegangen. So erweitert sie die dominanten Familienleitbilder der gesellschaftspolitischen Diskurse für sich, indem sie andere Paarbeziehungen wie homosexuelle Paare und Patchwork-Familien aufwertet. Zudem distanziert sie sich von der starken Fokussierung der Diskurse auf leibliche Elternschaft. Zum einen, indem sie ihre pädagogische Aufgabe als ‘berufliche Mutter’ aufwertet und erklärt, sie könnte teilweise mit Kindern besser umgehen als leibliche Eltern. Zum anderen differenziert sie nicht zwischen biologischer und sozialer Mutterschaft, wenn sie über potentielle Kinder

nachdenkt, mit denen sie zukünftig zusammenleben könnte. Von gesellschaftlich vorherrschenden Weiblichkeitsbildern grenzt sie sich stark ab. Dies zeigt sich auch in dem Teil des Interviews, in dem über mediale Bilder von Frauen gesprochen wird. Positive weibliche Eigenschaften sind für sie Lebensfreude, jung-dynamisch sein, sportliche Kleidung tragen, sportlich, dynamisch, selbstbewusst sein. Negativ bewertet sie schwache, abhängige, biedere, puppenhafte, „glattgebügelte“ Frauen (B, 919). Auf die Frage nach positiven weiblichen Vorbildern erzählt sie, dass sie öfter mit Älteren befreundet gewesen ist. Diese älteren Freundinnen stellen für Frau B. Gegenfiguren zu vielen Müttern, wahrscheinlich vor allem zu ihrer eigenen, dar, sie sind mütterlich und beraten sie, ohne wie ihre Mutter belehrend und einmischend zu sein (vgl. B, 1019–21).

Vor dem Hintergrund ihrer Abgrenzung von der ‘typischen Verwaltungsangestellten’ und der Konstruktion ihrer Berufstätigkeit als eine Art Arbeitskraftunternehmerin erscheint es wenig verwunderlich, dass Frau B. als prominentes Vorbild Simone de Beauvoir benennt (B, 1022–32). Mit Beauvoir wählt sie eine prominente Feministin aus, die ein Gegenbild zu dem in den gesellschaftspolitischen Diskursen vorherrschenden Frauenbild darstellt. Beauvoir hatte keine Kinder und lebte in einer offenen Beziehung. Frau B. gefallen der Lebensentwurf dieser Intellektuellen und die ihr zugeschriebene Freiheit im Handeln und in den Beziehungen. Beauvoir stellt als öffentliche Figur, die politischen Einfluss nehmen konnte, einen Gegenentwurf zur ‘traditionellen Frau’, die auf die häusliche Sphäre beschränkt bleibt, dar.

2.7 Zusammenfassung Frau B.

Frau B. ist zu beiden Interviewzeitpunkten jeweils Single und thematisiert eine davor liegende mehrjährige Partnerschaft mit einer Frau und eine zwischen den Interviews liegende kürzere Partnerschaft mit einem Mann. Im persönlichen Umfeld ist Frau B. nicht mit Anrufungen zur Mutterschaft konfrontiert. Sie fühlt sich mit ihrem Lebensentwurf ohne eigene Kinder nicht ‘allein’, sondern berichtet davon als kollektive Erfahrung in ihrem Umfeld. Diese Kollektivierung ist ihrer Erfahrung nach nicht auf ihr gleichgeschlechtliches Umfeld begrenzt, sondern auch heterosexuelle Paare entscheiden sich gegen Kinder. Nicht ein Lebensentwurf ohne Kinder, sondern auch ein Entwurf mit Kindern ist für sie begründungsbedürftig. Sie wertet ihren Freundeskreis zur Familie auf und zudem separiert sie sich, indem sie sich in subkulturelle Strukturen integriert.

Frau B. unterscheidet nicht zwischen biologischer und sozialer Elternschaft. Sie hat sich in ihrer letzten Partnerschaft mit einem Mann gegen die biologische Mutterschaft entschieden, soziale Mutterschaft in einer Partnerschaft wird von ihr hingegen als Option für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Frau B. erklärt, ihr „Leidensdruck“ sei nicht groß genug gewesen, um ein Kind zu bekommen. Erst wenn das

Bedürfnis, Kinder zu bekommen, sehr groß ist und jemand die 'richtigen' Motive hat, sollte die Person laut Frau B. Kinder bekommen. Elternschaft gilt es rational zu planen. Um sich für Elternschaft zu entscheiden, bedarf es vieler Voraussetzungen (egalitäre Partnerschaft, richtiger Zeitpunkt, nicht aussetzen müssen aus Ausbildung, Erwerbsarbeit etc.). Die alleinerziehende Lebensform wird von ihr für sich selbst entschieden abgelehnt. Gegen Kinder spricht für sie außerdem der körperliche Prozess der Schwangerschaft, der von ihr negativ im Sinne eines Kontrollverlustes bewertet wird.

Bezüglich ihrer Herkunftsfamilie kann festhalten werden, dass sie thematisiert, dass von Eltern oder Geschwistern keine Anrufungen zur Mutterschaft ausgehen. Die Geschwister leben selbst in nicht-traditionellen Lebensentwürfen. Ihre Mutter stellt für Frau B. kein Vorbild dar, auch weil sie laut Frau B. unzufrieden mit ihrem eigenen Lebensentwurf ist und für ihre Tochter einen anderen Lebensentwurf präferiert. Hier wird Frau B. sowohl durch die Erziehung als auch über konkrete Botschaften mit Anrufungen gegen Mutterschaft konfrontiert. Ihr Vater ist generationstypisch ein Freizeitvater und in der Erziehung wenig präsent. Er stellt für sie höchstens im Hinblick auf seine Einstellung zur Erwerbsarbeit ein Vorbild dar.

Den eigenen Lebensentwurf ohne leibliche Kinder erklären zu müssen, stellt für Frau B. nur im Arbeitsumfeld eine Notwendigkeit dar, vor allem im Zusammenhang damit, dass sie als nicht biologische Mutter mit Kindern arbeitet. Frau B. ist aufgrund ihrer langen Verweildauer in der Verwaltung seit Jahrzehnten mit den institutionellen Wissensvorräten konfrontiert. Die Wirkmächtigkeit dieser Wissensvorräte wird dadurch verstärkt, dass sie über keine Berufserfahrungen außerhalb der Verwaltung verfügt und sich stark mit ihrem Beruf identifiziert. Abgeschwächt wird sie tendenziell nicht nur durch ihre universitären Bildungserfahrungen, sondern auch dadurch, dass sie ihre berufliche Zukunft nicht notwendigerweise in der Verwaltung sieht. Generell zeigt sich die Wirkmächtigkeit der institutionellen Wissensvorräte am starken Bedürfnis von Frau B., sich von eben diesen zu distanzieren, indem sie sich gegenüber der 'typischen Verwaltungsangestellten' abgrenzt. Ihre Arbeit wird von ihr sowohl in Bezug auf die Arbeitsorganisation als auch in Bezug auf die Arbeitsinhalte als Gegenwelt zur Verwaltung aufgebaut, z.B. als zeitlich flexibler. Frau B. distanziert sich auch explizit von der weiblichen Normalitätsfolie, wie sie in Teil III am Beispiel von Frau P. beschrieben wurde. Da sie ihrer Arbeit eine andere Sinngebung verleiht, wird auch die Normalitätsfolie in der Verwaltung für sie weniger bedeutungsvoll. Gleichzeitig ist Frau B. im Arbeitsumfeld sehr wohl mit konkreten Anrufungen konfrontiert und zwar deshalb, weil sie mit Kindern arbeitet und ihr Umfeld Menschen, die eigene Kinder haben, prinzipiell mehr Kompetenz für diese Arbeit zuschreibt als Menschen ohne Kinder. Frau B. reagiert auf diese Defizitzuschreibungen, indem sie ihr Verhältnis zu den Kindern, mit denen sie arbeitet, sowohl von dem einer klassischen Mutter-Kind-Beziehung abgrenzt als auch ihm gegenüber aufwertet. Sie konstruiert eine Art beruflicher Sorge für Kinder, die mit leiblicher Mutterschaft mindestens gleichwertig ist. Ihr Verhältnis zu den Kindern ist weniger von Sorge und Angst um das Kind geprägt als leibliche Mutterschaft. Frau B. kann so zu den Kindern ein gleichberechtigteres, freiheitlicheres Verhältnis aufbauen und in die Spiele mit den Kindern „eintauchen". Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Frau B.s Umgangsstrategie mit den Anrufungen zur Mutterschaft aus der Verwaltung in einem Aufbau und einer Aufwertung ihres Arbeitsbereiches als Gegenwelt zur Verwaltung besteht. Zudem wehrt sie sich gegen die Anrufung, dass nur eine biologische Mutter gut mit Kindern arbeiten kann, indem sie ihre konkrete Arbeitstätigkeit der beruflichen Sorge für Kinder aufwertet. Sie entwickelt hier eine Strategie der eigensinnigen Identifikation mit ihrem Beruf. Frau B. reflektiert gesellschaftspolitische Wissensvorräte, deutet diese teilweise um und entwickelt Gegenwissen, vor allem ein Konzept der beruflichen Sorge für Kinder. Frau B. gilt zwar als 'kinderlos', da sie keine leiblichen Kinder bekommen hat, ist es aber in ihrer Lebensrealität nicht, da sie beruflich für Kinder sorgt.

3. Falldarstellung III – Frau C.: Das Entweder – Oder: Selbstbestimmtes Leben ohne Kinder oder traditionelles Familienarrangement

3.1 Kurzportrait

Frau C. ist zum Zeitpunkt des Interviews 40 Jahre alt. Sie ist Einzelkind. Ihr Vater war von Beruf Busfahrer, ihre Mutter, die keine Berufsausbildung hat, war teilweise Hausfrau und teilweise in einer Pension tätig. Frau C. beginnt nach ihrem Realschulabschluss bei der Verwaltung zu arbeiten, zunächst im mittleren Dienst, wo sie insgesamt circa 20 Jahre in verschiedenen Bereichen tätig ist. Dann schlägt sie die Laufbahn für den gehobenen Dienst ein und besucht die Verwaltungshochschule. Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitet sie im gehobenen Dienst im sozialen Bereich. Frau C. wohnt in einer Wohngemeinschaft mit einer anderen Frau. Sie führte in den letzten Jahren verschiedene heterosexuelle Partnerschaften. So hat Frau C. zum Zeitpunkt des ersten Interviews einen Partner, mit dem sie aber, wie sie im Zweitinterview berichtet, insgesamt nur wenige Monate zusammen ist. Zum Zeitpunkt des zweiten Interviews hat sie seit drei Monaten einen neuen Partner, mit dem sie demnächst zusammenziehen möchte. Frau C. ist in ihrer Freizeit sehr aktiv, sie trifft sich regelmäßig mit Freundinnen, nimmt an kulturellen Aktivitäten teil und geht mehrmals in der Woche tanzen. Das Zweitinterview findet bei ihr zuhause im Wohnzimmer statt.

3.2 Leben ohne Kinder: „Eventuell Kinder, wenn das passt“

Im Erstinterview antwortet Frau C. auf die Frage: „Haben Sie Kinder?“, kurz und bündig: „Keine Kinder, nicht verheiratet. Ich lebe mit meinem Partner auch nicht zusammen“ (C I1, 447–8). Die Antwort von Frau C. erinnert an das Ausfüllen eines offiziellen Formulars, in dem zentrale Daten der Lebenssituation erfasst werden. Keine Kinder zu haben wird hier in direkten Zusammenhang mit dem Familienstand gestellt. Beides sind potentielle Normalitätserwartungen, mit denen sich Frau C. regelmäßig konfrontiert sieht. Es lässt sich vermuten, dass Frau C., indem sie in ihrer Antwort gleich drei vorherrschende Normalitätserwartungen – eigene Kinder, Ehe oder Zusammenleben mit einem Partner – verneint, weitere Fragen nach ihrer Lebenssituation und ihrer Partnerschaft verhindern möchte. Dafür spricht auch die Reaktion der Interviewerin, die kurz stockt und dann eine weniger ‘verfängliche’ Frage stellt: „Was unternehmen Sie so mit Ihrem Partner?“. Frau C. antwortet auch hier in Stichworten.[25] Sie möchte nicht über ihr Privatleben sprechen. Dieses Muster zieht sich durch das gesamte erste Interview. Dementgegen erzählt Frau C. in demselben Interview ausführlich und detailliert von ihren beruflichen Erfahrungen, wie später noch gezeigt werden wird. Dies kann mit dem Kontext und Schwerpunkt des ersten Interviews zusammenhängen, das im Rathaus, dem Zentralgebäude ihres Arbeitgebers, stattfindet und auf berufliche Entwicklung fokussiert. Denn Frau C.s Lebensform: ohne eigene Kinder, unverheiratet in einer Wohngemeinschaft wohnend kann im eher traditionellen beruflichen Umfeld der Verwaltung als ungewöhnlich gelten. Auch in Bezug auf ihre Zukunftsvorstellungen formuliert Frau C. im ersten Interview lediglich, sie wünsche eine berufliche Veränderung und sagt zu ihrer privaten Lebenssituation: „Und privat erwarte ich eigentlich momentan erst mal gar nichts. Ich lass das erst mal auf mich zukommen, was jetzt so passiert“ (C I1, 599–601). Auch ihre Antwort auf die Frage, ob sie daran denke, mit ihrem Partner zusammenzuziehen, verdeutlicht, dass sie sich davor scheut, ihre private Lebenssituation zu verändern (vgl. C I1, 603–9). Es lässt sich bezüglich des ersten Interviews festhalten, dass Frau C. ihren Lebensentwurf jenseits der weiblichen Normalitätsfolie hier weder ausführlich beschreiben noch vertreten will.

Im zweiten Interview hat sie ihre abwehrende Haltung abgelegt und beantwortet Fragen zu ihrer Lebenssituation ausführlich und ohne Zögern. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass dieses zweite Interview, wie schon erwähnt, nicht im beruflichen Kontext stattfindet. Vermuten lässt sich außerdem, dass Frau C. die Interviewerin im Verlauf der Forschungskooperation besser kennen gelernt und

25 Sie sagt: „Gemeinsame Veranstaltungen. Wie beispielsweise Kino, Konzerte, so was. Besuch von Freunden. Und ja, im Sommer Fahrradtouren beispielsweise“ (C I1, 449–52).

ein gewisses Vertrauen zu ihr aufgebaut hat.[26] Dafür spricht auch der Vorschlag von Frau C., das zweite Interview in ihrer Wohnung zu führen, während andere Befragte als Interviewort neutrale Räumlichkeiten vorschlagen (Café, Büro etc.).

Mit dem aktuellen Partner, mit dem sie seit drei Monaten zusammen ist, wird sie im nächsten Monat zusammenziehen. Auf die Frage: „Ich mein, Sie sind ja noch nicht so lange zusammen, aber, kam denn auch schon das Thema auf auch ein gemeinsames Kind?“, sagt Frau C.: „Also es kann durchaus sein, dass ein gemeinsames Kind dann durchaus noch folgen wird (lacht). Ja. (I: Also Sie können sich das vorstellen?) Ja, ich kann mir das vorstellen und er kann sich das auch vorstellen, ja. Also darüber haben wir uns schon mal unterhalten“ (C, 338–42). Ein gemeinsames Kind wird hier als eine mögliche Folge des Zusammenziehens oder einer eventuellen Heirat dargestellt. Gleichzeitig macht die Antwort deutlich, dass es bisher keine konkrete Kinder-Planung gibt. Kinder zu haben wird als eine Möglichkeit formuliert, darauf weist auch die Formulierung „schon mal“ hin, und nicht als etwas, was sie oder ihr Partner auf jeden Fall realisieren möchten. Frau C., so lässt sich ihre Antwort deuten, möchte nicht unbedingt Kinder bekommen. Weiter erklärt Frau C.:

> „Es war so, dass wir uns darüber unterhalten haben, bevor wir zusammengekommen sind, auch, über Kinder grundsätzlich und so. Und ich wusste ja nun auch, dass er schon eine Tochter hat. Aber das so, dass er sagt, ja doch, kann ich mir durchaus vorstellen, nicht. Mit dem richtigen Partner kann ich mir das gut vorstellen. Für mich ist es halt so, dass ich mir halt schon noch ein Kind vorstellen könnte, auch. Ich glaub ich fände das schade, wenn ich kein Kind mehr bekommen würde. Jetzt aus biologischen Gründen alleine, dann halt, keins mehr bekommen könnte“ (C, 348–55).

Frau C. berichtet, dass sie mit ihrem Partner schon vor dem Beginn der Partnerschaft das Thema ‘Kinder’ thematisiert hat. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass ihr Partner ein Kind hat und das Thema daher in seinem Leben präsent ist. Mit der Formulierung „Kinder grundsätzlich und so“ kann entweder das gemeinsame Kinder kriegen angesprochen worden sein oder es kann auch nur das allgemeine Verhältnis zu Kindern, also ob man Kinder „grundsätzlich“ nicht mag, thematisiert worden sein. Die Reihenfolge, in der Frau C. hier argumentiert, ist auffällig. Zunächst erklärt sie, dass für ihren Partner ein weiteres Kind denkbar ist. Dann macht sie deutlich, dass Kinder zu bekommen eines „richtigen“ Partners bedürfe. Was sie unter „richtiger“ Partnerschaft versteht, wird später noch näher beleuchtet. Dann erst kommt sie auf ihre eigenen Motive zu sprechen. Dies verdeutlicht, dass ihr Bedürfnis, Kinder zu bekommen, auch hier nicht vorrangig ist. So erklärt sie beispielsweise nicht, dass sie sich ein Kind wünscht und deshalb vor dem Eingehen der Partnerschaft geklärt hat, ob ihr Partner auch eins möchte. Ein Kind zu bekommen ist für sie eine Möglichkeit im Möglichkeitshorizont. Sie formuliert denkbare negative Gefühle gegenüber ei-

26 Dazu ausführlicher in Teil II, Abschnitt 3.

nem Leben, das dauerhaft ohne Kinder bleibt, sehr vorsichtig, indem sie sie mit „ich glaube“ und der Verwendung eines Konjunktivs („fände“) einschränkt. Auch deutet der Ausdruck „schade“ darauf hin, dass Frau C. darauf weder mit starken Gefühlen (sie würde es dann etwa als ‘Katastrophe’ bezeichnen) noch mit längerfristigen negativen Gefühlen (wie Trauer oder Depression) reagieren würde. Bis zu dieser Stelle in der Interviewpassage erscheint es so, als würde Frau C. ihrem fortgeschrittenen Lebensalter – sie ist 40 Jahre alt – keine Bedeutung beimessen. Bemerkenswert ist außerdem, dass Frau C. angibt, sie fände es schade, wenn die Elternschaft „jetzt aus biologischen Gründen allein“ scheitern würde. Kinder zu kriegen, so lässt sich rekonstruieren, ist für Frau C. nicht nur eine biologische Frage, sondern zentral sind Fragen der Lebensgestaltung wie die richtige Partnerschaft. Zwar spricht Frau C. die Möglichkeit der biologischen Gründe gegen Kinder an, jedoch ohne darüber ernsthaft in Sorge zu geraten. Sie scheint der gesellschaftlich konstruierten ‘Fruchtbarkeitsillusion’ zu unterliegen, nach der (fast) jede Frau mit 40 noch problemlos ein Kind kriegen kann, wenn sie dies möchte.

Eine Grundvoraussetzung dafür, überhaupt über ein Kind nachzudenken ist für Frau C. die Existenz des „richtigen“ Partners. Dies wird auch an ihrer Antwort auf die Frage: „Waren sie denn schon davor in anderen Partnerschaften, wo es das Kinderthema gab?, deutlich:

> „Ja, war ich schon [zögerlich]. (...) Also ich war auch schon mal schwanger, aber das ist schon viele Jahre her und hatte damals auch abgetrieben. Also mit Anfang 20, und da konnte ich es mir, also ich konnte es mir zu dem vom Zeitpunkt nicht vorstellen. Ich wusste, dass (...) mein damaliger Partner sich das auch absolut nicht vorstellen konnte und dann wollte ich das auch nicht. Damals“ (C, 336–70).

Frau C. hat sich aufgrund einer früheren Schwangerschaft schon intensiv mit Elternschaft und ihren Lebensvorstellungen auseinandergesetzt. Damals sprachen für sie viele Gründe gegen ein Kind: erstens das eigene Alter. Hier knüpft Frau C. an gesellschaftliche Vorstellungen an, die die frühen Zwanziger als zu früh für eine erste Mutterschaft einschätzen. Zweitens war ihr Partner gegen das Kind. Auch hier wird deutlich, dass Frau C. das Thema ‘Kinder bekommen’ nicht unabhängig von den Wünschen des Partners diskutiert. Alleinerziehend zu werden kam für Frau C. nicht in Frage. Über den weiteren Verlauf ihres Prozesses der Auseinandersetzung mit Elternschaft erzählt Frau C.:

> „Danach ist es eigentlich nicht mehr so Thema gewesen, ich hab nur so für mich festgestellt, dass ich früher dachte, irgendwie Kinder brauche ich nicht unbedingt, möchte ich nicht unbedingt haben. Aber dass sich dann aber diese Einstellung bei mir, das hat jetzt nichts mit dem Abbruch zu tun, sondern das war halt eine ganz andere Zeit einfach (lacht), dass es für mich eine andere Zeit gab, wo ich dann halt gesagt hatte, doch ich kann es mir ganz gut vorstellen bis so fände ich auch schön für mich. Dass sich das einfach verändert hat“ (C, 378–85).

Mit der Formulierung, sie hätte längere Zeit keine Kinder bekommen wollen, distanziert sich Frau C. explizit von gesellschaftlichen Zuschreibungen, denen zufolge jede Frau zur Erlangung einer ‘vollständigen’ weiblichen Identität eigene Kinder braucht bzw. haben möchte. Der ‘Kinderwunsch’ unterliegt, wie hier deutlich wird, vielfach einem temporären Wandel. Eine Zurückführung dieser Veränderung auf den Schwangerschaftsabbruch wird abgelehnt. Hier grenzt sich Frau C. von der Annahme ab, dass ein Abbruch ein verstärktes Nachdenken über Kinder auslöst. Auch das Thema „biologische Uhr“, das von Frau A. und Frau B. erwähnt wird, also die gesellschaftliche Konstruktion, dass jede Frau spätestens mit Erreichen eines bestimmten Alters (mit Ende 20/Anfang 30) einen ‘inneren Kinderwunsch’ entwickelt, wird von ihr im Interview nicht erwähnt. Über eine Phase des latenten Wunsches Mutter zu werden („Vorstellung“) gelangt sie zu einem expliziteren Wunsch. Die Entscheidung für Mutterschaft wird hier von Frau C. als Wahl dargestellt, nicht als innerer oder biologischer Zwang. Nicht alle Frauen haben ihrer Meinung nach einen ‘Kinderwunsch’: Indem sie z.B. von einer guten Freundin, die sich noch nie vorstellen konnte, Kinder zu bekommen (vgl. C, 409–11), erzählt, kollektiviert sie ihre Lebensform ohne Kinder. Mit dem „fände ich auch schön für mich“ (C, 384) macht sie deutlich, dass ein eigenes Kind unter bestimmten Umständen etwas Positives für sie wäre, eine Ergänzung („auch“), aber keine Bestimmung. Zum Zeitpunkt des Erstinterviews wird dieser Wunsch von ihr nicht thematisiert, wahrscheinlich auch deshalb nicht, weil sie damals nicht den „richtigen“ Partner hatte.

Auf die Nachfrage der Interviewerin: „Also Ihr Glück hängt jetzt nicht (C: Nee, nee) dass Sie Kinder kriegen (C: Nee)?“, sagt Frau C.: „Das auf jeden Fall nicht. (Pause 2 sec) Dann soll es halt nicht sein“ (C, 392–3). Die Interviewerin reproduziert hier vorherrschende Diskurse, in denen das Lebensglück und eigene Kinder in einen engen Zusammenhang gestellt werden. Frau C. wehrt sich gegen diese Zuschreibung, indem sie schon die Frage der Interviewerin zwei Mal mit einer Verneinung unterbricht und dann eindeutig verneint. Für den nach der kurzen Pause nachgeschobenen Satz („Dann soll es halt nicht sein“) können unterschiedliche Lesarten entwickelt werden. Einerseits scheint dieser Satz die eigene Rolle von Frau C. in Bezug auf die Umsetzung ihres ‘Kinderwunsches’ in den Hintergrund zu rücken. Wenn Frau C. keine Kinder mehr bekommt, dann liegt das nicht an ihren eigenen Entscheidungen, sondern an äußeren Einflüssen. Anderseits könnte der Nachsatz auch darauf hindeuten, dass Frau C. möglicherweise etwas traurig sein, aber nicht mit ihrem ‘Schicksal’ hadern würde, sollte sie ‘kinderlos’ bleiben.

Dies wird auch an der Schilderung ihrer Einstellung zur Reproduktionsmedizin deutlich. Frau C. hat über ihren Freundes-/Bekanntenkreis Kontakt mit Frauen, die schwanger werden wollen und medizinische Unterstützung in Anspruch nehmen. Auf die Frage, ob sie „auch Reproduktionsmedizin in Anspruch nehmen würde“, sagt sie:

> „Also, okay so was kann ich mir halt schon vorstellen, dass man dann genau wissen möchte, woran liegt es jetzt eigentlich. Und vielleicht kann man dem ja auch mit relativ einfachen Geschichten abhelfen, so was kann ich mir ganz gut vorstellen. Aber das ich so was machen würde, (...) schluck da was weiß ich irgendwelche Wunderpillen oder lass mir da irgendwas einpflanzen, das kann ich mir nicht vorstellen" (C, 395–406).

Die Grenze für Frau C. ist nicht die Erlangung des reproduktiven Wissens, sondern die Umsetzung dieses Wissens in Handlung. Sie macht deutlich, dass ihr die Reproduktionsmedizin nicht vertrauenswürdig erscheint („Wunderpillen") und dass sie invasive Eingriffe in ihren Körper nicht vornehmen lassen würde. Hier wird erkennbar, dass für Frau C. gilt: 'ein Kind nicht um jeden Preis'.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die Antwort von Frau C. auf die Frage: „Und wenn Sie sich jetzt vorstellen, Sie wären 50, wie möchten Sie dann leben?", in der Schlusspassage des zweiten Interviews:

> „Also ich möchte einen Job haben, der mir Spaß macht auf jeden Fall, ich möchte eine Partnerschaft haben, wo ich mich auch glücklich fühle, wo ich mich auch aufgehoben fühle und ja nach wie vor gerne mit Freunden unterwegs sein, dann auch und ins Theater gehen und Kino und was weiß ich was, nette Abende verbringen. Ja, so stelle ich mir das vor. Also eigentlich nicht viel anders als jetzt" (C, 835–40).

Frau C. entwirft hier Zukunftsvorstellungen, die auf Kontinuität setzen. In der Reihenfolge Arbeit, Partnerschaft, Freundschaften und aktives Freizeitprogramm führt sie zentrale Aspekte an, die für sie zu einem erfüllten Leben gehören. Auffällig ist das Fehlen eines Bruches, einer Umgestaltung, wie sie zum Beispiel durch ein eigenes Kind hervorgerufen werden würde. Hier wird erneut deutlich, dass Frau C. kein starkes Bedürfnis hat, Kinder zu bekommen, da sie sich ein potentielles zukünftiges Leben mit eigenem Kind und die Veränderungen, die sich daraus ergäben, bisher nicht vorgestellt bzw. in Gedanken ausgemalt hat. Diese Lesart wird auch bestätigt durch die Antwort auf die Nachfrage der Interviewerin: „Und eventuell Kinder?", denn sie sagt: „Und eventuell Kinder, wenn das passt, dann eventuell Kinder (lacht)" (C, 842). Kinder zu bekommen ist eine Option unter vielen, die nur bei Passung mit den anderen Lebensumständen in Frage kommt und keine Priorität hat. Auch die Antwort auf die dann folgende Nachfrage: „Und Kinder, eins, zwei?" bestätigt die Deutung, dass Frau C. sich bisher kaum ernsthaft damit auseinandergesetzt hat, Kinder zu bekommen, und dass Kinder zu bekommen für sie sehr voraussetzungsvoll ist: „Ja, ich glaub, das würde mir reichen. Ja. (lacht). Ja, obwohl je älter man wird, desto größer ist ja die Chance der Mehrlingsgeburt (beide lachen). Na ja, muss ja nicht sein. (C, 843–6). Ihr eigenes Lebensalter (40 Jahre) ist für Frau C. keine 'Schallgrenze' für eine Schwangerschaft. Es wird deutlich, dass sie nicht das Gefühl hat, sich im Prinzip sofort entscheiden zu müssen, ob sie Kinder haben möchte oder nicht. Auch hier wird es nicht als grundsätzlich positiv dargestellt, Kinder zu bekommen. Dies zeigt ferner ihre Einschätzung einer Kollegin mit Zwillingen: „Und ein Neurodermitis-Kind noch dazu. (...) Also das möchte ich nicht haben (lachen). Also mit ihr möchte ich nicht tauschen, sagen wir es mal so. Ich mein, wenn es dann da ist, dann ist es halt dann eben so, aber (lacht)" (C, 853–6). Sich als Mutter 'aufopfern' zu müssen, die eigenen Bedürfnisse hinten anzustellen, gerade bei einem kranken Kind, scheint für Frau C. kein erstrebenswertes Ziel zu sein.

3.3 In der Verwaltung der Stadt N.: Enge Verwobenheit von Arbeit und Privatleben

Frau C. arbeitete nach ihrem Realschulabschluss im mittleren Dienst in der Verwaltung. Sie ist zum Zeitpunkt des Zweitinterviews seit fast 25 Jahren dort beschäftigt. Frau C. hat sich diesen Arbeitskontext nicht ausgesucht, sondern wollte ursprünglich weiter zur Schule gehen. Sie konnte sich trotz starker Auseinandersetzungen innerfamiliär nicht durchsetzen und beschloss dann, sich bei der Verwaltung zu bewerben, weil sie da „verschiedene Sachen" (C I1, 18) machen kann. Nach circa zwanzig Jahren im mittleren Dienst absolviert Frau C. eine Ausbildung zum höheren Dienst. Seit dem Abschluss der internen Ausbildung ist sie im sozialen Bereich mit viel Kundenkontakt tätig. Dort hat Frau C., die verbeamtet ist, eine Vollzeitstelle mit flexiblen Arbeitszeiten. Dieser Bereich ist auch in der Verwaltung ein typischer Frauenarbeitsbereich, der sich durch einen hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten, relativ gesehen schlechtere Arbeitsbedingungen und ein niedriges Ansehen innerhalb der Verwaltung auszeichnet (vgl. Teil III).

Die Bedeutung der institutionellen Wissensvorräte hängt, wie dargestellt, auch davon ab, welche Funktion und Bedeutung die Erwerbsarbeit im Leben der interviewten Person besitzt. Anhand ihrer Erzählung des Verlaufs des gerade vergangenen Arbeitstages im sozialen Bereich zeigt sich, dass das Arbeitspensum Frau C. überfordert (vgl. C I1, 85–99). Sie berichtet, dass die Kommunikation mit den Kunden oft psychisch belastend ist. Der soziale Bereich ist von den Verwaltungsreformen besonders stark betroffen (vgl. Teil III, Abschnitt 2.). Vor allem kommt es zu einer Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung. Nach Überstunden gefragt, erzählt Frau C. von zusätzlichen Arbeitsstunden, die sie aufgrund der dünnen Personaldecke im sozialen Bereich erbringen muss (vgl. C I1, 227–30). Frau C. kritisiert neben der Arbeitsorganisation insbesondere das „Einzelkämpfertum" und die mangelnde Anerkennung für die erbrachte Arbeitsleistung sowie das Arbeitsklima (vgl. C I1, 326–30). Frau C. empfindet die Erwerbsarbeit in der Verwaltung vor allem als fremdbestimmte Pflicht und nicht als Selbstverwirklichung oder Freude.

Wie für Frau B. ist ein positiver Aspekt der Erwerbsarbeit für Frau C. der Kontakt zu ihrer Kollegenschaft. Sie geht zu einem KollegInnen-Stammtisch, isst regelmäßig mit KollegInnen zu Mittag und trifft sich auch privat nach der Arbeit mit KollegInnen. Aus diesen Kontakten sind mindestens zwei Liebesbeziehungen entstanden,

sowohl ihr Partner zur Zeit des Erstinterviews als auch der Partner zur Zeit des Zweitinterviews sind in der Verwaltung N. tätig. Die institutionellen Wissensvorräte entfalten dadurch tendenziell zusätzliche Wirkmächtigkeit. Diese Wirkmächtigkeit wird noch dadurch verstärkt, dass es für Frau C., die ihr ganzes Erwerbsleben lang in der Verwaltung gearbeitet hat und verbeamtet ist, nicht in Frage kommt, die Verwaltung N. zu verlassen. Zwar hofft sie, innerhalb der Verwaltung in einen anderen Bereich wechseln zu können, aber auch hier schreibt sie sich selbst eine eher passive Rolle in ihrer Berufsbiographie zu.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Beruf für Frau C. wichtig ist, sie sich aber nicht inhaltlich damit identifiziert. Dies sorgt tendenziell für eine Abschwächung der Wirkmächtigkeit der institutionellen Wissensvorräte. Die Verwaltung N. kann insbesondere aufgrund der langen Verweildauer von Frau C., und weil sie weder ein anderes Arbeits- noch Bildungsumfeld kennt, als zentrale Vermittlungsinstanz von institutionellen Wissensvorräten in ihrer zweiten Sozialisation gelten (vgl. Teil II, Abschnitt 1.2). Die Wirkmächtigkeit wird noch durch die enge Verschränkung von Freundschaften/Partnerschaften und Arbeitswelt verstärkt. Es stellt sich die Frage, wie Frau C. damit umgeht, dass ihre Lebensform von der Normalitätsfolie in der Verwaltung abweicht. Hier kann vermutet werden, dass – so lässt sich vermuten – kann auch darauf zurückgeführt werden, dass sie sich sehr wohl bewusst ist, dass ihr 'kinderloses' Leben im beruflichen Umfeld als Abweichung wahrgenommen wird, zumal im Interview deutlich wird, dass sie sich der geschlechtsspezifischen Besonderheiten des Arbeitsumfeldes 'Verwaltung' bewusst ist. So erklärt sie, z.B. nach einer Einschätzung gefragt, wie es im beruflichen Umfeld mit der Frauenförderung weitergehen wird, sie befürchte, dass sie den Sparmaßnahmen im Zuge der Umstrukturierungen zum Opfer fallen könnte (vgl. C, 796–805). Frau C. spricht in diesem Zusammenhang zwar teilweise in Wir-Form, was die von ihr dargestellte Verwobenheit mit dem Verwaltungskontext bestätigt, verbindet aber damit keine kollektiven Handlungsoptionen. Stattdessen ist das einzige Gegenmittel, das sie vorschlägt, ein individuelles Bewusstsein („selbst darauf zu achten").

Eine weitere Art des Umgangs mit dem eigenen Abweichen von der institutionellen Normalitätsfolie ist, dass Frau C., wie noch deutlich werden wird, ihre eigene Lebensform als temporär erlebt. Zudem wird, wie anhand von Frau D. gezeigt werden wird, in der Verwaltung Ehe und Elternschaft zusammengedacht. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum Frau C. als 'ledige' Frau von ihren KollegInnen nicht auf Mutterschaft angesprochen wird.

3.4 Temporalisierung der eigenen Lebensform und Aufrechterhaltung der traditionellen Vorstellungen

3.4.1 Partnerschaft: „kleines Familienleben" mit Partner und Tochter des Partners

Frau C. hat zum Zeitpunkt des Erstinterviews einen Partner, mit dem sie seit wenigen Monaten zusammen ist und mit dem sie nicht zusammenwohnt. In ihren Aussagen zu einem früheren Partner werden Frau C.s Autonomiebestrebungen deutlich. So ist es für sie wichtig, eigenständig zu sein und eigene Freundschaften zu pflegen.

Zu ihrem derzeitigen Partner antwortet sie auf die Frage „Was gefällt Ihnen denn an Ihrem Partner?": Ja, (lacht) die Entscheidungsfreudigkeit zum Beispiel. (lacht lauter, I lacht auch). Diese Sicherheit dann auch, dass er genau weiß: so ja, und das ist die Frau, die ich liebe und mit der ich zusammenleben möchte, und das ist einfach ganz klar. Und so ne grundsätzliche Durchsetzungsfähigkeit, das finde ich halt sehr gut an ihm und (Pause 2 sec) Zuverlässigkeit" (C, 237–42). Für Frau C. scheint in Zeiten der vielen Optionen zur eigenen Lebensgestaltung vor allem wichtig zu sein, dass der Partner weiß, was er will und ihr dadurch Stabilität und Sicherheit bietet. Interessant ist auch hier ihre Außenorientierung, insofern als sie wieder die Gefühle des Partners (wie auch z.B. bei der Thematisierung ihres Schwangerschaftsabbruches) hervorhebt und ihnen größere Bedeutung als ihren eigenen Gefühlen beimisst.

Wie schon erwähnt, hat ihr Partner ein Kind im Grundschulalter. Im Zusammenhang mit dem Gespräch über Auswirkungen eines Kindes auf eine Partnerschaft stellt die Interviewerin die Frage: „Haben Sie da ne Vorstellung von, jetzt kriegen Sie ja schon mal so ein halbes Kind (beide lachen)? Frau C. antwortet darauf:

> „Also ich glaub, das mit dem halben Kind ist ja noch ein bisschen was anderes, weil da hat man diese Anfangsschwierigkeiten nicht, ich glaub das ist irgendwie extrem nervig und anstrengend dann auch, wenn man dann die Zeit ein Baby hat, und das ist am Rumschreien und man weiß nicht, was man machen soll. Also (...) im Alter von 11 Jahren, die kann sagen, ich hab Hunger oder mir tut irgendwie mein Finger weh, oder so. Und ich glaub, dass viele Partnerschaften da Schwierigkeiten haben, da diese Hilflosigkeit dann auch umzugehen. Und das dann einfach so Stress auslösend auch ist. Und ich glaub, dass dafür ne Partnerschaft dann auch schon ziemlich gefestigt sein muss, um nen Kind dann auch noch dazu zu bekommen" (C, 419–28).

Frau C. differenziert die Anforderungen, die Kinder an eine Partnerschaft stellen, nach dem Alter des Kindes. Die Tochter ihres Partners besucht schon die Grundschule und kann ihre Bedürfnisse äußern, während Säuglinge und Kleinkinder als unberechenbar und anstrengend dargestellt werden. Ein Kleinkind zu haben, wird hier vor allem als Kontrollverlust der Eltern beschrieben. Deshalb bedarf es für Frau C. einer stabilen Partnerschaft, um ein Kind zu bekommen. Dazu müssen beide Partner in sich gefestigt sein und sich aufeinander verlassen können (vgl. C, 431–7). Denn Kinder zu bekommen wird als eine Stresssituation für eine Beziehung beschrieben.

Die neue Familienform mit ihrem Partner und seiner Tochter beschreibt Frau C. als „eine Art kleines Familienleben“ (C, 277). Das Kind wohnt bei der leiblichen Mutter und ist jedes zweite Wochenende und in den Ferien beim Vater. Über ihr bisheriges Verhältnis zu dem Kind sagt Frau C.:

> „Gott sei Dank mag sie mich halt auch, von Anfang an, da hatte ich auch ein bisschen Bedenken, auch wegen des Alters, ob dann jetzt irgendwelche Eifersüchteleien jetzt auch mit reinspielen, und wer weiß, wie die Mutter dann halt auch auf das Kind einwirkt. Das weiß man ja alles irgendwie nicht und wie das ankommt. Aber glücklicherweise mag sie mich halt. Und begrüßt das auch, dass wir jetzt zusammenziehen“ (C, 284–92).

In ihrer Darstellung wendet sie das bereits beschriebene Muster der Außenorientierung an. Frau C. scheint in Bezug auf die Tochter ihres Partners unsicher zu sein. Sie greift in ihren Äußerungen negative gesellschaftliche Zuschreibungen der Rolle als Stiefmutter auf, indem sie sowohl eine Konkurrenz mit der Tochter als auch mit der biologischen Mutter befürchtet. Frau C. erklärt die positive Reaktion des Mädchens auf sie damit, dass das Kind „halt auch so dieses heile Familienleben irgendwo sucht, so Vater, Mutter, Kind“ (C, 297–8). Die hier von Frau C. verwendeten Begrifflichkeiten knüpfen an traditionelle Familienvorstellungen an. Nur eine ‘vollständige’ Kleinfamilie ist hiernach eine heile Familie. Die alleinerziehende Lebensform wird damit pauschal abgewertet. Frau C. möchte mithelfen, dieses „heile Familienleben“ für das Kind herzustellen. Frau C.s traditionelle Vorstellungen von Familie werden auch in ihrer Antwort auf die Frage, ob denn die Mutter keinen Partner hat, deutlich:

> „Doch, sie hat einen neuen Partner, aber lebt nicht mit dem Partner zusammen und (...) die Mutter ist sehr viel unterwegs, und wohl auch nicht so für das Kind da. (Pause 2 sec) Was natürlich auch immer was anderes ist, wenn jetzt das Kind jetzt nur das Wochenende da ist, dann beschäftigt man sich auch ganz anders dann damit, das ist ja klar. Als wenn so ein Kind dann halt jeden Tag dann um einen rum ist. Ich hab eigentlich eher den Eindruck, dass das Kind ja vor dem Fernseher geparkt wird, so. Mehr oder weniger. Dass die Auseinandersetzung mit dem Kind nicht so stattfindet“ (C, 303–10).

Als Ideal dient auch hier offenbar eine Kleinfamilie, in der ein Paar zusammenlebt und die Mutter die Hauptverantwortung für das Kind übernimmt und ihren Fokus auf die häusliche Sphäre legt. Frau C. formuliert hohe Ansprüche an Mutterschaft, die mit einer zeitintensiven Erwerbsarbeit unvereinbar scheint. Dann relativiert sie ihre Kritik an der leiblichen Mutter, indem sie zwischen der täglichen und der gelegentlichen Sorgearbeit unterscheidet und deutlich macht, dass an erstere nicht dieselben hohen Ansprüche gestellt werden können.

3.4.2 Freundschaften: „ein Familienersatz“

Im Erstinterview erklärt Frau C., Freundschaften sind sehr wichtig für sie: „Also mit denen treffe ich mich ja dann halt auch, abends oder so. Das ist äh, ich hab keine große Familie und unser Familienzusammenhalt ist nicht besonders groß. Das ist eigentlich so was wie ein Familienersatz. Kann man schon sagen“ (C I1, 513–6). Interessant ist, dass Frau C. wie auch Frau B. Freundschaften als Familienersatz bezeichnet. Wer keine Familie hat, dies scheint auch Frau C. so zu empfinden, muss dieses gesellschaftlich zugeschriebene Defizit durch etwas ersetzen.

Wie wichtig Freundschaften für Frau C. sind, zeigt sich auch daran, dass sie sehr viel Zeit mit ihren FreundInnen verbringt. Im ersten Interview berichtet sie, dass sie fünf bis sechs Abende in der Woche unterwegs ist. Sie geht zwei Mal pro Woche Salsa tanzen, nimmt an kulturellen Aktivitäten teil, fährt Fahrrad, geht spazieren oder kocht mit Freunden.[27] Wie Frau A. und Frau B., die enge Freundschaften vor allem mit anderen Menschen ohne Kinder pflegen, erklärt auch Frau C., dass die Mehrheit in ihrem Freundeskreis keine Kinder hat (vgl. C, 517). Der Kontakt mit Eltern ist ihrer Ansicht nach schwieriger, weil die Verabredungen anders getroffen werden; vor allem kritisiert sie deren mangelnde Spontaneität (vgl. C, 524). Die Gründe verortet sie alleine bei den Müttern. So sagt sie: „Wobei ich halt auch denk, dass man auch als Alleinerziehende sehr wohl den Kontakt halten kann, zu seinen Freunden und Freundinnen dann auch. Ist halt ne Frage der Organisation. Und wenn ich keine Möglichkeit habe wegzugehen, ja dann lad ich die Leute dann vielleicht dann auch eher zu mir ein“ (C, 526–33). Sie individualisiert die Probleme alleinerziehender Mütter, indem sie diese als eine Frage der individuellen Organisation und nicht der Ressourcen oder der strukturellen Gegebenheiten darstellt.

Auch anhand einer Frage zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen wird deutlich, wie wichtig Freundschaften und Freizeitaktivitäten für Frau C. sind (vgl. C I1, 576–81). Frau C. zeigt, dass auch Menschen ohne Kinder Vereinbarkeitsprobleme haben können (vgl. Correll 2005b). ‘Vereinbarkeit’ wird hier breiter als im gesellschaftlichen Diskurs definiert, es gilt, Erwerbsarbeit mit Freundschaften und Freizeitaktivitäten zu vereinbaren. Dabei fällt die starke Gegenwartsorientierung von Frau C. auf. Sie reflektiert in ihrer jetzigen Lebensphase – anders als Frau A. und Frau B. – nicht oder wenig ihr zukünftiges, möglicherweise familiäres Leben, sondern misst diesen Fragen keine Relevanz zu.

---

27 Auch anhand ihrer Soziometrie, die sie am Ende des ersten Interviews zeichnet, wird deutlich, dass ihre Freunde für sie sehr bedeutsam sind. Im engeren Kreis der Menschen, die ihr besonders nahe stehen, zeichnet sie insgesamt vier Freundinnen ein, dazu ihren damaligen Partner und zwei Freunde, die gleichzeitig auch Kollegen sind. Ihre Eltern hingegen werden von ihr, wie auch weitere drei Freunde und zwei Freundinnen, im äußeren Kreis eingezeichnet.

Anrufungen zur Mutterschaft aus dem privaten Umfeld: „Wird ja langsam mal Zeit“

Danach gefragt, ob sie aufgrund ihres Lebensalters und ihrer Lebensform ohne Kinder mit Anrufungen des Umfeldes konfrontiert war, sagt Frau C.:

> „Wird ja langsam mal Zeit. Doch ja, sowohl als auch. Also auch von den Eltern auch, und ansonsten mit Menschen, die einen neu kennen lernen und wenn man so ein bisschen erzählt von sich dann auch und ja dann sagt, Kinder hab ich nicht, dass die dann schon fragen: Hat das einen bestimmten Grund jetzt, also wenn man sich so ein bisschen näher kennt dann schon. Ja“ (C, 446–50).

Frau C. benennt hier eine zentrale Frage, mit der sie sowohl durch ihre Eltern als auch im Bekanntenkreis konfrontiert ist. Mutterschaft wird in dieser Frage als Normalität konstruiert, die in einem bestimmten Lebensalter angenommen und nachgefragt werden kann. Wenn Frau C. neue Kontakte knüpft, wird sie aufgefordert, ihren Lebensentwurf zu begründen, während Elternschaft in der Regel nicht begründungsbedürftig ist. Eine konkrete Nachfrage, warum sie keine Kinder hat, erfolgt jedoch erst bei näherem Kennenlernen, was darauf hindeutet, dass dieses Thema als Privatsache gilt. Auf die Nachfrage: „Und dass Sie sich irgendwie komisch behandelt gefühlt haben oder schlecht behandelt gefühlt haben, deswegen?“, sagt Frau C.:

> „Nee, das nicht, also ich habe die Erfahrung einmal gemacht, als ich ne Zeitlang außerhalb von N. gewohnt habe, dass man in bestimmte Bereiche ganz schlecht reingekommen ist, oder dass man halt auch schlechter Leute kennen gelernt hat. Also Voraussetzung für so ne mittlere Kleinstadt ist, glaube ich, eigentlich schon, dass man einen Kinderwagen vor sich her schiebt, weil ansonsten bekommt man da kaum Kontakte“ (C, 453–8).

Aufgrund eigener Erfahrungen ist Frau C. bewusst, dass der Mutterstatus abhängig vom Milieu durchaus Inklusions- bzw. Exklusionseffekte mit sich bringen kann. Dass sie von dieser Erfahrung nach eigenem Bekunden ‘erschreckt’ wurde, führt vor, dass Frau C. mit ihrem individualistischen Lebenskonzept an großstädtische, bzw. liberale Milieus gebunden bleibt, um bei ausbleibender Mutterschaft sozial auch dauerhaft integriert bleiben zu können. Erst die Seitenblicke auf Freundinnen mit Kindern, insbesondere innerhalb des kleinstädtischen Milieus, führen Frau C. die Nischen vor, in denen sie vor den Mutterschaftsanrufungen relativ geschützt ist.

3.5 Geschlechtliche Wissensvorräte und Anrufungen in der Herkunftsfamilie: „geordnete Bahnen“

3.5.1 Mutter: „mit Leib und Seele Ehefrau“

Frau C. antwortet auf die Eingangsfrage des zweiten Interviews: „Was ist deine Mutter für eine Frau?“[28], indem sie aus der Erwachsenensicht berichtet, wie sie ihre Mutter heute wahrnimmt:

> „Also ich find meine Mutter ist eine ziemlich starke Frau, eine ziemlich starke Persönlichkeit auch, die ziemlich genau weiß, was sie will. Und ja aber mit Leib und Seele ja Ehefrau ist, also für meinen Vater dann auch irgendwie da sein will, aber schon zusehen möchte, dass das gemeinsame Leben dann halt so in geordneten Bahnen dann halt verläuft“ (C, 18–23).

Ihre Mutter wird hier als moderne Frau beschrieben, als autonome, unabhängige, individualisierte Frau. Allerdings wird diese Zuschreibung jeweils durch den Zusatz „ziemlich“ relativiert. Die folgende Beschreibung, dass ihre Mutter „mit Leib und Seele ja Ehefrau ist“, baut Frau C. mit einem „aber“ als einen Kontrast zu der starken Persönlichkeit ihrer Mutter auf. Eine Ehefrau stellt ihre eigenen Interessen und Wünsche zurück. Der Kontrast, den Frau C. hier anlegt, zwischen traditioneller Ehefrau und moderner unabhängiger Frau, stellt einen der zentralen Gegensätze dar, auf die sie im Interview immer wieder zurückkommt. So erzählt sie z.B. in einer längeren Passage von der Vergangenheit ihrer Mutter, die bis zur Heirat relativ abwechslungsreich war[29] und danach „eigentlich eher langweilig“(C, 37). Das Bild der Mutter als junger Frau in der öffentlichen Sphäre wird von Frau C. überhöht, während das Leben nach der Eheschließung abgewertet wird. Deutlich wird, dass für Frau C. ihre Mutter höchstens als junge, unabhängige Frau eine Vorbildfunktion hatte.

Der Beruf der Mutter von Frau C. bleibt im Interview zunächst unklar. Erst im Anschluss an die Erzählung über die Jugend ihrer Mutter erzählt Frau C., dass ihre Mutter in einer „Art Hotel“ (C, 106–12) gearbeitet hat, wo die Familie damals auch lebte. Auf die konkrete Berufstätigkeit der Mutter geht sie nicht ein, z.B. erwähnt sie nicht, was deren konkretes Tätigkeitsfeld war. Es spricht einiges dafür, dass ihre Mutter unqualifiziert beschäftigt war, da sie keine Ausbildung hatte. Diese Art der Erwerbstätigkeit dient vorrangig dem Gelderwerb, vermutlich auch deshalb werden von Frau C. nur die positiven Seiten der Rahmenbedingungen hervorgehoben: „Und aber dadurch, dass sie dort gearbeitet hat und wir auch dort gewohnt haben, war sie für mich eigentlich dauerhaft auch ansprechbar“ (C, 111–3). Die klare Trennung

28 Für die Interpretation der Eingangsfrage siehe Falldarstellung I: Frau A.

29 Die Mutter war „mutig“ und ist mit 14/15 von zuhause weggegangen und ihrem Bruder gefolgt (vgl. C, 40). Sie hat den „Schoß der Familie“ (C, 51) verlassen und auf dem Jahrmarkt und in einer Kneipe gearbeitet.

zwischen Beruf und Privatleben ist hier aufgehoben: Ihre Mutter ist auch während ihrer Erwerbsarbeit für die Tochter erreichbar. Dies kann als eine Aufwertung der Mutterrolle gedeutet werden.

In Bezug auf ihre Erziehung erzählt Frau C., dass sie traditionellen Geschlechterrollen entsprechend erzogen wurde, z.B. durfte sie sich als Mädchen nicht schmutzig machen. 'Erziehen' heißt hier: feste Regeln zu setzen, deren Einhaltung zu kontrollieren und Fehlverhalten zu bestrafen. Ihre Erziehung betrachtet sie im Nachhinein als „einfach zum Teil viel zu streng" (C, 193).

Ihre Eltern, so berichtet Frau C., wollten nur ein Kind haben. Mehr als ein Kind „wollten sie sich finanziell wohl auch halt nicht leisten" (C 126–7). Sie beschreibt diese Entscheidung als eine Wahl zwischen einem weiteren Kind und der Teilhabe an weiterem Wohlstand.[30] Ihre Eltern, die selbst beide aus sehr armen Verhältnissen kommen, waren auf dem Weg in die Mittelschicht (eigenes Auto, Urlaub) und das ging für sie nur mit einem Kind.

3.5.2 Vater: Bewunderung für den abwesenden Vater

Nach ihrem Vater befragt, beginnt sie wie bei ihrer Mutter, indem sie ihr Verhältnis zu ihm beschreibt: „Ja, mein Vater. Ja, ich war früher ein Papakind und meinen Vater fand ich toll und hab ich bewundert, so in der Kindheit" (C 74–5). Frau C. beschreibt, dass sie sich früher ihrem Vater näher fühlte als ihrer Mutter. Die Aussage, dass sie ihn bewundert hat, was man in der Regel von der Ferne aus tut, deutet auf ein distanziertes und eher wenig alltägliches Verhältnis zu ihrem Vater hin, was sich anderen Stellen im Interview bestätigt. So erzählt sie, dass er beruflich stark eingebunden war und sie oft abends nur kurz und am Wochenende gesehen hat (vgl. C, 188–9).

Ungewöhnlich ist, dass Frau C. die Rolle des Vaters in der öffentlichen Sphäre kaum thematisiert, anders als alle anderen Befragten. Sie vermeidet es im gesamten Interview dezidiert, den Beruf ihres Vaters zu nennen, indem sie sagt: „mein Vater hat einen anderen Job gehabt" (C, 111). Erst auf Nachfrage im Anschluss an das Interview erklärt Frau C. für den schriftlichen Fragebogen, ihr Vater sei Busfahrer gewesen ist. Dass sie seinen Beruf nicht erwähnt, könnte damit zusammenhängen, dass sie einen beruflichen Aufstieg geschafft hat und ihm im Status überlegen ist. Festzuhalten ist, dass Frau C. zwar die emotionale Nähe zu ihrem Vater betont, ihr Vater aber für sie mit seinem Lebensentwurf keinen Vorbildcharakter hat. Dies gilt auch für die Rollenverteilung der Eltern, die traditionell ist (der Vater ist für

30 „Weil so ein Kind ja doch einiges kostet und meine Eltern ham halt nicht so die Reichtümer dann halt auch verdient. Und hatten dann schon vor, also Auto möchten wir haben, und halt in den Urlaub fahren können, so was. Und das konnten wir uns dann nicht mehr leisten" (C, 127–30).

das Auto und für technische Dinge zuständig, während die Mutter den Haushalt betreut (vgl. C, 96–100).

Anrufungen zur Mutterschaft aus der Herkunftsfamilie

Die Anrufungen ihrer Eltern zur Mutterschaft schildert Frau C. nicht ausführlich; sie erwähnt nur kurz, dass ihre Eltern sehr wohl nachfragen. Konkret benennt sie hier, wie schon erwähnt, die Frage: „Wird ja langsam mal Zeit?" (C, 446). Dies zeigt, dass für ihre Eltern Kinder zu bekommen keine grundsätzliche Frage, sondern nur eine Frage der Zeit ist. Wie Frau C. auf diese Anrufungen reagiert, erklärt sie nicht. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass sie diese Nachfragen nicht belasten. Wahrscheinlich schwächt auch die relativ große Distanz, die Frau C. zu ihrer Herkunftsfamilie und deren Lebensentwürfen beschreibt, die Bedeutung der Anrufungen für sie ab. Zudem scheint nicht nur für Frau C., sondern auch im Umfeld der Eltern die alleinerziehende Lebensform nicht vorstellbar zu sein, und da Frau C. in den letzten Jahren immer wieder kurze, wechselnde Partnerschaften hatte, könnten die Anrufungen auch deshalb weniger deutlich und virulent sein.

3.6 Gesellschaftspolitische Anrufungen: Reflexion von geschlechtlichen Wissensvorräten

Auch Frau C. kann keine öffentlichen Vorbilder benennen (vgl. C, 605). Mit welchen Frauen sie sich am stärksten identifiziert, wird im Gespräch über Bilder von Frauen deutlich.[31] Frau C. wendet sich von traditionellen Frauenbildern ('Leben für andere') ab und präferiert demgegenüber die Folie einer autonomen, lebensbejahenden und lustbetonten weiblichen Identität. Gleichzeitig zeigt sich auch anhand ihrer Aussagen zu den Bildern der schon erwähnte Gegensatz zwischen Frau C.s autonomem Lebensideal und ihrem gleichzeitigen Wunsch nach einer traditionellen Kleinfamilie (vgl. C, 753 und 772–4).

Im weiteren Gespräch über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft kommt das Gespräch auf die Frage, ob es Differenzen zwischen ihrer Generation und der ihrer Mutter gibt. Dazu sagt Frau C.:

> „Ja, ich denke schon, dass sich das verändert hat. Also die Bezahlung ist ja beispielsweise immer noch teilweise unterschiedlich, aber ich find, da hat sich eine Menge getan. Es hat sich in vielen Ländern ja auch mittlerweile durchgesetzt, dass auch Frauen ein Wahlrecht haben. Und ich denk schon, dass die Frauen auch in der Gesellschaft anders gesehen werden,

31 In jedem Interview wurden fünf Bilder von Frauen aus Frauenzeitschriften/Werbeanzeigen gezeigt und besprochen. Damit sollte implizites Geschlechter-Wissen (Körperlichkeit etc.) thematisiert werden. Mehr zu den Bildern und zur Vorgehensweise vgl. Teil II, Abschnitt 3.1.1.

> auch mehr akzeptiert werden, als zu der Zeit, jetzt meiner Eltern. Als sie damals irgendwie 30/40 waren, oder so. Das sich da schon in den letzten 20 Jahren eine ganze Menge getan hat/25 Jahren“ (C, 634–41).

Frau C. versteht das Geschlechterverhältnis als historisch konstruiert. Gleichzeit verfügt sie über ein eher allgemeines, teilweise diffuses Geschlechterwissen. So benennt sie wenige konkrete Fakten, wie z.B. die geschlechtsspezifische Einkommensungleichheit. Ähnlich wie in Bezug auf den Wandel in der Verwaltung scheint Frau C. auch in Bezug auf den allgemeinen gesellschaftlichen Wandel der Geschlechterverhältnisse nicht zu wissen, wie diese Veränderungen entstanden sind und damit auch nicht, wie weitere Veränderungen erreicht werden können.

Auf die Frage: „Meinen Sie denn, dass es unterschiedlich ist, wofür Männer und Frauen Bestätigung kriegen und Anerkennung?“, sagt Frau C.:

> „Ja. Also in einigen Bereichen ja, in einigen Bereichen nein (lacht). Ich glaub das hängt sehr stark auch von den Personen ab. Die Person, die diese Bestätigung ausschreiben oder ausstellen können, oder nicht. Und oftmals im Beruf bekommen Männer leichter Bestätigung dann auch werden leichter irgendwelche ja Qualifikationen dann halt bescheinigt, und Frauen müssen sich oftmals sehr viel mehr dann dafür anstrengen. Das find ich auch schon eine Sauerei und auch ärgerlich, klar“ (C, 617–23).

Zunächst antwortet Frau C., indem sie die These einer allgemeinen Ungleichbehandlung der Geschlechter ablehnt. Stattdessen verweist sie darauf, dass es nicht ausschließlich eine Geschlechterfrage ist, sondern in hohem Maße von der individuellen Person abhängt. Dann ergänzt sie, dass Anerkennung eine Machtfrage ist und es darauf ankommt, wer Anerkennung verteilt und welche Anerkennung wie viel Wert hat. Hier verwendet sie Verben, die an eine Amtssprache erinnern, in der anonyme Autoritäten Bescheinigungen oder Atteste „ausstellen“. Sie kommt dann auf den Beruf zu sprechen. Männer erfahren im Beruf mehr Anerkennung als Frauen, die dafür mehr leisten müssen. Hier äußert sie starke negative Gefühle gegenüber solcher Ungleichbehandlung der Geschlechter. Für Frau C. ist Gleichberechtigung ein Ziel, das gesamtgesellschaftlich allerdings laut Frau C. noch nicht erreicht ist (vgl. C, 643).

Auf die Frage, was sie „von den höheren Kosten für Kinderlose in der Pflegeversicherung“ hält, sagt Frau C.: „Ja, ich find das schon richtig. Das ist halt so eine Art Solidarbeitrag, den man da in der Richtung halt auch zahlt. Von daher find [ich, LC] das schon okay, hab ich keine Schwierigkeiten mit (Pause 4 sec). Dann sollte man lieber versuchen, die Kosten an anderer Stelle wieder reinzuholen. Oder die Kosten senken“ (C, 468–72). Frau C. versteht die höheren Beiträge als eine Art Umverteilung, die sie unproblematisch findet. Es fällt auf, dass sie hier in anonymer Weise von „man zahlt“ spricht und nicht von sich als ‘Kinderloser’. Sie erlebt sich nicht direkt als Teil der gesellschaftlichen Gruppe der ‘Kinderlosen’. Dies kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass sie diesen Zustand als Übergangszustand für sich deklariert. Zudem ist

diese gesellschaftliche Gruppe als Interessengruppe im gesellschaftspolitischen Diskurs kaum existent und ‘Kinderlosigkeit’ ist nach wie vor eine Negativzuschreibung.

3.7 Zusammenfassung Frau C.

Frau C. ist zu beiden Interviewzeitpunkten jeweils seit kurzem in einer neuen Partnerschaft. Der zweite Partner hat eine Tochter. Kinder zu kriegen wird von Frau C. als Wahl dargestellt. Nicht alle Frauen haben einen ‘Kinderwunsch’. Sie greift, um die Entwicklung ihrer Vorstellungen darzustellen, nicht auf naturalisierende Diskurse wie etwa auf die ‘biologische Uhr’ zurück. Frau C. selbst wollte zunächst keine Kinder haben und hat im Lauf der Zeit ein stärkeres Bedürfnis, Kinder zu bekommen, entwickelt. Dieses Bedürfnis ist, wie anhand ihrer Zukunftsvorstellungen gezeigt wurde, ambivalent. Kinder zu bekommen bleibt für Frau C. eine Option unter vielen, die sie nur dann umsetzen will, wenn es „passt“. Kinder zu bekommen ist für Frau C. sehr voraussetzungsvoll und bedarf rationaler Planung. Vor allem gehört dazu der „richtige“ Partner, aber auch ökonomische Gründe können gegen ein Kind sprechen. Zudem thematisiert Frau C. auch negative Aspekte von Mutterschaft und insbesondere von Babys und Kleinkindern, die sie als anstrengend beschreibt. Besonders bedrohlich empfindet sie den von ihr erwarteten Kontrollverlust und die eigene Hilflosigkeit.

Kinder kann Frau C. sich nur in traditionellen Kleinfamilien vorstellen. So erfährt die alleinerziehende Lebensform von Frau C. eine Abwertung. Auch die Patchwork-Familie, die sie sich zusammen mit ihrem neuen Partner und dessen Tochter aufbauen möchte, misst Frau C. an den Maßstäben einer traditionellen Kleinfamilie. So sieht sie es etwa nicht als Vorteil, dass das Kind durch die zwei Familien mehrere Bezugspersonen hat, und die leibliche Mutter der Tochter ihres Partners wird von ihr am traditionellen westdeutschen Mutterideal gemessen und kritisiert, da sie ihrer Verantwortung nicht angemessen nachkommt. Frau C. reproduziert hier das westdeutsche Mutterideal: die Mutter als Hauptverantwortliche für die Kinder, deren andere Interessen hinter dieser Aufgabe zurückstehen müssen. Gleichzeitig wertet sie den Lebensentwurf ihrer eigenen Mutter, welche mit „Leib und Seele“ Ehefrau ist, als langweilig ab, wohingegen sie den autonomen, selbstständigen Lebensentwurf für Frauen aufwertet. Frau C. formuliert keine alternativen Familienvorstellungen bzw. -modelle, in denen eine Frau Mutter werden kann, ohne gleichzeitig ihre Selbstständigkeit aufzugeben.

Eine wichtige Denkfigur scheint für Frau C. die Entschleunigung biographischer Zeit und vor allem die Illusion der Entschleunigung fruchtbarer Zeit zu sein. Ungeachtet ihres Alters hegt sie die Vorstellung, sich immer noch jederzeit für Kinder entscheiden zu können. Zwar spricht sie kurz über biologische Gründe, die ihre Elternschaft verhindern könnten, aber dies hat zumindest bis zum Zeitpunkt des

Interviews zu keinen praktischen Konsequenzen geführt. Das ist insofern besonders bemerkenswert, als diese Verschiebung bei Frau C. nicht wie beispielsweise bei Frauen mit Hochschulausbildung durch lange Bildungszeiten und einen späten Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erklären ist. Sie arbeitet seit ihrem Realschulabschluss in der Verwaltung und ist intern aufgestiegen. Sie verfügt über einen unbefristeten Arbeitsvertrag; zudem ist ihre weitere Berufslaufbahn planbar. In Bezug auf ihre Arbeit verläuft das Leben von Frau C. in „geordneten Bahnen", sie ist verbeamtet und seit ihrem Schulabschluss durchgängig bei demselben Arbeitgeber beschäftigt. Vor dem Hintergrund ihrer Herkunftsfamilie kann ihre Berufstätigkeit als sozialer Aufstieg bezeichnet werden. Die Arbeit bietet ihr finanzielle Absicherung und Teilhabe am sozialen Leben, da sich ihr Freundes- und Kollegenkreis stark überschneiden und ihr der Arbeitsplatz zudem als 'Partnervermittlung' dient. Inhaltlich bildet ihre Erwerbsarbeit aber keine starke Identifikationsfolie für sie. Einerseits verschaffen der gesicherte Arbeitsplatz von Frau C. sowie die vergleichsweise guten Möglichkeiten, die der Arbeitgeber zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet, einen Rahmen, um die Entscheidung für Kinder positiv zu beeinflussen. Anderseits sorgen ihre äußerlich kontinuierlichen Rahmenbedingungen dafür, dass sie nicht gezwungen ist, Kinderzeiten frühzeitig einzuplanen, was die mögliche Tendenz, gar nicht zu planen, unterstützen würde. Die in der Verwaltung vorherrschenden Wissensvorräte mit der traditionellen weiblichen Normalitätsfolie entfalten im Leben von Frau C. vor allem aufgrund der langen Verweildauer in der Verwaltung, der mangelnden Erfahrung in anderen Berufs- und Bildungskontexten und der starken Überschneidung von Arbeit und Freundschaften eine große Wirkmächtigkeit. Diese wird durch ihre geringe berufliche Identifikation abgeschwächt. Trotz der großen Wirkmächtigkeit berichtet Frau C. nicht von Anrufungen zur Mutterschaft im Arbeitskontext. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass sie ihre Lebensform nicht als dauerhafte, sondern nur als temporäre Abweichung erlebt.

Frau C. berichtet im Interview nur auf Nachfrage von Anrufungen zur Mutterschaft. Vor allem von ihrer Herkunftsfamilie wird nachgefragt, *wann* sie Kinder bekommt und nicht, *ob* sie Kinder bekommt. Wie sie auf Nachfragen nach Mutterschaft konkret reagiert, erläutert Frau C. nicht. Deutlich wird aber, dass sie sich von den indirekten Erwartungen durch den traditionellen Lebensentwurf ihrer Eltern und ihre traditionelle Erziehung, in der z.B. Bildung für Mädchen abgewertet wird, stark abgrenzt, u.a. indem sie den Lebensentwurf der Mutter abwertet und ihre Bildungsambitionen zwar nicht direkt nach ihrem Schulabschluss, aber auf längere Sicht umsetzt. Auch aus ihrem persönlichen Umfeld kennt Frau C. Nachfragen zu ihrem Lebensentwurf ohne Kinder. Besonders stark war sie damit konfrontiert, als sie eine Zeitlang in einer Kleinstadt lebte, wo die soziale Integration und Akzeptanz von Frauen vorrangig über Kinder organisiert ist. In der Stadt N. gelingt es Frau C., sich ein soziales Umfeld aufzubauen, in dem, wie in ihrem Freundeskreis, den sie

als „Ersatzfamilie" bezeichnet, ihre Lebensform ohne Kinder keine Abweichung darstellt. Die Mehrheit im Freundeskreis hat gleichfalls keine Kinder. Nur im Bekanntenkreis ist sie weiterhin mit Nachfragen konfrontiert.

Frau C.s Strategie des Umgangs mit dem Thema 'Kinder kriegen' kann als Verschiebung bezeichnet werden. Diese Verschiebung ist, so wird an der Rekonstruktion der Fallstruktur deutlich, auch darauf zurückzuführen, dass für Frau C. nur ein 'entweder-oder' existiert: Entweder als selbstständige Frau ohne Kinder unabhängig zu sein und vor allem ihre Freundschaften zu pflegen und eine aktive Freizeitgestaltung zu betreiben – oder als Mutter in einer traditionellen Kleinfamilie das „ziemlich langweilige" Leben ihrer Mutter zu wiederholen. Sie löst dieses Dilemma, indem sie ihre Lebensform ohne Kinder als temporär markiert, an der Option, Kinder zu bekommen, festhält und gleichzeitig ihre traditionellen Vorstellungen von Familie aufrechterhält. Auch das Wissen über strukturelle Geschlechterungleichheit, über das Frau C. punktuell verfügt, erhöht ihre Handlungsmächtigkeit nicht, insbesondere da Frau C. in Bezug auf Geschlechterungleichheiten nur um individuelle, nicht aber um kollektive Lösungen weiß.

4. Falldarstellung IV – Frau D.: Die Unbestimmbarkeit von sozialer Mutterschaft

4.1 Kurzportrait

Frau D. ist zum Zeitpunkt des Interviews 41 Jahre alt. Sie ist Einzelkind und wuchs nach der Trennung ihrer Eltern, bei der sie sechs Jahre alt war, bei ihrer Mutter auf. Der Vater von Frau D. ist in der Werbebranche tätig, die Mutter hat Einzelhandelskauffrau gelernt und betrieb einige Jahre lang eine Boutique. Frau D. arbeitet, seitdem sie die Mittlere Reife absolviert hat, in verschiedenen Abteilungen in der Verwaltung. Sie holte parallel zur Arbeit erst das Fachabitur nach, studierte anschließend einige Semester, brach das Studium ab und schlug schließlich den verwaltungsinternen Aufstiegsweg ein und besuchte die Verwaltungshochschule für die gehobene Laufbahn. Sie war in der Verwaltung in unterschiedlichen Arbeitsfeldern tätig, derzeit arbeitet sie als Beamtin Vollzeit im Bereich Finanzen. Frau D. ist seit zehn Jahren verheiratet. Ihr Mann ist in der privaten Wirtschaft tätig. Er hat eine Tochter in die Ehe mit eingebracht, die damals 10 Jahre alt war. Die Tochter wird von ihm und der Mutter des Kindes gemeinsam aufgezogen. Frau D. kümmert sich regelmäßig um ihre Mutter und teilweise noch um weitere Verwandte. Das Interview findet in einem Café in der Nähe ihres Arbeitsplatzes statt.

Auf die Frage, ob in früheren Partnerschaften Kinder schon ein Thema waren, erklärt Frau D.:

> „Ja, ne, Jein, also nicht wirklich. So wie man mal drüber rumspinnt in so einer verliebten Situation, aber nicht ernsthaft. (...) Also, weil eben bei dem ersten war ich selbst noch viel zu jung und bei dem zweiten, da war es eben, also mit dem ich dann zusammengewohnt hab, da war er noch in der Ausbildung, hat dann später noch mal umgesattelt, also das wäre finanzieller Selbstmord gewesen. Also, das wollte ich auch nicht" (D, 233–8).

Zunächst fällt Frau D.s ambivalenter Einstieg auf. Von einer Zustimmung gelangt sie über eine Ablehnung zu einer uneindeutigen Antwort. Es gibt ein „wirkliches", ernsthaftes Sprechen über gemeinsame Kinder und ein spielerisches. Dieses spielerische Thematisieren von gemeinsamen Kindern steht für Frau D. im Zusammenhang mit starken Gefühlen. Allerdings nennt sie hier nicht Liebe, also kein ernsthaftes, dauerhaftes Gefühl, sondern Verliebtheit. Dieses Gefühl führt Frau D. zufolge scheinbar bei allen Menschen („man") dazu, einen gemeinsamen 'Kinderwunsch' zumindest als Gedankenkonstrukt zu entwickeln. Frau D. formuliert Gründe, die in ihren beiden früheren Partnerschaften gegen Kinder sprachen: Erstens das eigene Alter, denn erst ab einem bestimmten Alter fühlt sie sich nicht mehr zu jung für eigene Kinder. Zweitens vertritt sie das auch diskursiv vorherrschende Drei-Phasenmodell (vgl. Teil III, Abschnitt 1.), das Elternschaft erst nach dem Abschluss der Ausbildungsphase beider Partner für sinnvoll erachtet. Der drastische Ausdruck „das wäre finanzieller Selbstmord gewesen", erscheint vor dem Hintergrund, dass Frau D. auch damals schon verbeamtet war und damit eine unbefristete, gesicherte Stelle bei der Verwaltung hatte, erstaunlich. Es sind verschiedene Lesarten vorstellbar. Erstens: Frau D. hat traditionelle Geschlechtervorstellungen und ohne eine finanziell gesicherte Stellung des Vaters und Familienernährers ist es nicht vorstellbar, Kinder zu bekommen. Damit verbunden wäre dann auch die Vorstellung, als Mutter, wie in Westdeutschland zu dieser Zeit üblich, drei Jahre lang mit dem Kind zuhause zu bleiben.[32] Eine zweite Deutung wäre, dass sie sich nicht sicher war, ob die Beziehung stabil genug ist und daher darüber nachdachte, ob sie es finanziell auch alleinerziehend schaffen könnte, ein Kind aufzuziehen. Diese Lesart wird dadurch gestützt, dass Frau D. im Verlauf des Interviews immer wieder auf die Bedeutung finanzieller Stabilität verweist, z.B. im Zusammenhang mit ihrer Herkunftsfamilie. Hier kann festhalten werden, dass Frau D. es als rationale Entscheidung auffasst, Kinder zu bekommen, die es vor dem Hintergrund der jeweiligen Gelegenheitsstrukturen zu treffen gilt. Deutlich wird zudem eine grundlegende Ambivalenz in Bezug auf eine

32 Zumal es vor 1986 kein Erziehungsgeld gab (vgl. Teil III, Abschnitt 1.3).

potentielle Mutterschaft in früheren Beziehungen. Es stellt sich die Frage, inwiefern diese Ambivalenz auch in ihrer Ehe erhalten bleibt.

Ihr Ehemann hat ein Kind, das er mit aufzieht. Auf die Frage: „Und gab es dann irgendwann noch die Idee, noch gemeinsam ein Kind zu kriegen?", sagt Frau D.: „Ja, ja (lacht), die Idee gab's schon. Also erst von ihm gar nicht, weil er Angst hatte, dass ihm das noch mal passiert. So nach dem Motto: Sie war zwei und dann war die ganze Geschichte erledigt von Seiten der Frau und sie hat so ungefähr gesagt: Nimm's hin und mach was draus" (D, 279–84). Ihr Mann wollte also zunächst kein Kind. Frau D.s eigene Gefühle, z.B. ob es für sie schmerzhaft oder schwierig gewesen ist, weil sie seine Angst als mangelndes Vertrauen in sie und die Stabilität ihrer Beziehung empfunden hat, beschreibt sie nicht. Sie fährt fort und erzählt, dass ihr eigenes Bedürfnis, Kinder zu bekommen, auch nicht immer eindeutig gewesen ist:

> „Also erst wollte er nicht, dann wollte ich nicht (lacht) und ging das immer hin und her. Und als ich mir das vorstellen konnte, hatte ich aber auch die Ausbildung angefangen für den Aufstieg hier bei der Stadt, hätte es auch nicht gepasst. Und na ja und ne Zeitlang ist auch gar nichts passiert, aber jetzt wissen wir auch warum, weil ich bin jetzt Ende März operiert worden (...). Ja und währenddessen haben sie auch festgestellt, dass (...) auch die Eileiter komplett verschlossen waren, hätte man vielleicht auch schon mal eher feststellen können, aber na ja. Also es wäre nie gegangen, nicht in diesem Zustand, ich weiß nicht, wie lange der schon vorhielt, aber das hätte nie funktioniert" (D, 278–306).

Frau D. und ihr Partner erzielten über viele Jahre keine Einigkeit darüber, ob sie ein gemeinsames Kind bekommen wollen. Gleichzeitig wurde das Thema regelmäßig besprochen und war insofern bedeutsam. Über diese Uneinigkeit formuliert Frau D. keine negativen Gefühle (wie etwa „das war traurig"), sondern sie berichtet davon beinahe in der Diktion eines sportlichen Wettbewerb, („hin und her"), bei dem immer einer 'die Nase vorn hat'. Beide schließen ein gemeinsames Kind nicht aus, knüpfen Elternschaft aber jeweils an unterschiedliche Bedingungen. Während für den Ehemann die Stabilität der Beziehung zentral ist, betont Frau D. abermals die Unvereinbarkeit von Ausbildung und Kind. Für Frau D. ist das Bedürfnis nach einem Kind nicht zentral, sondern ein Kind muss „passen". Eine Weile scheint es für beide 'gepasst' zu haben und sie probiert, schwanger zu werden, was nicht gelingt. Frau D. formuliert dies mit „ist auch gar nichts passiert" sehr distanziert. Auf die Nachfrage, ob sie sich, als sie es eine Weile ernsthaft versuchten, untersuchen ließen, sagt Frau D.:

> „Ja, ich hab meinem Arzt das gesagt, und er hat dann nur gesagt, was jetzt noch, da war ich Mitte 30, dann aber flott, und das war's (lacht). Und es ist eben nichts passiert, ja gut, was soll man da machen. Ich bin jetzt kein Mensch, der in irgendeine Klinik geht und sagt: Kümmert euch mal drum, das wollte ich dann auch nicht. (...) Ja und jetzt habe ich auch meinen 41sten Geburtstag hinter mich gebracht, also ich glaub, die Entscheidung hat sich jetzt erledigt (lacht)" (D, 309–18).

Der Arzt von Frau D. wiederholt ihr gegenüber die gesellschaftlichen Zuschreibungen, nach denen Frauen, die über 35-jährig Kinder bekommen, als spätgebärend

wahrgenommen werden. Frau D. formuliert hier weder Gefühle der Trauer oder der Wut über die 'verpasste' Chance, noch unternimmt sie damals selbst weitere Schritte, indem sie sich informiert und medizinisch klären lässt, warum sie nicht schwanger wird. Sie macht deutlich, dass sie nicht bereit war und ist, alle medizinischen Möglichkeiten auszureizen, um ein Kind zu bekommen. Der abschließende Satz ist ungewöhnlich formuliert, denn nicht sie selbst bzw. sie und ihr Partner haben die Entscheidung gefällt, sondern ihre 'biologische Uhr' ist 'abgelaufen'. Frau D. formuliert anders als z.B. Frau C. eine Art Altersschallgrenze, um Kinder zu bekommen. Die Entscheidung wurde ihr abgenommen. Dies und dass sie „ich glaube" formuliert, verdeutlicht wiederum ihre Ambivalenz. Weder schließt sie die Option (Kinder zu bekommen) für sich selbst endgültig aus, noch unternimmt sie etwas Konkretes, z.B. den Versuch einer künstlichen Befruchtung.

Auf die Frage: „Adoption kam für Sie nie in Frage?", antwortet Frau D.:

> „Ne, dafür hatte ich ja T. [Name der Tochter des Ehemannes]. (...) Also mir fehlt ja nur das Babyalter, ab Einschulung bin ich ja dabei gewesen, es ist ja nicht so, dass mir da was völlig in meinem Leben fehlen würde. Ich kenn auch die Schattenseiten, nicht nur das Gute. Ich finde, das wird auch manchmal idealisiert, weil viele sagen, ach Babys sind ja so süß und so toll und was da so dran hängt. Ich glaub, viele schlittern da auch rein und ham überhaupt keine Ahnung, was sie erwartet" (D, 626–32).

Frau D. ist bereits soziale Mutter und lehnt deshalb eine andere Form der sozialen Mutterschaft, nämlich Adoption, für sich ab. Frau D. beschreibt ihre Form der sozialen Mutterschaft als das Miterleben der verschiedenen Entwicklungsphasen eines Kindes. Ihr 'fehlt' laut eigener Darstellung nur das Säuglingsalter. Frau D. akzeptiert mit dem 'fehlen' die Zuschreibung, dass Mutterschaft für eine Frau bedeutungsvoll ist. Allerdings bedarf es hierfür nicht unbedingt des Daseins einer biologischen Mutter. Soziale Mutterschaft wird hier aufgewertet, scheint aber für Frau D. kein gleichwertiger Ersatz zu sein. Was Frau D. laut ihrer eigenen Darstellung noch „fehlt", außer dem Miterleben des Babyalters, erklärt sie hier nicht. Kinder zu haben hat für Frau D. nicht nur positive Seiten. Auch hier grenzt sie sich von gängigen gesellschaftlichen Anrufungen ab, die negative Aspekte des 'Kinder Habens' kaum vermitteln. Frau D. benutzt hier den Begriff „Schattenseiten". Unter den Schattenseiten des Lebens würde man existenzielle Dinge vermuten, wie schwere Krankheiten oder Todesfälle und nicht die problematischen oder anstrengenden Aspekte, die auftreten, wenn man ein Kind hat. Dies ist insofern interessant, als eine solch negative Darstellung von Kindern gesellschaftlich tabuisiert und damit schwer thematisierbar ist. Frau D. bestätigt abermals die gesellschaftliche Anforderung, dass es einer rationalen Kinder- und Lebensplanung bedarf, dass man nicht einfach „reinschlittern" sollte. Gerade Säuglinge und kleine Kinder werden von Frau D. als unberechenbar und unkontrollierbar dargestellt. Dies widerspricht dem Wunsch von Frau D. nach rationaler Lebensplanung und Kontrolle über das eigene Leben.

4.3 Anrufungen aus der Verwaltung: Sollerfüllung und Abgrenzung vom 'Rest des Lebens'

Frau D. ist seit ihrem Realschulabschluss durchgängig als Beamtin bei der Verwaltung N. beschäftigt. Sie beginnt im mittleren Dienst und arbeitet zumeist im sozialen Bereich und im Personalwesen. Mit Mitte zwanzig holt sie in der Abendschule ihr Fachabitur nach. Anschließend studiert sie neben ihrer Vollzeitarbeit ein Jahr lang Sozialarbeit. Sie überlegt, Vollzeit zu studieren, aber ihr Antrag auf Beurlaubung wird von der Verwaltung nicht bewilligt. Nach einigem Abwägen entschließt sie sich gegen das Studium, zum einen, weil sie in der Verwaltung damals schon ähnlich viel verdient wie ein Einstiegsgehalt nach dem Studium und zum anderen, weil sie Angst hat, nach dem Studium keine Stelle zu bekommen. Auch hier wird die Bedeutung, die Frau D. finanzieller Absicherung zumisst, deutlich. Stattdessen entscheidet sie sich für einen Aufstieg innerhalb der Verwaltung und durchläuft die dreijährige Ausbildung zum gehobenen Dienst. Seitdem ist sie in verschiedenen eher betriebswirtschaftlichen Bereichen der Verwaltung tätig.

Frau D. ist seit über 20 Jahren in der Verwaltung N. tätig. Inwiefern das berufskulturelle Milieu der Verwaltung für die subjektiven Wissensvorräte bedeutsam ist, hängt außer von der Verweildauer in der Institution u.a. auch davon ab, welche Bedeutung Erwerbsarbeit für die jeweilige Person in ihrem Leben hat. Frau D. grenzt sich wie Frau B. gegenüber konventioneller Verwaltungstätigkeit („Aktenbearbeitung") ab und verdeutlicht, dass sie gerne Tätigkeiten verrichtet, die auch außerhalb der Verwaltung N. wahrnehmbar sind. Neben den Inhalten betont Frau D. äußere Kritierien ihres Arbeitsplatzes wie die Hierarchiestufe als zentraler Gradmesser ihrer Zufriedenheit. Insgesamt fällt auf, dass Frau D. sich nicht weniger stark über ihre Arbeit identifiziert als Frau A. oder Frau B. Denn auch ihr Aufstieg wird von ihr als „völlig in Ordnung" beschrieben, und dies macht deutlich, dass sie hier das Soll ihres Gewünschten erreicht hat, aber auch nicht mehr. Auch die Möglichkeit, in interessanten Arbeitsbereichen zu arbeiten, schreibt sie nicht sich selbst zu, sondern dem Schicksal. Erwerbsarbeit sichert für Frau D. in erster Linie ihre Existenz und ihren Status und dient weniger der Selbstverwirklichung. Dies kann auch als ein Ergebnis des gescheiterten Versuches, sich andere berufliche Möglichkeiten auch außerhalb der Verwaltung zu eröffnen (z.B. durch ein Fachabitur), gedeutet werden.

Frau D. vollzieht eine deutliche Trennung zwischen Arbeit und freier Zeit. Dies zeigt sich z.B. daran, dass sie ihre Mittagspause gerne alleine verbringt (vgl. D I1, 286–9). Außerdem unterhält sie keine privaten Kontakte zum Kollegenkreis: „Und meine Zeit ist sowieso ziemlich knapp, dass ich dann auch zusehen muss, dass ich dem andern nen bisschen gerecht werde, so meinen Freunden und meinem Mann und meiner Stieftochter" (D I1, 451–7). Vereinbarkeit bedeutet für Frau D. zunächst, den Ansprüchen/Anforderungen anderer (Freund, Ehemann und Stieftochter) und

nicht den eigenen gerecht zu werden. Frau D. zeigt hier wie Frau C. eine starke Außenorientierung. Einige Monate lang hat Frau D., um die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen besser gewährleisten zu können, ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden reduziert (vgl. D I1, 548–58). Dies beschreibt sie als „zurückstecken", woran sich zeigt, wie wichtig Frau D. ihre unabhängige berufliche Existenz ist. Die Arbeitszeitreduzierung zu erreichen war schwierig, obwohl es in der Außendarstellung der Verwaltung N. anders dargestellt wird (vgl. Teil III, Abschnitt 2.2):

> „Das war auch ein großer Kampf, wo mir dann gesagt wurde, dass wäre ja das Privileg, (...). Meine damalige Amtsleitung sagte dann nur noch, ich hätte dann ja so viel Zeit, ob ich noch einen Nebenjob hätte. Da hab ich dann auch gedacht, was denkt die sich, ich muss mich auch um meine Mutter mitkümmern und um meine Tante" (D, 842–9).

Arbeitszeitreduzierung wird als Privileg dargestellt und Teilzeitarbeit abgewertet. Die weibliche Leitungsperson vertrat ein anderes Erwerbsmodell als die in Teil III am Beispiel von Frau P. vorgestellte Normalitätsfolie (Frau = Teilzeit = Mutter). Stattdessen wird das zweite, in der Geschlechterpolitik der Verwaltung N. marginal vertretene, Modell der Fokussierung auf Erwerbsarbeit vertreten. Frau D. verdeutlicht, dass es auch einer Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegearbeit bedarf.

Anrufungen am Arbeitsplatz: „Diese Verwaltung" als Gegenwelt

Auf die Frage im zweiten Interview, ob sie an ihrem Arbeitsplatz auf ihren Lebensentwurf angesprochen wurde, antwortet Frau D.: „Gab's auch schon. Ja. Durch die Blume wurde dann nachgefragt (...). Und dann hab ich mit 31 erst geheiratet und da ging's noch" (D, 493–4). Frau D. berichtet, dass nachgefragt wurde, aber nicht direkt. Deutlich wird hier, dass Heirat und Kinder zu bekommen in der Verwaltung selbstverständlich zusammengedacht werden und Anrufungen zur Mutterschaft dementsprechend nach der Eheschließung zunehmen. Wie sie mit den Anrufungen umgeht, erläutert Frau D. hier nicht. Jedoch grenzt sie sich deutlich von der Normalitätsfolie in der Verwaltung ab. Dies wird an folgendem Zitat deutlich, in dem sie erzählt, dass die meisten KollegInnen in der Verwaltung relativ jung Kinder bekommen haben:

> „Vor allen Dingen (...) im früheren Kollegenkreis war das oft so, ganz schnell Freund getroffen, geheiratet, Kind gekriegt, Haus gebaut (lacht), (...) (2 sec Pause). Aber das war irgendwie nicht mein Ding, das wollte ich eigentlich nicht. Hatte auch immer, auch so mein damaliger Freund, mit dem ich früher zusammengewohnt habe, der kam aus nem ganz anderen Land, (...) mit dem hätte ich auch nie so ein ganz normales Leben führen können, was ich, glaube ich, auch als Pendant zu dieser Verwaltung brauchte, weil das war was ganz anderes" (D, 643–51).

Festgehalten werden kann, dass Frau D. ihren selbst gewählten Lebensentwurf als Abweichung von der in ihrem Arbeitskontext vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie empfindet. Sie reagiert darauf, indem sie „diese" Verwaltung zur Gegenwelt

erklärt und keine privaten Kontakte mit KollegInnen unterhält. Dadurch wird sie weniger mit den institutionellen Wissensvorräten konfrontiert und muss ihren abweichenden Lebensentwurf weniger erklären.

Frau D. verfügt über ein umfassendes Wissen über die Geschlechterverhältnisse in der Verwaltung und kann sowohl aus eigener Erfahrung mit einem männlichen Vorgesetzten, der mit ihr als selbstbewusster weiblicher Beschäftigter große Schwierigkeiten hatte, als auch von den Geschlechterstrukturen berichten. Wie sie es plakativ ausdrückt, bekäme ein ganz großer Teil der Verwaltung, vor allem die männlichen Beschäftigten, schon „Anfälle, wenn er nur das Wort Gender liest" (D, 956–72). Obwohl die Verwaltung im Vergleich zu Arbeitgebern in der privaten Wirtschaft als Vorzeigeunternehmen in Fragen der Geschlechterpolitik gelten kann, besteht, wie hier deutlich wird, in der Verwaltungspraxis ein großer Mangel an Wissensvorräten bzw. große Widerstände gegenüber Geschlechtergleichheit. Frau D. sucht individuelle und nicht kollektive Lösungen ihrer Probleme, z.B. indem sie in einen anderen Bereich wechselt. Auffällig ist zudem, dass sie die Ansätze der Verwaltung in der Geschlechterpolitik oft pauschal kritisiert, aber keine Verbesserungsvorschläge oder Handlungsalternativen benennt.

4.4 Im nahen Umfeld: Leerstelle soziale Mutterschaft

4.4.1 Partnerschaft: „Vater von ganzem Herzen"

Frau D. ist zufrieden mit ihrer Ehe, berichtet aber im Interview auch darüber, dass es schon Phasen in der Ehe gab, während denen sie und ihr Partner ernsthaft über eine Trennung nachgedacht haben. Das Kind des Partners war dabei für Frau D., wie sie auf Nachfrage erklärt, kein Grund zusammenzubleiben: „Nee, dass ist ja das, was ich gelernt hab, ne schlechte Beziehung hilft keinem, auch keinem Kind" (D, 414–5). Alleinerziehend zu sein wird von Frau D. nicht grundsätzlich abgewertet, was für sie bzw. für das Kind zählt, ist die Qualität der Partnerschaft. Mit der Aufteilung der Hausarbeit zwischen ihr und ihrem Partner ist Frau D. zufrieden (vgl. D I1, 590f. und 600). Frau D. berichtet in beiden Interviews noch von regelmäßigen familiären Pflegetätigkeiten (Mutter, Tante), die es mit der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit zu vereinbaren gilt (D I1, 579–80).

Ihr Partner hat, wie bereits erwähnt, seine Tochter T. mit in die Ehe eingebracht. Frau D. erzählt, dass ihre Vorstellungen von Kindern, als sie ihren Partner kennen lernte, noch naiv waren:

> „Also ich war vielleicht ein bisschen blauäugig. Anfangs hat er auch noch in einer WG gewohnt, also mit einem Paar und einem gleichaltrigen Kind und da war es natürlich kein Problem, wenn wir weggehen wollten. (...) Nur als die dann auszogen und ich eingezogen bin, dann wurde es schwierig, weil dann war eben nichts mehr mit Babysitter und weggehen, da musste man das irgendwie immer koordinieren (...). Und dann wurde

> es eben nen bisschen schwieriger, was ich auch sehr anstrengend fand, so anfangs, weil so richtig auf Kind gepolt war ich dann doch noch nicht. Ich war damals auch sechs, siebenundzwanzig, in dem Dreh" (D, 267–77).

Frau D. wusste nicht, wie sie an anderer Stelle sagt, „was dann tatsächlich alles da dran hängt und auf einen zukommt" (D, 248). Sie individualisiert ihr mangelndes Wissen über ein solches Patchwork-Arrangement. Frau D. greift mit ihrer Formulierung: „richtig auf Kind gepolt" sein das Bild eines Magneten auf. Wenn jemand 'richtig auf etwas gepolt ist', kommt es nicht zu Abstoßungsreaktionen, wie z.B., dass man ein Kind als zu anstrengend empfindet. Eine Frau ist laut Frau D. erst ab einem bestimmten Alter „auf Kind gepolt", erst dann greift die Anrufung zur Mutterschaft lebenspraktisch. Anrufungen sind demnach nicht immer gleich laut, und erst, wenn sie eine gewisse Lautstärke erreicht haben, muss man sich ihnen stellen. Mit Ende zwanzig traf dies für Frau D. noch nicht zu, trotz des gesicherten Arbeitsplatzes und der guten Möglichkeiten zur Vereinbarkeit.

Nach ihrem jetzigen Verhältnis zur Tochter T. gefragt, antwortet Frau D.:

> „Ja, (...) ich bin nicht unbedingt an vorderster Front jetzt für sie zuständig. Aber es gibt so ein Beispiel, wo ich eigentlich ziemlich stolz drauf war, das war, als sie anfing und die Pille nehmen wollte, da hat sie weder mit ihrer Mutter noch mit ihrem Vater drüber gesprochen, weil da hat se mit mir drüber geredet, so als Neutrale [lachend], hatte ich fast das Gefühl. (...) Und das ham wir, sie ist dann zwar mit ihrer Mutter zur Ärztin gegangen, aber sie hat das mit mir vorbesprochen. Das fand ich ganz gut" (D, 425–36).

Frau D. erläutert hier ihr Modell praktischer und moralischer familiärer Zuständigkeiten. Biologische Mutterschaft ist für sie moralisch bindender als soziale Mutterschaft. Sie übernimmt als soziale Mutter Verantwortung für T. und ist für sie ansprechbar. Sie leitet jedoch aus der biologischen Mutterschaft andere Verpflichtungen ab als aus der sozialen Mutterschaft und legitimiert so, nicht an „vorderster Front", als Hauptverantwortliche, aktiv zu sein. Dass sie „stolz" darauf ist, von ihrer Tochter ins Vertrauen gezogen worden zu sein, zeigt, dass solche Situationen nicht alltäglich sind. Hier wird deutlich, dass Frau D. trotz ihres Lebensarrangements traditionell orientiert ist und den Patchwork-Lebensentwurf nicht als Positivfolie erlebt. Sie entwickelt ein Deutungsmuster, mit dem sie biologische Mutterschaft mit der Pflicht, eine 'gute Mutter' zu sein, verknüpft. Dies wird an ihrer folgenden Erzählung über die leibliche Mutter von T. plausibel: „Also die Mutter hatte im Prinzip so, ja Tagesmutterfunktion. Witzigerweise, (...) also sie hat bei ihm gewohnt und sie wurde dann von ihm in den Kinderladen gebracht morgens, aber abgeholt von der Mutter. Nachmittags hat er sie dann wieder bei der Mutter abgeholt und dann war sie wieder bei ihm. Das war ein ungewöhnliches Arrangement, aber so haben sie es einige Jahre praktiziert. Er hatte damals gesagt: er will kein Wochenendvater sein" (D, 250–5). Die Rolle der biologischen Mutter wird durch die Beschreibung, sie habe als 'Tagesmutter' fungiert, abgewertet. Wenn ein geschiedener Mann ähnlich

viel Zeit mit seinem Kind verbringen würde, käme vermutlich niemand auf die Idee, seine Rolle als die eines bezahlten Erziehers bzw. 'Tagesvaters' zu beschreiben. Frau D. reproduziert hier traditionelle Vorstellungen von der 'guten Mutter': dass eine gute biologische Mutter eine 'Vollzeitmutter' ist, die die Hauptverantwortung für ihr Kind übernimmt und ihre eigenen Bedürfnisse hinten anstellt. Sie erzählt, dass die leibliche Mutter dieses Arrangement im Nachhinein nicht mehr als positiv bewertet: „Tut ihr heute auch sehr leid, obwohl sie ganz froh ist, dass sich das dann alles so entwickelt hat. Aber anfangs war das wohl auch (...) nichts mehr mit der Verantwortung, die war 22, als sie das Kind gekriegt hat. Also das war wohl nen bisschen früh" (D, 257–60). Auch das Motiv der Reue der biologischen Mutter wird erst vor dem Hintergrund des Muttermythos plausibel. Die Lebensrealität, dass das Kind durch den Vater vielleicht sehr gut oder sogar besser versorgt war, zählt hier nicht. Frühe Mutterschaft wird hier abermals abgewertet.

Frau D.s Anknüpfung an traditionelle Rollenbilder verdeutlicht sich auch in ihrer Schwierigkeit, eine Bezeichnung für ihre eigene Rolle zu finden. Sie sagt: „Ich bin ja nicht so die Ersatzmutter in dem Moment gewesen, ein weiterer Mensch in ihrem Leben, unabhängig von der Mutterrolle" (D, 330). Die Existenz der leiblichen Mutter versagt ihr qua ihres biologischen und ihres rechtlichen Status Handlungsräume. Ihre Beschreibung als 'weiterer Mensch im Leben des Kindes' ist eine neutrale, die wenig über ihr Verhältnis zur Tochter ihres Partners aussagt. Es zeigt sich, dass ein positiv konnotierter Begriff für soziale Mutterschaft im Gegensatz zum negativ konnotierten Begriff 'Stiefmutter' fehlt. Die Schwierigkeit der eigenen Rollenbeschreibung wird ferner daran deutlich, dass sie im Interview die biologische Mutter immer mit „Mutter" bezeichnet und nicht ihren Vornamen nennt. Das Muttersein wird für Frau D. durch die Leiblichkeit begründet und nicht durch die Rolle, die eine Person im Alltag dem Kind gegenüber einnimmt. Frau D. kann, worauf im Teil III schon näher eingegangen wurde, auch in der Gegenwart kaum auf tragfähige, gesellschaftliche Deutungsmusterangebote zurückgreifen. Es gelingt ihr nicht, ihre Deutungsunsicherheit zu überwinden und eine eindeutige Bestimmung ihrer sozialen Mutterschaft vorzunehmen.

Ihre Unsicherheit in Bezug auf ihre Rolle äußert sich auch darin, dass sie sich gegenüber T. immer zurückgenommen hat:

> „Also ich mag sie, aber ich bin nicht so hinterher, als wäre es nun wirklich mein Kind. Natürlich auch, weil man immer merkt, man spielt die zweite Rolle, im Prinzip. Und ja, ich weiß nicht, wie ich das erklären soll (...) (3 sec Pause). Aber irgendwie ist es einfach so, sie ist wie eine Freundin, oder ich bin eher für sie wie eine Freundin. Und zurückgenommen habe ich mich in der Form eigentlich nur ein bisschen, was ich später bedauert habe, in der Erziehung. (...) Zum Beispiel die leidige Frage, jetzt geht's ins Bett und sie rappelt sich nicht und macht dies und macht das, und ich sitze da und warte darauf, dass er was sagt, das würde ich nie wieder machen. (...) Das waren dann mal so schwierige Sachen, wenn es um irgendwelche Entscheidungen ging, dass ich die nicht getroffen habe, sondern er" (D, 348–57).

Anders als Frau B. bestätigt Frau D. die im Diskurs vorherrschende starke Differenzierung zwischen leiblicher und sozialer Elternschaft. Wirkliche Eltern sind „hinterher", indem sie die Kinder fürsorglich kontrollieren, z.B. in Bezug auf Schularbeiten oder Zähne putzen. Frau D. hingegen spielt nur die „zweite Rolle", wie sie deutlich macht, auch aufgrund der strukturellen Zuschreibungen. Als Alternativrolle bleibt ihr nur die einer Freundin.

Nicht nur aus biologischer Mutterschaft, sondern auch aus biologischer Vaterschaft erwächst nach Frau D. eine Legitimierung der Entscheidungen über das Kind. Im Nachhinein bereut sie es, sich nicht stärker eingebracht zu haben, insbesondere in die Erziehung. Frau D. individualisiert auch hier die Unsicherheiten ihrer sozialen Mutterschaft, was sie u.a. darauf zurückführt, dass sie selbst ein Scheidungskind ist und „weiß, wie es nicht geht" (D, 343).

Auf die Frage, wie ihre Umwelt auf ihr Lebensarrangement reagiert hat, sagt sie: „Doch, eigentlich reagieren alle immer gleich und sagen: Ach, er ist Erzieher, das ist ja toll (lacht), und nee, das finden die eigentlich nicht so schlimm" (D, 336–7). Deutlich wird hier, dass der aktive biologische Vater sehr viel positiven Zuspruch bezüglich seiner 'Übererfüllung' der gesellschaftlichen Rollenerwartungen erhält, während ihre Rolle bzw. Leistung nicht sonderlich gewürdigt wird. Gleichzeitig wird anhand des „eigentlich nicht so schlimm" deutlich, dass Frau D. sehr wohl mit Vorbehalten konfrontiert war. Dies zeigt sich auch an den Reaktionen bei Schulfeiern von T.: „Es war nur immer anstrengend mit den Schulfeiern, weil dann eben nicht nur zwei Parteien gekommen sind, sondern meistens vier und man dann immer in voller Entourage steht, das hat dann so andere Eltern manchmal so ein bisschen verwundert" (D. 379–82). Das Patchwork-Arrangement ist auch im Umfeld der Schule damals keinesfalls Normalität.

4.4.2 Freundschaften: Familie geht vor Freundschaften

Freundschaften sind Frau D., so berichtet sie im ersten Interview, „ziemlich wichtig", aber kommen immer zu kurz (D I1, 683). Im Zentrum steht für Frau D. jedoch die Familie und nicht Freundschaften.[33] In ihrem Freundeskreis haben die meisten, anders als im KollegInnenkreis, erst mit über 30 Jahren Kinder gekriegt: „In den Zwanzigern, da hatte ich eigentlich kaum Leute um mich herum mit Kindern. Und das ist jetzt, die sind auch alle erst später Eltern geworden" (D, 636–8). Damit war der Lebensentwurf ohne Kinder von Frau D. zwar eine Abweichung im Arbeitsumfeld, nicht aber in ihrem Freundeskreis. Als sie ihren Partner kennen lernte und mit

33 Dies wird auch an ihrem Soziogramm deutlich, in dem sie im inneren Kreis fast nur Familienmitglieder (Ehemann, Stieftochter, Vater, Tante) eingetragen hat sowie einen Freund und eine Freundin und im äußeren Kreis ihre Mutter, einen Freund und das Wort 'Bekannte'.

ihm zusammenzog, war dementsprechend nicht nur ihre soziale Mutterschaft eine Besonderheit, sondern Mutterschaft überhaupt.

Auf die Frage, ob sich die Freundschaften dadurch, dass ihre Freundinnen kleine Kinder haben, verändern, erzählt Frau D., dass sich nur die Zahl der Freundinnen, mit denen sie sich spontan abends treffen kann, verringert hat (vgl. D, 528–40). In diesem Zusammenhang kommt sie auch darauf zu sprechen, dass sie es als etwas Trennendes empfindet, wenn sich Frauen nur noch über ihre Kinder definieren und über diese sprechen.

Frau D. berichtet nicht von Anrufungen zur Mutterschaft aus dem näheren Umfeld. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die meisten FreundInnen vergleichsweise spät Eltern wurden. Später kann sie auf die Anrufungen zur Mutterschaft reagieren, indem sie auf ihre soziale Mutterschaft verweist (z.B. indem sie von ihren Erfahrungen mit den einzelnen Phasen der Entwicklung ihrer Stieftochter erzählt). Es ist ihr damit auch möglich, sich von weitverbreiteten Vorurteilen und Vorwürfen, wie denen des Egoismusverdachts oder der Kinderfeindlichkeit, zu distanzieren.

4.5 In der Herkunftsfamilie: Akzeptanz von sozialer Mutterschaft

Frau D. berichtet nicht von Fragen nach leiblicher Mutterschaft seitens ihrer Eltern. Ihre Mutter akzeptiert die soziale Tochter von Frau D. und behandelt sie als ihr Enkelkind.

Gerade in der primären Sozialisation werden, wie schon dargestellt, subjektive Wissensvorräte oder konkrete Lebensvorstellungen gebildet (vgl. Teil II). Wichtig sind in diesem Zusammenhang neben der eigenen Lebenspraxis der Eltern deren erzieherische Maßnahmen, eventuelle geschlechtspezifische Botschaften und die Frage, ob die Eltern als Vorbilder fungieren.

4.5.1 Mutter: Aufopfernde, chaotische Mutter

Auf die Eingangsfrage „Was für eine Frau ist Ihre Mutter?", antwortet Frau D:

> „Oh, (lacht) da fragen Sie mich genau am richtigen Tag. Ich habe gerade ein anstrengendes Telefonat mit ihr hinter mir (lacht und I lacht mit). Kompliziert, anstrengend, aber auch sehr selbstständig. Und ja es ist immer ne schwierige Situation mit uns beiden, sie würde alles für mich tun, aber ich finde es trotzdem immer sehr anstrengend mit ihr. (kurze Unterbrechung des Gesprächs) Ja. Mit allem, was sie kann, aber sie ist eben auch manchmal sehr unstrukturiert und das macht mich einfach wahnsinnig. Wir haben jetzt, als Beispiel die Situation, dass mein Stiefvater an der Schwelle zum Pflegeheim steht und wir eine Unterbringung in die Kurzzeitpflege organisieren mussten und diese ganzen Wege dahin waren absolut chaotisch mit meiner Mutter" (D, 20–34).

Die Beziehung der beiden scheint wechselhaft zu sein. Sie erzählt, wie Frau A., von der Persönlichkeit ihrer Mutter, die sie als kompliziert, anstrengend, aber auch selbst-

ständig beschreibt. Die Interviewatmosphäre scheint vertraut, fast freundschaftlich, als würde sie einer Freundin erzählen, was ihre Mutter heute am Telefon wieder 'Nerviges' gesagt hat.[34] Es wirkt in der folgenden Erzählung so, als hätte Frau D. öfter über ihre Mutter nachgedacht und ihr Verhältnis reflektiert. Einerseits haben sie eine enge Beziehung zueinander, aber anderseits meint sie sich von ihrer Mutter abgrenzen zu müssen („trotzdem"). Ihre Mutter unterstützt sie in jeder Hinsicht, „sie würde alles für mich tun" und „mit allem was sie kann". Dieses Mutterbild/Mutterideal der Selbstaufgabe für das Kind wird hier als etwas Positives dargestellt. Die Mutter von Frau D. hat ihr ein Modell der Mutterschaft vorgelebt, in dem sich die Mutter für die Tochter aufopfert und ihr eigenes Leben hinten anstellt. Dies wird an verschiedenen Stellen des Interviews thematisiert. Zum Beispiel hatte ihre Mutter nach der Trennung vom Vater zwar verschiedene Beziehungen, aber kein Partner der Mutter ist je zu ihnen gezogen, weil sie ganz für die Tochter da sein wollte (vgl. D, 46ff.). Frau D. zeichnet ihre Mutter hier als eine Frau, der das Kind das Wichtigste im Leben ist, wichtiger als die Beziehung zu einem erwachsenen Partner. Allerdings bedeutet Selbstaufgabe in diesem Fall nicht, wie es sonst das deutsche Mutterideal (vgl. Teil III) vorsieht, dass die Mutter als Hausfrau zuhause bleibt.

Die fast durchgängige Erwerbstätigkeit der Mutter ist auch auf die Trennung vom Vater, als Frau D. sechs Jahre alt ist, zurückzuführen. Frau D. erzählt, dass ihre Mutter damals sehr zu kämpfen hatte: „Sie hat ja ihren Beruf da im Grunde aufgegeben, um in dieser Boutique zu arbeiten als Selbstständige und hatte das dann alles selbst, alleine zu regeln. Auch mit den Schulden, das hat alles sehr, sie hatten das ja auch kreditfinanziert. Vielleicht hat das auch so ein bisschen dazu beigetragen, dass ich so manche Sachen eben nicht machen würde, so wie mir die vorgelebt haben" (D, 69–74). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Frau D. aufgrund der Erfahrung ihrer Mutter einige Schlüsse für ihr eigenes Leben gezogen hat. Vor allem ihr hohes finanzielles Sicherheitsbedürfnis, das im Interview immer wieder benannt wird, führt sie auf das negative Vorbild ihrer Mutter zurück.

Neben der indirekten Kritik schildert Frau D. ihre Mutter ansonsten als eine Frau, die sich auch in schlimmsten Zeiten bewährt hat und zwar alleinerziehend mit eigenem Geschäft. Arbeit und Privatleben verschwimmen in diesen Jahren ihrer Kindheit teilweise, denn das „Leben lief im Laden ab" (D, 158), aber anders, als es in der Vormoderne der Fall war, gibt es noch eine separate Wohnung. Frau D. war aufgrund der Situation nachmittags oft allein in der Wohnung. Auch in den Abendstunden musste die Mutter oft arbeiten (vgl. D, 164). Frau D. kritisiert diese Situation nicht, es fällt aber auf, dass sie selbst in ihrem eigenen Lebensentwurf,

34 Dies lässt sich sicherlich auf die vorher gemeinsam verbrachte Zeit (Erstinterview und zweitägiger Workshop) zurückführen – vielleicht auch auf das Umfeld, denn das Interview findet in einem Café statt.

wie bereits erwähnt, eine starke Trennung zwischen Arbeit und Privatleben vornimmt. Die Mutter von Frau D. verliert schließlich diesen Kampf und muss nach circa zehn Jahren ihr Geschäft aufgeben, womit ein beruflicher Abstieg verbunden ist (vgl. D, 81). Frau D.s Schilderungen zeigen, dass sie insgesamt ein ambivalentes Verhältnis zu ihrer Mutter hat und dass sie sich immer wieder vom Lebensentwurf ihrer Mutter distanziert. Festgehalten werden kann, dass ihre Mutter für sie kein Vorbild darstellt.

Frau D. erzählt auf Nachfrage zum Thema 'geschlechtsspezifische Erziehung', dass sie ihre Geschlechtsidentität als Kind nie in Frage gestellt hat (vgl. D, 116–24). In ihrer Kindheit hat Geschlecht und geschlechtsspezifische Erziehung keine Rolle gespielt („eigentlich nicht"). Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass sie als Einzelkind keinen Bruder als Vergleichsmaßstab hatte. Zum anderen deutet es darauf hin, dass die Geschlechterrollen weder kritisch in Frage gestellt noch gezielt gestärkt und als Normalitätsfolie angeführt worden sind (z.B. 'als Mädchen macht man dies oder das nicht'). Auch berichtet Frau D. nicht davon, dass ihre Eltern ihr bestimmte Bildungs- oder Berufsvorstellungen vermittelt hätten.

4.5.2 Vater: In der Kindheit oft abwesend und kein „guter Vater"

Nach dem Vater gefragt, fällt auf, dass Frau D. vom Vater distanzierter erzählt und beim Blick auf ihn durchgängig die Erwachsenenperspektive einnimmt. Der Vater wird nicht dafür kritisiert, dass er sich nach der Trennung wenig um sie kümmerte. Dies erstaunt umso mehr, als doch der Vater derjenige war, der die Familie verließ, so dass vor allem das Leben der Mutter, aber auch ihr eigenes aus der Bahn geworfen wurden. Hinsichtlich ihrer Beziehung zum Vater nach der Trennung gefragt, bleiben die Aussagen von Frau D. diffus. So macht sie z.B. keine konkreten Zeitangaben, wie oft sie ihn gesehen hat oder wie viele Stunden sie früher gemeinsam verbrachten. Anfangs haben sie sich anscheinend gar nicht oder kaum gesehen (D, 135 und 143–4). Erst als ihr Vater wieder eine festere Beziehung hat, verbringt Frau D. manchmal mehr Zeit mit ihm, z.B. Wochenenden mit ihm und seiner Partnerin in seiner Jagdhütte. Der Vater wird nicht nur während der Streitigkeiten mit der Mutter, sondern auch sonst als passiv dargestellt, als einer, der sich immer wieder von Frauen zu Dingen überreden lässt, die er eigentlich nicht möchte.[35] In seiner Schwäche bleibt er eine positive Figur, weil er es 'ja gut meint' und die Wünsche anderer erfüllt. Damit wird er in gewissem Sinne entschuldet. Gefragt, ob sie im Rückblick sagen würde, dass ihr Vater ein guter Vater war, erklärt Frau D.:

35 So ist er, obwohl kein Familienmensch, mittlerweile zum dritten Mal verheiratet. Frau D. erklärt das folgendermaßen: „Also im Grunde waren auch immer diese Heiraten schon immer so ne Sache. Eher so ein Zugeständnis an die jeweilige Frau, also er von selbst hätte es wahrscheinlich oft gar nicht unbedingt haben müssen" (D 181–4).

„Also ich häng an ihm, aber er war kein guter Vater und das weiß er auch und das ist so was, (...) was ihm jetzt ziemlich leid tut. Also da haben wir auch mal (...) gesprochen, weil er dann auch ganz schnell/sonst gibt er immer den harten Mann, aber da ist er sehr am Wasser gebaut. (...) Also, das waren immer Sternstunden, wenn wir irgendwas gemacht haben. Das war schon ganz toll. Richtig als Vater würde ich das nicht so (...). Eigentlich ist es auch eher jetzt, ja wie soll ich das sagen, mehr freundschaftlich, trifft's nicht ganz, aber er ist für mich keine Autorität in dem Sinne. Das ist irgendwie, durch verschiedene Eskapaden kann ich das nicht ernst nehmen, wenn er mir nen Lebensrat geben würde zum Beispiel" (D, 196–206).

Frau D. berichtet hier von einem Vaterideal, dem ihr Vater jedoch nie entsprochen hat. Ein 'richtiger' Vater ist einer, der regelmäßig und zuverlässig Kinderbetreuung oder zumindest Freizeitgestaltung übernimmt, einer, der eine Autorität für seine Kinder darstellt. Ihr Vater ist für sie eher wie ein Freund. Ihr Vater bereut, dass er, als sie ein Kind war, so wenig für sie da war. Er versucht es wieder gutzumachen („er versucht es"), indem er hilft, wo er kann (vgl. D, 209).

4.6 Auf der Suche nach einer anerkannten, „normalen" Familienform jenseits der gesellschaftlichen Norm der traditionellen Kleinfamilie

Auch Frau D. identifiziert sich, als ihr die Bilder von verschiedenen Frauen gezeigt werden, auf Anhieb mit dem Bild der sportlich gekleideten Frau auf dem Fahrrad: „Finde ich macht nen fröhlichen, lebensfrohen Eindruck, ist lustig, kraftvoll, lebensbejahend und nicht überkandidelt, so ganz normal eben" (D, 549–51). 'Normal sein' wird von Frau D. als positiver Begriff verwendet. Besonderung und Abweichung, die Frau D. im Verwaltungskontext scheinbar positiv bewertet, wird hier abgewertet. Dies wird auch an ihrer Einschätzung eines weiteren Bildes einer Frau, die den Mann an der Krawatte hält und stark geschminkt ist, deutlich: „Ja, so eine Freundin habe ich auch, finde ich immer äußerst amüsant, solange ich nicht so leben muss. (...) Aus der Ferne beobachte ich das ganz gerne (lacht)" (D, 554–8). Das Bild der neugierigen, eigenständigen und risikobereiten/experimentierenden Frau ist für sie nur aus der Distanz anziehend. Aber auch Frauen, die sich passiv verhalten, die sich auf die weibliche Rolle, hier auf die häusliche Sphäre (wie die Küche), festlegen, sind für Frau D. keine Vorbilder. Gleichzeitig zeigt sich, dass Frau D. dem Bild der traditionellen Kleinfamilie ambivalent gegenübersteht. Einerseits wird es von ihr vor allem in Bezug auf Vorstellungen von biologischer Elternschaft reproduziert und damit aufgewertet, anderseits distanziert sie sich im Verwaltungskontext davon. Dies deutet darauf hin, dass Frau D. ihren Lebensentwurf nach wie vor als Leerstelle empfindet und nach einer gesellschaftlich anerkannten weiblichen Normalitätsfolie sucht, diese aber bisher nicht gefunden hat. Dies wird auch daran deutlich, dass sie wie die anderen Befragten kein weibliches Vorbild, das als eine Art positive Anrufung fungieren könnte, benennen kann, weder aus ihrem persönlichen noch aus dem gesellschaftlichen Umfeld (vgl. D, 697–8).

Auf die Frage, ob sie glaube, dass alle Frauen einen 'Kinderwunsch' haben, sagt Frau D.: „Nee, also bin ich ganz sicher, dass es nicht so ist, weil ich auch viele schon gehört hab, die so gesagt haben: I weh um Gottes willen. (...) Also zum Beispiel bin ich jetzt gerade zu meiner neuen Stelle gekommen, weil die Vorgängerin lange nen unerfüllten Kinderwunsch hatte und jetzt ein Kind adoptieren konnte" (D, 616–22). Nicht alle Frauen wünschen sich laut Frau D. Kinder. Der 'Kinderwunsch' kann laut Frau D. auch erfüllt werden, indem man Kinder adoptiert, nicht leibliche Kinder sind bei ihr gleichermaßen anerkannt. Frau D. vertritt hier, sicher auch aus eigener Erfahrung, nicht die gesellschaftlich konstruierte Fruchtbarkeitsillusion.

Auf die Frage, ob Frauen und Männer gesellschaftlich gleichermaßen Anerkennung erhalten, kommt Frau D. darauf zu sprechen, dass bei Frauen oft zunächst ihr Aussehen wahrgenommen wird (D, 663–76). Diese Bewertung des Äußeren, zum Beispiel in Vorstellungsgesprächen, objektiviert Frauen (D, 676–84), während Anerkennung innere Qualitäten bewertet. Frau D. kann hier nicht auf Wissensvorräte zurückgreifen, die ihr eine strukturelle Kritik der Geschlechterverhältnisse ermöglichen würden.

4.7 Zusammenfassung Frau D.

Frau D. lebt in einer so genannten Patchwork-Familie, in der sie sich mit um das Kind ihres Ehemannes kümmert. Frau D. wächst, mit Ausnahme von den ersten Lebensjahren, bei ihrer alleinerziehenden Mutter auf. Ihr Vater ist in der Kindheit zumeist abwesend. Ihre Mutter entspricht (mit der Ausnahme, dass sie erwerbstätig war) der traditionellen Mutterrolle, insofern sie sich für ihre Tochter aufopfert und ihre eigenen Interessen hinten anstellt. Der Lebensentwurf der Mutter stellt für Frau D. kein Vorbild dar, insbesondere aufgrund der mangelnden finanziellen Abgesichertheit. Von den Eltern gehen an Frau D. keine Anforderungen zur biologischen Mutterschaft aus. Die Mutter von Frau D. akzeptiert die soziale Mutterschaft ihrer Tochter.

Die institutionellen geschlechtsspezifischen Wissensvorräte mit ihrer traditionellen weiblichen Normalitätsfolie haben für Frau D. aufgrund der langen Verweildauer in der Verwaltung und nur wenigen alternativen Erfahrungen in anderen Bildungskontexten eine große Bedeutung. Hinzu kommt, dass Frau D. als Beamtin und aufgrund ihres finanziellen Sicherheitsbedürfnisses für die Zukunft keine alternativen beruflichen Perspektiven außerhalb der Verwaltung in Betracht zieht. Frau D. grenzt sich stark gegen die dominanten Normalitätsfolien in der Verwaltung ab, indem sie einen Gegensatz zwischen „dieser" Verwaltung und ihrem Leben entwirft und keine privaten Kontakte mit KollegInnen pflegt. Eine weitere Abschwächung der institutionellen Wissensvorräte erfolgt durch die im Vergleich zu Frau A. oder Frau B. geringere inhaltliche Identifikation mit ihrer Erwerbsarbeit.

Freunde sind für Frau D. wichtig, aber ihre Familie geht vor. Ihr Freundeskreis ist Teil der Gegenwelt, die sie zur Verwaltung aufgebaut hat. Im Freundeskreis bekommt die Mehrheit, anders als in der Verwaltung, erst mit über 30 Jahren Kinder. Frau D. berichtet demgemäß nicht von Anrufungen zur Mutterschaft aus ihrem Freundeskreis. Als sie heiratet und soziale Mutter wird, ist der Lebensentwurf ohne Kinder in ihrem privaten Umfeld noch Normalität. Auch ihr Ehemann, der schon ein Kind aus einer frühen Beziehung hat, hat über lange Zeit einen ambivalenten 'Kinderwunsch', so dass von ihm keine eindeutigen Anrufungen zur Mutterschaft ausgehen. Für ihren Ehemann ist die Stabilität der Beziehung zentrale Voraussetzung, um über ein weiteres Kind nachzudenken. Es wird deutlich, dass Frau D. die Anrufungen zur Mutterschaft hört und für sich annimmt, denn sie reproduziert die Vorstellung, dass ihr als nicht-biologischer Mutter etwas 'fehlt'. Dieses Fehlen kann sie teilweise durch ihre soziale Mutterschaft ausgleichen. Aber eben nur teilweise, sowohl, weil sie selbst im traditionellen biologischen Muttermythos verhaftet bleibt, als auch aufgrund der mangelnden Anerkennung ihrer sozialen Mutterschaft im persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld. So bleibt die soziale Mutterschaft für sie in gewissem Sinne eine Leerstelle, die sie nicht eindeutig und positiv zu bestimmen vermag. Ohne Folie der legitimen, gesellschaftlich anerkannten und bejahenden sozialen Mutterschaft bleibt Frau D. nur der Rückzug auf eine neutralere Rolle, die Rolle einer mütterlichen Freundin, den sie im Nachhinein teilweise bereut, weil sie damit ihre Handlungsfähigkeit einschränkt. Gleichzeitig verdeutlichen ihre Erläuterungen zu Frauenbildern, dass sie nach einer weiblichen Normalitätsfolie sucht, aber noch keine gefunden hat. Dies wird auch belegt durch ihre Schwierigkeit, ein weibliches Vorbild zu benennen.

Die Vorstellung, eigene Kinder zu bekommen, bleibt für Frau D. lange Zeit ambivalent, sowohl in früheren Beziehungen als auch in ihrer Ehe. Frau D. betont die gesellschaftliche Anforderung der rationalen Kinderplanung für sich und andere. Biologische Elternschaft ist für sie höchst voraussetzungsvoll und bedarf nicht nur eines eindeutigen Wunsches, ein Kind zu bekommen. Erstens formuliert sie für Frauen ein enges Zeitfenster für biologische Mutterschaft (circa Ende 20 bis Ende 30). Dabei werden insbesondere frühe Schwangerschaften abgewertet. Zweitens sollte eine Frau auf Kinder „gepolt" sein. Diese 'Polung' wird von ihr in einen engen Zusammenhang mit dem Alter der Frau gestellt, so war sie, wie sie berichtet, mit Ende 20 nicht „auf Kind gepolt". Erst ab einem bestimmten Alter greifen die Anrufungen zur Mutterschaft lebenspraktisch. Eine Frau, die richtig „auf Kind gepolt" ist, erlebt keine Abstoßungsreaktionen (wie etwa, Kinder anstrengend zu finden). Anrufungen sind demnach nicht immer gleich laut, und erst wenn sie eine gewisse Lautstärke erreicht haben, sollte man sich ihnen stellen. Nicht alle Frauen wünschen sich laut Frau D. Kinder; sie hinterfragt demnach diese vorherrschende gesellschaftliche Zuschreibung. Drittens orientiert sie sich am vorherrschenden Drei-Phasenmodell und

betont eine Unvereinbarkeit von Ausbildungszeit und Kinder bekommen. Viertens bedarf es sehr guter finanzieller Absicherung, um sich dafür entscheiden zu können, ein Kind zu bekommen. Hier verlässt sie sich jedoch, sicherlich auch auf der Basis ihrer Erfahrung als Tochter einer alleinerziehenden Mutter, nicht auf einen männlichen Familienernährer, sondern betont die Bedeutung ihrer eigenen finanziellen Absicherung. Eine Zeitlang sind alle von Frau D. und ihrem Mann formulierten Voraussetzungen erfüllt und sie wollen ein Kind bekommen. Allerdings „passiert" nichts und Frau D. unternimmt außer einem Arztbesuch keine Versuche, die medizinischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Auch eine Adoption lehnt sie mit dem Verweis auf ihre soziale Mutterschaft für die Tochter ihres Ehemannes ab. In diesem Zusammenhang formuliert sie Bedenken an der gesellschaftlichen Zuschreibung 'Kinder = Glück', indem sie von „Schattenseiten" spricht. Eine dieser Schattenseiten ist für Frau D. der Kontrollverlust über das eigene Leben, der für sie gerade mit Säuglingen und kleinen Kindern einhergeht. Frau D. hat für sich mit dem Thema 'Kinder bekommen' abgeschlossen; später erfährt sie durch einen Zufall, dass es ihr aus medizinischen Gründen nicht möglich ist, Kinder zu bekommen. Deutlich wird, dass Frau D. einen langen Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema 'Kinder' durchlaufen hat. Eine eindeutige Zuschreibung als gewollt oder ungewollt 'kinderlos' würde diesen Prozess nicht erfassen, auch aufgrund ihrer sozialen Mutterschaft, auf die im Folgenden noch näher eingegangen werden wird. Wichtig ist festzuhalten, dass Frau D. für eine 'rationale Kinderplanung' plädiert und die Entscheidung für ein Kind, wie anhand der vier oben genannten Kriterien gezeigt wurde, höchst voraussetzungsvoll ist. Frau D. nimmt die Anrufungen zur Mutterschaft für sich an und modifiziert sie, indem sie erklärt, die Lautstärke der Anrufung hänge vom Alter der Frau ab und manche Frauen würden die Anrufungen gar nicht 'hören'. Frau D. gelingt es nur teilweise, ihre soziale Mutterschaft als Antwort auf die Anrufung zur Mutterschaft zu entwerfen, denn soziale Mutterschaft bleibt für sie schwer greifbar und beschreibbar.

5. Fazit

Anhand der Fallanalysen kann die bisherige Typenbildung von so genannten 'gewollt Kinderlosen' spezifiziert werden. Die Bildung von drei Typen (vgl. Tabelle IV) stellt eine Erweiterung der in Teil I als Arbeitsdefinition angenommenen Unterteilung der 'gewollt Kinderlosen' in die Gruppe der 'temporär Kinderlosen', vielfach 'Verschieberinnen' genannt, und die der 'permanent Kinderlosen' dar (vgl. Teil I, Abschnitt 3.).

Die Gruppe der 'temporär Kinderlosen' kann auf der Basis der Ergebnisse in zwei Typen aufgegliedert werden. Der erste Typ sind Personen, die zwar offiziell als

Tabelle IV: Typen von Lebensentwürfen ohne leibliche Kinder

TYP 1 *Lebensentwurf mit Kindern*	*Typ 2* *Leben ohne Kinder*	*Typ 3* *Lebensentwurf ohne Kinder*
Person ist nicht 'kinderlos', sondern lebt oder arbeitet mit Kindern	Person hat keinen eindeutigen Lebensentwurf oder der eigene Lebensentwurf lässt sich nicht umsetzen	Person mit dauerhaftem Lebensentwurf ohne Kinder

'kinderlos' gelten, weil sie keine leiblichen Kinder haben, es aber in ihrer Lebensrealität nicht sind, da sie entweder soziale Elternschaft (Frau D.) oder beruflich die Sorge für Kinder übernehmen (Frau B.). Diese Personen haben also eigentlich einen Lebensentwurf mit Kindern. Der zweite Typ lebt ohne Kinder. Dies kann aber nicht als Lebensentwurf ohne Kinder gelten, da entweder keine eindeutige Vorstellung existiert, wie das eigene Leben entworfen werden soll oder Kinder sehr wohl Teil des gewünschten Lebensmodells sind (Frau C.). Wenn ein 'Kinderwunsch' existiert, wird dieser aber aus persönlichen oder strukturellen Gründen nicht umgesetzt. Einzig für den dritten Typ kann ein Lebensentwurf ohne Kinder festgehalten werden, da diese Personen gewollt ohne Kinder leben. Kinder kommen in ihren für sich selbst entworfenen Leben nicht vor (Frau A.).

Frauen ohne Kinder unter Legitimierungsdruck

Die fallspezifischen Analysen fördern eine Vielzahl von subjektiven Ausdeutungen gesellschaftlicher Wissensvorräte der Befragten zutage und verdeutlichen, dass die „biographische Herausbildung eines Grundmusters der Welt-Anschauung (...) tatsächlich eine individuelle Leistung darstellt, der ein Prozess des Sich-in-Beziehung-Setzens zu komplexen sozialen Bedingungen zugrunde liegt" (Dölling 2003a, 153). Dazu wurde das Sich-in-Beziehung-Setzen der Befragten zum aktuellen privaten Umfeld, zu Partnerschaft und Freundschaften, zum beruflichen Umfeld und zu vorherrschenden gesellschaftlichen Wissensvorräten dargestellt. Außerdem wurde über die Herkunftsfamilie der zentrale Sozialisationsapparat der primären Sozialisation berücksichtigt. Anhand der Fallanalysen wird deutlich, dass gesellschaftliche Wissensvorräte und damit auch Anrufungen nicht nur über staatliche Instanzen, wie sie von Althusser beschrieben werden (vgl. Teil II, Abschnitt 2.), sondern vor allem auch über das alltägliche Umfeld der Individuen vermittelt werden.

Die Fallanalysen belegen, dass alle Befragten unabhängig davon, welchem Typ sie zugeordnet werden können, Anrufungen zur Mutterschaft thematisieren und sich auf die eine oder andere Weise unter Druck gesetzt fühlen, ihren Lebensentwurf ohne leibliche Kinder gegenüber anderen zu legitimieren. Als Anrufungen können dabei, wie gezeigt wurde, nicht nur kommunikative Praktiken wie direkte Nachfragen

oder verbal formulierte Botschaften fungieren, sondern auch indirekte Kommunikationsformen oder Handlungsformen, wie das gelebte Rollenmodell der Eltern oder die vorherrschende Lebensform im Freundeskreis. Wichtig ist festzuhalten, dass gleichzeitig auch kommunikative Praktiken und Handlungspraktiken existieren, die als Anrufungen gegen Mutterschaft (hier als Gegenanrufung bezeichnet) wahrgenommen werden können. In Bezug auf die Herkunftsfamilie wurden folgende Dimensionen herausgearbeitet, die sich, neben direkten Nachfragen nach Mutterschaft, als bedeutungsvoll erweisen: die konkrete Ausgestaltung der geschlechtsspezifischen Erziehung, Botschaften der Eltern an die Kinder – z.B. bezüglich des für sie präferierten Lebensentwurfes – und das Rollenmodell der Eltern und Geschwister. In den Partnerschaften verhandeln die Befragten kommunikativ über die gewünschten Lebensentwürfe, wobei anhand der Fallanalysen deutlich wird, dass diese Vorstellungen sich nicht nur durch das Leben in unterschiedlichen Partnerschaften verändern können, sondern auch innerhalb einer Partnerschaft. Im Freundes- und Bekanntenkreis zeigen sich neben direkten Nachfragen auch indirektere Formen der Anrufung, vor allem die in diesem Lebenskreis vorherrschende Lebensform ist hier von Bedeutung. Auch im institutionellen Kontext, sowohl im beruflichen als auch im selbst gewählten ehrenamtlichen Umfeld, sind neben den direkten Ansprachen indirektere Formen der Anrufung von Bedeutung, insbesondere das vorherrschende Lebensmodell im KollegInnenkreis. Welche Bedeutung Anrufungen im beruflichen Kontext von den Befragten zugeschrieben wird, hängt, wie in den Falldarstellungen herausgearbeitet, von verschiedenen Faktoren ab: Tendenziell verstärken eine lange Verweildauer in der Verwaltung, eine starke Identifikation mit dem Beruf und eine enge Verschränkung von Beruf und Privatleben die Bedeutung der institutionellen Wissensvorräte, während Erfahrungen in anderen Bildungskontexten und/oder beruflichen Kontexten und berufliche Flexibilität in Bezug auf einen möglichen Wechsel deren Bedeutung abschwächen.

Im Folgenden werden die Anrufungen, die in den vier Fallrekonstruktionen analysiert wurden, in Tabellenform vergleichend visualisiert und anschließend erläutert. Die Tabellen V und VI fassen deskriptiv die von den Befragten thematisierten Vorstellungen zur Mutterschaft der verschiedenen Anrufungsinstanzen im privaten Umfeld (Tabelle V) und im institutionellen Umfeld (Tabelle VI) zusammen. Anschließend wird der individuelle Umgang mit den Anrufungen in Tabelle VII beschrieben. Aufbauend darauf werden in Teil V der Arbeit die Ergebnisse analytisch generalisiert und weiter zugespitzt und dabei auch bezüglich ihrer Verschränkung mit den familienpolitischen Diskursen aufgearbeitet.

Die Übersicht über die Anrufungsinstanzen anhand der Tabellen V und VI auf der folgenden Seite zeigt, dass die Befragten Anrufungen zur Mutterschaft in den unterschiedlichsten Lebensbereichen thematisieren. Diese finden in verschiedenen

Formen ihren Ausdruck, die von direkten Formen wie explizit formulierten Anforderungen oder Erwartungen bis hin zu indirekten Formen wie der vorherrschenden Handlungspraxis im Umfeld reichen.

Tabelle V: Anrufungsinstanzen im privaten Umfeld

	Herkunftsfamilie	*Partnerschaft/en*	*Freundes- / Bekanntenkreis*
Frau A. thematisiert	• Regelmäßige, direkte Anforderung von Eltern und Geschwistern • Indirekte Erwartung über traditionellen Lebensentwurf von Eltern und Geschwistern • Widersprüchliche Erziehung: einerseits traditionelle Erziehungsbotschaften (Ehe zentral), anderseits Gegenerwartung durch moderne Erziehungsbotschaften (Bildung zentral)	• Regelmäßige Bestätigung der gemeinsamen Entscheidung gegen Kinder	• Wiederholte direkte Ansprache, einmal verbunden mit einem starken Konflikt • Indirekte Erwartung dadurch, dass der Lebensentwurf ohne Kinder eher die Ausnahme im Freundes- und Bekanntenkreis darstellt • Keine Gegenanforderungen
Frau B. thematisiert	• Indirekte Erwartung über traditionellen Lebensentwurf der Eltern • Direkte Gegenanforderungen über die Erziehungsbotschaft der Mutter (keine Kinder) und die emanzipatorische Erziehung • Indirekte Gegenerwartung über nichttraditionelle Lebensentwürfe der Geschwister	• In einer kurzen Partnerschaft starke Anforderung • In einer mehrjährigen Partnerschaft regelmäßige, meist unkonkrete Gespräche über Elternschaft • Keine Gegenanforderungen	• Keine Erwartungen oder Anforderungen • Indirekte Gegenerwartungen dadurch, dass die Mehrheit im Freundeskreis keine Kinder hat

	Herkunftsfamilie	*Partnerschaft/en*	*Freundes- / Bekanntenkreis*
Frau C. thematisiert	• Direkte Anforderung der Eltern • Direkte Anforderung durch geschlechtertraditionelle Erziehung • Indirekte Erwartung durch traditionellen Lebensentwurf der Eltern • Keine Gegenanrufungen	• In der aktuellen Partnerschaft indirekte Anrufung über Gespräche über Elternschaft • In den vorhergehenden teilweise kurzen Partnerschaften keine Anrufungen • Gegenanforderung in einer früheren Partnerschaft	• Direkte Anforderung, als sie kurze Zeit auf dem Land gelebt hat und im Bekanntenkreis • Indirekte Gegenerwartung dadurch, dass die Mehrheit im Freundeskreis keine Kinder hat
Frau D. thematisiert	• Keine Anforderungen oder Erwartungen der Eltern • Indirekte Gegenerwartungen durch den Lebensentwurf der Mutter als alleinerziehende Mutter • Mutter akzeptiert die soziale Mutterschaft ihrer Tochter	• Phasenweise schwache Anforderungen durch Ehemann • Phasenweise Gegenforderungen durch Ehemann	• Keine Anforderungen oder Erwartungen • Indirekte Gegenerwartungen dadurch, dass die Mehrheit im Freundeskreis keine Kinder hat bzw. spät Kinder bekommt

Im privaten Umfeld zeigt sich, dass in der Anrufungsinstanz Herkunftsfamilie mehrheitlich indirekte Erwartungen über den traditionellen Lebensentwurf der Eltern vermittelt werden, während sich bei den Erziehungsvorstellungen eine große Bandbreite zeigt, die von traditioneller über teilmodernisierte bis hin zu emanzipatorischer Erziehung reicht. Nur selten werden konkrete Botschaften der Eltern an die Kinder und auch direkte Anforderungen der Eltern an die erwachsenen Kinder thematisiert.

In fast allen Partnerschaften wird das Thema ‘Kinder kriegen’ thematisiert. Dabei zeigt sich eine große Bandbreite, die von fehlenden Erwartungen des Partners bis hin zu konkret formulierten Anforderungen reicht. Der selbst gewählte Freundes- und Bekanntenkreis fungiert mehrheitlich nicht als Anrufungsinstanz, da dort zumeist die Mehrheit keine Kinder hat. Hier kann von einer Gegenerwartung gesprochen

werden. Nur eine der Befragten thematisiert, regelmäßig mit Anrufungen zur Mutterschaft konfrontiert zu sein. Im beruflichen Umfeld sind alle Befragten zumindest indirekt durch die dort vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolien mit Erwar-

Tabelle VI: Anrufungsinstanzen im institutionellen Umfeld

	Berufliches Umfeld	*Ehrenamt*
Frau A. thematisiert	• Direkte Anforderung durch Nachfragen z. B. im internem Bewerbungsgespräch • Indirekte Erwartung dadurch, dass die Mehrheit im Kolleginnenkreis der in der Verwaltung vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie entspricht • Verstärkt durch die hohe Identifikation mit dem Beruf • Abgeschwächt vor allem durch die kurze Verweildauer in der Verwaltung und Erfahrungen in anderen Bildungs- und Berufskontexten • Gegenanforderung über die zweite Subjektposition der 'Karrierefrau', die für Frauen in höheren Positionen gilt	• Im politischen Ehrenamt indirekte Erwartung dadurch, dass unter 'aktiven' Männern ein traditioneller Lebensentwurf vorherrscht • Direkte Gegenanrufungen durch die intensive Auseinandersetzung mit Gegenwissen und durch eine 'Mentorin' mit Lebensentwurf ohne Kinder • Indirekte Gegenerwartung dadurch, dass der Lebensentwurf ohne Kinder unter 'aktiven' Frauen weit verbreitet ist
Frau B. thematisiert	• Direkte Anforderung dadurch, dass 'gute Arbeit' mit Kindern biologischen Müttern eher zugetraut wird als Nicht-Müttern • Indirekte Erwartung dadurch, dass die Mehrheit im Kolleginnenkreis der in der Verwaltung vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie entspricht • Verstärkt durch jahrzehntelange Verweildauer, starke Identifikation mit dem Beruf und fehlende Berufserfahrung in anderen Kontexten • Abgeschwächt durch Erfahrungen in anderen Bildungskontexten und die Offenheit für einen beruflichen Wechsel	• Indirekte Gegenerwartung dadurch, dass im freiwillig gewählten hobbynahen Ehrenamt die Mehrheit keine Kinder hat

	Berufliches Umfeld	*Ehrenamt*
Frau C. thematisiert	• Indirekte Erwartung dadurch, dass Mehrheit im Kolleginnenkreis der in der Verwaltung vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolie entspricht • Verstärkt durch die jahrzehntelange Verweildauer in der Verwaltung, fehlende Erfahrung in anderen Bildungs- und Berufskontexten, eine starke Verschränkung von KollegInnen- und Freundes- bzw. Bekanntenkreises und fehlende Offenheit für einen beruflichen Wechsel • Abgeschwächt durch geringere Identifikation mit dem Beruf	• Keine Anforderungen oder Erwartungen im Ehrenamt im beruflichen Umfeld, das erst seit kurzem ausgeübt wird
Frau D. thematisiert	• Indirekte Erwartung dadurch, dass die Mehrheit im Kolleginnenkreis der in der Verwaltung vorherrschenden weiblichen weibliche Normalitätsfolie entspricht • Verstärkt vor allem durch die jahrzehntelange Verweildauer in der Verwaltung und fehlende Erfahrung in anderen Bildungs- und Berufskontexten • Abgeschwächt durch geringere Identifikation mit dem Beruf und strikte Trennung von Arbeit und Privatleben	• Keine Anforderungen oder Erwartungen im punktuell ausgeübten Ehrenamt im beruflichen Umfeld

tungen konfrontiert. Die Befragten berichten auch von direkten Anforderungen, die an sie herangetragen werden, während Gegenerwartungen oder -anforderungen hier nicht zum Tragen kommen. Im selbst gewählten Ehrenamt sind die Befragten kaum mit Anrufungen konfrontiert, sondern tendenziell eher mit Gegenerwartungen.

Es lässt sich festhalten, dass direkte Formen von Anrufung außer im Ehrenamt in allen privaten und institutionellen Anrufungsinstanzen vorkommen: tendenziell selten im Freundeskreis, öfter in der Herkunftsfamilie und am stärksten ausgeprägt in der Partnerschaft und im beruflichen Umfeld. Es stellt sich die Frage, wie die Befragten mit den Anrufungen umgehen. In der folgenden Tabelle ist die Rekonstruktion des individuellen Umgangs der Befragten mit den Anrufungen zur Mutterschaft zusammengefasst.

Tabelle VII: Rekonstruktion des Umgangs mit den Anrufungen zur Mutterschaft

	Im privaten Umfeld	*Im beruflichen bzw. ehrenamtlichen Umfeld*
Frau A.	Herkunftsfamilie: • Ausweichen, Distanz zur Familie einnehmen und abwarten Freundes-/Bekanntenkreis: • Nach einem Konflikt: Ausweichen	Beruf: • Vordergründige Anpassung und retrospektives Umdeuten • Inhaltliche Identifikation mit dem Beruf, aber nicht mit dem konkreten Arbeitsumfeld Ehrenamt: • Lebensentwurf ohne Kinder wird politisiert
Frau B.	Herkunftsfamilie: • Annehmen der Gegenanforderung Partnerschaft: • Entscheidung gegen biologische Mutterschaft Freundes-/Bekanntenkreis: • Selbstverortung im Kreis mit mehrheitlich Personen ohne Kinder	Beruf: • Abgrenzung von der 'typischen' Verwaltungsangestellten • Eigensinnige Identifikation mit dem Beruf und Etablierung von Gegenwissen (eigenes Modell von 'guter' Elternschaft und Arbeit mit Kindern) Ehrenamt: • Selbstverortung in einer Gruppe mit eigenen Normen und Werten
Frau C.	Herkunftsfamilie und Partnerschaft: • Kein langfristiger Lebensentwurf • Seit kurzem soziale Mutterschaft Freundeskreis: • Selbstverortung im Kreis mit mehrheitlich Personen ohne Kinder	Beruf: • Kein langfristiger Lebensentwurf • Aufgrund geringer Identifikation mit dem Beruf Distanz zur vorherrschenden institutionellen Normalitätsfolie • Individuelle Handlungsstrategie als Möglichkeit des Gestaltens
Frau D.	Partnerschaft und Freundes-/Bekanntenkreis: • Notwendigkeit der Legitimation durch soziale Mutterschaft weniger gegeben • Selbstverortung in Kreis mit mehrheitlich späten Eltern oder Personen ohne Kinder	Beruf: • Distanzierung von der vorherrschenden institutionellen Normalitätsfolie durch strikte Trennung von beruflicher Arbeit und Privatleben • Geringe inhaltliche Identifikation mit der Arbeit • Individuelle Handlungsstrategie als Möglichkeit des Gestaltens

Der vergleichende Überblick über den individuellen Umgang mit den Anrufungen offenbart eine große Bandbreite von Umgangsformen, die sich nicht nur je nach Person, sondern auch kontextbezogen stark unterscheiden. Die größte kontextbezogene Diskrepanz zeigt sich bei Frau A., die im selbst gewählten ehrenamtlichen Kontext den eigenen Lebensentwurf politisiert, während sie ansonsten überwiegend ausweichend reagiert. Die geringste kontextbezogene Diskrepanz zeigt sich bei Frau C., die in fast allen Kontexten ausweichend reagiert, indem sie ihre Lebensform als temporär und nicht als Lebensentwurf markiert. Auffällig ist zudem, dass die Umgangsformen oftmals als individuelle Handlungsstrategien markiert werden können und nur wenige Formen auf irgendeine Art der Kollektivierung – ein Wir – setzen, wie z.B. die schon erwähnte Politisierung im Ehrenamt oder das Wir-Gefühl im Freundeskreis.

Festgehalten werden kann: Nur in den Kontexten, die sich die Befragten selbst aussuchen können, finden sich erstens Formen der Kollektivierung und zweitens offene Positionierungen des Lebensentwurfs ohne Kinder, wohingegen die Befragten vor allem im beruflichen Kontext, aber auch der Herkunftsfamilie gegenüber, überwiegend ausweichend reagieren. Der Überblick über die Anrufungsinstanzen und die individuellen Umgangsformen mit den Anrufungen belegt die Bandbreite der biographischen Thematisierung und verdeutlicht, dass der Lebensentwurf ohne Kinder nach wie vor keine Normalität darstellt. Im folgenden Kapitel werden die hier kurz zusammengefassten Ergebnisse weitergehend diskutiert und vor allem die Verschränkung mit gesellschaftlichen Wissensvorräten analysiert werden.

Teil V: Der Lebensentwurf ohne Kinder – Zusammenhänge biographischer und gesellschaftlicher Wissensvorräte

Ziel dieses Kapitels ist, die in den beiden vorangegangenen empirischen Kapiteln dieser Studie, der Diskurs- und der Biographieanalyse, generierten Ergebnisse zusammenzuführen. Es soll empiriegeleitet herausgearbeitet werden, wie sich die biographischen Wissensbestände von Frauen, die ohne eigene Kinder leben, und das im politischen Diskurs prozessierte Wissen zu Lebensentwürfen von Frauen ohne Kinder zueinander verhalten.

Wie im Teil III gezeigt wurde, konstruieren familienpolitische Diskurse geschlechtliche Subjektpositionen. Die vorherrschenden Geschlechterkonstruktionen in den Diskursen der 1950er und 1960er Jahre unterscheiden sich trotz der im Einzelnen nachgezeichneten Veränderungen in einigen zentralen Aspekten nur leicht von den Diskursen zu späteren Zeitpunkten. Rekonstruiert wurde folgende Deutungsstruktur: Bestimmte Lebensentwürfe wie die heterosexuelle Kleinfamilie werden als 'normal' gekennzeichnet, andere explizit, wie die unverheirateten Frauen im Diskurs der 1950er Jahre, oder implizit, durch konsequente Auslassung, abgewertet. Verändert haben sich jedoch die Konstruktionsform der Normen und ihre institutionelle Verankerung. Während in den 1950er/60er-Diskursen noch präskriptive Erfüllungsnormen formuliert werden, die ein weitreichendes System von Sanktionen stützen, werden in den späteren Diskursen deskriptive Normen gewissermaßen als Orientierungsmarke formuliert, die im Vergleich zu den früheren Diskursen von einem nicht so weitreichenden und weniger rigiden Anreiz- und Anrechtssystem gestützt werden.

Ein weiblicher Lebensentwurf, der dem auch in den späten Diskursen immer noch vorherrschenden Leitbild von Ehe und Familie mit Kindern nicht entspricht und deshalb immer wieder einer Legitimierung bedarf, ist der Lebensentwurf von Frauen ohne Kinder. Dies wird in den biographischen Selbstthematisierungen deutlich. Die Analyse der biographischen Interviews zeigt, dass 'kinderlose' Frauen einen sehr starken Legitimationsdruck in Bezug auf ihren Lebensentwurf erfahren. Wie schon im Einzelnen dargestellt, müssen sich die Befragten in unterschiedlichen Lebensbereichen und -situationen immer wieder erklären, da ihr Lebensentwurf nicht der weiblichen Normalität entspricht. Ein von den vorherrschenden diskursiven Geschlechterleitbildern abweichender Lebensentwurf bedarf, so konnte gezeigt werden, ständiger Legitimation.

Die Wirkungskraft des Diskurses ist mit der Konstruktion des 'Normalen' und des Abweichenden, das legitimierungsbedürftig bleibt, jedoch noch nicht erschöpft. Diskurse produzieren Deutungen, Begriffe und Thematisierungsweisen über den Gegenstand 'Kinderlosigkeit'. Damit stellen sie den Individuen in Form spezifischer Deutungen einen gesellschaftlichen Wissensvorrat bereit und strukturieren darüber hinaus den Bereich des „Sagbaren" (Foucault 1988). Denn das gesellschaftliche Wissen enthält legitime Sinndeutungen oder anders gesagt: Subjektive Wirklichkeit ist immer an gesellschaftliche Plausibilitätsstrukturen gebunden (vgl. Teil II, 1.). Wissen ist aber nicht nur die Grundlage, sondern zugleich auch ein Produkt des Handelns. Mit der Verwendung des diskursiven Wissens tragen Personen zur Reproduktion des Diskurses bei. Dabei bedarf das diskursive Wissen der Interpretation durch die handelnden Subjekte. Anders gesagt: Gesellschaftliches Wissen muss vom Einzelnen in „Besitz" genommen werden, der Einzelne schafft sich damit eine „subjektive Wirklichkeit" (vgl. Berger/Luckmann 1997, ausführlich in Teil VI). Es kommt daher zu Modifikationen des diskursiv gebildeten Wissens durch die Subjekte, zu seiner Reformulierung oder zu eigenwilligen Praktiken. Zentral ist hier die Frage von Macht, also die Frage nach den Ressourcen zur Erlangung von Handlungsfähigkeit von Personen (vgl. Teil II, 1.). Wie sind Lebensentwürfe jenseits der Norm lebbar, aber auch sagbar? Dieser Frage nähere ich mich in diesem Kapitel an.

In einem ersten Schritt wird untersucht, wie die historischen Wissensbestände über die Herkunftsfamilie an die Befragten vermittelt werden und welche besondere Generationsproblematik hier vorzufinden ist. Im zweiten Schritt wird aufgezeigt, wie die Befragten die Deutungen des Diskurses reproduzieren und auch modifizieren. Dabei werden zunächst die Reproduktionen und Variationen des Muttermythos näher in den Blick genommen, unter besonderer Berücksichtigung der handlungspraktischen Umdeutungen der Befragten (soziale Mutterschaft, berufliche Sorge für Kinder, gesellschaftliche Sorge). Es wird gezeigt, dass ein Teil der Befragten als handlungspraktische Antwort auf die Anrufungen des Diskurses eigene Konzepte der Sorgebeziehungen entwickelt hat und der diskursiv konstruierten Subjektposition 'Frau = Mutter' damit etwas entgegensetzt. Anschließend werden die individuellen Deutungen der gesellschaftlichen Normen 'rationale Lebensführung' und 'Kleinfamilie' untersucht. Die im zweiten Schritt untersuchten Übernahmen und Modifikationen werden tabellarisch zusammengefasst dargestellt. In einem dritten Schritt wird der Frage nachgegangen, was die einzelnen Subjekte dazu befähigt, 'eigensinnige' Praktiken zu entwickeln und ihren Lebensentwurf jenseits der Norm zu vertreten.

1. Generative Lagerung: Anwesende Mütter – abwesende Väter

Generationenbeziehungen können als Orte der Tradierung und Veränderung von Geschlechterkonstruktionen verstanden werden (vgl. Teil II, Abschnitt 1.1). Dementsprechend ist die Generationslagerung der Eltern der Befragten von Bedeutung, da über die Eltern in der primären Sozialisation Wissensbestände vermittelt werden. Diese Wissensbestände entstehen auch in der Auseinandersetzung der Befragten mit den Wertehaltungen und Erfahrungen der vorangehenden Generationen. Wichtig ist hierbei auch die Frage, ob die Eltern als Vorbild wahrgenommen werden. Für die Eltern kann, wie in Teil II erläutert, davon ausgegangen werden, dass sie insbesondere von den politischen Diskursen der 1950er und 1960er Jahre geprägt sind (vgl. Teil III, Abschnitt 1.1).[1] Die Lebensentwürfe der Eltern der Befragten, bis auf den der geschiedenen Eltern von Frau D., entsprechen mit dem traditionellem Familienernährermodell der Norm der gesellschaftspolitischen Wissensbestände der 1950er/60er Jahre. Bei allen Befragten sind die Mütter hauptverantwortlich für die Sorge um die Kinder und für deren Erziehung zuständig, während die Väter keine Erziehungsaufgaben übernehmen. Die Rolle der Mutter entspricht damit im Wesentlichen dem deutschen Müttermythos der 1950/60er Jahre. So bleiben die Mütter mehrheitlich viele Jahre lang als Vollzeitmütter zuhause. Auch im Falle einer späteren Berufstätigkeit der Mütter betonen die Befragten die Aufopferung bzw. Verfügbarkeit der Mütter für sie. Diese Betonung erscheint insbesondere plausibel vor dem Hintergrund der starken Abwertung mütterlicher Erwerbstätigkeit in den gesellschaftspolitischen Diskursen der 1950er/60er/70er Jahre. Die Müttergeneration entspricht damit der zeithistorischen Norm eines Frauenlebens als „Dasein für andere" (Beck-Gernsheim 1983, 313). Für die Frauen der Elterngeneration kann die Vergesellschaftung als 'halbierte Modernisierung' bezeichnet werden. Für das Sample lässt sich festhalten, dass die Bildungsarmut den Müttern der Befragten gewissermaßen entlang der Geschlechterlinie von ihren eigenen Müttern, die mehrheitlich Hausfrauen waren, vererbt worden ist.[2] Die Mehrheit hat einen sozialen Aufstieg nur indirekt vermittelt über ihre Ehe erreicht[3], während es den Vätern der Befragten mehrheitlich gelang, den Bildungsstand gegenüber dem ihres eigenen Vaters zu steigern.[4]

Erst in der Generation der Befragten kommt es zu einer Bildungsexpansion und es gelingt allen Befragten, im Vergleich zu ihren Müttern einen Bildungsaufstieg zu erreichen. Für die in der Forschung thematisierte umstrittene Frage der Auswirkung eines sozialen Aufstiegs auf die Geburtenhäufigkeit (vgl. Teil I, Abschnitt 5.1) lassen sich in der vorliegenden Studie Hinweise für die Bestätigung der Lesart geben, dass Kinder als Bedrohung für die realisierten Statusgewinne wahrgenommen werden. Das Motiv der finanziellen Belastung durch Kinder wird von der Hälfte der Befragten in ihren Selbstthematisierungen betont.

Während die Lebensentwürfe der Müttergeneration sich bei der Mehrheit der Befragten gleichen, unterscheidet sich die Erziehungspraxis der Mütter stark. Sie reicht von geschlechtsspezifisch traditioneller Erziehung, in der die Bildungsambitionen der Tochter unterbunden werden (Frau C.) über teilmodernisierte Erziehung (Frau A. und Frau D.) bis hin zur expliziten Botschaft an die Tochter, ein autonomes Leben ohne Ehemann und Kinder (Frau B.) zu führen. Dieser Auftrag an Frau B. kann als Wunsch einer 'intergenerationellen Reparatur' bezeichnet werden: Die Tochter soll das Leben führen, welches die Mutter aufgrund von individuellen und strukturellen Bedingungen selbst nicht führen konnte. Im Unterschied dazu kann die Unterbindung der Bildungsambitionen durch die Eltern bei Frau C. auch als schichtspezifisches Phänomen verstanden werden.[5] Ähnlichkeiten dazu zeigen sich auch bei Frau A., deren Mutter gleichermaßen Bildung als Mittel zum eigentlich Zweck – eine gute Partie zu machen – sieht. Eine traditionelle oder teilmodernisierte Erziehung ist bei der Mehrheit der Befragten damit verbunden, dass von ihren Eltern Ehe und Mutterschaft als Normalitätserwartungen gesetzt werden, deren Erfüllung

1 Die Väter der Befragten sind mit Ausnahme des deutlich älteren Vaters von Frau A. (Jahrgang 1920) in den Jahren vor bzw. zu Beginn des Zweiten Weltkrieges geboren (1935–39). Die Mütter der Befragten weisen eine etwas größere Altersspanne auf: Die Mutter von Frau A. ist ebenfalls deutlich älter (1922 geboren), die anderen Mütter sind wie die Väter in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg bzw. während des Krieges geboren (1933–1941). Für die Eltern von Frau A. entfalten demnach auch die Diskurse der 1940er Jahre noch Relevanz.

2 Drei der vier mütterlichen Großmütter der Befragten waren Hausfrauen. Nur bei einer Befragten, Frau D., waren beide mütterlichen Großmütter in einem typischen Frauenberuf, als Verkäuferin tätig. Die Hälfte hat aufgrund der Armut ihrer Herkunftsfamilien gar keine Ausbildung absolvieren können, wobei bei der einen nur ihren Brüdern eine Ausbildung ermöglicht wurde. Die andere Hälfte hat Ausbildungen in typischen Frauenberufen absolviert (Kindergärtnerin, Verkäuferin). Die mütterlichen Großväter der Befragten unterscheiden sich stark: Von zweien ist der Beruf nicht bekannt, da sie im Leben ihrer Kinder wenig präsent waren, einer, weil er früh gestorben, und der andere, weil das Kind unehelich war; einer war Verwaltungsangestellter und einer Bauer gewesen (bzw. vorher Knecht).

3 Drei Müttern der Befragten gelang ein sozialer Aufstieg über die Ehe, wobei eine von diesen durch die Scheidung wieder abstieg. Nur der Mutter von Frau C. gelang kein Aufstieg über die Ehe.

4 Die Großmütter väterlicherseits waren gleichermaßen in der Mehrheit Hausfrauen. Zwei Großväter väterlicherseits waren in typischen Männerberufen (Drucker, Mechaniker) tätig, einer war Verwaltungsangestellter und einer arbeitete in einer ungelernten Tätigkeit als Hausmeister.

5 In Arbeiterfamilien wirkte sich die Umbruchsituation in den 1960er Jahren in generationsspezifischer Weise aus: „Die Mutter schaute zwar, dass ihre Tochter eine Lehre macht, aber diese sollte nur eine Vorstufe zur traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter bilden" (Karrer 1998, 244).

wiederholt verbal eingefordert wird. Einzig bei Frau B. gehen von der Mutter eindeutige Anrufungen gegen Mutterschaft und für ein selbstständiges erwerbstätiges Leben aus.

Erst in der Generation der Befragten vollzieht sich, wie in Teil III erläutert, das langsame Aufbrechen der traditionellen Leitbilder zu Familie und Partnerschaft. Aber nicht nur die hegemonialen Diskurse verändern sich, die Generation der Befragten hat kollektiv auch erstmals vergleichsweise weit verbreitete feministische Gegendiskurse erlebt (vgl. Teil III, Abschnitt 1.3). Alle Befragten (Frau B. in abgeschwächter Form) tragen die Bürde, sich einerseits feministischen Geboten zu stellen (Autonomieimperativ, selbstständiges Leben), anderseits ihre Mütter und deren traditionelle/teilmodernisierte Werte nicht zu verraten. Die Befragten reagieren, indem sie sich, wenn auch auf verschiedene Art und Weise, vom traditionellen Lebensentwurf ihrer Mütter und von der traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverteilung ihrer Eltern distanzieren. Der Lebensentwurf der Mütter stellt kein Vorbild für die Befragten dar. Keine der befragten Frauen möchte dieses 'Dasein für Andere' wiederholen, keine möchte, wie es eine der Befragten ausdrückt, mit „Leib und Seele" nur für Andere da sein. Gleichzeitig realisieren zwei Befragte – Frau A. und Frau B., die selbst eine starke Erwerbsorientierung aufweisen – eine positive Bezugnahme auf die Erwerbstätigkeit ihrer Väter.[6] Zur in der Forschung diskutierten Frage (vgl. Teil I, Abschnitt 5.1), ob und wie sich die Geschwisterposition auf den Lebensentwurf auswirkt, können folgende Hinweise gefunden werden: Bedeutsam scheint in Bezug auf die Geschwister vor allem die Frage nach der Ähnlichkeit oder Differenz von deren Lebensentwürfen zu denen der Eltern. So werden bei der Befragten Frau A. die Anrufungen zur Mutterschaft der Eltern durch die Geschwister mit traditionellen Lebensentwürfen verstärkt, wohingegen bei Frau B. ihr abweichender Lebensentwurf durch die Geschwister mit nicht-traditionellen Lebensentwürfen gestärkt wird.[7]

Festgehalten werden kann, dass die Befragten insbesondere eine generationsspezifische Konstellation gemeinsam haben: Sie lehnen das mütterliche Vorbild des 'Da-

6 Die vorliegende Studie bestätigt damit die Ergebnisse qualitativer Studien (vgl. Teil I, Abschnitt 5.1), die auf die Bedeutsamkeit der Frage der Identifikation mit dem Lebensentwurf der Eltern bzw. dessen Ablehnung verweisen und herausfanden, dass für Frauen ohne Kinder die Mütter keine Vorbildfunktion haben, wohingegen Väter beruflich häufig als Vorbild dienen.

7 Weiterhin umstritten ist, ob Erstgeborene häufiger keine eigenen Kinder bekommen als Nachgeborene. Zu dieser Frage konnte hier kein Beitrag geleistet werden, da im Sample keine Erstgeborenen vorkommen. Tendenziell bestätigt die vorliegende Studie die Vermutung, dass Einzelkinder häufiger keine eigenen Kinder bekommen als Personen mit Geschwistern. Denn die Hälfte der Befragten haben keine Geschwister und eine weitere Befragte wächst aufgrund der großen Altersdifferenz zu ihren Geschwistern gewissermaßen als Einzelkind auf. Allerdings nimmt keine der Befragten in ihren Deutungen zum 'kinderlosen' Lebensentwurf auf die eigene Position als Einzelkind Bezug.

seins für Andere' und damit auch die frühen gesellschaftspolitischen Wissensvorräte für sich ab. Es stellt sich die Frage, welche anderen Lebensmodelle den Befragten über die späteren gesellschaftspolitischen Wissensvorräte vermittelt werden und wie die Befragten diese für sich deuten.

2. Subjektive Deutungen als Ableitungen des diskursiven Wissen

2.1 Reproduktionen und Variationen des Muttermythos

Die diskursiv konstruierten Annahmen über Elternschaft für Frauen, wie ich sie als 'westdeutschen Muttermythos' beschrieben habe (vgl. Teil II und III), sind für die Interviewpartnerinnen bedeutsam; sie werden teilweise in ihre subjektive Wirklichkeit aufgenommen, während gleichzeitig ein Teil der Annahmen abgelehnt wird. Wie ich gezeigt habe, wird im familienpolitischen Diskurs ein 'Kinderwunsch' von Frauen konstruiert. 'Kinder zu bekommen' wird naturalisiert, indem jeder Frau der inkorporierte Wunsch nach mindestens einem eigenen Kind zugeschrieben wird. Alle Befragten lehnen diese Vorstellung eines 'natürlichen Kinderwunsches' ab. Sie gehen davon aus, dass so genannte 'gewollt kinderlose' Lebensentwürfe existieren und Elternschaft nicht der zentrale Zweck im Lebensentwurf von Frauen ist. Hierfür greifen die Befragten auf eigene Erfahrungen oder auf Erfahrungen aus ihrem privaten Umfeld zurück, z.B. auf Freundinnen ohne Kinder. Die vorherrschende gesellschaftspolitische Norm 'Frau = Mutter' der gesellschaftspolitischen Wissensvorräte wird damit in Frage gestellt. Ihre eigene Lebenspraxis wird somit zu einem 'Kommentar' zum gesellschaftspolitischen Diskurs, der den so genannten 'Kinderwunsch' von Frauen weiterhin explizit bzw. implizit herstellt: Der Lebensentwurf von Frauen ohne Kinder stellt damit eine Abweichung dar und wird diskursiv als ein ungewollter, vorübergehender Zustand markiert.

Gleichzeitig zeigt die Analyse, dass die Interviewten zentrale Strukturen des Muttermythos wie geschlechterdifferenzierende Ansprüche und Erwartungen an Personen mit Kindern übernehmen. Frauen werden andere Aufgaben und Funktionen in der Erziehung und Betreuung von Kindern zugeschrieben als Männern. So vertreten drei der vier von mir Befragten Vorstellungen über die gesellschaftliche Positionierung von Müttern im Sinne des Drei-Phasenmodells mit einer zeitlichen Trennung von Elternschaft und Erwerbstätigkeit. Diese Vorstellung ist vergeschlechtlicht, da die Elternschaft von Männern gleichzeitig als vereinbar mit Erwerbstätigkeit gedacht wird. Die diskursive Konstruktion, dass Mütter die relevanten Bezugspersonen für Kinder darstellen, während andere Formen der Erziehung und Betreuung von Kindern abgewertet werden, wird von einem Teil der Interviewpartnerinnen reproduziert.

Das Deutungsmuster geschlechterdifferenzierter Ansprüche an Personen mit Kindern wird von den Interviewpartnerinnen auch dann angewendet, wenn sie über ihre Herkunftsfamilie berichten und die (erzieherischen) Leistungen ihre Eltern nach Geschlecht und nach der Stellung in der familiären Arbeitsteilung unterschiedlich beurteilen. Die weitgehende Abwesenheit der Väter wird von den Befragten kaum in Frage gestellt und die Befragten entwickeln auch auf Nachfrage keine Vorstellung davon, was sie sich von ihren Vätern gewünscht hätten. Anders sieht es in Bezug auf das Verhältnis zu den Müttern der Befragten aus: Hier wird konkrete Kritik vorgebracht und Wunschvorstellungen werden formuliert. Die Leerstellen der Ansprüche an Vaterschaft korrespondieren mit der Struktur des Diskurses, der während der Kindheit und Jugend der Befragten vorherrschte (vgl. Teil III). Demgegenüber findet die Formulierung von weiterreichenden Ansprüchen an einen Partner (und potentiellen Vater des eigenen Kindes) ihre Entsprechung in veränderten Diskurskonstellationen der Gegenwart. Entsprechend der derzeit herrschenden „rhetorischen Modernisierung" (vgl. Teil III) des Geschlechterverhältnisses gilt die gleichberechtigte Teilhabe beider Partner an Haus- und Familienarbeit als rhetorische Norm.

Elternschaft wird aus der Perspektive potentieller Eltern als Leistungsanspruch konstruiert. Kinder zu haben/zu bekommen wird als besondere Aufgabe angesehen, die – ähnlich wie die eigene Berufskarriere – zum Gegenstand individueller Planungen und Investitionen wird. So formuliert beispielsweise Frau B. im Interview diese diskursiv konstruierten Ansprüche: Eine gute Mutter ist für sie eine, die viel in ihre Kinder „investiert", zum Beispiel viel Zeit. Kinder werden nicht quasi „von alleine" groß, sondern es gilt, in sie zu investieren. Die Aufgaben der Eltern erschöpfen sich nicht darin, für das physische Wohl der Kinder zu sorgen, wie es seit dem Ende des 18. Jahrhunderts formuliert (vgl. Teil I, Abschnitt 4.1) und in den Diskursen der 1950er/60er Jahre reproduziert wird (vgl. Teil III, Abschnitt 1.1), stattdessen gilt es, sich Kindern emotional zuzuwenden, sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und ihre Bildungsprozesse zu optimieren (vgl. Teil III). Mit dem Begriff „Investition" wird an die politischen Diskurse der 1990er Jahre zum Humankapital und auch an Diskurse zu gestiegenen Anforderungen an die Erziehung der Kinder angeknüpft. Gleichzeitig besteht trotz der rhetorischen Modernisierung des Geschlechterverhältnisses der Muttermythos fort: Die gesteigerten Ansprüche an Elternschaft werden nicht gleichmäßig auf beide Eltern verteilt, sondern die Hauptverantwortung für das Kindeswohl, wie sie auch im Diskurs konstruiert wird, liegt nach wie vor bei der biologischen Mutter. Diese Anforderungen an Mutterschaft werden von den Befragten, die Elternschaft für sich nicht ausschließen, reproduziert. So wertet Frau D. die Rolle, die die biologische Mutter der Tochter ihres Partners übernimmt, als „Tagesmutterfunktion" ab, als diese phasenweise nicht die elterliche Hauptverantwortung für das Kind übernimmt. Auch Frau C. formuliert hohe Ansprüche an biologische Mutterschaft, die mit einer zeitintensiven Erwerbsarbeit unvereinbar

sind. Die Fallanalysen von Frau C. und Frau D. belegen, dass dieses Mutterideal trotz einer positiv bewerteten, 'aktiven' Vaterschaft unangetastet bestehen bleibt. Außerdem wird deutlich, dass soziale Mutterschaft, die im Diskurs eine Leerstelle bleibt, auch für diese beiden Befragten schwer zu bestimmen ist.

Die Ambivalenzen der Interviewpartnerinnen gegenüber dem Muttermythos hingegen äußern sich zum Beispiel bei allen Befragten in der Deutung der biologischen Mutterschaft als Kontrollverlust. Zwei Befragte nehmen Schwangerschaft als Kontrollverlust über den eigenen Körper wahr. Aber die Angst vor einem Kontrollverlust bezieht sich nicht nur auf die Schwangerschaft: So befürchten die beiden anderen Befragten, dass Säuglinge und Kleinkinder durch ihre 'Unberechenbarkeit' mit einem Kontrollverlust über den eigenen autonomen Lebensentwurf verbunden sind. Diese Deutungen von Mutterschaft als Gegensatz zu Autonomie zeigen, dass die Vorstellungen, die der Muttermythos über Frauen mit Kindern formuliert, auch von Frauen ohne leibliche Kinder reproduziert werden. Mutter zu werden und die damit kulturell zugewiesene Verantwortung zu übernehmen, bedeutet, und dies wissen die Befragten, in der aktuell vorhandenen Gesellschaftsform immer noch, einen Verlust zu erleiden – einen „Verlust an biographischen Freiheitsgraden" (Rose 1997, 137). Die dominante Form der weiblichen Individualisierung offenbart sich hier als prekär und ambivalent und dies, obwohl das Kinderkriegen für die Befragten aufgrund ihrer gesicherten Beschäftigung mit vergleichsweise beschränkten Einbußen bezüglich ihrer Erwerbsbiographie verbunden wäre.

Wie in den Falldarstellungen gezeigt, modifizieren die Befragten auch handlungspraktisch vorherrschende Vorstellungen von Mutterschaft und Sorge. Die von den Befragten realisierten und angesprochenen alternativen Sorgeverhältnisse sind als Erweiterung des diskursiven Wissens anzusehen. Hier zeigen sich drei Erweiterungen, erstens 'soziale Mutterschaft', zweitens 'berufliche Sorge für Kinder' und drittens 'gesellschaftliche Sorge'.

2.1.1 Soziale Mutterschaft

Drei Befragte formulieren in ihren Selbstthematisierungen Vorstellungen über soziale Mutterschaft. Einzig Frau B. vertritt dabei, entgegen den diskursiven Wissensbeständen eine Gleichwertigkeit von sozialer und biologischer Mutterschaft, wobei sie den Vorteil sozialer Mutterschaft darin sieht, dass diese nicht an die Bedingungen biologischer Fruchtbarkeit gebunden ist. Im Unterschied dazu lehnen die anderen Befragten eine Gleichsetzung von biologischer und sozialer Mutterschaft ab. Soziale Mutterschaft ist strukturell komplizierter, schon allein dadurch, dass der biologischen Mutter rechtlich und gesellschaftlich unhinterfragt die Hauptverantwortung zugeschrieben wird. Dies wird auch von den Befragten so angenommen und reproduziert. Aus der biologischen Mutterschaft erwachsen damit für sie andere Anforderungen als

aus sozialer Mutterschaft. So erklärt z.B. Frau D., soziale Mutterschaft ist emotional distanzierter und immer nur eine Ergänzung zur biologischen Mutterschaft. In Bezug auf die biologische Mutterschaft reproduzieren die Befragten, wie schon dargestellt, den westdeutschen Muttermythos.

Soziale Mutterschaft bleibt im diskursiven Wissen mehrheitlich eine Leerstelle. Es existiert einzig die diffuse, negativ konnotierte Zuschreibung der Stiefmutter. Die Befragten haben Schwierigkeiten, diese Leerstelle im Diskurs für sich positiv zu füllen. Die Rollenbeschreibung bleibt in den Selbstthematisierungen unkonkret, wie bei Frau D., die bereits seit circa 15 Jahren soziale Mutter ist und ihre Rolle diffus mit: „nicht an vorderster Front zuständig", als „Neutrale", „wie eine Freundin" beschreibt. Als Referenz dient dabei die traditionelle Kleinfamilie mit der biologischen Elternschaft, wie z.B., wenn sie erklärt, sie sei „nicht die Ersatzmutter" oder „ein weiterer Mensch in ihrem Leben, unabhängig von der Mutterrolle". Ähnlich formuliert es eine weitere Befragte, die eine Patchwork-Familie als „kleines Familienleben" bezeichnet. Festgehalten werden kann, dass der Referenzmaßstab für soziale Mutterschaft nicht nur im Diskurs, sondern auch in den Selbstthematisierungen die traditionelle Kleinfamilie mit biologischer Elternschaft bleibt. Die 'angenommene' Elternschaft ist damit in der subjektiven Wirklichkeit von Frauen eine möglicherweise gelingende Ergänzung, aber keine gleichwertige Antwort auf den Ruf nach Mutterschaft.

2.1.2 Berufliche Sorge für Kinder

Außer der privaten Sorge vertreten zwei Befragte als Alternative zu biologischer Mutterschaft gesellschaftliche Formen der Sorge. Berufliche Sorge für Kinder stellt für Frau B. eine Möglichkeit dar, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, ohne in einem biologischen Mutterschaftsverhältnis zu Kindern zu stehen. Sie knüpft hier an Wissensbestände der ersten Frauenbewegung an, die für Frauen ohne leibliche Kinder die Möglichkeit der außerhäuslichen Arbeit vor allem im sozialen Bereich einforderte, damit diese dort ihre geistige Mutterschaft in die Gesellschaft einbringen können (vgl. Teil IV, Abschnitt 2.3). Frau B. geht, wie dargestellt, sogar noch weiter und erklärt die berufliche Sorge für Kinder als teilweise der Mutterschaft überlegen: Frauen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, etablieren eine gleichberechtigtere, intensivere Beziehung zu Kindern, die nicht durch die familiäre Konstellation und die damit verbundenen diffusen Erwartungen der Familienmitglieder aneinander oder durch Selbstverwirklichungsansprüche der Eltern gestört wird. Emotionale affektive Wünsche, die als zentraler Grund für eine Familiengründung angeben werden (vgl. Teil I, Abschnitt 5.1), wie etwa regelmäßiger Kontakt mit Kindern, Kinder zu erziehen, zu beeinflussen, ihnen 'etwas mit auf den Weg zu geben', können bei der Arbeit mit Kindern genauso wie im Rahmen der sozialen Mutterschaft erfüllt werden. Zudem stellt die berufliche Sorge für Kinder eine sozial anerkannte Form

der Sorge dar, auch wenn diese Erwerbstätigkeit als typischer Frauenberuf keine hohe Bezahlung und wenig Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Die berufliche Sorge für Kinder ist damit gesellschaftlich akzeptierter als andere Formen der Sorge für Kinder, wie etwa die soziale Mutterschaft. Zudem bietet sie die Möglichkeit, zeitlich klar begrenzt und ohne den oben beschriebenen, befürchteten Kontrollverlust gemeinsam mit Kindern zu leben. Aber auch die berufliche Sorge für Kinder stellt unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen nur eine Teilantwort auf die Anrufungen zur Mutterschaft dar, da sie gesellschaftlich nicht als gleichwertige Alternative anerkannt ist.

2.1.3 Gesellschaftliche Sorge

Frau A., die kein Interesse an biologischer Mutterschaft hat, entwirft, wie in der Falldarstellung ausführlich beschrieben, ein allgemeines Konzept der sozialen und gesellschaftlichen Sorge. Während Frauen traditionell eine Vergesellschaftung über Mutterschaft erfahren, existieren für Männer historisch verschiedene andere Formen der Vergesellschaftung; neben der Erwerbsarbeit stellt das politische Engagement eine bereits in der Antike bekannte Anrufung für Männer dar. Diese greift Frau A. für sich auf und fordert in ihrem Konzept der gesellschaftlichen Sorge, welches sie im Interview entwickelt, diese auch für Frauen mit anderen Vergesellschaftungskonzepten gleichzusetzen und vor allem aufzuwerten. Die moralische Anrufung, dass jeder Mensch zur Gesellschaft beitragen soll, wird von Frau A. akzeptiert, aber neu gewendet. Nicht nur die Sorge für leibliche Kinder, sondern auch andere Formen der Sorge, die für die Gesellschaft kostenlos und freiwillig erbracht werden, wie etwa das ehrenamtliche Engagement von Frau A., sollen gleichermaßen mit „einberechnet" werden. Diese Anrufung kann somit jede Person erfüllen, die auf irgendeine Weise Sorge für die Gesellschaft übernimmt.

Damit setzt Frau A. dem 'Rufen' eine eigenständige, positiv besetzte, soziale und gesellschaftliche Tätigkeit entgegen. Auch andere Studien bestätigen die große Bedeutung von ehrenamtlichen Tätigkeiten für Personen ohne Kinder (vgl. Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, 1995, 211[8]). Das im Muttermythos eingeschlossene gesellschaftliche Vorurteil, dass Menschen ohne Kinder egoistisch sind, wird hier widerlegt. Frau A. gelingt es, dem Ruf nach Mutterschaft etwas entgegenzusetzen, und, wie in der Falldarstellung gezeigt, den Ruf nach Mutterschaft zwar zu hören, aber sich davon *selbst* nicht angesprochen zu fühlen („es ruft nichts nach *mir*"). Trotzdem vertritt auch Frau A. ihren 'kinderlosen' Lebensentwurf nicht in allen

8 Der größte Teil der Alleinstehenden in dieser Studie ist in Gewerkschaften, politischen Organisationen, Sportvereinen etc. engagiert (vgl. Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg 1995, 211).

Lebensbereichen. Auf dieses Problem der Sagbarkeit wird nachfolgend noch näher eingegangen (vgl. Abschnitt 3.).

2.2 Rationalisierung der Lebensführung

In den politischen Diskursen und vor allem in der quantitativen Forschung zum demographischen Wandel (vgl. Teil I, Abschnitt 1.) wird die Familiengründung bzw. deren Ausbleiben als rationale Wahl verstanden.[9] Diese Deutungsweise wird von den Befragten reproduziert. Ein Kind zu bekommen, wird von allen Befragten als Wahl oder Entscheidung thematisiert. Die Befragten berichten mehrheitlich ausführlich, dass ihre Überlegungen in Bezug auf das Thema 'Kinder bekommen' sich im Lebensverlauf verändert haben. Auch Frau A., die erklärt, dass sie „noch nie" Kinder bekommen wollte und dem Typ 'Lebensentwurf ohne Kinder' zuzuordnen ist (vgl. Teil IV, Abschnitt 5.), berichtet im Interview, dass sie sich in regelmäßigen Abständen mit dem 'Kinderthema' auseinandersetzt. Alle anderen Befragten, deren Entscheidung gegen Kinder ambivalenter ist und die als 'temporär kinderlos' bezeichnet werden können, erklären, phasenweise keine Kinder gewollt zu haben, und widersetzen sich damit zumindest temporär der gesellschaftlichen Naturalisierung des 'weiblichen Kinderwunsches'. Wie erläutert, wird im familienpolitischen Diskurs ein 'Kinderwunsch' konstruiert. Kinder zu bekommen, wird naturalisiert, indem jeder Frau der Wunsch nach mindestens einem eigenen Kind zugeschrieben wird und es einzig als Frage des richtigen Zeitpunktes gilt, diesen Wunsch umzusetzen. Im Lebensverlauf ergeben sich hier Veränderungen in Bezug auf die 'Kinderfrage'. Diesen Wandel führen die Befragten in ihren Selbstdeutungen auf verschiedene Faktoren zurück. Übereinstimmend vertreten sie ein Modell, nach dem das Lebensalter der Frau und damit verbunden die Vorstellung von einer gewissen persönliche Reife als zentral gelten. Für Frau D. ist eine Elternschaft im Alter von Ende 20 noch „früh". Sie wertet frühe Mutterschaft pauschal und am deutlichsten von allen Befragten ab. Präsent ist bei mehreren Befragten die Vorstellung einer 'biologischen Uhr', die bei der Mehrheit der Frauen mit steigendem Alter immer 'schneller tickt', am schnellsten ab Anfang/Mitte 30. Erst in diesem Alter „ruft es" (Frau A.) meist stärker nach einem, steigt der „Leidensdruck" (Frau B.) oder ist eine Frau auf Kinder „gepolt" (Frau D.). Bezüglich des Höchstalters für Frauen, Kinder zu bekommen, herrscht hingegen Uneinigkeit. Frau D. glaubt nicht an die 'Fruchtbarkeitsillusion' (vgl. Teil I, Abschnitt 3.1) und erklärt die Möglichkeit der Umsetzung ihres 'Kinderwunsches' mit circa 40 Jahren für abgeschlossen. Damit wird die Option, Kinder zu bekommen, ihrer Ansicht nach quasi von der Natur beendet. Auch Frau A. erklärt, dass mit

9 Wie erläutert, liegt eine Entscheidung im Sinne des Rational-Choice dann vor, wenn fünf Bedingungen erfüllt sind (vgl. Teil I, Abschnitt 2.).

Ende 30 nicht nur die Option, Kinder zu bekommen, sondern auch die Anrufungen zur Mutterschaft zunehmend verklingen. Auch Frau B. sieht die Möglichkeit der biologischen Mutterschaft als zeitlich beschränkt an (nicht aber die der sozialen Mutterschaft), deren Ende allerdings nicht eindeutig bestimmbar ist und bei etwa Anfang/Mitte 40 liegt. Frau C. ist mit ihren Vorstellungen am anderen Ende der Skala anzusiedeln: Auch mit 40 Jahren sieht sie noch keine Eile, sich endgültig für oder gegen Kinder zu entscheiden. Die 'Fruchtbarkeitsillusion' ist hier wirkmächtig. Die Frage, ob es durch die zunehmende Verbreitung der Reproduktionsmedizin zu einer Ausweitung der 'Fruchtbarkeitsillusion' kommt (vgl. Teil I, Abschnitt 3.1), lässt sich demnach auf der Basis des Samples nicht eindeutig beantworten. Allerdings kann der in Teil I beschriebene Druck, Reproduktionstechnologien einzusetzen, nicht bestätigt werden. Frau C. und Frau D. lehnen dies sogar explizit ab.

Wichtig ist, dass die Befragten lediglich ein schmales 'Zeitfenster' als passend für die Umsetzung eines 'Kinderwunsches' ausmachen, vor allem, indem sie frühe Elternschaft für sich ausschließen. Diese in den subjektiven Wissensvorräten vorhandenen Vorstellungen eines idealen Alters für Frauen, um Kinder zu kriegen, lassen sich auch auf die gesellschaftspolitischen Wissensvorräte zurückführen. Denn die Anrufungen zur Mutterschaft erklingen je nach Lebensalter unterschiedlich laut. Frühe Elternschaft, wie sie z.B. in der DDR weit verbreitet war (vgl. Bernadi/Keim 2007; Huinink 2000), wird in den westdeutschen gesellschaftspolitischen Diskursen abgewertet (vgl. Teil III). Diese Abwertung hängt mit dem nach wie vor dominanten Drei-Phasenmodell für Frauen im gesellschaftspolitischen Diskurs (vgl. Teil III) zusammen, dessen Wirkmächtigkeit sich auch daran zeigt, dass es von den drei temporär 'kinderlosen' Befragten reproduziert wird. Insbesondere die Vorstellung der Unvereinbarkeit von Ausbildung/Bildung und Elternschaft wird sehr dezidiert vor allem von Frau B. und Frau D. vertreten. Aus dieser Unvereinbarkeit ergibt sich für hoch Qualifizierte, dass die Umsetzung eines 'Kinderwunsches' erst mit Ende 20/Anfang 30 in Frage kommt.

2.3 Vorstellungen und Ansprüche an Partnerschaft

Neben dem Lebensalter benennen die Befragten weitere Faktoren, die ihren Umgang mit der 'Kinderfrage' beeinflussen. Alle Befragten, die Kinder für sich nicht explizit ausschließen, knüpfen Elternschaft eng an eine stabile Partnerschaft und bestätigen damit die zentrale Rolle, die der Partnerschaft für die Familiengründung in der Forschung zugeschrieben wird. Wie schon im Fazit von Teil IV dargestellt, wird bei den Befragten in fast allen Partnerschaften das Thema 'Kinder kriegen' thematisiert. Es zeigt sich eine große Bandbreite, die von fehlenden Erwartungen des Partners bis hin zu konkret formulierten Anforderungen reicht. Elternschaft ist demnach keine individuelle Entscheidung, sondern muss in den jeweiligen Partnerschaftskonstellationen

vor dem Hintergrund sich verändernder Lebensbedingungen für die Paare immer wieder neu verhandelt werden. Nur, wenn beide sich ein Kind 'wünschen', wird eine Familiengründung in Betracht gezogen. Zudem bedarf es, wie in den Falldarstellungen deutlich wird, für alle drei Befragten, die es für sich nicht ausschließen, Kinder zu bekommen, einer „längerfristigen" und „stabilen" Partnerschaft. Teilweise werden weitere Ansprüche, wie eine gleichberechtigte Partnerschaft oder das Resultieren des 'Kinderwunsches' des Partners/der Partnerin aus den 'richtigen' Motiven, benannt. Mit der Vorstellung, dass eine stabile Partnerschaft konstitutiv für Elternschaft ist, reproduzieren die Befragten vorherrschende gesellschaftspolitische Wissensbestände, in denen es nur in einer ehelichen oder eheähnlichen heterosexuellen Zweierbeziehung wünschenswert und vorstellbar ist, Kinder zu bekommen. Eine Befragte erweitert den Diskurs hier, indem sie auch stabile gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen als passfähig konstruiert. Eine stabile Partnerschaft ist auch in Bezug auf die finanzielle Absicherung von Bedeutung. Entsprechend dem veränderten Diskurswissen vom Familienernährer- hin zum Zuverdienermodell (vgl. Teil III) reicht der Partner als potentieller Familienernährer insbesondere einer Befragten nicht aus; sie betont die Notwendigkeit der eigenständigen Absicherung zur Familiengründung.

In den familienpolitischen Diskursen wird die alleinerziehende Lebensform, wie in Teil III dargestellt, bis heute als Abweichung konstruiert und abgewertet. Diese Abwertung taucht auch in den Selbstthematisierungen der Befragten auf. Alleinerziehend zu sein, wird durchgängig und zum Teil stark abgewertet. So erklärt z.B. eine Befragte, dass ein „Kind „halt auch so dieses heile Familienleben irgendwo sucht, so Vater, Mutter, Kind", und eine andere antwortet auf die Frage nach ihrem gewünschten Lebensentwurf „auf keinen Fall alleinerziehend".[10] Mögliche positive Aspekte der alleinerziehenden Lebensform werden genauso wenig thematisiert wie Formen sozialer Netzwerke jenseits der Paarbeziehung, die eine Unterstützung Alleinerziehender darstellen könnten. Es existiert nur ein entweder – oder, entweder Elternschaft in einer stabilen Paarbeziehung oder 'kinderlos' bleiben. Auf den Mangel an anderen Lebens- und Familienformen in den individuellen, aber auch in den gesellschaftlichen Wissensvorräten und auf dessen Auswirkungen soll nachfolgend noch näher eingegangen werden (vgl. Teil V, Abschnitt 3.).

Festgehalten werden kann: Es existiert eine starke Übereinstimmung der gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräte in Bezug auf den westdeutschen

10 Die Abwertung des alleinerziehenden Lebensentwurfes kann bei Frau B. und bei Frau C. auch damit in Verbindung gebracht werden, dass sie im sozialen Bereich mit den Lebensrealitäten von Alleinerziehenden, z.B. der in dieser Gruppe weit verbreiteten Armut konfrontiert sind (vgl. Nickel 1995). „35 % aller Alleinerziehenden fallen unter die Armutsgrenze – und vier Fünftel aller Alleinerziehenden sind Frauen" (Wimbauer 2006, 136, Zahlen von 2003).

Muttermythos, die Vorstellung einer rationalen Familienplanung und das Festhalten an der stabilen Paarbeziehung als Ideal für Elternschaft.

2.4 Tabellarische Zusammenfassung des individuellen Umgangs mit hegemonialem Diskurswissen

Tabelle VIII fasst den dargestellten individuellen Umgang mit dem Diskurswissen noch einmal zusammen.

Festgehalten werden kann, dass die Befragten bestehendes hegemoniales diskursives Wissen thematisieren und modifizieren. Die fallspezifische Darstellung (vgl. Teil

Tabelle VIII: Individueller Umgang mit hegemonialem Diskurswissen

	Übernahme des hegemonialen Diskurswissens	*Modifikation des hegemonialen Diskurswissens*
Frau A.	• Familiengründung bedarf rationaler Planung • 'Kinderwunsch' ereilt als „biologische Uhr" fast alle Frauen in einem bestimmten Alter • Entscheidung für Kinder muss nicht begründet werden, aber Entscheidung gegen Kinder, am besten, indem man an gesellschaftlich anerkannte Legitimationen anknüpft	• Nicht alle Frauen haben einen 'Kinderwunsch' • Reflexion und Kritik an vorherrschendem Diskursmuster und Entwicklung eines eigenen Konzepts der gesellschaftlichen Sorge
Frau B.	• Familiengründung bedarf rationaler Planung • Familiengründung bedarf stabiler Partnerschaft • Unvereinbarkeit von Bildung und Familiengründung • Ablehnung einer alleinerziehenden Elternschaft	• Nicht alle Frauen wollen leibliche Kinder bekommen • Soziale und biologische Mutterschaft sind gleichwertig • Gleichgeschlechtliche Paare sind gleichwertig zu gegengeschlechtlichen Paaren • Hohe Anforderungen an Gleichberechtigung in einer Partnerschaft als Voraussetzung zur Familiengründung • Nicht-Mutterschaft ermöglicht besondere Fähigkeiten der beruflichen Sorge für Kinder

	Übernahme des hegemonialen Diskurswissens	*Modifikation des hegemonialen Diskurswissens*
Frau C.	• Reproduktion des Muttermythos (biologische Mutter als Hauptverantwortliche, Selbstaufgabe etc.) • Familiengründung bedarf rationaler Planung • Stabile Partnerschaft und finanzielle Absicherung sind notwendig zur Familiengründung • Ablehnung der alleinerziehenden Elternschaft	• Nicht alle Frauen haben einen 'Kinderwunsch' • Soziale Mutterschaft wird aufgewertet, ist aber nicht gleichwertig mit biologischer Mutterschaft
Frau D.	• Weitgehende Reproduktion des Muttermythos (biologische Mutter als Hauptverantwortliche, Selbstaufgabe) • Familiengründung bedarf rationaler Planung • Ablehnung junger Elternschaft • Unvereinbarkeit von Bildung und Familiengründung • Stabile Partnerschaft und finanzielle Absicherung zur Familiengründung notwendig	• Nicht alle Frauen haben einen 'Kinderwunsch' • Soziale Mutterschaft für Kinder wird aufgewertet, ist aber nicht gleichwertig mit biologischer Mutterschaft • Nicht nur finanzielle Absicherung über den Partner, sondern auch eigenständige Absicherung zur Familiengründung notwendig

IV) verdeutlicht die Bandbreite des individuellen Umgangs mit den diskursiven Wissensvorräten: Sie erstreckt sich von einer weitreichenden Übernahme mit geringen Modifikationen bis hin zu einer geringen Übernahme mit weitreichenden Modifikationen. Aus den gesellschaftlichen und institutionellen Wissensbeständen und deren Wandel bzw. Persistenz lassen sich diese Differenzen der individuellen Wissensbestände nicht erklären; hierfür bedarf es einer biographischen Analyse, die ein Verständnis der Ursachen dieser Varianz ermöglicht.

Auf der Basis der Ergebnisse der biographischen Fallanalysen wird im nächsten Abschnitt der Frage nachgegangen werden, was Individuen dazu befähigt, Lebensentwürfe jenseits der Norm zu leben und gegenüber anderen zu vertreten.

3. Anerkennung und Sagbarkeit des Lebensentwurfes ohne leibliche Kinder

Historisch gesehen haben Frauen schon immer auch Lebensformen jenseits der Norm praktiziert, mussten dafür aber z. T. weitreichende Konsequenzen tragen (vgl. Teil I, z.B. Hexenverbrennungen), vor allem, wenn diese Lebensformen nicht beruflich legitimiert wurden (Ammen, Nonnen etc.). Ein Leben ohne leibliche Kinder war und ist praktizierbar, muss aber bis heute gegenüber Anderen legitimiert werden, wie die Untersuchung gezeigt hat. Personen mit Lebensentwürfen jenseits der Norm können sich nicht auf anerkannte Subjektpositionen berufen, sondern müssen die Anerkennung für ihre Lebenspraxis im Austausch mit Anderen gewinnen (vgl. Keupp 1998, 27). Es stellt sich daher die Frage, in welchen Kontexten Personen ohne Kinder diese Anerkennung erhalten.

Die Fallanalysen haben gezeigt, dass dem Freundeskreis als Ort der Anerkennung eine große Bedeutung zukommt[11]. Die Mehrheit der Befragten pflegt überwiegend Freundschaften mit anderen Menschen ohne Kinder. Im Freundeskreis stellt der Lebensentwurf ohne Kinder damit eine kollektive Identität dar, die ein Wir-Gefühl (vgl. Keupp 1998, 13) erzeugt. Für dieses Wir-Gefühl bedarf es keiner dauerhaften Entscheidung gegen Kinder, sondern nur einer ähnlichen Lebenspraxis. Im Freundeskreis erfahren die Befragten damit soziale Anerkennung. Zwei Befragte, die in den letzten Jahren keine längerfristige Partnerschaft hatten, betonen die Bedeutsamkeit des Freundeskreises, indem sie ihn explizit als Familienersatz bezeichnen.[12] Dies verweist gleichzeitig auf die gesellschaftliche Bedeutung einer kollektiven Zugehörigkeit, die üblicherweise die Familie 'leistet'. Daneben spielen als Anerkennungskontexte die Partnerschaft sowie das Ehrenamt eine wichtige Rolle. Alle drei Kontexte können als selbst gewählte Vergemeinschaftungsformen verstanden werden, wohingegen die Herkunftsfamilie und das berufliche Umfeld als nicht selbst gewählt anzusehen sind. Wie die Untersuchung gezeigt hat, werden letztere tendenziell nicht als unterstützende Kontexte von den Befragten wahrgenommen.

11 Die vorliegende Studie bestätigt damit die Bedeutsamkeit von Freundschaften für die soziale Einbindung von Menschen ohne Kinder, die in den bisher vorliegenden qualitativen Studien fast einhellig hervorgehoben wird (vgl. Teil I, Abschnitt 5.1).

12 Auch eine amerikanische Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen: „Freunde sind für die meisten Frauen ohne Kinder, die ich traf, lebenswichtiger Familienersatz" (Safer 1998, 185). Auch in der Studie der HWP Hamburg 1995 zu Alleinstehenden zeigt sich, dass ihr Freundeskreis vorwiegend aus Personen mit ähnlichem Lebensentwurf – ebenfalls nicht verheiratet – besteht (vgl. Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg 1995, 68).

Gegenwissen

Neben der Anerkennung durch konkrete Andere spielt für die Sagbarkeit, also für die Frage, inwieweit ein Lebensentwurf jenseits der Norm offen vertreten und artikuliert werden kann, der Zugang zu Gegenwissen eine zentrale Rolle. Frau D. beispielsweise realisiert in ihrer Lebenspraxis eine Form sozialer Mutterschaft, jedoch ohne diese an kollektive Gegendiskurse anschließen zu können. Dies zeigt, dass erst Gegenwissensbestände alternativen Lebensweisen Legitimität verleihen, indem sie das, was im hegemonialen Diskurs als normal gesetzt wird, in Frage stellen oder erweitern. Wenn soziale Mutterschaft eine durch den Diskurs gleichermaßen anerkannte Form der Sorge für Kinder wäre, wäre es Frau D. möglich, ihre Praxis als eine legitime Antwort auf die gesellschaftlichen Anrufungen zur Mutterschaft zu erfahren. Erst der Zugang zu Gegenwissensbeständen ermöglicht es den Personen, die ohne eigene Kinder leben, die gesellschaftlichen Anrufungen zur Mutterschaft abzuschwächen.

Die Befragten haben aufgrund ihres Bildungsstandes, ihrer Erwerbs- und Lebenssituation grundsätzlich Zugang zu (wissenschaftlichem) Gegenwissen zu 'Kinderlosigkeit', wie z.B. zu dem Wissen, dass derzeit circa ein Viertel der Frauen 'kinderlos' bleibt. Mit diesem Befund könnte die dominante weibliche Normalitätsfolie in Frage gestellt werden. Um jedoch als Person das eigene Leben ohne Kinder gegenüber anderen als gleichwertig zu vertreten und anzuerkennen, reicht dieses abstrakte Gegenwissen vielfach nicht aus. Dies wird an Frau A.s Kommunikation über 'Kinderlosigkeit' deutlich. Politisch engagiert, vertritt sie im Interview abstrakte Thesen einer alternativen gesellschaftlichen Sorge-Praxis und erklärt, sich von den Anrufungen zur Mutterschaft nicht angesprochen zu fühlen. Gleichzeitig schwächt sie allerdings, wie auch andere Befragte, in verschiedenen alltäglichen Handlungskontexten die Eindeutigkeit und Beständigkeit ihres Lebensentwurfes ohne Kinder ab. Dies zeigt, dass es neben Anerkennung auch Handlungswissen bedarf, um Lebensentwürfen, die von der Norm abweichen, alltagspraktische Normalität zu verleihen. Im Unterschied zum abstrakten Wissen – z.B. wissenschaftlichem Wissen – zeichnet sich Handlungswissen durch einen höheren Grad an der Konkretisierung aus. Beispiele dafür wären konkrete Personen, deren Lebenspraxis einem gewissermaßen 'lebendig vor Augen führt', dass ein anderes Leben möglich ist. Voraussetzung sind also sichtbare und artikulierte Lebensweisen jenseits der Norm.

Keine der Befragten vertritt in allen Lebensbereichen offen ihre Lebensform.[13] Insbesondere im beruflichen Umfeld, der öffentlichen Verwaltung, wird der Lebensentwurf ohne Kinder von keiner der Befragten durchgängig offen vertreten. Dies deutet darauf hin, dass die Möglichkeiten der Selbstthematisierung und der Artikulation des eigenen Lebensentwurfs durch diskursiv produzierte und prozessierte Wahrheitsregime des Macht-Wissen-Komplexes beschränkt werden. Diese durch den Diskurs gebildeten Regeln über das, was legitimerweise gesagt werden kann und was nicht, sind nicht in allen sozialen Zusammenhängen gleichermaßen wirksam. Es ist davon auszugehen, dass die Tatsache, dass keine der Befragten ihren Lebensentwurf in der Verwaltung offen thematisiert, damit zusammenhängt, dass die weibliche Normalitätsfolie in diesem Zusammenhang besonders eindeutig installiert ist und wenig Abweichungen zulässt. Dies lässt sich auch auf die bereits thematisierte Nähe der Verwaltung zum dominanten politischen Diskurs zurückführen.

Dies wirft die Frage nach der Relevanz der Artikulation von abweichenden Lebensentwürfen auf. Warum reicht es nicht aus, wenn der Lebensentwurf ohne Kinder gelebt wird, ohne von den Betroffenen in besonderer Weise artikuliert zu werden? Dass es nicht ausreicht, lässt sich an der Umgangsweise von Frau C. verdeutlichen: Frau C. definiert ihren Lebensentwurf als Übergang und beschreibt sich nicht eindeutig als 'kinderlos'. Diese Strategie ermöglicht es ihr, die eigene Abweichung von der Normalität abzuschwächen. Allerdings hat diese Nicht-Artikulation aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive Folgen: Denn wenn etwas artikuliert wird, wird es für Andere 'sichtbarer' und kann von ihnen besser wahrgenommen werden. Um hegemoniales Wissen zu 'Kinderlosigkeit' zu verändern, bedarf es einer stärkeren Sichtbarkeit der Frauen, die ohne Kinder leben. Die Produktion von Gegenwissen und seine Institutionalisierung sind auf Formen der kollektiven Organisation angewiesen (vgl. Kißler 2007, 249). Zugespitzt formuliert: Wenn alle Menschen ihre Lebensentwürfe jenseits der Norm zwar lebten, aber dies weder aussprächen noch verträten, wäre weder eine Kollektivierung möglich, noch würden die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt werden.

4. Zusammenfassung

Anhand der Verschränkung von gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräten zum Thema 'Kinderlosigkeit' wurde die Funktions- und Wirkungsweise der Macht-Wissens-Komplexe aufgezeigt. 'Kinderlose' sind indirekt oder direkt mit der vorherrschenden geschlechtlichen Normen und Normalitätsfolien konfrontiert und finden jeweils individuelle Formen des Umgangs mit den Anrufungen zur Mutterschaft. Eine biographische Umdeutung ist nicht ausgeschlossen: Die Subjekte haben die Möglichkeit, diskursive Normen und Wissensvorräte für sich umzudeuten, wie die Lebensdeutungen und Lebenspraxen der Befragten jenseits der biologischen Mutterschaft zeigen. Es wurde gezeigt, dass alle Befragten die in den familienpoli-

13 Ähnliches zeigt auch Morell in ihrer Studie zu 'kinderlosen' Frauen: Auch dort gehen nur wenige Personen im Sample offensiv mit dem Thema 'Kinderlosigkeit' um und erklären sich, wohingegen die Mehrheit ausweichende Strategien wählt: „Strategic silence, disarming the questioners, and reversing the discourse are verbal responses used when women are called upon publicly and must involuntarily account for their nonconformist behavior" (Morell 1994, 60).

tischen Diskursen vorherrschenden Normen zwar zumindest leicht modifizieren, aber gleichzeitig auch zentrale familienpolitische Argumentationen reproduzieren, wie beispielsweise die Abwertung der alleinerziehenden Lebensform.

Wie schwierig die Umdeutung oder Dekonstruktion der gesellschaftlich dominanten Wissensbestände über 'Kinderlosigkeit' ist, zeigen die biographischen Falldarstellungen. Wie gezeigt wurde, sind Lebensentwürfe jenseits der Norm verstärkt auf Anerkennung durch andere Personen angewiesen, da die Betroffenen diese nicht aus der Übereinstimmung mit dominanten Subjektpositionen beziehen können. Ausgehend von den spezifischen Problemkonstellationen der Fälle wurden grundlegende Überlegungen zur Voraussetzung von Sagbarkeit formuliert. Es wurde gezeigt, dass es des Zugangs zu Gegenwissen bedarf und dass dieses Gegenwissen ausreichend konkret auf die Lebenspraxis bezogen und anwendbar sein muss, um die Artikulation der abweichenden Lebensweise zu ermöglichen. Erst eine verstärkte Artikulation und die Bildung von Wir-Kollektiven ermöglichen eine stärkere Sichtbarkeit der alternativen Lebensweisen und damit die Veränderung des hegemonialen Diskurses.

Teil VI: Schluss

Im Zusammenhang mit der öffentlichen/medialen Diskussion über den demographischen Wandel in den letzten Jahren ist auch das Thema 'Kinderlosigkeit' verstärkt in das Blickfeld geraten. Dabei zeichnet sich ein Spannungsverhältnis ab zwischen den familienpolitischen Bemühungen, die Geburtenrate zu erhöhen und einer wachsenden Anzahl von Personen, die 'gewollt kinderlos' bleibt.

In den familienpolitischen Diskursen wird der Begriff der 'Kinderlosigkeit' zumeist mit der 'Kinderlosigkeit' von Frauen assoziiert. Damit finden sich Frauen als Hauptadressatinnen der familienpolitischen Diskurse wieder und sind mit Anrufungen zur Mutterschaft konfrontiert. Parallel dazu existiert jedoch die Auffassung einer pluralisierten Lebenswelt. So erklärt beispielsweise Familienministerin von der Leyen, wie in der Einleitung dieser Studie zitiert, dass „Kinderlosigkeit kein Makel mehr" sei. (Berliner Zeitung, 11./12. März 2006, 6). Die vorliegende Studie beschäftigte sich mit dieser Widersprüchlichkeit. Dabei untersuchte sie insbesondere die Frage, ob ein weiblicher Lebensentwurf ohne Kinder inzwischen tatsächlich zur gelebten 'Normalität' gehört und ob – sollte dies der Fall sein – eine Frau mit einem Lebensentwurf, der auf dieser pluralen Normalität basiert, auch in der Lage ist, ihren Lebensentwurf gesellschaftlich sichtbar und sagbar umzusetzen.

Die Studie griff diese Fragestellung auf und analysierte die Deutungsebenen der 'Kinderlosigkeit', oder, präziser formuliert, sie stellte das Ineinandergreifen des gesellschaftlichen Wissens über 'Kinderlosigkeit' den subjektiven Deutungen von Frauen ohne Kinder gegenüber. Es wurde untersucht, welche Veränderungen die Deutung von 'Kinderlosigkeit' in den gesellschaftlichen Wissensbeständen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfahren hat und in welcher Form gesellschaftspolitische Diskurse wohlfahrtsstaatliche Institutionen wie die öffentliche Verwaltung durchdrungen haben. Die Biographien so genannter 'gewollt kinderloser' Frauen, die über ihre berufliche Einbettung in die Verwaltung mit hegemonialen Diskursen konfrontiert sind, dienten zur Bestandsaufnahme, ob und in welchen Handlungskontexten die Befragten Anrufungen zur Mutterschaft thematisieren und in welcher Weise sie auf diese Anrufungen reagieren. In diesem Zusammenhang wurde dem Ineinandergreifen von subjektivem und gesellschaftlichem Wissen besonderes Gewicht zugemessen und dabei speziell der Frage, welches Diskurswissen sich biographisch herleiten lässt und wie die Befragten dieses Wissen biographisch aufgreifen und reproduzieren bzw. umdeuten.

Im Folgenden werden zunächst die zentralen Ergebnisse der vorliegenden Studie zusammengefasst. Im Anschluss werden anhand von drei Thesen Schlussfolgerungen aus diesen Ergebnissen aufgezeigt.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Den Ausgangspunkt der Studie bildete in Teil I die Verortung der wissenschaftlichen Debatte zu 'Kinderlosigkeit'. Hierfür wurden die statistische Datenlage zu 'Kinderlosigkeit' erörtert und die zentralen wissenschaftlichen Erklärungsansätze identifiziert. Der Lebensentwurf ohne Kinder erscheint vielfach im Zusammenhang mit der Debatte um den demographischen Wandel, wie die Kontextualisierung des wissenschaftlichen Diskurses nahe legt. Es wurde deutlich, dass die Verortung des Diskurses kritisch hinterfragt werden sollte, da sich eine Tendenz zur 'Demographisierung gesellschaftlicher Probleme' abzeichnet: Unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme werden plakativ auf die demographische Entwicklung – genauer: auf den Geburtenrückgang – zurückgeführt. Dies führt dazu, dass 'Kinderlose' verstärkt ins Blickfeld geraten.

Demographische Analysen bauen vielfach auf Grundlagen und Annahmen auf, die dem Rezipienten bei erster Betrachtung verborgen bleiben. Dazu gehört unter anderem eine Fokussierung auf die Geburtenentwicklung der 'deutschen' Bevölkerung, die von einer häufig anzutreffenden Nationalisierung des demographische Diskurses zeugt. Darüber hinaus erwachsen aus der Datenlage zur Geburtenentwicklung und zu 'Kinderlosigkeit' drei Problemfelder: Zum Ersten erlauben der Untersuchung zufolge Langzeitprognosen der Bevölkerungsentwicklung nur bedingt zuverlässige Tendenzaussagen, werden jedoch vielfach als Belege für ein demographisches Katastrophenszenario herangezogen. Zum Zweiten können aufgrund der statistischen Datenlage in Deutschland derzeit nur Schätzungen zur Anzahl von 'kinderlosen' Personen vorgenommen werden. Und zum Dritten kategorisiert die amtlichen Statistik die 'Kinderfrage' noch immer innerhalb der biologischen Mutterschaft; unter anderem unter Berücksichtigung dieser Verengung wird verständlich, warum die Elternschaft als Frauenfrage konstruiert wird.

Das Phänomen 'Kinderlosigkeit' als eine historische Neuheit zu präsentieren, ist eine zusätzlich zu hinterfragende Grundannahme. Als Referenzrahmen – wenngleich mehrheitlich unausgesprochen – dient dafür das 'goldene Zeitalter' der Kleinfamilie und der hohen Geburtenraten in den 1950/60er Jahren. Dem wurde in der vorliegenden Untersuchung kontrastierend ein historischer Abriss gegenübergestellt, der belegt, dass 'Kinderlosigkeit' als Phänomen in früheren Epochen durchaus auftrat und verbreitet war. So blieb bis Ende des 19. Jahrhunderts etwa ein Drittel der Bevölkerung wegen ökonomisch motivierter Heiratsschranken und der sozialen Ächtung unehelicher Geburten 'ungewollt kinderlos'. Aus der historischen Betrachtung kann der

Schluss gezogen werden, dass in der Regel nicht die 'Kinderlosigkeit' an sich, sondern die Fortpflanzungsanforderung an alle Frauen und die Ausweitung der so genannten 'gewollten Kinderlosigkeit' als historische Neuheiten zu betrachten sind.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung standen Menschen ohne Kinder, die nach eigenem Wissensstand nicht medizinisch unfruchtbar sind. Auf Basis der empirischen Ergebnisse komplementierte diese Studie die in der Forschung häufig anzutreffende Klassifizierung der 'gewollt Kinderlosen' in zwei Gruppen, die so genannt 'temporär Kinderlosen' und die so genannt 'dauerhaft Kinderlosen'. Teil IV der vorliegenden Untersuchung widmete sich der Ergänzung der bestehenden Einordnung. 'Kinderlosigkeit' wurde sowohl als ein individuelles als auch ein gesellschaftliches Phänomen eingestuft, da reproduktives Handeln als Handeln von Individuen gelesen werden kann, das sich innerhalb eines ökonomischen, sozialen, politischen und historisch-kulturellen Kontextes abspielt. Dementsprechend wurde in dieser Studie ein Zugang über eine doppelte Empirie gewählt, die Einblick in die individuelle Erfahrungswelt ermöglichte und diese gesamtgesellschaftlich einbettete.

In der deutschsprachigen Forschung wird die biographische Perspektive auf Lebensentwürfe ohne Kinder bisher nur unzureichend berücksichtigt und stellt, wie die vorliegende Studie zeigte, immer noch eine Forschungslücke dar. Darüber hinaus wird im deutschsprachigen wissenschaftlichen Kontext dem Zusammenhang zwischen dem demographischen Wandel und dem Wandel der Geschlechterverhältnisse nicht ausreichend Beachtung geschenkt. Entsprechend den in dieser Arbeit diskutierten Studien können unterschiedlichste Einflussfaktoren auf die Entscheidung für oder gegen Kinder einwirken. Dabei steht zumeist der gesellschaftliche Wandel von Familie und von Geschlechterrollen im Vordergrund. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die auch im politischen Diskurs zunehmend thematisiert wird (vgl. Teil III), nimmt neben spezifischen, der Partnerschaft zuzuordnenden emotional-affektiven Gründen eine zentrale Rolle ein.

Personen ohne Kinder können, wie die vorliegende Untersuchung zeigte, keineswegs als homogene Gruppe angesehen werden. Die regionalen, geschlechts- und bildungsspezifischen Differenzen wurden näher beleuchtet: Hierbei wurde deutlich, dass 'Kinderlosigkeit' insbesondere in den ehemals westlichen Bundesländern auftritt. Statistische Untersuchungen zeigen, dass Männer in größerer Zahl als Frauen 'kinderlos' sind. Dabei sind die 'kinderlosen' Männer mehrheitlich niedrig qualifiziert, während bei den Frauen die Mehrheit der 'Kinderlosen' hoch qualifizierte Frauen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss sind. Diese Studie widmete sich primär der letztgenannten Gruppe. Das Augenmerk lag unter anderem auch deswegen auf Frauen, weil Frauen, wie die Teile III und IV dieser Untersuchung zeigen, immer noch zur Verantwortung für die generative Frage gezogen werden und ihre Definition und Einordnung im gesellschaftlichen Kontext noch immer stark über Mutterschaft bzw. Nicht-Mutterschaft erfolgt.

Die vorliegende Studie wählte einen wissenssoziologischen Zugang zum Untersuchungsgegenstand (vgl. Teil II). Um die geschlechterspezifische Ausprägung der subjektiven und gesellschaftlichen Wissensvorräte zu beschreiben, wurde ergänzend auch die Frauen- und Geschlechterforschung integriert. 'Wissen' bildet dabei zugleich die Grundlage wie auch das Produkt des Handelns. In der Studie wird eine Unterscheidung zwischen gesellschaftlichem und subjektivem Wissen vorgenommen. Dabei wurden folgende Formen gesellschaftlichen Wissens analysiert: institutionalisiertes Wissen am Beispiel der öffentlichen Verwaltung, Mythen am Beispiel des Muttermythos, wissenschaftliches Wissen am Beispiel des in Teil I untersuchten Forschungsstandes zu 'Kinderlosigkeit' und popularisiertes Wissen (Interdiskurse) am Beispiel familienpolitischen Regierungswissens. Das subjektive Wissen wurde anhand der Selbstthematisierungen von 'kinderlosen' Frauen untersucht. Darüber hinaus wurden die aufgeführten wissenssoziologischen Ansätze durch das Anrufungskonzept von Althusser ergänzt, das einen theoretischen Rahmen für die Vermittlung des gesellschaftlichen Wissens an die Subjekte und für die Subjektivierung, in der Individuen Subjektkategorien zu- bzw. untergeordnet werden (vgl. Klinger 2006, 107), bietet (vgl. Teil II).

Die methodische Umsetzung der Studie wurde, aufbauend auf dieser theoretischen Einordnung in die Wissenssoziologie, konkretisiert und dargestellt. Dabei bedurfte es einer Mehrdimensionenanalyse, die die Rekonstruktion der subjektiven und der gesellschaftlichen Wissensvorräte zum Ziel hat: Untersucht wurde, in welchem Zusammenhang die jeweilige biografische Erfahrungsaufschichtung mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Wissensordnungen steht. Es erfolgte eine Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte, die den zentralen Gegenstand der vorliegenden Studie darstellen. Im Detail umfasste diese Rekonstruktion folgende Einzelschritte: die Erhebungsphase der Einzelinterviews, die Sampleauswahl, die rekonstruktive, sequenzanalytische Auswertung mit ihren Verfahrensschritten und die Darstellungsform. Daran anschließend erfolgte die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Wissensvorräte: die Auswahl des Korpus aus Regierungserklärungen und Familienberichten und die wissenssoziologisch orientierte, diskursanalytische Auswertungsmethode mit ihren Verfahrenschritten. In einem letzten Schritt wurden die Erkenntnisse aus der Analyse des subjektiven und des gesellschaftlichen Wissens zusammengeführt und methodologisch verschränkt.

Der Frauenleib als „öffentlicher Ort"

Die gesellschaftlichen Wissensbestände zu 'Kinderlosigkeit' wurden in Teil III der vorliegenden Untersuchung näher beleuchtet. Unter Zuhilfenahme der historischen Diskurse seit Ende des Zweiten Weltkrieges konnte erstens das Gewordensein der aktuellen Diskurse rekonstruiert werden. Zweitens legte die Analyse nahe, dass sich die deutsche Familienpolitik insbesondere durch ihre Stabilität und Kontinuität

charakterisieren lässt. Es konnte gezeigt werden, dass durchgängig vor allem Frauen zu Elternschaft aufgerufen werden und der Frauenleib so als „öffentlicher Ort" (Duden 1991) bzw. gesellschaftspolitischer Ort konstruiert wird.

'Familie' galt in den 1950er/60er Jahren als behagliche Kleinfamilie und Schonraum. In den 1970er Jahren wird dieser Schonraum erstmalig in der Nachkriegsgeschichte geöffnet, indem von staatlicher Seite die Rechte von Frauen und Kindern gestärkt werden und sich familiale Beziehungen einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterziehen müssen. Die 1980er/90er Jahre greifen auf frühere Modelle der Familie als private, intime Institution zurück, betonen jedoch gleichzeitig die gesellschaftliche Rolle der Familie. Ab Ende der 1990er Jahre rückt zunehmend Eigenverantwortung in den Mittelpunkt der Diskurse und die Familie wird zunehmend zur ökonomischen Ressource. Bei der Ausrichtung der Bevölkerungspolitik zeichnet sich eine wichtige Veränderung ab: Seit der Gründung der Bundesrepublik, das heißt über fünf Jahrzehnte hinweg, wurde Familienpolitik in einem sozialpolitischen Begründungsrahmen lokalisiert und bevölkerungspolitische Erwägungen wurden von den Regierungen weitestgehend abgelehnt. Seit 2002 unterliegt die regierungsnahe Familienpolitik jedoch einem Wandel und versteht sich (wieder) explizit als Bevölkerungspolitik.

In der Beschreibung sozialer Regeln und gesellschaftlicher Normen zeigt sich Mitte der 1970er Jahre eine Veränderung. Diese lässt sich mit Link u.a. (2003) interpretieren als Übergang von präskriptiven Normen, die über Jahrzehnte hinweg die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung moralisch und rechtlich definierten, zu deskriptiven Normen, die beschreiben und festhalten, was im sozialen Kontext als 'normal' eingestuft wird. In dieser Hinsicht dienen die Formulierungen deskriptiver Normen als Orientierungsmarken, und im Vergleich zu früheren Diskursen werden sie von einem nicht so weitreichenden und weniger rigiden wohlfahrtsstaatlichen Anreiz- und Anrechtssystem gestützt. Dabei steht in der westdeutschen Familienpolitik durchgängig die materielle Förderung der Familie bzw. Ehe, und nicht die Förderung von Individuen, im Vordergrund.

Die nachkriegsdeutsche Familiennorm wird, wie beschrieben, primär durch die stabilisierende Rolle der Kleinfamilie charakterisiert. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kleinfamilie hat sich von der Hausfrauenehe zum Zuverdienerinmodell gewandelt. In den letzten Jahren lässt sich darüber hinaus ein langsamer Übergang zu einem Zwei-Verdienermodell erkennen. Dabei erfährt die hegemoniale weibliche Subjektposition, parallel zur vorherrschenden Familiennorm, eine Veränderung im Rollenverständnis: Die Rolle der Ehefrau, die gleichermaßen als Hausfrau und Vollzeitmutter gesehen wurde, wird abgelöst von der Doppelorientierung der Frau auf Familie und Beruf. Mutterschaft wird jedoch nach wie vor als 'Vollzeit-Aufgabe' gefasst. Die Vorstellung von Mutterschaft erweist sich damit als Kontinuum – die Phase hingegen, in der die Mutter als unentbehrlich eingestuft wird, schrumpft

im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich. Im Gegensatz dazu bleibt die Norm der weiblichen Hauptzuständigkeit für die Haus- und Familienarbeit erhalten, selbst wenn speziell die Familienpolitik seit Ende der 1990er Jahre Männer bzw. Väter verstärkt thematisiert.

In den 1950er/60er Jahren werden zunächst unfreiwillig ehelose Frauen, die keine Kinder haben und vom Staat unterstützt werden müssen, als abweichende weibliche Subjektposition thematisiert. Ab Ende der 1960er Jahre rücken die Alleinerziehenden vermehrt in den Vordergrund der Betrachtung und werden als Abweichung thematisiert. Diese (negative) Fokussierung begründet sich unter anderem aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Stabilität einer engen Bindung von Ehe bzw. beständiger gegengeschlechtlicher Partnerschaft und Elternschaft. So genannte 'Karrierefrauen' oder 'Kinderlose' tauchen seit den 1980er Jahren als weitere von der Norm abweichende weibliche Subjektpositionen in der öffentlichen Diskussion auf. Eine mögliche Begründung dafür findet sich in der 'Naturalisierung' der Elternschaft bis etwa Ende der 1980er Jahre. Erst danach kommt die Vorstellung eines 'Kinderwunsches' explizit auf. Dieser Wunsch wird weiterhin naturalisiert, aber die Umsetzung des Wunsches bedarf der rationalen Planung.

In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Bundesrepublik erfahren Müttererwerbstätigkeit und außerhäusliche Kinderbetreuung eine explizite Abwertung und werden bis weit in die 1990er Jahre als problematisch angesehen. Während anfangs in der Kindererziehung noch die physische Entwicklung des Kindes betont wird, entsteht in den 1970er Jahren eine Sensibilisierung bezüglich der psychischen Entwicklung des Kindes. Bis 2005 wird Vollzeitmutterschaft in den ersten drei Jahren als Norm verstanden. Die Analyse zeigt in dieser Hinsicht, dass der deutsche Muttermythos zwar einem inhaltlichen Wandel unterliegt, in seiner Grundkonzeption jedoch keine wesentliche Veränderung durchlaufen hat: Die biologische Mutter ist für die Sorge- und Erziehungspflichten verantwortlich und kann diese besser erfüllen als andere Menschen. Der deutsche Muttermythos erweist sich, wie gezeigt wurde, auch für Individuen als bedeutsam.

Bis Ende der 1980er Jahre tauchen Personen ohne Kinder in den Diskursen praktisch nicht auf. Ihre Thematisierung erfolgt eher implizit. Die vorherrschende Charakterisierung im Kontext unfreiwilliger 'Ehelosigkeit' in den früheren Diskursen wird in den 1970er Jahren um erste konkrete Negativzuschreibungen, etwa eine starke Konsum- und Erwerbsarbeitsorientierung, erweitert bzw. abgelöst. Diese Zuschreibungen nehmen in den 1990er Jahren zu und gewinnen an rhetorischer Prägnanz: Personen ohne Kinder werden gemeinhin als unsozial und egoistisch dargestellt. Weibliche 'Kinderlosigkeit', insbesondere von hoch qualifizierten Frauen, erfährt ab 2002 verstärkte Aufmerksamkeit. Als Begründungsmechanismus für einen solchen Lebensentwurf werden dann strukturelle Probleme, speziell die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, angeführt. In diesem Kontext wird zumeist ein 'Kinderwunsch' unterstellt und der Lebensentwurf ohne Kinder als unfreiwillig interpretiert. Selbst die unfreiwillige 'Kinderlosigkeit' wird jedoch durch die technische und medizinische Verfügbarkeit der Reproduktionstechnologie verstärkt legitimierungsbedürftig.

Trotz der ab Mitte der 1960er Jahre sinkenden Geburtenraten wird Familienpolitik im vom Dritten Reich geprägten Nachkriegsdeutschland nicht als bevölkerungspolitisches Instrument interpretiert. Eine Thematisierung der 'qualitativen' Nachwuchssicherung findet in breiterem Umfang erst ab Mitte der 1990er Jahre statt und erreicht einen vorläufigen Höhepunkt ab 2002. Dabei schiebt sich die Bevölkerungsentwicklung als zentrales gesellschaftliches Problem in den Vordergrund und wird mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Problemen, insbesondere mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, assoziiert. Dieses Muster, das auch schon im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Verortung beschrieben wurde, lässt sich als 'Demographisierung gesellschaftlicher Probleme' bezeichnen (vgl. Hummel 2006). Darüber hinaus erfährt das Thema eine nationalstaatliche Konnotation; Zuwanderung wird in dieser Hinsicht als Lösungsansatz marginalisiert. Als historische Neuerung kann angesehen werden, dass sowohl bevölkerungspolitische als auch gleichstellungspolitische Ziele eine Verschränkung erfahren, indem gleichermaßen die Geburtenrate wie auch die Frauenerwerbsquote steigen sollen.

Im familienpolitischen Diskurs werden Frauen durchgängig zur biologischen Mutterschaft angehalten; die dominierende Subjektposition beschränkt sich auf 'Frau = Mutter'. Männer als Väter werden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten selten thematisiert. Sogar in den letzten Jahren erfahren Männer nur punktuelle Aufmerksamkeit im regierungsnahen Diskurs. In den hier untersuchten Wissensvorräten gilt und galt der weibliche Lebensentwurf ohne Kinder kontinuierlich als individuell und politisch nicht erwünscht. Im letzten Jahrzehnt verschärfen sich sogar die Anrufungen zur Mutterschaft, wesentlich motiviert durch den zunehmend bevölkerungspolitischen Fokus der Familienpolitik. Mutterschaft stellt nun endgültig nicht mehr, wie noch in den 1950er/60er und auch noch in den 1980er/90er Jahren, eine unhinterfragte biologische Tatsache und Privatsache dar. Stattdessen werden sowohl die gesamtgesellschaftliche Geburtenentwicklung als auch die Geburtenentwicklung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu diskursiven Dreh- und Angelpunkten. Dabei fokussiert der Diskurs seit den 1990er Jahren auf Frauen ohne Kinder. Die seit mehr als einem Jahrhundert sinkende Familiengröße taucht hingegen erst in den letzten Jahren in den öffentlichen Diskursen auf.

Wie anhand der Rekonstruktion der subjektiven Wissensvorräte gezeigt wurde, beeinflussen die familien- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen die Gestaltung der Lebensläufe von Frauen und Männern. Sie setzen aber nicht nur ökonomische Anreize zugunsten der Ehe gegenüber anderen Lebens- und Familienformen, sondern werden auch in institutionelle Diskurse übersetzt. Innerhalb der vorliegenden Studie wurde diese Übersetzung anhand der institutionellen Wissensvorräte der öffentlichen

Verwaltung und dabei speziell der untersuchten Verwaltung der Stadt N. näher beleuchtet. Es wurde aufgezeigt, dass eine enge Verschränkung der familienpolitischen und der institutionellen Wissensvorräte durchaus stattfindet. Die untersuchte Verwaltung entspricht hierbei im Wesentlichen den allgemeinen Charakteristika der öffentlichen Verwaltung. Das Arbeitsfeld ist geprägt von einer geschlechtlich horizontal und vertikal segregierten Struktur. Den familienpolitischen Diskursen seit den 1990er Jahren entsprechend, konzentriert sich die Geschlechterpolitik der Verwaltung N. vor allem auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf (für Frauen). Männer, die Teilzeit arbeiten oder Elternzeit nehmen, bilden in der Verwaltung nach wie vor eine Ausnahme, während als Normalitätsfolie die Teilzeit arbeitende Mutter gilt.

Individueller Umgang mit den Anrufungen zur Mutterschaft

In Teil IV wurde herausgearbeitet, dass alle für diese Studie befragten Frauen Anrufungen zur Mutterschaft thematisieren. Dabei wurden in den Fallanalysen die spezifischen Formen des Umgangs mit den Anrufungen detailliert dargestellt. Es lassen sich individuelle Deutungen und Umgangsformen mit den Anrufungen erkennen, die in der folgenden Tabelle nochmals zusammengefasst sind.

Wie deutlich wird, entwickeln alle Befragten individuelle Deutungen der Anrufungen, deren Begrifflichkeiten die Wirkmächtigkeit der Anrufung verdeutlichen (insbesondere die Ausdrücke 'Leidensdruck', und 'gepolt'). Im Umgang mit den Anrufungen zur Mutterschaft entwickeln sich Muster der Distanzierung und der Normalisierung. Die Distanzierung gelingt den Befragten jeweils über den Zugang zu Gegenwissen und -praxen, sei es in einem politischen Ehrenamt oder in einem subkulturellen Milieu. Andere Befragte versuchen ihre Lebensform zu normalisieren, indem sie sie als temporär beschreiben oder über soziale Mutterschaft eine Teil-Normalisierung herstellen. Auch handlungspraktisch finden die Befragten für sich eine jeweils spezifische 'Antwort' auf Anrufung zur biologischen Mutterschaft, die verschiedene alternative Sorgeverhältnisse beinhaltet (soziale Elternschaft, berufliche Sorge für Kinder, gesellschaftliche Sorge) und/oder die Kollektivierung der eigenen Lebensform im Freundeskreis oder in subkulturellen Strukturen. Die in den Fallanalysen rekonstruierte biographische Dynamik verdeutlicht, dass die 'Kinderfrage' bei den meisten Befragten im Lebensverlauf immer wieder neu verhandelt wird. Auch mit Ende 30/Anfang 40 ist die Auseinandersetzung mit dem 'Kinderthema' teilweise nicht abgeschlossen. Dabei unterscheiden die Befragten zwischen sozialer und biologischer Mutterschaft.

Die Fallanalysen verdeutlichen, dass sich Frauen ohne Kinder in ihren Lebensentwürfen stark unterscheiden. Dabei konnten die bisher in qualitativen Studien benannten zwei Typen von 'gewollt Kinderlosen' spezifiziert und auf drei Typen erweitert werden: Typ 1 – Lebensentwurf mit Kindern, Typ 2 – Leben ohne Kinder und Typ 3 – Lebensentwurf ohne Kinder. Damit wurde die Gruppe der temporär 'Kinderlosen', die oft als Verschieberinnen bezeichnet werden, auf der Basis der Ergebnisse in zwei Untergruppen aufgegliedert. Typ 1 umfasst Personen, die zwar offiziell als 'kinderlos' gelten, weil sie keine leiblichen Kinder haben, es aber in ihrer Lebensrealität nicht sind: Sie übernehmen entweder im Rahmen sozialer Elternschaft

Tabelle IX: Deutungen und Umgangsweisen mit Anrufungen zur Mutterschaft

	Individuelle Deutung der Anrufung	*Umgang mit den Anrufungen zur Mutterschaft*	*'Antwort' auf Anrufungen zur Mutterschaft*	*Biographische Dynamik des Lebenslaufes*
Frau A.	• „Es ruft nichts nach mir"	• Distanzierung und politisches Handeln	• Gesellschaftliche Sorge und Partizipation gleichwertig mit Sorge für eigene Kinder	• Stabilität und Eindeutigkeit (biologische oder soziale Mutterschaft waren nie Optionen)
Frau B.	• „Leidensdruck ist nicht groß genug"	• Distanzierung und Separation (eigene Welt)	• Berufliche Sorge für Kinder • Integration in subkulturelle Strukturen • Freundeskreis als Familie	• Teilschließung (biologische Mutterschaft früher phasenweise Option, soziale Mutterschaft bleibt Option)
Frau C.	• Kinder bekommen als eine „Option" in der Zukunft	• Temporalisierung bei gleichzeitigem Aufrechterhalten von traditionellen Vorstellungen	• Verschiebung aufgrund gescheiterter Passung von Autonomiewünschen und traditionellem Familien-/Mutterideal • Freundeskreis als Familie	• Vorläufigkeit (biologische Mutterschaft bleibt Option, soziale Mutterschaft über Partnerschaft)
Frau D.	• Nicht auf Kinder „gepolt"	• Teil-Normalisierung über soziale Mutterschaft	• Soziale Elternschaft in Patchwork-Familie	• Eindeutigkeit (biologische Mutterschaft war phasenweise Thema, jetzt damit abgeschlossen, soziale Mutterschaft als teilweiser Ersatz)

(Frau D.) oder beruflich (Frau B.) Sorge für Kinder. Diese Personen haben also eigentlich einen Lebensentwurf mit Kindern. Typ 2 lebt ohne Kinder. Dies kann aber nicht als 'kinderloser' Lebensentwurf gelten, da entweder keine eindeutige Vorstellung existiert, wie das eigene Leben entworfen werden soll oder Kinder sehr wohl Teil des gewünschten Lebensmodells sind (Frau C.). Wenn ein 'Kinderwunsch' existiert, wird dieser aber aus persönlichen oder strukturellen Gründen nicht umgesetzt. Einzig Typ 3 besitzt einen Lebensentwurf ohne Kinder, da diese Personen gewollt ohne Kinder leben (Frau A.).

Anrufungsinstanzen

Anhand der Fallanalysen wurde aufgezeigt, dass sich gesellschaftliche Wissensvorräte und damit auch Anrufungen nicht nur durch staatliche Instanzen, wie von Althusser nahe gelegt, sondern insbesondere auch über das alltägliche Umfeld der Individuen vermitteln. Die Untersuchung identifizierte als Anrufungsinstanzen in dieser Hinsicht im privaten Umfeld die Herkunftsfamilie, den Freundeskreis und die Partnerschaft sowie im institutionellen Umfeld den Arbeitsplatz und das Ehrenamt. Alle Befragten – unabhängig davon, welchem Typ sie zugeordnet werden können – setzen sich, wie aus den Analysen hervorgeht, mit Anrufungen zur Mutterschaft auseinander und verspüren einen Druck, den individuellen Lebensentwurf ohne leibliche Kinder in der Auseinandersetzung mit anderen zu rechtfertigen. Die Anrufungen beschränken sich hierbei nicht nur auf kommunikative Praktiken wie direkte Nachfragen oder verbal formulierte Botschaften, sondern beinhalten auch indirekte Kommunikations- oder Handlungsformen, etwa das gelebte Rollenmodell der Eltern oder die vorherrschende Lebensform im Freundeskreis. Wichtig ist festzuhalten, dass gleichzeitig auch kommunikative Praktiken und Handlungspraktiken existieren, die als Anrufungen gegen Mutterschaft (hier als Gegenanrufung bezeichnet) wirken. Das Bild eines Konzertes von Anrufungen, wie es von Althusser formuliert wird, erscheint in Bezug auf die empirischen Ergebnisse dieser Untersuchung als unzureichend, da sich die Anrufungen der Befragten keineswegs melodisch ineinander fügen. Stattdessen kommen die Frauen mit unterschiedlich lauten, sich wandelnden Anrufungen und Gegenanrufungen verschiedenster Instanzen in Berührung.

Im Bereich der Herkunftsfamilie identifizierte die vorliegende Untersuchung, neben direkten Nachfragen nach Mutterschaft, folgende wichtige Dimensionen: die konkrete Ausgestaltung der geschlechtsspezifischen Erziehung, Botschaften der Eltern an die Kinder und das Rollenmodell der Eltern und Geschwister. Dabei konnte gezeigt werden, dass in der Anrufungsinstanz 'Herkunftsfamilie' mehrheitlich indirekte Erwartungen über den traditionellen Lebensentwurf der Eltern vermittelt werden, während sich bei den Erziehungsvorstellungen eine große Bandbreite zeigt, die von traditioneller über teilmodernisierte bis hin zu emanzipatorischer Erziehung reicht. Nur selten kommen konkrete Botschaften der Eltern an die Kinder

und auch spätere direkte Anforderungen der Eltern an die erwachsenen Kinder zum Ausdruck.

Das Thema 'Kinder kriegen' kommt in fast allen Partnerschaften der Befragten zur Sprache. Die Untersuchung weist jedoch eine große Bandbreite auf, die von völlig fehlenden Erwartungen des Partners bis hin zu konkret formulierten Anforderungen reicht. Der selbst gewählte Freundes- und Bekanntenkreis fungiert mehrheitlich nicht als Anrufungsinstanz, da dort zumeist die Mehrheit keine Kinder hat. In diesem Sinne legt der Freundes- und Bekanntenkreis eher eine Gegenerwartung nahe. Eine einzige der Befragten äußert, dass sie regelmäßig Anrufungen zur Mutterschaft erfährt.

Im beruflichen Umfeld müssen sich alle Befragten zumindest indirekt durch die dort vorherrschenden weiblichen Normalitätsfolien mit Erwartungen auseinandersetzen. Dabei werden die Befragten mit direkten, an sie gerichteten Anforderungen konfrontiert. Gegenerwartungen oder -anforderungen kommen hier jedoch nicht zum Tragen. Verschiedene Faktoren beeinflussen die Bedeutung von Anrufungen im beruflichen Kontext, wie die Interpretation der Falldarstellungen zeigt: Tendenziell führen eine lange Verweildauer in der Verwaltung, eine starke Identifikation mit dem Beruf und eine enge Verschränkung von Beruf und Privatleben zu größerer Bedeutung der institutionellen Wissensvorräte. Erfahrungen in anderen Bildungs- und/oder beruflichen Kontexten wie auch berufliche Flexibilität in Bezug auf einen möglichen Wechsel des Arbeitgebers wirken sich dagegen eher abschwächend aus. Die Beschäftigung im selbst gewählten Ehrenamt führt selten zu Anrufungen, eher tendenziell zu Gegenerwartungen. Aus der Analyse geht hervor, dass – außer im Ehrenamt – in allen privaten und institutionellen Anrufungsinstanzen direkte Formen der Anrufung vorzufinden sind: tendenziell selten im Freundeskreis, öfter in der Herkunftsfamilie und am häufigsten in der Partnerschaft und im beruflichen Umfeld.

Es konnte gezeigt werden, dass keine der Befragten ihren Lebensentwurf in allen Lebensbereichen offen vertritt. Auch hier wurde eine große Bandbreite von sowohl kontext- als auch personenspezifischen Formen des individuellen Umgangs mit den Anrufungen deutlich. Dabei wies Frau A. die bedeutendste kontextbezogene Diskrepanz auf. Sie politisiert im selbst gewählten ehrenamtlichen Kontext den eigenen Lebensentwurf, zeigt sich jedoch in anderen Umfeldern überwiegend ausweichend. Am anderen Ende des Spektrums kann Frau C. angesiedelt werden, die mit der geringsten kontextbezogenen Diskrepanz in fast allen Umfeldern ausweichend reagiert und ihre Lebensform mit Attributen wie 'temporär' belegt und nicht als Lebensentwurf darstellt. Auffällig ist zudem, dass nur wenige Ausdrucksformen auf eine Kollektivierung – ein 'Wir' – aufbauen und die Umgangsformen in der Mehrzahl als individuelle Handlungsstrategien markiert werden. Nur in Kontexten, die von den Befragten selbst ausgesucht wurden, konnten zum einen Formen der Kollektivierung und zum anderen offene Positionierungen des Lebensentwurfs ohne Kinder nachgewiesen werden. In nicht selbst gewählten Umfeldern – und dabei insbesondere

im beruflichen Kontext, aber auch der Herkunftsfamilie gegenüber – reagieren die Befragten überwiegend ausweichend. Der Überblick über die Anrufungsinstanzen und die individuellen Umgangsformen mit den Anrufungen zeugt von der Bandbreite der biographischen Thematisierung und stellt heraus, dass ein Lebensentwurf ohne Kinder nach wie vor nicht zur Normalität gehört.

Verschränkung des gesellschaftlichen und des subjektiven Wissens
In Teil V wurde die Funktions- und Wirkungsweise der Macht-Wissens-Komplexe mit Hilfe der Verschränkung von gesellschaftlichen und subjektiven Wissensvorräten zum Thema 'Kinderlosigkeit' analysiert. 'Kinderlose' müssen sich indirekt oder direkt mit den vorherrschenden geschlechtlichen Normen und Normalitätsfolien auseinandersetzen und finden jeweils individuelle Formen des Umgangs mit den Anrufungen zur Mutterschaft. Der erste Schritt der Analyse zeigte, wie die Herkunftsfamilie historische Wissensbestände an die Befragten weitergibt. Alle Befragten befinden sich in einer generationsspezifischen Konstellation, wie sie sich in den Grundzügen den Normen der familienpolitischen Diskurse der 1950/60er Jahre wiederfindet: charakterisiert durch 'anwesende Mütter – abwesende Väter'. Die Untersuchung wies große Gemeinsamkeiten innerhalb der Gruppe der Befragten bezüglich der Ablehnung der generationstypischen Konstellation ihrer Herkunftsfamilien nach. Speziell das mütterliche Vorbild des 'Daseins für Andere' stieß auf Opposition. Diese Ablehnung führt bei allen Befragten zu dem Dilemma, sich zum einen mit feministisch inspirierten Lebensanschauungen auseinandersetzen zu müssen (Autonomieimperativ, selbstständiges Leben), zum anderen jedoch ihre Mütter und deren traditionelle/teilmodernisierte Werte nicht verraten zu wollen.

Der zweite Schritt der Analyse hatte zum Ziel offenzulegen, wie die Befragten ihre Deutungen der aktuellen Diskurse zu 'Kinderlosigkeit' reproduzieren und auch modifizieren. Als erster Untersuchungsgegenstand wurden der Muttermythos und seine Reproduktionen und Variationen analysiert. Ein Teil der Befragten, so wurde in den Interviews deutlich, hat als handlungspraktische Antwort auf die Anrufungen des Diskurses eigene Konzepte der Sorgebeziehungen entwickelt (soziale Mutterschaft, berufliche Sorge für Kinder, gesellschaftliche Sorge) und kann damit der diskursiv konstruierten Subjektposition 'Frau = Mutter' etwas entgegensetzen. Die Analyse ergab auch, dass alle Befragten die in den familienpolitischen Diskursen vorherrschenden Normen zwar leicht modifizieren, aber auch zentrale Deutungen familienpolitischer Argumentationen, wie etwa die Abwertung der alleinerziehenden Lebensform, reproduzieren.

Die Umdeutung oder Dekonstruktion gesellschaftlich dominanter Wissensbestände über 'Kinderlosigkeit' ist auch heute noch mit Schwierigkeiten verbunden, wie die biographischen Falldarstellungen eindeutig bezeugen. Deshalb erschien es notwendig, in einem dritten Schritt der Frage nachzugehen, wie die einzelnen Subjekte 'eigensinnige' Praktiken entwickeln, um ihren Lebensentwurf jenseits der Norm zu vertreten, und welche Fähigkeiten sie dafür benötigen. Da sie, wie die Analyse nahelegte, die Anerkennung des eigenen Lebensentwurfes nicht aus der Übereinstimmung mit dominanten Subjektpositionen beziehen können, sind die Befragten verstärkt auf Anerkennung durch andere Personen angewiesen. Ausgehend von den spezifischen Problemkonstellationen der einzelnen Befragten war es möglich, grundlegende Überlegungen zur Voraussetzung von Sagbarkeit zu formulieren. Es wurde gezeigt, dass es des Zugangs zu Gegenwissen bedarf und dass sich dieses Gegenwissen, wie den Äußerungen der Befragten zu entnehmen ist, ausreichend konkret auf die Lebenspraxis beziehen und anwenden lassen muss, damit eine Artikulation der abweichenden Lebensweise stattfinden kann. Erst eine verstärkte Artikulation und die Bildung von 'Wir-Kollektiven' ermöglichen eine stärkere Sichtbarkeit der alternativen Lebensweisen und damit eine Veränderung des hegemonialen Diskurses.

2. 'Frau = Mutter'

Die zentralen Ergebnisse der Studie lassen sich in drei Schlussfolgerungen zusammenfassen. Im Folgenden werden diese anhand von drei Thesen vorgestellt.

1. Frauen sind die Hauptadressatinnen der gesellschaftlichen Diskurse um generative Reproduktion und werden zur Mutterschaft angerufen.
Die eheliche oder eheähnliche heterosexuelle Kleinfamilie mit dem teilmodernisierten Geschlechterrollenverhältnis hat im gesellschaftlichen Wissen eine hegemoniale Position inne, während andere Lebensentwürfe, wie der Lebensentwurf ohne Kinder, als davon abweichend und legitimierungsbedürftig gelten. Die dargestellten Ergebnisse zur Sozialstruktur (vgl. Teil I und Teil III) belegen, dass sich die Lebensformen in Westdeutschland weniger pluralisiert haben als allgemein oft angenommen wird. Nach wie vor lebt der größte Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in überschaubaren und historisch keineswegs neuen Lebensformen. Der Strukturwandel seit Ende der 1960er Jahre hat in Westdeutschland also nicht zu einer Beliebigkeit der Lebensformen geführt, sondern die Vielfalt der Lebensformen ist auf wenige Grundtypen beschränkt. Dabei ist die Lebensform der Kleinfamilie (Vater, Mutter und Kind/er) noch immer die häufigste Familienform. Die Kleinfamilie stellt auch das Leitbild der privaten Lebensführung dar. So erfährt z.B. der Satz: 'Ein Kind braucht Mutter und Vater, um glücklich aufzuwachsen', immer noch große Zustimmung bei beiden Geschlechtern (vgl. Höhn u.a. 2006, 39).

In der sozialwissenschaftlichen Forschung war die These der Pluralisierung der Lebens- und Familienformen seit langer Zeit umstritten; in den letzten Jahren wird zunehmend auf die Begrenztheit dieser Pluralität aufmerksam gemacht (vgl. Konietz-

ka/Kreyenfeld 2005, 40; Maihofer 2004; Meyer 2004; Lüscher 2001b, 11). Erst eine Historisierung verdeutlicht, dass aufgrund der großen stände- und schichtbezogenen Differenzen lange Zeit eine Vielfalt familialer Lebensformen existierte (vgl. Teil I). Diese Vielfalt wird aber zumeist vernachlässigt, da als Referenzrahmen für die gegenwärtigen Entwicklungen zumeist das so genannte 'goldene Zeitalter der Ehe und Familie' der 1950/60er Jahre herangezogen wird.

Die im Rahmen dieser Studie geleistete Aufarbeitung der familienpolitischen Diskurse seit der Gründung der Bundesrepublik zeigt eine ungebrochene Fokussierung auf die heterosexuelle Kleinfamilie, die trotz einer Abschwächung der Ehezentrierung und des Wandels von der Hausfrauenehe hin zum Zuverdienermodell anhält. Andere Lebensentwürfe werden als Abweichung bzw. Übergangszustand konstruiert und sowohl kommunikativ als auch durch die politischen Praxen sanktioniert (z.B. Ehegattensplitting, höhere Kosten für Menschen ohne Kinder in der Pflegeversicherung). Diese fast ungebrochene Fokussierung auf Frauen in der Familienpolitik entspricht, wie in Teil I gezeigt wurde, der Fokussierung der amtlichen Statistik, die die 'Kinderfrage' immer noch als Frauenfrage konstruiert.

Zudem wurde gezeigt, dass sich die Normen von präskriptiven hin zu deskriptiven Normen gewandelt haben. Diese Abwesenheit rechtlicher Sanktionen gegenüber einer Vielfalt von Lebensformen führt aber nicht ohne weiteres zu einer Selbstverständlichkeit alternativer Lebensformen. Denn familienpolitische Wissensvorräte werden auch institutionell verfestigt, sowohl, indem sie in familienpolitische Maßnahmen übersetzt werden, als auch, indem sie in öffentlichen Institutionen, wie am Beispiel der öffentlichen Verwaltung gezeigt wurde, verfestigt werden. Die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung zeichnen sich dadurch aus, dass sie als weibliche Normalitätsfolie die teilzeitbeschäftigte Mutter unterstellen. Während vergleichsweise gute Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestehen, ist die 'Karrierefrau' auch im öffentlichen Dienst eine marginalisierte Subjektposition.

Es besteht ein umfangreiches Anreiz- und Anrechtssystem, das Personen das Aufsuchen anerkannter Subjektpositionen nahelegt. Frauen 'müssen' heutzutage keine Kinder mehr bekommen, werden aber von staatlicher Seite immer wieder zur Mutterschaft angerufen – auch dies stellt einen Teil der 'rhetorischen Modernisierung' des Geschlechterverhältnisses dar (vgl. Wetterer 2003) (vgl. Teil III). Im Zusammenhang mit der bevölkerungspolitischen Ausrichtung der Familienpolitik, in der Familie und Geburt als ökonomische Ressourcen verstanden werden, haben sich die Anrufungen zur Mutterschaft verstärkt.

Mit der hier dargestellten ersten These wird die in der öffentlichen Diskussion und auch in den Sozialwissenschaften gängige Annahme einer existenten Pluralisierung der Lebens- und Familienformen relativiert. Die Pluralisierung ist weitaus weniger ausgeprägt als weithin vorausgesetzt. Wie gezeigt wurde, werden Lebensformen, die

den dominanten Normen nicht entsprechen, nach wie vor abgewertet. Es konnte nachgewiesen werden, dass gesellschaftliche Wissensvorräte viel Beharrungsvermögen zeigen und dass die Hegemonie der Kleinfamilie und der Muttermythos nach wie vor wirkmächtig sind.

2. Frauen ohne Kinder bearbeiten ihre Lebensentwürfe biographisch in Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Wissen um 'Kinderlosigkeit'. Sie thematisieren die über verschiedene Instanzen vermittelten Anrufungen zur Mutterschaft und entwickeln unterschiedliche Umgangsweisen damit.

Frauen besitzen als Hauptadressatinnen der gesellschaftlichen Diskurse um generative Reproduktion ein subjektives Wissen über die gesellschaftlichen Anrufungen zur Mutterschaft. Anrufungen werden dabei nicht nur über staatliche Instanzen, sondern vor allem auch über das private Umfeld der Individuen vermittelt. Dabei zeigt sich, dass die Frauen ohne Kinder vor allem in nicht selbst gewählten Kontexten, wie der Herkunftsfamilie und dem beruflichen Umfeld der Verwaltung, mit konventionellen Familienvorstellungen konfrontiert sind, während sie in selbst gewählten Kontexten, wie ihrem Freundeskreis oder ehrenamtlichen Tätigkeiten, ein 'Wir-Gefühl' entwickeln (können) und auf abgeschwächte Formen der Anrufungen zur Mutterschaft treffen.

Frauen ohne Kinder entwickeln verschiedene individuelle und kollektive Umgangsformen mit den Anrufungen zur Mutterschaft, vor allem Distanzierung und Normalisierung. Die Distanzierung gelingt, indem bei der Selbstbeschreibung auf Gegenwissensbestände zurückgegriffen wird, z.B. auf alternatives politisches Wissen. Oder es werden eigenständige Praktiken verfolgt, wie das gemeinsame Ausgestalten der eigenen Lebensweise in subkulturellen Kontexten. Eigensinnige Gegenentwürfe von einzelnen Personen werden insbesondere durch das Umdeuten beruflicher Anforderungen in der Arbeit mit Kindern geleistet. Die soziale Arbeit mit Kindern von 'Kinderlosen' wird als der elterlichen Fürsorge gleichwertige bzw. überlegene Form gedeutet. Normalisierung stellt eine weitere zentrale Umgangsform mit den Anrufungen zur Mutterschaft dar. Es wurde rekonstruiert, dass Frauen ohne Kinder ihren Lebensentwurf normalisieren, indem sie die Familiengründung als Option für die Zukunft konstruieren. Ihre 'Kinderlosigkeit' verstehen diese Frauen als temporär und schließen eine zukünftige Mutterschaft für sich nicht aus. Eine andere Variante der Normalisierung bildet die soziale Elternschaft, bei der 'kinderlose' Frauen Mitverantwortung für die Kinder ihres/ihrer PartnerIn übernehmen. Beide Formen, die Distanzierung und die Normalisierung, beinhalten eine aktive Auseinandersetzung mit der Anrufung zur biologischen Mutterschaft. Die gesellschaftliche Erwartung, eigene Kinder zu bekommen, wird in der Regel verinnerlicht und die davon abweichende Lebenspraxis als dem vorherrschenden Diskurs different (Distanzierung) oder ähnlich (Normalisierung) konstruiert. Seltener werden die Anrufungen durch

eine starke Einbindung in politisch alternative Kontexte abgeschwächt oder durch eigensinnige Selbst- und Fremderwartungen überlagert.

Bei der Gestaltung von praktischen Umgangsweisen mit der eigenen 'Kinderlosigkeit' zeigt sich eine biographische Dynamik je nach Alter der Frauen. Nicht nur die gesellschaftlichen Anrufungen an Frauen variieren je nach Alter der Adressatinnen, sondern auch die biographischen Selbstthematisierungen bedienen sich unterschiedlicher Konstrukte von 'Kinderlosigkeit', indem sie biologische, soziale und berufliche Sorge für Kinder unterscheiden. So zielt der Diskurs insbesondere auf hoch qualifizierte Frauen nach Abschluss der Berufsqualifizierung. Die Nichterfüllung biologischer Mutterschaft zu diesem Zeitpunkt wird von einem Teil der Frauen zunächst als temporär gedeutet, wie in den Fallanalysen retrospektiv gezeigt wurde. Bleibt ihre Lebensform ohne Kinder im Erwerbsverlauf bestehen, beginnen die Frauen zwischen biologischer und sozialer Elternschaft zu differenzieren. Einige Frauen übernehmen Verantwortung für die Kinder ihrer PartnerInnen, andere erklären eine soziale Mutterschaft weiterhin für möglich.

Der Muttermythos, der die leibliche Elternschaft von Frauen als Erfüllung aufwertet und Mütter in festen Partnerschaften verortet sowie ihnen die Hauptverantwortung für ihre leiblichen Kinder zuschreibt, wird auch von Frauen ohne Kinder reproduziert. 'Kinderlose' Frauen beschreiben biologische Mutterschaft als (körperlichen) Kontrollverlust. Damit sehen sie die gesellschaftlich zugeschriebenen Aufgaben einer Mutter als Widerspruch zu ihrem Selbstanspruch an eine rationale Lebensführung. Sie befürchten einen Autonomieverlust. Eine feste, stabile Partnerschaft wird entsprechend dem gesellschaftlichen Wissen als notwendige Voraussetzung für Elternschaft gesetzt. Frauen ohne Kinder begründen ihren Lebensentwurf unter anderem damit, dass sie als mögliche Alleinerziehende ohne die Unterstützung eines Partners nicht ausreichend für ihre Kinder da sein könnten. Praktiken von anderen Frauen, die phasenweise nicht die Hauptverantwortung für ihre eigenen Kinder übernehmen, werden von den befragten 'kinderlosen' Frauen abgewertet. Ein positives Konzept der von den Frauen ohne Kinder praktizierten sozialen Mutterschaft fehlt hingegen. Ihre eigene Rolle als Mütter in Patchwork-Familien bleibt in der Darstellung diffus.

Die handlungspraktischen Antworten auf die Anrufungen zur Mutterschaft variieren zwischen sozialer Elternschaft, beruflicher Sorge für Kinder und allgemeiner gesellschaftlicher Sorge. Trotz der in den jeweiligen sozialen Kontexten von den Frauen etablierten Praktiken thematisieren Frauen ihr Leben ohne Kinder nur teilweise als eigenständigen Entwurf. Das Leben ohne Kinder wird somit gesellschaftlich und subjektiv als jenseits gesellschaftlicher Normen wahrgenommen. Frauen leben ohne Kinder, artikulieren dies aber nur in ausgewählten Kontexten. Um sich den dominanten Vorstellungen von biologischer Mutterschaft zu widersetzen, bedarf es, wie die Untersuchung gezeigt hat, nicht nur alternativer Praktiken oder Gegenwissen, sondern beidem.

3. Weiblichkeit wird gesellschaftlich und individuell vorrangig in Bezug auf Mutterschaft hergestellt. Dies gilt auch für die Subjektkonstruktion von 'kinderlosen' Frauen, die ihr Leben ohne Kinder in Abgrenzung zur Normalität der Mutterschaft deuten und ausgestalten.

Weibliche Subjekte werden vorrangig auf drei Ebenen der Subjektkonstruktion in Bezug auf die Zuschreibung 'Frau = Mutter' gebildet (vgl. Teil II, Abschnitt 1.): Erstens ist auf der symbolischen und semantischen Ebene, d.h. in den gesellschaftlichen und theoretischen Diskursen, wo eine Konstituierung des Subjekts stattfindet, die Beschreibung von Frauen als Mütter nach wie vor dominant. Insbesondere die Diskurse um 'Kinderlosigkeit' rufen Frauen zur Mutterschaft an. Auch auf der zweiten Ebene der Subjektkonstruktion, der Subjektivierung, wird, vermittelt über die gesellschaftlichen Institutionen (Arbeit, Familie, Bildung, Staat), die Koinzidenz von Weiblichkeit und Mutterschaft realisiert und personalisiert. Dabei werden Individuen den hierarchisch angeordneten Subjektkategorien zu- und untergeordnet bzw. müssen sich selbst zuordnen. Die gesellschaftliche Position von Frauen ohne Kinder ist marginalisiert und rechtfertigungsbedürftig. Auf der dritten Ebene, der Subjektivität, zeigt sich, dass Frauen ohne Kinder ihre Lebenspraxis in Abweichung zur dominanten Lebensform 'Frau = Mutter' begreifen und ausgestalten.

Die vorliegende Studie zeigt, dass diese Subjektkonstruktion auch unter den Bedingungen qualifizierter weiblicher Erwerbstätigkeit nach wie vor wirkmächtig ist. Gleichzeitig konnte herausgearbeitet werden, in welchen Handlungs- bzw. Deutungskontexten etablierte Geschlechterkonstruktionen wie 'Frau = Mutter' verändert und variiert werden. Erst eine Analyse der Verschränkung der gesellschaftlichen, institutionellen und subjektiven Prozesse der Subjektkonstruktion ermöglicht ein Verständnis dafür, warum der Lebensentwurf ohne Kinder für Frauen zwar lebbar, aber nach wie vor so schwer sagbar ist.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle I: Zusammenfassung der Rahmung regierungsnaher familienpolitischer Diskurse
Tabelle II: Zusammenfassung zu den Gegenständen ‘Familie’ und ‘Demographie’
Tabelle III: Überblick über die vier Fälle
Tabelle IV: Typen von Lebensentwürfen ohne leibliche Kinder
Tabelle V: Anrufungsinstanzen im privaten Umfeld
Tabelle VI: Anrufungsinstanzen im institutionellen Umfeld
Tabelle VII: Rekonstruktion des Umgangs mit den Anrufungen zur Mutterschaft
Tabelle VIII: Individueller Umgang mit hegemonialem Diskurswissen
Tabelle IX: Deutungen und Umgangsweisen mit Anrufungen zur Mutterschaft

Verzeichnis wichtiger Abkürzungen

1. FB 1968 bis 7. FB 2005: Familienberichte der Bundesministerien – siehe Literaturverzeichnis

BMF: Bundesministerium für Familienfragen (1953 bis 1957)

BMFJ: Bundesministerium für Familie und Jugend (1957 bis 1969)

BMJFG: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (1969 bis 1985)

BMJFFG: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1985 bis 1991)

BMFuS: Bundesministerium für Familie und Senioren (1991 bis 1996)

BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (ab 1996)

BzgA: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

GendA: GendA-Netzwerk für feministische Arbeitsforschung – ein Forschungsprojekt, das vom Bundesministerium für Forschung und Entwicklung von 2002 bis 2005 gefördert wurde. Die Verfasserin dieser Studie war in diesem Projekt als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunkt ‘Zukunft der Arbeit’ beschäftigt.

RG 1949 bis RG 2005: Regierungserklärungen der Bundeskanzler – siehe Literaturverzeichnis

Literatur

1. FB 1968: Bundesminister für Familie und Jugend (Hg.), 1968: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Familienbericht. Bundesdrucksache V/2532. Bonn.

2. FB 1975: Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.), 1975: Familie und Sozialisation – Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation. Zweiter Familienbericht. Bundesdrucksache 7/3502. Bonn.

3. FB 1979: Sachverständigenkommission der Bundesregierung, 1979: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Dritter Familienbericht. Bundesdrucksache 8/3121. Bonn.

4. FB 1986: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1986: Die Situation der älteren Menschen in der Familie – Vierter Familienbericht. Bundestagsdrucksache 10/6145. Bonn.

5. FB 1994: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 1994: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens – Fünfter Familienbericht. Bundesdrucksache 12/7560. Bonn.

6. FB 2000: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2000: Sechster Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland – Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Bundesdrucksache 14/4357. Berlin.

7. FB 2005: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2005: Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Bundesdrucksache 16/1360. Berlin.

Albanese, Patrizia, 2006: Mothers of the Nation: Women, Families, and Nationalism in the Twentieth-Century Europe. Toronto.

Allerkamp, Andrea, 2005: Anruf, Adresse, Appell. Figurationen der Kommunikation in der Philosophie und Literatur. Bielefeld.

Alt, Christian, 2004: Lebenswelt der Kinder. In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 77–88.

Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Berlin.

Anacker, Michael, 2007: Das Erkenntnisproblem und der Wissensbegriff in der philosophischen Tradition. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, 353–374.

Bachmann, Cordula, 2008: Kleidung und Geschlecht. Bielefeld.

Bauereiss, Renate/Bayer, Hiltrud/Bien, Walter, 1997: Familienatlas II. Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Opladen.

Beauvoir de, Simone 1968 [1949]: Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Reinbeck bei Hamburg.

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 2001: Die soziale Konstruktion des Risikos – das Beispiel Pränataldiagnostik. In: Geyer, Christian (Hg.): Biopolitik. Die Positionen. Frankfurt a.M., 21–40.

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1997: Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit. München.

– 1991: Mutterwerden – der Sprung in ein anderes Leben. Frankfurt a.M.

– 1990: Kapitel II, III und IV. In: Beck-Gernsheim, Elisabeth/Beck, Ulrich: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt a.M.

– 1983: Vom Dasein für Andere zum Anspruch auf ein Stück eigenes Leben – Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. In: Soziale Welt, 3, 307–341.

Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.), 2004: Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden.

Becker-Schmidt, Regina, 1995: Von Jungen, die keine Mädchen, und von Mädchen, die gerne Jungen sein wollten. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York, 220–46.

Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Franfurt a.M./New York.

Bednarz-Braun, Iris/Bruhns, Kirsten, 1997: Personalpolitik und Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Gleichberechtigungsgesetze zwischen Anspruch und Realität. Weinheim/München.

Behringer, Luise, 1998: Lebensführung als Identitätsarbeit. Der Mensch im Chaos des modernen Alltags. Frankfurt a.M./New York.

Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.), 2006a: Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York.

– 2006b: Das 'Problem' des demographischen Wandels, In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 9–26.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 1997 [1966]: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Die Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M.

Berghahn, Sabine, 1993: Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsangebot in Deutschland. In: Helwig, Gisela, Helwig/Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn, 71–138.

Bergmann, Anneliese, 1983: Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle. Zur 'Gebärstreikdebatte' der SPD 1913. In: Hausen, Karin (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte: Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. München, 81–108.

Bergmann, Christine, 2000: Familienpolitische Zwischenbilanz. In: SPD-Projektgruppe (Hg.): Zukunft Familie. Berlin, 13–20.

Bernardi, Laura/Keim, Sylvia, 2007: Anfang dreißig und noch kinderlos? Lebenswege und Familienmodelle berufstätiger Frauen aus Ost- uns Westdeutschland. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 317–334.

Bertram, Hans, 2006: Nachhaltige Familienpolitik im europäischen Vergleich. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt a.M./New York, 203–236.

Bertram, Hans/Borrmann-Müller, Renate, 1988: Von der Hausfrau zur Berufsfrau? Der Einfluss struktureller Wandlungen des Frauseins auf familiales Zusammenleben. In: Gerhard, Ute/Schütze, Yvonne (Hg.): Frauensituation: Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Frankfurt a.M., 251–272.

Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy, 2005: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 23–24. www.bpb.de/publikationen/VB955A.html (Download: 12.05.06)

Beyme, Klaus von, 1979: Funktionen der Regierungserklärungen im Parlamentarismus der Bundesrepublik. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien, 7–52.

Bieler, Andrea, 1994: Konstruktion des Weiblichen: Die Theologin Anna Paulsen im Spannungsfeld bürgerlicher Frauenbewegungen der Weimarer Republik und nationalsozialistischen Weiblichkeitsmythen. Gütersloh.

Bilden, Helga, 1991: Geschlechtsspezifische Sozialisation. In: Hurrelmann, Klaus/Ulrich, Dieter (Hg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim/Basel, 279–301.

Birg, Hedwig, 2003: Schrumpfen oder wachsen? Die Lebensbedingungen sind entscheidend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Internetversion vom 1.8.2003, www.bundestag.de (Download: 19.10.04)

– 1997: Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert. In: Weber, Albrecht (Hg.): Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten. Osnabrück, 63–84.

– u.a., 1991: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt a.M./New York.

BMJFFG (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit) (Hg.), 1991: Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland: Gutachten des wissenschaftlichen Beirates für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Stuttgart/Berlin/Köln.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.), 2005: Potentiale erschließen – Familienatlas 2005. Berlin.

– (Hg.), 2004a: Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor. Berlin.

– (Hg.), 2004b: Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Berlin.

– (Hg.), 2004c: Führungskräfte und Familie. Wie Unternehmen Work-Life-Balance fördern können. Berlin.

– (Hg.), 2003a: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.

– (Hg.), 2003b: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin.

– (Hg.), 2001: Dokumentation des Bundeswettbewerbs: „Der familienfreundliche Betrieb 2000: Neue Chancen für Frauen und Männer". Berlin.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)/Bertelsmann Stiftung (Hg.), 2004: Allianz für die Familie. Balance von Familie und Arbeitswelt. Grundlagenpapier der Impulsgruppe. Berlin, 1–27.

Boehnke, Mandy, 2007: Hochschulbildung und Kinderlosigkeit: Deutsch-deutsche Unterschiede. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden, 295–315.

Böschen, Stefan, 2007: Wissenschaft und Gesellschaft. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, 751–763.

Bohnsack, Ralf, 1999: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in die Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen.

Bogumil, Jörg u.a., 2007: Zehn Jahre Neues Steuerungsmodell. Eine Bilanz kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Berlin.

– u.a., 1996: Zwischen Strukturkonservatismus und Modernisierungsbereitschaft. Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung im Rahmen der Einführung eines Neuen Steuerungsmodells in der Stadtverwaltung Hagen. Hagen.

Bomsdorf, Eckart, 2005: Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik. Hg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Bomsdorf, Eckart/Babel, Bernhard, 2005: Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland? In: Wirtschaftsdienst 2005, 6, 387–394.

Borchard, Anke/Stöbel-Richter, Yve, 2004: Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. Materialen zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 114. Wiesbaden.

Born, Claudia, 2001: Modernisierungsgap und Wandel. Angleichung geschlechtsspezifischer Lebensführungen? In: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hg.): Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München, 29–54.

Born, Claudia/Krüger, Helga, 2001: Das Lebenslaufregime der Verflechtung: Orte, Ebenen und Thematisierungen. In: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hg.): Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München, 11–28.

Borowsky, Peter, 1997a: Große Koalition und Außenpolitische Opposition. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258, 11–22.

– 1997b: Sozialliberale Koalition und innere Reformen. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258, 31–40.

Bosbach, Gerd, 2006: Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung. In: Berliner Debatte Initial 17, Nr. 3, 59–66.

– 2004: Demographische Entwicklung — kein Anlass zur Dramatik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2, 96–103.

Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hg.), 2002: Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis. Frankfurt a.M.

Bothfeld, Silke/Klenner, Christina, 2007: (Was) Kann Familienpolitik zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen? In: WSI Mitteilungen, Nr. 10, 522.

Bourdieu, Pierre, 1993: Narzisstische Reflexivität und wissenschaftliche Reflexivität. In: Berge, Eberhard/Fuchs, Martin (Hg.): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation. Frankfurt a.M., 365–374.

Braun von, Christina/Stephan, Inge (Hg.), 2006: Gender-Studien. Eine Einführung. Stuttgart/Weimar.

– (Hg.), 2005: Gender@Wissen. Das Handbuch der Gender-Theorien. Weinheim/Basel.

Bräuninger, Bettina/Lange, Andreas/Lüscher, Kurt, 1996: Familienwissenschaftliche Rhetorik. Eine explorative Analyse ausgewählter Texte. Konstanz.

Brier, Robert, 2004: Diskursanalyse. Chancen und Möglichkeiten einer kulturwissenschaftlichen Forschungsperspektive am Beispiel des polnischen Verfassungsdiskurses 1989–1997. In: Schwelling, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden, 107–130.

Bröckling, Ulrich, 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a.M.

Brose, Hans-Georg/Corsten, Michael/Wohlrab-Sahr, Monika, 1993: Soziale Zeit und Biographie. Opladen.

Brose, Nicole, 2008: Entscheidung unter Unsicherheit – Familiengründung und -erweiterung im Erwerbsverlauf. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 60, März, 30–52

Bublitz, Hannelore, 1999: Diskursanalyse als Gesellschafts-Theorie. In: Bublitz, Hannelore u.a. (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults. Frankfurt a.M./New York, 22–47.

Budde, Gunilla-Frederike, 2004: Alles bleibt anders. Die Institution der 'Familie' zwischen 1945 und 1975 im deutsch-deutschen Vergleich. In: Oppen, Maria/Simon, Dagmar (Hg.): Verharrender Wandel. Institutionen und Geschlechterverhältnisse. Berlin, 27–68.

Bude, Heinz, 2003: Fallrekonstruktion. In: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen, 60–61.

– 1987: Deutsche Karrieren. Frankfurt a.M.

– 1984: Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen – eine Antwort auf die Frage, was die Biographieforschung bringt. In: Kohli, Martin/Robert, Günther (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart, 7–28.

Bühler, Hans Harro. 1961: Familienpolitik als Einkommens- und Eigentumspolitik. Sozialpolitische Schriften, Heft 12. Berlin.

Bührmann, Andrea D., 2005: Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans) Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen. In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 6, Artikel 1. http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/518 (Download: 10.12.2007)

– 2004: Der Kampf um weibliche Individualität. Münster.

Bührmann, Ilse/Micus-Loos, Christina, 2002: Generationenbeziehungen als Orte der Tradierung und Veränderung von Weiblichkeit. In: Breitenbach, Eva/Bührmann u.a. (Hg.): Geschlechterforschung als Kritik. Bielefeld, 101–118.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2000: Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Wiesbaden.

Burkart, Günter, 2007: Eine Kultur des Zweifels: Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 401–423.

Burkart, Günter, 1994: Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart.

– 2007: Eine Kultur des Zweifels: Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden, 401–423.

Burkart, Günter/Fietze, Beate/Kohli, Martin, 1989: Liebe, Ehe, Elternschaft: Eine qualitative Untersuchung über den Bedeutungswandel von Paarbeziehungen und seine demographischen Konsequenzen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 60, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.

Burkart, Günter/Koppetsch, Cornelia, 2001: Geschlecht und Liebe. Überlegungen zu einer Soziologie des Paares. In: Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie. Sonderheft 41 der KSZZ. Wiesbaden, 431–453.

Butler, Judith, 2001: „Das Gewissen macht Subjekte aus uns allen". Subjektivation nach Althusser. In: Butler, Judith: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt a.M., 101–124.

– 1993: Kontingente Grundlagen. Der Feminismus und die Frage der 'Postmoderne'. In: Benhabib, Syla u.a. (Hg.): Der Streit um die Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt am Main, 31–58.

Butterwegge, Christoph, 2006: Demographie als Ideologie? Zur Diskussion über Bevölkerungs- und Sozialpolitik in Deutschland, In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 53–80.

BzgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), 2005: Kinderwunsch und Familiengründung bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss. Köln.

Cannold, Leslie, 2004: Declining Marriage Rates and Gender Inequality in Social Institutions: Towards an Adequately Complex Explanation for Childlessness. In: People and Place, Vol. 12, No. 4, 1–11.

Carabine, Jean, 2001: Unmarried Motherhood 1830–1990: A genealogical Analysis. In: Wetherell, Margaret/Taylor, Stephanie/Yates, Simeon J. (Hg.): Discourse as Data. A Guide for Analysis. London, 267–319.

Carl, Christine, 2002: Gewollt kinderlose Frauen und Männer – Psychologische Einflussfaktoren und Verlaufstypologien des generativen Verhaltens. Frankfurt a.M.

Chopich, Erika J./Paul, Margaret, 2001: Aussöhnung mit dem inneren Kind. München.

Cornelißen, Waltraud, 2006: Kinderwunsch und Kinderlosigkeit im Modernisierungsprozess. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 137–163.

– 2005: Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Hg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Corsten, Michael, 2004: Quantitative und qualitative Methoden: Methodenpluralismus in den Kulturwissenschaften? In: Jaeger, Friedrich u.a. (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Band II: Paradigmen und Disziplinen. Stuttgart, 175–192.

– 2003: Generation und institutioneller Wandel. In: Schmidt, Rudi (Hg.): Generationswechsel und Systemumbruch. SFB-Mitteilungen. Heft 9.

Corsten, Michael/Kauppert, Michael, 2007: Wir-Sinn und fokussierte Motive. Die biographische Genese bürgerschaftlichen Engagements. In: Zeitschrift für Soziologie 36 (5), 346–363.

Correll, Lena, 2009: „Es ruft nichts nach mir". Frauen ohne Kinder und der gesellschaftspolitische Ruf nach Elternschaft. In: Villa, Paula-Irene/Thiessen, Barbara (Hg.): Mütter/Väter. Elternschaft zwischen Mythen und Alltag. Münster.

– 2008a: Flüchtiges Wissen. Auswirkungen des Wandels von Arbeitsinhalten in der Internetbranche. Saarbrücken.

– 2005a: Subjektorientierte Soziabilität. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 125–140.

– 2005b: Kinder kriegen. Zur Debatte um Menschen ohne Kinder. In: femina politika 2/2005, 96–100.

Correll, Lena/Janczyk, Stefanie, 2005: Qualität der Arbeit – Qualität des Lebens. Zur Aktualität der Debatte um Qualität im Spannungsfeld von Erwerbsarbeit und Leben. In: Lepperhoff, Julia/Satilmis, Ayla/Scheele, Alexandra (Hg.): Made in Europe. Geschlechterpolitische Beiträge zur Qualität von Arbeit. Münster, 145–158.

Cromm, Jürgen, 1998: Bevölkerung, Individuum, Gesellschaft. Theorien und soziale Dimension der Fortpflanzung. Opladen.

Czarnowski, Gabriele, 1989: Familienpolitik als Geschlechterpolitik. In: Otto, Hans-Uwe/Sünker, Heinz (Hg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a.M., 130–156.

Czock, Heidrun/Knittel, Tilmann, 2005: Väterfreundliche Maßnahmen in Unternehmen. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Dackweiler, Regina-Maria, 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 82–107.

– 2003: Wohlfahrtsstaatliche Geschlechterpolitik am Beispiel Österreichs. Opladen.

Dausien, Bettina, 1999: 'Geschlechtsspezifische Sozialisation' – Konstruktiv(istisch)e Ideen zur Karriere und Kritik eines Konzepts. In: Dausien, Bettina u.a. (Hg.): Erkenntnisprojekt Geschlecht. Feministische Perspektiven verwandeln Wissenschaft. Opladen, 216–246.

– 1996: Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten. Bremen.

– 1994: Biographieforschung als 'Königinnenweg'? Überlegungen zur Relevanz biographischer Ansätze in der Frauenforschung. In: Diezinger, Angelika u.a. (Hg.): Erfahrung mit Methode. Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung. Freiburg, 129–153.

– 1993: Leben für andere oder eigenes Leben? Überlegungen zur Bedeutung der Geschlechterdifferenz in der biographischen Forschung. In: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim, 131–150.

Desrosières, Alain, 2005 [1993]: Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise. Berlin.

Dessai, Elisabeth, 1979: Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg.

Diekmann, Andreas, 2007: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg.

Dölling, Irene, 2007: 'Eva-Prinzip'? 'Neuer Feminismus'? Aktuelle Verschiebungen in Geschlechterbildern im Kontext gesellschaftlicher Umbruchprozesse. In: Marburger Graduiertenkolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen. Münster, 24–41.

– 2003a: Das Geschlechter-Wissen der Akteur/e/innen. In: Andresen, Sünne/Dölling, Irene/Kimmerle, Christoph (Hg.): Verwaltungsmodernisierung als soziale Praxis. Geschlechter-Wissen und Organisationsverständnis von Reformakteuren. Opladen, 113–165.

– 2003b: Fazit: Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch Verwaltungsreform? In: Andresen, Sünne/Dölling, Irene/Kimmerle, Christoph (Hg.): Verwaltungsmodernisierung als soziale Praxis. Geschlechter-Wissen und Organisationsverständnis von Reformakteuren. Opladen, 197–217.

Dorbritz, Jürgen/Otto, Johannes, 2002: Familienpolitik und Familienstrukturen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 108.

– 1999: Demographie und Politik. Ergebnisse der 32. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften. Materialen zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 91.

Dorbritz, Jürgen/Lengerer, Andrea/Ruckdeschel, Kerstin, 2005: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Hg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.

Dorbritz, Jürgen/Ruckdeschel, Kerstin, 2007: Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe, In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden, 45–81.

Dorbritz, Jürgen/Schwarz, Karl,1996: Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3, 231–261.

Duden, Barbara, 1991: Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben. Hamburg.

– 1987: Geschichte unter der Haut. Ein Eisenacher Arzt und seine Patientinnen um 1730. Stuttgart.

Duschek, Klaus-Jürgen/Wirth, Heike, 2005: Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensen 1987 bis 2003. In: Statistisches Bundesamt – Wirtschaft und Statistik, 800–820.

Eckhard, Jan/Klein, Thomas, 2007: Die Motivation zur Elternschaft. Unterschiede zwischen Männern und Frauen. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 275–293.

Eckhard, Jan/Klein, Thomas, 2006: Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft. Wiesbaden.

Engel, Frank/Nestmann, Frank/Niepel, Gabriele/Sickendiek, Ursel, 1996: Weiblich, ledig, kinderlos und alt. Soziale Netzwerke und Wohnbiographien alter alleinstehender Frauen. Opladen.

Esping-Andersen, Goesta, 2006: Kinder oder Rente – welchen Wohlfahrtsstaat brauchen wir? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 50, Nr. 1, 52–64.

– 1999: Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford.

Ethnis, Patrick, 2008: Väter und Erziehungszeiten. Wandel und Persistenz der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Eltern nach der Geburt eines Kindes. Unveröffentlichte Dissertation. Marburg.

– 2007: Hegemoniale Mütterlichkeit. Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes. In: Marburger Graduiertenkolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen. Münster, 56–69.

European Commission, 2002: Communication from the Commission to the Spring European Council in Barcelona: The Lisbon Strategy – Making Change Happen. COM, 14final, Brüssel.

Externes Gutachten für die Verwaltung N. 2002: Gender Mainstreaming: Gleichstellung von Frauen und Männern. Stadt N.

Feldmann-Neubert, Christine, 1991: Frauenleitbild im Wandel 1948–1988. Von der Familienorientierung zur Doppelrolle. Weinheim.

Ferdinand, Ursula, 2007: Geburtsrückgangtheorien um 1930 in Deutschland. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 19–36.

Fischer, Anton, 2004: Claude Levi-Strauss – Mythen. Leipzig.

Feyerabend, Erika, 2004: Verdächtige Frauenkörper – biomächtige Leitbilder. In: Lenz, Ilse/Mense, Lisa/Ullrich Charlotte (Hg.): Reflexive Körper? Zur Modernisierung von Sexualität und Reproduktion. Opladen, 179–202.

Firestone, Shulamith, 1975: Frauenbewegung und sexuelle Revolution. Frankfurt a.M.

Flick, Uwe, 1995: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbeck bei Hamburg.

Fooken, Insa/Lind, Inken, 1994: Vielfalt und Widersprüche weiblicher Lebensmuster. Frauen im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung. Frankfurt a.M./New York.

Foucault, Michel, 2004: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège des France 1977–1978. Frankfurt a.M.

– 1997: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt a.M.

– 1993: Die politische Technologie der Individuen. In: Foucault, Michel u.a. (Hg.): Technologien des Selbst. Frankfurt a.M., 168–187

– 1990: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt a.M.

– 1988: Archäologie des Wissens. Frankfurt a.M.

– 1986: Sexualität und Wahrheit. 1. Der Wille zum Wissen. Frankfurt a.M.
– 1985: Von der Freundschaft. Michel Foucault im Gespräch. Berlin.
Fränznick, Monika/Wieners, Karin, 1996: Ungewollte Kinderlosigkeit: Psychosoziale Folgen, Bewältigungsversuche und die Dominanz der Medien. Weinheim.
Franke, Lutz, 1978: Brauchen wir mehr Kinder? In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 115–123.
Franke, Lutz/Jürgens, Hans W., 1978: Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein.
Freitag, Walburga, 2005: Contergan. Eine genealogische Studie des Zusammenhangs wissenschaftlicher Diskurse und biographischer Erfahrung. Münster/New York/München/Berlin.
Frevel, Bernhard, 2004: Schicksal? Chance? Risiko? – Herausforderung demografischer Wandel! In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden, 7–14.
Frey, Regina, 2003: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Königstein/Taunus.
Friebertshäuser, Barbara, 1997: Interviewtechniken – ein Überblick, in: Friebertshäuser, Barbara/Prengel, A. (Hg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. München, 371–395.
Friedmann, Debra/Hechter, Michael/Kanazawa, Sathoshi, 1994: A Theory of the Value of Children. In: Demography 31 (3), 375–401.
Fuchs-Heinritz, Werner, 2005: Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden. Wiesbaden.
Garfinkel, Harold, 1967: Passing and the Managed Archievement of Sex Status in the 'Intersexed' Person. Englewood Cliffs.
Geissler, Birgit/Oechse, Mechtild, 1994: Lebensplanung als Konstruktion. Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M., 139–167.
Geissler, Heiner, 1993: Die Anerkennung der Familienarbeit. In: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.): 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Neuwied/Kriftel/Berlin, 105–116.
GendA (GendA-Netzwerk feministische Arbeitsforschung), 2005: Gender Kompetenz & Berufliche Entwicklung. Berlin.
Gerhard, Ute, 2003: Geschlecht: Frauen im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Begriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a.M./New York, 267–286.
– 1992: Frauenleitbilder und Etappen bundesrepublikanischer Frauenpolitik. In: Veil, Mechthild/Prinz, Karin/Gerhard, Ute (Hg.): Am modernen Frauenleben vorbei. Verliererinnen und Gewinnerinnen der Rentenreform. Berlin, 17–41.
Gerlach, Irene, 2004: Familienpolitik. Wiesbaden.

– 2000: Politikgestaltung durch das Bundesverfassungsgericht am Beispiel der Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 3–4. www.bpb.de (Download: 07.09.05)
Gildemeister, Regine 2001: Soziale Konstruktion von Geschlecht. Fallen, Missverständnisse und Erträge der Debatte. In: Rademacher, Claudia/Wiechens, Peter (Hg.): Geschlecht – Ethnizitität – Klasse. Opladen, 56–87.
Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika, 1992: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg, 201–254.
Gisser, Richard/Lutz, Wolfgang/Münz, Rainer, 1985: Kinderwunsch und Kinderzahl. In: Münz, Rainer (Hg.): Leben mit Kindern. Wunsch und Wirklichkeit. Wien, 33–93.
Goffmann, Erving, 1994: Interaktion und Geschlecht. Frankfurt a.M.
– 1975: Stigma. Frankfurt a.M.
Goldberg, Gertrude u.a. 1990: Unverheiratete kinderlose alte Frauen und ihre soziale Unterstützung. In: Schmerl, Christiane/Nestmann, Frank (Hg.): Ist Geben seliger als Nehmen? Frankfurt a.M., 215–242.
Grossmann, Atina, 1994: Mutterschaft und Modernität: Deutsche Ärztinnen in der Weimarer Republik, zur Zeit des Nationalsozialismus, im Exil und in der Nachkriegszeit. In: Pfühl, Katharina (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik, Institut für Sozialwissenschaft Frankfurt. Frankfurt a.M., 288–308.
Guggenberger, Bernd, 2003: Regierungserklärung. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen. www.bpb.de/wissen/05710880531346303327608788176183.html (Download: 19.10.06)
Gutberger, Hansjörg, 2006: Bevölkerung, Ungleichheit, Auslese. Wiesbaden.
Graue, Bettina, 2004: Der deutsche und europäische öffentliche Dienst zwischen rechtlicher und faktischer Gleichberechtigung der Geschlechter. Frankfurt a.M.
Grimmer, Klaus, 2004: Öffentliche Verwaltung in Deutschland. Grundlagen, Funktionen, Reformen. Wiesbaden.
Gutierrez Rodriguez, Encarnacion, 1999: Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter der Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung. Opladen.
Haas, Inka, 1998: Gebärstreik. Frauen gegen den staatlich verordneten Muttermythos. Frankfurt a.M.
Hagemann-White, Carol, 1984: Sozialisation: Weiblich – männlich? Opladen.
Hager, Mariella, 2006: Kinderwunschlos glücklich? Gewollt kinderlose Akademikerinnen. Eine qualitative Studie zu Lebenssituation und Zukunftsplanung österreichischer Akademikerinnen. Wien.
Hark, Sabine, 2005: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt a.M.
– 2001: Feministische Theorie – Diskurs – Dekonstruktion. Produktive Verknüpfungen. In: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen, 353–71.

– 1999: deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Opladen.
Haraway, Donna J., 1989: Primate Visions: Gender, Race and Nature in the World of Modern Science. London.
Hausen, Karin, 1976: Polarisierung der Geschlechtercharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit. Stuttgart, 206–219.
Heck, Bruno, 1968: Familie. In: Frau und Politik, 5/1968.
Heckmann, Friedrich, 1992: Interpretationsregeln zur Auswertung qualitativer Interviews und sozialwissenschaftlich relevanter Texte. Anwendungen der Hermeneutik für die empirische Sozialforschung. In: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (Hg.): Analyse verbaler Daten: Über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen, 25–47.
Heinrichs, Jürgen, 1978: Bedeutet Familienplanung ein Geburtenminus? In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 83–90.
Helwig, Gisela, 1993: Einleitung. In: Gisela, Helwig/Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn, 9–22.
Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hg.), 1993: Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn.
Hengsbach, Friedhelm/Zimnik, Alexandra, 2004: Die Familiendebatte der Parteien – normativ aufgeladen, funktional anschlussfähig. www.sankt-georgen.de/nbi/pdf/artikel/zimnik-he-k.pdf (Download: 10.09.08)
Henninger, Annette/Wimbauer, Christine/Dombroski, Rosine, 2008: Geschlechterungleichheit oder 'Exklusive Emanzipation'? Ungleichheitstheoretische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen. In: Berliner Journal für Soziologie, 1–30.
Herma, Holger, 2007: Romantische Liebe und biografische Selbstthematisierung. Generationswandel in einem modernen Kulturmuster. Unveröffentlichte Dissertation. Berlin.
Hermann, Eva, 2006: Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit. Starnberg.
Herter-Eschweiler, Robert, 1998: Die langfristige Geburtenentwicklung in Deutschland. Opladen.
Herwartz-Emden, Leonie, 2002: Kindheit, Erziehung und Geschlechterbilder in interkultureller Perspektive. In: Breitenbach, Eva u.a. (Hg.): Geschlechterforschung als Kritik. Bielefeld, 119–137.
Hirseland, Andreas/Schneider, Werner, 2001: Wahrheit, Ideologie und Diskurse. In: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen, 373–402.
Hitzler, Ronald, 1999: Konsequenzen der Situationsdefinition. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 289–308.
– 1988: Sinnwelten. Ein Beitrag zum Verstehen von Kultur. Opladen.
Hitzler, Ronald/Honen, Anne (Hg.), 1997: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen.
Höhn, Charlotte, 2007: Bevölkerungsforschung und demographischer Wandel – Zur politischen Würdigung der Demographie seit den 1970er Jahren. In: Demographie. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32, Heft 1–2, 73–98.

– (Hg.), 2001: Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung. Opladen.
Höhn, Charlotte/Ette, Andreas/Ruckdeschel, Kerstin, 2006: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Vol. 2006, Hg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Stuttgart.
Hoem, Jan M., 2005: Why does Sweden have such high fertility? In: Demographic Research 13, 559–572.
Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg (Hg.), 1995: Frauen auf sich selbst gestellt – Zur Lebenssituation alleinstehender Frauen. Stuttgart/Berlin/Köln.
Hoffmann, Heidi, 1999: Die feministische Diskussion über Reproduktionstechnologien. Positionen und Kontroversen in der BRD und den USA. Frankfurt a.M./New York.
Hoffmann, Lois W./Hoffmann, Martin L., 1973: The Value of Children to Parents. In: Fawcett, James T. (Hg.): Psychological Perspectives on Population. New York, 19–76.
Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1988: Weibliche Berufstätigkeit und Kinderzahl. In: Gerhard, Ute/Schütze, Yvonne (Hg.): Frauensituation: Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Frankfurt a.M., 219–250.
Holland-Cunz, 2007: Alarmismus. Die Struktur der öffentlichen Debatte über den demographischen Wandel in Deutschland. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 63–80.
Holtgrewe, Ursula, 1989: Schreib-Dienst. Frauenarbeit im Büro. Marburg.
Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kißler, Leo, 2006: Kooperative Demokratie. Das demokratische Potential von Bürgerengagement. Frankfurt a.M./New York.
Hondrich, Karl Otto, 2007: Weniger ist mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für die Gesellschaft ist. Frankfurt a.M./New York.
Honer, Anne, 1999: Bausteine zu einer lebensweltorientierten Wissenssoziologie. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 51–70.
– 1993: Lebensweltliche Ethnographie. Wiesbaden.
Honegger, Claudia, 1991: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750–1850. Frankfurt a.M./New York.
Hong, Joon-Kee, 2000: Der Subjektbegriff bei Lacan und Althusser. Frankfurt a.M.
Hopf, Christel 1978: Die Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 7, 97–115.
Horan, Geraldine Theresa, 2003: Mothers, Warriors, Guardians of the Soul. Female Discourse in National Socialism 1924–1934. Berlin/New York.
Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria, 1996: Großbetriebliche Dienstleistungen. Rascher Aufbau und harte Konsolidierung. In: Burkhart, Lutz u.a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen, 297–346.
Huinink, Johannes, 2002: Familienentwicklung in europäischen Ländern: Zur Erklärung von Polarisierungsphänomenen. In: Dobritz, Jürgen/Otto, Johannes (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Hg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Heft 108. Wiesbaden, 47–60.

– 2000: Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 3, 209–227.

Hullen, Gert, 2004: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 15–25.

Hummel, Diana, 2007: Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftliche Naturverhältnisse – Eine sozial-ökologische Perspektive. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 181–194.

– 2006: Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 27–51.

Institut für Demoskopie Allensbach, 2005: Das subjektive Zeitfenster für Elternschaft. Allensbach.

– 2004: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung. Allensbach.

Janczyk, Stefanie, 2009: Arbeit und Leben: Eine spannungsreiche Ko-Konstitution. Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung. Münster.

– 2007: 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie' und 'Work-Life-Balance': Über Verengungen und Ausblendungen in einer Debatte. In: Marburger Graduiertenkolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen. Münster, 70–84.

Jann, Werner, 2006: Wandlungen von Verwaltungsmanagement und Verwaltungspolitik in Deutschland. In: Jann, Werner/Röber, Manfred/Wollmann, Hellmut (Hg.): Public Management – Grundlagen, Wirkungen, Kritik. Berlin, 35–48.

– u.a. 2004: Status-Report Verwaltungsreform. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren. Berlin.

Joosten, Astrid, 1990: Die Frau, das „segenspendende Herz der Familie": Familienpolitik als Frauenpolitik in der „Ära Adenauer". Pfaffenweiler.

Jürgens, Hans W., 1978: Sind zwei Kinder schon zuviel? In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 43–50.

Jurczyk, Karin, 2007: Ansätze zu einer emanzipatorischen Familienpolitik: Der Siebte Familienbericht. In: WSI Mitteilungen Nr. 10, 531–537.

Kahlert, Heike, 2007: Die Kinderfrage und der halbierte Wandel in den Geschlechterverhältnissen. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 337–363.

– 2006: Der demographische Wandel im Blick der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 295–309.

Karl, Ute, 2007: Metaphern als Spuren von Diskursen in biographischen Texten. In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 8, Artikel 3. www.qualitative- research.net/fqs-texte/1-07/07-1-3-d.htm (Download: 10.12.2007)

Karrer, Dieter, 1998: Die Last des Unterschieds. Biographie, Lebensführung und Habitus von Arbeitern und Angestellten im Vergleich. Opladen/Wiesbaden.

Kattinger, Stefanie, 2007: Die Kinderfrage in Deutschland. Gründe für den Realisierungsaufschub vorhandener Kinderwünsche bei hoch qualifizierten Frauen. Saarbrücken.

Kaufmann, Franz-Xaver, 2007: Bevölkerungsrückgang als Problemgeneration für alternde Gesellschaften. In: WSI Mitteilungen Nr. 3, 107–114.

– 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Franfurt a.M.

– 1993: Familienpolitik in Europa. In: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.): 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Neuwied/Kriftel/Berlin, 141–168.

Kautsky, Karl, 1924: Der Kampf gegen den Geburtenrückgang. Wien.

Keil, Guenter/Brutschek, Gisela, 2008: Generation Kinderlos. Jenseits von Zeugungsstreik und Gebärzwang. München.

Keller, Berndt, 2006: Aktuelle Entwicklungen der Beschäftigungsbeziehungen im öffentlichen Dienst. In: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften, Band 39, Heft 1, 79–99.

Keller, Reiner, 2007: Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung (46 Absätze). In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 8, Artikel 19. www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-19-d.htm (Download: 08.05.08)

– 2005: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.

– 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden.

– 1997: Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen, 309–335.

Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner (Hg.), 2003: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen.

– (Hg.), 2001: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen.

Kessler, Suzanne J./McKenna, Wendy, 1978: Gender. An Ethnomethodological Approach. New York.

Keupp, Heiner, 1998: Diskursarena Identität: Lernprozesse in der Identitätsforschung. In: Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a.M., 11–39.

Keupp, Heiner/Hohl, Joachim, 2006: Einleitung. In: Keupp, Heiner/Hohl, Joachim (Hg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Bielefeld, 7–28.

Kimmerle, Christoph, 2003: Die Reform der öffentlichen Verwaltung: Modernisierung als Chance für Enthierarchisierung? In: Andresen, Sünne/Dölling, Irene/Kimmerle, Christoph (Hg.): Verwaltungsmodernisierung als soziale Praxis. Geschlechter-Wissen und Organisationsverständnis von Reformakteuren. Opladen, 15–31.

Khalatbari, Parviz, 2007: Die weibliche Emanzipation und der Prozess der Wandlung der generativen Verhaltensweise. In: Demographie. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32, Heft 1–2, 11–34.

Kißler, Leo, 2007: Politische Soziologie. Grundlagen einer Demokratiewissenschaft. Konstanz.
– 2003: Kommunale Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Genese und Struktur eines neuen Politikfeldes. Zur Einleitung. In: Kißler, Leo/Wiechmann, Elke (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in den Städten. Kommunale Bündnisse für Arbeit aus Akteurs- und Forschungssicht. Baden-Baden, 9–20.
– 1999: Gleichstellung im kommunalen Modernisierungsprozess. Einleitung. In: Kißler, Leo/Wiechmann, Elke 1999: Gleichstellungspolitik und kommunale Verwaltungsreform. Baden-Baden, 11–32.
Kißler, Leo/Graf, Melanie/Wiechmann, Elke, 2000a: Nachhaltige Partizipation. Beschäftigungsbeteiligung als Beitrag für mehr Chancengleichheit. Berlin.
Kißler, Leo/Greifenstein, Ralph/Wiechmann, Elke, 2008: Großbaustelle Arbeitsverwaltung: Arbeitsbedingungen und -beziehungen im Schatten der Arbeitsmarktreform. Berlin.
Kißler, Leo/Kersting, Norbert/Lange, Hans-Jürgen, 2000b: Politische Steuerung und Reform der Landesverwaltung. Baden-Baden.
Kißler, Leo/Zettelmeier, Werner (Hg.), 2005: Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt a.M./New York.
Kißler, Leo u.a., 1997: Moderne Zeiten im Rathaus? Reform der Kommunalverwaltungen auf dem Prüfstand der Praxis. Berlin.
Klein, Doreen, 2006: Zum Kinderwunsch von Kinderlosen in Deutschland. Hg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Heft 119. Wiesbaden.
Kleßmann, Christoph, 1997: Aufbau eines sozialistischen Staates. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 256, 24–31.
Kling, Gudrun, 2000: Frauen im öffentlichen Dienst des Großherzogtums Baden. Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart.
Klinger, Cornelia, 2006: Das unmögliche weibliche Subjekt und die Möglichkeiten feministischer Subjektkritik. In: Keupp, Heiner/Hohl, Joachim (Hg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Bielefeld, 99–119.
– 2003: Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, 14–47.
– 1990: Die Frau von morgen – aus der Sicht von gestern und heute. In: Sloterdijk, Peter (Hg.): Vor der Jahrtausendwende: Berichte zur Lage der Zukunft. Band II. Frankfurt a.M., 365–418.
Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli, 2005: Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse"/Ethnizität. In: Transit – Europäische Revue. Heft 29.
Knapp, Gudrun-Axeli, 2005: „Intersectionality" – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender". In: Feministische Studien, Jg. 23, Heft 1, 68–81.
– 1995: Unterschiede machen: Zur Sozialpsychologie der Hierarchisierung im Geschlechterverhältnis. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York, 163–194.

Knijn, Trudie/Ostner, Ilona/Schmitt, Christian, 2007: Männer und (ihre) Kinder. Einstellungen zur Elternschaft im Ländervergleich. In: Lettke, Frank/Lange, Andreas (Hg.): Generationen und Familien. Analysen – Konzepte – gesellschaftliche Spannungsfelder. Frankfurt a.M., 189–222.
Knoblauch, Hubert 2005: Wissenssoziologie. Konstanz.
– 2001: Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie. In: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen, 207–223.
– 2000: Topik und Soziologie. Von der sozialen zur kommunikativen Topik. In: Schirren, Thomas/Ueding, Gert (Hg.): Topik und Rhetorik. Ein interdisziplinäres Symposion. Tübingen, 651–668.
Kohli, Martin, 1988: Normalbiographie und Individualität: Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufsregimes, in: Brose, H.-G./Hildenbrand, B. (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen, 33–53.
– 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 37, 1–29.
– 1978a: Erwartungen an eine Soziologie des Lebenslaufs, in: Kohli, Martin (Hg.): Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt, 9–32.
– 1978b: Offenes und geschlossenes Interview – Neue Argumente zu einer alten Kontroverse. In: Soziale Welt 29/1978, 1–25.
Kohl-van Melis, Claudia, 2003: Tod des Subjekts? Praktische Theologie in Auseinandersetzung mit Michel Foucaults Subjektkritik. Stuttgart.
Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.), 2005: Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 295–315.
Kopp, Johannes, 2000: Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Trends, regionale Unterschiede, Erklärungen. In: Bertram, Hans/Nauck, Bernhard/Klein, Thomas (Hg.): Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung. Opladen, 83–136.
Krause-Brewer, Fides, 1993: Amtszeiten und Wirkungsschwerpunkte der Bundesfamilienministerinnen und Bundesfamilienminister. In: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.): 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Neuwied/Kriftel/Berlin, 15–36.
Krell, Gertraude/Carl, Andrea-Hilla/Krehnke, Anna, 2001: Aufwertung von Frauentätigkeiten. Diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit. Hg.: ver.di Bundesvorstand. Stuttgart.
Kriete-Dodds, Susan, 2005: Beschäftigte der öffentlichen Arbeitsgeber am 30. Juni 2004. In: Wirtschaft und Statistik 12/2005, 1297–1308.
Kreyenfeld, Michaela/Konietzka, Dirk, 2007: Die Analyse von Kinderlosigkeit in Deutschland: Dimensionen – Daten – Probleme. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 11–44.
Kröhnert, Steffen/Medicus, Franziska/Klingholz, Reiner, 2006: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Kurzfassung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

Krones, Tanja, 2005: Fortpflanzungsentscheidungen zwischen Schwangerschaftsabbruch und assistierter Reproduktion – eine kritische Evaluation der deutschen feministischen bioethischen Debatte. In: Feministische Studien 23, 24–39.

Krüger, Dorothea, 1990: Alleinleben in einer paarorientierten Gesellschaft. Pfaffenweiler.

Krüger, Helga, 2001: Geschlecht, Territorien, Institutionen. Beitrag zu einer Soziologie der Lebenslauf-Relationalität. In: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hg.): Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München, 257–300.

– 1995: Dominanzen im Geschlechterverhältnis: Zur Institutionalisierung von Lebensläufen. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York, 195–219.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 2001: Hegemony and Socialist Strategy – Towards a Radical Democratic Politics. London/New York.

Lamnek, Siegfried, 2005: Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. Weinheim/Basel.

– 1993: Qualitative Sozialforschung. Band I: Methodologie. Weinheim.

Lamm-Heß, Yvette/Wehrspann, Charlotte, 1993: Frauen- und Müttererwerbstätigkeit im Dritten und Vierten Familienbericht. Konstanz.

Lampert, Heinz, 2002: Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Konstanz.

Lang, Susanne, 1994: Wir Frauen ohne Kinder. Was Männer nie begründen müssen. Frankfurt a.M.

Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit, 2004: Was kommt nach dem Ernährermodell? In: Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse. Was kommt nach dem Familienernährermodell? Wiesbaden, 9–27.

Lepperhoff, Julia, 2005: Gleichberechtigt ungleich – ungleich gleichberechtigt. Geschlechter-Wissen und berufliche Entwicklung in der öffentlichen Verwaltung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 241–257.

Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2005: Wissenschaft und Praxis im Dialog – ein Ansatz praxis- und genderkompetenter Arbeitsforschung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 69–87.

Lessenich, Stephan (Hg.), 2003: Wohlfahrtstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a.M.

Levi-Strauss, Claude, 1993: Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft. Frankfurt a.M.

– 1988 [1968]: Mythologica III. Der Ursprung der Tischsitten. Frankfurt a.M.

Lewis, Jane, 2004: Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie". In: Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse. Was kommt nach dem Familienernährermodell? Wiesbaden, 62–84.

Limbach, Jutta, 2003: Eine Zukunft ohne Kinder? In: Limbach, Jutta/Rosemarie Nave-Herz, Rosemarie: Eine Zukunft ohne Kinder? Oldenburg, 1–15.

Limbach, Jutta/Rosemarie Nave-Herz, Rosemarie, 2003: Eine Zukunft ohne Kinder? Oldenburg.

Link, Jürgen, 1982: Begriffslexikon. In: KultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, 1, 66.

Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut, 2003: Zur Einleitung: 'Normalität' im Diskursnetz soziologischer Begriffe. In: Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut (Hg.): 'Normalität' im Diskursnetz soziologischer Begriffe. Heidelberg, 7–22.

Link, Jürgen/Link-Heer, Ursula, 2002: Warnung vor einem Fake! Nicht möglich! Die Interdiskurs-Theorie macht Karriere! In: KultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, 44, 9–11.

Lippe von der, Holger R./Fuhrer, Urs, 2002: Where Qualitative Research Meets Demographie: Interdisciplinary Explorations of Conceptions on Fatherhood in an extremely Low Fertility Context. Max-Planck-Institut für demographische Forschung. Working Paper 28. Rostock.

Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria, 2005: Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen. Das Paradoxon von erweiterter Teilhabe und sozialer Verwundbarkeit – Problemaufriss. In: Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen. Münster, 207–239.

Lucio, Gaia di, 2002: Verwaltungsreform und Reorganisation der Geschlechterbeziehungen. Frankfurt a.M./New York.

Luckmann, Thomas, 1999: Wirklichkeiten: individuelle Konstitution und gesellschaftliche Konstruktion. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 17–28.

– 1988: Persönliche Identität und Lebenslauf – gesellschaftliche Voraussetzungen. In: Brose, Hanns-Georg/Hildenbrand, Bruno (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen, 73–88.

Lüscher, Kurt, 2001: Soziologische Annäherung an die Familie. Konstanz.

– 1999a: Familienberichte: Aufgabe, Probleme und Lösungsversuche der Sozialberichterstattung über die Familie. Konstanz.

Maher, Jane Maree/Dever, Maryanne, 2004: What Matters to Women: Beyond Reproductive Stereotypes. In: People and Place, Vol. 12, No. 3, 11–19.

Maihofer, Andrea, 2004: Geschlecht als soziale Konstruktion – eine Zwischenbetrachtung. In: Helduser, Urte u.a. (Hg.): under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis. Frankfurt a.M., 33–43.

Mannheim, Karl, 1980: Strukturen des Denkens. Frankfurt a.M.

– 1964: Wissenssoziologie. Neuwied/Berlin.

– 1931: Ideologie und Utopie. Frankfurt a.M.

– 1928: Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahresschrift für Soziologie, Heft 2, 157–185, Heft 3, 309–330

Marbach, Jan H./Tölke, Angelika, 2007: Frauen, Männer und Familie: Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 246–274.

Mayering, Philipp, 1985: Qualitative Inhaltsanalyse. In: Jüttemann, Gerd (Hg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Weinheim/Basel.

Mense, Lisa, 2004: Neue Formen der Mutterschaft. Verwandtschaft im Kontext der Neuen Reproduktionstechnologien. In: Lenz, Ilse/Mense, Lisa/Ullrich Charlotte (Hg.): Reflexive Körper? Zur Modernisierung von Sexualität und Reproduktion. Opladen, 149–178.

Mersch, Peter, 2006: Land ohne Kinder. Wege aus der demographischen Krise. Norderstedt.

Mertens, Heide, 1991: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Münster.

Meuser, Michael, 2003: Interpretatives Paradigma. In: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen, 92–94.

Meyer, Sibylle/Schulze, Eva, 1993: Frauen in der Modernisierungsfalle – Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn, 166–189.

Meyer, Thomas, 2004: Die Familie im demografischen Wandel. In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 58–74.

– 2002: Private Lebensformen im Wandel. In: Geißler, Rainer (Hg.): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Wiesbaden.

Möhle, Sylvia, 1999: Nichteheliche Lebensgemeinschaften in historischer Perspektive. In: Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen, 183–204.

Morell, Carolyn M. 1994: Unwomanly Conduct. The Challenges of Intentional Childlessness. London/New York.

Münz, Rainer (Hg.), 1985a: Leben mit Kindern. Wunsch und Wirklichkeit. Wien.

– 1985b: Familienpolitische Perspektiven. In: Münz, Rainer (Hg.): Leben mit Kindern. Wunsch und Wirklichkeit. Wien, 197–250.

Myrdal, Alva/Klein, Viola, 1971: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln/Berlin.

Nason, Ellen Mara/Poloma, Margeret M., 1976: Voluntary Childless Couples: The Emerge of a Variant Lifestyle. Beverly Hills/London.

Nave-Herz, Rosemarie, 2004: Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim/München.

– 1999: Wandel im kindlichen Alltag. Auswirkungen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Familie und Recht, Nr. 1, 29–35.

– 1997: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Bonn.

– 1988: Kinderlose Ehen. Eine empirische Studie über die Lebenssituation kinderloser Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit. Weinheim/München.

Netzler, Andreas, 1996: Risiken und Risikoerfahrungen von Familien im Vergleich mit Kinderlosen. Hg.: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. Bamberg.

Neumann, Enno 1984: Zur Methode der Durchführung hermeneutischer Interpretation von Interviews. In: Zoll, Rainer (Hg.): Hauptsache, ich habe meine Arbeit. Frankfurt a.M., 118–134.

Nickel, Hildegard Maria, 2006a: Sozialwissenschaften. In: Braun, Christina von/Stephan, Inge (Hg.): Gender Studien. Eine Einführung. Stuttgart/Weimar, 124–135.

– 2006b: Familienpolitik in der ehemaligen DDR – ein Modell für die Zukunft? In: Tagung: Die Zukunft der Familie in der Gesellschaft. Wege und Chancen für eine neue Politik. Potsdam 23.5.2006. Unveröffentlichtes Manuskript.

– 2001: Vom Umgang mit Differenzen. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): Zwischen Emanzipationsversion und Gesellschaftskritik. Münster, 87–96.

– 1999: Erosion und Persistenz. Gegen die Ausblendung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko (Hg.): Transformation – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung. Opladen, 9–34.

– 1995: Frauen im Umbruch der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36–37, 23–33.

Nickel, Hildegard Maria/Fahrenholz, Anja/Meißner, Hanna, 2002: Forschungsprojekt Landesbank Berlin: Potenzialträgerinnen sichtbar machen. Projektbericht für die Hans-Böckler-Stiftung. Berlin.

Niehr, Thomas, 1993: Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden.

Notz, Gisela, 1998: Wi(e)der die Neuauflage der Hausfrauenehe. Die ungleichen Auswirkungen der Geburt eines Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Frauen und Männern. In: Rauter, Ulrich (Hg.): Beschäftigungsrisiko Erziehungsurlaub. Opladen, 93–115.

Oevermann, Ulrich 2003: Regelgeleitetes Handeln, Normativität und Lebenspraxis. In: Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut (Hg.): Normalität im Diskursnetz soziologischer Begriff. Heidelberg, 183–217.

– 1988: Eine exemplarische Fallkonstruktion zum Typus versozialwissenschaftlicher Identitätsformation: In: Brose, Hans-Georg/Hildenbrand, Bruno (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen, 243–286.

Oevermann, Ulrich/Alert, Tilman/Konau, Elisabeth, 1980: Zur Logik der Interpretation von Interviewtexten. Fallanalyse anhand eines Interviews mit einer Fernstudentin. In: Heinze, Thomas u.a. (Hg.): Interpretationen einer Bildungsgeschichte. Bensheim, 15–69.

Onnen-Isemann, Corinna, 2004: Ungewollte Kinderlosigkeit als Krise – Reproduktionsmedizin als Hilfe? In: Junge, Matthias/Lechner, Götz (Hg.): Scheitern. Aspekte eines sozialen Phänomens. Wiesbaden, 123–140.

– 2003: Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31–38.

– 1995: Ungewollte Kinderlosigkeit und moderne Reproduktionsmedizin. In: Nauk, B./Onnen-Isemann, Corinna (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Köln, 473–488.

Oppen, Maria, 2004: Public Governance und Ungleichheit. Wandel lokaler Staatlichkeit als Chance für geschlechtersensible Demokratisierungsprozesse? In: Oppen, Maria/Simon, Dagmar (Hg.): Verharrender Wandel. Institutionen und Geschlechterverhältnisse. Berlin, 247–280.

Oppen, Maria/Simon, Dagmar (Hg.), 2004: Verharrender Wandel. Institutionen und Geschlechterverhältnisse. Berlin.

Oppen, Maria/Wegener, Alexander, 1998: Restrukturierung der kommunalen Dienstleistungsproduktion. Innovationsfähigkeit deutscher Kommunen in internationaler Perspektive. Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin. FS II, 207.

Oppen, Maria/Wiechmann, Elke, 1998: Frauenförderpläne unter Reformdruck. Effektivität und Innovationserfordernisse am Beispiel der niedersächsischen Stufenpläne. Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin. FS II, 206.

Ostner, Ilona, 2006: Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York, 165–199.

Ott, Cornelia, 1997: Lust, Geschlecht und Generativität. Zum Zusammenhang von gesellschaftlicher Organisation von Sexualität und Geschlechterhierarchie. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt a.M. 104–124.

Oudshoorn, Nelly, 2004: Die natürliche Ordnung der Dinge? Reproduktionswissenschaften und die Politik des 'Othering'. In: Lenz, Ilse/Mense, Lisa/Ullrich, Charlotte (Hg.): Reflexive Körper? Zur Modernisierung von Sexualität und Reproduktion. Opladen, 241–254.

Pateman, Carol, 1988: The Sexual Contract. Oxford.

Peil, Iris, 1996: Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik – Ein Ost-West-Vergleich. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 85. Wiesbaden.

Pfundt, Karen, 2004: Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben. Berlin.

Pinl, Claudia, 2003: Uralt, aber immer noch rüstig: der deutsche Ernährer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6–11.

Pfadenhauer, Michaela, 1999: Rollenkompetenz. Träger, Spieler und Professionelle als Akteure für die hermeneutische Wissenssoziologie. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 267–285.

Pfahl, Lisa, 1998: 'Mythos der Weiblichkeit'. Die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht in der existenzialistischen Philosophie von Simone de Beauvoir. Unveröffentlichte Hausarbeit, FU Berlin, Fachbereich Soziologie. Berlin.

Pfau-Effinger, Birgit, 1998: Der soziologische Mythos von der Hausfrauenehe – sozio-kulturelle Entwicklungspfade der Familie. In: Soziale Welt, Nr. 49, 167–182.

Pfeiffer, Ulrich/Braun, Reiner, 2005: Expertise: „Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik". Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Pongratz, Hans/Voß, Günter G., 2000: Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft. In: Minssen, Heiner (Hg.): Begrenzte Entgrenzung. Wandlung von Organisation und Arbeit. Berlin, 225–247.

Pötzsch, Olga, 2007: Neue Datenquelle zu Geburten und Kinderlosigkeit. In: Wirtschaft und Statistik 3/2007, 260–263.

Porter, Theodore M., 1995: Trust in Numbers: The Pursuit of Objectivity in Science and Public Life. Princeton.

– 1988: The Rise of Statistical Thinking, 1820–1900. Princeton.

Prigge, Rolf/Schwarzer, Thomas, 2006: Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation. Wiesbaden.

Rainer, Bettina, 2007: Die „Bevölkerungsexplosion" als globale Katastrophe. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 103–126.

Reh, Sabine, 2003: Berufsbiographische Texte ostdeutscher Lehrer und Lehrerinnen als 'Bekenntnisse'. Interpretationen und methodologische Überlegungen zur erziehungswissenschaftlichen Biographieforschung. Bad Heilbrunn.

Reichertz, Jo, 2007: Hermeneutische Wissenssoziologie. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, 171–179.

– 1999: Über das Problem der Gültigkeit von Qualitativer Sozialforschung. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.), 1999: Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 319–348.

– 1995: Objektive Hermeneutik. In: König, Eckard/Zedler, Peter (Hg.): Bilanz qualitativer Forschung. Band II: Methoden. Weinheim, 379–424.

Reichertz, Jo/Schröer, Norbert, 1994: Erheben, Auswerten, Darstellen. Konturen einer hermeneutischen Wissenssoziologie. In: Schröer, Norbert (Hg.): Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie. Opladen, 56–84.

Reinhard, Christoph, 2004: Verwaltungsmodernisierung in den Bundesländern. In: Jann, Werner u.a.: Status-Report Verwaltungsreform. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren, Berlin, 87–99.

Renggli, Cornelia, 2007: Selbstverständlichkeiten zum Ereignis machen: Eine Analyse von Sag- und Sichtbarkeitsverhältnissen nach Foucault (38 Absätze). In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 8, Artikel 23. www.qualitative-research.ne/fqs-texte/2-07/07-2-23-d.htm (Download: 08.05.08)

RG 1949: Erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 11–34.

– 1953: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. Oktober 1953 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 35–60.

– 1957: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 21. Oktober 1957 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 61–82.

– 1961: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer, vorgetragen vom seinem Stellvertreter Ludwig Erhard am 29. November 1961 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 83–108.

– 1962: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 14. Dezember 1962 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 109–113.

– 1963: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Ludwig Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, 113–149.
– 1965: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Ludwig Erhard am 10. November 1965 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München, 1971, 149–183.
– 1966: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Hans Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag in Bonn. In: Behn, Hans Ulrich (Hg.), 1971: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München. 185–204.
– 1969: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Bundestag in Bonn. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien, 251–282.
– 1973: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt am 18. Januar 1973 vor dem Bundestag in Bonn. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien, 283–312.
– 1974: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 17. Mai 1974. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien, 313–340.
– 1976: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 16. Dezember 1976. Plenarprotokoll 8/5. Deutscher Bundestag, Bonn. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien, 341–393.
– 1980: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 24. November 1980. Plenarprotokoll 9/5. Deutscher Bundestag, Bonn, 25–41.
– 1982: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 13. Oktober 1982. Plenarprotokoll 9/121. Deutscher Bundestag, Bonn, 7213–7229.
– 1983: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 4. Mai 1983. Plenarprotokoll 10/4. Deutscher Bundestag, Bonn, 56–74.
– 1987: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 18. März 1987. Plenarprotokoll 11/4. Deutscher Bundestag, Bonn, 51–73.
– 1991: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 30. Januar 1991. Plenarprotokoll 12/5. Deutscher Bundestag, Bonn, 67–81.
– 1994: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 23. November 1994. Plenarprotokoll 13/5. Deutscher Bundestag, Bonn, 37–48.
– 1998: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 10. November 1998. Plenarprotokoll 14/3, Deutscher Bundestag, Bonn, 47–67.
– 2002: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 29. Oktober 2002. Plenarprotokoll 15/4. Deutscher Bundestag, Berlin, 51–61.
Rich, Adrienne, 1979: Von Frauen geboren. Mutterschaft als Erfahrung und Institution. München.
Riedmüller, Barbara, 1988: Das Neue an der Frauenbewegung. Versuch einer Wirkungsanalyse der neuen Frauenbewegung. In: Gerhard, Ute/Schütze, Yvonne (Hg.): Frauensituation: Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Frankfurt a.M., 15–44.

Rodenstein, Marianne/Bock, Stephanie/Heeg, Susanne, 1996: Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten. Hannover, 26–50.
Röhrbein, Christiane, 2006: Will ich wirklich ein Kind? Von guten Gründen und verborgenen Wünschen. Heidelberg.
Rönsch, Hannelore, 1993: Familienpolitik und Lebenswirklichkeit – Herausforderungen und Perspektiven. In: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.): 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Neuwied/Kriftel/Berlin, 169–180.
Roloff, Juliane, 2007: Familienpolitik und Geburtenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der ehemaligen DDR. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 127–144.
Rose, Lotte, 1997: Körperästhetik im Wandel. Versportung und Entmütterlichung des Körpers in den Weiblichkeitsidealen der Risikogesellschaft. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt a.M., 125–149.
Rosenthal, Gabriele, 1997: Zur interaktionellen Konstitution von Generationen. Generationenfolgen in Familien von 1890 bis 1970 in Deutschland. In: Mansel, Jürgen/Rosenthal, Gabriele/Tölke, Angelika (Hg.): Generationen-Beziehungen. Austausch und Tradierung. Opladen, 57–73.
Rost, Harald, 2005: Kinderwunsch und Wirklichkeit. In: Zeitschrift für Familienforschung 17, (19), 8–20.
Rüling, Anneli/Kassner, Karsten, 2007: Familienpolitik aus Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich. Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
Rudolph, Clarissa/Niekant, Renate 2007 (Hg.): Hartz IV. Zwischenbilanz und Perspektiven. Münster.
Rupp, Marina, 2005: Kinderlos trotz (stabiler) Ehe. In: Zeitschrift für Familienforschung 17, (1), 21–40.
Safer, Jeanne, 1998: Kinderlos glücklich. Wenn Frauen keine Mütter sind. München.
Schaeper, Hildegard, 2007: Familiengründung von Hochschulabsolventinnen. Eine empirische Untersuchung verschiedener Examenskohorten. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 137–166.
Scheele, Alexandra, 2008: Arbeit als politisches Feld: Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster.
Scheich, Elvira, 1993: Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften. Pfaffenweiler.
Schildt, Axel, 1997: Gesellschaftliche Entwicklung. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 256, 3–10.
Schirrmacher, Frank, 2006: Minimum. Vom Vergehen und Entstehen unserer Gesellschaft. München.

Schlenska, Wiebke, 2006: Kinder unerwünscht? Das Paradoxon der deutschen Geburtenrate und Wege aus der Krise. Berlin.

Schlicht, Ulrike, 2003: Selbsterweiterungsprozesse alleinlebender Frauen. Münster.

Schmid, Josef, 2002: Die Neuordnung des Wissens für ein demographisches Jahrhundert. In: Abschiedsvorlesung vom 18.7.2002, Vol. 2005. Bamberg, 1–14.

– 2001: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43, 1–16. www.bpb.de (Download: 06.05.2008).

Schmidt, Renate, 2005: Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und sozialer Zusammenhalt. In: Familienbericht im Dialog. Veranstaltungen zum 7. Familienbericht. Berlin. www.bmfsfj.de (Download: 19.09.07)

– 2004a: Familienpolitische Konzepte im Spektrum der Politik. In: Kirchhof, Paul/Schmidt, Renate (Hg.): Familienpolitik für eine lebendige Gesellschaft. Berlin, 19–34.

– 2004b: Familie bringt Gewinn! In: BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, Nr. 3, 3–6.

– 2000: Familie und sozialer Zusammenhalt – eine Initiative der SPD. In: SPD-Projektgruppe (Hg.): Zukunft Familie. Berlin, 1–12.

Schmidt, Uwe, 2002: Deutsche Familiensoziologie. Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Wiesbaden.

Schmitt, Christian, 2005: Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft. In: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hg.): Männer – Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung. Wiesbaden, 19–44.

– 2004: Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP). In: DIW Materialien 34. Berlin, 1–19.

Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike, 2005a: Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: Feministische Studien 23, 9–23.

– 2005b: Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern. DIW Berlin. Berlin.

Schmitz-Köster, Dorothee, 1987: Frauen ohne Kinder. Hamburg.

Schnabel, Annette, 2007: Geschlecht. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, 521–532.

Schneider, Regine, 2003: Sieben Gründe, keine Kinder zu kriegen. München.

Schneider, Werner/Hirseland, Andreas, 2005: Macht – Wissen – gesellschaftlich Praxis. Dispositivanalyse und Wissenssoziologie. In: Keller, Reiner u.a. (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz, 251–275.

Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke, 2005: Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien.

Schnettler, Bernd, 2007: Thomas Luckmann. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, 161–170.

Schön, Bärbel, 1989: Anforderungen an eine angemessene Theorie mütterlicher Praxis. In: Schön, Bärbel (Hg.): Emanzipation und Mutterschaft. Weinheim/München, 13–32.

Schröder, Torsten, 2007: Geplante Kinderlosigkeit? Ein lebenslauftheoretisches Entscheidungsmodell. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 365–399.

Schubnell, Hermann, 1978: Sterben die Deutschen aus? In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 9–18.

Schulze, Gerhard, 1992: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M./New York.

Schütz, Alfred, 2004 [1953]: Relevanz und Handeln. 1. Zur Phänomenologie des Alltagswissens. Konstanz.

– 2003: Die kommunikative Ordnung der Lebenswelt. Konstanz.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas, 1984: Strukturen der Lebenswelt. Frankfurt a.M.

Schütze, Fritz, 1983: Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis, Heft 3, 282–293.

Schütze, Yvonne, 1988: Mütterliche Erwerbstätigkeit und wissenschaftliche Forschung. In: Gerhard, Ute/Schütze, Yvonne (Hg.): Frauensituation: Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Frankfurt a.M., 114–140.

– 1986: Die gute Mutter – Zur Geschichte des normativen Musters 'Mutterliebe'. Bielefeld.

Schwahn, Florian, 2007: Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 2006. In: Wirtschaft und Statistik 11/2007, 1079–1086.

Schwarz, Karl, 2007: Zur Problematik von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit als Mittel zur Förderung des Kinderwunsches. In: Demographie. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32, Heft 1–2, 35–50.

– 1978. Das deutsche Defizit. In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 19–34.

Sgier, Irene, 1994: Aus eins mach zehn und zwei lass gehn. Bern.

Simmel, Georg, 1992: Die Kreuzung sozialer Kreise. In: Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt a.M., 456–511.

Soeffner, Hans-Georg, 1999a: 'Strukturen der Lebenswelt' – ein Kommentar. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 29–38.

– 1999b: Verstehende Soziologie und sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz, 39–49.

Soeffner, Hans-Georg/Hitzler, Ronald, 1994: Hermeneutik als Haltung und Handlung. Über methodisch kontrolliertes Verstehen. In: Schröer, Norbert (Hg.): Interpretative Sozialforschung. Opladen, 28–55.

Srubar, Ilia, 1988: Kosmion. Frankfurt a.M.

Stanworth, Michelle (Hg.), 1987: Reproductive Technologies. Gender, Motherhood and Medicine. Cambridge.

Statisches Bundesamt, 2009: 2008: Mehr Sterbefälle und Eheschließungen, etwas weniger Geburten. Pressemitteilung Nr. 137 vom 07.04.2009. Wiesbaden.

– 2008: Statisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

– 2007a: Erwerbstätigkeit: Steigende Erwerbstätigkeitszahlen nicht nur auf Wirtschaftswachstum zurückführbar. Wiesbaden.

– 2007b: Frauen werden heute im Durchschnitt mit 26 Jahren Mutter. Pressemitteilung vom 18.12.2007. Wiesbaden.

– 2006: Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 1: Familien und Lebensformen. Ergebnisse des Mikrozensus 1996–2004. Wiesbaden.

Stegmann, Michael/Mika, Tatjana, 2007: Kinderlosigkeit, Kindererziehung und Erwerbstätigkeitsmuster von Frauen in der Bundesrepublik und der DDR und ihre Auswirkungen auf das Alterseinkommen. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden, 201–241.

Stehr, Nico, 2003: Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens. Frankfurt a.M.

Steinmann, Gunter, 2007: Kindermangel in Deutschland. Bevölkerungsökonomische Analysen und familienpolitische Lösungen. Frankfurt a.M.

Stiegler, Barbara, 2006: Mutter- Vater- Kinder- Los – Eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive. Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Stoehr, Irene, 1983: 'Organisierte Mütterlichkeit'. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900. In: Hausen, Karin (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte: Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. München, 221–249.

Stüwe, Klaus, 2005: Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden.

– 2002: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler! In: Stüwe, Klaus (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen, 9–30.

Strauß, Bernhard, 2000: Ungewollte Kinderlosigkeit: Psychologische Diagnostik, Beratung und Therapie. Göttingen.

Strauß, Bernhard/Beyer, Karla, 2004: Ungewollte Kinderlosigkeit. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 20, Hg.: Robert-Koch-Institut. Berlin.

Szewczyk, Grazyna Barbara, 2000: Der Mythos Mütterlichkeit zwischen Heiligkeit und Profanität. In: Czarnecka, Miroslawa (Hg.): Mutterbilder und Mütterlichkeitskonzepte im ästhetischen Diskurs. Wroclaw, 9–20.

Thompson, John B., 1996: Tradition and Self in a Mediated World. In: Heelas, Paul/Lash, Scott/Morris, Paul (Hg.): Detraditionalization. Critical Reflections on Authority and Identity. Cambridge/Oxford, 89–108.

Többe, Bianca, 2000: Bevölkerung und Entwicklung. Münster.

Tölke, Angelika/Diewald, Martin, 2003: Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern. In: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Analysen der dritten Welle des Familiensurveys. Opladen, 349–84.

Torfing, Jacob, 1999: New Theories of Discourse. Laclau, Mouffe and Zizek. Oxford.

Traue, Boris, 2005: Das Subjekt in der Arbeitsforschung. Subjekttheoretische Arbeitsforschung und Perspektiven ihrer wissenssoziologischen/diskurstheoretischen Erweiterung. Discussion Papers Nr. 14. www.gendanetz.de/files/document56.pdf. (Download: 05.01.06)

Tuider, Elizabeth, 2007: Diskursanalyse und Biographieforschung: Zum Wie und Warum von Subjektpositionierungen (81 Absätze). In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 8, Artikel 6. http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-6-d.htm (Download: 03.02.08)

Verwaltung N., 2004: Lagebericht zur Stadtentwicklung 2003. Stadt N.

– 2003: Berichtswesen, Personal und Organisation 2003. Stadt N.

– 2002a: Teilzeit. Wege der Personal- und Organisationsentwicklung. Stadt N.

– 2002b: Förderung der Gleichstellung. Stadt N.

– 2002c: Wir haben es gewagt. Wir haben es geschafft. Stadt N.

Vinken, Barbara, 2007: Die deutsche Mutter. Der lange Schatten des Mythos. München.

Vogel, Ulrike; 2007: Meilensteine der Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden.

Voß, Günther/Pongratz, Hans, 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Die neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 1, 138–158.

Wagner, Angelika, 2004: Entwicklung der Weltbevölkerung. In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 26–41.

Waldschmidt, Anne, 2002: Normalität, Genetik, Risiko: Pränataldiagnostik als „Government by Security". In: Bergermann, Ulrike/Breger, Claudia/Nusser, Tanja (Hg.): Techniken der Reproduktion: Medien – Leben – Diskurse. Königsstein/Taunus.

– u.a., 2007: Diskurs im Alltag – Alltag im Diskurs: Ein Beitrag zu einer empirisch begründeten Methodologie sozialwissenschaftlicher Diskursforschung (69 Absätze). In: Forum Qualitative Sozialforschung (Online Journal), Nr. 8, Artikel 15. www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-15-d.htm (Download: 01.02.08)

Weber, Max, 1964: Wirtschaft und Gesellschaft. Köln.

Weber, Susanne Maria, 2006: Der 'Intrapreneur' und die 'Mutter'. Pädagogische Gouvernementalität am Kreuzungspunkt von Ökonomie und Bevölkerung, In: Weber, Susanne/Mauer, Susanne (Hg.): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation. Wiesbaden, 139–162.

Wehrspann, Charlotte/Lüscher, Kurt, 1993: Familiengründung im Wandel – das Beispiel 'später erster Mutterschaft'. Hg.: Universität Konstanz. Konstanz.

Weingart, Peter, 2003: Wissenschaftssoziologie. Bielefeld.

West, Candace/Zimmermann, Don, 1987: Doing Gender. In: Gender and Society; Jahrgang 1, 125–151.

Weston, Kath, 1991: Families We Choose. Lesbian and Gay Kinship. New York/Oxford.

Wetterer, Angelika, 2003: Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, 286–319.

– 1995 (Hg.): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen. Frankfurt a.M./New York.

– 1993: Professionalisierung und Geschlechterhierarchie. Vom kollektiven Frauenausschuss zur Integration mit beschränkten Möglichkeiten. Kassel.

Wiechmann, Elke, 2006: Gleichstellungspolitik als Machtspiel. Eine mikropolitische Analyse der Gleichstellungspolitik in kommunalen Reorganisationsprozessen. Freiburg.

– 2004: Trendreport: Gleichstellungspolitik im Veränderungsprozess. Düsseldorf.

Willenbacher, Barbara, 2007: Nationalsozialistische Bevölkerungspolitiken. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen/Farmington Hills, 37–61.

Wimbauer, Christine, 2006: Frauen – Männer. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank: Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York, 136–157.

Wingen, Max, 2007: Der Beitrag der Familien zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. In: Lettke, Frank/Lange, Andreas (Hg.): Generationen und Familien. Analysen – Konzepte – gesellschaftliche Spannungsfelder. Frankfurt a.M., 299–311.

– 2004: Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft. Grafschaft.

– 2003: Familien und Familienpolitik zwischen Kontinuität und Wandel – 50 Jahre Bundesfamilienministerium. Hg.: Konrad Adenauer Stiftung. Sank Augustin.

Wirth, Heike, 2007: Kinderlosigkeit von hoch qualifizierten Frauen und Männern im Paarkontext – Eine Folge von Bildungshomogamie. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 167–199.

Wirth, Heike/Dümmler, Kerstin, 2004: Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 32, 1–6.

Wohlrab-Sahr, Monika, 2006: Die Realität des Subjekts: Überlegungen zu einer Theorie biographischer Identität. In: Keupp, Heiner/Hohl, Joachim (Hg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Bielefeld, 75–98.

– 1993: Biographische Unsicherheit. Opladen.

Wunderlich, Holger/Helfferich, Cornelia/Klindworth, Heike, 2004: Im Westen nichts Neues – und im Osten? Ergebnisse der Studie „männer leben“ zur Koordination von Beruf und Familie. In: BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, Nr. 3, 19–25.

Zentralinstitut für Sprachwissenschaft (Hg.), 1995: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. München.

Zander, Margherita, 2004: Zwischen Konflikt und solidarischem Ausgleich. Die Generationsperspektive im demografischen Wandel. In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 103–120.

Zifonun, Darius, 2004: Politisches Wissen und die Wirklichkeit der Politik. Zum Nutzen der Wissenssoziologie für eine Bestimmung des Politischen. In: Schwelling, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden, 257–275.

Ziman, John, 2000: Real Science. What it is and What it means. Cambridge.

Zingeler, Ursula, 2005: Jenseits des Muttermythos: Über die Trennung von Gebären und Aufziehen. Weinheim/München.

Forum Frauen- und Geschlechterforschung



Band 26
Helma Lutz (Hrsg.)
Gender Mobil?
Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen
2009 – 274 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-226-8

Band 24
Paula-Irene Villa/
Barabara Thiessen (Hrsg.)
Mütter – Väter:
Diskurse, Medien, Praxen
2009 – 341 Seiten – € 34,90
978-3-89691-224-4

Band 23
Cornelia Klinger/
Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.)
ÜberKreuzungen
Fremdheit, Ungleichheit, Differenz
2008 – 277 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-223-7

Arbeit – Demokratie – Geschlecht

Band 12
Stefanie Janczyk
Arbeit und Leben:
Eine spannungsreiche Ko-Konstitution
Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung
2009 – 257 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-775-1



Band 11
Ingrid Kurz-Scherf/Julia Lepperhoff/
Alexandra Scheele (Hrsg.)
Feminismus:
Kritik und Intervention
2009 – 299 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-777-5

Band 10
Anja Lieb
Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt?
Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten
2009 – 242 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-761-4